

„Landvolks Bildung - Landes Wohl“
**Die Institutionalisierung deutscher Heimvolkshochschulen zwischen Königsau
und Eider in den Jahren von 1769 bis 1921**

Dissertation
zur Erlangung des Grades
eines Doktors der Philosophie (Dr. Phil.)
der Universität Flensburg

Vorgelegt von Wulf Pingel
Busdorf, im Juli 1999

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie Übersetzung,
vorbehalten.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 7

1. Forschungsstand und Literaturlage 7
2. Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung 11
3. Quellenlage 14

**I. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen der entstehenden
Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig und im dänischen Gesamtstaat 16**

1. Kulturelle Grundströmungen im dänischen Gesamtstaat bis 1864 16
2. Der Wandel der landwirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im
Herzogtum Schleswig 18
3. Das ländliche Volksschulwesen des Herzogtums Schleswig 19
4. Ansätze zur "Modernisierung" der Volksschulbildung im Herzogtum Schleswig 22
5. Die öffentliche Kritik am Volksschulwesen des 19. Jahrhunderts 26

II. Die Anfänge der Volkshochschularbeit im dänischen Gesamtstaat von 1769 bis 1864 29

1. Philipp Ernst Lüders - Der Angelner Schultheoretiker 29
 - a. Philipp Ernst Lüders (1702-1786) - Person und Werk 29
 - b. Die Ackerakademie des Philipp Ernst Lüders (1763-1767) 31
 - c. Lüders "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." (1769) 33
 - d. Die zeitgenössische Resonanz auf Lüders Wirken in Angeln und seine Bedeutung für die Institutionalisierung der Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig ..34

2. Carl Friedrich Hermann Klenze und die "Höhere Volksschule" in Rendsburg (1842-1849) 36
 - a. Carl Friedrich Hermann Klenze (1795-1878) - Person und Werk 36
 - b. Klenzes Vorarbeiten zur Gründung einer "Höheren Bauernschule" 37
 - c. Die Realisierung der von Klenze projektierten "Höheren Bauernschule" in Rendsburg 39
 - d. Organisation und Unterricht der Höheren Volksschule Rendsburg in den Jahren von 1842 bis 1849 43
 - e. Die Bedeutung der Höheren Volksschule Rendsburg für die Institutionalisierung von Volkshochschulen 47

3. Claus Jürgensen - Der Oersberger Schulpraktiker 49
 - a. Claus Jürgensen (1803-1851) - Person und Werk 49
 - b. Jürgensens Sonntagsschule als Vorläufer der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oersberg (1839-1845) 50
 - c. Resümee: Die Sonntagsschule und ihre Bildungsarbeit 52
 - d. Die Bildungsarbeit der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oersberg in den Jahren von 1845 bis 1856 53
 - e. Die zeitgenössische Resonanz auf die Bildungsarbeit der Angelner Schulgründer Lüders und Jürgensen und ihr Einfluß auf die Institutionalisierung von Volkshochschulen im Herzogtum Schleswig 62

4. Nikolai Frederik Severin Grundtvig - Der geistige Vater der dänischen Heimvolkshochschule 64
 - a. Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) - Person und Werk 64
 - b. Der Volkshochschulgedanke in Grundtvigs Werken 66
 - c. Elementare Grundzüge des Grundtvigschen Volkshochschulkonzepts 68
 - d. Grundtvigs Versuche zur Realisierung seines Volkshochschulkonzepts 71
 - e. Grundtvigs Einfluß auf die Institutionalisierung von Volkshochschulen im Untersuchungsgebiet 73

5. Christian Flor und seine Heimvolkshochschule in Rödning 74
 - a. Christian Flor (1792-1875) - Person und Werk 74
 - b. Die publizistischen Vorbereitungen zur Gründung der ersten dänischsprachigen Volkshochschule in Nordschleswig 75
 - c. Gründung und Unterricht in der Volkshochschule Rödning in den Jahren von 1844 bis 1848 77
 - d. Die Ziele der Wegener'schen und Flor'schen Volkshochschularbeit in den Jahren von 1844 bis 1848 79

e. Interne Richtungskämpfe und Volkshochschularbeit in Rödding in den Jahren von 1850 bis 1864 80

6. Christen Mikkelsen Kold - ein Sokrates in dänischen Kleidern 82

a. Christen Mikkelsen Kold (1816-1870) - Person und Werk 83

b. Die Gründung der Ryslinger Volkshochschule 83

c. Der Unterricht in den Kold'schen Heimvolkshochschulen in den Jahren von 1851 bis 1883 85

d. Die Finanzierung von Volkshochschulen nach 1851 87

7. Johan August Viinsted und seine landwirtschaftliche Volkshochschule in Augaard (1863-1889) 87

a. Johan August Viinsted (1830-1909) - Person und Werk 88

b. Gründung und Unterricht in der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard in den Jahren von 1863 bis 1889 88

8. Die Einstellung der dänischen Regierung gegenüber den privaten deutschsprachigen Erwachsenenbildungseinrichtungen im Herzogtum Schleswig 91

III. Deutschsprachige Volkshochschularbeit im Landesteil Schleswig der preußischen Provinz Schleswig-Holstein von 1864 bis 1918 95

1. Die Eingliederung der Herzogtümer Schleswig und Holstein ins Königreich Preußen und das Deutsche Reich 95

2. Dänische Kulturarbeit im Grenzgebiet - Die "Kulturoffensive" der dänischen Volkshochschulen als Träger einer neuen Kultur- und Wirtschaftsblüte 102

3. Die Reaktion der schleswig-holsteinischen Provinzialregierung auf die dänische "Kultur- und Wirtschaftsoffensive" 105

a. Der "Deutsche Verein für das nördliche Schleswig" 108

b. Der "Kirchliche Verein für Innere Mission in Nordschleswig" und seine geplante Volkshochschule in Hoptrup 110

c. Der "Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark" 113

d. Pastor Tonnesens Plan zur Einrichtung eines "Lehrkursus für junge Mädchen" in Hellewatt im Jahre 1917 116

4. Die Rezeption der dänischen Volkshochschule im Kontext der Diskussion um die deutschen Fortbildungsschulen 118

5. Die Wende in der nordschleswigschen Bildungspolitik in den Jahren von 1901 bis 1905 122

6. Friedrich Hinrich Lembke (1869-1958) - Person und Werk 124

a. Lembkes Bemühungen um die Errichtung deutschsprachiger Volkshochschulen in der Provinz Schleswig-Holstein in den Jahren von 1903 bis 1905 127

b. Lembkes Konzept ländlicher deutscher Volkshochschularbeit 132

7. Die Entstehung zweier konkurrierender Volkshochschulvereine in Schleswig-Holstein 133

a. Die Gründung des "Nordschleswigschen Volkshochschulvereins" 134

b. Die Gründung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein" 138

8. Die Schulgründungen des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins in Tingleff und Norburg 142

a. Gründung und Lehrbetrieb der Volkshochschule Tingleff in den Jahren von 1905 bis 1918 142

b. Die Widerstände des Kreises Apenrade gegen die Ansiedlung einer Volkshochschule des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins im Kreisgebiet 151

c. Die Reaktion des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins auf den "Apenrader Sonderweg" 154

d. Die Vorbereitungen zur Gründung der Norburger Volkshochschule 156

e. Eröffnung und Lehrbetrieb der Volkshochschule Norburg in den Jahren von 1911 bis 1920 162

9. Die Schulgründungen des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz 164

a. Die Vorarbeiten zur Eröffnung der Volkshochschule in Albersdorf 165

b. Der Lehrbetrieb an der Volkshochschule Albersdorf unter Friedrich Lembke in den Jahren von 1906 bis 1909 169

c. Volkshochschularbeit in Albersdorf unter der kommissarischen Leitung von Heinrich Harms 170

d. Lembkes Nachfolger Hans Heinrich Kiesbye (1877-1929) - Person und Werk 172

e. Kiesbyes Konzept ländlicher Volkshochschularbeit 173

f. Kiesbyes Volkshochschularbeit in den Jahren 1909 und 1910 175

g. Kiesbyes Analyse der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft im Jahre 1910 180

h. Die Gründe für das Scheitern der ländlichen Volkshochschule Albersdorf 182

i. Die Vorarbeiten zur Gründung der zweiten vereinseigenen Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz 183

j. Otto Friedrich Heinrich Harms (1862-1946) - Person und Werk 185

k. Harms' Konzept ländlicher Volkshochschularbeit 186

l. Der Unterricht an der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz in den Jahren von 1907 bis 1914 189

m. Harms' Bemühungen um die Zusammenführung der beiden konkurrierenden Volkshochschulvereine zu einem Gesamtvolkshochschulverband 194

n. Der Unterricht an der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz in den Jahren von 1914 bis 1918 197

IV. Ausblick: Volkshochschularbeit im Landesteil Schleswig ab 1919 201

1. Das Ende des Ersten Weltkriegs und seine Auswirkungen auf die Kultur- und Volkshochschularbeit 201

2. Die neuen Rahmenbedingungen und neuen Ansätze der Volkshochschul- und

Kulturarbeit in der Provinz Schleswig-Holstein im Vorfeld der Volksabstimmungen des Jahres 1920 205

3. Die neuen Organisationen zur Förderung des Volkshochschulwesens 211

4. Volkshochschularbeit nach den Volksabstimmungen des Jahres 1920:

Programme und Träger 218

a. Das "Kulturprogramm für Schleswig-Holstein" 218

b. Die Konstituierung des "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig" 224

c. Der "Rendsburger Kreis" 232

d. Die "Denkschrift des Kultusministers, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone)" vom 17. Januar 1921 und ihre Auswirkungen auf die Volkshochschulentwicklung im Landesteil Schleswig 236

V. Zusammenfassung und Ertrag 239

VI. Anhang 248

1. Ausgewählte Dokumente 248

VII. Verzeichnisse und Register 293

1. Abkürzungen und Siglen 293

2. Quellen und Literatur 296

a. Akten 296

b. Periodika 300

c. Nachschlagewerke und Hilfsmittel 301

d. Darstellungen und Abhandlungen 302

e. Personenregister 324

f. Fußnoten

Einleitung

1. Forschungsstand und Literaturlage

"Landvolks Bildung - Landes Wohl", so hieß die Parole, unter der Claus Jürgensen in den Jahren von 1845 bis 1851 in Angeln die erste ländliche Heimvolkshochschule mit deutscher Unterrichtssprache unterhielt. Jürgensen gehörte zu den Pionieren der Volkshochschulbewegung in Schleswig-Holstein, aber er war keine singuläre Gestalt. Zur Entstehung dieser Bewegung gibt es eine Vielzahl bis heute unbeantwortet gebliebener Fragen: In welches geistige Umfeld war sie eingebettet? Welche Einrichtungen gab es noch? Sind regionale und epochenspezifische Besonderheiten dieser Bewegung erkennbar?

Die Anfänge der organisierten deutschsprachigen Erwachsenenbildung liegen in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. Erst rund hundert Jahre später, ab dem Jahr 1910, läßt sich ihre systematische wissenschaftliche Erforschung nachweisen. Bis heute tun sich die Erwachsenenbildner, wie Hans *Bolewski* es stellvertretend für viele formulierte, mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung ihrer eigenen Geschichte sehr schwer.⁽¹⁾ Eine umfassende Historiographie der deutschen Erwachsenenbildung steht immer noch aus. Es gibt mittlerweile zwar eine Vielzahl von Einzelarbeiten zur Geschichte der Bildungsarbeit mit Erwachsenen⁽²⁾, sie alle stehen aber isoliert nebeneinander, sind - um einer Formulierung von Hans *Tietgens* zu folgen - quasi "Stückwerk" geblieben.⁽³⁾ Begründet werden die Forschungsdefizite mit der

Heterogenität des Forschungsgegenstandes⁽⁴⁾, den Forderungen des Weiterbildungsbereichs nach vorwiegend praxis- und entwicklungsorientierter Forschung⁽⁵⁾, der einseitigen Konzentration der erziehungshistorischen Forschung auf ihre Ideengeschichte⁽⁶⁾ oder mit dem mangelnden Interesse der Erwachsenenbildner an einer historiographischen Betrachtung ihrer eigenen Profession.⁽⁷⁾ Was bisher völlig fehlt, ist eine umfassende und systematische Untersuchung aller deutschen Volkshochschulen in ihrer institutionellen Entwicklung und ihren geistesgeschichtlichen Hintergründen.⁽⁸⁾ Dies verwundert um so mehr, als die Volkshochschulen sich als die "...bildungspolitisch wichtigsten Einrichtungen der Erwachsenenbildung" verstehen.⁽⁹⁾

Die aufgezeigten Defizite in der historiographischen Erforschung der deutschen Erwachsenenbildung sind auch in Schleswig-Holstein zu beklagen. Obwohl dieses Gebiet seit der Gründung der "Höheren Volksschule" in Rendsburg im Jahre 1842 inzwischen auf eine mehr als 150jährige Volkshochschulgeschichte zurückblicken kann, sind die großen Prozesse der "...Verweltlichung, Verstaatlichung und Verfächlichung des Schulwesens" und der Erwachsenenbildung bis heute nur in ersten Ansätzen übergreifend beschrieben und analysiert worden.⁽¹⁰⁾ Zu den gravierendsten Forschungsdesideraten im Bereich der deutsch-dänischen Erwachsenenbildung zählt das Fehlen einer regionalhistorischen Studie über die Rahmenbedingungen von Genese und Institutionalisierung der hiesigen Volkshochschulen. Wer jüngere Forschungsliteratur zur allgemeinen schleswig-holsteinischen Schulgeschichte sucht, findet weder ein Standardwerk noch umfangreichere Abhandlungen.⁽¹¹⁾ Johann Christian Jessens⁽¹²⁾ im Jahre 1860 veröffentlichte Landesschulgeschichte ist bis zum heutigen Tag die einzige Gesamtdarstellung der schleswig-holsteinischen Schul- und Bildungsgeschichte geblieben; Gottlieb Japsens Geschichte des dänischsprachigen Schulwesens in Schleswig in der Frühen Neuzeit aus dem Jahre 1968 steht von deutscher Seite bis heute nichts Vergleichbares gegenüber.⁽¹³⁾ Typisch für Schleswig-Holstein ist die Existenz einer Reihe von thematisch eng eingegrenzten oder raumspezifisch orientierten Studien zu Teilbereichen des öffentlichen Bildungswesens.⁽¹⁴⁾

Zur Geschichte der schleswig-holsteinischen Volkshochschulen gibt es bislang lediglich einige - vorwiegend in heimatkundlichen Jahrbüchern erschienene - zeitgenössische Abhandlungen, die sich aus der Sicht der Beteiligten mit Einzelaspekten der Bildungsarbeit der im Lande wirkenden Volkshochschulen in den Jahren zwischen 1842 und 1933 befassen. Daneben sind zwei Einzelstudien zur Geschichte der Höheren Volksschule Rendsburg und zur Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz zu nennen. Die erstgenannte Publikation, die der Rendsburger Volkshochschulleiter Fritz Laack⁽¹⁵⁾ im Jahre 1968 unter dem Titel "Auftakt freier Erwachsenenbildung" veröffentlichte, hat die geschichtliche Entwicklung der Höheren Volksschule Rendsburg, die als Vorläufer der späteren Heimvolkshochschulen in den Jahren von 1842 bis 1848 bestand, zum Gegenstand. Die Arbeit der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz in den Jahren von 1907 bis 1931 stellte Johannes Callsen in einem kurzen Aufsatz einer breiteren Öffentlichkeit vor.⁽¹⁶⁾ Als überholt gelten inzwischen die von dem ehemaligen Rendsburger Volkshochschulleiter Axel Henningsen⁽¹⁷⁾ 1962 verfaßten "Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein". Der Landesverband der Schleswig-Holsteinischen Volkshochschulen selbst hat im Jahre 1998 anlässlich der Feierlichkeiten zu seinem 50jährigen Bestehen in einer Broschüre nur einige Daten und Fakten zur Verbandsgeschichte gesammelt.⁽¹⁸⁾ Eine systematische Erfassung und Auswertung der zur schleswig-holsteinischen Volkshochschulgeschichte überlieferten Quellen steht bis heute noch aus.

Die dänische Volkshochschulgeschichte ist im Rahmen dieser Untersuchung für die Zeit bis

zur Eingliederung Schleswig-Holsteins in Preußen berücksichtigt. Im Gegensatz zu Schleswig-Holstein richtete sich das Forschungsinteresse in Dänemark schon vor der Jahrhundertwende auf die Volkshochschulen. Als früheste dänische Publikationen sind die Arbeiten von Maikki *Friberg*⁽¹⁹⁾ und Rönberg *Madsen*⁽²⁰⁾ zu nennen. Mit ihnen setzte eine kontinuierliche wissenschaftliche Aufarbeitung der dänischen Volkshochschulgeschichte ein. Zu ihren Standardwerken zählt auch heute noch Fridlev *Skrubbeltrangs* Untersuchung aus dem Jahre 1950.⁽²¹⁾ Den aktuellen Forschungsstand zur dänischen Volkshochschulgeschichte repräsentieren die Arbeiten von Henrik *Yde*⁽²²⁾, Else-Marie *Boyhus*⁽²³⁾, Jens Peter *Ægidius*⁽²⁴⁾, Torkild Mads *Larsen*⁽²⁵⁾, Gunhild *Nissen*⁽²⁶⁾ und Käthe *Pedersen*⁽²⁷⁾. Unter den deutschsprachigen Pädagogen hat sich vor allem der Tübinger Pädagoge Norbert *Vogel* mit dem dänischen Volkshochschulwesen beschäftigt. Die Ergebnisse seiner Untersuchung zu den Rahmenbedingungen der Professionalisierung in der dänischen Erwachsenenbildung veröffentlichte Vogel im Jahre 1981⁽²⁸⁾, Grundtvigs Bedeutung für die deutsche Erwachsenenbildung war Gegenstand seiner Habilitationsschrift aus dem Jahre 1994.⁽²⁹⁾ Von ihm und Hermann *Scheile* stammt auch die einzige grenzübergreifende deutsch-dänische Untersuchung zur Positionsbestimmung der Heimvolkshochschule.⁽³⁰⁾

2. Zielsetzung und Aufbau der Untersuchung

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, den Entstehungs- und Institutionalierungsprozeß aller Volkshochschulen und ihrer pädagogischen Konzepte im Raum des ehemaligen Herzogtums Schleswig, der sich durch die Eider und die Königsau als Grenzen definiert, darzustellen. Erstmals wurden dazu die zur Volkshochschulgeschichte des Landes überlieferten schriftlichen Quellen systematisch erfaßt und ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich auf die Jahre von 1769 bis 1921. Im Jahre 1769 erschien eine kleine Schrift des Glücksburger Hofpredigers Philipp Ernst *Lüders* mit dem Titel "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne".⁽³¹⁾ Ihre Veröffentlichung kann als die Geburtsstunde des organisierten Erwachsenenbildungswesens im Herzogtum Schleswig angesehen werden. Mit dem Ende des Kaiserreichs und der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann im November 1918 fand der "rechtsfreie" Status der Volkshochschulen ein Ende. In der Weimarer Verfassung erhielt die Volkshochschularbeit in Deutschland erstmalig eine verfassungsrechtliche Absicherung und die Zusage einer öffentlichen Förderung.⁽³²⁾ Die ein Jahr nach der Verabschiedung der Reichsverfassung erfolgte Abtretung Nordschleswigs an Dänemark schuf in Schleswig-Holstein Verhältnisse, die die Frage aufwerfen, welche Auswirkungen die Abtretung auf die Volkshochschularbeit in dieser Provinz hatte. Hier wird auch zu klären sein, ob der aktuelle Forschungsstand einen Vergleich zur Volkshochschulentwicklung anderer Regionen des Reiches und Aussagen über einen möglichen schleswig-holsteinischen Sonderweg während der Zeit der Weimarer Republik ermöglicht.

Die übergeordnete Frage, die es in dieser Untersuchung zu beantworten gilt, ist die nach den originären Zielen der schleswigschen Volkshochschularbeit. Die zu ihrer Beantwortung notwendige Untersuchung des Institutionalierungsprozesses der freien Erwachsenenbildungseinrichtungen in diesem Untersuchungsgebiet darf sich aber nicht allein auf die Analyse seiner Rahmenbedingungen wie Schuldichte, materielle Ausstattung der Schulen, Zusammensetzung und Vorbildung des Lehrpersonals sowie Unterrichtsinhalte und -ziele konzentrieren. Unverzichtbar bleibt es für eine bildungsgeschichtliche Abhandlung, die die Verbindung zur Verfassungs- und Sozialgeschichte gleichermaßen sucht, nach der Stellung der Volkshochschule im gesamten Bildungssystem zu fragen und dabei ihre potentiellen

Abhängigkeiten von den tonangebenden politischen Kräften zu berücksichtigen. Das Hauptaugenmerk dieser Untersuchung ist darauf gerichtet, die Frühformen aller im Herzogtum Schleswig beheimateten Volkshochschulen und deren Bildungsarbeit vorzustellen. Zu diesem Zweck sollen die Herkunft und Ausbildung des Lehrpersonals, die ideellen, finanziellen und politischen Träger der Volkshochschulen und deren bildungs- und gesellschaftspolitischen Ziele, die sich sowohl in der Standortwahl als auch in den Lehrplänen und deren Änderungen widerspiegeln, und die aus diesen Faktoren resultierenden Auswirkungen auf die pädagogische Prägung der einzelnen Volkshochschulen untersucht werden. Wegen des starken Einflusses einzelner Personen auf die Geschicke der Volkshochschulen sind aus den Quellen immer wieder bewußt authentische Zitate in ihrer zeittypischen Diktion und Orthographie in den Text eingearbeitet worden. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Frage, ob und inwieweit es den deutschen Volkshochschulen gelang, sich vom Vorbild der dänischen Volkshochschulen und den Bildungszielen der deutschen Volksschulen abzusetzen und ein eigenständiges Bildungsprofil zu entwickeln. Die Studie endet mit den Reaktionen auf die Volksabstimmungen des Jahres 1920 und die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark. Hatte dieses Ereignis Auswirkungen auf die deutsche Volkshochschularbeit der folgenden Jahre? Führte es zu einer Sonderentwicklung im Grenzgebiet? Antworten auf diese Fragen sollen in einer abschließenden Analyse der neuen rechtlichen, kulturellen und nationalen Rahmenbedingungen für die deutsche Volkshochschularbeit der Jahre von 1920 bis 1933 gesucht werden.

Ausschlaggebend für die Entscheidung des Verfassers, sich auf das Gebiet des ehemaligen Herzogtums Schleswig zu beschränken, waren die in ihrer Eigenart deutlich erkennbaren Unterschiede zum Landesteil Holstein. Das Volkshochschulwesen im Landesteil Schleswig befand sich, bedingt durch dessen Grenzlage und die wechselnde Grenzziehung zu Dänemark, dem Landesteil Holstein gegenüber in einer besonderen Lage. Durch sie waren und sind die hier beheimateten Bildungseinrichtungen während der letzten beiden Jahrhunderte unterschiedlichen Einflüssen und Ansprüchen ausgesetzt. Deshalb erscheint es sinnvoll, eine bildungsgeschichtliche Regionalstudie auf einen Raum zu beziehen, der durch seine spezifischen Besonderheiten definiert ist. Die außerhalb der Grenzen des Untersuchungsgebietes liegenden Volkshochschulen in Albersdorf und Rendsburg sind bewußt mit in die Untersuchung einbezogen. Ihre Entstehung resultierte direkt aus der Entwicklung der Bildungslandschaft im Landesteil Schleswig, ihre Bildungsarbeit war ausdrücklich auch als Angebot für die schleswigsche Bevölkerung gedacht. Beide Schulen sind somit als integraler Bestandteil der Institutionalisierungsgeschichte der schleswigschen Bildungseinrichtungen anzusehen.

Geschichtlich gesehen ist Schleswig-Holstein unbestritten das "Land der Gegensätze und widerspruchsvollen Vielheit."⁽³³⁾ So hat das Herzogtum Schleswig, im Gegensatz zu Holstein, das sowohl Mitglied des Römischen Reiches Deutscher Nation als auch ab 1815 des Deutschen Bundes war, bis zum Jahre 1864 nie einer deutschen Gesamtorganisation angehört. Bis zu seiner Umwandlung in eine preußische Provinz im Jahre 1866 waren Schleswig und Holstein rechtlich selbständige Herzogtümer unter dänischer Oberherrschaft. Pädagogisch gesehen waren beide Herzogtümer seit der Reformation Grenzland, schleswig-holsteinische Pädagogen nahmen sowohl am deutschen wie am skandinavischen Diskurs teil.⁽³⁴⁾ Es ist, wie noch zu zeigen sein wird, kaum möglich, beide Entwicklungsstränge als national oder kulturell getrennt einander entgegensetzen. Das änderte sich erst mit den in der Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzenden nationalen Gegensätzen, als deren Ergebnis das Herzogtum Schleswig zum Grenzland zwischen zwei Nationen werden sollte.

Die vorliegende Untersuchung, die eine Lücke in der schleswig-holsteinischen Schulgeschichte schließt, gliedert sich in zwei große Blöcke, die dann erst zusammen mit ihren Unterschieden und ihren Kontinuitäten ein thematisches Ganzes bilden.

In einem ersten Teil begleitet der Verfasser die Vorbereitung und Entstehung des für die damalige Bildungslandschaft neuen Typus von freien Bildungseinrichtungen in der Form der Volkshochschule und ihrer Vorläufer. Mit *Lüders*, *Klenze* und *Jürgensen* werden alle frühen deutschsprachigen Volkshochschultheoretiker und -praktiker und die von ihnen errichteten Volkshochschulen vorgestellt, daran anschließend mit *Grundtvig*, *Flor*, *Kold* und *Viinsted* ihre dänischsprachigen Kollegen. Dieser Teil endet mit dem Jahr 1864, in dem die Herzogtümer Schleswig und Holstein sich von Dänemark lösten und einer preußisch-österreichischen Verwaltung unterstellt wurden.

Der zweite Teil, der durch den Zeitraum der Jahre von 1865 bis 1918 führt, beleuchtet die Hintergründe der in den ersten Jahrzehnten dieses Zeitraums mehr oder weniger stagnierenden Entwicklung des südschleswigschen Volkshochschulwesens und der ab dem Jahr 1905 allmählich auflebenden eigenständigen deutschen Volkshochschularbeit unter der Förderung der beiden in diesem Jahr gegründeten Volkshochschulvereine. In diese Zeit fallen auch die ersten Versuche der Volkshochschulen, sich mit einem eigenen Profil eindeutig von den unter der preußischen Verwaltung seit dem Jahr 1875 neu eingerichteten ländlichen Fortbildungsschulen abzugrenzen.⁽³⁵⁾ Erstmals wird hier der Frage nach der Bedeutung der Standortwahl für Volkshochschulgründungen nachgegangen werden. Die Untersuchung schließt mit einer Analyse der rechtlichen, kulturellen und nationalen Rahmenbedingungen für die deutsche Volkshochschularbeit ab dem Jahr 1920.

Einige besonders herausragende Quellen zur schleswig-holsteinischen Volkshochschulgeschichte, auf die der Verfasser zurückgegriffen hat, befinden sich in buchstabengetreuer Transkription im Dokumentenanhang. Alle erwähnten Personen sind im Personenregister nachgewiesen.

3. Quellenlage

Die vorliegende Arbeit stützt sich überwiegend auf Quellen, die aus dem Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig, dem Reichsarchiv in Kopenhagen und dem Landesarchiv in Apenrade stammen. In diesen Archiven wird heute die Überlieferung der staatlichen und kirchlichen Schulaufsicht Schleswig-Holsteins verwahrt. Die Volkshochschulentwicklung ist vor allem in den Akten dokumentiert, die bei der Ausübung der Aufsicht angelegt wurden: den teilweise sehr umfangreichen Schulgenehmigungsverfahren und den kirchlichen Visitationsberichten. Diese für die vorpreußische Volkshochschulentwicklung aussagekräftigen Unterlagen finden sich vor allem in den Beständen der Schleswig-Holsteinischen Regierung auf Gottorf (LAS Abt. 49.9), dem nach der Niederschlagung der schleswig-holsteinischen Erhebung im Jahre 1851 neugegründeten Ministerium für das Herzogtum Schleswig zu Kopenhagen (LAS Abt. 79) und beim Generalsuperintendenten für Schleswig (LAS Abt. 18).

Für die preußische Zeit sind an Quellen vor allem die Aufsichtsakten des Oberpräsidiums zu Kiel und Schleswig (LAS Abt. 301) und der Regierung zu Schleswig (LAS Abt. 309) herangezogen worden. Biographische Informationen zum Lehrkörper der Volkshochschulen finden sich in den Ausbildungsunterlagen des Provinzialschulkollegiums (LAS Abt. 302) und den bei der Regierung zu Schleswig geführten Personalblättern für Lehrer (LAS Abt. 309).

Die genannten Quellengruppen aus staatlicher Provenienz werden durch die Gegenüberlieferung der im Grenzland wirkenden kulturpolitischen Vereine ergänzt. Zu nennen ist hier vor allem der Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig, dessen Altakten

vom "Deutschen Grenzverein" als ungeordnetes Depositum dem Stadtarchiv Flensburg übergeben wurden. Der Bestand ist zur Zeit noch nicht benutzbar. Vom "Institut für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein" wurden dem Verfasser die erst kürzlich vom Landesarchiv Apenrade freigegebenen Vorstandssitzungsprotokolle des "Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig e.V." für die Jahre 1919-1934 und die gedruckten Jahresberichte für die Jahre von 1921 bis 1932 zur Auswertung überlassen. Nur sehr wenig oder überhaupt kein Quellenmaterial war für den Untersuchungszeitraum bei den ehemaligen Trägern der Volkshochschulen wie dem "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig e.V." als Rechtsnachfolger des "Nordschleswigischen Volkshochschulvereins", der ehemaligen "Gesellschaft der Freunde und Förderer der Arbeitervolkshochschulen", der ehemaligen "Privaten Gesellschaft Dithmarscher Landesschule", der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, den Kreisen Schleswig-Flensburg und Südtondern und den noch bestehenden Volkshochschulen zu finden. Der "Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holstein e.V.", der zur Zeit sein Archivmaterial aufarbeitet, ist nach Aussage seines Verbandsvorsitzenden nicht im Besitz von Volkshochschulakten aus der Zeit vor 1945. Der Enkel des Albersdorfer Volkshochschuldirektors Friedrich Lembke, Herr Reimer Kay Holander, unterstützte den Verfasser intensiv mit Material aus dem von ihm betreuten Nachlaß seines Großvaters, dem sogenannten Friedrich-Lembke-Archiv (FLA). Zeitgenössische Literatur, Gründungsschriften, Lehrpläne, Festschriften und Zeitschriftenaufsätze fanden sich in den Beständen der Bibliothek des Instituts für Regionale Forschung und Information im Deutschen Grenzverein, der Landeszentralbibliothek und der Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig in Flensburg, der Landesbibliothek Kiel und der Universitätsbibliothek Kiel. Die ausgewerteten Zeitungsartikel stammen aus der Landesbibliothek Kiel, dem Stadtarchiv Schleswig und dem im Landesarchiv bei den Akten des Regierungspräsidenten verwahrten Literarischen Büro des Oberpräsidenten (LAS Abt. 301).

I. Kulturelle, wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen der entstehenden Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig und im dänischen Gesamtstaat

1. Kulturelle Grundströmungen im dänischen Gesamtstaat bis 1864

Das dänische Geistesleben wurde mit dem Aufkommen des Absolutismus um das Jahr 1600 von ausländischen, insbesondere deutschen Einflüssen überlagert. Im politischen und in weiten Teilen des kulturellen Lebens überwogen die deutsche Sprache und Kultur. Deutsch wurde für viele Generationen die Regierungs-, Verwaltungs- und Hofsprache in Kopenhagen; das dänische Königshaus stammte aus Deutschland. Einen ersten Schritt zur Eindämmung der Vorherrschaft der deutschen Sprache hatte der Erzieher des Kronprinzen Ove *Hoegh-Guldberg* während seiner Regierungszeit (1772-1784) mit der Einführung des Dänischen als Schulfach und als Heersprache unternommen. Sprache und Bildungsinhalte der führenden Schichten blieben dagegen bis weit in das 19. Jahrhundert hinein deutsch, unter anderem deswegen, weil in der Führungsschicht des Dänischen Reiches der schleswig-holsteinische Adel eine vorherrschende Stellung innehatte. Die Bevölkerung der Herzogtümer Schleswig und Holstein sah sich durchaus nicht durch eine dynastische Konstruktion einem Gesamtstaatsgebilde unterworfen, sondern entwickelte ein seit dem 16. Jahrhundert in den überlieferten schriftlichen Quellen belegbares Gemeinschaftsgefühl, durch das sie sich sowohl Dänemark als auch Deutschland gegenüber abgrenzte. Das Bindeglied zwischen den Herzogtümern und dem Dänischen Reich war weder die dänische noch die deutsche Kultur, sondern der König. Die

Blüte des Gesamtstaates basierte auf dem unmittelbaren, patriarchalischen Verhältnis zwischen Untertanen und absolutem Regenten. Die Keime seiner Erosion lagen in den im 19. Jahrhundert aufkommenden liberalen und nationalstaatlichen Ideen. Nach der Julirevolution des Jahres 1830 erließ König *Frederik VI.* eine Verordnung zur Errichtung ratgebender Provinzialstände, durch die ein relativ großer Prozentsatz der dänischen Bevölkerung die Möglichkeit erhalten sollte, eigene Interessenvertreter zu bestimmen. Obwohl diese Ständeversammlungen nur eine beratende Funktion hatten, gewannen sie Bedeutung als ein erster Schritt in Richtung auf eine Beteiligung des Volkes an der Staatslenkung. Einen zweiten Schritt stellte nach dem abrupten Ende des dänischen Absolutismus im Jahr 1849 die Einführung einer für damalige Verhältnisse äußerst liberalen Verfassung dar. Mit dem sogenannten "Junigrundgesetz" wurde das allgemeine Wahlrecht eingeführt und ein Zweikammersystem eingerichtet. Damit war Dänemark direkt aus dem Absolutismus heraus zu demokratischen Prinzipien übergegangen.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein partizipierten an dieser Entwicklung nicht. Den durch die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848-50 motivierten dänischen Repressalien folgte nach der gewaltsamen Lösung der Herzogtümer von Dänemark die in der Reichsverfassung vom 1. Januar 1871 verankerte konstitutionelle preußische Monarchie mit Dreiklassenwahlrecht. Erst die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1918 bedeutete für die Provinz Schleswig-Holstein den Übergang zu einer demokratischen Verfassung. Da die Herzogtümer Schleswig und Holstein mit ihrer im Vergleich zu Dänemark hohen Bevölkerungsdichte, dem ausgeprägten Handel und der leistungsfähigen Landwirtschaft sowie der vor allem im Landesteil Holstein rasant einsetzenden Industrialisierung eine herausragende Rolle dem Königreich Dänemark gegenüber einnahmen, betrachtete man im südlichen Europa das Land nördlich der Königsau, besonders seit dem Kieler Frieden von 1814, als ein Anhängsel Deutschlands. Im aufkommenden Nationalismus der dreißiger und vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts trug diese Einschätzung Dänemarks wesentlich zur Stärkung des dänischen Patriotismus bei.

Die mit *Henrik Steffens* Vorlesungen an der Kopenhagener Universität nach Dänemark einströmende Romantik setzte eine Erneuerung des dänischen Kulturlebens in Gang. In den dreißiger Jahren des 19. Jahrhunderts brachte eine von Fünen ausgehende religiöse Erweckungsbewegung den pietistischen Strömungen neuen Aufschwung. Sie gehörte neben der erwachenden nationalen und der liberalen Bewegung zu den volksnahen Strömungen, die der Volkshochschulidee im dänischen Gesamtstaat den Boden bereiten sollten. Die sich im Gefolge der Epoche der Aufklärung aus der institutionalisierten Kirche lösenden Menschen begannen selbst die Bibel zu lesen und mit Gleichgesinnten religiöse Fragen zu diskutieren. Dadurch gewannen immer breitere Bevölkerungsschichten die Fähigkeit, sich mit Problemen geistig auseinanderzusetzen und sie miteinander zu lösen.⁽³⁶⁾ Ihre Opposition gegen die politischen, kirchlichen und schulischen Autoritäten weckte in den Anhängern dieser Bewegung das Bedürfnis nach einer Bildung, deren Formen und Inhalte von ihnen selbst bestimmt waren. Hinzu kam, daß die Entdeckungen und Entwicklungen der Aufklärung eine Neudefinition des Bildungsbegriffs erforderten. Nach der Julirevolution des Jahres 1830 erließ König *Frederik VI.* eine Verordnung zur Errichtung ratgebender Provinzialstände, durch die ein relativ großer Prozentsatz der dänischen Bevölkerung die Möglichkeit erhalten sollte, eigene Interessenvertreter zu bestimmen. Obwohl diese Ständeversammlungen sich auf eine beratende Funktion beschränken mußten, gewannen sie Bedeutung als ein erster Schritt in Richtung auf eine Beteiligung des Volkes an der Staatslenkung. Einen zweiten Schritt stellte die Einführung einer liberalen dänischen Verfassung im Jahr 1849 dar. Die im 19. Jahrhundert einsetzende

und rasch fortschreitende Demokratisierung Dänemarks war für den Begründer des dänischsprachigen Volkshochschulwesens, Nikolai Frederik Severin Grundtvig, und seine Nachfolger ein entscheidendes Motiv, das zur politischen Mitentscheidung befugte Volk durch den Aufbau eines entsprechenden Bildungsangebotes auch zur aktiven Wahrnehmung seiner Rechte und Pflichten zu befähigen.

2. Der Wandel der landwirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen im Herzogtum Schleswig

Schon lange vor der Aufhebung der Leibeigenschaft durch die königliche Resolution vom 19. Dezember 1804 hatten sich die Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft als dem wichtigsten Wirtschaftsfaktor im Herzogtum Schleswig grundlegend gewandelt. Das traditionelle System der Dreifelderwirtschaft wurde abgelöst zu Gunsten neu entwickelter Formen intensiverer Bodennutzung. Damit einher ging die Aufhebung der Allmenden. Den einzelnen Bauern stellte diese Entwicklung vor gänzlich neue Anforderungen. Bislang hatte die Dorfgemeinschaft die Felder gemeinsam bewirtschaftet, der Einzelne war durch ein enges Geflecht von gegenseitigen Rechten und Pflichten in die Gemeinschaft eingebunden gewesen. Hufenverfassung und Flurordnung, Gemengelage und Flurzwang bildeten die ökonomischen Glieder eines Sozialverbandes, der dem Einzelnen Halt gab, für Ausgleich unter seinen Mitgliedern sorgte und Hilfe und Schutz für die wirtschaftlich Schwächeren bot. Mit dem Übergang zu Formen intensiverer Bodennutzung löste sich auch der dörfliche Sozialverband auf. Für den einzelnen Bauern bedeutete dies, daß er, nunmehr weitgehend auf sich allein gestellt, ein Mehr an Wissen und eigener rationaler Einsicht benötigte, um wirtschaftlich erfolgreich handeln und sich auf einem härteren Markt behaupten zu können.⁽³⁷⁾

Einer der Vorreiter dieser Entwicklung war für die Herzogtümer der Agrarreformer und spätere Oberpräsident von Altona, Graf Hans Rantzau (1693-1769) gewesen, der bereits im Jahr 1739 auf seinem Ascheberger Gut die Hand- und Spanndienste abgeschafft und die Bauernstellen in Zeit- und Erbpachtstellen umgewandelt hatte.⁽³⁸⁾ Graf Rantzau reagierte auf die gewandelten Anforderungen an den Bildungsstand der ländlichen Bevölkerung dadurch, daß er für die Bauern private Volksschulen einrichten ließ, um ihnen einen Grundstock an Kenntnissen zukommen zu lassen und ihre berufsbezogenen Fähigkeiten zu fördern. Diesem Vorbild folgten viele adlige Gutsbesitzer. In einer auf das Jahr 1763 datierten und für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift konnte Hans Rantzau einen gewissen Erfolg seiner Bemühungen um die Hebung der bäuerlichen Bildung konstatieren: "Faulheit, Unverstand und Ausschweifungen haben gänzlich bey ihnen aufgehört, man bemerkt sogar eine bessere Kinderzucht, fast bürgerliche Lebensart."⁽³⁹⁾ Die Befreiung der Bauern aus der Leibeigenschaft, ihre Lösung aus den Zwängen und Sicherheiten der Feldgemeinschaft und die beginnende politische Liberalisierung forderten vom Einzelnen eine bisher nicht gekannte geistige Beweglichkeit, die das Ergebnis selbständiger Überlegung und ausgeprägten Realitätssinns sein mußte. Die notwendige Grundlage dieser neuen geistigen Flexibilität mußte die hinreichende Schulung des Verstandes durch den Besuch der sich institutionalisierenden Elementarschule schaffen. Der ländlichen Elementarschule wuchs damit die zusätzliche Aufgabe zu, durch die Förderung einer grundlegenden "Bildsamkeit" den Einzelnen zu befähigen, adäquat auf sich verändernde Lebens- und Wirtschaftslagen durch die selbständige Aneignung situationsbezogener Kenntnisse reagieren zu können.

Die beginnende politische Liberalisierung, die Auflösung althergebrachter Sozialstrukturen und die Revolutionierung der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden im Gefolge der Erkenntnisse der Aufklärung gaben auch den Anstoß zur Entstehung einer selbstbewußten Bauernbewegung (nu kommer bonder = jetzt kommt der Bauer).⁽⁴⁰⁾ Die Bauern fingen an, ihre

Lage in Versammlungen zu diskutieren, sie nahmen Verbindungen zu ihren Berufsgenossen in anderen Gemeinden auf und bildeten Bauern- und landwirtschaftliche Vereine. Einige dieser landwirtschaftlichen Vereine wurden die Gründer und Träger von Bildungseinrichtungen für Erwachsene.⁽⁴¹⁾ Vor dem Hintergrund der schleswig-holsteinischen Agrarkrise der Jahre von 1819 bis 1829 wurde die notwendige Verbreitung berufsbezogener Kenntnisse die Hauptaufgabe dieser neuen Art von Bildungseinrichtung. In ihr sahen weite Kreise der ländlichen Bevölkerung eine willkommene Hilfe zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz durch die Aneignung neuer landwirtschaftlicher Produktionsmethoden.⁽⁴²⁾ Diese Vereinigungen stellten ein wichtiges Bindeglied zwischen den um soziale Reformen bemühten Vereinigungen der Aufklärung und den für das 19. Jahrhundert typischen Fachvereinen dar.⁽⁴³⁾

3. Das ländliche Volksschulwesen des Herzogtums Schleswig

Die im Herzogtum Schleswig ansässige Landbevölkerung erhielt in der Volksschule als "Regelschule" ihre einzige Schul- und Berufsbildung. Der Besuch einer weiterführenden Lateinschule war der städtischen Bevölkerung vorbehalten. Charakteristisch für den äußeren Rahmen des Volksschulunterrichts waren die sehr kurzen, in der Regel nur auf die Wintermonate beschränkten Unterrichtszeiten, die daraus resultierten, daß die in der elterlichen Landwirtschaft arbeitenden Kinder für die Sommermonate vom Schulbesuch freigestellt wurden, und die Unregelmäßigkeit des Schulbesuchs. Die aus wirtschaftlichen Gründen erforderliche frühzeitige Arbeitsaufnahme der oft noch schulpflichtigen Kinder⁽⁴⁴⁾ stand den Bestrebungen zur Verlängerung der Volksschulpflichtzeit entgegen. Eine allgemeine Schulordnung und Schulpflicht bestand im Herzogtum Schleswig erst seit dem Erlaß der "Allgemeinen Schulordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein" am 24. August 1814.⁽⁴⁵⁾ Bis dahin gab es außer den Kirchspiels- und Küsterschulen nur die Winterschulen, in denen kaum mehr als zehn Wochen im Jahr unterrichtet wurde. Inhaltlich verschärft wurde diese Bildungsmisere durch die in allen Belangen unzureichende Qualifikation der Volksschullehrer. Unter ihnen waren regelmäßig Leute zu finden, die "...körperlicher Gebrechen wegen zur Ergreifung eines anderen Berufs untüchtig waren...oder aber solche, die durch Trägheit und Leichtsinns ihr Ziel verfehlt und in großes Elend geraten waren."⁽⁴⁶⁾ Wer "...buchstabieren, notdürftig lesen, den Katechismus und ein paar Gesangbuchlieder einstudieren und womöglich noch ein bißchen schreiben konnte", entsprach den Anforderungen an Lehrer der damaligen Volksschulen.⁽⁴⁷⁾

Die Bezahlung der Lehrer erfolgte in den Herzogtümern fast ausschließlich durch die Gemeinden, so daß man behaupten konnte, der "...Staat trage für eines seiner wichtigsten Institute, die Volksbildung, eigentlich aus Staatsmitteln nichts bei."⁽⁴⁸⁾ Ein Volksschullehrer erhielt in der Regel eine kostenlose Unterkunft, Heizmaterial, den als Schulgeld von den Eltern zu bezahlenden "Schulschilling" sowie ein Stück Land zur eigenen Bewirtschaftung.⁽⁴⁹⁾ Da die auf diese Weise zu erzielenden Einkünfte noch weit unter denen eines Tagelöhners lagen, waren Volksschullehrer gezwungen, ihren Lebensunterhalt durch Nebenverdienste zu sichern. Der Typ des ländlichen Volksschullehrers mit Nebenerwerb war kein schleswig-holsteinisches Phänomen, sondern prägte auch die ländliche Schulwirklichkeit anderer Regionen Deutschlands. Im Einzelfall dürfte es schwer zu entscheiden sein, ob das Lehren überhaupt als hauptamtliche Tätigkeit anzusehen war. Im Bericht eines Landpfarrers aus der Mark Brandenburg heißt es dazu anlässlich eines konkreten Einzelfalles aus dem Jahr 1792: "Die Schulmeister, in ihrer jetzigen Lage, betrachten sich als Eigenthümer, die von der guten Bewirtschaftung und Nutzung ihres Eigenthums leben müßten, und ist der Schulunterricht in ihren Augen nur eine lästige höchst undankbare Nebenbeschäftigung. Dringt man in sie, ihren Amts Pflichten ein gehöriges Genüge zu leisten, so sind sie wohl mit der trotzigten Antwort da:

sie wolten leben, und wenn sie von der Schule leben müßten, würde es sehr schlecht um sie stehen."⁽⁵⁰⁾

Die Unterrichtsinhalte und das Unterrichtsniveau der ländlichen Volksschule entsprachen auch im Herzogtum Schleswig nur den geschilderten dürftigen Anforderungen an die Fähigkeiten eines Volksschullehrers. Zum Kanon der Unterrichtsfächer der ländlichen Volksschule gehörten "...Lesen, Schön- und Rechtschreiben, Kopf- und schriftliches Rechnen, Verstandes- und Gedächtnisübungen, das Gemeinnützige aus der Naturlehre und Naturgeschichte, vaterländische Geschichte und Geographie, Religionslehre und Religionsgeschichte, Uebung im Singen der Kirchenmelodien und ...practische Anleitung zur Obstbaumzucht und zum Gartenbau."⁽⁵¹⁾ Von der Unterrichtsmethodik bot sich dem zeitgenössischen Beobachter folgender Eindruck: "Die Lehrmethode stand meistens unter der Herrschaft des Mechanismus. Die Lehrer kannten in der Regel keine elementarischen Vorübungen zum Lesen, Schreiben und Rechnen, sondern man begann sogleich mit den Gegenständen selbst...Vom Sprachunterricht hatten viele Lehrer sonderbare Ansichten, der finde sich von selbst durch den Umgang mit deutsch redenden Personen, ein besonderer Unterricht sei entbehrlich und daher Zeitverschwendung...Das Lesenlernen war geisttödtend und ging unendlich langsam. Auf Sprachbildung ward wenig oder gar keine Rücksicht genommen. Es schien, als wäre das Lesen kein Theil oder Zweig der Sprache. Man bildete mehr Lese-Automaten als denkende Leseschüler. Ward auch Fertigkeit durch das Viellesen erzielt, so bewies doch der widerliche, leiernde Leseton, daß die Kinder das Gelesene nicht verstanden."⁽⁵²⁾ Der Pädagoge Adolph *Diesterweg* brachte diese Zustände auf die Formel: "Die Schule ist gerade soviel wert, als der Lehrer wert ist. Darum ist die Erhöhung der Lehrerbildung das erste Stück jeder Schulreform." Seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert hatte man den Kampf gegen die Armut als eine wesentliche staatliche Aufgabe erkannt; erkannt hatte man auch, daß der Hebung der Schulbildung hierbei eine entscheidende Rolle zukam.

"Jeder sittlich Gebildete, auch im Volke, muß klar, bestimmt und gründlich wissen, was er soll, muß treu und gewissenhaft wollen, was er soll, und muß auch geschickt und freudig können, was er soll."⁽⁵³⁾

4. Ansätze zur "Modernisierung" der Volksschulbildung im Herzogtum Schleswig

Die Kirchen waren nicht nur in Schleswig-Holstein die ersten, die zur Kompensation der Mängel der Volksschulbildung eine planmäßige Weiterbildung schulentlassener Jugendlicher betrieben. Nach preußischem Vorbild unterwies der Ortsgeistliche in der Regel an Sonntagen, nach dem Gottesdienst oder am Nachmittag, die Jugendlichen des Ortes und der näheren Umgebung zunächst vornehmlich in religiösen Fragen. Im Gefolge der Aufklärung entwickelten sich aus diesen religiösen Unterweisungen die sogenannten "Sonntagsschulen", in denen allmählich auch eine fachbezogene, weltliche Weiterbildung vor allem in den elementaren Fertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen Einzug hielt. Verbindlich festgeschrieben wurde die regelmäßige Vermittlung dieser rudimentären Form von Weiterbildung erstmals mit dem im Jahr 1763 von *Friedrich II.* erlassenen und für ganz Preußen, dem später das Untersuchungsgebiet angegliedert werden sollte, gültigen "Generallandschulreglement". Dieses sah unter anderem vor, daß "...des Sonntags die Kinder in der Kirche catechisiert werden und die schulentlassenen, noch unverheirateten Personen in der Schule eine Wiederholungsstunde im Lesen und Schreiben erhalten." Der Unterricht in den Sonntagsschulen wurde meistens von den auf einen Nebenverdienst angewiesenen Volksschullehrern erteilt, so daß die Mängel des Volksschulunterrichts, die auch im Ausbildungsstand der Lehrer begründet lagen, auf den Unterricht in den Sonntagsschulen

übertragen wurden. Das Lehrziel dieser Schulen konnte unter diesen Voraussetzungen lediglich in der Wiederholung, Festigung und Vertiefung des Lehrstoffes der Volksschule liegen. In den Herzogtümern Schleswig und Holstein wurden die grundlegenden Mängel des herkömmlichen Volksschulwesens mit der rasant fortschreitenden Industrialisierung des holsteinischen Landesteils und einer beginnenden "Verwissenschaftlichung" der landwirtschaftlichen Produktionsmethoden im agrarisch geprägten Herzogtum Schleswig immer deutlicher empfunden. Frustriert konstatierten zeitgenössische Beobachter der ländlichen Volksbildung, daß "...der große Verfall und der zerrüttete Zustand des Schulwesens gegen Ende des 18. Jahrhunderts nicht zu übersehen" war.⁽⁵⁴⁾

Für die ländliche Bevölkerung des Herzogtums wogen die Mängel der Volksschule um so schwerer, als sie in ihr die einzige Vorbereitung auf ihr späteres Berufsleben erfuhr. Auf dieses Manko hatte schon der im dänischen Gesamtstaat wirkende Pädagoge Friedrich Gabriel Resewitz in seiner im Jahre 1773 in Kopenhagen veröffentlichten pädagogischen Hauptschrift "Über die Erziehung des Bürgers" mit der Feststellung hingewiesen, daß "...Schulen zur Erziehung des Gelehrten genug da sind, auch Schulen zur Erziehung des Soldaten; aber keine Schulen des erwerbenden, des durch mannigfaltige Geschäftigkeit den Staat erhaltenden Bürgers".⁽⁵⁵⁾ Zur Behebung dieser Misere mahnte Resewitz eine stärker auf berufspraktische Inhalte zielende Ausbildung der Landjugend an. An die Stelle der als defizitär empfundenen Volksschullehrinhalte sollte eine Kombination aus dem überkommenen vormittäglichen Unterrichtskanon der Volksschule und obligatorischen nachmittäglichen Einführungen in praktische, berufsbezogene Handarbeiten treten. Die Resewitz'schen Monita hatten allerdings erwartungsgemäß keinerlei Auswirkungen auf das schleswig-holsteinische Schulsystem.

Erst mit Beginn des 19. Jahrhunderts wurde das schleswig-holsteinische Bildungssystem grundlegend reformiert. 1781 wurde in Kiel das erste Lehrerseminar eingerichtet, im Jahre 1809 die kirchliche Aufsicht über die Universität aufgehoben. In den Jahren von 1799 bis 1808 wurden vor allem auf Betreiben des schleswigschen Generalsuperintendenten Jacob Georg Christian Adler für alle Teile der Herzogtümer Schleswig und Holstein, soweit sie nicht der dänischen Schulgesetzgebung und Verwaltung unterstanden, Schulregulative verfaßt. Sie dienten der Vorbereitung der am 24. August 1814 erlassenen "Allgemeinen Schulordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein". Organisatorisch schrieb sie die Dreigliederung des herkömmlichen Schulsystems in Gelehrten-, Bürger- und Landschulen vor. Das primäre Ziel des schulischen Unterrichtes sollte es künftig sein, dem aufgeklärten Staat "...rechtschaffene und nützliche Untertanen zu erziehen".⁽⁵⁶⁾ Die Umsetzung der neuen Schulordnung wurde überwacht, die Schulaufsicht lag weiterhin bei den Kirchensuperintendenten. Privatunterricht, zu dem auch die Unterhaltung von Volkshochschulen zählte, wurde jetzt ebenso wie der Unterricht an Kloster- und Adelsschulen unter die kirchliche Aufsicht gestellt. Die Allgemeine Schulordnung lehnte sich eng an die preußische Bildungspraxis an, die ihr Initiator Adler während seiner Studienjahre kennengelernt hatte. Die gesellschaftspolitischen Ziele der preußischen Bildungspolitik jener Zeit finden sich außergewöhnlich deutlich formuliert in der anlässlich seiner Aufnahme in die "Preußische Akademie der Wissenschaften" im Jahre 1777 gehaltenen Antrittsrede⁽⁵⁷⁾ des seit dem Jahr 1771 für die Kultusverwaltung zuständigen Ministers Friedrichs II., Carl Abraham von Zedlitz. Seine programmatische Rede ist eine eingehendere Vorstellung wert, weil sie ein neues pädagogisches Denken zeigte. Von Zedlitz postulierte in seiner Antrittsrede "Über den Patriotismus als einen Gegenstand der Erziehung in monarchischen Staaten" als unabdingbare Voraussetzung für ein stabiles, monarchisch strukturiertes Staatswesen einen Untertanen, der erzogen ist zu einem "...uneingeschränkten Vertrauen auf den Fürsten und dessen Repräsentanten, Dankbarkeit für die genoßne

Sicherheit, freyen Gehorsam gegen seine Befehle, Ergebung in das von den Gesetzen und öffentlichen Einrichtungen abhängende Schicksal und Thätigkeit in der angewiesenen Sphäre." Die bei von Zedlitz mit "Patriotismus" umschriebene Demut und Beschränktheit der Bevölkerung als unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren eines monarchischen Staatsgebildes galt es demnach mit dem Instrument des Volksschulunterrichts zu sichern, denn, so von Zedlitz, "...[es; d. Verf.] ist also sehr wichtig, diese ihm und seinen Untertanen so vortheilhafte Denkungsart allgemein zu machen." Um das "Allgemeinmachen dieser Denkungsart" über die Volksschule möglichst effektiv zu sichern, galt es zwei Unterrichtsprinzipien zwingend zu beachten, und zwar "...muß [der Unterricht; d. Verf.] von den eigenthümlichen Verhältnissen des Zöglings ausgehen, und nach und nach alle ihn erwartende künftige Verhältnisse umfassen, ...[und zweitens; d. Verf.] mit der [Berufs-; d. Verf.]Ausübung verbunden werden. Der Lehrer...darf nie diese beiden Sätze aus dem Gesichte verlieren." Das eigentliche Lehrziel der Volksschule lag nach von Zedlitz in der Erziehung "...zur Erduldung, zu den Pflichten des untergeordneten Standes, zur Ergebung, zum Gehorsam. Eins der ersten und heftigsten Verlangen der Seele ist das nach Unabhängigkeit, nach Freyheit sich auszubreiten, sich zu vergrößern. Dies Verlangen kann in einer Welt, wo nichts als begränzte Wesen sind, sehr gefährlich werden; es ist also nöthig, es bey Zeiten zu unterdrücken, wenn das Herz sich noch ohne Mühe nach jeder Lage bequemet...Das Kind muß gewöhnt werden, genau den gegebenen Befehlen zu gehorchen, ohne daß ihm Gründe angegeben, Belohnungen versprochen oder Strafen angedrohet werden. Die Grundsätze der Unterwürfigkeit müssen selbst bei den Spielen der Kinder angewandt werden." Den Religionslehrern und Pastoren kam dabei die Aufgabe zu, in einem "besonderen Unterricht" den schulentlassenen Untertanen wiederholt einzuschärfen, daß "...sie zum Gehorchen gebohren sind, ...[denn; d. Verf.] gelehrte Betrachtungen würden bey ihnen die Thätigkeit zernichten, die, nebst der Übung eines völligen Gehorsams, die Tugend dieser Klasse ausmacht."⁽⁵⁸⁾ Der designierte preußische Bildungsminister definierte so in seltener Klarheit die beiden primären Ziele, deren Erreichung der absolutistische Staat von der Volksschule als einzigem Bildungsinstrument der ländlichen Bevölkerung erwartete: gesellschaftspolitisch sollte sie unkritische, staatstreue Untertanen heranziehen, bildungspolitisch die Berufsfähigkeit der breiten Masse sicherstellen, Bildungsziele, die sich mit Ludwig *Fertig* vereinfachend unter dem Schlagwort einer Erziehung zur "Demut und Beschränktheit" subsumieren lassen.

Am Beispiel der Zedlitz'schen Äußerungen wird das Dilemma deutlich, in dem die Schulpolitik des aufgeklärt-absolutistischen Staates steckte, nämlich der Spannung zwischen den Rechten des Einzelnen auf sein "Menschsein" und der Sicherung der "Funktionsfähigkeit" des Untertanen im Blick auf seine vorgegebene gesellschaftliche Aufgabe. Nach preußischer Auffassung stand Volksbildung in der vorrangigen Pflicht, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu konsolidieren und die regionale und soziale Mobilität der Landbevölkerung zu verhindern.⁽⁵⁹⁾ Einen der unmißverständlichsten Belege für dieses Bildungsverständnis formulierte der preußische König *Friedrich II.* in seiner vielzitierten Kabinettsorder über die künftige Ausgestaltung des Unterrichtswesens an von Zedlitz vom 5. September 1779. Darin faßte er sein Bildungsprogramm für die Landbevölkerung in den Kernsätzen zusammen, daß es "...sonsten auf dem platten Lande genug [ist; d. Verf.], wenn sie ein bißchen lesen und schreiben lernen. Wissen sie aber zu viel, so laufen sie in die Städte und wollen Secretärs und sowas werden. Deshalb muß man auf dem platten Lande den Unterricht der jungen Leute so einrichten, daß sie das Nothwendige, was zu ihrem Wissen nothwendig ist, lernen, aber auch in der Art, daß die Leute nicht aus den Dörfern weglaufen, sondern hübsch da bleiben."⁽⁶⁰⁾ Diese für absolutistische Staaten wie Preußen charakteristische Einengung des

Bildungsbegriffes hatte auch Eingang in die Allgemeine Schulordnung der Herzogtümer Schleswig und Holstein aus dem Jahre 1814 gefunden. In enger inhaltlicher Anlehnung an die preußische Bildungspolitik und in fast wörtlicher Anlehnung an den Zeldlitz'schen Vortrag wurde es in der Schulordnung als Ziel des Landschulunterrichts angesehen, "...dem Staat rechtschaffene und nützliche Unterthanen zu erziehen...und die Kinder besonders in den sich auf ihren künftigen Beruf beziehenden Kenntnissen" zu unterrichten.⁽⁶¹⁾

In den Herzogtümern Schleswig und Holstein ruhte die Schulgesetzgebung nach dem Erlaß der Allgemeinen Schulordnung im Jahre 1814 bis 1867. Das einzige neue Gesetz innerhalb dieser Periode, welches das Volksschulwesen unmittelbar betraf, war die Verordnung vom 4. April 1845, die die Entlassung unfähiger oder unwürdiger Volksschullehrer aus dem Schuldienst regelte. Ansonsten beschränkten sich die Oberkonsistorien in Gottorf und Glückstadt und die spätere gemeinsame Provinzialregierung in Schleswig während dieses Zeitraums darauf, die Grundsätze der Allgemeinen Schulordnung in den einzelnen Distrikten durch besondere Regulative zur Ausführung zu bringen. Die während der schleswig-holsteinischen Erhebung für die Zeit von 1848 bis 1851 eingesetzten Zwischenregierungen befaßten sich ebenfalls nicht mit der Schulgesetzgebung. Nach der Niederschlagung der Erhebung und der Wiederherstellung der dänischen Herrschaft über die Herzogtümer Schleswig und Holstein und der Errichtung je eines eigenen Ministeriums für jedes der Herzogtümer mit Sitz in Kopenhagen wurde von jeder dieser Behörden der erfolglose Versuch einer umfassenden Revision der Schulgesetzgebung unternommen. Im Herzogtum Schleswig blieb die Verordnung zur Regelung der Lehrerwitwenpensionen vom 28. März 1857 das einzige greifbare Ergebnis dieser Bemühungen. Erst nach der Herauslösung der Herzogtümer Schleswig und Holstein aus dem dänischen Staat und ihrer Vereinigung mit Preußen setzte eine kontinuierlichere Schulgesetzgebung zur Modernisierung des schleswig-holsteinischen Volksschulwesens ein; seine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen blieben aber bis zum Jahr 1918 weitgehend unangetastet: Volksschulbildung wurde auch im Kaiserreich weiterhin als Garant der Konsolidierung bestehender Gesellschaftsstrukturen gesehen.⁽⁶²⁾

5. Die öffentliche Kritik am Volksschulwesen des 19. Jahrhunderts

Die öffentliche Kritik an der Form und den Inhalten des Bildungswesens, vor allem der Volksschule, verstummte trotz der vereinzelt Bemühungen um eine Reform des Schulwesens nicht. Davon, daß sie von der Regierung der Herzogtümer ernst genommen wurde, zeugt die Einleitung zur Allgemeinen Schulordnung von 1814. Zu ihren Entstehungsmotiven heißt es dort durchaus selbstkritisch, daß "...das in Unseren Herzogtümern durch spezielle Regulative bestimmte Schulwesen sowohl in Hinsicht der inneren Einrichtung der Schulen als der sonstigen Verhältnisse derselben einiger den Zeitumständen anpassenden Verbesserungen bedarf."⁽⁶³⁾ Die mit der Allgemeinen Schulordnung verbundene Reform des öffentlichen Schulwesens führte allerdings nicht zu einem Verstummen der Kritik. Hierfür lassen sich zwei Gründe anführen: erstens wurde die mit dieser Verordnung eingeleitete Reform des öffentlichen Schulwesens nicht konsequent umgesetzt, und zweitens stand sie mit ihrem absolutistisch geprägten Bildungsziel, dem Staat "...rechtschaffene und nützliche Untertanen zu verschaffen", sowohl in krassem Gegensatz zu dem durch die Aufklärung geweckten Anspruch des Volkes auf mündige Beteiligung an der Staatsführung als auch zu der Forderung nach einer Öffnung der Volksschule für allgemein- und berufsbildende Unterrichtsinhalte.

Die Kernpunkte der immer wieder geäußerten Kritik faßte ein im Jahr 1843 in den Neuen Kieler Blättern unter der Überschrift "Über die Bildung des Volkes" ohne Nennung des Verfassers veröffentlichter Artikel exemplarisch zusammen. "Wir sind nicht mehr in den glücklichen Zuständen unserer Vorfahren," klagt dessen ungenannter Verfasser, "...daß wir

unsere Bildung eine einige und eine ureigene nennen können. Die wiedererwachten humanistischen Studien versprachen im Anfang den deutschen Geist mit der jugendlichen Frische des Altertums zu befruchten, es war eine kurze Täuschung. Diese Studien hielt man bald für die ausschließliche Quelle aller Bildung... [doch jetzt; d. Verf.] ist wieder ein ureigenes Element in dem ganzen geistigen Leben der Nation zur Entwicklung gekommen. Man begann, die bloße Gelehrsamkeit ohne eine wirkliche Bildung des Geistes und Herzens zu verachten... Bildung ist nicht der Besitz einer Menge von Kenntnissen, oder die Verfeinerung der äußerlichen Lebensgenüsse, sondern die ureigene Richtung des Geistes auf die idealen Güter der Menschheit..., Erhebung der unteren Stände, Ausbildung ihres Verstandes und noch mehr Bildung ihres Herzens und ihres Willens, das ist die Hauptaufgabe unserer Zeit... Es sollen begründete Kenntnisse unter dem Volk verbreitet werden, die ihm eine andere Beziehung geben als die auf den täglichen Erwerb und auf das Individualleben. [Die Volksschulen; d. Verf.] sind heute die Grundlage jeder Bildung, aber vorzüglich auch nur insofern, als sie durch die Kunde des Lesens und Schreibens das Mittel bieten... Es fehlen noch höhere Volksschulen; ein erster Versuch [die Höhere Volksschule Rendsburg; d. Verf.] ist bei uns gemacht und hat sich glänzend bewährt, mögen ihm neue folgen und möge man noch größern Wert... auf die Kunde der Geschichte, Statistik und die andern allgemeinen Kenntnisse legen. Mögen diese Schulen es sich zum Hauptzwecke stellen, Lust nach Belehrung zu schaffen.⁽⁶⁴⁾ Der revolutionäre Ansatz dieser Kritik wird vor allem vor dem Hintergrund der preußischen Volksbildung mit dem Ziel der Erziehung zur "Demut und Beschränktheit" deutlich. Der Verfasser dieser Kritik setzte mit seiner Forderung nach einer "Erhebung der unteren Stände" und "Herausbildung ihres Willens" zum Todesstoß gegen das absolutistische Bildungsverständnis an. Die hier erhobenen Forderungen wurden später von den Erwachsenenbildnern der Weimarer Republik, wie zum Beispiel Werner Picht, aufgegriffen.⁽⁶⁵⁾ Dafür, daß die Kritik am Bildungswesen trotz der Reformbemühungen des Staates nicht verstummte, lassen sich mehrere Gründe anführen. So wurde die mit der Allgemeinen Schulordnung eingeleitete Reform des öffentlichen Schulwesens nicht konsequent durchgeführt. Änderungsbedürftig waren der Schulbau, die Schulausstattung, die Schulaufsicht und -verwaltung. Nötig wäre die Rekrutierung qualifizierter Lehrkräfte und eine Revision der Lehrinhalte gewesen. Ein übermächtiges Hindernis für eine tiefgreifende Reform des Bildungswesens waren die durch die absolutistischen Bildungsziele, nämlich dem Staat "...rechtschaffene und nützliche Untertanen zu verschaffen", zementierten gesellschaftlichen Verhältnisse. Sie standen im schroffen Gegensatz zu dem durch die Aufklärung geweckten Anspruch der Bevölkerung auf mündige Beteiligung am Staatsgeschehen und der Forderung nach einer Öffnung der Volksschulen für berufsvorbereitende Unterrichtsinhalte.

II. Die Anfänge der Volkshochschularbeit im dänischen Gesamtstaat von 1769 bis 1864

1. Philipp Ernst Lüders - Der Angelner Schultheoretiker

Die ersten Bestrebungen zur organisierten Aus- und Weiterbildung Erwachsener in Schleswig-Holstein reichen weit vor Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) zurück. Von Philipp Ernst Lüders (1702-1786) wurden, soweit heute noch feststellbar, mit seiner im Jahr 1769 veröffentlichten Schrift "Grundriß einer zu errichtenden Akkerschule in welcher die Landesjugend zu einer richtigen Erkenntnis und Übung im Landbau eingeführt und zubereitet werden könne" erstmals die theoretischen Grundlagen zur Institutionalisierung einer von landwirtschaftlich-fachlichen Inhalten geprägten Weiterbildung schulentlassener Jugendlicher

und Erwachsener formuliert.

"Der Kartoffelpropst"

a. Philipp Ernst Lüders (1702-1786) - Person und Werk

Philipp Ernst Lüders wurde am 6. Oktober 1702 als sechstes von zehn Kindern auf dem in Familienbesitz befindlichen Gut Freienwillen im Amt Grundhof des Fürstentums Glücksburg als Sohn des glücksburgischen Oberförsters Christian Lüders und dessen Ehefrau Anna Dorothea Elisabeth, geb. Axen, geboren. Von 1714 bis 1721 lebte er bei seinen Großeltern mütterlicherseits in Satrup, wo er von dem Ortsgeistlichen Georg Wilhelm *Dithmer*, einem Lüneburger, unterrichtet und auf den Besuch der Universität vorbereitet worden ist. In den Jahren von 1721 bis 1724 studierte Lüders in Wittenberg und Jena Theologie. Nach der Ablegung des Examens beschäftigte er sich vier Jahre lang mit Fragen der Theorie und Praxis der Landwirtschaft, bis er im Jahre 1728 unvermutet zum Diakon an die Munkbraruper Kirche gerufen wurde, wo seine geistliche Laufbahn begann. Zwei Jahre später, im Jahr 1730, ernannte Herzog *Friedrich* den zu diesem Zeitpunkt 28jährigen Lüders zu seinem Hofprediger in Glücksburg. 1755 wurde er Propst der glücksburgischen Propstei Munkbrarup. Beide Ämter versah Lüders bis zu seinem Tod am 20. Dezember 1786.⁽⁶⁶⁾ Neben der Ausübung seines Berufes als Geistlicher zeigte Lüders ein ausgeprägtes Interesse für alle Fragen der Landwirtschaft. In einem autobiographischen Rückblick hielt er fest, daß ihm die "Neigung zum ökonomischen Wesen", also zur Landwirtschaft, angeboren war und er von Jugend an Gelegenheit gehabt habe, sich darin zu üben. "Diese Übung ging soweit", so *Lüders*, "...daß ich alle dahin gehörigen Handpflichten, die auf dem Felde und im Garten gebräuchlich sind, in vollständiger Ordnung liefern konnte."⁽⁶⁷⁾ Dennoch wurde er kein Landwirt, da sein älterer Bruder das elterliche Gut Freienwillen erbe.

Lüders veröffentlichte, anfangs noch unter dem Pseudonym "*Pelagus*", in regelmäßigen Abständen insgesamt 52 Abhandlungen zu allen Fragen der Reform der Landwirtschaft und des ländlichen Bildungswesens in verschiedenen Zeitschriften und Magazinen. So schrieb er seit 1750 für die "Schleswig-Holsteinischen Anzeigen" und von 1757-1763 für "Danmarks og Norges Oeconomisk Magazin", daneben für das "Kopenhagener Magazin vor Oeconomie, Cameral- und Polizey...Schriften und kleine Abhandlungen, welche die kgl. dänischen Reiche und Länder betreffen" und in den Jahren von 1765 bis 1767 für die "Nachrichten vom Baltischen Meer."⁽⁶⁸⁾ Seine beiden wichtigsten Monographien erschienen in den Jahren 1769 und 1770 unter dem Titel "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne"⁽⁶⁹⁾ und "Näheres Bedenken über den Gebrauch der Erde, wenn Freiheit und Eigenthum, wo ihnen beides fehlet, bei dem Bauernstande sollte eingeführet werden."⁽⁷⁰⁾

Neben der theoretischen Aufarbeitung landwirtschaftlicher Fragen baute Lüders in praktischen Versuchen auf den von ihm angelegten Feldern Rotklee, Hopfen, Korbweiden und Maulbeersträucher an und setzte sich ganz besonders für die Verbreitung der Kartoffel ein, die bis dahin nur in Botanischen Gärten und Herrschaftsgütern kultiviert worden war. Seine Empfehlung an die Bauern, die Verbreitung der Kartoffel als Nahrungsmittel zu fördern, war folgende: "Der Landmann tut am besten, daß er einige Kartoffeln des abends, wenn er beim Feuer sitzt, in der Asche bratet und ohne Anpreisung in der Stille speiset, so werden die Kinder und Dienstboten bald lüstern werden, es ebenso zu machen."⁽⁷¹⁾ Dadurch, daß Lüders interessierten Bauern kostenlos Saatkartoffeln zur Verfügung stellte, wurde er dem breiten Volk unter dem Namen "Kartoffelpropst" bekannt.

b. Die Ackerakademie des Philipp Ernst Lüders (1763-1767)

Nachdem Lüders in den beiden ersten Jahrzehnten seiner Amtszeit seine freie Zeit zu praktischen Versuchen im Ackerbau genutzt hatte, ging er dazu über, seine Erkenntnisse auf diesem Gebiet weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Den entscheidenden Hinweis auf eine praktikable Möglichkeit zur zielgerechten Vermittlung seines Wissens fand er gegen Ende des Jahres 1757 in einem anonymen Beitrag der Hamburger Berichte.⁽⁷²⁾ Dort stand zu lesen, daß "...die Ackerverbesserung nie recht zum Stande kommen [könne; d. Verf.], wenn nicht auf dem Lande Ackeracademien angeleget würden."⁽⁷³⁾ Das Ergebnis der durch diese Lektüre bei Lüders ausgelösten Überlegungen war die Gründung der "Königlich Dänischen Ackerakademie" am 13. Juli 1763 in Form eines losen Zusammenschlusses von Bauern, Lehrern und Pastoren. Bezeichnend für diese Akademie war ihre Siegelinschrift: D.A.A. (Dänische Acker-Academie)⁽⁷⁴⁾ und N.F.S.E.J.F.A. (niemand für sich, ein jeder für alle).⁽⁷⁵⁾ In das Statutenbuch der Ackerakademie trugen sich 39 Mitglieder ein, unter den 22 Vertrauensmännern der Akademie befanden sich allein 15 Geistliche. Die Akademie war durch den dänischen König *Friedrich V.* bestätigt worden. Am 20. Oktober 1762 hatte sich Lüders mit der Bitte an ihn gewandt, die "Dänische Ackerakademie" offiziell anzuerkennen. In der Stiftungsurkunde vom 13. Juli 1763, mit der der Kopenhagener Oberhofmarschall Graf Adam Gottlob *von Moltke* zum obersten Vorsteher der Akademie berufen wurde, war die Genehmigung der Akademiegründung durch König *Friedrich V.* ausdrücklich erwähnt.⁽⁷⁶⁾ Die große Zahl von Geistlichen unter den Mitgliedern der von Lüders gegründeten Akademie ist für diese Zeit nicht ungewöhnlich. Die zeittypische Motivation für ihre Mitarbeit in den sogenannten "Aufklärungsgesellschaften" findet sich in einem Brief Johann Gottfried *Herders* an Immanuel *Kant*, wonach Herder "...aus keiner anderen Ursache..." sein Amt angenommen habe, "...als weil ich wuste und es täglich aus der Erfahrung mehr lerne, daß sich nach unsrer Lage der bürgerlichen Verfassung von hieraus am besten Cultur und Menschenverstand unter den Ehrwürdigen Theil der Menschen bringen laße, den wir Volk nennen."⁽⁷⁷⁾

Bei der Einrichtung der Lüder'schen Ackerakademie handelte es sich nicht etwa, wie man ihrem Namen nach vermuten könnte, um eine landwirtschaftliche Schule, sondern um einen landwirtschaftlichen Verein, die erste ökonomische Gesellschaft Schleswig-Holsteins. Um dessen Mitgliedern die Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse untereinander auszutauschen, wurden Zusammenkünfte veranstaltet, in deren Rahmen landwirtschaftliche Fragen beraten und Erfahrungen mit der Einführung neuartiger landwirtschaftlicher Produktionsweisen ausgetauscht werden konnten. Lehrer, Geistliche und Bauern bildeten diesen Verein, dessen Ziele nach der von Lüders ausgearbeiteten Satzung die Feststellung der Witterungseinflüsse auf den Landbau sowie die Bodenerforschung und die Getreideanbaulehre sein sollten.⁽⁷⁸⁾ Mit der Verbreitung der dabei gewonnenen Erkenntnisse hoffte Lüders, die Einführung neuer landwirtschaftlicher Produktionsmethoden beschleunigen zu können. So benannte er in der Einleitung zum Stiftungsentwurf seiner Ackerakademie "...die Unwissenheit, die Vorurteile und den Eigensinn als die stärksten Hindernisse...die der wirklichen Verbesserung der Landwirtschaft im Wege stehen."⁽⁷⁹⁾ In einem Schreiben, das Lüders vor der Gründung seiner Ackerakademie an den dänischen König *Friedrich V.* geschickt hatte, stellte er die Methoden vor, mit denen er das neue Wissen über die Landwirtschaft bisher verbreitet hatte und auch weiterhin verbreiten wollte:

1. Mündliche Beratung, um den Feldfruchtbau zu verbessern.
2. Mündliche Beratung, um den Gartenbau zu vervollkommen.
3. Anlegen von Versuchen, um Verbesserungen durch Augenschein (sichtbaren Beweis) bekanntzumachen.
4. Verteilung erstklassigen Saatguts.

5. Vertrieb ökonomischer Schriften.

6. Verstärkte Forderung nach einem Aufheben des gemeinsamen Landbaus.⁽⁸⁰⁾

Die Ackerakademie mußte im Jahr 1767, nur vier Jahre nach ihrer Gründung, ihre Pforten schließen, da der Kopenhagener Generalsuperintendent Adam *Struensee* Anstoß an dem weltlichen Treiben der Geistlichen genommen hatte und den ihm unterstellten Pastoren die Mitarbeit in der Akademie verbot.⁽⁸¹⁾ Eine der praktischen Auswirkungen der Abhandlungen und Erörterungen der Akademie war neben der von Lüders erstrebten Herausgabe von Publikationen zu allen Fragen der landwirtschaftlichen Berufspraxis die am 10. Februar 1766 veröffentlichte Verordnung zur "Beförderung der Einkoppelung und Aufhebung der Gemeinschaft der Dorffelder für das Herzogtum Schleswig". Ihren schriftlichen Niederschlag fanden die in der Ackerakademie stattgefundenen Erörterungen und Vorträge in dem von Lüders im Jahr 1769 veröffentlichten "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule...". Mit dem Erscheinen dieses Entwurfes hatte die Ackerakademie die Erwartungen erfüllt, die ihr Gründer in sie gesetzt hatte, als er bekannte, daß es aus seiner Sicht "...eine der größten Zierden [sei], die unserer Ackerakademie Ehre bringt, wenn aus derselben gedruckte Lehren zum Vorschein kommen, die ganz kurz abgefaßt sind und zum Unterricht der zarten Jugend dienen sollen."⁽⁸²⁾

c. Lüders "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." (1769)

Der von Lüders in seiner Schrift aus dem Jahr 1769 vorgestellte "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne"⁽⁸³⁾ verkörperte die in das Modell einer landwirtschaftlichen Schule eingeflossenen Ergebnisse der in der Ackerakademie diskutierten Wege zur Hebung der ländlichen Bildung. Er stellt somit das erste greifbare Dokument der schriftlich fixierten Theorie einer im Untersuchungsgebiet beheimateten nachschulischen ländlichen Bildungseinrichtung dar. Die von Lüders entwickelte Ackerschulidee hat Berührungspunkte mit den fast einhundert Jahre später gegründeten ländlichen Heimvolkshochschulen, so daß es lohnt, näher auf die von ihm entwickelten Vorstellungen einzugehen.

In der Einleitung zu seinem 148seitigen "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule...", den Lüders dem Vorsitzenden der Ackerakademie, Graf Adam Gottlob von *Moltke*, gewidmet hatte, zeigte sich Lüders verwundert darüber, daß noch kein einziger europäischer Staat ländliche Ackerschulen eingerichtet hatte. Vorhanden seien lediglich Schulen, in denen Unterricht im Kriegs- und Seewesen erteilt werde, aber keine, die sich "...mit dem Ackerbau befassen, und doch ist dieser als die Seele des Staats anzusehen." Um diesem Mißstand Abhilfe zu verschaffen, schlug Lüders in seiner Schrift vor, im Angelter Kirchdorf Böel eine Ackerschule zu errichten. Diesen Ort hielt er für den geeigneten Sitz einer Ackerschule, weil dort "...die Häuser nicht so nah beieinander stehen...auch hat er den verschiedensten Boden, schweren, leichten, sandigen, moorigen...". Das Unterrichtspensum der dort zu gründenden Ackerschule sollte auf drei "Klassen" aufgeteilt werden, die inhaltlich und methodisch aufeinander aufbauten: "Die erste Klasse soll der vorauslaufenden Erkenntnis gewidmet sein, die andere soll in der tätigen Ausübung dessen bestehen, was der Verstand eingesammelt hat, und in der dritten wird man zeigen, wann und wie der Ackerbau nach den Regeln der Witterung am nützlichsten ausgeführt wird". Alle drei Klassen sollten nicht starr nebeneinander herlaufen, sondern im Wechsel von Feld- und Lehrstunden, so daß der bewährte pädagogische Grundsatz der festigenden Wirkung der Verbindung von theoretischer Aneignung und praktischer Anwendung beherzigt wurde.⁽⁸⁴⁾ Die jeweilige Lehrgangsdauer war für den Zeitraum vom 1. April bis zum 31. Juni eines jeden Jahres geplant. Die Klassen sollten sich überwiegend aus

schulentlassenen Jugendlichen im Alter zwischen 17 und 18 Jahren zusammensetzen, weil Lüders sie in diesem Alter für am lernfähigsten hielt. Da die Schule als Internat angelegt war, hatte jeder Jugendliche je nach dem Stand und dem Vermögen seiner Eltern Beiträge zur Deckung der Kosten für Ernährung und Unterkunft zu entrichten.

Der Tagesablauf an der Ackerschule war folgendermaßen eingeteilt: um 6 Uhr Aufstehen, 7 Uhr Teestunde, 8-9 Uhr Unterricht, 9-10 Uhr Wiederholungen mit Pausen, von 10-12 Uhr Unterricht und von 12-14 Uhr Mittagspause. Der Nachmittag sollte in der Regel praktischen Übungen und Feldbesichtigungen vorbehalten bleiben. Die Unterrichtsinhalte umfaßten die Fächer "Beschreibung der Erde" (Bodenkunde), "Düngung", "Samen" (Saatgutgewinnung), "Bodenbearbeitung unter Berücksichtigung der einzelnen Kulturpflanzen" (Pflanzenbau) und "Witterungslehre."⁽⁸⁵⁾

Ein Blick auf die später im Landesteil Schleswig entstandenen ländlichen Heimvolkshochschulen in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz zeigt, daß diese von ihrem Ansatz her in der Tradition des im "Grundriß..." vorgestellten Ackerschulmodells stehen sollten. Insofern kann man Lüders mit Recht als den Vordenker der modernen landwirtschaftlichen Fachschulen bezeichnen.

d. Die zeitgenössische Resonanz auf Lüders Wirken in Angeln und seine Bedeutung für die Institutionalisierung der Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig

Es ist bezeugt, daß Lüders viel Zustimmung in der Bevölkerung fand. Ein großer Teil der Bauern war für Lüders Lehren aufnahmebereit; offenbar waren die Hoffnungen, die der Glücksburger Propst in die Jungbauern und die Landjugend setzte, nicht unberechtigt. Die reformerische Tätigkeit des Propstes wurde zudem dadurch erleichtert, daß die Voraussetzungen beim Angeliter Bauerntum günstig waren. Das wiederum hatte zur Folge, daß die Anregungen des Geistlichen reiche Früchte trugen.⁽⁸⁶⁾ Wie sehr Lüders Bemühungen um eine Reform der Landwirtschaft von seinen Zeitgenossen geschätzt wurden, zeigt ein Artikel aus den "Schleswig-Holsteiner Anzeigen" des Jahres 1759. Dort hieß es unter anderem: "Der Glücksburger Propst besitzt eine vorzügliche Geschicklichkeit, die in unseren Herzogtümern vorhandenen Anstalten und das übliche Verfahren unserer Landwirte zu prüfen, die bisherigen Fehler zu entdecken und Verbesserungen zu ersinnen. Seine ungemeine Aufmerksamkeit und seine unermüdliche Emsigkeit und häufig angestellten Versuche verdienen das Lob aller Redlichen, sowie seine Begierde, mit seiner Erkenntnis und seinem Fleiß, ohne alle eigennützigen Privatabsichten, seinen Nebenmenschen zu dienen."⁽⁸⁷⁾ Anerkennend äußerte sich auch der Pastor Daniel Petersen aus Holebüll in den "Provinzialberichten" des Jahres 1797 über die Leistungen und das Wirkungen des Glücksburger Propsten für die Landschaft Sundewitt: "Statt dürrer Sandfelder jetzt Koppeln mit starkem Kleewuchs und üppigem Getreide, auf den Koppeln wohlgenährtes Vieh, die Koppeln mit dichten, wehrhaften und vor Sturm und Wetter schützenden Laubhecken. Wer früher 7 Kühe hatte, hält jetzt 12-14 Stück, und jede von diesen gibt mehr Milch, als man ehemals von zweien erhielt. Wohlhabende Menschen, reiche Kornfelder, Scharen kraftvollen Viehs auf den Kleeweiden, diese sind für Lüders ein Ehrenmal."⁽⁸⁸⁾

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß Lüders Wirken der theologischen Anschauung der Epoche der Aufklärung entsprach. Danach hatten sich die Geistlichen aus der Überzeugung heraus, daß die Welt an sich gut sei und das öffentliche Leben sich durch geeignete Aktionen verbessern lasse, in besonders starkem Maße um das irdische Wohlergehen ihrer Landsleute zu kümmern. Lüders war Physiokrat, Anhänger einer der zwei Wirtschaftstheorien, die die Aufklärung hervorgebracht hatte. Im Gegensatz zu den Merkantilisten, die die Quelle des Reichtums im Handel und der Förderung der Finanzwirtschaft sahen, suchte er in Anlehnung

an die Lehre des Franzosen François *Quesnay* den Volkswohlstand durch die gezielte Bearbeitung von Grund und Boden zu sichern. Ausgestattet mit fundierten landwirtschaftlichen Kenntnissen schuf er mit der Ackerakademie ein Forum, in dem die bäuerliche Bevölkerung erstmals die neuesten Erkenntnisse der landwirtschaftlichen Forschung diskutieren konnte. Ergebnis dieser Diskussionen war der überlieferte Entwurf einer "Ackerschule", den Lüders in seiner Schrift vorstellte. Sein "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." kann als erstes Dokument einer "Heimvolkshochschule mit Fachunterricht" in Schleswig-Holstein bezeichnet werden.⁽⁸⁹⁾ Bleibendes Verdienst des Philipp Ernst Lüders ist neben seinen Bemühungen um eine Verbreitung landwirtschaftlichen Fachwissens in Angeln, das erste Modell einer landwirtschaftlich-fachlich ausgerichteten Fortbildungseinrichtung für schulentlassene Jugendliche konzipiert zu haben. Zusammen mit dem in Hamburg ansässigen Gutsbesitzer und Kaufmann Caspar von *Vogth*, der in Groß-Flottbek ein landwirtschaftliches Mustergut errichtete, und dem aus dem bayerischen Ansbach stammenden Lucas Andreas *Staudinger*, der in Klein-Flottbek ein landwirtschaftliches Erziehungsinstitut zur Verwirklichung der *Vogth*'schen Ideen schuf, zählt Lüders zu den Protagonisten einer Weiterbildung, die weit über die bis dahin geübte Praxis der "Sonntagsschulbildung" hinaus ging.⁽⁹⁰⁾ In dem von ihm formulierten theoretischem Entwurf einer Ackerschule wird erstmalig die Vorstellung einer sich über die Kindheit und Jugend in das frühe Erwachsenenalter hinein erstreckenden Bildungs- und Lernfähigkeit des Menschen entwickelt und damit der eigentliche pädagogische Grundstein zur Entwicklung organisierter Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig gelegt. Die von Lüders im "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." veröffentlichten Vorschläge zur Organisation der nachschulischen bäuerlichen Berufsbildung wurden von den Industripädagogen Friedrich Gabriel *Resewitz* und Friedrich Eberhard Freiherr von *Rochow* aufgegriffen und unter starker Ausrichtung auf die neu entstehenden frühindustriellen Arbeitsfelder in dem Typus der "Industrieschule" verwirklicht. Ein direkter Einfluß auf die weitere Institutionalisierung von Volkshochschulen läßt sich heute indes nicht mehr belegen. Die fünfundsiebzig Jahre nach Lüders Tod in Rendsburg eröffnete "Höhere Volksschule" fußte nicht auf Lüders Schulkonzeption.

2. Carl Friedrich Hermann Klenze und die "Höhere Volksschule" in Rendsburg (1842-1849)

Die erste deutschsprachige schleswig-holsteinische Erwachsenenbildungseinrichtung, die mit Fritz *Laack* als "Volkshochschule als Tagesschule"⁽⁹¹⁾ charakterisiert werden kann, wurde am 6. Oktober 1842 direkt an der südlichen Grenze des Herzogtums Schleswig eröffnet. Ihren Anfang nahm diese zunächst als Höhere Bauernschule konzipierte Schule mit einem "Offenen Schreiben" des Justizrates Carl Friedrich Hermann *Klenze* an seine Kollegen in der schleswig-holsteinischen Ständeversammlung.

a. Carl Friedrich Hermann Klenze (1795-1878) - Person und Werk

Carl Friedrich Hermann Klenze wurde am 4. September 1795 in Hamburg geboren. Vom Frühjahr des Jahres 1803 bis zum April des Jahres 1810 besuchte er die Internatsschule der Herrnhuter Brüdergemeinde in Christiansfeld.⁽⁹²⁾ Von 1818 bis 1822 studierte er zunächst Theologie, wechselte dann aber in die juristischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität in Kiel. Im November 1822 bestand er sein juristisches Examen in Glückstadt mit "höchst rühmlicher Auszeichnung". Nach einer sich daran anschließenden fünfjährigen Tätigkeit als Amtssekretär beim Pinneberger Landdrosten Ernst August von *Doring* wurde Klenze im Jahr 1827 zum Klostersyndikus in Uetersen gewählt und am 23. Juni 1840 vom dänischen König zum Justizrat ernannt. Ab dem 30. Januar 1841 gehörte Klenze als Vertreter des 8. holsteinischen Wahlbezirks der Holsteinischen Ständeversammlung in Itzehoe an. Während

der schleswig-holsteinischen Erhebungszeit fungierte er als gewählter Abgeordneter der schleswig-holsteinischen Landesversammlung in Kiel bis zu deren Auflösung am 11. Januar 1851. Mit diesem Datum endete auch Klenzes praktische politische Tätigkeit, ihm blieb lediglich seine Stellung als Klostersyndikus in Uetersen. 1867 verlor er seine öffentlichen Ämter durch die Änderung der schleswig-holsteinischen Gerichts- und Verwaltungsverfassung, und in seinem 75. Lebensjahr legte er auch sein Klosteramt nieder, das ihm nach eigener Aussage "...dadurch verleidet wurde, daß der Klosterpropst allzu preußisch eingestellt war". Klenze starb am 27. Februar 1878 in Burg in Dithmarschen.⁽⁹³⁾

b. Klenzes Vorarbeiten zur Gründung einer "Höheren Bauernschule"

Klenze war Internatsschüler der am 4. Januar 1775 in Christiansfeld eröffneten Herrnhuter Pensionsanstalt für Knaben gewesen. In dieser pietistischen Internatsschule hatte er das Modell einer Bildungseinrichtung erlebt, die neben der staatlichen Volksschule existierte und die ihren Schülern ein Unterrichtspensum vermittelte, das in etwa dem des heutigen Gymnasiums entsprach. Konzipiert war die Christiansfelder Schule als Internat. Die am Unterricht teilnehmenden Schüler hatten ein relativ hohes Schulgeld in Höhe von 160 Reichstalern jährlich zu entrichten. Geleitet wurde die Internatsschule von einem Direktor, der durch eine vierköpfige Schuldirektion unterstützt wurde.

Die Herrnhuter Brüdergemeinde, der Träger der Schule, sah eine doppelte Aufgabe in der Schularbeit, eine religiöse und eine pädagogische. Später, in der Zeit der nationalen Auseinandersetzungen um Nordschleswig, kam ein nationalpolitischer Aspekt hinzu, der zu Klenzes Schulzeit noch keinen Einfluß auf die Arbeit der Schule hatte. Ihre religiöse Aufgabe sah die Brüdergemeinde in der Vermittlung eines "Herzenschristentums" an die Schüler. Wer es besaß, würde nach Ansicht dieser Gemeinde stets ein gebildeter Mensch sein und sich demgemäß betragen. Wichtigste Aufgabe der Schule war es in den Augen ihres Trägers, schon in den Kindern das Herzenschristentum zu wecken. In ihrer Pädagogik baute die Christiansfelder Internatsschule auf Johan Amos Comenius auf. Dieser hatte gefordert, die gesamte Erziehung von der Religion her zu begründen. Das Heim und ein intaktes Familienleben sollten als Vorbild der Erzieher gelten. Der ganztägige Unterricht sei nicht nur eine Wissensvermittlung, sondern in sich schon Erziehung. Der Unterricht an der Internatsschule umfaßte in etwa den Fächerkanon eines Gymnasiums, nämlich Latein, Griechisch und Hebräisch, Deutsch, Dänisch, Schwedisch, Englisch und Französisch, Geschichte, Geographie, Mathematik, Rechnen, Naturgeschichte, Naturlehre, Schreiben, Zeichnen, Musik, Sport und Handarbeit. Von 1790 an wurde jährlich ein Examen für alle Klassen der Internatsschule abgehalten.⁽⁹⁴⁾

Klenzes Bemühungen zur Hebung der Bildung des Bauernstandes fanden ihren ersten schriftlichen Niederschlag in einem unter der Überschrift "Die höhere Bauernschule" im Itzehoer Wochenblatt vom 8. Februar 1839 veröffentlichten Artikel.⁽⁹⁵⁾ Damit reagierte er auf einen kurz zuvor im "Kieler Correspondenz-Blatt" erschienenen Wahlaufuf, in dem die bäuerlichen Mitglieder der holsteinischen Ständeversammlung als inkompetent dargestellt wurden.⁽⁹⁶⁾ Klenze trat in seiner Entgegnung dafür ein, die 20- bis 30jährigen Bauernsöhne im Laufe eines freiwilligen zweijährigen Besuchs einer höheren Bauernschule vor allem in den Fächern Geschichte der Staatswissenschaft und Verfassung des Landes zu unterrichten. Dieser erste Appell verhallte nach Klenzes eigenen Angaben ungehört.⁽⁹⁷⁾ Am 11. September 1840 verfaßte er daraufhin einen zweiten Aufruf im Itzehoer Wochenblatt in Form eines "Offenen Schreibens" an die bäuerlichen Abgeordneten der holsteinischen und schleswigschen Ständeversammlung.⁽⁹⁸⁾ In ihm entwickelte er das Modell einer "Höheren Bauernschule" für etwa 50 Schüler, die von zwei Lehrern unterrichtet werden sollten. Die Söhne der Bauern

sollten sich freiwillig zum Besuch dieser Schule melden und durch die Entrichtung eines Schulgeldes die Einrichtung finanziell tragen. Die Unterrichtsfächer sollten hauptsächlich Mathematik, Naturkunde, allgemeine Staatswissenschaft, Geschichte und Geographie sowie Verfassungs- und Verwaltungskunde sein. Klenze wollte auf dieser Anstalt den Bauern die Kenntnisse vermitteln, die "...zur richtigen Beurteilung des Staates und seiner Verhältnisse dienen können. Dieses kann aber nur geschehen durch die Errichtung einer höheren Bauernschule für Schleswig-Holstein, welche in dem Verlaufe mehrerer Jahre eine Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte abgeben könnte, und durch welche sich überhaupt richtige Ansichten vom Staat und Staatsachen verbreiten könnten."⁽⁹⁹⁾ Unter Mitwirkung des "Landwirtschaftlichen Vereins" im Amt Rendsburg wollte Klenze die Idee seiner Bauernschule verwirklichen. Aufgabe der Schule sollte sein, einen "...solchen Unterricht zu erteilen, welcher dem Bauernstande angemessen ist." Dieses Ziel sollte sie durch die Ausrichtung der Unterrichtsfächer auf Landwirtschaftskunde und Allgemeinbildung erreichen. Bei der Zusammenstellung des Kanons der landwirtschaftlichen Fächer ging Klenze vom Bauernhof und dessen Bedürfnissen aus. Deshalb sollte seiner Lehranstalt ein landwirtschaftlicher Musterbetrieb angegliedert sein, auf dem die Schüler ihr theoretisches Wissen in die Praxis umsetzen konnten. Zur Hebung der bäuerlichen Allgemeinbildung wollte er die Fächer Geschichte und Geographie, Staatskunde und Physik in seinen Lehrplan aufnehmen. Der Besuch der Schule sollte die Bauernsöhne auch zu tüchtigen Kommunevorstehern und Ständedeputierten ausbilden. Aus diesem Schulentwurf des Juristen Klenze sind, was technische und organisatorische Fragen betrifft, sowohl die Erfahrungen herauszulesen, die Klenze als Schüler der Herrnhuter Internatsschule gemacht hatte, als auch das Interesse, das er als Jurist mit der Einrichtung dieser Bildungsanstalt verband, nämlich den Staatsbürger zu befähigen, Mitspracherechte an der Führung des Staates wahrnehmen zu können. Das theologisch-pädagogische Moment der Weckung eines "Herzenschristentums" und die Sicht der Schule als Stätte der Erziehung fehlten dagegen in Klenzes Entwurf völlig. Klenzes Anregungen zur Gründung einer Bauernschule bildeten den Auftakt zu einer ganzen Serie von Leserbriefen im Itzehoer Wochenblatt. Am 15. Januar 1841 veröffentlichte das Wochenblatt beispielsweise einen vom Ellerbeker Distriktschullehrer Claus Kolls erarbeiteten Plan zur "Gründung einer höheren Bauernschule für die Herzogtümer Schleswig und Holstein". Kolls schlug darin vor, ein "...Unterrichtsinstitut in einem stillen, in der Nähe Kiels gelegenen Dorfe fürs erste während einer Probezeit von vier Jahren [zu errichten; d. Verf.] ...Der Unterricht [sollte; d. Verf.] von mindestens drei Lehrern, von welchen der eine einzig und allein fürs Institut anzustellen ist - die beiden anderen, von welchen der eine wissenschaftlich gebildet sein muß, dürfen Privatlehrer sein - erteilt werden. Die Unterrichtszeit für die Eleven ist auf zwei Jahre gesetzt, während welcher Zeit sie wöchentlich 48 Stunden Unterricht genießen. Die vorzüglichsten Unterrichtsgegenstände sind folgende: Staatswissenschaft und Geschichte, bürgerliche und politische Volks- und Landeszustände, Geographie, Physik, Naturgeschichte, deutsche Sprache, Orthographie, Mathematik, Anstandslehre, arithmetisches Rechnen, Feldmessen, Schreiben...". Die Lehrmittel sollten den Schülern kostenlos zur Verfügung gestellt werden.⁽¹⁰⁰⁾ Die in der Folgezeit immer reger werdende öffentliche Diskussion über die Notwendigkeit einer Bauernschule bestärkte Klenze in seiner Absicht, eine derartige Schule ins Leben zu rufen.

c. Die Realisierung der von Klenze projektierten "Höheren Bauernschule" in Rendsburg

Am 26. Januar 1842 wurde in Jevenstedt auf Klenzes Anregung hin eine Versammlung des "Landwirtschaftlichen Vereins" im Amt Rendsburg unter dem Vorsitz seines Vorsteher, des Rendsburger Schulrektors Jürgen Pahl, abgehalten. In ihrem Verlauf beschlossen die

anwesenden Vereinsmitglieder die Errichtung einer höheren Bauernschule. Die 200 Vereinsmitglieder, durchweg Bauern, sicherten durch Subskriptionen den größten Teil der in den ersten fünf Jahren, also bis zum Sommer des Jahres 1847, anfallenden Schulkosten; den Rest sollten die Schüler durch die Zahlung eines hohen Schulgeldes tragen. Zur Frage des Standortes dieser Schule legte die Versammlung fest, daß sie "...an einem geeigneten Orte ungefähr in der Mitte der beiden Herzogtümer angelegt werden" sollte. Ein 14köpfiger "Vorstand zur Errichtung einer höheren Volksschule mit besonderer Rücksicht auf die Ausbildung des Bauernstandes" erhielt den Auftrag, den Plan der Schule zu entwerfen, den Leiter und die Lehrerschaft auszuwählen und den Schulort zu bestimmen. In den Vorstand wurden der Rendsburger Rektor Jürgen *Pahl* und der Hohenwestedter Hufner Jürgen *Rohwer junior* als Vorstandsvorsitzende und neben ihnen als einfache Mitglieder der Landinspektor für die Schleswigschen Landkommissariatsgeschäfte Heinrich *Tiedemann*, der Hofbesitzer und Abgeordnete Jürgen *Rohwer senior* aus Hohenwestedt, der Volksschullehrer *Hinz* aus Bockel und die Hufner Jacob *Sierck* aus Embühren und Peter *Sievers* aus Nübben gewählt. Als auswärtige Mitglieder wurden der Kieler Landgerichtsadvokat Ernst Friedrich von *Neergaard*, der Abgeordnete Lucius Carl von *Neergaard* aus Oevelgönne, der Carlshüttenbesitzer Markus Hartwig *Holler* aus Rendsburg, der Erbpachtmüller und Abgeordnete Friedrich Carl *Müller* aus Schnaap, der Forstbeamte Carl Ludwig *Niemann* aus Christianslust, der Gutsbesitzer *Wildhagen* aus Boholz und der Justizrat *Klenze* in den Vorstand aufgenommen.⁽¹⁰¹⁾ Der Vorstand beschloß, sofort in beiden Herzogtümern eine Aufforderung zur Bildung von Ortsvereinen zu verbreiten und legte außerdem fest, daß die von ihm geplante Bauernschule sich aus den nationalen Auseinandersetzungen im Herzogtum Schleswig heraushalten sollte. Als deutlich sichtbares Zeichen hierfür wurde beschlossen, den König um das Protektorat für die Schule zu bitten.

Die eigentliche Gründungsversammlung der "Höheren Bauernschule" fand am 8. März 1842 in Rendsburg statt. Im Vordergrund der hier geführten Diskussionen standen zwei strittige Fragen, zum einen die nach dem Standort der neu zu errichtenden Bauernschule und zum andern die Frage danach, ob sich diese Bauernschule stärker einer an politisch orientierten Inhalten ausgerichteten Allgemeinbildung oder der von *Klenze* favorisierten bäuerlichen Berufsbildung widmen sollte. Das "Rendsburger königlich-privilegierte Wochenblatt" berichtete in seiner Ausgabe vom 12. März 1842 ausführlich über diese Gründungsversammlung. Danach entfielen in der Abstimmung über die Frage des Standortes der geplanten "Höheren Bauernschule" elf Stimmen auf Rendsburg, drei auf Eckernförde, zwei auf Hohenwestedt und eine auf Jevenstedt. Keine Stimme erhielten die Vorschläge Kiel, Kronshagen, Segeberg und Neumünster. Mit der Wahl Rendsburgs als Standort für die geplante höhere Bauernschule wurde diese Schule in die bildungspolitischen Auseinandersetzungen der Rendsburger Bevölkerung um die Ausrichtung der dortigen - am 28. November 1820 gegründeten - Gelehrtenschule hineingezogen. Ausgetragen wurde dieser Konflikt zwischen den Anhängern einer rein humanistisch ausgerichteten und denen einer stärker berufspraktisch orientierten Schulbildung. Zu den profiliertesten und einflußreichsten Vertretern der eher praxisorientierten Bildungsarbeit der Schule gehörte beispielsweise der Rendsburger Kaufmann und Abgeordnete Johann *Paap*. Er finanzierte seit 1823 das Rendsburger Schauspielhaus und hatte einen Sitz im Vorstand der geplanten "Höheren Bauernschule". Die Gelehrtenschule Rendsburg war 1820 als humanistische Bildungsanstalt ins Leben gerufen worden. Als sie wegen Schülermangels um 1830 in eine Krise geriet, forderten die Rendsburger Bürger in Petitionen in den Jahren 1835 und 1842 von der Regierung die Umwandlung der von ihnen durch Zwangsbeiträge finanzierten Gelehrtenschule in eine Realschule.

Im Jahre 1844, zwei Jahre nach der Gründung der nun als "Höhere Volksschule" bezeichneten Rendsburger Volkshochschule, erreichten die Diskussionen um die zukünftige Richtung der Gelehrtenschule ihren Höhepunkt. Im "Rendsburger Wochenblatt" vom 29. Juni 1844 wurde ausführlich das Für und Wider einer Realschule erörtert, die Gelehrtenschule Rendsburg als "...überflüssig, lästig und die Bildung der Jugend hemmend" kritisiert. Die Gottorfer Regierung schob eine Entscheidung über das weitere Schicksal der Gelehrtenschule hinaus; die schleswig-holsteinische Erhebung von 1848 rückte die Schulfrage zunächst in den Hintergrund, bis die Gelehrtenschule ab dem Jahr 1850 einen neuen Aufschwung erlebte.⁽¹⁰²⁾ Zu diesem Zeitpunkt hatte die "Höhere Volksschule" Rendsburg ihre Arbeit bereits seit einem Jahr eingestellt.

Klenze, der um die Probleme des Standortes Rendsburg wußte, hielt in dem von ihm geführten Versammlungsprotokoll vorsorglich fest, daß "...die Einrichtung der Schule in Rendsburg provisorisch geschehe."⁽¹⁰³⁾ Die Bezeichnung der neuen Schule als "Höhere Volksschule" war ein deutliches Indiz dafür, daß er sich mit seinem Konzept der ausschließlichen Ausrichtung der Schule auf die bäuerliche Bildung nicht hatte durchsetzen können. Mit dieser Entscheidung war die vom Segeberger Seminardirektor Jacob Julius Heinrich Lütgens betriebene Abkehr vom ländlichen Fachschulgedanken hin zu einer eher humanistisch geprägten Bildungseinrichtung vorbereitet. Das Eröffnungsdatum wurde auf Michaelis des Jahres 1842 gelegt. Mit der Wahl des Schulstandortes Rendsburg und der Bezeichnung der Anstalt als "Höhere Volksschule" war die von Klenze konzipierte Bauernschule inhaltlich und formal in die Nähe einer "Höheren Bürgerschule" gerückt, für deren Errichtung sich neben dem designierten Schulleiter Lütgens vor allem auch der promovierte Philosoph und Friedrichstädter Schuldirektor Carl Christian Tadey - ab 1840 Mitherausgeber des Schleswig-Holsteinischen Schulblattes - schon seit 1832 durch mehrere Publikationen eingesetzt hatte.⁽¹⁰⁴⁾ Diese höhere Bürgerschule entsprach ungefähr dem Gymnasium späterer Zeit.⁽¹⁰⁵⁾ Die geänderte Ausrichtung der geplanten Bauernschule wurde von der Öffentlichkeit genauestens registriert. Die "Schleswig-Holsteinische Schulzeitung" wies in einem von Tadey verfaßten kritischen Kommentar zur Gründung der "Höheren Bauernschule" ausdrücklich darauf hin, daß die geplante Bauernschule "...mit diesem Namen [Höhere Volksschule; d. Verf.] auch wohl zugleich eine allgemeine Stellung zum Volk...einnehme und somit nicht mehr die Bildungsbedürfnisse des Bauernstandes beachte".⁽¹⁰⁶⁾

Zum ersten Lehrer und Direktor der Anstalt wurde für die Dauer von fünf Jahren der Segeberger Seminarleiter Jacob Julius Heinrich Lütgens gewählt. Er wurde am 23. Dezember 1811 in Behnkenmühlen geboren. Nach dem Besuch der Schule in Preetz bereitete ihn der Preetzer Bürgerschulrektor Hans Andresen in privaten Unterrichtsungen auf die Aufnahme im Kieler Lehrerseminar vor. Nach dem Besuch dieses Seminars von 1827-28 war Lütgens ein Jahr lang als Lehrer in Maasbüll tätig, danach ein halbes Jahr, bis Ostern 1830, als Hauslehrer in Neuwühren. In der Zeit von Ostern 1830 bis Ostern 1833 absolvierte er nochmals das Seminar in Kiel, das er mit dem Zeugnis "Zweiter Charakter mit sehr rühmlicher Auszeichnung" verließ. Nach einer darauf folgenden halbjährlichen Tätigkeit als Lehrer an der St. Marienschule in Flensburg gründete er dort im Herbst des Jahres 1833 eine Privatschule mit dem Namen "Lehr- und Erziehungsinstitut für Söhne und Töchter." In der Ausgabe des "Flensburgschen Wochenblatts" vom 28. September 1833 informierte Lütgens die Öffentlichkeit darüber, daß er "...bald nach Michaelis ein Lehr- und Erziehungsinstitut für Söhne und Töchter eröffnen wird, in welchem die Zöglinge von den ersten Elementen bis zur Confirmation diejenige Bildung erhalten sollen, welche man mit Recht von der gebildeten Classe fordert." Sechs Jahre später, am 17. April 1839, übergab Lütgens die Leitung seiner Privatschule an den Hauptpastor

der St. Marienkirche, Christian August *Valentiner*, und wechselte als Rektor an das Seminar nach Segeberg.⁽¹⁰⁷⁾ Nachdem *Lütgens* sich mit seiner Schrift "Der allgemeine dänische Schullehrerverein, dessen Stiftung, Organisation und erste Wirksamkeit. Ein Vorbild für Deutschlands Schullehrerconferenzen" zu den aufkeimenden bildungspolitischen Rivalitäten mit Dänemark fachkundig geäußert hatte, wählte der auf ihn aufmerksam gewordene Vorstand der Höheren Volksschule Rendsburg *Lütgens* im Jahre 1842 zum Leiter der neuen Rendsburger Bildungseinrichtung.⁽¹⁰⁸⁾ Im März 1848 legte *Lütgens* diesen Posten nieder, weil er in die Kommission gewählt worden war, die für die Bewaffnung der aufzustellenden schleswig-holsteinischen Armee zu sorgen hatte. Schon im Mai 1848 verließ er diese Kommission wieder und nahm eine zweijährige Tätigkeit als Redakteur bei dem von ihm acht Wochen zuvor - am 25. März - gegründeten "Rendsburger Tageblatt" auf. Im Frühjahr 1850 zog er nach Hamburg um und erwarb am 28. März 1851 als Kaufmann das hamburgische Bürgerrecht. *Lütgens* starb am 1. September 1852 im Alter von 42 Jahren.⁽¹⁰⁹⁾

Gleich nach *Lütgens* Wahl zum Leiter der Rendsburger Schule beantragte der Schulvorstand am 13. April 1842 bei der Schleswig-Holsteinischen Regierung die Genehmigung zur Gründung einer Schule in Rendsburg. Im Begleitschreiben bat der Vorstand um Nachsicht für konzeptionelle Mängel, die darin begründet lägen, daß die projektierte Schule "...gegenwärtig nur als ein Versuch zu betrachten sei, von dessen Ergebnissen der Vorstand die Erwartung hegt, daß sie zu einem Resultate führen dürften, dem eine hohe königliche; d. Verf.] Regierung ihre gnädigste Genehmigung nicht versagen werde. Der Vorstand hegt die Überzeugung, daß eine hohe königliche Regierung der rein vaterländischen Gesinnung, die der Errichtung dieser Anstalt zu Grunde liegt, ihr Wohlwollen nicht versagen, und einem Unternehmen ihren gnädigsten Schutz gewähren werde, welches die geistige Regeamkeit, den edlen Sinn und das tatkräftige Streben eines biedern Volkes bezeugt."⁽¹¹⁰⁾ Die Genehmigung durch die Regierung erfolgte am 4. Mai 1842. Sie bestellte keine kirchliche Behörde als Schulaufsicht, sondern informierte die Kirchenvertreter lediglich über die Gründung der "Höheren Volksschule" und empfahl ihnen, an den Abschlußprüfungen dieser Lehranstalt teilzunehmen. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang der Referentenentwurf zur Stellungnahme der Regierung auf den Genehmigungsantrag des Vorstandes der "Höheren Volksschule". In ihm heißt es unter anderem, daß der Antrag auf die Errichtung einer privaten Volkshochschule zu genehmigen sei, da alles, "... was nach der Confirmation an Bildung der Jugend verschafft werden mag, ...außer der Bürgerschaft des Staates liegt."⁽¹¹¹⁾ Am 6. Oktober 1842, mit Beginn des Wintersemesters, wurde die "Höhere Volksschule" Rendsburg, die in der Königsstraße im Stadtteil Neuwerk untergebracht war, feierlich eröffnet.⁽¹¹²⁾

d. Organisation und Unterricht der Höheren Volksschule Rendsburg in den Jahren von 1842 bis 1849

Die "Höhere Volksschule" entsprach weder organisatorisch noch in ihrer inhaltlichen Ausrichtung irgendeiner der in der Allgemeinen Schulordnung des Jahres 1814 vorgesehenen Schulformen. Daher formulierten ihre Gründungsväter eine eigene, speziell auf die Belange ihrer Schule zugeschnittene Schulordnung, das sogenannte "Provisorische Regulativ" vom 13. April 1842.⁽¹¹³⁾ Es beinhaltete wesentliche Elemente des von Klenze zwei Jahre zuvor im Itzehoer Wochenblatt vorgestellten Modells einer "Höheren Bauernschule". Danach lag die Oberaufsicht über die Schule bei einem Vorstand und einer Reihe von Kommissionen. Der Schule standen mit ihrem Leiter *Heinrich Lütgens*, dem Segeberger Seminaristen und späteren Schleswiger Hardsesvogt *Claus Kühl* und dem Lehramtskandidaten *Hermann Martens* insgesamt drei festangestellte und eine variierende Anzahl an Hilfslehrern zur Verfügung. *Lütgens* hatte *Kühl* am Segeberger Schullehrerseminar ausgebildet und ihn dort als fähigen Mathematiker

schätzen gelernt. An der Höheren Volksschule übertrug er ihm den Unterricht in den Fächern Rechnen, Deutsch und Zeichnen.⁽¹¹⁴⁾

Bei der Gestaltung des Lehrplans der Rendsburger Schule hatte sich Lütgens gegenüber Klenze durchsetzen können. Danach verfolgte die Schule, wie Lütgens es formulierte, das Ziel, "...dem wohlhabenderen Theile, vorzugsweise der ländlichen Bevölkerung, eine Gelegenheit darzubieten, seinen Söhnen eine den Zeitverhältnissen überhaupt, so wie den Fortschritten der Landwirthschaft insbesondere entsprechende weitergehende Ausbildung zu vermitteln, als die gewöhnlichen Landschulen dazu im Stande sind." Die Ausbildung an der Rendsburger Schule erstreckte sich über einen Zeitraum von zwei Jahren mit vier aufeinander aufbauenden Semestern, von denen jedes mit einer Abschlußprüfung endete; pro Semester wurden jeweils 32 Wochenstunden Unterricht erteilt. Im letzten Jahr ihres Bestehens wurde der Lehrbetrieb auf sechs Monate verkürzt und nach dem Vorbild der dänischen Heimvolkshochschulen in das Wintersemester verlegt, da die Landwirte im Sommer ihre Höfe bewirtschaften mußten. Der Unterricht umfaßte die folgenden Fächer: Religion, Geschichte (Weltgeschichte, deutsche, schleswig-holsteinische und dänische), Statistik des Vaterlandes, Deutsche Sprache (schriftliche, mündliche Übungen), Geschäftsaufsätze, Lehre vom menschlichen Körper (Anthropologie), Tierkunde, Pflanzenkunde, Physik, Chemie, Arithmetik, Buchführung, Geometrie, Nationalökonomie (Volkswirtschaft), Schreiben und Singen.

Die Schwerpunkte in der Auswahl der Unterrichtsfächer entsprachen nur noch in der Ausrichtung auf den landwirtschaftlichen Fachunterricht dem ursprünglichen Plan Klenzes. Der Schwerpunkt lag eindeutig in den geisteswissenschaftlichen Fächern. Sie nahmen den größten Raum ein und lagen auch in der Wochenstundenzahl an der Spitze, die Vermittlung landwirtschaftlicher Fächer trat dagegen zurück. Auf die praktische Umsetzung landwirtschaftlicher Unterrichtsinhalte wurde gänzlich verzichtet, da Lütgens der Überzeugung war, daß die Schüler damit überfordert seien, ein wöchentliches Unterrichtspensum von zweiunddreißig Unterrichtsstunden intellektuell zu verarbeiten und zusätzlich praktisch umzusetzen. Von der ursprünglichen Idee einer reinen "Ackerschule" war nicht viel realisiert worden.

Lütgens selber ging auf die Eigenart der von ihm geleiteten Schule in einem Artikel des Itzehoer Wochenblattes vom 25. März 1842 näher ein, in dem er Wert auf die Feststellung legte, daß man die Höhere Volksschule Rendsburg "...weder eine Realschule noch ein landwirtschaftliches Institut nennen [dürfe; d. Verf.], und dennoch wünscht man, daß sie die Leistungen beider in sich vereinigen möge...Ohne eine wirkliche Realschule zu sein, hat diese Anstalt dennoch manches mit jener gemein und sollte es nach dem Willen der Stifter haben, welche allgemeine Ausbildung für das erste und nächste Ziel hielten, das erstrebt werden müsse; doch auch in landwirtschaftlicher Rücksicht sollte die höhere Volksschule ihre Zöglinge mit den bisher bezüglichen Fortschritten der Gegenwart auf theoretischem Wege bekanntmachen."⁽¹¹⁵⁾ Lütgens verteidigte die geisteswissenschaftliche Ausrichtung der von ihm geleiteten Rendsburger Schule auch vier Jahre nach ihrer Gründung noch vehement. In seinem Rechenschaftsbericht vom März des Jahres 1846 begründete er die Konzentration seiner Schule auf allgemeinbildende Fächer damit, daß viele Bauernsöhne nicht mehr zwangsläufig den elterlichen Hof bewirtschaften wollten oder könnten, sondern sich anderen Berufsfeldern zuwenden würden. Ihnen müsse eine fundierte Allgemeinbildung als Fundament einer "Berufsfähigkeit" vermittelt werden; der Erwerb einer "Berufstüchtigkeit", worunter er die Umsetzung theoretischer Kenntnisse in die praktische Berufsausübung verstand, müsse "Wirtschaftsbetrieben" vorbehalten bleiben, in denen seine Schüler im Anschluß an den Besuch der Rendsburger Schule über einen längeren Zeitraum praktisch unterwiesen werden sollten.⁽¹¹⁶⁾ Mit dieser Vorstellung hatte Lütgens das Modell der heute in der Bundesrepublik

praktizierten dualen Berufsbildung bereits vorweggenommen.

Der bewußte Verzicht auf die Vermittlung von Berufspraxis provozierte die Gegner der Rendsburger Schule, sich öffentlich gegen diesen Schulversuch auszusprechen. Beispielhaft für viele gleichlautende Kritiken ist ein noch vor der Schuleröffnung in der Schleswig-Holsteinischen Schulzeitung abgedruckter Leserbrief. Dessen ungenannter Verfasser beschwor das Scheitern des Rendsburger Schulversuchs mit der Begründung, daß nicht "...die Bauernschule das zu erstrebende Ziel sei für uns und unser Land; vielmehr ist es das Institut der höheren Bürgerschule noch immer, das wir zu verwirklichen suchen müssen. Aber sollte nicht die Privat-Bauernschule am Ende umschlagen in die öffentliche Anstalt, wie wir sie wünschen...Das ist meine Hoffnung. Nehmen Sie nur die speciellen Beziehungen auf die Landwirtschaft - es steht wohl nur mehr auf dem Papier, als es sich in der Wirklichkeit finden wird - hinweg aus dem veröffentlichten Unterrichtsplan und schieben Sie dafür ein paar neuere Sprachen hinein: haben wir da nicht die höhere Bürgerschule, wie Tadey sie verlangt...? Schon daß in einer Stadt die Bauernschule ihre Location findet, giebt uns das nicht Muth, unserer Hoffnung mehr und mehr Raum zu geben? Es kann nicht fehlen, daß unter den Recipienten mehrere Rendsburger Bürgersöhne sein werden, die sich einem Gewerbe, dem Handel etc. zu widmen gedenken. Für diese aber ist Unterricht im Englischen, Französischen etc. erforderlich; der wird anfänglich in Nebenstunden von Nebenlehrern ertheilt werden müssen...Sehen Sie die weitere Entwicklung nun? Wozu auch die Trennung der höheren Bildung in solche für Bürger und Bauern! Thut nicht beiden Ständen im Wesentlichen dasselbe noth? Die eigentliche Tüchtigkeit für den praktischen Bauernberuf erlernt der junge Mensch ja doch nicht in der Schule, sondern im Leben selbst...".⁽¹¹⁷⁾ Der Verfasser dieses Leserbriefes lag mit seiner Analyse der Schwachstellen des Rendsburger Schulversuchs und der Prognose seiner künftigen Entwicklung richtig, wobei aber nicht verkannt werden darf, daß die öffentlich ausgetragenen Diskussionen um die Stärken und Schwächen der Rendsburger Schule deren Start erheblich erschwerten.

In den ersten fünf Jahren ihres Bestehens, in denen die Existenz der Schule durch Subskriptionen finanziell gesichert war, wurde die Anstalt, die auf eine Zahl von 80 Schülern pro Semester ausgelegt war, nur von insgesamt 149 Schülern im Alter zwischen 19 und 22 Jahren besucht. 46 von ihnen kamen aus dem Herzogtum Schleswig, 78 aus dem Herzogtum Holstein und nur 5 von "auswärts".⁽¹¹⁸⁾ Die für das Jahr 1845 überlieferten Schülerzahlen entsprachen genau dem statistischen Mittel der ersten fünf Jahre: im Februar 1845 besuchten 31 Schüler die Rendsburger Schule, deren Altersdurchschnitt bei 19,2 Jahren lag. Der Einzugsbereich der Schule erstreckte sich auf ganz Schleswig-Holstein: jeweils 15 Schüler hatten ihren ständigen Wohnsitz in einem der beiden Herzogtümer, einer in Kopenhagen.⁽¹¹⁹⁾

Die Schulleitung reagierte auf die gravierend hinter den Kalkulationen zurückbleibenden Schülerzahlen mit einer inhaltlichen Erweiterung der ursprünglichen Konzeption der Höheren Volksschule, um durch ein breiter gefächertes Unterrichtsangebot mehr Schüler anwerben zu können. Bereits im Jahre 1845 wurden zwei zusätzliche Klassen eingerichtet. In einer technisch ausgerichteten Klasse, deren Unterrichtsschwerpunkte in den Fächern Mathematik, Physik, Maschinenkunde, Zeichnen, Nationalökonomie und Muttersprache lagen, wurden die Schüler auf den Besuch der Technischen Hochschulen in Hannover und Karlsruhe vorbereitet. Außerdem war eine Handelsklasse eingerichtet worden, in der die Schüler durch Unterricht in den Fächern Englisch, Französisch, kaufmännische Korrespondenz, Handelsgeographie, Statistik und Nationalökonomie auf kaufmännische und industrielle Berufe vorbereitet werden sollten.⁽¹²⁰⁾ Die beiden neuen Ausbildungswege sollten künftig gleichberechtigt neben der bisherigen landwirtschaftlichen Klasse stehen.⁽¹²¹⁾ Die Schulaufsichtsorgane des Herzogtums

Schleswig sahen in der Erweiterung des Unterrichtsangebotes bereits das Eingeständnis des Scheiterns des Rendsburger Schulversuchs. Die mangelnde Akzeptanz der Rendsburger Volksschule führten sie auf die beiden schon im Vorfeld der Schulgründung äußerst kontrovers diskutierten Entscheidungen zurück: auf die Ansiedlung der Schule innerhalb einer Stadt und auf die Dominanz der allgemeinen und politischen Bildung gegenüber den berufsvorbereitenden Unterrichtsfächern.⁽¹²²⁾

Da die Schülerzahlen trotz der Lehrplanänderungen des Jahres 1845 auf Dauer deutlich hinter den Kalkulationen zurückblieben, geriet die Schule, die zunächst als Modellversuch für die Dauer von fünf Jahren geplant und für diesen Zeitraum durch Subskriptionen finanziell gesichert war, nach Ablauf der Subskriptionsfrist in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Am 23. März 1848, mit Beginn der Unruhen, die schließlich zur schleswig-holsteinischen Erhebung führten, wurde die Schule vorläufig geschlossen. Der Antrag des Schulvorstandes vom 25. November 1848 an die provisorische Schleswig-Holsteinische Regierung mit der Bitte, die Anstalt auf Grund ihrer finanziellen Notlage "...für eine Staatsanstalt zu erklären und selbige aus Staatsmitteln erhalten zu wollen, eventualiter die Existenz der Anstalt für die nächste Zukunft durch einen Zuschuß aus Staatsmitteln sicher zu stellen, für welchen Fall der Vorstand eine Summe von 5000 Reichstalern Courant zu beantragen sich erlaubt", wurde von der Regierung am 13. April 1849 abgelehnt. Die Regierung begründete ihre Ablehnung damit, daß zwar "...einerseits die Fortschritte der rationellen Landwirtschaft, andererseits der Bildungsstand wie das Bedürfnis des Bauernstandes der Herzogtümer dazu auffordert, bei einer Umgestaltung des Unterrichtswesens Special- oder Fachschulen für die Fortbildung desselben ins Leben zu rufen und bei der Wichtigkeit der Landwirtschaft in unserem Lande durch Staatszuschüsse zu unterstützen und anderweitig zu fördern, so glaubt sie [die Regierung; d. Verf.] doch, die Anträge des Vorstandes der Rendsburger höheren Volksschule, die factisch jetzt eingegangen ist, der obwaltenden Sachlage nach nicht befürworten zu dürfen."⁽¹²³⁾ Damit stand endgültig fest, daß das Modell der Höheren Volksschule in Rendsburg gescheitert war.

e. Die Bedeutung der Höheren Volksschule Rendsburg für die Institutionalisierung von Volkshochschulen

Die Höhere Volksschule Rendsburg verfolgte mit ihrer ursprünglichen Ausrichtung als "...Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte" schon vor der Gründung der Röddinger Volkshochschule einen Volksbildungsansatz, der mit Grundtvigs Ziel eines allgemeingebildeten und politisch emanzipierten Bauernstandes übereinstimmte. Sie sah sich bewußt als Konkurrenzgründung zur Heimvolkshochschule Rödding, nutzte aber anders als diese die Einrichtung der Schule als Ganztagschule mit einem angegliedertem Heim nicht pädagogisch, so daß man bei ihr mit Fritz *Laack* von einer "Volkshochschule als Tagesschule" sprechen kann.⁽¹²⁴⁾ Ihr Scheitern läßt sich nur aus dem unglücklichen Zusammenwirken mehrerer Faktoren erklären. Einer war mit Sicherheit die Wahl Rendsburgs als Standort der geplanten "Höheren Volksschule". Die Auseinandersetzungen der Rendsburger Bevölkerung um die Umwandlung der von ihnen durch Zwangsbeiträge finanzierten Gelehrtenschule in eine Realschule belasteten die "Höhere Volksschule" bei ihrem Ringen um ein eigenes Profil stark. In diesem Umfeld gelang es dem Schulleiter Lütgens, sich mit seinem Konzept einer "allgemeinbildenden höheren Volksschule" für breitere, wohlhabendere Bevölkerungsschichten gegen Klenze als Anhänger einer berufsorientierteren ländlichen Fachbildung durchzusetzen. Zu den bildungspolitischen Auseinandersetzungen im Standort Rendsburg kamen schulinterne Entwicklungen hinzu, die letztlich das Fortbestehen der ausdrücklich als Schulversuch konzipierten "Höheren Volksschule" nach Ablauf des durch Subskriptionen gesicherten Finanzierungszeitraums unmöglich machten. Zu ihnen zählt, daß von der Klenze'schen

Konzeption der Schule als Ackerschule oder höheren Bauernschule durch zu starke Gewichtung der geisteswissenschaftlichen Fächer abgewichen wurde. Damit deckte sich das Bildungsangebot der Höheren Volksschule nicht mit der Bildungsnachfrage des Standortes Rendsburg und seiner Umgebung. Infolge des nicht nachfrageorientierten Bildungsangebotes war ein kostendeckendes Arbeiten wegen zu geringer Schülerzahlen von Anfang an nicht möglich. Die von der Schulleitung daraufhin vorgenommene Um- und Neuorientierung des Lehrangebots mit der Aufstellung einer technisch-industriellen und einer Handelsklasse verwischte das Profil der Schule so stark, daß schließlich der als freier Bildungseinrichtung konzipierten Schule weder staatliche Zuschüsse noch die Umwandlung in eine Staatsschule gewährt wurden. Im Rückblick betrachtet war die als "Modellversuch" angelegte "Höhere Volksschule" in Rendsburg schon mit ihrer Gründung zum Scheitern verurteilt. Der Kardinalfehler dieser Schule hatte darin gelegen, daß ihr Bildungsangebot, anders als das ihres Pendant in Rödding, keine Strategien zur Lösung der "Nöte und Bedürfnisse" der im Umfeld ansässigen Bevölkerung bot. Das Scheitern der Höheren Volksschule Rendsburg stützt die dieser Untersuchung zu Grunde liegende These von der eigentlichen Aufgabe der Erwachsenenbildung in der Hilfe zur Lösung von speziell artikulierten Nöten und Problemen. Aus den Fehlern, die in Rendsburg gemacht worden waren, hatte der Gründer der am 10. November 1845 in Oersberg eröffneten zweiten deutschsprachigen Volkshochschule, Claus Jürgensen, gelernt.

"Landvolks Bildung - Landes Wohl"⁽¹²⁵⁾

3. Claus Jürgensen - Der Oersberger Schulpraktiker

Während sich der Glücksburger Propst Philipp Ernst Lüders mit seinem "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." als theoretischer Vordenker eines neuen Typus von Erwachsenenbildungseinrichtungen einen Namen gemacht hatte, schuf der ebenfalls in Angeln wirkende Oersberger Schullehrer Claus Jürgensen mit seiner Lehr- und Bildungsanstalt die erste praktisch wirkende, landwirtschaftlich-fachlich geprägte Erwachsenenbildungsstätte im Herzogtum Schleswig. Daß Jürgensen sich dabei bewußt in die Lüdersche Tradition stellte oder von dessen Vorarbeiten Kenntnis hatte, läßt sich nicht belegen. Unbestritten ist dagegen, daß ihm und seinen Nachfolgern die Entwicklung der zunächst als "Höhere Bauernschule" konzipierten Rendsburger Volkshochschule bekannt war.

a. Claus Jürgensen (1803-1851) - Person und Werk

Der Schullehrer, Organist und Küster Claus Jürgensen wurde am 5. Mai 1803 als Sohn des Johann Christian Jürgensen in die ärmlichen Verhältnisse einer Havetoftloiter Kätnerfamilie hineingeboren. Von Kindesbeinen an mußte er durch harte körperliche Arbeit in der Landwirtschaft zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Nach dem Besuch der Dorfschule wurde er von seinem späteren Schwager, dem Toestruper Pastor Conrad Heinrich Friese, der seine Begabung erkannt hatte, auf den Besuch des Tonderner Lehrerseminars vorbereitet. Als 19jähriger trat er im Jahre 1822 seine dreijährige Ausbildung auf dem Seminar an. Unmittelbar nach seinem Seminarabgang bestellte ihn das Gortorfer Kirchenvisitorium im Jahre 1825 zum Substituten des 63jährigen Oersberger Volksschullehrers Detlef Desler, dem Schwiegervater des Toestruper Dorfpastors Friese. Jürgensen nutzte die Möglichkeit, sich durch Desler vertreten zu lassen, um sich im Winter des Jahres 1826 auf der Eckernförder Musterschule im sogenannten wechselseitigen Unterricht, der besonders vom dänischen König für die einklassigen Dorfschulen propagierten Unterrichtsmethode, fortzubilden. Als Desler im Januar des Jahres 1827 in den Ruhestand ging, trat Jürgensen seine Nachfolge an. Gleichzeitig versah er den Küster- und Organistendienst in Toestrup. Noch im gleichen Jahr heiratete er Deslers jüngste Tochter Anna Maria. Claus Jürgensen starb am 11. Januar 1851 in

Oersberg.⁽¹²⁶⁾

b. Jürgensens Sonntagsschule als Vorläufer der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oersberg (1839-1845)

Claus Jürgensen hatte bereits vierzehn Jahre an der Oersberger Dorfschule unterrichtet, als er im Sommer des Jahres 1839 seine "Sonntagsschule" als feste Institution ins Leben rief. Jürgensen, aktives Mitglied des am 18. Juni 1837 gegründeten "Landwirthschaftlichen Vereins an der Schlei", hatte den Reformbedarf der ländlichen Volksschulbildung erkannt. Wie viele andere sah er die Volksschule in der Pflicht, ihre Schüler auf das bäuerliche Erwerbsleben vorzubereiten. Diese Forderung hielt er, soweit heute noch nachweisbar, erstmalig aus Anlaß der Generalkirchenvisitation am 11. September 1837 schriftlich fest, als er in einem Schreiben an den Schleswiger Generalsuperintendenten das Fehlen landwirtschaftlicher Unterrichtsinhalte im Unterrichtskanon der Volksschulen kritisierte; er gab dem Superintendenten seinen Eindruck wieder, nach dem in Angeln ein "...weit regeres Leben in wirthschaftlicher und industrieller Hinsicht Rath finden müßte. Es giebt hier mehrere, welche mehr den Herrn, als den mit Kopf und Hand werthätigen Bauer spielen, und halten den Vergleich mit den Untergehörigen des Gutes Rundhof nicht aus. Ich bin, um kurz zu sein, überzeugt, daß etwas mehr Wirthschaftlichkeit, auf das Vermögen, mithin auch auf eine noch bessere Schulbildung den besten Einfluß haben müßte."⁽¹²⁷⁾ Neben der fehlenden Berufsvorbereitung kritisierte Jürgensen, daß die Volksschule die ihr anvertrauten Jugendlichen in einem zu frühen Entwicklungsstadium entließ. Er war der Überzeugung, "...daß in den reiferen Jahren erst die Jugend am bildungsfähigsten und auch bildungsbedürftigsten sei. [Mit Bedauern sah er; d. Verf.] die schulentlassenen Jugendlichen über die Schwelle der Schule hinaustreten in eine nicht gerade arge, aber für den Ungebildeten, Unkundigen so mannigfache Hindernisse des Fortkommens in den Weg legende Welt, welche zu wenig geistige Nahrung und intellectuelle Kräftigung darböte, um auch in ungünstigen Lagen die nöthige Intelligenz sich anzueignen."⁽¹²⁸⁾ Seine Kritik wurde von der Schulaufsicht ohne heute noch nachweisbare Reaktion zur Kenntnis genommen. Jürgensen scheint darunter gelitten zu haben, wie seine bei Liedke überlieferte Äußerung "...nichts ist mir in unserer staatlichen Einrichtung unbegreiflicher gewesen, als dass überall das Bedürfnis einer, über die Konfirmation hinausgehenden landwirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Bildung für die Söhne der vielen kleinen Landbesitzer sich zeigte, ohne dass man sich von oben her darum kümmerte, dass diesem Bedürfnis abgeholfen werde" belegt.⁽¹²⁹⁾ Anstatt sich resigniert zurückzuziehen, entwickelte er Eigeninitiative und verschickte im Sommer des Jahres 1839 ein Rundschreiben, mit dem er die schulentlassene Jugend der näheren Umgebung zu seinen sonntäglichen Unterrichtungen einlud.

Davon, daß sich die Idee einer Sonntagsschule vor Ort nicht ohne Widerstände realisieren ließ, zeugt der Bericht des Töstruper Schulinspektors und Pastors Christian Ludwig *Wiegmann* an den Schleswiger Generalsuperintendenten Christian Friedrich *Callisen* vom 2. September 1840. Darin klagt Pastor Wiegmann, der Oersberger Schullehrer habe "...kürzlich auch eine Sonntagsschule (oder vielmehr freie Unterhaltungen mit Erwachsenen über naturwissenschaftliche und landwirtschaftliche Gegenstände) begonnen...ich hätte statt dessen lieber eine christlich-religiöse Sonntagsschule für vernachlässigte Schulkinder und Erwachsene ins Leben treten gesehen; meiner eigenen wenigen Kraft aber darf ich diese Unternehmung nicht zumuten."⁽¹³⁰⁾

Dem Aufruf zum Besuch der Oersberger "Sonntagsschule" waren schon im ersten Jahr acht schulentlassene Jugendliche gefolgt. Als einziger Lehrer der Sonntagsschule vermittelte Jürgensen ihnen sonnabends und sonntags in je zwei vierstündigen Unterrichtseinheiten

berufsbezogene landwirtschaftliche Fachkenntnisse. Der Fächerkanon der Sonntagsschule knüpfte mit der Vertiefung und Festigung der deutschen Sprache, Schreib- und Stilübungen und Vaterlandskunde an die in der Volksschule vermittelten Inhalte an. Darüber hinaus zählte die Vermittlung von berufsbezogenen landwirtschaftlichen Fähigkeiten und Kenntnissen, wie Nutztierhaltung, Landvermessen, Obstbaumzucht, Kompostbereitung und Ackerpflege zu den regelmäßigen Themen der sonntäglichen Unterweisungen. Claus Jürgensen wollte über die reine Weitergabe von Fachkenntnissen hinaus aber auch Einfluß nehmen auf die gesellschaftlichen Umgangsformen seiner Schüler. Zu diesem Zweck hatte er seiner Sonntagsschule eine uns überlieferte Schulordnung gegeben. Die von Jürgensen am 19. September 1843 anlässlich der bevorstehenden Schulvisitation handschriftlich fixierten "Bedingungen der regelmäßigen Teilnahme an der "Sonntagsschule" sind uns erhalten.⁽¹³¹⁾ Die wichtigsten Abschnitte aus ihnen lauten:

"Zum Verhalten in der Schule:

- 1) Jeder Teilnehmer muß unverheiratet sein - keine Frau haben.
- 2) Alle, ohne Unterschied, rede ich mit `Du' an.
- 3) Am liebsten bedienen sich alle des Hochdeutschen, jedoch wird auch Plattdeutsch und Dänisch geduldet...
- 6) Freilich werden vaterländische Zustände nach Kräften und genau erwogen und beurtheilt, jedoch wird keine eigentliche Politik geduldet.

Außer der Schule wird ein `ehrbarer Wandel', würdevoll wies einem gebildeten oder wenigstens nach Bildung strebenden jungen Menschen ziemt", gefordert.⁽¹³²⁾

Wer gegen die Regeln der von Jürgensen selbst auch als "Veredlungs- und Fortbildungsverein" bezeichneten Sonntagsschule verstieß, sollte mit einem Bußgeld (der sogenannten "Brüche") und im Wiederholungsfall mit einem Ausschluß vom Schulbesuch bestraft werden. Die Selbstbezeichnung der Sonntagsschule als "Veredlungsverein" zeugt von der aufklärerischen Prägung dieser Bildungsstätte. Lehrziel war nicht allein die Vermittlung von fachlichen Fertigkeiten und Fachwissen, sondern auch die Verbreitung von Lebenseinstellungen und Verhaltensweisen. Diese Zielsetzungen sind typisch für die Epoche der Aufklärung, die sich nicht als Verstandeschulung allein verstand. Sie gewann ihren Wert erst aus einer Verhaltensvermittlung, in einer Formbildung der Person, die, fern aller formalistischen Etiketten, die menschliche Natur als eine reflexive und als eine soziale bekundete.⁽¹³³⁾ Dieser umfassende Anspruch wurde allerdings, soweit heute noch feststellbar, von der Oersberger Sonntagsschule nur unzureichend eingelöst.

c. Resümee: Die Sonntagsschule und ihre Bildungsarbeit

Die Zahl der Teilnehmer an der von Jürgensen ins Leben gerufenen Sonntagsschule wuchs schnell, im Winter des Jahres 1840/41 nahmen bereits 30 Schüler im Alter zwischen 17 und 31 Jahren regelmäßig an den sonntäglichen Unterrichtungen teil.⁽¹³⁴⁾ Derart ermutigt, begann er an die Realisierung seiner schon seit 1837 gehegten Pläne zur Errichtung einer festen Erwachsenenbildungsstätte zu denken. "Alt und Jung [sind] vom eifrigen Verlangen nach immer weiterer Fortbildung beseelt. Dem gab auch Zeugnis das bereitwillige Entgegenkommen der jungen Leute in meiner Sonntagsschule", wußte Jürgensen über die positive Resonanz der schulentlassenen Jugendlichen auf sein Weiterbildungsangebot rückblickend in seinem Bericht vom 28. August 1843 an den Schleswiger Generalsuperintendenten *Callisen* zu berichten.⁽¹³⁵⁾

Dieser zeigte sich von Jürgensens Arbeit derart beeindruckt, daß er ihn der Gottorfer Regierung für die Verleihung des "Ehrenzeichens der Dannebrogsmänner" vorschlug.⁽¹³⁶⁾

Der starke Zulauf zur Sonntagsschule und der Zuspruch, den er von den Schul- und Kirchenvisitatoren erfuhr, bestärkten Jürgensen in seinem Bemühen, eine landwirtschaftliche

Lehranstalt zur Fortbildung der schulentlassenen Landjugend einzurichten. Daß er dabei bewußt auf *Lüders* theoretische Vorarbeiten zurückgriff, läßt sich nicht belegen. Aus den Erfahrungen seiner Bildungsarbeit an der Sonntagsschule formulierte Claus Jürgensen in der "Landwirtschaftlichen Zeitung" für sich folgende Erfahrungen:

- 1) "Der junge Landmann will meistens wol lernen, aber das, was er braucht;
- 2) Der junge Landmann will im Allgemeinen wol lernen, aber nicht studiren;
- 3) Er will wol lernen, aber sobald als irgend möglich auch seine materiellen Interessen dadurch gefördert sehen."⁽¹³⁷⁾

Die auf diese drei Kernsätze reduzierten Erfahrungen aus der Sonntagsschularbeit bildeten den konzeptionellen Rahmen der Bildungsarbeit der im Jahre 1845 eröffneten Landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt.

d. Die Bildungsarbeit der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oersberg in den Jahren von 1845 bis 1856

Am 15. Dezember des Jahres 1843 legte Jürgensen dem Kirchenvisitatorium der Propstei Gottorf seinen Antrag auf Genehmigung zur Errichtung seiner zunächst als "Höhere Landvolksschule" bezeichneten privaten Bildungseinrichtung vor. In dem von ihm eigenhändig verfaßten "Regulativ der Schule und landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup" vom 1. Februar 1844 erläuterte er dem Visitatorium in 20 Paragraphen die Einzelheiten seines Schulprojektes. Das Ziel seiner Lehranstalt sah er darin, "...vorzugsweise dem Landwirthschaft treibenden Publicum der Herzogthümer es möglich zu machen, seinen erwachsenen Söhnen eine den Zeit-, Orts- und Berufsverhältnissen angemessene Bildung angedeihen zu lassen. - Also sowohl eine allgemeine Kraftentwicklung des ganzen Menschen, als auch eine theoretisch practische, landwirthschaftliche Gewerbsbildung und sonstige Befähigung für das staatsbürgerliche Leben zu Tage zu fördern."⁽¹³⁸⁾ Die Schleswig-Holsteinische Regierung gestattete Jürgensen nach einem anderthalbjährigen Genehmigungsverfahren am 8. April 1845 die Eröffnung seiner Privatschule. Die Genehmigung war allerdings an die Auflage gebunden, daß er sich der Schulaufsicht des zuständigen Kirchenvisitors der Propstei Gottorf unterstelle und seinen Unterrichtsplan um den Religionsunterricht erweitere. Außerdem verweigerte ihm die Regierung die beantragten direkten Subventionszahlungen, kam ihm aber insofern entgegen, als daß sie ihm die Möglichkeit einräumte, sich durch einen von ihm bezahlten Substituten an der Örsberger Volksschule vertreten zu lassen.⁽¹³⁹⁾ Jürgensen ließ sich durch diese Restriktionen nicht von der Realisierung seines Schulprojektes abhalten. Schon am 23. Juli 1845 erfolgte die Grundsteinlegung für seine eigene Schule, am 10. November 1845 wurde sie von ihm eröffnet.

Der Neubau war auf die Beschulung und internatsmäßige Unterbringung von maximal einhundert Schülern und zehn Lehrern ausgelegt.⁽¹⁴⁰⁾ Der Lehrbetrieb der Landwirtschaftlichen Lehranstalt wurde durch großzügige Spenden aus der Öffentlichkeit gefördert. Die adligen Gutsbesitzer Angelns ließen Jürgensen zweimal 1500 Mark Courant aus den ihnen zustehenden Zinsen der Zollentschädigungsgelder zukommen, und der von Jürgensen gegründete "Angler landwirtschaftliche Verein" schenkte der Schule neben einer Mineraliensammlung Modelle zur Wiesenberieselung und eine umfangreiche Büchersammlung. Markus Hartwig *Holler*, der Besitzer der Carlshütte in Rendsburg, stattete die Schule kostenlos mit landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen aus.⁽¹⁴¹⁾ Der Besuch der Oersberger Lehranstalt stand prinzipiell jedem frei. Wer als Schüler an der Jürgensenschen Heimschule aufgenommen werden wollte, mußte das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, konfirmiert sein und ein jährliches Schulgeld bezahlen. Die Aufnahme in die Schule erfolgte jeweils zum 1. November und 1. Mai, vor der Aufnahme hatte jeder angehende Schüler eine

Prüfung abzulegen, von deren Ergebnis es abhängig war, welchem der beiden aufeinander aufbauenden Lehrkurse er zur Ausbildung zugewiesen wurde. Wer ohne spezielle Vorkenntnisse am Unterricht teilnehmen wollte, hatte generell den gesamten zweijährigen Lehrgang zu absolvieren.⁽¹⁴²⁾ Das Lehrerkollegium bestand aus insgesamt sieben fest angestellten Lehrern. *Jürgensen* selber unterrichtete in den Fächern Theorie der Landwirtschaft, Buchführung, deutsche Sprache, Geschäftsaufsätze, Schönschreiben, Haustierrkunde, Gesetzeskunde und Rechtslehre. Der Lehrer *Jürgen Mumm* war zuständig für die mathematischen Fächer und das praktische Landmessen, Physik, Botanik, Orthographie und vaterländische sowie allgemeine Geschichte. Der Tierarzt *Nickels Hansen* vermittelte Kenntnisse in der Tierarzneikunde und einfacheren Behandlungstechniken, im Reiten und Fahren. *Heinrich Johann Jöns*, den *Jürgensen* als seinen Substituten an der Örsberger Volksschule angestellt hatte, unterrichtete an der Landwirtschaftlichen Lehranstalt die Fächer Notenkenntnis und Gesang. Zeichnen und Risse machen wurde vom Lehrer *Becher* gelehrt, Anstandslehre und Gymnastik vom Lehrer *Carl Hinrich Thomsen* und die Herstellung landwirtschaftlicher Werkzeuge vom Lehrer *Vogt*.

Der Stundenplan der Landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt umfaßte 39 Wochenstunden. Die einzelnen Unterrichtsfächer waren ausgewogen auf landwirtschaftliche Fachbildung und allgemeinbildende Fächer verteilt. Mit 19 Stunden entfiel gut die Hälfte auf die berufskundlichen Fächer Theorie der Landwirtschaft, Tier- und Tierheilkunde, Physik und Botanik, Deklaration und Buchführung, Geschäftsaufsätze, Reißen und praktische Übungen bei einem Werkzeugmacher. Die andere Hälfte stellten mit 18 Wochenstunden allgemeinbildende Fächer wie Rechnen, Geometrie und Arithmetik, Zeichnen, Deutsche Sprache, Lesen und Schreiben, Geographie, Vaterlands- und allgemeine Geschichte. Zwei Wochenstunden waren für Exkursionen und naturkundliche Beobachtungen vorgesehen. Die Fächer Anstandslehre und Gymnastik waren im Lehrplan nicht extra ausgewiesen. Auf "anständiges Benehmen" der Schüler wurde im Rahmen des Internatsleben ständig geachtet, gymnastische Übungen fanden in der Freizeit statt.⁽¹⁴³⁾

Die Unterrichtsmethodik an seiner Landwirtschaftlichen Lehranstalt charakterisierte *Jürgensen* als eine "...theoretisch-praktische; will sagen, Theorie und Praxis gehen nicht allein Hand in Hand, um gegenseitig sich zu begründen und zu befestigen, sondern die Anstalt wendet auch allen ihren möglichen Fleiß an, den neuesten Fortschritten in der Landwirtschaft überhaupt zu folgen." Er legte Wert auf eine möglichst "vielsinnige und vielseitige" Rezeption der Unterrichtsinhalte, die er durch das Hervorrufen von "...Gefühlserscheinungen, Gesichterscheinungen, Gehörserscheinungen und durch Gerucherscheinungen"⁽¹⁴⁴⁾ erreichen wollte. Am Ende der Ausbildung stand die öffentlich abzulegende Abgangsprüfung, die vor zwei Lehrkräften der Schule und von auswärts eingeladenen Experten abzulegen war. Ein Beobachter dieser öffentlichen Examina zeigte sich beeindruckt von dem Ausbildungsstand der Schüler: "Die Eleven, ...die mit diesem Examen ihren zweijährigen Schulbesuch vollendeten und aus dem Institute austraten, [zeigten; d. Verf.], daß sie diese so wichtige Bildungszeit nicht nutzlos hatten verstreichen lassen, indem sie die landwirtschaftlichen, physikalischen, mathematischen und thierarznei-wissenschaftlichen Fragen mit lobenswerter Sicherheit beantworteten und lösten, so daß ihnen eine mehr als oberflächliche Kenntniß und Einsicht in allen diesen Gegenständen leicht anzumerken war."⁽¹⁴⁵⁾ Offensichtlich hatte *Claus Jürgensen* das Ziel, das er mit seiner Landwirtschaftlichen Lehranstalt verfolgte, nämlich "...nicht Gelehrte, sondern verständige, ruhige, umsichtsvolle Landwirte zu bilden, welche einsehen, daß ihr Glück auf Erwerben und freudigem Gehorsam gegen die bestehenden Gesetze beruht," erreicht.⁽¹⁴⁶⁾

Jürgensen warb wiederholt für seine Schule in der regelmäßig erscheinenden "Landwirthschaftlichen Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg". Die Resonanz auf das Unterrichtsangebot der Landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt war vergleichsweise positiv. Die Schule hatte ihren Lehrbetrieb im Jahre 1845 mit neun Schülern aufgenommen, drei Jahre nach ihrer Eröffnung war diese Zahl auf insgesamt 34 gestiegen. Genaue Angaben über die Herkunft und das Alter der Oersberger Schüler liegen uns für das Jahr 1846 vor: von insgesamt 25 Schülern stammten 21 aus dem Herzogtum Schleswig und 4 aus Holstein. Im Vergleich zur relativ gleichmäßigen Verteilung der Rendsburger Schüler fallen zwei Schwerpunkte auf: Angeln als direktes Umfeld der Schule mit 10 Schülern und das heutige Nordschleswig mit 7 Schülern. Die Tatsache, daß 28% der Oersberger Schüler aus den vier grenznahen Kreisen stammten, ist insofern bemerkenswert, als ihnen die Möglichkeit offenstand, sich in ihrer direkten Nachbarschaft an der Rödinger Volkshochschule weiterzubilden. Die Oersberger Schüler waren im Schnitt 1,3 Jahre jünger als die Rendsburger, das Durchschnittsalter der Schüler des Schuljahres 1848 lag bei 17,9 Jahren gegenüber 19,2 Jahren der Rendsburger Schüler.⁽¹⁴⁷⁾ Die überlieferten Zahlen lassen den Schluß zu, daß Jürgensen das Bedürfnis der ländlichen Bevölkerung nach einer qualifizierten beruflichen Bildung richtig eingeschätzt hatte. Ein kostendeckender Schulbetrieb aber war ihm auf der Grundlage der Nachfrage der Jahre von 1845 bis 1848 auf Dauer nicht möglich; Jürgensen selber hatte seine Schule auf den Besuch von mindestens achtzig Schülern pro Schuljahr ausgelegt. Die politischen Geschehnisse kamen dem frühzeitigen wirtschaftlichen Konkurs der Bildungsanstalt zuvor, denn auch Claus Jürgensens Schule konnte sich in ihrer Tagesarbeit dem in den Herzogtümern aufkommenden Nationalismus nicht entziehen. Dem Zeitgeist folgend, hatte in ihr eine allmähliche politische Polarisierung Einzug gehalten. Aus den überlieferten Akten ergibt sich ein ambivalentes Bild von Jürgensens politischer Einstellung, wobei eine sich im Laufe der Jahre verstärkende Ablehnung gegenüber allem Dänischen unverkennbar ist. Während in der Sonntagsschule "...vaterländische Zustände nach Kräften und genau erwogen und beurteilt wurden, jedoch keine eigentliche Politik geduldet"⁽¹⁴⁸⁾, so war in der Landwirtschaftlichen Lehranstalt neben dem Hochdeutschen der Gebrauch der dänischen Sprache nur noch mit der Einschränkung erlaubt, daß die Schüler aus den dänischsprachigen Teilen des Herzogtums Schleswig "...sehr bald vollkommen deutsch sprechen [werden; d. Verf.], da streng darauf gehalten wird, daß die Eleven, auch unter sich, Hochdeutsch reden und weder Dänisch noch Plattdeutsch gesprochen werden darf."⁽¹⁴⁹⁾ Andererseits legte Jürgensen schon 1843 in seinen "Bedingungen der regelmäßigen Teilnahme an dem Unterricht der Sonntagsschule" ausdrücklich Wert auf die Feststellung, daß in seiner Schule "...keine eigentliche Politik geduldet" werde. Spätestens mit Beginn der schleswig-holsteinischen Erhebung des Jahres 1848 stellte sich Jürgensen offen auf die Seite der antidänischen schleswig-holsteinischen Nationalisten. Am 27. März 1848 soll er auf einer öffentlichen Versammlung in Süderbrarup als Befürworter der Volksbewaffnung aufgetreten sein; in einer von ihm im Dezember des gleichen Jahres veröffentlichten "Erwiderung" unterstützte er offen die politischen Ziele der schleswig-holsteinischen Erhebung.⁽¹⁵⁰⁾ Jürgensen beteiligte sich, anders als die meisten seiner Berufskollegen und Schüler, allerdings nicht aktiv an der schleswig-holsteinischen Erhebung. Seine landwirtschaftliche Lehranstalt mußte er vom Frühjahr bis zum Herbst des Jahres 1848 und wieder ab dem Sommer des Jahres 1850 schließen. Ihre Wiedereröffnung unter der Leitung des neuen Direktoriums am 1. Mai 1851 sollte er nicht mehr erleben.

Die auf den Berliner Frieden des Jahres 1850 folgende Kampfpause nutzte Jürgensen für den erfolglosen Versuch, den Lehrbetrieb an seiner Internatsschule wieder aufzunehmen. In einem

Schreiben an Carl Wilhelm *Gohrbrandt*, der seit 1847 an der Schule unterrichtet hatte, schilderte er die hoffnungslose Lage der Anstalt: "Man kommt oft in fatale Lagen, weil man die Zukunft und ihre Gestaltungen nicht kennt. Kommt die Anstalt wieder zu Gang, so will, so kann ich Ihrer [*Gohrbrandts* Person; d. Verf.] nicht gut entbehren, falls Sie noch bei uns hier sein und wirken mögen...Machen Sie zur Bedingung, wenn Sie Kondition nehmen, daß Sie monatlich kündigen können; leider glaube ich kaum, daß die Anstalt vor Neujahr [des Jahres 1851; d. Verf.] - wenn gar überhaupt diesen Winter - in Gang kommt. Wären Sie nur hier, so hätte ich längst in den "*Merkur*"⁽¹⁵¹⁾ gerückt, daß hier der Unterricht ungestört hat fortgehen können, und so hätten sich doch ja wohl Einige eingefunden, aber jetzt nützt`s ja nichts, da *Kords* [ehemalige Lehrkraft; d. Verf.]⁽¹⁵²⁾ auch schon seit 14 Tagen weg ist und wahrscheinlich in Flensburg irgend eine Stelle erhalten hat."⁽¹⁵³⁾

Claus Jürgensen verstarb am 1. Januar 1851. Die Vormünder seiner minderjährigen Kinder, der Oersberger Rechenmeister und Hufner *Conrad Kirchner* und der Wittkieler Gutsbesitzer *Asmus Petersen*, ein ehemaliger Schüler der Höheren Volksschule Rendsburg, übernahmen die Direktion der zum 1. Mai 1851 wiedereröffneten Landwirtschaftlichen Lehranstalt. Die Wiedereröffnung der Lehranstalt fiel in eine Zeit, in der sich die politischen Rahmenbedingungen auch für die Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig gegenüber der Zeit vor 1848 grundlegend gewandelt hatten. Die bis 1849 für das Schul- und Kirchenwesen beider Herzogtümer zuständige Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei war bereits zum 2. September 1849 aufgelöst worden. Nach dem endgültigen Scheitern der Erhebung wurde die stärkere Anbindung des Herzogtums Schleswig an Dänemark neben vielen anderen Maßnahmen auch durch die Errichtung eines eigenen Ministeriums für dieses Herzogtum betont. An der Spitze des Ministeriums stand *Frederik Ferdinand Tillisch*, zum Leiter des Departements für das Kirchen- Schul- und Unterrichtswesen wurde der aus Apenrade stammende Jurist *Theodor August Jes Regenburg* ernannt. Ziel ihrer Kulturpolitik war es, das Herzogtum Schleswig durch Spracheskripte eng an das Königreich Dänemark zu binden; deshalb erklärten sie im Frühjahr 1851 Dänisch zur offiziellen Schul- und Kirchensprache.⁽¹⁵⁴⁾ Dadurch wollten sie den Sprachwandel von der südjütischen zur plattdeutschen Muttersprache rückgängig machen. Dem Privatunterricht und den Privatschulen legten sie alle möglichen Hindernisse in den Weg. Von diesen Maßnahmen war in der Folgezeit auch die Oersberger Lehranstalt betroffen. Ihr Direktorium bewies bei ihrer Wiedereröffnung allerdings auch einen erstaunlichen Mangel an politischem Instinkt, indem es die Schule bewußt in die Konkurrenz zur Rödinger Volkshochschule stellte. Es begründete die Notwendigkeit ihres Fortbestehens mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß "...Nordschleswig seine Schule in Rödning [hat; d. Verf.]. Würde man Südschleswig eine solche untersagen, würde dies nur Mißstimmung erwecken. Es würden die jungen Leute sich dann nach Rendsburg oder nach Deutschland begeben und hier dem Vaterland entschieden feindlichen Geist sich aneignen. Um dies zu verhüten, lasse man sie lieber hier bleiben und überwache sie."⁽¹⁵⁵⁾ Die Schließung der Höheren Volksschule Rendsburg im Sommer des Jahres 1849 scheint dem Oersberger Schulvorstand zum Zeitpunkt seiner Antragstellung nicht bekannt gewesen zu sein. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß sich das Oersberger Direktorium gegenüber dem Ministerium von der Höheren Volksschule distanzierte, indem es ihr staatsfeindliche Tendenzen unterstellte. Das Ministerium sprach sich zunächst nicht gegen die Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der Oersberger Schule aus⁽¹⁵⁶⁾, worauf deren Direktoren vier Lehrkräfte einstellten, den aus Neumünster stammenden Privatlehrer *Detlev Hartz*, den Seminaristen *Restelheim*, den Tierarzt *Schlüter* und Jürgensens Sohn *Detlef Desler Jürgensen*⁽¹⁵⁷⁾. Mit der Wiedereröffnung von Jürgensens Lehr- und Bildungsanstalt waren

augenfällige Änderungen gegenüber dem Lehrbetrieb der Jahre vor 1851 verbunden: die Schule bezeichnete sich jetzt nicht mehr als Landwirtschaftliche Lehr- und Bildungsanstalt, sondern firmierte unter der in politischer Hinsicht unverfänglicheren Bezeichnung "Landwirtschaftliche Schule". Dementsprechend war der Lehrplan stärker auf die landwirtschaftliche Berufspraxis ausgerichtet und in zwei aufeinander aufbauende Kurse gegliedert worden. Zu den Lehrfächern des ersten Jahres zählten die berufsbezogenen Unterrichtsfächer Geschichte der Landwirtschaft, Haustierrkunde, Zoologie, Chemie, Botanik und praktische Übung "landwirtschaftlicher Griffe und Fertigkeiten". Daneben beinhaltete der Stundenplan die Gruppe der allgemeinbildenden Fächer Deutsche Sprache, Arithmetik, Rechnen, Geographie, Schönschreiben, Zeichnen und Übungen im freien Vortrag. Im zweiten Kursjahr wurden neben den landwirtschaftlichen Fächern Wiesenbaulehre, Meiereiwirtschaftslehre, landwirtschaftliche Buchführung, Tierkunde, Agrarchemie, Bodenkunde, Düngerlehre, Mineralogie, Geologie, praktischen Übungen im Feldmessen, Geschäftsaufsätzen und "landwirtschaftlichen Handgriffen und Fertigkeiten" die allgemeinbildenden Fächer Deutsch, Physik, Zeichnen und Vortragsübungen gelehrt.⁽¹⁵⁸⁾ Die Schülerzahlen der Landwirtschaftlichen Schule knüpften an die Vorkriegszahlen der Jahre ab 1846 an. Ende des Jahres 1852 besuchten bereits wieder 14 Schüler die Oersberger Schule und für das folgende Jahr rechnete die Schulleitung mit insgesamt 20. Genaue Angaben über die Herkunft und das Alter der Schüler sind für das Frühjahr des Jahres 1855 überliefert: von den insgesamt 20 Schülern dieses Schuljahres stammten 17 aus dem Herzogtum Schleswig und 3 aus dem Herzogtum Holstein. Beim Vergleich des Schuleinzugsbereichs des Jahres 1855 mit dem des Jahres 1846 fällt ins Auge, daß sich die Zahl der Schüler aus Nordschleswig gegenüber 1846 mehr als verdoppelt hatte. Mit 12 Schülern gaben im Jahre 1855 genau 60% als Herkunft Nordschleswig an, fünf das übrige Herzogtum Schleswig, nur einer der fünf das direkte Umfeld der Schule.⁽¹⁵⁹⁾ Die starke Konzentration auf den nordschleswigschen Raum überrascht, wenn man bedenkt, daß das Direktorium seine Landwirtschaftliche Schule als Angebot für den südschleswigschen Raum verstanden wissen wollte.⁽¹⁶⁰⁾

Dem Ministerium für Schleswig war die Oersberger Schule spätestens seit der Niederschlagung der Erhebung ein Dorn im Auge. Es wertete den großen Zulauf, den die Oersberger Schule von Seiten der nordschleswigschen Landwirte erfuhr, als politischen Protest der deutschen Landwirte gegen den dänischen Staat und als deutliches Votum gegen die dänische Bildungsarbeit der Rödinger Volkshochschule. Deshalb stand die landwirtschaftliche Schule auf Anordnung des für die Schulaufsicht im Herzogtum Schleswig zuständigen Departementschefs *Regenburg* seit ihrer Wiedereröffnung unter scharfer staatlicher Beobachtung.⁽¹⁶¹⁾ Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf Jürgensens Sohn Detlef Desler Jürgensen, den das Ministerium wie seinen Vater für staatsgefährdend hielt. So wurde beispielsweise sein Antrag vom Juli 1852, als Lehrer an der Landwirtschaftlichen Schule ein "landwirtschaftliches und gemeinnütziges Wochenblatt" herausgeben zu dürfen, vom Ministerium für Schleswig abgelehnt. Begründet wurde die Ablehnung mit der antidänischen Haltung der Oersberger Schule im Vorfeld der Erhebung und Detlef Desler Jürgensens aktiver Teilnahme an der Erhebung als Freiwilliger eines schleswigschen Jägerbataillon im Jahre 1849.⁽¹⁶²⁾

Das unwiderrufliche Ende der Oersberger Landwirtschaftsschule wurde im März des Jahres 1854 eingeläutet, als *Regenburg* die im Dezember des Jahres 1848 von Claus Jürgensen verfaßten "Erwiderungen" zur Kenntnis kamen. Er nahm diesen Vorgang zum Anlaß, vom Gortorfer Kirchenvisitatorium einen Bericht zu der Frage einzufordern, ob die Oersberger Anstalt mit Blick auf die zu Claus Jürgensens Lebzeiten festgestellten staatswidrigen Tendenzen

"...seit dem Ableben des Organisten Jürgensen einen wesentlich veränderten Character angenommen habe."⁽¹⁶³⁾ Der Töstruper Pastor Thomas Christian *Juhl* war seit dem 24. August 1841 für die Schul- und Kirchenvisitation in Oersberg zuständig; er hatte Jürgensens Bemühungen um die Hebung des Bildungsstandes der ländlichen Bevölkerung während seiner dreizehnjährigen Tätigkeit von Anfang an mitverfolgt und konnte insofern als intimer Kenner der dortigen Verhältnisse gelten.⁽¹⁶⁴⁾ In seinem Bericht, den das Gottorfer Visitatorium dem Ministerium am 19. Mai 1854 zusandte, bestätigte er dem Ministerium die politische Neutralität der Landwirtschaftlichen Schule. *Juhl* bescheinigte der Schule sogar, daß sie "...inmitten einer fruchtbaren Gegend und fern von jeder Stadt belegen für die Hebung der Landwirtschaft mit Nutzen wirkt." Eine Politisierung der Schüler durch Jürgensens Sohn *Detlef Desler* habe er nicht feststellen können. Sie sei seiner Ansicht nach auch nicht zu erwarten, da jener die Unterrichtung der Schüler in "landwirtschaftlichen Griffen und Fertigkeiten" übernommen hatte. Die Schwerpunkte seines Unterrichtes seien folglich auf die "...Anweisung in den practischen Handgriffen beschränkt und [gäben; d. Verf.] darum zu einer Einwirkung auf die Zöglinge in politischer Beziehung keine Veranlassung". Trotzdem schlug er dem Ministerium vor, an Jürgensens Sohn ein Exempel zu statuieren und ihn "...des Beispiels wegen...ganz von dem Institute zu entfernen." Seine Lehrerstelle sollte durch die Versetzung eines Rödinger Volkshochschullehrers nach Oersberg neu besetzt werden.⁽¹⁶⁵⁾ Das Gottorfer Visitatorium schloß sich in seiner eigenen Stellungnahme dem von *Juhl* empfohlenen Vorgehen an. Es plädierte nachdrücklich dafür, der Oersberger Schule den weiteren Lehrbetrieb zu gestatten und wies darauf hin, daß "...eine Anstalt, wie die in Rede stehende, in Süd- wie in Nordschleswig ein Bedürfnis sein [werde; d. Verf.]. Wenn das Ministerium indeß die Schließung derselben aussprechen sollte, so werden voraussichtlich ähnliche Institute außerhalb des Herzogthums frequentiert werden, hinsichtlich welcher gar keine Garantie vorliegt." Um dies zu vermeiden, sollte das Ministerium Jürgensens Sohn durch einen "völlig zuverlässigen Lehrer" ersetzen lassen und den weiteren Betrieb der Landwirtschaftlichen Schule so lange gestatten, bis die Schule "...zu ihrer Schließung selbst eine Veranlassung gibt."⁽¹⁶⁶⁾ Die Reaktion des Ministeriums auf die ihm vorgelegten Berichte ist ebenso wenig überliefert wie der eigentliche Anlaß für die Schließung der Oersberger Landwirtschaftsschule, die ihren Lehrbetrieb spätestens im Jahre 1856, als das ehemalige Schulgebäude abgerissen wurde, einstellte.

Die Oersberger Lehranstalt hatte in den Jahren von 1846 bis 1856 annähernd 190 Schüler ausgebildet.⁽¹⁶⁷⁾ Ihr Haupteinzugsgebiet lag in den Jahren vor 1851 eindeutig in Südschleswig und dem Herzogtum Holstein, in den Jahren danach kehrte sich dieser Trend um. Die Oersberger Lehranstalt, nach der Schließung der Höheren Volksschule in Rendsburg die einzige deutschsprachige Volkshochschule im Untersuchungsgebiet, entwickelte sich mit durchschnittlich 60% Nordschleswiger Schülern pro Kursus zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz für die Rödinger Schule. Im Ministerium für das Herzogtum Schleswig wurde diese Entwicklung sehr genau beobachtet, und es gibt Belege für die Annahme, daß der starke Zuspruch, den die Oersberger Schule aus dem nordschleswigschen Raum erfuhr, den eigentlichen Grund für die Schließung der Schule darstellte. Ihren Platz sollte die von einem Lehrer der Rödinger Volkshochschule im Jahr 1863 gegründete Volkshochschule in Augaard einnehmen. Es bleibt festzuhalten, daß *Claus Jürgensen* seine berufliche Laufbahn in einer Zeit begonnen hatte, in der die ländliche Volksschulbildung sich ausschließlich auf die Vermittlung von Grundfertigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen konzentrierte, während sie auf die Vermittlung von berufsbezogenen Unterrichtsinhalten und auf politische Bildung verzichtete. Eine beginnende, auf Gedankengut der europäischen Aufklärungsepoche fußende öffentliche Kritik monierte, daß die Volksschule in ihrer herkömmlichen Prägung dem Wandel in der

ländlichen Arbeitswelt und den Entwicklungen in der Organisation der Gesellschaft nicht Rechnung trug. Mit dem Modell seiner Landwirtschaftlichen Lehranstalt, das in die späteren landwirtschaftlichen Mittelschulen einfließen sollte, hatte Jürgensen das Vorbild für die Gründung einer Reihe ähnlicher landwirtschaftlicher Fortbildungsschulen geschaffen. Als direkte Nachfolger sind hier die Schulgründungen der ehemaligen Lehrkräfte der Oersberger Lehranstalt zu nennen. Carl Wilhelm *Gohrbrandt* gründete nach seinem Weggang aus Oersberg auf Einladung von Landwirten aus Ostholstein im Frühjahr 1854 die landwirtschaftliche Lehranstalt in Woltersmühlen. Ein zweiter Lehrer der Jürgensenschen Lehranstalt, der Tierarzt und frühere Apotheker August *Köhnke*, schuf im Jahre 1855 in Mehlbye bei Kappeln ein landwirtschaftliches Institut, das allerdings schon nach einjähriger Tätigkeit 1856 wieder geschlossen werden mußte. 1868 fand er an der landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Kappeln eine Anstellung als Hilfslehrer, die er bis zu seinem Tod im Jahre 1894 behielt. Das Oersberger Schulmodell stand auch Pate für die im Jahre 1858 vom ehemaligen Haderslebener Gymnasiallehrer Dr. Konrad *Michelsen* bei Hildesheim gegründete "Ackerbauschule". Michelsen, der seine Haderslebener Lehrerstelle wegen seiner antidänischen Einstellung im Jahre 1851 aufgeben mußte, hatte sich mehrere Tage an der Oersberger Lehranstalt aufgehalten und zeigte sich von der dortigen Bildungsarbeit sehr beeindruckt.⁽¹⁶⁸⁾

"Die Ehrerbietung, welche ein jeder Untertan der Landesverfassung, worunter er lebet, schuldig ist, war uns ein Gesetz, die Quellen des verderbten, so respektablen Bauernstandes bloß in den ökonomischen Umständen zu suchen."⁽¹⁶⁹⁾

e. Die zeitgenössische Resonanz auf die Bildungsarbeit der Angelter Schulgründer Lüders und Jürgensen und ihr Einfluß auf die Institutionalisierung von Volkshochschulen im Herzogtum Schleswig

In Philipp Ernst *Lüders* und Claus *Jürgensen* begegnen uns für die Jahre von 1769 bis 1851 die Begründer einer nahezu ausschließlich auf die Vermittlung berufspraktischer Kenntnisse zielenden Richtung der im Entstehen begriffenen organisierten Erwachsenenbildung des Herzogtums Schleswig. Beide empfanden es als entscheidendes Manko der bis dahin praktizierten Volksschulbildung, daß sie mit der Konfirmation der Jugendlichen als abgeschlossen galt. Damit läßt sich bei Lüders und Jürgensen erstmals im Herzogtum Schleswig die Idee einer über die Kindheit und frühe Jugend in das Erwachsenenalter hineinreichenden Lern- und Bildungsfähigkeit des Menschen nachweisen. Als logische Konsequenz dieser Überzeugung schufen sie nachschulische Bildungseinrichtungen für schulentlassene Jugendliche im Alter von 17 bis 21 Jahren, in denen die ländliche Jugend gezielt auf die gestiegenen Anforderungen an die berufliche Qualifikation des Landwirts hin ausgebildet werden sollte. Die aus diesem Ansatz resultierenden Unterrichtsinhalte und -ziele, die *Jürgensen* als "...auf das praktische Leben zielende Kenntnisse" beschrieb, waren vor allem durch die Vermittlung von Kenntnissen in den Bereichen Bodenkunde, Saatgutgewinnung, Pflanzenanbau und Witterungslehre geprägt. Daneben wurden die Unterrichtsinhalte der Volksschule aufgegriffen und gefestigt. Die Unterrichtsmethodik war gekennzeichnet durch den Wechsel von theoretischer Aneignung im Unterricht und praktischer Ausübung des Erlernten auf einigen den Schulen angegliederten Musterhöfen. Die Selbstbezeichnung der Jürgensenschen Sonntagsschule als "Veredlungs- und Fortbildungsverein" darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die vorrangige, wenn auch nicht ausschließliche Zielrichtung der von Lüders und Jürgensen betriebenen Erwachsenenbildung die Vermittlung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse war. Die Veredlung, verstanden als Verbreitung von Lebenseinstellungen und Vermittlung rudimentärer gesellschaftlicher Umgangsformen, erschöpfte sich weitgehend in

der Aufstellung eines Verhaltenskodex für die Teilnehmer am Unterricht der Sonntagsschule. Das von Jürgensen den ländlichen Volksschulen angelastete Desiderat, die staatsbürgerliche Bildung und Emanzipation der ihnen anvertrauten Schuljugend zu vernachlässigen, wurde auch in seinen Bildungseinrichtungen nicht behoben.

Die von Lüders und Jürgensen praktizierte Form der Erwachsenenbildung zielte, anders als die "Höhere Volksschule" in Rendsburg, nicht darauf, den von den Volksschulen angestrebten Erziehungszielen der "Demut und Beschränktheit" eine Erziehung zur politischen Mündigkeit entgegenzusetzen. In diesem Punkt reagierten beide nicht auf die öffentlich artikulierten Nöte und Bedürfnisse der Bevölkerung nach einer stärkeren Beteiligung an der politischen Willensbildung. Dieses Manko prägte die sich institutionalisierende Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig in der Folgezeit. Die ausschließliche inhaltliche Ausrichtung der deutschsprachigen Volkshochschulen auf die Anforderungen des bäuerlichen Erwerbslebens hatte nach der Einverleibung des Herzogtums Schleswig in das Königreich Preußen zur Folge, daß ihr Bildungsauftrag den neu eingerichteten ländlichen Fortbildungsschulen übertragen wurde. Für die preußische Verwaltung war die Gründung von deutschen Volkshochschulen in den Jahren nach 1864 politisch ebenso unerwünscht wie der dänischen Regierung in den Jahren nach der schleswig-holsteinischen Erhebung. Sie assoziierte mit dem Begriff "Volkshochschule" antipreußische Bildungsarbeit. Mit dem Erlaß vom 2. Februar 1876 wurden die Bildungsziele der neugeschaffenen ländlichen Fortbildungsschule konsequent auf rein berufspraktische Inhalte reduziert, und zwar dergestalt, "...die Volksschulbildung ihrer Zöglinge zu befestigen, zu ergänzen und, soweit sich die Möglichkeit dazu bietet, mit besonderer Rücksicht auf die ländlichen Gewerbe und den Betrieb der Landwirtschaft zu erweitern".⁽¹⁷⁰⁾ Für die Wiederaufnahme der bis dahin praktizierten Form der deutschsprachigen ländlichen Volkshochschularbeit blieb danach vorerst kein Raum.

"Du hast höchst verräterischerweise die Jugend des Reiches verderbet, indem du eine lateinische Schule errich tet...Es wird dir ins Gesicht bewiesen werden, daß du Leute um dich hast, die zu reden pflegen von Nomen und Verbum und dergleichen scheußlichen Worten mehr, die kein Christenohr geduldig anhören kann."⁽¹⁷¹⁾

4. Nikolai Frederik Severin Grundtvig - Der geistige Vater der dänischen Heimvolkshochschule

Den zweiten theoretischen Eckstein der organisierten Erwachsenenbildung im Herzogtum Schleswig schuf, eine Generation nach dem Glücksburger Propst Philipp Ernst *Lüders*, der im dänischsprachigen Norden des Herzogtums Schleswig beheimatete Nikolai Frederik Severin *Grundtvig*. Die Ziele seiner pädagogischen Arbeit sah er, anders als der vorrangig für eine Verbesserung der beruflichen Qualifikation der Landwirte eintretende *Lüders*, darin, durch freiwillige nachschulische Bildung und Erziehung schulentlassenen Erwachsenen zu politischer Mündigkeit und nationalem Bewußtsein zu verhelfen. Durch sein erfolgreiches Wirken für dieses Ziel gilt Grundtvig als Vater der dänischen Heimvolkshochschule, der Einrichtung, in der er das ideale Instrument zur Verwirklichung seiner Vorstellungen sah.

a. Nikolai Frederik Severin Grundtvig (1783-1872) - Person und Werk

Nikolai Frederik Severin Grundtvig wurde am 8. September 1783 in Udby auf Seeland als jüngster Sohn des Pastors Christian Johann Ottosen Grundtvig geboren. Von 1792 bis 1798 bereite ihn der Pfarrer Lauritz *Feld*, ein Freund seines Vaters, in Tyregodlund bei Vejle auf den Besuch der Lateinschule in Århus vor. Im Jahr 1798 trat Grundtvig in die oberste Klasse dieser Lateinschule ein, die er im Herbst 1800 mit dem Abitur verließ.

Die Århuser Lateinschule folgte bei der Auswahl ihrer Lehrinhalte zu jener Zeit der Verordnung vom 11. Mai 1775, wonach als Unterrichtsfächer Latein, Griechisch, Hebräisch, Religion, Geschichte, Erdkunde und sphärische Astronomie vorgeschrieben waren. Das Latein

blieb einziges Hauptfach, obwohl die Verordnung vorsah, daß die Schüler auch in dänischer Sprache eingehend unterrichtet werden sollten.⁽¹⁷²⁾ Rückblickend charakterisierte Grundtvig seine Schulzeit auf der Lateinschule als "verschlafene Zeit": "...das [Verschlafen; d. Verf.] hatte ich auch tatsächlich getan, denn, wie auch jetzt unsere Lateinschulen sein mögen, damals war diejenige, die ich besuchte, so geistlos, leer und langweilig, daß ich entweder gleich am Tag meiner Ankunft durchbrennen mußte, oder ich mußte lernen, mich meiner Vorliebe für Geschichte im allgemeinen, und die des Vaterlandes im besonderen, zu schämen."⁽¹⁷³⁾ Gleich nach seinem Abgang von der Lateinschule im Jahr 1800 nahm Grundtvig ein Studium der Theologie an der Universität Kopenhagen auf, das er 1803 mit der Ablegung des Amtsexamens erfolgreich abschloß. Geprägt hatten ihn zum einen die Vorlesungen seines Cousins, des promovierten Philologen Henrik Steffens, der 1802 von Jena nach Kopenhagen zurückgekehrt war und seit dem Wintersemester an dem im Jahre 1691 von Jürgen Ehlers gestifteten und nach ihm benannten "Ehlers Collegium" lehrte.⁽¹⁷⁴⁾ Steffens hatte in Jena mit Fichte, Schelling, Schlegel und Schiller verkehrt, in Weimar unterhielt er enge Kontakte zu Wieland, Herder und Goethe. Seine Vorlesungen weckten Grundtvigs Interesse für deutsche Philosophen, allen voran Fichte. In seinen Lebenserinnerungen beschrieb Grundtvig den Einfluß von Steffens Vorlesungen auf ihn so, daß seine "...ganze Entwicklung eine Frucht seiner Worte" gewesen sei.⁽¹⁷⁵⁾ Das zweite prägende Element während seiner Studienjahre war seine Beschäftigung mit Geschichtsquellen gewesen, insbesondere mit denen des nordischen Altertums. Diese beiden Faktoren sollten Grundtvigs weitere Entwicklung entscheidend beeinflussen.

Nach Abschluß seines Studiums im Jahre 1803 war Grundtvig bis 1808 als Hauslehrer in Haus "Engelykke" auf der Insel Langeland bei dem Gutsbesitzer Kapitän Steensen Leth tätig. Von 1808 bis 1811 lehrte er das Fach Geschichte an "Det Schonboeske Institut", einer der angesehensten Schulen Kopenhagens. Im Mai 1811 wurde er zum Priester geweiht. Die Jahre von 1811 bis 1813 verbrachte Grundtvig als Hilfsprediger seines Vaters in Udby, nach dessen Tod im Jahre 1813 widmete er sich dann ausschließlich seiner schriftstellerischen Tätigkeit, bis er 1821 vom dänischen König Frederik VI. zunächst als Pfarrer nach Prästö, im Jahr darauf als Hilfsprediger an die Heilandskirche nach Kopenhagen berufen wurde. Als Grundtvig im Jahr 1825 im Namen der Kirche die Flugschrift "Kirkens Gienmaele" gegen das von dem rationalistischen Theologen Henrik Nicolai Clausen veröffentlichte Werk "Die Kirchenverfassung, Lehre und Ritus des Katholizismus und Protestantismus", eine Kritik des Neuen Testaments, verfaßte, wurde er auf Clausens Betreiben zu einer Geldstrafe von 100 Reichstalern verurteilt und mit einer lebenslangen Zensur belegt, die allerdings 1838 wieder aufgehoben wurde. Daraufhin trat er im Jahre 1826 aus der Staatskirche aus.⁽¹⁷⁶⁾ Als der dänische König Frederik VI. Grundtvig für dessen Übersetzungsarbeiten ein Jahresgehalt von 600 Reichstalern zusagte, konnte sich dieser von 1826 bis 1832 wieder ausschließlich seinen wissenschaftlichen Studien und Veröffentlichungen widmen. In dieser Zeit unternahm er drei Englandreisen. In den Archiven Londons, Oxfords und Cambridges studierte er angelsächsische Handschriften und suchte den Kontakt zu Vertretern des englischen Liberalismus. Grundtvig nutzte diese Kontakte, um sich intensiv mit dem liberalen und wirtschaftspolitischen Gedankengut Englands vertraut zu machen. Die hier erfahrene, zutiefst liberale Überzeugung von der natürlichen Freiheit des Einzelnen, beschränkt lediglich durch die Freiheit jedes anderen und garantiert durch den Verfassungsstaat, spiegelt sich später in Grundtvigs Volkshochschulkonzepten. Der Liberalismus sollte neben den unbestritten vorhandenen rationalistischen Zügen geradezu zum Charakteristikum der von ihm ins Leben gerufenen Form der Erwachsenenbildung werden.

1832 erhielt Grundtvig durch königliche Verordnung die Erlaubnis, in der Frederikskirche,

der deutschen Kirche auf Kristianshavn, dänische Predigten zu halten. 1839 wurde er Prediger an der Vartovkirche in Kopenhagen, 1863 Titularbischof. In die Zeit von 1832-43 fielen die Veröffentlichungen von Grundtvigs Hauptwerken, der "Mythologie des Nordens", des dreibändigen "Handbuchs der Weltgeschichte" und der Liedersammlung für die dänische Kirche. Seine Anstellung an der Bartovkirche in Kopenhagen behielt Grundtvig bis zu seinem Tod am 2. September 1872.⁽¹⁷⁷⁾ Neben seiner Tätigkeit an der Bartovkirche war Grundtvig in den Jahren 1848 und 1849 Mitglied der grundgesetzgebenden Reichsversammlung. Im Jahre 1848, gleich nach seiner Thronbesteigung, ließ *Friedrich VII.* von 150 führenden Dänen ein Grundgesetz erarbeiten. Grundtvig hatte Sitz und Stimme in dieser Versammlung, deren Beratungsergebnis das am 5. Juni 1849 verkündete "Danmarks riges grundlov" war. Von 1849 bis 1858 war Grundtvig Mitglied im dänischen Reichstag.

b. Der Volkshochschulgedanke in Grundtvigs Werken

Grundtvig gehört unbestritten zu den großen Pädagogen des europäischen 19. Jahrhunderts. Mit seinen Ideen versuchte er die gesamte kulturell-gesellschaftliche Wirklichkeit zu gestalten. Für Skandinavien war er nicht nur der Prophet der Volkshochschulen, sondern auch Reformator des kirchlichen Lebens und Erwecker des völkischen Selbstbewußtseins. Aus der breiten Palette des Grundtvigschen Wirkens soll hier gezielt sein literarisches Bemühen um die Einrichtung von Volkshochschulen in Dänemark Berücksichtigung finden.

Der Zeitpunkt der Entstehung des Heimvolkshochschulgedankens bei Grundtvig läßt sich nicht genau festlegen. Harald *Behrend* und Norbert *Lochner* verweisen dazu auf die Äußerungen Grundtvigs im Vorwort zu dessen "Historischen Erinnerungen des Nordens" aus dem Jahr 1847: "Selbst in meiner Jugend, als ich sieben wachstumsreiche Jahre meines Lebens anwandte [1815-1821; d. Verf.], um die Edda und das Beowulflied ins Dänische zu übertragen, da fühlte ich wohl, daß es einer Heimvolkshochschule bedurfte, in der die Muttersprache herrschte und das Vaterland die lebendige Mitte sei."⁽¹⁷⁸⁾ Als Grundtvigs erstes frühes Hauptwerk gilt der im Jahr 1812 erschienene "Kurze Begriff der Weltchronik im Zusammenhang". Dieses Werk endete mit Zeilen, die programmatisch für Grundtvigs Bemühen um eine Erneuerung des dänischen Staats- und Kulturlebens werden sollten: "Ein geistiger Phönix muß aus seiner eigenen Asche aufleben, wenn das Volk wieder zu edler Gesinnung und mannhafter Tat geboren werden soll."⁽¹⁷⁹⁾ Der Weltchronik folgten Übersetzungen der drei Hauptwerke der älteren nordischen Literatur, und zwar der "Danmarkskrönike" des dänischen Priesters *Saxo* (gest. 1210), der Chronik des "Snorre Sturlasan" (gest. 1241) und des angelsächsischen Heldengedichts "Beowulf". Die Veröffentlichung dieser Übersetzungen fiel in die Zeit des politischen und wirtschaftlichen Niedergangs Dänemarks nach den Napoleonischen Kriegen. "Dänemark verlor nicht nur die gesamte Flotte und den ganzen Wohlstand, sondern es verlor auch allen Mut und neun Zehntel seiner Zukunftshoffnungen", so beurteilte Grundtvig damals die seelische Verfassung seiner Mitbürger.⁽¹⁸⁰⁾ Mit der Erinnerung an die historische Größe Dänemarks versuchte Grundtvig in diesen drei Werken, seinen Landsleuten ihren Glauben an die Zukunft zurückzugeben. Überzeugt von der Möglichkeit, den Lebenswillen einer Nation durch Beschäftigung mit ihrer Geschichte und durch Wissen um ihre historischen Glanzzeiten neu zu erwecken, prägte er die dänische Heimvolkshochschule in ihren wesentlichen Bildungszielen und -inhalten.⁽¹⁸¹⁾ Grundtvigs Durchbruchwerk, der "Mythologie des Nordens" (1832), folgten ein "Handbuch der Weltgeschichte" (1833-43) und Liedersammlungen für die dänische Kirche (1837-41). Auf Grund seiner Erfahrungen mit der Einführung ratgebender Provinzialstände in Dänemark im Jahr 1834, die eine beträchtliche Erweiterung der Rechte des dänischen Volkes zur Folge hatte, konzentrierte er sich darauf, der jetzt notwendigen politischen Bildung breiterer Volksmassen in der Einrichtung von volkstümlichen

Hochschulen ein geeignetes Instrument an die Hand zu geben. Das erste literarische Produkt seiner Überlegungen war das im Jahr 1836 erschienene Werk "Der dänische vierblättrige Klee [König, Vaterland, Volk, Muttersprache] oder das Dänentum parteiisch betrachtet". 1837 verfaßte Grundtvig eine Schrift "An die Norweger über eine norwegische Hochschule"⁽¹⁸²⁾, 1838 veröffentlichte er die Abhandlung über "Die Schule fürs Leben und die Akademie in Sorö".⁽¹⁸³⁾ Sehr ausgereifte Vorstellungen von der Ausgestaltung einer Volkshochschule charakterisieren die im Jahr 1840 verfaßte "Bitte um eine dänische Hochschule in Sorö und deren Bedeutung", die Grundtvig drei Jahre später König *Christian VIII.* persönlich vortrug. Bei dem Versuch, aus dieser "Bitte um eine Hochschule..." theoretische Vorgaben für die Errichtung von Volkshochschulen Dänemark abzuleiten, darf nicht außer acht gelassen werden, wie Grundtvig sich selber zur Erstellung eines Grundsatzprogramms für die ihm vorschwebende Art von Volkshochschulen geäußert hatte: "Was die Einrichtung der dänischen Hochschule betrifft," führte er dort aus, "so kann ich mich eigentlich gar nicht darauf einlassen [ein Programm für diese von vornherein festzulegen; d. Verf.], weil es mit allem Menschlichen geht wie mit uns, die wir erst geboren werden müssen, ehe man weiß, welche Mütze unserem Kopf paßt, geschweige was für ein Maß wir erreichen werden, und was wir mit der Zeit lernen können."⁽¹⁸⁴⁾ Im Vorwort zu dem Kapitel "Begriff einer königlich dänischen Hochschule" begründete Grundtvig die Notwendigkeit von Volkshochschulen in Dänemark damit, daß "...die Muttersprache wenigstens eine Stätte im Vaterland haben muß, wo sie nur um ihrer selbst willen und um der Werke willen, die sie berühmt gemacht haben, gepflegt werden kann". Außerdem sei es seiner Ansicht nach "...der reine Hohn, bei uns Handwerker und Bauern im Staatsrat sitzen zu lassen, wenn nicht wenigstens eine Stätte in Dänemark da ist, wo Leute, die nur ihre Muttersprache kennen, Gelegenheit haben, in ihr über alles Wissensnotwendige aufgeklärt zu werden, damit sie nicht nur ihren Sitz, sondern auch eine Stimme im Volksrat haben und diese nicht nur abgeben, sondern auch geltend machen können."⁽¹⁸⁵⁾ Seine Ansicht von den Aufgaben der Erwachsenenbildung unterschied sich deutlich von der in Schleswig-Holstein ab dem Jahre 1864 praktizierten Erziehung "gehorsamer, staatstragender Untertanen" preußisch-absolutistischer Prägung, die in den auf eine ausschließlich berufsbezogene Ausbildung zielenden landwirtschaftlichen Fachschulen praktiziert wurde.

c. Elementare Grundzüge des Grundtvigschen Volkshochschulkonzepts

Wenn Grundtvig auch immer wieder betonte, daß er wohl hinreichend klar gemacht habe, daß der Grund für seine Weigerung, Vorschriften über den Unterrichtsstoff oder über die Lehrweise der volkstümlichen Hochschule zu geben, darauf beruhe, daß sie nicht eine Schule zum Tode, sondern für das Leben sein sollte⁽¹⁸⁶⁾, lassen sich aus seinen Schriften dennoch in Umrissen Vorgaben für die Einrichtung, Organisation und Zielsetzung seiner Volkshochschule ableiten. Danach sollten alle Kinder im Alter von zwölf Jahren die Volksschule verlassen und eine praktische Berufsausbildung beginnen. "Gar kein Alter," argumentierte Grundtvig mit entwicklungspsychologisch geschultem Blick für die Probleme der Pubertät, "...ist für die geistige Einwirkung so wenig geeignet als das Knabenalter, das Alter von ungefähr 14 bis 18 Jahren. Zu jener Zeit ist man noch nicht erwachsen und will doch schon den Erwachsenen spielen, man ist lang und schlank und hat ebenso große Schwierigkeit, Herr seiner Glieder wie seiner Gedanken zu werden. Wenn überhaupt der Besuch einer Schule dem Knabenalter nützlich sein könne, so wäre es einer solchen, wo die Knaben in den Naturwissenschaften...unterrichtet werden könnten. Jene Zeit wäre aber vor allem die der körperlichen Arbeit."⁽¹⁸⁷⁾ Da der Besuch einer Heimvolkshochschule eine bestimmte menschliche Reife voraussetzt, müsse er den älteren Jugendlichen vorbehalten bleiben. Die Erkenntnis, daß bei den Jugendlichen in der Pubertät ein Interesse am Manuellen vorherrscht,

ist später von Georg *Kerschensteiner* in seinen Überlegungen zur Arbeitsschule wieder aufgegriffen worden.⁽¹⁸⁸⁾

Das Lehrpersonal seiner als Musterheimvolkshochschule geplanten Volkshochschule in Sorö wollte Grundtvig aus den Reihen der Professoren der dortigen Akademie anwerben. Zu Fragen der Besoldung und des Arbeitsrechtes gab er zu bedenken, daß es wohl anfänglich schwierig sein werde, "...Leiter zu finden, die mit der notwendigen Kenntnis und Einsicht zugleich Lust und Liebe zum Anpacken der an sich großen, aber den Gelehrten gemeinhin verächtlichen oder gar verhaßten Aufgabe verbinden. Unsere Zeit ist spröde und doch hoffe ich, daß einige der Soröer Professoren mit Freuden ihr Bestes tun würden...Da aber das Gelingen eines so großen Vorhabens ausschließlich von Lust und Liebe, Gaben und Fleiß der Mitarbeiter zum Werk abhängt, so würde jeder Mißgriff in ihrer Wahl die traurigsten Folgen haben, der nicht schnell und sofort abgestellt werden kann...Alle neuen Mitarbeiter an der Hochschule dürfen nur mit Vorbehalt angestellt werden und ohne Anspruch auf Entschädigung, falls man sie als nicht tauglich erkennt. Das wäre um so nötiger, als die Leiter sich ihrem Berufe ganz hingeben sollen und darum für die Dauer ihrer Tätigkeit hoch besoldet werden müssen. Damit aber ist gegeben, daß unwürdige Personen auf allerhand Wegen sich einschleichen würden, wenn doch die Bestallung entweder eine sichere Lebensstellung oder im Falle der Untauglichkeitserklärung den Anspruch auf eine reichliche Abfindung ohne Arbeitsleistung darbieten."⁽¹⁸⁹⁾ Die Lehrziele und Arbeitsweise der geplanten Volkshochschule umschrieb Grundtvig in einer Flugschrift mit den folgenden sieben Leitsätzen:

- 1) "Die Volkshochschule muß Bürgern, Bauern und Handwerkern eine Aufklärung geben, die sie zu ihrer Arbeit tauglicher und in ihrer Lage glücklicher macht.
- 2) Sie muß an der Ausfüllung der Kluft zwischen Gebildeten und Ungebildeten arbeiten, indem sie möglichst alle Menschen der Bildung teilhaftig macht.
- 3) Sie muß die jungen Leute durch planmäßige Selbstverwaltung für das politische Leben reif machen.
- 4) Sie will in ihren Pfleglingen das rein Menschliche, Christliche und Nationale zu harmonischer Entwicklung bringen.
- 5) Nebenher wird sie auch nützliche Kenntnisse vermitteln und den Blick für das praktische Leben durch Anschauung weiten.
- 6) Von einem Schlußexamen oder dergleichen darf an der Volkshochschule nicht die Rede sein. Rein gedächtnismäßige Examensdressur ist der Tod des Geistes. Die geistige "Erweckung" ist alles.
- 7) Ebenso wenig kommt als Lehrweise an der Volkshochschule leeres Auswendiglernen von Büchern in Frage, sondern die Aufklärung soll aus dem "lebendigen Wort", d.h. dem schlichten, aber lebenerfüllten und lebenerweckenden Vortrag des Lehrers entspringen."⁽¹⁹⁰⁾

Die Unterrichtsinhalte seiner Volkshochschule skizzierte Grundtvig im "Glückwunsch an Dänemark", seiner Antwort auf die erste königliche Resolution über die Einrichtung einer Realhochschule in Sorö.⁽¹⁹¹⁾ Im Mittelpunkt des Unterrichts an der Volkshochschule sollten Anwendung, Behandlung und Erklärung der Muttersprache stehen, denn ihre Beherrschung sei seiner Ansicht nach für jede menschliche Bildung von elementarer Bedeutung. Das Erlernen und Pflegen der Muttersprache solle aber nicht auf dem Weg der Arbeit an der Grammatik und dem Verfassen von Aufsätzen erfolgen, sondern anhand der Beschäftigung mit den "Schätzen der dänischen Literatur", zu denen er neben Heldensagen und -liedern auch die Sprichwörter, Redensarten und Gleichnisse und das dänische Volksliedgut rechnete. An zweiter Stelle im Volkshochschulunterricht stand für Grundtvig die Beschäftigung mit der Geschichte des Vaterlandes. Für ihn war alles menschliche Wissen historisch, und die

Kenntnis der Geschichte somit das einzige Mittel, die Gegenwart zu verstehen und vernünftige Pläne für die Zukunft zu machen. Zur Geschichte rechnete Grundtvig auch die altnordische Mythologie und die alten Chroniken, da sie das Andenken und den Nachruhm der Väter bewahren. Die "Statistik des Vaterlandes", also die Volkswirtschaftslehre, zählte ebenso zum Lehrplan der Volkshochschule. Das Verständnis der Volkswirtschaft mußte aus der Ansicht des dänischen Wirtschaftslebens erwachsen. Volkswirtschaftslehre umfaßte für Grundtvig die Fächer Staatsverfassung, Gesetzgebung, sowie Rechts- und Verwaltungslehre. Der Volkshochschule sollten Werkstätten und Musterhöfe angegliedert sein, damit den Jugendlichen die Theorie der Volkswirtschaftslehre in diesen Betrieben in ihrer praktischen Anwendung demonstriert werden konnte.⁽¹⁹²⁾

d. Grundtvigs Versuche zur Realisierung seines Volkshochschulkonzepts

Die Möglichkeit einer Umwandlung der Ritterakademie in Sorö zu einer volkstümlichen Hochschule breitete Grundtvig erstmalig im Jahre 1830 in "Lindbergs Monatsschrift für Christentum und Geschichte" vor einem größeren Publikum aus: "Während vieler Jahre war es ein süßer Traum von mir, daß die Ritterakademie in Sorö, wenn sie aus ihrem tiefen Schlaf erwachte, Dänemark mit einer solchen volkstümlichen Hochschule bereichern sollte, und obgleich die Erfahrung dem zu widersprechen scheint, so gebe ich doch die Hoffnung nicht auf, dieses erfreuliche Ereignis noch zu erleben."⁽¹⁹³⁾ Zu den Lehrzielen und Unterrichtsinhalten der zur Volkshochschule umgewandelten Ritterakademie Sorö führte Grundtvig aus, daß "...man der Gelehrtenschule in Sorö eine verbesserte Gestalt geben und dazu nicht nur den lateinischen Aufsatz beseitigen, sondern auch die lateinische Lektüre bis auf wenige erträgliche Bücher einschränken und dagegen auf Isländisch, Griechisch und besonders auf die Muttersprache das größte Gewicht legen [sollte; d. Verf.]. Für diese gewinnen die Knaben sehr bald Geschmack und vermögen am leichtesten in ihnen ihre Gedanken zu sammeln. Das ist ja doch auch für die Allergelehrtesten unter uns, wie denn nicht für die praktischen Beamten, der feste und lebendige Grundsatz jeder Entwicklung und Bildung, von der das dänische Volk und die dänische Regierung Nutzen und Freude haben können. Daß das Volk nur um der Regierung willen da sei, ist wohl ein tückischer Grundsatz; niemand hat ihn kräftiger abgelehnt als die königlichen Alleinherrscher Dänemarks in unserer Zeit."⁽¹⁹⁴⁾ Für Sorö als Sitz der ersten Volkshochschule Dänemarks sprachen aus Grundtvigs Sicht mehrere Gründe. Schon im 12. Jahrhundert war dort vom Vater des Bischofs Absalon (gest. 1201) ein Zisterzienserkloster gegründet worden. Absalon selber gründete auch ein Kloster in Kopenhagen, hatte aber eine besondere Vorliebe für Sorö, wo er unter anderem Saxo, dessen "Danmarkskrönike" Grundtvig übersetzt hatte, zum Geschichtsschreiben anhielt. Im Gefolge der Reformation wurde das Kloster aufgehoben und in eine Schule umgewandelt, die im Jahre 1623 von Christian IV. mit einer Ritterakademie verbunden wurde. Außerdem hatte Ludvig Holberg, der Begründer der neueren dänischen Literatur und Geschichtsschreibung, sein umfangreiches Vermögen dem Dorf Sorö zur Errichtung einer freien Akademie gestiftet.⁽¹⁹⁵⁾ Die von Friedrich VI. im Jahre 1831 eingeleiteten Bestrebungen zur Einberufung von Ständeversammlungen nahm Grundtvig zum Anlaß, die Einrichtung einer dänischen Hochschule für das Volk zu fordern.⁽¹⁹⁶⁾ Seit 1832 wandte er sich wiederholt mit Aufrufen und Denkschriften an die Öffentlichkeit; 1840 erschien Grundtvigs an Christian VIII. gerichtete "Bitte um eine dänische Hochschule in Sorö und deren Bedeutung". Am 27. März 1847 schien die Realisierung von Grundtvigs Wunsch der Errichtung einer "königlich-dänischen Hochschule" durch den Staat erstmals in greifbare Nähe gerückt, als der dänische König Christian VIII. eine Resolution über die Errichtung einer "Realthochschule" in der Akademie von Sorö erließ. Durch den Erlaß der Resolution vom 31. Dezember 1847, nach der die Akademie in Sorö in eine jedermann zugängliche Bildungsstätte

mit den Grundtvigschen Lehrinhalten Muttersprache, Vaterlandsgeschichte und Gesellschaftslehre umgestaltet werden sollte, schien die Errichtung der ersten grundtvigschen Volkshochschule unmittelbar bevorzustehen. In dieser Resolution, die die Grundsätze der Organisation von Realhochschulen festlegen sollte, hieß es unter anderem:

1) Die akademische Hochschule zu Sorö ist dazu bestimmt, eine freie Lehranstalt zu sein für jeden, der wünscht sich auszubilden in der Kenntnis und dem Gebrauch der Muttersprache, der Geschichte, Statistik, der Staatsverfassung und der kommunalen Verhältnisse des Vaterlandes, sowie auch dazu, einen höheren Unterricht in den realwissenschaftlichen Hauptfächern zu geben.

2) Die Berechtigung, an der Akademie in Sorö nach freier Wahl in größerem oder geringerem Umfang Vorlesungen zu hören, muß allen ohne Aufnahme- oder Abgangsprüfung offen stehen, sobald, den Statuten nach, die neue Institution in Kraft tritt.

3) Der Unterricht muß einen zweijährigen Kursus umfassen, in welchem als gemeinschaftliches Fach Dänisch gelehrt werden soll, mit Anleitung zum mündlichen und schriftlichen Gebrauch der Sprache, mit umfassenden Vorträgen über die Literatur der Muttersprache und Anleitung zur Erlernung des Isländischen als Quelle der dänischen Sprache. Alle Vorlesungen, besonders diejenigen über die Geschichte, Statistik usw. des Vaterlandes, müssen populär gehalten werden, damit sie von Zuhörern mit der verschiedensten Vorbildung gehört werden können."⁽¹⁹⁷⁾

Den theoretischen Unterricht in landwirtschaftlichen Fächern ergänzten und veranschaulichten praktische Anleitungen auf einem der Schule angegliederten Hof. Geleitet werden sollte die Schule von einem "Oberdirektor". Es ist anzunehmen, daß Christian VIII. für diese Stellung Grundtvig vorgesehen hatte. Der Tod Christians VIII. im Januar 1848 und die damit eingeleitete Abschaffung des dänischen Absolutismus verhinderten die Ausführung dieses Vorhabens; der neue dänische Kultusminister Ditlev Gothard *Monrad* griff die Resolution nicht wieder auf. Sein Nachfolger Johan Nicolai *Madvig*, von seiner Ausbildung her ein klassischer Philologe und ein entschiedener Verfechter der Lateinschulbildung, lehnte die Beantwortung Grundtvigs wiederholter Anfragen an die verfassungsgebende Reichsversammlung mit der Begründung ab, es bestehe kein Bedürfnis für eine "...den Charakter des Dänentums monopolisierende Unterrichtsanstalt."⁽¹⁹⁸⁾ Madvigs ablehnende Haltung gegenüber der Volkshochschulidee führte dazu, daß die ersten Volkshochschulgründungen nicht aus staatlicher, sondern aus privater Initiative heraus erfolgten. 1853 wurde Grundtvig zu seinem 70. Geburtstag von der Bevölkerung ein Betrag von 14.000 Kronen überreicht, der durch Sammlungen in Dänemark und Norwegen auf über 31.000 Kronen anstieg. Von diesem Geld kaufte Grundtvig das Gut Marienlyst auf Seeland. Am 3. November 1856 wurde dort "Grundtvigs Volkshochschule" eröffnet. 1890 wurde das Schulgrundstück verkauft und die Volkshochschularbeit nach Lyngby bei Kopenhagen verlagert.⁽¹⁹⁹⁾

e. Grundtvigs Einfluß auf die Institutionalisierung von Volkshochschulen im Untersuchungsgebiet

Neben *Lüders* ist Grundtvig als der zweite führende Theoretiker der organisierten Erwachsenenbildung des Herzogtums Schleswig anzusehen. Anders als der ausschließlich auf eine berufsbezogene Fortbildung zielende *Lüders* legte Grundtvig den Schwerpunkt seiner Bemühungen darauf, schulentlassene Jugendliche nicht nur berufsbezogen fortzubilden, sondern sie auch zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen. Mit seiner Überzeugung, daß "... das Volk nicht um der Regierung willen da sei," sondern befähigt werden müsse, "...seine Stimme im Staatsrat geltend zu machen", schuf er einen Gegenpol zu den Protagonisten der

deutschsprachigen Volkshochschulbildung, die sich dem vom Staat geforderten Bildungsziel des "gehorsamen Untertanen" in der praktischen Ausgestaltung ihrer Bildungsarbeit fügten. Grundtvig entwickelte seine Volkshochschultheorie unter dem Eindruck der außenpolitischen und wirtschaftlichen Rückschläge Dänemarks, des allmählichen Aufkommens einer nationalen Bewegung und des abrupten Endes des dänischen Absolutismus im Jahre 1849. Sie war konzeptionell durchdrungen von Grundtvigs Erfahrungen mit dem englischen Liberalismus. Er prägte damit die Grundzüge des dänischen Volkshochschulwesens, seine Konzeption läßt sich in der Bildungsarbeit aller nach ihm entstandenen dänischen Volkshochschulen nachweisen. Zu den elementaren Inhalten der Erwachsenenbildung zählte für Grundtvig die intensive Beschäftigung mit der eigenen Muttersprache und der Geschichte des Vaterlandes, ergänzt um einen Fächerkanon aus dem Bereich der Staatsbürgerkunde, vor allem der Volkswirtschaftslehre, Verfassungskunde und Staatskunde, Rechts- und Verwaltungslehre. Dieses Konzept basierte auf seiner Überzeugung, daß nur ein umfassend "gebildeter" Bürger in der Lage sei, flexibel und eigenverantwortlich gesellschaftspolitische und berufliche Anforderungen zu bewältigen. Berufsbezogene Inhalte sollten erst in zweiter Linie in den von ihm konzipierten Bildungseinrichtungen vermittelt werden. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu verzeichnenden Erfolge der dänischen Landwirtschaft können als ein Beleg für die Stimmigkeit des grundtvigschen Konzepts angesehen werden.

Mit den Arbeiten von Lüders und Grundtvig waren die beiden Pole fixiert, zwischen denen sich die Entwicklung der in dieser Untersuchung erfaßten Volkshochschulen bis zum Jahr 1933 bewegen sollte. Christian Flor und Christen Mikkelsen Kold sollte es vorbehalten bleiben, die grundtvigsche Lehre von der Volkshochschule zu realisieren und populär zu machen. Festzuhalten bleibt, daß bis zum Jahr 1918 die von Lüders geprägte Form der Volkshochschularbeit im deutschsprachigen Süden des Herzogtums Schleswig, die grundtvigsche Form im dänischsprachigen Norden verwirklicht wurde.

5. Christian Flor und seine Heimvolkshochschule in Rödning

Die Gründung der ersten dänischsprachigen Volkshochschule grundtvigscher Prägung am 7. November 1844 in Rödning wurde durch die zwei Jahre zuvor am 6. Oktober 1842 in Rendsburg vollzogene Eröffnung der "Höheren Volksschule" mit angeregt.⁽²⁰⁰⁾ Die national gefärbten Beiträge des Rendsburger Schulgründers Carl Friedrich Hermann Klenze im "Itzehoeer Wochenblatt" riefen bei den dänisch gesonnenen Nordschleswigern im Umfeld der Zeitschrift "Dannevirke" regen Widerspruch hervor. Als deren Herausgeber Peter Christian Koch die Klenzesche Schulidee mit den national-dänischen Bestrebungen verband, fand diese Konstruktion lebhaft Zustimmung, und die Errichtung einer höheren dänischen Lehranstalt im Herzogtum Schleswig wurde eines der erklärten Ziele des Personenkreises um Koch. Eine herausragende Stellung in diesem Kreis nahm der Kieler Universitätsprofessor Christian Flor ein.

a. Christian Flor (1792-1875) - Person und Werk

Christian Flor wurde am 1. Januar 1792 in Kopenhagen als Sohn des Regimentquartiermeisters und späteren Bankrevisors Christian Holm Flor und dessen Ehefrau Anna Cathrine, geb. Hesselberg, geboren. Er studierte nach dem Besuch der Schule bis 1809, mußte aber dann nach dem Tod seines Vaters sein Studium aus finanziellen Gründen abbrechen und als Hauslehrer auf Fünen arbeiten. Von 1815 an lehrte er für ein Jahr an der Volksschule in Kopenhagen. Im Jahre 1816 nahm er sein Studium der Theologie wieder auf. Nach bestandem Examen ernannte ihn der Staatsrat Peter Christian Zeuthen im Frühjahr des Jahres 1822 zum Pfarrer in Töllös auf Ågerup. Während dieser Zeit promovierte Flor mit einer Dissertation über die Beugung der lateinischen Substantive zum Doktor der Philosophie; 1825

nahm er eine Professur an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel an. Er lehrte dort dänische Literatur und Sprache. 1831 veröffentlichte er ein "Dänisches Lesebuch zum Gebrauch in den gelehrten Schulen (Lateinschulen)",⁽²⁰¹⁾ das in einer späteren Auflage den Titel "Handbuch der dänischen Literatur" trug. Dieses Lese- und Lehrbuch, das bis zum Jahr 1886 insgesamt neun Neuauflagen erlebte, wurde zum Standardlehrbuch an dänischen Schulen. In den Jahren von 1832 bis 1836 beschäftigte sich Flor eingehend mit den Werken *Grundtvigs*, die ihn tief beeindruckten. Seit 1836 verfaßte er regelmäßig Beiträge für dänischsprachige Zeitungen und Zeitschriften in Nordschleswig - so unter anderem für das "Königlich-privilegierte Wochenblatt für Apenrade" und für das Wochenblatt "Dannevirke". Flor hatte den "Dannevirke" zusammen mit dem Haderslebener Kaufmann Peter Christian Koch gegründet. Erklärtes Ziel des "Dannevirke" war, für die dänische Sprache zu werben und die Errichtung einer Volkshochschule in Nordschleswig zu fördern. Durch die Mitwirkung in diesen Wochenblättern fand Flor Anschluß an die aufkommende dänische Kulturbewegung um den dänischen Abgeordneten Peter Hjort *Lorenzen*. Ihn konnte Flor dazu bewegen, am 18. November 1841 in der Ständeversammlung des Herzogtums Schleswig erstmalig eine Erklärung in dänischer Sprache zu verlesen. Dieses Ereignis erregte großes Aufsehen und leitete den offenen Nationalitätenkonflikt ein.⁽²⁰²⁾ Von 1845 bis 1846 stand Flor der von ihm mitgegründeten Volkshochschule in Rödding vor. In den Jahren der schleswig-holsteinischen Erhebung von 1848 bis 1850 setzte er sich für ein freies Pressewesen ein und organisierte die Sammlung von insgesamt 8897 Unterschriften für eine Petition zur Vereinigung des Herzogtums Schleswig mit Dänemark. Flor war, wie auch Grundtvig, in den Jahren 1848/49 Mitglied in der grundgesetzgebenden Reichsversammlung und gehörte bis 1856 dem Reichsrat an. Er verstarb am 31. März 1875 in Frue.⁽²⁰³⁾

b. Die publizistischen Vorbereitungen zur Gründung der ersten dänischsprachigen Volkshochschule in Nordschleswig

Der von Flor mit ins Leben gerufene "Dannevirke" entwickelte sich zum Sprachrohr für alle, die die Gründung einer dänischen Volkshochschule in Nordschleswig forderten. In diesem dänischsprachigen Wochenblatt war schon im Januar des Jahres 1840 aus *Grundtvigs* Hochschulschrift "Bitte um eine dänische Hochschule in Sorö und deren Bedeutung" das Kapitel "Begriff einer königlich dänischen Hochschule", in dem Grundtvig die Notwendigkeit der Errichtung von Volkshochschulen ausführlich begründete, einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und eingehend besprochen worden. Diese Buchbesprechung bildete den Auftakt einer "Werbekampagne" zur Gründung einer an dänischen Interessen ausgerichteten Volkshochschule.

Anfang Februar 1840 erschien im "Dannevirke" der anonyme Aufruf eines Nordschleswigers, der vor dem Hintergrund des in Nordschleswig aufkommenden Sprachen- und Nationalitätenbewußtseins darauf hinwies, daß die volkstümliche Hochschule nirgends so notwendig wie in Nordschleswig sei, wo dem Volk alle höheren Bildungsanstalten fehlten. Alle höheren Schulen, sowohl die Lateinschulen und Seminarien als auch die Universität in Kiel waren deutsch, für die dänisch sprechende Bevölkerung gab es neben der Volksschule keine Bildungseinrichtungen. Konkrete Vorschläge zum Verfahren der Gründung einer Volkshochschule in Nordschleswig enthielt ein unter der Überschrift "Aufforderung an den nordschleswigschen Bauernstand" in der Ausgabe des "Dannevirke" vom 6. November 1841 veröffentlichter Artikel. Sein Verfasser, der Medoldener Kirchenliedersammler Pastor Laurits Christian *Hagen*, regte darin an, ein kleines Gut anzukaufen, ein passendes Gebäude darauf zu erstellen und einen Schulbetrieb mit mindestens zwei fest angestellten Lehrkräften zu eröffnen. Die jährlich auf insgesamt 8000 Reichstaler geschätzten Betriebskosten sollten durch die

Schulgeldeinnahmen gedeckt werden. Den Vorschuß zur Errichtung der geplanten Schule zusammenzubringen sei vor allem Sache der Nordschleswiger, weil sie am meisten Nutzen von der Anstalt zu erwarten hätten. Der Verfasser berechnete, daß, da der dänisch sprechende Teil des Herzogtums Schleswig 140 Kirchspiele umfasse, aus jedem Kirchspiel nur drei Personen jeweils umgerechnet 20 Reichstaler spenden müßten, um auf das erforderliche Startkapital zu kommen. Wenn der Plan der Schulgründung verwirklicht werden könnte, schloß der Artikel, habe sich das nordschleswigsche Volk ein "herrliches Denkmal" gesetzt. Die Geschichte werde zukünftigen Generationen berichten, daß der Bauernstand hier zum erstenmal wach wurde und sich eine eigene Hochschule schuf, um sich eine lebendige und fruchtbare Aufklärung zu verschaffen und seinen Platz in der Gesellschaft auszufüllen. Den dritten Anlauf zur Gründung einer Volkshochschule im Norden des Herzogtums Schleswig unternahm Pastor Hagen acht Wochen später, im Dezember des Jahres 1841. Auf einer von ihm im Amt Hadersleben einberufenen Bauernversammlung verlas er eine Resolution zur "...Errichtung einer höheren Bauernschule", die von allen Versammlungsteilnehmern unterzeichnet wurde.⁽²⁰⁴⁾

Die Pressekampagne für eine nordschleswigsche Bauernhochschule riß nicht ab. Der "Dannevirke" veröffentlichte am 22. Januar 1842 ergänzend zu seinem Aufruf vom 6. November 1841 eine von vier Geistlichen und zehn Gutsbesitzern unterzeichnete Aufforderung zur Zeichnung von Aktien. Die Höhe der Aktien war auf jeweils umgerechnet 20 Reichstaler festgelegt. Sobald 300 bis 400 Aktien gezeichnet waren, wollte man mit der Errichtung der geplanten Schule beginnen. Die Unterrichtsfächer sollten die Muttersprache, Geschichte, Bibelkunde und Kirchengeschichte, Erdkunde, Naturgeschichte, praktische Geometrie, Deutsch, Rechnen, Schreiben und Gesang umfassen.⁽²⁰⁵⁾ Alle diese Aufrufe und Artikel förderten ein Klima, das die von Flor beabsichtigte Gründung einer Volkshochschule in Rödning begünstigte.

c. Gründung und Unterricht in der Volkshochschule Rödning in den Jahren von 1844 bis 1848

Zur Realisierung der geplanten Volkshochschule in Rödning hatte sich vor Ort ein "Rödninger Hochschulverein" konstituiert. Die Vereinsstatuten nannten als Ziel der Vereinsarbeit "...eine Anstalt zu gründen, in welcher der Bauer und Bürger Kenntnisse und Fertigkeiten erlangen kann, die ihm zum Nutzen und Vergnügen dienen, nicht so sehr in Hinsicht auf seinen besonderen Nahrungszweig und Beruf, als mit Rücksicht auf seine Stellung als Sohn des Landes und Bürger des Staates. Die Schule soll also einen wohlthuenden Einfluß sowohl auf sein häusliches und privates, als auf sein öffentliches und bürgerliches Leben üben."⁽²⁰⁶⁾ Drei Mitglieder des Hochschulvereins wurden damit beauftragt, ein geeignetes Landgut anzukaufen und die Vorbereitungen zur Aufnahme eines geregelten Schulbetriebs zu treffen. Auf einer Vereinsversammlung am 12. Februar 1844 wurde für die zu gründende Volkshochschule ein Direktorium gewählt, dem der Kieler Professor Christian Flor als Vorsitzender und die Pastoren Hans Vilhelm Hertel und Hans Wilhelm Rieber Schöler sowie die Gutsbesitzer Hans Nissen, Laurids Skau, Knud L. Knudsen und Johann August Schmidt als einfache Mitglieder angehörten.⁽²⁰⁷⁾

Den Hintergrund für die Gründung der Volkshochschule Rödning bildete, neben dem Impuls, den die "Höhere Volksschule" in Rendsburg mit der Aufnahme ihres Unterrichtsbetriebs am 6. Oktober 1842 ausgelöst hatte, der im nördlichen Landesteil des Herzogtums Schleswig aufkommende Nationalitätenkampf. Durch königliche Verordnung vom März 1844 war festgelegt worden, daß Deutsch die offizielle Sprache in der schleswigschen Ständeversammlung sein sollte. Wer sie nicht beherrschte, durfte allerdings auch weiterhin dänisch sprechen. Zur Verbreitung der deutschen Sprache wurde an den Schulen der Deutschunterricht ausgeweitet,

in Nordschleswig war schließlich Deutsch in vier dänischen Städten und fünfzig dänischen ländlichen Orten die alleinige Gerichts-, Kirchen- und Schulsprache. Alle höheren Bildungseinrichtungen in Nordschleswig waren deutsch, so daß die dänischen Bauern kaum in der Lage waren, an den Beratungen der Ständeversammlung teilzunehmen.⁽²⁰⁸⁾ Mit der Gründung der Heimvolkshochschule Rödning erfüllte sich nun endlich die in Grundtvigs "Bitte um eine dänische Hochschule in Sorö und deren Bedeutung" erhobene Forderung nach einer Bildungsstätte, in der "...Leute, die nur ihre Muttersprache kennen, Gelegenheit haben, über alles Wissensnotwendige aufgeklärt zu werden, damit sie nicht nur ihren Sitz, sondern ihre Stimme im Volksrat haben und diese nicht nur abgeben, sondern auch geltend machen können."⁽²⁰⁹⁾ Der Eröffnung der Volkshochschule ging die Zusage des im Mai 1843 in Kopenhagen gegründeten "Vereins zur Förderung dänischen Unterrichts im Herzogtum Schleswig", dem sich der "Schleswiger Verein" angeschlossen hatte, voraus, die Hochschule finanziell zu unterstützen. Zugesagt worden war die Zahlung einer Anleihe von 5000 Reichstalern über fünf Jahre und ein jährlicher Zuschuß von 600 Reichstalern für diesen Zeitraum. Finanziert wurde der laufende Schulbetrieb der Volkshochschule außerdem aus den Spenden nationalliberaler Kreise in Nordschleswig und dem von den Schülern zu entrichtenden Schulgeld. In den ersten Jahren war dieses Schulgeld für jeden Schüler auf 80 Reichstaler (= 160 Kronen) festgesetzt. Diese Summe war für Kost und Logis bestimmt. Nach 1852, als sich die finanzielle Lage der Anstalt verschlechterte, mußten die Schüler zusätzlich 20 Reichstaler an die Schulkasse zahlen.⁽²¹⁰⁾

Nachdem der Rödninger Hochschulverein als Träger der Volkshochschule am 17. Juni 1844 die beantragte königliche Erlaubnis zur Schulgründung unter der Bedingung erhalten hatte, daß er sich der durch den Amtmann und Propsten des zuständigen Schuldistrikts ausgeübten Aufsicht unterstellte, wurde am 7. November 1844 der Lehrbetrieb der ersten nordschleswigschen Volkshochschule unter der Leitung des Kandidaten der Theologie Johan Wegener aufgenommen.⁽²¹¹⁾ Der erste Lehrgang setzte sich aus insgesamt 22 Schülern im Alter zwischen 16 und 27 Jahren zusammen, von denen 20 aus Nordschleswig stammten. Sie wurden zunächst auf Bauernhöfen in der Nähe der Schule untergebracht. Da aber die private Unterbringung die Schüler angeblich "...zum Trinken, Rauchen und Kartenspielen verführte", wurde schon 1845 bei der Schule ein Schulheim mit einer Kapazität von insgesamt 30 Plätzen eingerichtet.⁽²¹²⁾ Damit war zugleich die Möglichkeit geschaffen, die Vorteile einer Heimerziehung mit dem Besuch der Volkshochschule Rödning zu verbinden. In Rödning sorgten die Schüler beispielsweise selbst für Ordnung. Zu diesem Zweck hatten sie einen Schülerrat mit einer von ihnen selbst erarbeiteten Satzung gegründet.

Die Arbeit der Rödninger Volkshochschule entsprach, wie der Schulplan belegt, den bildungspolitischen Vorstellungen Grundtvigs. Sie wollte eine umfassende Bildung vermitteln, als "Schule für das Leben" wirken, anstatt einen beruflichen Aufstieg durch berufsbezogene Ausbildung vorzubereiten. Eine zentrale Stellung unter den Unterrichtsfächern nahmen die Fächer Muttersprache und Geschichte ein. Flor hatte für die Schüler ursprünglich einen zweijährigen Heimvolkshochschulbesuch vorgesehen. Die Praxis zeigte jedoch, daß die meisten Schüler, dem jährlichen Arbeitsrhythmus der Landwirtschaft folgend, nur ein halbes Jahr, und zwar den Winter über, an dem Unterricht der Heimvolkshochschule teilnahmen.⁽²¹³⁾

d. Die Ziele der Wegener'schen und Flor'schen Volkshochschularbeit in den Jahren von 1844 bis 1848

In seiner Rede anläßlich der Eröffnung der Heimvolkshochschule Rödning zitierte ihr erster Leiter, der Bornholmer Pfarrersohn und Kandidat der Theologie Johan Wegener, die für die

zukünftige Arbeit dieser Volkshochschule programmatischen Verse des dänischen Dichters Bernhard Severin Ingemann: "...til dansk og stor og til herlig id-til Danmarks frelse i nördens tid!"⁽²¹⁴⁾ Die Wahl dieses Mottos ist auch als Geste der Verbeugung vor Grundtvig zu werten, mit dem Ingemann seit 1821 in engem brieflichem Kontakt stand. Der Unterricht in der Volkshochschule Rödning hatte zum Ziel, die dänische Haltung, Gesinnung und Sprache in der dänischsprachigen Bevölkerung Nordschleswigs zu festigen. Allerdings sollte diese Zielsetzung der Rödninger Volkshochschule keinen nationalistischen Fremdenhaß erzeugen, wie Wegener in seiner Eröffnungsansprache ausdrücklich betonte: "Sein Vaterland zu lieben bedeutet nicht, seine Feinde zu hassen, und noch weniger, seine Augen vor dem zu verschließen, was es bei anderen Nationen an sehr Schönem und Gutem gibt. Das deutsche Volk ist ein großes und herrliches Volk und es steht Skandinavien verwandtschaftlich am nächsten. Verwandtschaft, Geistesbildung und Geistesrichtung, gemeinsame Interessen, dieselben Leiden und Befürchtungen, dieselben Tugenden und Fehler sollten dieses Volk zu unserem besten Freunde machen."⁽²¹⁵⁾

Als sich Johan Wegener nach seinem ersten Wintersemester an der Heimvolkshochschule Rödning um eine Pfarrstelle bewarb, übernahm Flor, der seine Professur in Kiel aufgegeben hatte, zum 12. Mai 1845 die Leitung dieser Bildungsanstalt. Diskutiert wurde zu jener Zeit, den Besuch der Heimvolkshochschule Rödning durch Prüfungen abzuschließen. Flor nahm im Jahr 1846, wie später auch Sophus Högsbro, zur Einführung von Abschlußprüfungen an der Rödninger Volkshochschule in seinem Jahresbericht wie folgt Stellung: "Ein Abschlußexamen haben wir nicht. Das wesentliche mit dem Unterrichte an unserer Hochschule sind nicht die positiven Kenntnisse und Fertigkeiten, die wir den Schülern beizubringen wünschen, sondern eher das geistige Leben, das bei ihnen geweckt und genährt wird, damit ihr Verstand schärfer, ihre Urteilskraft reifer, ihr Herz offener und edler, dass bei ihnen Sinn für Ordnung, Schönheit und ein geschmackvolles Leben geweckt wird...All dies kann füglich nicht bei einem öffentlichen Examen hervortreten."⁽²¹⁶⁾ Seine Einstellung zur Nationalitätenfrage erhellt ein von ihm verfaßter Privatbrief vom 8. Februar 1865, in dem er sich unter anderem rückblickend zur Zielsetzung seiner Volkshochschularbeit äußerte: "Während der Zeit, in welcher ich Einfluß auf die Schleswiger und ihre Angelegenheiten auszuüben versucht habe, ist mein Interesse für diese Frage nie die Zugehörigkeit Schleswigs zu Dänemark gewesen, d.h. der Wunsch, Schleswig für Dänemark zu bewahren...Meine Triebfeder ist immer Interesse für die Schleswiger selbst gewesen, deren Geistes- und Gefühlsleben ich für Zeit und Ewigkeit retten wollte. Schon früh bin ich nämlich...zu der Erfahrung gekommen, daß da, wo ein Volk seine Muttersprache verliert, auch das Herz des einzelnen egoistisch und kalt wird und der Volksgeist bei ihm keine Stätte mehr hat. Beständig stand es mir vor Augen, wie das geistige, das also wesentliche menschliche Leben bei Schleswigs...Bevölkerung erlosch in demselben Maße, wie die dänische Muttersprache aufgegeben wurde, so daß schließlich das Bewußtsein von anderen Bestrebungen als denjenigen, die zum materiellen Leben gehören, ganz verloren ging. Diese Vorstellungen gaben mir keine Ruhe, bis ich beschloß, das, was man Missionar nennt, zu werden und zu meinen Landsleuten zu gehen, dem Anschein nach jedoch mehr im Dienste der Menschlichkeit als des Christentums. Der Zweck ist jedoch derselbe. Nur wahre Menschen können Christen werden."⁽²¹⁷⁾

e. Interne Richtungskämpfe und Volkshochschularbeit in Rödning in den Jahren von 1850 bis 1864

Die Heimvolkshochschule Rödning hatte seit ihrer Gründung eine stetig steigende Nachfrage nach ihren Unterrichtskursen zu verzeichnen. Im Winter des Jahres 1845/46 nahmen bereits 42 Schüler aus ganz Dänemark am Unterricht dieser Anstalt teil. Mit Ausbruch des Krieges

1848 mußte die Heimvolkshochschule Rödning ihren Lehrbetrieb allerdings vorübergehend einstellen. Am 19. November 1850 konnte sie nach der Niederschlagung der schleswig-holsteinischen Erhebung ihren Schulbetrieb wieder aufnehmen, ihre Wiedereröffnung erfolgte durch den neuen Leiter Sophus Högsbro. In seiner Festrede unterstrich er die Verantwortung, die mit der Einführung der demokratischen dänischen Verfassung von 1849 verbunden war und erneuerte die alte grundtvigsche Forderung, daß es die neue Aufgabe der Erziehung sein müsse, dafür zu sorgen, daß die neuen Stützen des Staates auch staatstragend werden könnten. Zugleich mit der Wiedereröffnung der Heimvolkshochschule setzte aber auch eine heftige Diskussion um die zukünftige Zielsetzung der Bildungsarbeit an dieser Anstalt ein.

Nachdem der schleswig-holsteinische Krieg zu Gunsten des dänischen Gesamtstaates entschieden war, schien keine Notwendigkeit mehr für ein Institut zur Schaffung einer nationalen dänischen Identität, als das Rödning auch gegründet worden war, zu bestehen. Innerhalb des Lehrkörpers wurden erbitterte Diskussionen um die Umgestaltung der Heimvolkshochschule zu einer landwirtschaftlichen Fachschule mit Abschlußexamina nach dem Vorbild der Oersberger landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt geführt. Zu den eifrigsten Verfechtern dieser Pläne zählte der Landwirtschaftslehrer Edvard Thomsen.⁽²¹⁸⁾ Im Jahr 1856 erreichte die langjährige Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der Heimvolkshochschule Rödning ihren Höhepunkt, als die Befürworter einer berufsfachlich bezogenen Ausrichtung der Heimvolkshochschule Rödning die Anstalt geschlossen verlassen mußten. Damit war am Beispiel Rödning eine eindeutige Unterscheidung zwischen den dänischsprachigen Heimvolkshochschulen grundtvigscher Prägung und den deutschsprachigen landwirtschaftlichen Fachschulen des Herzogtums Schleswig getroffen, die für die Ausgestaltung der Heimvolkshochschulen in Dänemark richtungsweisend werden sollte. Sophus Högsbro wandelte die Bildungsarbeit dieser Anstalt nach der Wiederaufnahme des Lehrbetriebs in Anlehnung an Grundtvigs Programm für die Hochschule in Sorø dahingehend ab, daß er die politische Bildung, die auch die intellektuellen Kräfte schulen und eine umfassende Aufklärung über die aktuellen Verhältnisse in Staat und Gesellschaft vermitteln sollte, stärker akzentuierte. Das nationale, historische und geistige Element trat stärker in den Hintergrund, da durch die Niederschlagung der schleswig-holsteinischen Erhebung die Frage nach der territorialen Zugehörigkeit des Herzogtums Schleswig zum dänischen Staat vorläufig geklärt schien. Im Unterricht an der Heimvolkshochschule Rödning erhielten die Fächer Zeitgeschichte und Sozialwissenschaften mehr Gewicht. Auf die Forderung des dänischen Kultusministers Ditlev Gothard Monrad, in Rödning ein Examen einzuführen, welches den Schülern der Heimvolkshochschule den Zutritt zu verschiedenen Kursen der Landbauhochschule öffnen sollte, formulierte Högsbro die folgende, auch für die später entstehenden dänischen Heimvolkshochschulen richtungsweisende Antwort: "Der Zweck der Schule besteht darin, durch freie Vorträge den Sinn für geistiges Leben zu erwecken und zu nähren, und die Liebe zum Vaterlande durch Erläuterung seiner Sprache und Literatur, seiner Natur und Geschichte, seiner Verhältnisse in der Vorzeit und Gegenwart zu fördern...Gewiß unterschätzt die Anstalt nicht die Bedeutung der Fachkenntnisse und die Entwicklung des Intellekts zur Schärfe und Klarheit; ihr Ziel aber ist doch wesentlich erzieherisch, die Entwicklung des Gefühls und des Willens hat für sie mehr Bedeutung als die Übung des Gedächtnisses und des Verstandes. Sie will dasselbe in volkstümlich-weltlicher Richtung, was die Kirche in religiöser. Deshalb muß sie das Hauptgewicht auf das Lebendige, Erweckende, Anschauliche legen, und die Stunde, in welcher es gelungen ist, das Gefühl für das Hohe und Edle im Menschenleben anzuregen und zu einer wirksamen Arbeit zur Beförderung derselben

anzuspornen, hat für die Volkshochschule eine höhere Bedeutung als diejenige Stunde, in welcher eine neue Kenntnismenge zu einer früheren hinzugefügt wird...Auch diese Stunden werden mitgenommen, aber nur, um die anderen zu ergänzen. Es wird für das Leben und nicht für die Schule gelernt...Zu einem solchen Unterricht aber paßt ein Abschluß wie das Präliminarexamen nicht im geringsten."⁽²¹⁹⁾ Högsbro verließ Rödning im Jahr 1862, um ausschließlich als Politiker und Journalist arbeiten zu können. Sein Nachfolger, Ludvig Schröder, der bisherige Konrektor der Anstalt, übernahm bis 1864, dem Jahr der vorläufigen Schließung der Schule, die Leitung. Ein Blick auf die Entwicklung der Teilnehmerzahlen an den von der Heimvolkshochschule Rödning angebotenen Unterrichtskursen zeigt, daß diese Volkshochschule bis zu ihrer Verlegung nach Askov im Jahr 1864 einen stetigen Zuwachs der Schülerzahlen verzeichnen konnte, was als Beleg für die Stimmigkeit und Akzeptanz ihrer Bildungsarbeit gewertet werden kann. In den Jahren von 1844 bis 1864 besuchten insgesamt 902 Schüler die Volkshochschule Rödning, durchschnittlich 45 pro Halbjahr. Nicht unterschätzt werden darf bei der Bewertung der Schulbesuchszahlen die "Multiplikatorfunktion", die von den ehemaligen Volkshochschülern durch die Weitergabe ihrer auf der Volkshochschule neu erworbenen Kenntnisse und Einstellungen in ihrem häuslichen Lebensumfeld ausging. Das häusliche Lebensumfeld der Rödninger Volkshochschüler lag allerdings überwiegend in Nordschleswig. Anders als der Rendsburger und der Oersberger Schule gelang es ihr kaum, Schüler aus beiden Herzogtümern anzusprechen; lag der Anteil der Schüler, die von außerhalb Nordschleswigs nach Rödning kamen, im Eröffnungsjahr 1844 noch bei 10%, so sank er nach der schleswig-holsteinischen Erhebung auf konstante 4%. Die Rödninger Volkshochschule spielte damit für die Weiterbildung schulentlassener Jugendlicher südlich der Sprachgrenze des Jahres 1840 keine praktische Rolle.⁽²²⁰⁾

Nach dem Krieg von 1864 richtete die preußische Provinzialregierung im Gebäude der Heimvolkshochschule Rödning eine deutschsprachige Mädchenschule ein. Die ehemaligen Rödninger Volkshochschulbetreiber entschieden darauf, ihre Arbeit nordwärts der neuen Grenze fortzusetzen, aber doch so nahe an der Grenze zu bleiben, daß sie weiterhin für die Bevölkerung Nordschleswigs arbeiten konnten. Zu diesem Zweck kauften sie für 2500 Reichstaler in Askov einen Bauernhof und bauten ihn zu einer Heimvolkshochschule aus. Die dänischsprachige Bildungsarbeit der ehemaligen Heimvolkshochschule Rödning konnte im Jahre 1865 mit der Einweihung der Heimvolkshochschule Askov durch Ludvig Schröder wieder aufgenommen werden. Die hier geleistete Arbeit machte Askov in den Folgejahren zum Zentrum der dänischsprachigen Heimvolkshochschulbewegung. Nach den Volksabstimmungen des Jahres 1920 wurde die Heimvolkshochschularbeit wieder nach Rödning zurückverlegt. Es gab aber auch Kräfte, die sich, anders als die Rödninger Volkshochschullehrer im Jahre 1864, für die Fortsetzung dänischsprachiger Volkshochschularbeit im Herzogtum Schleswig einsetzten. Aus ihren Bemühungen entstand die "südlichste dänische Volkshochschule", die landwirtschaftliche Volkshochschule in Augaard bei Oeversee.

6. Christen Mikkelsen Kold - ein Sokrates in dänischen Kleidern

Die Gründung der zweiten dänischen Volkshochschule erfolgte am 1. November 1851 auf Privatinitiative von Christen Mikkelsen Kold hin. Alle von Kold gegründeten Schulen lagen außerhalb des Untersuchungsgebietes. Sie finden in dieser Arbeit dennoch Beachtung, weil von ihnen die entscheidenden Impulse für die praktische Umsetzung des grundtvigschen Bildungskonzeptes ausgingen.

a. Christen Mikkelsen Kold (1816-1870) - Person und Werk

Christen Mikkelsen Kold wurde am 29. März 1816 in Thistedt in Jütland als Sohn des

Schusters Mikkel Christensen Kold und dessen Ehefrau Kristine Marie Christensdatter Jannerup geboren. Ursprünglich sollte er Schuster werden, doch auf sein Drängen hin ermöglichten ihm seine Eltern die Realisierung seines Wunsches, Lehrer zu werden. Nach seiner Schulentlassung war Kold von 1831 bis 1834 als Hauslehrer auf dem Rittergut Koustrup in der Nähe von Thistedt tätig. 1834 wurde er in das Lehrerseminar in Snestedt aufgenommen, auf dem er zwei Jahre blieb.

Als er das Seminar nach der Abschlußprüfung verlassen hatte, fand er zunächst eine Anstellung als Hauslehrer im Solbjerg Pfarrhaus, danach als Vikar an der Schule in Öster-Jölby. In diesen Stellungen fand er wegen seiner für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen Lehrmethoden wenig Akzeptanz, da er jegliches Auswendiglernen ablehnte und die Kinder durch Erzählungen zu fesseln versuchte. Als er sich weigerte, die Kinder "Balles Lehrbuch", einen Leitfaden der dänischen Geschichte, auswendig lernen zu lassen, geriet er in Konflikt mit der Schulbehörde, als dessen Konsequenz er in Dänemark keine amtliche Anstellung mehr erhalten konnte. Deshalb wanderte Kold 1842 zusammen mit Pastor Ludvig Hass als Missionar in die Türkei aus, wo er bis 1847 als Buchbinder tätig war. Mit 600 bis 700 ersparten Reichstalern kehrte er Ende des Jahres 1847 nach Dänemark zurück und meldete sich im Jahre 1848 bei Ausbruch des Krieges als Freiwilliger. Zum 1. November 1849 nahm Kold bei Pastor Vilhelm *Birkedal* in Ryslinge auf Fünen eine Stellung als Hauslehrer an. Hier kam er auch erstmals mit der von Fünen ausgehenden pietistisch geprägten Erweckungsbewegung in Kontakt. Im Winter 1849 unterrichtete er mit Erlaubnis des Pastoren neben dessen beiden ältesten Kindern auch die Kinder der Nachbarschaft. Anfang des Jahres 1851 gab er seine Hauslehrerstelle auf, um auf der Insel Fünen in Ryslinge, zwanzig Kilometer von Odense entfernt, eine eigene Schule errichten. Am 1. November 1851 wurde diese Schule feierlich eröffnet, die er im Jahre 1862 nach Dalum bei Odense verlegte, wo er am 6. April 1870 starb. ⁽²²¹⁾

b. Die Gründung der Ryslinger Volkshochschule

Im Winter 1849 begann Christen Kold damit, seine Pläne zum Bau einer eigenen Schule in Ryslinge zu realisieren. Neben 1000 Kronen, die er selber erspart hatte, erhielt er von *Grundtvig*, den er um Unterstützung gebeten hatte, einen Zuschuß von 100 Kronen; weitere 1100 Kronen erbrachte eine Sammlung, die auf Kolds Initiative für die Errichtung einer Volkshochschule in Ryslinge durchgeführt worden war. Mit insgesamt 2200 Kronen erbaute Kold in den Jahren 1850/51 ein Schulgebäude mit Wohnung in Ryslinge. Das dreizehn Meter lange und acht Meter breite Schulgebäude bot Platz für einen Unterrichtsraum, einen Lehrerhaushalt, einen Schülerschlafrum und einen Seitenbau, in dem Werkstätten für die Freizeitarbeit der Schüler eingerichtet waren. ⁽²²²⁾ Zur Werbung für seine Schule verteilte Kold ab dem 1. Juni 1851 das folgende Programm an die Bevölkerung in der Umgebung von Ryslinge:

1. Die Schule wird nur im Winter vom 1. Novbr. bis 1. April gehalten. 2. Eine Anzahl von 20 Schülern zwischen 15 und 20 Jahren wird angenommen, von denen zehn Kost und Logis auf der Schule bekommen können; den übrigen wird im Dorfe und in der nächsten Umgebung Unterkommen verschafft. Das Honorar ist auf 10 Rigsdaler für den Unterricht und 20 Rigsdaler für Kost und Logis festgesetzt worden (1 Rigsdaler=2 Kronen).
3. An der Schule werden zwei Lehrer angestellt, falls ein Zuschuß von Sorö-Akademiemitteln als Beitrag für die Lehrergehälter von dem hohen Kultusminister bewilligt wird.
4. Die Dauer der Schulzeit ist im allgemeinen auf zwei Winter festgesetzt, dergestalt, daß der mündliche Unterricht im ersten, der schriftliche Unterricht im zweiten Winter erteilt wird, weshalb die Schule in zwei Klassen, jede mit zehn Schülern, geteilt wird.

5. Die Unterrichtsgegenstände werden umfassen: a) mündliche Vorträge über die Weltgeschichte in großen Zügen, wobei die historische Karte "Tidens Ström" zugrunde gelegt wird; b) mündliche Erzählung der biblischen Geschichte, wobei die Schüler zwischen Müllers, Sörensens und Grundtvigs Bibelgeschichte zum Durchlesen wählen können; c) Auszug aus der Kirchengeschichte mit besonderer Rücksicht auf die im Lande existierenden Sekten und Parteien; d) die nordische Mythologie und Dänemarks Geschichte, erst mündlich erzählt, dann nach Öhlenschlägers "Nordens Guder" durchgenommen; Müllers Geschichte Dänemarks, Saxo und Snorre werden zum Lesen gebraucht; e) Erdkunde erst nach dem Globus in großen Zügen, wobei Schilderungen verschiedener Völker und Länder angeknüpft werden, dann Dänemarks Geographie von statistischen Bemerkungen begleitet; f) ausgewählte Werke der dänischen Schriftsteller werden in drei wöchentlichen Unterhaltungsabenden gelesen; g) Gesang mit besonderer Rücksicht auf die alten Heldenlieder. Schließlich wird der Unterricht in den allgemeinen Schulkenntnissen fortgesetzt, um die Schüler zur Anwendung derselben im praktischen Leben anzuleiten, da die Kenntnisse meistens in der Schule nur mechanisch eingelernt sind. Da die oben erwähnten Schul- und Kostgelder, ein Betrag von 30 Rigsdaler für fünf Monate, obgleich sie doch so billig als möglich berechnet sind, doch die Verhältnisse mancher, die ihren Kindern gern einen gründlicheren Unterricht geben möchten, übersteigen, haben wir die Sache so eingerichtet, daß diese Summe auf mehrere Jahre verteilt werden kann. Die Schule wird ihre Wirksamkeit den 1. November d.J. beginnen, und die Einzahlungen werden immer den 1. Januar jedes Jahres gefordert."⁽²²³⁾

c. Der Unterricht in den Kold'schen Heimvolkshochschulen in den Jahren von 1851 bis 1883

Am 1. November 1851 eröffnete Kold den Lehrbetrieb der Volkshochschule Ryslinge mit 15 Schülern.⁽²²⁴⁾ Er selbst unterrichtete die historischen Fächer, Mythologie, vaterländische und allgemeine Geschichte, dänische Sprache und Literatur. Ein Hilfslehrer übernahm den Unterricht in den naturwissenschaftlichen und praktischen Fächern sowie im Rechnen und Schreiben. Im ersten Unterrichtsjahr der Ryslinger Volkshochschule war das Alter der 15 Schüler sehr unterschiedlich; es reichte von 14 bis 35 Jahren. Doch die Erfahrung des praktischen Lehrbetriebs veranlaßte Kold, schon zum Winter 1852 das Mindestalter für die Teilnahme am Unterricht seiner Volkshochschule auf 18 Jahre anzuheben.

Die Hauptaufgabe der Erziehungsarbeit seiner Heimvolkshochschule sah Kold in der auch religiös verstandenen Erweckung - dem grundtvigschen "oplysning" - seiner Schüler und der Hilfestellung zur Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Die von ihm dazu angewandte Methode, die heute als Erzielen einer intrinsischen Motivation bezeichnet werden kann, schilderte Kold so: "Ich belebe zunächst, und gebe Aufklärung hinterher, und ich glaube, daß das richtig ist, denn Belebung ist das, worauf es zuerst ankommt...Wenn man mich fragen wollte, wie ich dazu kommen konnte, zuerst zu beleben und zuletzt Aufklärung zu vermitteln...so muß ich antworten: das kommt daher, daß ich mich, als ich mit der Aufklärung begann, Leuten gegenüber befand, die keine Aufklärung aufnehmen konnten, bevor sie begeistert wurden. Das war einfaches Volk, das sozusagen nichts von Aufklärung wußte, sondern erst geweckt werden mußte."⁽²²⁵⁾ So berichtete Kold vom Unterricht im ersten Lehrgang der Heimvolksschule Ryslinge, daß er, nachdem er den Schülern einige Bruchstücke von Grundtvigs Weltgeschichte vorgelesen hatte, ihnen den Zusammenhang zwischen Altertum, Mittelalter und Neuzeit darzustellen versucht hatte. Als er bemerkte, daß sie diesen Zusammenhang nicht begreifen konnten, begann er, mit ihnen *Ingemanns* historische Romane zu lesen, die er für geeignet hielt, um bei den Schülern Verständnis und Interesse für Geschichte zu wecken. Im Sommer des Jahres 1852 verkaufte Kold sein Schulgebäude in Ryslinge für 4000 Reichstaler

und baute für dieses Geld in Dalby im nordwestlichen Teil der Insel Fünen ein größeres Schulgebäude mit zwei Unterrichtsräumen, einer Schulküche, einem Speise- und einem Schlafräum. Er hatte seinen Unterrichtsbetrieb nach Dalby verlegt, da ihm die Bevölkerung dieser Gegend aufgeschlossener und bildungshungriger erschien.⁽²²⁶⁾ Von 1852 bis 1856 wurde die Schule von durchschnittlich 20 Schülern besucht, die umgerechnet monatlich sechs Reichstaler Schulgeld für Unterricht, Kost und Logis bezahlen mußten. Neben den Winterkursen für Erwachsene hielt Kold im Sommer Schulunterricht für schulpflichtige Kinder ab. Er hatte sich schon in früheren Jahren für die Einrichtung von Kinderschulen eingesetzt. In seiner Abhandlung über Kinderschulen, der einzigen, die von ihm im Druck erschienen ist, legte Kold die Methodik seines Kinderschulunterrichts dar: "Wenn man den Kindern biblische Geschichte, Kirchengeschichte und Legenden erzählt hätte, statt sie zum Auswendigpauken von Balles Lehrbuch zu zwingen, wäre man gewiß weiter gekommen, denn man hätte in diesem Falle ein offenes Ohr bei den Kindern und dadurch den Weg zu ihrem Herzen gefunden, während man mit dem Lehrbuch nur an der Außenseite blieb."⁽²²⁷⁾ Als Kold und seine Anhänger 1856 einen Verein gründeten, dessen Zweck die Gründung freier Kinderschulen sein sollte, schlossen sich die Gegner seiner Arbeit in einer Interessengemeinschaft unter dem Namen "Landboforeningen" zusammen, mit dem Ziel, die von Kold angestrebte freie Bildungsarbeit in speziellen Kinderschulen und der Koldschen Volkshochschule zu verhindern. 1857 richtete der Landboforeningen eine mit 344 Unterschriften versehene Petition an das Kultusministerium, mit der Forderung, der Koldschen Anstalt die öffentlichen Fördermittel zu entziehen. Das Ergebnis der im März 1858 erfolgten staatlichen Untersuchung der Verhältnisse an der Volkshochschule in Dalby war derart positiv, daß die staatlichen Fördermittel sogar erhöht wurden. Kolds Heimvolkshochschule hatte in den darauffolgenden Jahren einen so starken Schülerandrang zu verzeichnen, daß ihre Verlegung in ein größeres Gebäude nach Hjallesø bei Dalum erforderlich wurde. Dort hatte Kold für 5000 Reichstaler eigenes Land angekauft, auf dem er ein komfortables Schulgebäude errichten ließ. Er erweiterte den Unterrichtsbetrieb dahingehend, daß er neben den fünfmonatigen Winterkursen für erwachsene Männer seit Mai 1863 dreimonatige Sommerkurse für durchschnittlich 18 junge Mädchen abhielt. Bis zu Kolds Tod am 6. April 1870 hatten fast 1300 Schüler seine Volkshochschulen besucht.⁽²²⁸⁾ Danach wurde die Volkshochschule als reine Mädchenschule unter der Leitung von Kolds Schwager *Lebak* fortgeführt. Als dieser im Jahre 1883 starb, wurde die Volkshochschule aufgelöst und 1886 im gleichen Gebäude eine Landwirtschafts- und Molkereischule eröffnet.⁽²²⁹⁾ Vergleicht man die Zahl der Teilnehmer an den von den Koldschen Volkshochschulen im Zeitraum von 1851 bis 1864 angebotenen Winterkursen mit denen der Volkshochschule Rödning und legt für die Zeit von 1858 bis 1862 die durchschnittliche Teilnehmerzahl auf 35 fest, so lassen die dabei gewonnenen Zahlen von 403 Teilnehmern der Koldschen Kurse im Vergleich zu 463 Teilnehmern der Rödninger Volkshochschule den Schluß zu, daß bis 1864 das Unterrichtsangebot der Koldschen Volkshochschulen eine nahezu ebenso große Akzeptanz wie das der Rödninger Volkshochschule fand, die sie nach 1864 sogar noch steigern konnte.

d. Die Finanzierung von Volkshochschulen nach 1851

Im Jahr 1851 beantragte Kold eine staatliche Unterstützung seiner Lehranstalt aus den Mitteln der Akademie in Sorø. Nach einem Gesetz vom 1. April 1851 konnten sogenannte "Höhere Bauernschulen" in Nordschleswig einen staatlichen Zuschuß zu den Lehrergehältern in Raten von 200 bis 300 Reichstalern erhalten. Bedingung für die Gewährung dieser Zuschüsse war, daß die Unterrichtsinhalte und das Alter der Schüler über die Anforderungen der gewöhnlichen Volksschule hinausgingen, daß der Unterrichtsplan der Schule den Behörden

vorgelegt und dem Staat das Recht der Visitation der Schulen zugestanden wurde. Die Genehmigung der staatlichen Zuschüsse wurde in dem Antwortschreiben des Kultusministers Johan Nicolai *Madvig* vom 30. Juli 1851 folgendermaßen begründet: "Obgleich man mehreres in dem Unterrichtsplane keineswegs billigen kann, der einseitig scheint und wenig auf eine gesunde, praktische Lebensentwicklung bei den jungen Menschen des Bauernstandes berechnet ist, so will das Ministerium doch dem Unternehmen, als Versuch betrachtet, eine Unterstützung von 150 Reichstalern nicht verweigern." An die Bewilligung dieser Unterstützung war die Bedingung geknüpft, daß Kold neben den fünf Schülern, für die er Freiplätze eingerichtet hatte, mindestens zehn konfirmierten Schülern zusätzlich Unterricht erteilen mußte.

7. Johan August Viinsted und seine landwirtschaftliche Volks hochschule in Augaard (1863-1889)

Bei den Planungen zur Gründung der zweiten dänischsprachigen Volkshochschule im Untersuchungsgebiet hatten sich die führenden Rödinger Volkshochschullehrer schon frühzeitig auf einen Standort in Angeln geeinigt, weil sie dort, wo die Oersberger Volkshochschule ansässig war, das "Kerngebiet der schleswig-holsteinischen und dänischfeindlichen Stimmung..." sahen.⁽²³⁰⁾ Schon im Jahre 1857 teilte Sophus *Högsbro* dem Professor der Theologie Henrik Nicolai *Clausen*, der als Vertreter des Wahlkreises Kopenhagen Mitglied des Dänischen Reichstages war, die Auffassung führender dänischgesinnter Flensburger Kreise mit, daß "...man lieber eine Ackerbauschule in Angeln errichten sollte, als eine weitere grundtvigsche Hochschule wie in Rödning."⁽²³¹⁾ In ein konkretes Stadium traten diese langjährigen Planungen, als Christian *Flor* mit Unterstützung des Kopenhagener Staatsrats Theodor August Jes *Regenburg* einen Lehrer der Rödinger Volkshochschule, Johan August *Viinsted*, mit der Gründung einer dänischen Volkshochschule in Angeln beauftragte.⁽²³²⁾

a. Johan August Viinsted (1830-1909) - Person und Werk

Johan August Viinsted wurde 1830 als Sohn des Handschuhmachers und Weißgerbers Johan Peter Wiinsted in Kopenhagen geboren. Im Jahre 1851 beendete er seine Apothekerausbildung mit dem pharmazeutischen Examen und arbeitete in den folgenden sechs Jahren an mehreren Kopenhagener Apotheken, zuletzt an der Hofapotheke. Seit dem Abschluß seiner Ausbildung hatte er ein so großes Interesse an Fragen der modernen Landwirtschaft entwickelt, daß er sich an der polytechnischen Lehranstalt in Kopenhagen als Student einschrieb, um sich bei ihrem Direktor Johannes Nicolai *Forchammer* grundlegende Kenntnisse in Chemie und anderen Naturwissenschaften anzueignen. Als Viinsted seine Studien in Kopenhagen beendet hatte, wurde der Rödinger Volkshochschuldirektor Sophus Högsbro auf ihn aufmerksam und bot ihm eine Anstellung als Lehrer für die naturwissenschaftlichen Fächer an, die Viinsted am 1. Februar des Jahres 1857 antrat. Seit seiner Anstellung in Rödning hatte sich ihm mehrfach die Möglichkeit geboten, durch Auslandsreisen nach England und Schottland seine landwirtschaftlichen Fachkenntnisse zu erweitern und zu vertiefen. Im Jahre 1862 gab Viinsted dem jahrelangen Drängen von Ludvig Schröder und Sophus Högsbro nach und übernahm die Vorbereitungen zur Gründung einer dänischen Volkshochschule nach Rödinger Muster in Angeln. Im Mai des Jahres 1863 verließ Viinsted die Volkshochschule Rödning, um die Leitung der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard zu übernehmen. Er leitete diese Volkshochschule von 1863 bis 1869. Nach dem deutsch-dänischen Krieg ließ er aus nationalen Gründen seinen Nachnamen von Wiinsted in Viinsted danisieren, was für die damalige Zeit nicht ungewöhnlich war. Im März 1869 trat Viinsted die Leitung der Volkshochschule an Hans Mikkelsen Tofte ab, um in Kjellerup bei Viborg eine eigene Apotheke zu eröffnen. Im Jahre 1876 übernahm er eine Apotheke in Horsens, wo er am 3. November 1909 im Alter von 79

Jahren verstarb.⁽²³³⁾

b. Gründung und Unterricht in der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard in den Jahren von 1863 bis 1889

Johan August Viinsted wurde vom Leiter der Rödinger Volkshochschule Sophus Högsbro und dem im Kopenhagener Ministerium für Schul- und Unterrichtsangelegenheiten des Herzogtums Schleswig zuständigen Staatsrat Theodor August Jes *Regenburg* bei seinen Vorbereitungen zur Gründung einer dänischen landwirtschaftlichen Volkshochschule in Angeln tatkräftig unterstützt. Viinsted hatte bereits eine Vielzahl möglicher Standorte für die von ihm geplante Volkshochschulgründung verworfen, als seine Wahl schließlich auf einen Bauernhof in Augaard fiel, zu dem auch 120 Morgen Land gehörten. Die Kaufsumme von insgesamt 11.000 Reichstalern erhielt Viinsted durch Regenburgs Fürsprache vom dänischen Staat als zinsfreies Darlehen aus der Finanzkasse des Herzogtums Schleswig.⁽²³⁴⁾ Mit dieser Summe finanzierte er auch den Umbau des alten Bauernhauses, so daß es Platz für zwanzig Schüler und zwei Lehrer bot. Außerdem wurden ein Speisesaal und ein Unterrichtsraum eingerichtet. Der Volkshochschule war, ähnlich wie der späteren Volkshochschule Berghof, ein Bauernhof angegliedert, der von den Schülern mitbewirtschaftet werden sollte. Die geplante Ansiedlung einer dänischen Volkshochschule in Augaard wurde von der Bevölkerung durchaus wohlwollend aufgenommen. So schrieb der Oeverseer Pastor Christian Anton *Henningsen* an den Staatsrat Regenburg, daß Viinsteds Bemühungen in ihm die Hoffnung weckten, daß "...die Schule unter einem vernünftigen (nicht grundtvigschen) Vorstand der nationalen Sache Schleswigs förderlich sein kann."⁽²³⁵⁾

Viinsted plante, den Unterricht in Augaard im Frühjahr des Jahres 1863 aufzunehmen. In einer unter der Bevölkerung verteilten Flugschrift charakterisierte er die Augaarder Volkshochschule als eine Bildungseinrichtung, die sich das Ziel gesetzt hatte, "...jungen, konfirmierten Menschen Kenntnisse darin zu vermitteln, was sie als zukünftige Ackerbauern in einer sich fortentwickelnden Landwirtschaft und den damit verbundenen Naturwissenschaften wissen müssen, und ihnen darüber hinaus die Gelegenheit zu geben, Kenntnisse in dem zu erwerben, was zur allgemeinen Bildung benötigt wird. Der Unterricht wird im wesentlichen aus dem freien Lehrvortrag und dem regelmäßigen Abfragen des durchgenommenen Stoffes bestehen. Ein Unterrichtsschwerpunkt wird auf dem Schärfen des Nachdenkens des jungen Menschen über seine täglichen Verrichtungen und alles, was um ihn lebt, liegen, samt einem wachen und starken Empfinden für das Vaterland."⁽²³⁶⁾ Der von Viinsted ausgearbeitete Lehrplan sah nach Rödinger Vorbild die dänischsprachige Vermittlung von berufsfachlichen und allgemeinbildenden Kenntnissen vor. In einem einführenden Winterkurs sollten überwiegend theoretische Unterweisungen in den Fächern Haustierzucht, Chemie, Naturlehre, Ackerpflege, Mathematik, dänische Geschichte, Heimatkunde, Zeichnen, Rechnen, in verschiedenen schriftlichen Arbeiten, in Deutsch und Englisch stattfinden; in dem darauf aufbauenden Sommerkurs lag der Schwerpunkt auf praktischen Übungen in den Bereichen Nutztierlehre, Pflanzenbau, Kartenzeichnen, Landaufnahme und Nivellierung. Außerdem wurden die Kenntnisse der bereits im Winterkurs gelehrt Fächer dänische Geschichte, Heimatkunde, Rechnen, schriftliche Arbeiten sowie Deutsch und Englisch erneut aufgegriffen und vertieft. Die landwirtschaftliche Volkshochschule Augaard verfolgte mit diesem Lehrplan zwei Ziele: die Vermittlung landwirtschaftlicher Fachkenntnisse und die Weckung eines nationalen Bewußtseins. Nach Viinsted lag der Schwerpunkt seiner Volkshochschularbeit darin, "...nach bestem Vermögen das Gefühl für und die Liebe zum Dänischen in Schleswig zu fördern."⁽²³⁷⁾

Der erste Kurs an der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard begann am 6. Mai 1863

mit 6 Schülern, die von Viinsted allein unterrichtet wurden. Um Viinsted zu entlasten, wurde im Sommer des Jahres 1863 der 1804 in Kahlebye geborene Oeverseer Küster und Organist Ditlev Heinrich Ross als Hilfslehrer für die Fächer Deutsch und dänische Geschichte angestellt.⁽²³⁸⁾ Im Spätherbst des Jahres 1863 löste ihn der St. Heddinge Junglehrer Adolf Johannes Lund ab, der Viinsted von Christian Flor empfohlen worden war. Für den Winterkurs des Jahres 1863 hatten sich insgesamt 17 Schüler angemeldet, 2 kamen direkt von der Röddinger Volkshochschule, 11 aus Nordschleswig und je einer aus Nordjütland, Seeland, Langeland und Gelting.⁽²³⁹⁾ Wegen des Kriegsausbruchs wurde dieser Kursus bereits im Dezember 1863 wieder aufgelöst. Alle Schüler und der Junglehrer Lund verließen die Augaarder Volkshochschule, die darauf geschlossen wurde. Im Herbst des folgenden Jahres konnte Johan August Viinsted mit sechs Schülern den dänischsprachigen Unterricht an der landwirtschaftlichen Volkshochschule in Augaard wieder aufnehmen. Für das Sommersemester des Jahres 1865 meldeten sich jedoch nur zwei Schüler. Trotz der durch die geringen Schülerzahlen bedingten erheblichen wirtschaftlichen Probleme stellte Viinsted zu Beginn des Winterkurses 1865 den ihm von seinem ehemaligen Hilfslehrer Lund empfohlenen Theologiestudenten Adolf Knudsen als Hilfslehrer ein. Knudsen blieb bis zum Jahre 1869 an der Augaarder Volkshochschule. In den folgenden Jahren besserte sich die finanzielle Situation der Augaarder Volkshochschule durch leicht steigende Schülerzahlen sowie Zuschüsse des am 28. Januar 1866 in Flensburg gegründeten Landbauvereins - Landboforeningen for Flensburg og Omegn - dessen zweiter Vorsitzender Viinsted wurde, allmählich.⁽²⁴⁰⁾ Seit der Wiedereröffnung der Schule im Herbst 1864 bis zum Winterkurs des Jahres 1869 hatten statt möglicher 100 insgesamt nur 49 Schüler am Unterricht der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard teilgenommen. Sie stammten in der Mehrzahl aus der ländlichen Umgebung der nordschleswigschen Städte Kolding, Hadersleben, Apenrade und Lügumkloster und von Alsen; nur ein Schüler kam aus dem südschleswigschen Kleinsolt. Die geringe Schülerzahl sicherte der Schule nur eine äußerst dürftige Existenz. Deshalb beantragte Viinsted am 4. Januar 1869 die Erlaubnis zur Eröffnung einer eigenen Apotheke in Kjellerup bei Viborg, und nachdem er diese Erlaubnis am 26. Februar erhalten hatte, übergab er im März des Jahres 1869 die Leitung der von ihm gegründeten landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard an Hans Mikkelsen Tofte. Der am 13. Dezember 1825 in Skaarup bei Svendborg geborene Tofte war von 1851 bis 1867 Lehrer an der dänischen Bürgerschule in Flensburg und bis 1864 Organist an der Heiligengeistkirche gewesen, bevor er im März des Jahres 1867 ohne Pensionsanspruch aus dem Schuldienst entlassen wurde, weil er sich geweigert hatte, den vorgeschriebenen Treueeid auf den preußischen König zu leisten.⁽²⁴¹⁾ Tofte führte die landwirtschaftliche Volkshochschule in Viinsteds Sinne fort und konnte sie im Jahre 1876 kaufen. Die Sprachverordnung des Jahres 1888, mit der verfügt wurde, daß Deutsch die alleinige Unterrichtssprache in der gesamten Provinz Schleswig-Holstein sein sollte, führte dazu, daß der Lehrbetrieb an der Augaarder Volkshochschule im Jahr 1889 eingestellt werden mußte. Dänischsprachige Erwachsenenbildung konnte danach nur noch in den in nördlich der Grenze gelegenen Volkshochschulen geleistet werden. Tofte versuchte noch mehrmals vergeblich, den Unterricht an seiner Volkshochschule wieder aufzunehmen, bis das Schulgebäude im Jahre 1892 im Rahmen einer Zwangsversteigerung an die dänische Sparkasse in Flensburg fiel. Daraufhin zog er zu seiner Tochter nach Fünen, wo er 1917 verstarb. Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß die landwirtschaftliche Volkshochschule Augaard das mit ihrer Gründung bezweckte Ziel nicht erreicht hatte. Tofte selber urteilte über die Wirksamkeit der Augaarder Schule in einem Brief vom 20. August 1875, daß sie "... niemals viele Schüler gesammelt hat, aber doch ständig in Wirksamkeit gewesen ist und jährlich

ungefähr ½ Stieg gute Dänen rundum nach Schleswig ausschickt."⁽²⁴²⁾ Die überwiegende Mehrzahl dieser Schüler kam aus Nord- und Mittelschleswig, die wenigsten stammten von den deutschen Bauernhöfen in Angeln. Der landwirtschaftlichen Volkshochschule Augaard als dänischsprachiger Schule widerfuhr damit das gleiche Schicksal wie der 1911 in Norburg auf Alsen eröffneten Volkshochschule, die sich als deutschsprachige Bildungseinrichtung innerhalb einer dänischsprachigen Umgebung nicht durchsetzen konnte.

8. Die Einstellung der dänischen Regierung gegenüber den privaten deutschsprachigen Erwachsenenbildungseinrichtungen im Herzogtum Schleswig

Die Regierung der Herzogtümer beobachtete die Entstehung und Entwicklung privater Bildungsstätten im Herzogtum Schleswig sehr genau, wie die im Landesarchiv überlieferten Berichte und Stellungnahmen zu Fragen der Volksbildung belegen. Die Motivation der privaten Träger zur Gründung von Bildungseinrichtungen für Erwachsene sahen die Regierung und die ihr unterstellten Behörden durchaus selbstkritisch darin, daß "...das öffentliche Unterrichtswesen der Herzogtümer auf einem Standpunkte stehen geblieben war, welcher mit den gemachten Forderungen der Zeit nicht Schritt gehalten hatte, weshalb eine Schuleinrichtung [wie die Volkshochschule; d. Verf.], die den empfundenen Bedürfnissen entgegenkam, als eine zufriedenstellende Lösung der Aufgabe" angesehen wurde. Die Ziele und Grenzen der Bildungsarbeit der sich in der Form von Volkshochschulen institutionalisierenden freien Erwachsenenbildungseinrichtungen gaben die Regierungsvertreter dergestalt vor, daß "...teils die Schulbildung, wie sie gewöhnlich in der Volksschule erworben wird, ergänzt und erweitert wird, teils auch der Bauernstand mit denjenigen Kenntnissen sich vertraut machen kann, deren Besitz für eine rationelle Landwirtschaft erforderlich ist."⁽²⁴³⁾ Damit wurde deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die außerschulische Erwachsenenbildung über die in der Präambel der Allgemeinen Schulordnung von 1814 gesetzten Bildungsziele, dem aufgeklärten Staat "rechtschaffene und nützliche Untertanen" heranzuziehen, nicht hinausgehen durfte. Diese Beschränkung der Erwachsenenbildung auf die Entwicklung und Verbesserung rein berufsbezogener Fähigkeiten entsprach dem auch von Zedlitz postulierten preußisch-absolutistischen Erziehungsideal des "nützlichen, rechtschaffenen und gehorsamen Untertanen."

Ein probates Mittel zur staatlichen Steuerung der Volkshochschulentwicklung im Untersuchungsgebiet war das Gewähren oder Versagen finanzieller Unterstützungen für die neu entstandenen, privat getragenen Volkshochschulen. Ihre Weigerung, die deutschsprachigen Erwachsenenbildungseinrichtungen im Herzogtum Schleswig staatlicherseits zu fördern, begründete die Regierung der Herzogtümer damit, daß "...alles, was nach der Confirmation [also der Volksschulentlassung; d. Verf.] an Bildung der Jugend verschafft werden mag, außerhalb der Bürgerschaft des Staates liegt." Außerdem sei es undenkbar, "...einer Privatanstalt, deren zweckmäßige Einrichtung Zweifeln unterliegt, eine öffentliche Beihilfe zu bewilligen, während die directe Einwirkung des Staates auf den Organismus der Anstalt fehle."⁽²⁴⁴⁾

Auch die im dänischsprachigen Teil des Untersuchungsgebietes von Grundtvig ins Leben gerufene, stark auf erzieherische und nationalbewußte Momente gerichtete Form der Erwachsenenbildung erfuhr in den Stellungnahmen der Regierung der Herzogtümer bis zur schleswig-holsteinischen Erhebung zunächst eine deutliche Ablehnung. Charakteristisch für diese ablehnende Haltung war die Warnung des Haderslebener Konferenzrats und Amtmanns Heinrich Christian *Johannsen*, daß "...jeder in die Politik einschlagende Lehrvortrag von dem Unterrichte auszuschließen sei als Vorlesung der Art, die selbst auf den Universitäten für nicht

unbedenklich gehalten werden, nur dazu dienen könne, die zu einer richtigen Auffassung durchaus unreifen jungen Landleute einer totalen Begriffsverwirrung entgegenzuführen."⁽²⁴⁵⁾

Diese Äußerung ist einer von vielen Belegen dafür, daß die in der Allgemeinen Schulordnung von 1814 fixierten Bildungsziele keine Fiktion blieben, sondern "vor Ort" bekannt waren und auch konsequent umgesetzt wurden.

Bei einem resümierenden Rückblick auf die Einstellung des Staates gegenüber der sich institutionalisierenden Erwachsenenbildung der Jahre von 1769 bis 1864 bleibt festzuhalten, daß die Regierung der Herzogtümer die privat initiierte Entstehung von Volkshochschulen nur insoweit duldete, als die Träger der Volkshochschulen mit ihrer Bildungsarbeit einem vom Staat zu verantwortenden Bildungsdefizit Abhilfe verschafften. Das Ziel der Bildungsarbeit in diesen Einrichtungen sahen die staatlichen Organe in der Vermittlung überwiegend berufsbezogener Kenntnisse und Fertigkeiten, ihre Grenze bei der Beschäftigung mit Fragen der Politik und der nicht berufsbezogenen Unterrichtsinhalte im weitesten Sinne. Anders als im dänischsprachigen Norden des Untersuchungsgebietes, wo die freien Volkshochschulen seit dem Jahr 1851 gezielt aus Staatsmitteln gefördert wurden, sah die Regierung der Herzogtümer in der einzigen nach der schleswig-holsteinischen Erhebung noch existierenden deutschsprachigen Volkshochschule in Oersberg ein die bestehende staatliche Ordnung gefährdendes Instrument, auf dessen Beseitigung sie zielstrebig hinarbeitete.

III. Deutschsprachige Volkshochschularbeit im Landesteil Schleswig der preußischen Provinz Schleswig-Holstein von 1864 bis 1918.

Nordschleswig ist deutsch, der Deutsche dort Herr im Hause, und wer dort sonst noch wohnen will, muß das deutsche Hausrecht achten und sich ihm fügen."⁽²⁴⁶⁾

1. Die Eingliederung der Herzogtümer Schleswig und Holstein ins Königreich Preußen und das Deutsche Reich

In der Folge des Deutsch-Dänischen Krieges verlor Dänemark im Jahre 1864 mit den Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg zwei Fünftel seines gesamten Staatsgebietes an Österreich und Preußen. Die bisherige Zollgrenze an der Königsau wurde jetzt zur Staatsgrenze zwischen dem ehemaligen Herzogtum Schleswig und dem Königreich Dänemark. Nach dem deutschen Krieg übertrug der unterlegene österreichische Kaiser im Prager Frieden vom 23. August 1866 dem preußischen König seine Rechte an den Herzogtümern Schleswig und Holstein. Auf französisches Drängen wurde im Artikel V. des Friedensvertrages in einer besonderen Klausel die Möglichkeit einer nationalen Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit des deutsch-dänischen Grenzgebiets vorgesehen. Diese Klausel war allerdings durch den Vorbehalt eingeschränkt, daß "...die Bevölkerung der nördlichen Distrikte, wenn sie durch freie Abstimmung den Wunsch zu erkennen geben, mit Dänemark vereinigt zu werden, an Dänemark abgetreten werden sollen."⁽²⁴⁷⁾ Als diese sogenannte Nordschleswig-Klausel des Artikels V. am 11. Oktober 1878 durch einen österreichisch-preußischen Vertrag aufgehoben wurde, empfand die dänische Seite dies als einen klaren Rechtsbruch.

Die Vereinigung mit Preußen veränderte viele Lebensbereiche in der neugeschaffenen Provinz Schleswig-Holstein. Von besonderer Bedeutung für die Institutionalisierung von Volkshochschulen waren dabei die wirtschafts-, innen- und bildungspolitischen Entwicklungen. Bedingt durch ihre Randlage erlebte die Provinz die sich im Reich abspielenden wirtschaftlichen Umwälzungen zeitlich verzögert und in ihren Auswirkungen gemäßigt. Der holsteinische Landesteil bildete seit der ab dem Jahre 1813 zu beobachtenden Konzentration der Tuchindustrie in Neumünster, der Gründung der Rendsburger Carlshütte durch Markus

Holler im Jahre 1827 und der 1865 von Georg Howaldt in Ellerbek eingerichteten Eisengießerei und Maschinenbauanstalt das eigentliche Zentrum der Industrialisierung Schleswig-Holsteins. Der agrarisch geprägte schleswigsche Landesteil erlebte eine umfängliche Modernisierung der landwirtschaftlichen Produktions- und Absatzmethoden und erfuhr, wie Jürgen Brockstedt nachgewiesen hat, zunächst einen bescheidenen wirtschaftlichen Aufschwung, bis er gegen Ende des 19. Jahrhunderts unter den starken Druck der mittlerweile prosperierenden, exportorientierten dänischen Landwirtschaft geriet. Von den sich in Holstein und im restlichen Reich abspielenden wirtschaftlichen Umwälzungen blieb er relativ unberührt und nahm insofern eine Sonderstellung ein.⁽²⁴⁸⁾ Innenpolitisch gesehen sah sich die preußische Zentralregierung nach der Einverleibung der Herzogtümer Schleswig und Holstein in ihrer nördlichsten Provinz mit zwei unzufriedenen Bevölkerungsgruppen konfrontiert, den Anhängern der Augustenburger Linie des schleswig-holsteinischen Herzoghauses und der dänischgesinnten Bevölkerung des ehemaligen Herzogtums Schleswigs. Die erste Gruppe, die auf ein selbständiges Schleswig-Holstein unter dem Herzog von Augustenburg gehofft hatte, wurde im Laufe der Zeit durch den wirtschaftlichen Aufschwung und die preußisch-augustenburgische Heirat im Jahre 1881 versöhnt. Die zweite Gruppe, die dänischgesinnte Bevölkerung im heutigen Nordschleswig, und zwar besonders im "Schiefen Viereck" zwischen den Städten Apenrade, Lügumkloster, Tondern und Gravenstein, organisierte in den Jahren ab 1867 eine umfangreiche Protestbewegung gegen die Germanisierungspolitik der Provinzialregierung. Sie sollte nach 1900 die Institutionalisierung deutschsprachiger Volkshochschulen südlich der dänischen Grenze beeinflussen. Nach der Aufhebung des Artikels V. des Wiener Friedens im Jahr 1878 gewann sie deutlich an Schärfe. Das Ziel dieser Protestbewegung war der politische Anschluß der dänischsprachigen Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig an Dänemark, mindestens aber die Anerkennung ihrer kulturellen Gleichberechtigung.⁽²⁴⁹⁾ Bis zur Nordschleswig-Abstimmung des Jahres 1920 arbeitete die dänischsprachige Bevölkerung nördlich und südlich der neuen Grenze auf die Einlösung des Artikels V. hin. Die Dänen in Nordschleswig waren nicht die einzige nationalfremde Bevölkerungsgruppe im Deutschen Reich. Zur Zeit der Reichsgründung lebten neben den 80.000 Dänen über 2,4 Millionen Polen (5,2% der Reichsbevölkerung) und 60.000 Litauer im Reichsgebiet. Auch die 1,5 Millionen Elsässer und Lothringer stellten, obwohl in ihrer großen Mehrheit deutschsprachig, nach der langen Beeinflussung durch französisches Staatsdenken und französische Kultur ein Nationalitätenproblem dar. Mit Ausnahme der Litauer strebten alle diese Nationalitäten aus dem deutschen Staatsverband heraus oder wollten doch mindestens ihr Eigenleben bewahren.⁽²⁵⁰⁾

Bildungspolitisch gesehen orientierte sich die deutsche Volksbildung nach der 1871 vollzogenen Reichsgründung vorwiegend am Vorbild der englischen "university extension movement", der Universitätsausdehnungsbewegung. In ihr gewann die am 14. Juni 1871 auf Betreiben des Elberfelder Gymnasiallehrers Franz Leibing und des Biebricher Fabrikanten Fritz Kalle gegründete "Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung" unter ihrem ersten Vorsitzenden, dem Genossenschaftler Hermann Schulze-Delitzsch, besondere Bedeutung. Die im ganzen Reich tätige Organisation gilt heute als die repräsentative Vertreterin der popularisierenden Volksbildung der sogenannten "alten", sozialkompensatorisch begründeten Volksbildungs-Richtung, mit der sie in krassem Gegensatz zu Grundtvigs Vorstellungen von Volksbildung stand. Die Gesellschaft hatte sich zum Ziel gesetzt, der Bevölkerung, "...welcher durch die Elementarschulen im Kindesalter nur die Grundlagen der Bildung zugänglich gemacht werden, dauernd Bildungsmittel und Bildungsstoff zuzuführen, um sie in höherem Maße zu befähigen, ihre Aufgabe im Staate, in Gemeinde und Gesellschaft zu verstehen und zu

erfüllen."⁽²⁵¹⁾ Im Bemühen um die Umsetzung dieser Vorstellungen stand die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung im gleichen Zwiespalt wie die Reformer des staatlichen Schulwesens. Angesichts der zunehmenden Stärke der sich in der Sozialdemokratie formierenden Arbeiterklasse war es zur Überlebensfrage der bürgerlichen Klassengesellschaft geworden, Auseinandersetzungen im Bürgertum auf bildungspolitischem Gebiet zu vermeiden, um die Herrschaftsfähigkeit der bürgerlichen Klasse zu erhalten. Die zur Anpassung an die gewachsenen Anforderungen der Industrialisierung und des Kapitalismus nötige Modernisierung des Bildungswesens stand unter dem Zwang, zugleich den Herrschaftsanspruch des Bürgertums sichern zu helfen. Die Mittel und Inhalte der Bildungsarbeit wurden nach der Maßgabe dieses Zieles ausgewählt und angewandt. Die Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung setzte damit die von der Aufklärung beeinflusste und vom preußischen Kultusminister Carl Abraham von Zedlitz bereits im Jahre 1777 formulierte Tradition der deutschen Volksbildung als Mittel zur Erziehung "tüchtiger und rechtschaffener Untertanen" fort. Das Scheitern der 1848er Bewegung brachte für die im Entstehen befindliche Erwachsenenbildung in Deutschland einen herben Rückschlag. In Schleswig-Holstein wurden deutschsprachige Volkshochschulen von der dänischen Regierung nicht mehr geduldet; in Preußen bildete das preußische Vereinsgesetz aus dem Jahre 1850 die Grundlage für das staatliche Vorgehen gegen Vereine, die sich "politisch" betätigten. Das durch Beschluß des Deutschen Bundestages am 13. Juli 1854 erlassene Verbot aller nichtkonfessionellen Arbeitervereine schränkte die Weiterbildungsmöglichkeiten für Handwerker, Bauern und Arbeiter erheblich ein. Um das niedrige Bildungsniveau breiter Bevölkerungsgruppen, in dem sie die Ursache der sozialen und politischen Spannungen innerhalb des Reiches sah, zu heben, veranstaltete die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung ab den 1870er Jahren allgemeinverständliche, volkstümliche Hochschulkurse, Universitätsferienkurse und Abendveranstaltungen mit universitären Lehrinhalten und unterstützte die Errichtung von Volksbüchereien und Fortbildungsschulen.⁽²⁵²⁾

Die Bildungspolitik des Reiches war nach 1871 stärker von innen- als von bildungspolitischen Überlegungen bestimmt. Dies galt besonders für seine grenznahen Provinzen. Der Schwerpunkt der Reichsinnenpolitik lag darauf, die Forderung der Konservativen und der Nationalliberalen Partei, die Polen und Dänen zu "guten Deutschen" zu machen und damit die innere Integration zu vollenden, zu erfüllen. Die preußische Provinzialregierung versuchte dieser Staatsauffassung entsprechend, die dänischsprachige Bevölkerung Nordschleswigs unter Mißachtung ihrer nationalen und kulturellen Identität politisch und gesellschaftlich zu integrieren.⁽²⁵³⁾ Nach ihrer Auffassung war es ein Gebot der Staatsräson, nationalfremde Volksteile, die prinzipiell als "reichsfeindlich" galten, durch Zwangsmaßnahmen zu "germanisieren". Bedeutende kulturpolitische Instrumente dieser "Germanisierung" waren die Sprachinstruktionen aus den Jahren von 1871 bis 1878. Mit der ersten Sprachverfügung, der "Instruction für die Ertheilung des Unterrichts im Deutschen in den Schulen Nordschleswigs mit dänischer Unterrichtssprache" vom 17. August 1871, wurden für die Schulen im Gebiet der dänischen Schul- und Kirchensprache sechs Deutschstunden pro Woche verbindlich vorgeschrieben. In der Einleitung zu dieser Verfügung wurde ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse und Bedürfnisse in Nordschleswig unterstellt, "...die Einführung des deutschen Sprachunterrichts diene lediglich zur Befriedigung eines unabweisbaren Bedürfnisses der dänisch redenden Bevölkerung, die ohne Kenntnis der deutschen Sprache und ohne Fertigkeit im Gebrauch derselben nicht im Stande ist, an den Segnungen und Vortheilen...des Gesamtvaterlandes den ihr gebührenden Antheil zu nehmen."⁽²⁵⁴⁾ Mit der Sprachverordnung des Jahres 1888 wurde verschärfend verfügt, daß mit alleiniger Ausnahme

des Religionsunterrichtes in allen anderen Lehrgegenständen Deutsch die alleinige Unterrichtssprache sein müsse. Damit wurde der Bevölkerungsmehrheit in den dänischsprachigen Gebieten Nordschleswigs die Muttersprache genommen.⁽²⁵⁵⁾ Durch diesen Versuch, ihre kulturelle Eingliederung über die zwangsweise Einführung des Deutschen in allen Lebensbereichen zu erzwingen, beschleunigte die Provinzialregierung entgegen ihrer eigentlichen Absicht aber den organisierten Zusammenschluß der dänischen Protestbewegung. Flankiert wurde diese Bildungspolitik von einer Reihe politischer Repressalien (Optantenausweisungen, Bodenkampf, Pressezensur), sie gipfelte in der harten und ungeschickten Politik des damaligen Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, Ernst Matthias von *Köller*. Kennzeichen seiner Regierungszeit, der sogenannten "Köller-Ära", war die systematische Unterdrückung der dänischsprachigen Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig. Dänische Staatsbürger wurden in großer Zahl ausgewiesen, ihre Versammlungshäuser geschlossen. Höhepunkt der staatlichen Repressalien war die Anordnung, daß Eltern mit Kindern auf dänischen Schulen diese vor dem 20. Dezember des Jahres 1898 dort abmelden sollten, da ansonsten alle dänischen Staatsbürger aus den Gemeinden der Eltern ausgewiesen werden würden.⁽²⁵⁶⁾

Angesichts des gerade wegen dieser Repressalien erstarkenden Dänentums und der fortschreitenden nationalen Polarisierung im Grenzgebiet wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts auf deutscher Seite Kritik an der bisherigen Nordschleswig-Politik der preußischen Regierung laut. Zu nennen sind hier vor allem Männer wie der Historiker Hans *Delbrück*, der Journalist Theodor *Brix* und die Theologen Julius *Kaftan*, Martin *Rade*, Johannes *Tiedje* und Johannes *Schmidt-Wodder*.⁽²⁵⁷⁾ Beispielhaft für die Weitsicht dieser Kritiker ist Theodor Brix' Mahnung, sich der verfehlten dänischen Minderheitenpolitik im Mittelschleswig der Jahre von 1830 bis 1864 und derer Konsequenzen zu erinnern: "Eben dieser Mißerfolg, der von den Dänen angestellte Versuch gewaltsamer Danisierung, ist so lehrreich. Die Dänen...haben dadurch nur erreicht, daß die Bewohner dieser Gegenden ihres Deutschtums sich erst recht bewußt wurden, daß ihr Schicksal Teilnahme erregte im ganzen deutschen Volk und als eine nationale Schmach empfunden wurde. Unsere Chauvinisten aber, anstatt jene Lehren zu betrachten, verlangen, daß wir in die Fußstapfen der Dänen treten, ihr Verfahren nachahmen."⁽²⁵⁸⁾ Die Kritiker der Regierungspolitik fanden allerdings kein Gehör - die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark nach den Volksabstimmungen des Jahres 1920 sollte Brix' Befürchtungen bestätigen.

Mit der Reichsgründung im Jahre 1871 war die nach 1867 begonnene innere Modernisierung der neugeschaffenen Provinz Schleswig-Holstein nach preußischem Vorbild noch lange nicht abgeschlossen. Mit Nachdruck wurde als erstes die Reform des Post- und Telegrafenswesens betrieben. Die zweite Neuerung betraf die Einführung des preußischen Steuersystems, ihr folgten die Einführung einer neuen Währung in Form des preußischen Talers und der Erlass einer neuen Gewerbeordnung. Parallel dazu wurden die überkommenen, überwiegend noch absolutistisch-zentralistisch geprägten Verwaltungsstrukturen auf allen Ebenen modernisiert.⁽²⁵⁹⁾ Davon wurde auch die schleswig-holsteinische Schulverwaltung erfaßt. Durch die unter dem preußischen Kultusminister Paul Adelbert *Falk* herausgegebenen "Allgemeinen Bestimmungen vom 15. Oktober 1872 für das Volksschul-, Präparanden- und Seminarwesen" sollte eine Angleichung der schleswig-holsteinischen Schulverhältnisse an die der anderen preußischen Provinzen herbeigeführt werden.⁽²⁶⁰⁾ Der Professionalisierung der Lehrer kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Die Allgemeinen Bestimmungen sahen zu diesem Zweck eine Erhöhung der Zahl der schleswig-holsteinischen Lehrerbildungsanstalten auf zwölf und eine engere Verzahnung zwischen den Unterrichtsinhalten der Volksschule und denen der Lehrerbildungsanstalten vor.⁽²⁶¹⁾ Zur Hebung des Niveaus der beruflichen Aus- und Fortbildung

der männlichen Landjugend wurden an Stelle von Volkshochschulen staatlich geförderte ländliche Fortbildungsschulen eingerichtet. Die gesetzliche Grundlage zur Einrichtung von Fortbildungsschulen bildete die Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869, nach der "Gesellen, Gehülften und Lehrlinge, sofern sie das achtzehnte Lebensjahr nicht überschritten haben...zum Besuche einer Fortbildungsschule...verpflichtet werden" konnten.⁽²⁶²⁾ Bei allen Modernisierungsbemühungen stand für den preußischen Staat aber außer Frage, daß die heranwachsende Generation über die Schule in eine "preußische Staatsgesinnung" hineinwachsen sollte. Dazu legte Paul Adelbert *Falk* zusammen mit dem Innen- und dem Landwirtschaftsminister per Erlaß die Bildungsaufgabe dieser neuen Schuleinrichtung am 2. Februar 1876 verbindlich fest. Danach war es die alleinige Aufgabe der ländlichen Fortbildungsschule, "...die Volksschulbildung ihrer [männlichen] Zöglinge zu befestigen, zu ergänzen und soweit sich die Möglichkeit dazu bietet, mit besonderer Rücksicht auf die ländlichen Gewerbe und den Betrieb der Landwirthschaft zu erweitern."⁽²⁶³⁾ Die volksschulentlassenen jungen Männer sollten freiwillig bis zu ihrem vollendetem siebzehnten Lebensjahr am Fortbildungsschulunterricht teilnehmen, um dort im Rahmen von vier Unterrichtsstunden pro Woche ihre Volksschulkenntnisse in den Fächern Muttersprache, Rechnen, Raumlehre, Natur- und Erdkunde sowie Singen, Turnen und Zeichnen zu ergänzen.⁽²⁶⁴⁾ Dabei sollten die ländlichen Fortbildungsschulen ausdrücklich nicht den Charakter von Fachschulen annehmen, sondern sich überwiegend auf die Festigung und Ergänzung der Volksschulbildung konzentrieren.⁽²⁶⁵⁾ Die Bestrebungen zum Ausbau des Schulwesens beschränkten sich zunächst ausschließlich auf die Schaffung von Bildungseinrichtungen für volksschulentlassene Männer. Die Statistik weist für die Provinz Schleswig-Holstein im Schuljahr 1885/86 an Weiterbildungseinrichtungen für volksschulentlassene Männer zwei Realschulen, eine Ober-Realsschule, drei Realgymnasien und zwölf Gymnasial- und Realschulen nach.⁽²⁶⁶⁾ Zur Weiterbildung der volksschulentlassenen Frauen dienten im gleichen Jahr lediglich die beiden höheren städtischen Mädchenschulen in Altona und Kiel.⁽²⁶⁷⁾ Der Leiter des Berliner Kultusministeriums *Bosse* begründete die bewußte Vernachlässigung der Mädchenbildung damit, daß Mädchenschulen "...nur zum Theil aus einem unterrichtlichen Bedürfnis, zu einem anderen Theil mehr aus gesellschaftlichen Rücksichten hervorgegangen" seien und er keinen Anlaß sehe, diese Schulen auszubauen, weil "...in den Mädchenschulen Berechtigungen bestimmter Art, welche für den künftigen Lebensgang von entscheidender Bedeutung wären, nicht erworben werden."⁽²⁶⁸⁾ Wie unter diesen Voraussetzungen nicht anders zu erwarten, verlief der staatliche Aufbau von weiterführenden Mädchenschulen nur sehr zögerlich. Im Schuljahr 1913 zählte die Provinz insgesamt erst dreizehn höhere Mädchenschulen, die ausschließlich in den größeren Städten angesiedelt waren, davon alleine jeweils drei in Altona und Kiel, jedoch nur zwei im gesamten Landesteil Schleswig, und zwar in Flensburg und Schleswig.⁽²⁶⁹⁾ Im Landesteil Schleswig reagierten Politiker und einflußreiche Privatleute auf die steigende Nachfrage nach Bildungseinrichtungen auch für volksschulentlassene Frauen in den Jahren ab 1905 mit der Gründung von Volkshochschulen in Tingleff, Albersdorf, Mohrkirch-Osterholz und Norburg und Haushaltsschulen in Gravenstein, Hadersleben, Apenrade und Arnum. Diese überwiegend privat getragenen Schulen unterstanden nach der am 10. Juni 1834 erlassenen und bis 1918 gültigen "Allerhöchsten Kabinettsorder betreffend die Aufsicht des Staats über Privatanstalten und Privatpersonen, die sich mit dem Unterrichte und der Erziehung der Jugend beschäftigen" der staatlichen Aufsicht durch die Kreisschulinspektoren. Ihre Lehrpläne waren der Provinzialregierung zur Genehmigung vorzulegen.⁽²⁷⁰⁾ Die "Allerhöchste Kabinettsorder" des Jahres 1834 wurde für die Provinz Schleswig-Holstein durch die

"Anweisung an die Ortsschulinspektoren für die Beaufsichtigung der Privatschulen und Privat-Erziehungsanstalten" vom 29. November 1883 aktualisiert.⁽²⁷¹⁾ Diese Anweisung regelte vor allem das bei der Gründung privater Bildungseinrichtungen einzuhaltende Genehmigungsverfahren.

Die Reform des Rechtswesens gewann über das Bürgerliche Gesetzbuch besondere Bedeutung für die Institutionalisierung freier Volkshochschulen. Das zum 1. Januar 1900 in Kraft getretene Gesetzbuch bildete die einheitliche Grundlage des gesamten deutschen bürgerlichen Rechts. Unter anderem schuf es in seiner Unterscheidung zwischen natürlichen und juristischen Personen und seinen Bestimmungen zur Rechtsfähigkeit von Vereinen⁽²⁷²⁾ die Grundlagen für das Reichsvereinsgesetz. Danach erlangten Vereine mit "...idealen (gemeinnützigen, wohltätigen, geselligen, wissenschaftlichen, künstlerischen, politischen und religiösen) Zwecken, also Vereine, deren Zwecke nicht auf einen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb ausgerichtet sind...Rechtsfähigkeit nur durch Eintragung in das Vereinsregister des zuständigen Amtsgerichts."⁽²⁷³⁾ Die Rechtsfähigkeit eröffnete den in Vereinen organisierten Förderern einer oder mehrerer Volkshochschulen die Möglichkeit, ebenso wie natürliche Personen Rechtsgeschäfte (wie z.B. Grundstückskäufe, Arbeitsverträge) tätigen zu können, ohne die Existenz der von ihnen geförderten Volkshochschule wie bisher an das persönliche Schicksal eines Einzelnen knüpfen zu müssen.

"Was nach außen verloren ist, das soll im Innern wiedergewonnen werden."⁽²⁷⁴⁾

2. Dänische Kulturarbeit im Grenzgebiet - Die "Kulturoffensive" der dänischen Volkshochschulen als Träger einer neuen Kultur- und Wirtschaftsblüte

Die dänischgesinnten Kreise nördlich und südlich der Grenze reagierten auf die preußischen Repressalien mit einer "Kulturoffensive", die von einem Netz bestehender und neu gegründeter kultureller und politischer Vereinigungen getragen wurde. Der erste Ausdruck dieser neuen Kulturpolitik war die Stiftung der "Sprogforening" (Vereinigung zur Erhaltung der dänischen Sprache in Nordschleswig) im Jahre 1878. Sie errichtete im Landesteil Nordschleswig in rascher Folge über 170 selbständige Büchereien. Darüber hinaus förderte sie den kulturellen Zusammenschluß der Bevölkerung durch die Verteilung des erstmalig im Jahre 1890 erschienenen illustrierten Kinderheftes "Illustreret Børneblad for Nordslesvig", das allen dänischsprachigen Zeitungen kostenlos beigelegt wurde, und fungierte als Herausgeber des seit dem Jahre 1894 in einer jährlichen Auflage von 10.000 Stück erscheinenden "Almanachs" und des bekannten "Blaa Sangbog" (Blaues Liederbuch), das bald auf allen dänischen Versammlungen und Zusammenkünften zum Einsatz kam. Nach dem Verbot des Dänischen als Schulsprache bildete der kostenlose Versand dänischer A-B-C-Schul- und Lesebücher einen weiteren Schwerpunkt in der Vereinsarbeit.

Als dänische Reaktion auf den Erlaß der preußischen Kreisordnung vom Mai 1888 wurde die "Vælgerforening" (Schleswigsche Wählervereinigung), die die rein politische Arbeit koordinieren sollte, gegründet. Ihr folgte im Jahre 1892 die Gründung des "Nordslesvigske Skoleforening" (Nordschleswigscher Schulverein). Die satzungsgemäße Aufgabe des Schulvereins lag darin, "...die Volksaufklärung zu fördern, namentlich auf gesetzliche Weise für den Unterricht der Kinder und Jugend auf Grundlage der Muttersprache Sorge zu tragen."⁽²⁷⁵⁾

Die praktische Umsetzung der Satzungsziele bestand darin, die vier verbliebenen dänischsprachigen Religionsstunden zu schützen und den häuslichen dänischsprachigen Unterricht durch eigens vom Verein angestellte Lehrer zu fördern. Außerdem finanzierte der Verein jungen Nordschleswigern den Besuch dänischer Heimvolkshoch- und Nachschulen. Im Jahre 1893 wurde als Hauptorganisation der national geprägten nordschleswigschen Bauernorganisationen der "Fælleslandboforening" (Gesamtverein der Landwirte) ins Leben

gerufen. Unterstützt wurde die kulturpolitische Arbeit der nach 1864 gegründeten Vereine durch die Werbearbeit einer größeren Anzahl neuer dänischsprachiger Zeitungen. Zu nennen sind hier vor allem die in Sonderburg ansässige "Dybbølposten" (1868), die beiden für den Grenzkampf bedeutenden Blätter "Hejmdal" (1879) aus Apenrade und die Flensburger "Flensborg Avis" (1869) sowie die in Hadersleben erscheinende "Modersmaalet" (1882). Gemeinsames Merkmal der Arbeit aller dänischen Vereine war ihr vorrangiges Ziel, das Bildungsniveau der breiten Masse zu heben. Allerdings achteten sie dabei bewußt darauf, in der Bevölkerung den Gedanken daran wach zu halten, daß Nordschleswig im Grunde zu Dänemark gehöre.⁽²⁷⁶⁾ Diese Hoffnung wurde in der dänischen Bevölkerung zum Beispiel dadurch lebendig erhalten, daß zahlreiche grenznahe Gasthäuser in Anlehnung an den Artikel V. des Prager Friedensvertrages den Namen "§ 5" trugen.

Eine herausragende Stellung innerhalb der dänischen Kulturarbeit nahmen in den Jahren seit 1871 die dortigen Heimvolkshochschulen ein. Hatte bis dahin innerhalb der dänischen Heimvolkshochschulbewegung eine nationalistische Haltung die Bildungsarbeit dominiert, so mußte Dänemark nach dem Sieg Preußens über Frankreich und der Reichsgründung im Jahre 1871 die Hoffnung auf eine militärische Rückgewinnung seiner an Preußen verlorenen Gebiete aufgeben. Man besann sich jetzt auf seine "geistigen Waffen", die Heimvolkshochschulen sollten zu "...Festungen des Dänentums werden, aber von anderer und haltbarer Art als Dannevirke und die Düppeler Schanzen."⁽²⁷⁷⁾ Die Abkehr vom Nationalismus der 1860er Jahre setzte in Dänemark fast zeitgleich mit dem Beginn der Vorlesungen des promovierten Literaturkritikers Georg Brandes an der Kopenhagener Universität ein. Am 3. November 1871 begann er mit seiner Vorlesungsreihe "Über die Hauptströmungen in der Literatur des 19. Jahrhunderts", die eine Neubelebung der dänischen Geistesgeschichte bewirkte.⁽²⁷⁸⁾ Brandes vermittelte seinen Zuhörern erstmals einen Einblick in das in Dänemark bis dahin fast unbekannte europäische Schrifttum und schuf damit eine neue geistige Brücke zwischen seinem Vaterland und Westeuropa, nachdem das dänische Königreich aus politischen Gründen nach 1864 die geistige Verbindung nach Deutschland abgebrochen und damit auch seinen Anschluß an die europäische Kultur verloren hatte. Der Brandesianismus bewirkte eine sachliche Neuorientierung des kulturellen Lebens in Dänemark und trug wesentlich auch zu einem geistigen Wandel innerhalb der Heimvolkshochschulen bei.⁽²⁷⁹⁾ Der ausgesprochen christlich orientierte Grundtvigianismus wandelte sich zu einer allgemein kulturellen Erweckungsbewegung mit einem freichristlich geprägtem, volksaufklärenden Charakter.

Mit Brandes Auftreten erlebte auch die dänische Heimvolkshochschulbewegung eine Blütezeit, die bis zum Ausbruch des ersten Weltkriegs anhalten sollte. Im Winter des Jahres 1872/73 war die Zahl der Heimvolkshochschulen nördlich und südlich der Grenze bereits auf zweiundfünfzig angestiegen, 1892 existierten insgesamt 82 Volkshochschulen in Dänemark. Ihre durchschnittliche Schülerzahl stieg nach Behrend und Lochner in den Jahren von 1870 bis 1890 von anfänglich etwa zweihundert pro Jahr auf zweitausend Männer und achthundertvierzig Frauen jährlich, so daß 13% eines jeden Jahrgangs der jungen Dänen im Volkshochschulalter eine Volkshochschule besuchten. Insgesamt hatten innerhalb der fünfzig Jahre seit der Eröffnung der Heimvolkshochschule Rödning im Jahre 1844 bis zum Jahr 1894 ungefähr 110.000 Schüler dänischsprachige Volkshochschulen besucht, und zwar 75.000 Männer und 35.000 Frauen.⁽²⁸⁰⁾ Der dänische Staat trug durch finanzielle Zuwendungen zum Aufschwung des Volkshochschulwesens bei. Mit der Verabschiedung des ersten Heimvolkshochschulgesetzes im Jahr 1892 hatten alle anerkannten Volkshochschulen einen Rechtsanspruch auf die Deckung von 50% ihrer Personalkosten und 35% ihrer Sachkosten.

Darüber hinaus erhielten sie bereits seit 1851 einen gesetzlich festgelegten Zuschuß.⁽²⁸¹⁾ Mit Wirkung vom 23. Mai 1902 wurde dieses Gesetz dahingehend revidiert, daß jeder staatlich anerkannten Volkshochschule ein jährlicher Festbetrag in Höhe von 500 Kronen zuzüglich eines Zuschusses zu den Fixkosten zustand.⁽²⁸²⁾ Als exemplarisch für die Inhalte und Organisation der dänischen Volkshochschularbeit kann der Lehrplan der Heimvolkshochschule Ryslinge gelten. Die fünfmonatigen Winterkurse für junge Männer unterschieden sich inhaltlich von den dreimonatigen Sommerkursen für junge Mädchen dadurch, daß die angehenden Landwirte zusätzlich zu den allgemeinbildenden Fächern Unterricht in landwirtschaftlicher Fachkunde, Landmessen, Naturkunde und Staatsverfassung erhielten, während die jungen Mädchen in Handarbeiten unterwiesen wurden. Von den 1170 (715) Unterrichtsstunden eines fünfmonatigen Winterkurses (dreimonatigen Sommerkurses) entfielen 950 (565) auf die allgemeinbildenden Fächer und 180 (150) auf berufsvorbereitende Inhalte, so daß der Schwerpunkt der dänischen Volkshochschularbeit eindeutig in der Vermittlung von Allgemeinbildung lag.⁽²⁸³⁾ Die auch durch die Blüte der dänischen Volkshochschulen bewirkte Hebung des Bildungsniveaus der Landbevölkerung steigerte im Zusammenwirken mit anderen Faktoren - wie zum Beispiel dem Zusammenschluß der Landwirte in landwirtschaftlichen Genossenschaften - die internationale Konkurrenzfähigkeit der dänischen Landwirtschaft erheblich. Obwohl Dänemark in Bezug auf Boden, Klima und Infrastruktur nicht besser gestellt war als die norddeutsche Provinz, wies die dänische Handelsbilanz einen jährlich steigenden Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus, während das Deutsche Reich zunehmend auf den Import ausländischer Nahrungsmittel angewiesen war. In den Jahren nach 1900 erreichte der Export landwirtschaftlicher Güter von Dänemark nach Schleswig-Holstein ein derartiges Ausmaß, daß er die wirtschaftliche Existenz der dort ansässigen deutschen Bauern ernsthaft zu bedrohen begann.⁽²⁸⁴⁾

3. Die Reaktion der schleswig-holsteinischen Provinzialregierung auf die dänische "Kultur- und Wirtschaftsoffensive"

Die Regierung der zum 12. Januar 1867 in Preußen eingegliederten Provinz Schleswig-Holstein war in den ersten Jahren nach der Reichsgründung damit beschäftigt, die überalterten Verwaltungs- und Rechtsordnungen der ehemaligen Herzogtümer an die Grundzüge der modernen preußischen Zentralverwaltung anzupassen. Daneben sollte die dänischsprachige Bevölkerungsmehrheit in Nordschleswig in möglichst hohem Maße politisch und kulturell in die Provinz integriert werden. Deren vielfältige Aktivitäten wurden daher von der Provinzialregierung in Schleswig genauestens registriert. Am 20. Juni 1869 informierte der für die Schulangelegenheiten des ehemaligen Herzogtums Schleswig zuständige Schleswiger Regierungsrat Andreas Matzen den preußischen Kultusminister ausführlich über die Tätigkeit der dänischen Volkshochschulen. In seinem 39seitigem Bericht schilderte der sach- und ortskundige Regierungsrat, der seine Laufbahn im Jahre 1849 in Tondern begonnen hatte und 1851 von den Dänen entlassen worden war⁽²⁸⁵⁾, detailliert die Entwicklung des dänischen Volkshochschulwesens. Er schloß seine Ausführungen mit der Bitte um konkrete Anweisungen, wie sich die Provinzialregierung gegenüber den gerade nach Nordschleswig hineinwirkenden dänischsprachigen Volkshochschulen verhalten solle. Er sah die Stellung der Provinzialregierung ihnen gegenüber als schwierig an, weil in den Volkshochschulen "...ostensible und geheime, scheinbar gute und doch feindliche und schädliche Tendenzen zusammenwirken. Zur Schau getragen wird der höhere Bildungszweck, dabei aber kein Hehl daraus gemacht, daß die erstrebte höhere Bildung von einem fremden, nationaldänischen Geiste durchdrungen sein soll. Die eigentliche Tendenz der Hochschule ist aber wesentlich eine rein negative, auf Demonstration und Opposition gegen die jetzt bestehende Ordnung der

Dinge gerichtete, die aber nirgends eine faßbare Gestalt annimmt und jede Collision mit Gesetz und Behörden mit äußerster Vorsicht vermeidet, nirgends Angriffspunkte darbietet. Sie wirkt aber im Geheimen um so verderblicher, da sie von der weitaus überwiegenden Mehrzahl der nordschleswigschen Bevölkerung...unterstützt wird." In seinem Antwortschreiben vom 21. Januar 1870 ließ der preußische Kultusminister Heinrich von *Mühler* die Provinzialregierung wissen, daß auch er überzeugt sei, daß die Dänen mit der Errichtung dänischsprachiger Volkshochschulen "...politische, mit dem Wohle des preußischen Staats nicht zu vereinbarende Zwecke verfolgen." Deshalb wies er die schleswig-holsteinische Provinzialregierung an, die dänischsprachige Volkshochschularbeit sorgfältig zu überwachen und "...überall da einzuschreiten, wo sie über die Grenzen des gesetzlich Zulässigen und Erlaubten hinausgeht."⁽²⁸⁶⁾

Die sich im Laufe der Jahre verdichtende Organisation der dänischsprachigen Bevölkerung Nordschleswigs veranlaßte den Oberpräsidenten Georg Frantz Max von *Steinmann*, die Überwachung der im sogenannten Schiefen Viereck gelegenen Landkreise zu verstärken. In einem auf den 10. Juni des Jahres 1893 datierten Erlaß erteilte er den Landräten der nordschleswigschen Grenzbezirke die Weisung, ihm künftig monatlich vertraulich und direkt über die dänischgesinnte Bewegung in Politik, Kirche und Schule zu berichten.⁽²⁸⁷⁾ Die Landräte selber ließen sich turnusmäßig von den Ortspolizeibehörden über den Besuch dänischer Volkshochschulen durch deutsche Schüler unterrichten. Wirksame politische Konsequenzen wurden aus den monatlichen Lageberichten der Landräte allerdings noch immer nicht gezogen.⁽²⁸⁸⁾ Die aus anderen preußischen Provinzen nach Schleswig-Holstein versetzten Regierungsbeamten entwickelten keine Eigeninitiative, sondern warteten auf Anordnungen der Berliner Zentralregierung. Die jedoch war, wie geschildert, in den ersten Jahrzehnten nach 1870 stark fixiert auf die Vollendung der inneren Integration des Reiches, die gefährdet schien durch den Widerstand der Elsaß-Lothringer gegen die Annexion ihres Landes, die Abneigung der preußischen Polen, in einem deutschen Nationalstaat eine Minderheit zu sein, die Spannungen der Reichsregierung mit der Katholischen Kirche und den Kampf gegen die aufkommende Sozialdemokratie.

Im Laufe der Jahre mußten die Reichs- und Provinzialregierung mit zunehmender Sorge beobachten, daß die politischen Repressalien gegen die dänischsprachige Bevölkerung in Nordschleswig nicht die gewünschte integrative Wirkung zeigten. Einen untrüglichen Indikator für das Fortbestehen des dänischen Protestpotentials in Schleswig-Holstein stellten die Ergebnisse der seit 1871 in dreijährigem Rhythmus abgehaltenen Reichstagswahlen dar. In jeder der Wahlen von 1871 bis 1907 war es der Dänenpartei gelungen, den Wahlkreis Hadersleben-Sonderburg mit einem Stimmenanteil von 75% für sich zu gewinnen und somit einen von acht, später von zehn schleswig-holsteinischen Reichstagsabgeordneten zu stellen. Im Jahre 1881 saßen für eine Wahlperiode sogar zwei dänische Abgeordnete im Berliner Reichstag. Insgesamt konnte sich die Dänenpartei pro Reichstagswahl auf ein durchschnittliches Stimmenpotential von 14.500 Wählerstimmen (7,5% der Gesamtwahlberechtigten) stützen.⁽²⁸⁹⁾ Die dänische "Kulturoffensive" zeigte eine starke Sogwirkung in die Provinz Schleswig-Holstein hinein. In zunehmendem Maße besuchten junge Leute aus dem Landesteil Schleswig die dänischen Heimvolkshoch- und Fortbildungsschulen, die in rascher Folge unmittelbar nördlich der Königsau errichtet worden waren. Zum unumstrittenen Zentrum der Heimvolkshochschulbewegung entwickelte sich die von Rödding nach Askov verlegte Heimvolkshochschule *Christian Flors*. Der im Jahre 1865 eingeweihten Bildungseinrichtung verliehen Lehrer wie Ludvig *Schröder*, Heinrich *Nutzhorn*, Poul *La Cour* und Jakob *Appel* einen ausgezeichneten Ruf weit über die Grenzen Dänemarks hinaus. Ihre

Bildungsarbeit wurde richtungsweisend für viele dänische Heimvolkshochschulen.⁽²⁹⁰⁾ Den Schulbesuch deutschsprachiger Schüler förderte der im Jahre 1892 gegründete "Nordschleswigsche Schulverein", der schon in seinem Gründungsjahr allein im Kreis Sonderburg 992 zahlende Mitglieder verzeichnen konnte, durch Zuschüsse zu den Schulkosten.⁽²⁹¹⁾ Nach einem Bericht des Apenrader Tageblatts hatte der Schulverein bis zum Ende des Jahres 1912 insgesamt 5208 volksschulentlassenen deutschen Schülern den Besuch einer dänischen Volkshochschule finanziert. Von ihnen stammten 3151 aus dem Kreis Hadersleben, 792 aus dem Kreis Tondern, 743 aus dem Kreis Sonderburg, 441 aus dem Kreis Apenrade und 81 aus dem Kreis Flensburg-Land.⁽²⁹²⁾ Die relativ geringe Schülerzahl aus dem Kreis Apenrade ist auf den ersten Blick erstaunlich, wenn man bedenkt, daß in den benachbarten Kreisen Tondern und Sonderburg - aus denen fast doppelt so viele Schüler stammten - deutschsprachige Volkshochschulen unterhalten wurden. Die Gründe für dieses Phänomen lagen in der von Landrat Dryander betriebenen kreiseigenen Apenrader "Erwachsenenbildungspolitik".

Die preußische Provinzial- und Reichsregierung hatten der dänischen Heimvolkshochschulbewegung in den ersten Jahren nach der Reichsgründung bildungspolitisch nichts Adäquates entgegenzusetzen. Die nachschulische ländliche Bildung war nach einem Erlaß des Kultusministers vom 2. Februar 1876 alleinige Aufgabe der neugeschaffenen ländlichen Fortbildungsschulen, die die Provinzialregierungen einzurichten und zu unterhalten hatten. Alternative Überlegungen zur Hebung der ländlichen Bildung wurden von der Provinzialregierung bis zur Gründung der Tingleffer Volkshochschule im Jahre 1905 nicht gefördert, wie sich anhand der Stellungnahme der Provinzialregierung zum Antrag des Haderslebener Landrats Arthur Schreiber auf regierungsamtliche Unterstützung bei der Errichtung einer "Ackerbauschule nach Vorbild der dänischen Volkshochschulen" in Toftlund belegen läßt. Schreiber hatte moniert, daß die vier wöchentlichen Unterrichtsstunden der ländlichen Fortbildungsschulen nicht einmal ausreichten, die Lerninhalte der Volksschule nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, während in der Bevölkerung der Wunsch nach qualifizierten berufsvorbereitenden Unterrichtsangeboten bestehe. Um diese Nachfrage zu befriedigen regte er an, in Toftlund eine von der Provinzialregierung finanzierte Ackerschule einzurichten, um der nordschleswigschen Bevölkerung dort nach dem Vorbild der dänischen Volkshochschulen in zwei aufeinanderfolgenden Winterkursen eine berufsbezogene Weiterbildungsmöglichkeit in den Fächern Deutsch, Rechnen, Physik und Landwirtschaftslehre anbieten zu können.⁽²⁹³⁾ Die Provinzialregierung lehnte den Vorschlag des Haderslebener Landrats am 28. März 1887 mit der Begründung ab, daß die Provinzialverwaltung gesetzlich verpflichtet sei, neben den ländlichen Fortbildungsschulen auch die beiden "...niederer landwirtschaftlichen Lehranstalten" in Kappeln und Hohenwestedt zu unterstützen und deshalb keine weiteren Lehranstalten unterhalten könne. Für den Fall, daß Schreiber eine derartige Schule unter der Trägerschaft des Kreises oder eines privaten Vereins realisieren wolle, könnte er aber mit festen jährlichen Zuschüssen seitens der Regierung rechnen.⁽²⁹⁴⁾

Vor dem Hintergrund dieser offiziellen Haltung der Provinzialregierung ist es verständlich, daß die ersten Ansätze zu einer organisierten Reaktion auf die Erfolge des dänischen Widerstandes gegen die Germanisierungspolitik der Provinzialregierung von der Bevölkerung ausgingen, wie sich exemplarisch an der Gründung des "Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig" im Jahre 1890 zeigen läßt.

a. Der "Deutsche Verein für das nördliche Schleswig"

Bevölkerung und Regierung der Provinz Schleswig-Holstein beschränkten sich bis zum Jahr

1890 darauf, die vielfältigen kulturellen Aktivitäten der dänischsprachigen Mehrheit in Nordschleswig seit ihrer Abtrennung vom Königreich Dänemark lediglich zu registrieren, ohne darauf in adäquater Weise zu reagieren. Dies änderte sich erst am 19. November 1890, als in Tofflund auf Betreiben des Scherrebeker Pastors Christian Johannes *Jacobsen* und des Amtsrichters Hermann *Schwartz* aus Lügumkloster der "Deutsche Verein für das nördliche Schleswig" gegründet wurde.⁽²⁹⁵⁾ Das satzungsgemäße Ziel des "Deutschen Vereins" war es, "...die Bewohner nördlich von Flensburg bis zur dänischen Grenze nicht nur zu Deutschen dem Verstande nach, sondern auch zu Deutschen dem Herzen nach" zu machen. Die nationale Rückgewinnung suchte er dadurch zu erreichen, daß er "...auch in der jetzt noch dänischgesinnten Bevölkerung die persönliche Hingebung und Liebe zum Hohenzollernhause wachruft, ihr zeigt, welche hohen Verdienste dieses kerndeutsche Herrscherhaus um das Wohlergehen seiner Unterthanen hat, und ihr begreiflich macht, daß kein Hohenzoller jemals freiwillig auch nur einen Fußbreit deutschen Landes abtreten wird und deshalb die Hoffnung, es könne Nordschleswig wieder dänisch werden, für immer geschwunden ist." In der Bekämpfung der "dänischgesinnten Protestpresse", der "Arbeit der dänischgesinnten Agitatoren" und der "Bestrebungen der dänischgesinnten Vereine" sah der Deutsche Verein die geeigneten Mittel zur Durchsetzung seiner jeder Verständigungspolitik abgeneigten Vorstellungen, denn "...diese drei Faktoren sind es, welche die Bevölkerung nicht zur Ruhe kommen lassen wollen; sie tragen ihr vor, es werde noch einmal die Zeit kommen, wo Nordschleswig wieder zu Dänemark gehören werde."⁽²⁹⁶⁾ Die preußisch gesinnten Gründungsväter des Deutschen Vereins interpretierten die Aktivitäten der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig als Ergebnis der Bestrebungen einer kleinen "agitatorischen" Minderheit, die ihre Vorstellungen der dort ansässigen Bevölkerung aufkotroyieren wollte. Ihnen fehlte der Blick dafür, daß die preußische Germanisierungspolitik dazu geführt hatte, daß sich, wie Theodor *Brix* und andere der Provinzialregierung vorwerfen sollten, die dänischsprachige Mehrheit sich von sich aus, "von unten her", organisiert hatte, um ihre nationale Identität durch eine von der breiten Bevölkerung getragene "Kulturoffensive" zu bewahren.

Die Ziele des "Deutschen Vereins" fanden in der deutschsprachigen Bevölkerung Nordschleswigs breite Zustimmung; schon in seinem ersten Jahresbericht konnte er auf insgesamt 1833 zahlende Mitglieder verweisen. Wie intensiv sich die Vereinsmitglieder mit den kulturpolitischen Aktivitäten der dänischsprachigen Mehrheit in Nordschleswig auseinandergesetzt hatten, zeigte der in der ersten Ausgabe der vereinseigenen Vierteljahresschrift "Die Nordmark" vom 15. Februar 1898 abgedruckte Tätigkeitsbericht des Vereinsvorstandes. In ihm beantwortete der Vereinsvorsitzende Amtsrichter *Schwartz* die Frage, welche "...besonderen Maßregeln zur Erreichung seines Zweckes der deutsche Verein bisher mittelbar oder unmittelbar hervorgerufen hat", mit der Aufzählung eines fünfzehn Punkte umfassenden Programms. Unter den kulturellen Schwerpunkten der Vereinsarbeit verwies der Vorsitzende auf die Organisation öffentlicher Vorträge über die deutsche Geschichte, Literatur, Kunst und Wissenschaft für die ländliche Bevölkerung, seine Beteiligung an der Herausgabe einer schleswig-holsteinischen Landesgeschichte, die Einrichtung zahlreicher Volksbibliotheken nördlich von Flensburg, die tägliche kostenlose Verteilung von vierhundert Exemplaren einer dänischsprachigen Volkszeitung "deutscher Gesinnung" (*Dag-bladet*), die Verbreitung eines "patriotischen billigen Liederbuches" und nicht zuletzt sein energisches Eintreten für die Durchsetzung der Sprachverordnung des Jahres 1888.⁽²⁹⁷⁾ Bemerkenswert waren an diesem Programm vor allem zwei Aspekte: einerseits ließ sich an ihm die starke Orientierung der deutschsprachigen Vereinsarbeit am Vorbild der Kulturarbeit der dänischsprachigen

Nordschleswiger ablesen, die sich besonders in den öffentlichen Vorträgen für die Landbevölkerung, der Einrichtung von Volksbibliotheken und der Verbreitung eines patriotischen Liederbuches als deutschsprachigem Gegenstück zum "Blaa Sangbog" der Sprogforening zeigte; andererseits fanden sich im Vereinsprogramm des Jahres 1898 aber weder Elemente dänischsprachiger Volkshochschularbeit noch Hinweise auf eine angestrebte Errichtung deutschsprachiger Volkshochschulen.

Dieses Ziel hatte sich mit dem "Kirchlichen Verein für Innere Mission in Nordschleswig" ein Verein gesteckt, der bereits vier Jahre vor dem Deutschen Verein gegründet worden war. Er unternahm im Jahre 1899 einen Versuch zur Neubegründung der deutschsprachigen Volkshochschularbeit in Nordschleswig. Dieser Versuch ist insofern eine eingehendere Analyse wert, als in ihm bereits wesentliche Elemente der späteren deutschsprachigen ländlichen Volkshochschularbeit im Untersuchungsgebiet angelegt waren.

b. Der "Kirchliche Verein für Innere Mission in Nordschleswig" und seine geplante Volkshochschule in Hoptrup

Der "Kirchliche Verein für Innere Mission in Nordschleswig" wurde am 4. November 1886 ins Leben gerufen. Dem siebenköpfigen Vorstand gehörten die fünf Pastoren Nicolai Christian Nielsen als Vorsitzender, Hans Tonnesen als Schriftführer, Heinrich Christian Sophus Lawaetz, Carl Ludwig Albert Obbarius und Rudolf Bernhard Bahnsen sowie als Laien der Pianofabrikant Peter Christian Jacobsen in der Funktion des Kassierers und Baron Jaspar von Oertzen, der Vorsitzende des "Vereins für innere Mission in Schleswig-Holstein", an.⁽²⁹⁸⁾ Am 1. April des Jahres 1887 trat der Verein mit einer Mitteilung in Tonnesens Zeitschrift "Sædekornet" (Saatkorn) an die Öffentlichkeit. Er stellte sich als ein Verein vor, dessen Aufgabe und Ziel nach dem Vorbild der dänischen Indre-Mission die Besoldung und Aussendung von Laienpredigern (Indre-Missionaren) in Nordschleswig sein sollte.⁽²⁹⁹⁾ In einer auf den 7. März des Jahres 1899 datierten Eingabe wandte sich der Verein mit der "Bitte um die Genehmigung zur Gründung einer sogenannten Volkshochschule in Hoptrup" über das Landratsamt in Hadersleben an den Oberpräsidenten von Köller.⁽³⁰⁰⁾ Verfaßt und unterzeichnet war die siebenseitige Eingabe vom Hoptruper Pastor Hans Tonnesen, im Jahre 1909 neben Johannes Schmidt-Wodder eines der Gründungsmitglieder des "Nordschleswigschen Pastorenvereins" und Vater des späteren Mitbegründers der Heimvolkshochschule Rendsburg, Johannes Tonnesen. Die Ziele, die der Kirchliche Verein für Innere Mission Verein mit der Gründung einer Volkshochschule verband, faßte sein Vorsitzender in dem der Eingabe beigefügten "Programm der projektierten Volkshochschule..." in drei Punkten zusammen, und zwar:

- "1. Erweckung und Stärkung eines bewußten Glaubenslebens im Sinne unserer evangelisch lutherischen Kirche.
2. Erziehung der jungen Leute zu ruhigen Staatsbürgern, welche dem Kaiser geben, was des Kaisers ist.
3. Eine über die Ziele der Volksschule hinausgehende, speciell dem Bauern und Handwerker dienende Weiterbildung."

Die Unterrichtsfächer der geplanten Volkshochschule waren aufgeteilt in einen allgemeinbildenden und einen fachbezogenen Unterrichtsblock. Der Unterricht sollte nach dem der Eingabe beigelegten "Programm der projektierten Volkshochschule" in deutscher Sprache erteilt werden, "...nur der Religionsunterricht wird facultativ in deutscher oder dänischer Sprache erteilt. Auch die Teilnahme an den dänischen Sprachstunden ist facultativ. Alle übrigen Stunden sind obligatorisch." Die vierzig Unterrichtsstunden verteilten sich folgendermaßen auf die Woche:

"Bibellesen 3 Stunden; Dogmatik, Kirchen- und Missionsgeschichte 5 Stunden; Kirchenlied

und lutherische Bekenntnisse 2 Stunden; Lesen und Sprachlehre deutsch 2 Stunden; Übungen im mündlichen Ausdruck und Aufsatz 2 Stunden; Lesen und Sprachlehre dänisch 2 Stunden; Rechnen 1 Stunde; Schönschreiben und Zeichnen 2 Stunden; Kulturgeschichte 1 Stunde; Geographie 1 Stunde; Gesang 2 Stunden; Turnen und Handfertigkeit 2 Stunden; Gartenbau, Bienenzucht, Flächen- und Raumsachen insgesamt 4 Stunden; besondere Fachbildung 4 Stunden." Zusätzlich war ein in zwei Abteilungen gegliederter Fachunterricht geplant. Angehende Landwirte sollten sich darin Kenntnisse in "Bodenkunde, Bearbeitung des Bodens, Düngung, Fruchtfolge, Pflanzenkunde, Samen und Saat, Pflanzenbau, Wiesenbau, Thierzucht, Buchführung" aneignen, angehende Handwerker sich mit den Fächern "geometrisches Zeichnen, Kostenanschläge, baupolizeiliche Gesetzeskunde, Erweiterung des Rechenunterrichtes, Buchführung" beschäftigen.

Bemerkenswert an diesem Schulentwurf war, daß der Unterricht nach dem Vorbild der dänischen Volkshochschulen sowohl für junge Männer als auch für junge Frauen angeboten werden sollte. Die Aufnahme dänischsprachiger Unterrichtsinhalte in die deutschsprachige Erwachsenenbildung begründete *Tonnesen* damit, daß "...die Existenzfähigkeit der Volkshochschule in erster Linie davon abhängig [ist; d. Verf.], daß dänischer Religions- und Sprachunterricht erteilt würde. Wird das nicht gestattet, so wird sie nicht frequentiert werden." Darüber hinaus vertrat er die Ansicht, daß "...junge Leute nach der Konfirmation auf einem über dem Niveau der Volksschule stehenden Institut die Sprache lernen können [sollten; d. Verf.], die sie im sozialen Leben eines Grenzlandes fortwährend benutzen müssen." Damit stellte sich der Kirchliche Verein für innere Mission gegen die vom Oberpräsidenten von Köller und dem Deutschen Verein mit Nachdruck betriebene Umsetzung der Sprachverordnung des Jahres 1888. Es sollte sich als unüberwindliches Hindernis für die Konzessionierung der Hoptruper Volkshochschule durch die schleswig-holsteinische Provinzialregierung erweisen, daß der Verein mit seiner Bildungsarbeit das Ziel einer von *Tonnesen* als "indirekte Germanisierung" bezeichneten politischen Bildung verfolgte. Die praktische Verwirklichung dieser indirekten Germanisierung war so gedacht, daß das vorrangige Ziel der Schule darin bestehen sollte, "...die jungen Leute politisch indifferent zu machen, und...alles zu vermeiden, was diesem Zwecke hinderlich sein würde, wie z.B. die Behandlung der preußischen Geschichte, das Singen von deutschen Vaterlandsliedern, die Feier nationaler Gedenktage, die Anbringung einer Schulfahne."

Der aus dem schlesischen Kattowitz stammende Landrat des Kreises Hadersleben, *Karl Mauve*, befürwortete das über ihn an den Oberpräsidenten von Köller gerichtete Konzessionierungsgesuch.⁽³⁰¹⁾ Seine Stellungnahme zum Antrag des Kirchlichen Vereins für innere Mission kann als Beleg dafür gewertet werden, daß der Verein eine realistische Einschätzung der Möglichkeiten und Versäumnisse deutschsprachiger Bildungsarbeit in Nordschleswig getroffen hatte. *Mauve* befürwortete in seinem dem Konzessionsgesuch beigefügten Bericht an den Oberpräsidenten das dänischsprachige Unterrichtsangebot der geplanten Volkshochschule mit dem Hinweis, daß es seiner Erfahrung nach "...in nationalgemischten Landestheilen an sich kein politischer Nachtheil ist, wenn auch die Kinder deutscher Eltern beide Sprachen lernen, ...daß endlich ohne solchen Sprachunterricht eine Schule von dänischen Kindern nicht besucht werden würde. Gerade von diesem Gesichtspunkt aus bildet der Plan des Pastors *Tonnesen* eine glückliche Lösung. Jeder Kenner der Verhältnisse wird bestätigen, daß die innere Mission thatsächlich die dänische Bevölkerung gegen politische Einflüsse indolent macht und von der dänischen Agitation abwendet." Er schloß seine Ausführungen mit der Prognose, daß die geplante Schule "... von der deutschen Bevölkerung benutzt und ein beachtenswerthes Gegengewicht gegen die dänischen

Hochschulen werden würde."⁽³⁰²⁾

In Abstimmung mit Vertretern der Kirchen- und Schulabteilung der Regierung zu Schleswig erteilte Oberpräsident von Köller dem Antrag des Vereins für innere Mission, in Nordschleswig eine Volkshochschule gründen zu dürfen, am 5. Mai 1899 eine Absage. Er begründete seine Weigerung, die Volkshochschule zu konzessionieren, erwartungsgemäß damit, daß "...seitens einer Königlich Preußischen Behörde es niemals stillschweigend oder ausdrücklich gut geheißen werden kann, die Bevölkerung irgendwo so zu erziehen, daß sie politisch indifferent wird. Auch würde die geplante Schule bei der beabsichtigten politischen Haltung niemals dem Kaiser geben, was des Kaisers ist, und so mit ihrem eigenen Programm...stets im Widerspruch stehen."⁽³⁰³⁾ Die Ablehnung des Konzessionsantrags konnte insofern nicht überraschen, als es das offizielle Ziel der Köllerschen Politik war, die dänischsprachigen Bewohner Nordschleswigs durch Instrumente wie die Sprachverordnung des Jahres 1888 und die Unterstützung der Arbeit des Deutschen Vereins zu germanisieren.⁽³⁰⁴⁾ Eine Erziehung der Grenzlandbewohner zur politischen Indifferenz und der bewußte Verzicht auf nationale Unterrichtsinhalte, wie sie für die Volkshochschule des Vereins für innere Mission vorgesehen waren, konnten unter den gegebenen politischen Verhältnissen keine offizielle Zustimmung erfahren. Oberpräsident von Köller reagierte noch im Jahr 1899 auf Pastor Tonnesens Konzessionsantrag und die anhaltenden Auseinandersetzungen mit der nordschleswigschen Geistlichkeit über die Angemessenheit seiner "Germanisierungspolitik" in Nordschleswig damit, daß er die in Nordschleswig beheimateten deutschsprachigen Pastoren für politisch unzuverlässig erklärte und ihnen entschieden jeglichen "...Einfluß auf die Unterrichtssprache im Konfirmandenunterricht, der verderblich ist bei allen Geistlichen in Nordschleswig, welche der deutschen patriotischen Gesinnung entbehren und dänische Sympathien haben," verwehrte. Außerdem erklärte er es zu einem seiner wichtigsten Ziele der kommenden Jahre, "...dahin zu wirken, daß die Pfarren in Nordschleswig nur von zuverlässig deutsch patriotisch gesinnten Männern besetzt sind."⁽³⁰⁵⁾ Dazu sollte es aber nicht mehr kommen, weil die Ära Köller mit dessen Versetzung als Staatssekretär in das ebenfalls national umstrittene Elsaß-Lothringen zum 16. August 1901 ihr Ende finden sollte.

c. Der "Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark"

Die Kritiker der preußischen Kulturpolitik sahen in der Arbeit des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig eine zunehmende Gefahr für die von ihnen angestrebte deutsch-dänische Verständigung in Nordschleswig. Deswegen lud einer ihrer Wortführer, der nordschleswigsche Pastor Johannes *Schmidt-Wodder*, am 10. November 1909 eine Reihe gleichgesinnter Nordschleswiger zu einer vertraulichen Sitzung nach Tingleff ein, um mit ihnen die Gründung eines "Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark" vorzubereiten. Aus dem Kreis der Volkshochschulförderer nahmen der Kieler Theologieprofessor Otto *Baumgarten*, der Tonderner Seminarlehrer Christen *Gröndahl*, der Kieler Landesversicherungsrat Peter Christian *Hansen*, der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschuldirektor Heinrich *Harms*, das Vorstandsmitglied der Tingleffer Volkshochschule Peter *Johannsen*, der Tonderner Propst Peter *Kjer*, die Leiterin der Tingleffer Volkshochschule Elisabeth *Reuter*, der Hoptruper Pastor Hans *Tonnesen* und dessen Sohn, der Pastor Johannes *Tonnesen* aus Hellewatt, an dem vertraulichen Treffen teil. Ziel der Arbeit des neu zu gründenden Vereins sollte es mit Schmidt-Wodders Worten sein, "...den Frieden zu schützen, der uns Nordschleswiger verbinden muß zu tüchtiger Arbeit, zum Austausch unserer Kräfte, zur Freude an des anderen Arbeit." Die Grundlage der als Frieden bezeichneten Koexistenz beider Nationalitäten in Nordschleswig sah Schmidt-Wodder in einer strikten Abkehr von der bisherigen Grenzpolitik der Provinzialregierung. Er suchte den Frieden zwischen beiden Nationalitäten "...in der

Erkenntnis, daß unbefangene Gerechtigkeit auch gegen den nationalen Gegner sein unentbehrliches Fundament ist. Wir wollen ihn in voller Anerkennung der Tüchtigkeit dänischer Volksart und mißbilligen alle kleinlichen Versuche, die Pflege dieser Art zu hindern. Wir teilen nicht die Auffassung, als ob es in Nordschleswig die Aufgabe sein könnte, dänisches Volkstum im Kampfe niederzuringen, wohl aber die deutsche Stellung stark zu unterbauen und für den Wettstreit auf kulturellem Gebiet uns leistungsfähig zu machen. Wir wollen allen fanatisierenden Tendenzen begegnen und zu verhüten suchen, daß die nationale Geteiltheit Nordschleswigs zum unheilbaren Riß werde."⁽³⁰⁶⁾ Um diese Ziele zu verwirklichen, hatte Pastor Schmidt-Wodder ein vier Punkte umfassendes Programm verfaßt, das als Vereinsatzung angenommen wurde. Danach sollte der Verein "...1. die Muttersprache in Ehren halten, die deutsche wie die dänische, auch dänisches Volkstum in Nordschleswig achten und würdigen. 2. Das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Weiterbildung unsrer Jugend auf Volkshochschulen, Fachschulen und Fortbildungsanstalten jeglicher Art beleben, um sie mit deutschem Geistesleben in engere Fühlung zu bringen. 3. Die Deutschgesinnten in Nordschleswig, in Sonderheit auch die, welche ihre dänische Muttersprache lieb haben, sammeln durch bildende Vorträge und wertvolle Geselligkeit, Verbreitung guten Lesestoffs, Förderung der Heimatskultur und Schaffung eines eigenen Vereinsorgans. 4. Allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche dahin zielen, die nationalen Gegensätze in Nordschleswig zu verschärfen."⁽³⁰⁷⁾ Der vierte Programmpunkt bedeutete eine offene Kampfansage an die Provinzialregierung und den Deutschen Verein für das nördliche Schleswig und führte dazu, daß der Friedensverein ohne staatliche Unterstützung aus Mitteln des Nordmarkfonds auskommen mußte.

Die offizielle Gründungsversammlung des Vereins fand unter Beteiligung aller zum 10. November geladenen Personen am 2. Dezember 1909 in Tingleff statt. In den Vorstand wählte die Versammlung den Tonderner Lehrer Peter *Hansen*, den Haderslebener Kreisarzt und Medizinalrat Jürgen *Hansen*, Fräulein Elise *Jürgensen* aus Schellbek, den Feldstedter Hofbesitzer Hans *Jepsen*, Pastor Schmidt-Wodder, den Gonsagger Hofbesitzer Michael *Thyssen* und Pastor Karl *Vogel* aus Holebüll. Alle Anwesenden erklärten ihren sofortigen Vereinsbeitritt.⁽³⁰⁸⁾ Neben der Annahme der von Schmidt-Wodder erarbeiteten Vereinsatzung beschloß die Versammlung die Herausgabe einer eigenen Vereinszeitschrift, der "Stimmen aus Nordschleswig". In den Jahren von 1910 bis 1913 erschienen insgesamt zwölf Ausgaben, ab 1914 verschmolz die Vereinschrift mit der Halbmonatsschrift "Nordschleswig". Der Friedensverein stand während seiner gesamten Existenz im Schatten des von der Provinzialregierung geförderten Deutschen Vereins. Während jener im Jahre 1908 bereits auf 9.500 zahlende Mitglieder verweisen konnte, zählte der Friedensverein gegen Ende des Jahres 1911 genau 336 Mitglieder, von denen allein die Hälfte auf die beiden Ortsgruppen in Kiel und Hamburg entfiel.⁽³⁰⁹⁾

Die erstmals im Jahre 1899 vom Hoptruper Pastor Hans Tonnesen verfolgte Idee einer von kirchlichen Kreisen getragenen nordschleswigschen Volkshochschule wurde im Jahre 1910 von Pastor Johannes *Schmidt-Wodder* erneut aufgegriffen. In den "Stimmen aus Nordschleswig" bezeichnete er die Errichtung einer Volkshochschule, in der eine religiöse Lebensauffassung die Grundlage der Bildungsarbeit sei, als wünschenswert. Die Vorteile einer derartigen Volkshochschule sah er darin, daß sie sowohl deutsche als auch dänische Volkshochschüler aufnehmen könnte, weil "...das Religiöse, wo es lebendig ist, wirklich zentraler und umfassender ist als das Nationale...Man kann nur wünschen, daß ähnliches glücken möge und sollte darin nicht eine Konkurrenz sehen, vor allem aber unbefangen genug sein, ein derartiges Unternehmen nicht als antinational zu verdächtigen oder ihm aus solchen Gründen

Schwierigkeiten zu machen.⁽³¹⁰⁾ Die nationalen Fronten hatten sich aber im Grenzgebiet im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bereits derart verhärtet, daß die Existenz gemischtnationaler Volkshochschulen seitens der schleswig-holsteinischen Provinzialregierung unerwünscht war. Die Provinzialregierung sah zu jener Zeit in den beiden vom national-orientierten Nordschleswigschen Volkshochschulverein getragenen deutschen Volkshochschulen in Tingleff und Norburg ein weitaus wirksames Mittel, der über die Königsau bis weit nach Nordschleswig hineinwirkenden dänischen Kulturoffensive zu begegnen. Diese Haltung blieb nicht ohne Auswirkung auf die Zielsetzungen des Friedensvereins. Während er noch im Jahre 1910 die Förderung des Volkshochschulbesuchs der nordschleswigschen Jugend ausdrücklich in seine Satzung aufgenommen hatte, distanzierte er sich in den Folgejahren davon immer stärker.

Wie stark vor allem die beiden nordschleswigschen Volkshochschulen in Tingleff und Norburg in die nationalpolitische Auseinandersetzung in Nordschleswig involviert waren, läßt sich auch an einem Beitrag des Hamburger Lehrers Fritz Göbel in einem unter der Überschrift "Brauchen wir in Nordschleswig Volkshochschulen oder Volksheime?" für die vereinseigene Zeitschrift verfaßten Artikel aus dem Jahre 1913 belegen. Darin sprach sich Göbel entschieden gegen die Förderung von deutschen Volkshochschulen in Nordschleswig aus, weil sie nicht zur Versöhnung im Grenzgebiet beitragen, sondern vom Nordschleswigschen Volkshochschulverein zu "...Kampfschulen gegen das Dänentum" geformt worden seien. Um die in Nordschleswig beheimatete dänischsprachige Jugend auf deutsche Volkshochschulen zu ziehen, so argumentierte Göbel, müßte deren Lehrplan um einen obligatorischen dänischen Sprachunterricht, deutsche und dänische Literaturkunde und eine objektive Darstellung der Heimatgeschichte aus dänischer und deutscher Sicht erweitert werden. Er glaube kaum, wandte Göbel ein, "...daß der Nordschleswigsche Volkshochschulverein sich dazu wird bereitfinden lassen. Die Namen Dryander, Tschirschnitz, Rogge, Klinker im Vorstand bürgen dafür, daß es nicht geschieht; für jeden Dänen bedeuten diese Namen ein politisches Programm, er wird sich hüten, seine Söhne und Töchter auf ihre Schulen zu schicken."⁽³¹¹⁾ Den Gedanken, in Nordschleswig als Alternative vereinseigene Volkshochschulen zu betreiben, verwarf Göbel mit Blick auf die unzulänglichen Vereinsfinanzen. Statt dessen plädierte er dafür, die in der Provinz bereits bestehenden Volksheime zu unterstützen und die Gründung neuer Heime nach Hamburger Vorbild anzuregen. In ihnen sollte wie im dänischen Folkeheim "...durch Pflege des persönlichen Verkehrs die tiefe Kluft zwischen der Welt der gebildeten bürgerlichen Kreise und der arbeitenden Bevölkerung" überbrückt werden. Unabdingbare Voraussetzung für das Gelingen eines solchen Vorhabens sei allerdings die Gleichberechtigung der dänischen und der deutschen Sprache und das Ausblenden politischer Themen. Göbel schloß seine Abhandlung mit dem Vorschlag, derartige Versammlungen mit Rücksicht auf die angespannte Finanzlage des Friedensvereins kostengünstig in Schulen und Pastoraten abzuhalten. Aus seinem Diskussionsbeitrag wird deutlich, warum es dem Friedensverein nicht gelang, in der Provinz eigene volkshochschulpolitische Akzente zu setzen. Den einzigen heute noch nachweisbaren Versuch, aus den Reihen des Friedensvereins Weiterbildungsmöglichkeiten für die nordschleswigsche Jugend zu schaffen, unternahm im Jahre 1917 der Hellewatter Pastor Johannes *Tonnesen*.

d. Pastor Tonnesens Plan zur Einrichtung eines "Lehrkursus für junge Mädchen" in Hellewatt im Jahre 1917

Am 27. November 1917 beantragte der Hellewatter Pastor Johannes *Tonnesen* über den Apenrader Landrat bei der Provinzialregierung die Genehmigung zur Abhaltung von "Lehrkursen" für junge Mädchen. Die für die weibliche Jugend der umliegenden Dörfer

gedachten Kurse sollten sich inhaltlich sowohl auf die Elementarfächer Deutsch und Rechnen als auch auf landwirtschaftliche Buchführung erstrecken. Unterstützt wurde Tonnesen vom Norderhostruper Hauptlehrer Bende *Bennedsen*, der Mitglied im Deutschen Verein gewesen war⁽³¹²⁾, dem seit 1910 pensionierten Klautofter Volksschullehrer Hans *Petersen* und der Hellewatter Volksschullehrerin Christine *Heinemann*. Tonnesen wollte seine Lehrkurse in deutscher Sprache abhalten und sie der Aufsicht des Kreisschulinspektors unterstellen. Die Notwendigkeit derartiger nachschulischer Fortbildungskurse begründete er damit, daß das Nationalbewußtsein der dänischen Bevölkerung durch den Krieg gestärkt worden sei und deswegen nach Kriegsende mit einer verstärkten Abwanderung der dänischen Jugend auf die dänischen Volkshochschulen zu rechnen sei. Um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, wolle er in seinem Lehrkursus neben der Vermittlung der Elementarfächer auf eine gegenseitige Achtung beider Nationalitäten hinarbeiten, die er durch die abwechselnde Lektüre dänischer und deutscher Schriftsteller zu erreichen suche.⁽³¹³⁾ Der Apenrader Landrat Hans *Siemon* teilte Tonnesens Einschätzung der Lage in Nordschleswig, räumte seinem Lehrkursus angesichts der feindseligen Stimmung zwischen den deutschen und dänischen Bevölkerungsgruppen allerdings keine Erfolgsaussichten ein. In seinem Bericht an den Oberpräsidenten votierte er dafür, ihm behördlicherseits keine Hindernisse in den Weg zu legen, da Tonnesen die alleinige Verantwortung für das Gelingen des Lehrkursus trage.⁽³¹⁴⁾ Der ebenfalls zu einem Votum aufgeforderte Regierungsrat im Schleswiger Regierungspräsidium, Dr. Theodor *Jaehner*, wies warnend darauf hin, daß ein möglicher Erfolg des Tonnesenschen Lehrkursus die dänische Seite zu einer verstärkten "Gegenarbeit" animieren könnte. Die Provinzialregierung sei aber vorrangig bestrebt, "...die nationalpolitischen Verhältnisse während des Krieges in der Schwebelage zu erhalten und alle Maßregeln zu vermeiden, die als ein Vorstoß gegen das Dänentum aufgefaßt werden können oder bei den Deutschen Mißtrauen hinsichtlich der künftigen kräftigen Wahrung der deutschen Interessen zu erwecken geeignet sind." Deswegen rate er dazu, Tonnesen von seinem Vorhaben durch den ausdrücklichen Hinweis darauf abzubringen, daß sich "...die Staatsregierung nicht durch eine tätige Mitwirkung dem politischen Schaden eines Mißerfolges aussetzen" dürfe.⁽³¹⁵⁾ Der Oberpräsident folgte dem Votum des Regierungspräsidiums und ließ Tonnesen dessen Bedenken mitteilen, worauf jener auf die Ausrichtung der geplanten Lehrkurse verzichtete.⁽³¹⁶⁾

4. Die Rezeption der dänischen Volkshochschule im Kontext der Diskussion um die deutschen Fortbildungsschulen

Die vor allem durch die Bemühungen um die Errichtung ländlicher Volkshochschulen gekennzeichnete Wende in der Bildungspolitik der Provinz Schleswig-Holstein deutete sich schon unter Köllers Vorgänger, dem Oberpräsidenten Georg Frantz Max von *Steinmann* an. In seiner Amtszeit war mit der im Jahre 1888 von Laura *Marholm* unter dem Pseudonym Leonhard Marholm verfaßten Beschreibung der Mädchenbildung in der dänischen Volkshochschule Askov⁽³¹⁷⁾ eine der ersten deutschsprachigen Grundtvig-Rezeptionen erschienen, die sich primär mit einer wohlwollenden Analyse der dänischen Volkshochschulen beschäftigte. Die in ihren Anfängen positive theoretische Auseinandersetzung mit den dänischen Volkshochschulen wurde durch die ein Jahrzehnt später veröffentlichten Publikationen des Charlottenburger Pädagogen und Erwachsenenbildners Martin *Hartmann*⁽³¹⁸⁾, des Professors am Malchiner Realgymnasium Gustav *Hamdorff*⁽³¹⁹⁾ und des Jenaer Pädagogikprofessors Wilhelm *Rein*⁽³²⁰⁾ wieder aufgegriffen und intensiviert.⁽³²¹⁾ Alle drei hoben in ihren Publikationen den Anteil der dänischen Volkshochschulen an der Produktivität und Leistungsfähigkeit der dänischen Landwirtschaft hervor. In ihren Arbeiten kam die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Übertragung des dänischen Volkshochschulmodells auf

Schleswig-Holstein die Anpassung der Landbevölkerung an die geänderten ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen unterstützen und erleichtern könnte. Wilhelm Rein stellte beispielsweise in seinen 1896 veröffentlichten "Leitsätzen über die Volksbildung mit Beziehung auf die dänischen Volkshochschulen" die Organisation und Bildungsarbeit der deutschen Fortbildungsschulen denen der dänischen Volkshochschulen vergleichend gegenüber und kam zu dem Schluß, daß die Überlegenheit der dänischen Bildungseinrichtungen an sieben Punkten festzumachen sei.⁽³²²⁾ Danach lägen die Vorteile der dänischen Volkshochschulen darin, daß ihr Besuch freiwillig und aus dem inneren Antrieb nach gründlicher Fortbildung erfolge und daß die Schüler im Schnitt deutlich älter als die der deutschen Fortbildungsschulen seien, weil sie nach dem Verlassen der Volksschule erst praktische Lebenserfahrungen gesammelt hätten. Weiterhin hob er als positiv hervor, daß die dänischen Volkshochschulen sich sowohl an die männliche als auch an die weibliche Jugend wandten. Während sich die männlichen Schüler in den Wintermonaten im Gegensatz zu denen an deutschen Fortbildungsschulen unbelastet von einer Berufstätigkeit ausschließlich auf ihre Fortbildung konzentrieren könnten, ständen die Volkshochschulen in den Sommermonaten für die Fortbildung der weiblichen Schüler offen. Rein zeigte sich beeindruckt davon, daß die Lehrpläne der dänischen Volkshochschulen darauf gerichtet seien, "...eine tüchtige Gesinnung zu entwickeln und zu befestigen, die in warmer Religiosität und in ächter Vaterlandsliebe wurzelt. Deshalb wird dem vaterländischen Geschichtsunterricht und der vaterländischen Litteratur täglich eine Stunde gewidmet, ohne daß darum die übrigen Bildungsmomente geschädigt werden." Die "Leitsätze..." schlossen mit der Empfehlung zu prüfen, ob nicht angesichts der vom Verfasser genannten Vorzüge der dänischen Volkshochschulen "...diese Einrichtung auf deutschen Boden übertragen werden könne, ähnlich wie man bereits in Norwegen, Schweden und Finnland Volkshochschulen nach dänischem Vorbild eingerichtet hat."⁽³²³⁾ Reins "Leitsätze..." wurden vom Schleswiger Regierungs- und Schulrat Ludwig Saß eingehend analysiert. In seinem Bericht vom 20. November 1897 an den Direktor des Provinzial-Schulkollegiums, den Regierungspräsidenten Gustav Zimmermann, stuft er Reins Auffassung von der Überlegenheit der dänischen Volkshochschulen über die deutschen Fortbildungsschulen als zutreffend ein. Mit Blick auf die nationalen Auseinandersetzungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet gab er aber zu bedenken, daß "...der Verfasser dieser Leitsätze...in der Ferne lebt und von da aus nicht sieht, was die nächste Nähe klar erkennen läßt." Zimmermann schloß seinen Bericht mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß möglicherweise zu errichtende deutschsprachige Volkshochschulen "...selbstverständlich keine Kopie der dänischen Anstalten werden sollen."⁽³²⁴⁾ An Zimmermanns warnendem Hinweis vor einem Transfer des dänischen Volkshochschulmodells nach Schleswig-Holstein wird deutlich, wie stark die Diskussion um die inhaltliche und formale Konzeption deutscher Volkshochschulen während der "Köller-Zeit" von der nationalen Auseinandersetzung im Grenzgebiet beeinflußt wurde.

Martin Hartmanns, Gustav Hamdorffs und Wilhelm Reins vielbeachtete Veröffentlichungen über die Vorteile der dänischen Volkshochschulen fielen zeitlich mit der im Auftrag des für die ländlichen Fortbildungsschulen zuständigen preußischen Landwirtschaftsministers verfaßten "Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen im Jahre 1896/97" zusammen. Ihre Autoren hatten im offiziellen Auftrag die Gründe für die von regierungsamtlicher Seite als unzulänglich eingestufte Entwicklung des ländlichen Fortbildungsschulwesens untersucht. Sie waren, wie schon Wilhelm Rein in seinen "Leitsätzen..." ein Jahr zuvor, zu dem Schluß gekommen, daß die Fortbildungsschule in ihrer damaligen Form an gravierenden konzeptionellen Mängeln litt und es bislang nicht gelungen

war, der ländlichen Bevölkerung die Vorteile des Besuchs einer Fortbildungsschule zu vermitteln. Die wesentlichen Hemmnisse für den zügigen Ausbau des Fortbildungsschulwesens sahen sie darin, daß die Inhaber kleinerer landwirtschaftlicher Betriebe auf die Mitarbeit ihrer schulentlassenen Söhne angewiesen waren und die Großbauern den Standpunkt vertraten, daß "...eine Fortbildung für diejenigen, deren späterer Beruf der eines Knechtes oder ländlichen Tagelöhners ist, keinem Bedürfnis entspricht; der Volksschulunterricht gilt als völlig ausreichend; von einem Mehr wird eine Art von Halbbildung erwartet, die nur schädigend wirken und den Erfolg haben werde, die ländliche Arbeiterbevölkerung mit ihrem Berufe unzufrieden zu machen und mehr noch, als dies durch andere Ursachen bereits bewirkt wird, den Zug in die großen Städte zu verstärken...Einen mehr die fachliche Seite betonenden Fortbildungsunterricht hält man vollends nicht für erforderlich, da die ländlichen Arbeiten mehr auf Handfertigkeit und physische Ausdauer der Arbeiter, denn auf selbständiges Ueberlegen und Durchdenken hinweisen."⁽³²⁵⁾ Die Verfasser der Denkschrift wiesen ausdrücklich darauf hin, daß der Mangel an geeigneten Lehrkräften, das Fehlen des Schulzwangs und die unzweckmäßige Ausrichtung des Unterrichts an den Lehrinhalten der Volksschule einer breiteren Akzeptanz der Fortbildungsschule bei der ländlichen Bevölkerung im Wege standen. Von den preußischen Regierungspräsidenten als Adressaten der Denkschrift wurden zur Beseitigung der aufgezeigten Mängel "besondere Maßnahmen zur Förderung der ländlichen Fortbildungsschulen" gefordert. Unter diesen besonderen Maßnahmen verstand das Berliner Landwirtschaftsministerium die Ausbildung von Landvolksschullehrern zu Fachlehrern an ländlichen Fortbildungsschulen, die Einführung eines gesetzlichen Schulzwanges für Fortbildungsschulen und vor allem eine "...zweckentsprechendere Gestaltung des Fortbildungsunterrichtes". Deshalb sollte die vertiefende Wiederholung des elementaren Lehrstoffes der Volksschulen aus den Lehrplänen der Fortbildungsschulen gestrichen werden und im Unterricht statt dessen stärkeres Gewicht auf "...eine unmittelbare Beziehung zu den Anforderungen des praktischen Berufes der Schüler" gelegt werden. Für die unterrichtspraktische Umsetzung dieser Vorgabe wurden in der Denkschrift einige Beispiele angeführt. So sollte der "...Unterricht im Rechnen an die im landwirtschaftlichen Betriebe des kleinen Mannes vorkommenden Anforderungen anknüpfen...einfache Buchführung soll als integrierender Theil des Rechenunterrichtes eingefügt werden...Der Unterricht im Lesen soll sich auf Vorkommnisse und Erscheinungen des Landwirthschaftslebens, des Betriebes und auf die Einrichtungen und Aufgaben derjenigen öffentlichen Gemeinde- und Staatseinrichtungen, an denen auch der kleinere Landwirth unter Umständen mitzuwirken berufen ist, beziehen...Ein Unterricht in der Naturkunde soll auch dem Fortbildungsschüler zum Verständnis der einfachsten Vorgänge und Erscheinungen in der ihn umgebenden Natur führen." Abschließend wurde dieser Unterricht charakterisiert als "...ein an den elementaren Volksschulunterricht anschließender und ihn ergänzender Unterricht, der nur in der Wahl des Stoffes bemüht ist, Neues und für den Schüler Interessantes dem Unterricht zu Grunde zu legen, den Schüler dadurch besser zu fesseln und ihn soweit zu fördern, daß er die Hauptvorgänge im landwirthschaftlichen Betriebe richtig beobachten und verstehen und volksthümlich geschriebene landwirthschaftliche Zeitschriften und Bücher später auch mit Nutzen lesen kann."⁽³²⁶⁾ Bei der in der Denkschrift angeregten Modernisierung und Professionalisierung des Fortbildungsschulunterrichtes wurde bewußt auf erzieherische und persönlichkeitsbildende Elemente verzichtet. Die Verfasser der Denkschrift begründeten diesen Verzicht damit, daß ihrer Auffassung nach die "...erziehliche und sittliche Wirkung des Fortbildungsschulunterrichtes...nicht abhängig ist von der Art des Unterrichtsstoffes. Die erziehliche Wirkung ist bedingt durch die Thatsache, daß überhaupt dem jungen Manne in den gefährlichsten Jahren, wo er sich der Autorität der Eltern und Lehrer entwachsen

glaubt...eine solche doch noch zu Theil wird. Das Bewußtsein, einer Disziplin noch zu unterstehen in Verbindung mit dem Umstande, daß der Schüler, in den ländlichen Fortbildungsschulen wenigstens, sich dieser Disziplin freiwillig unterstellt, bedingt die erziehliche und sittliche Wirkung...Im Allgemeinen wird die stärkere berufliche Tüchtigkeit auch einen höheren Stand der Sittlichkeit und Charakterbildung zur Folge haben."

Es bleibt zusammenfassend festzuhalten, daß sich die preußischen Ministerien bei der Modernisierung des Unterrichts der ländlichen Fortbildungsschule in den Jahren 1896/97 in die Tradition der Allgemeinen Schulordnung von 1814 stellten, die die vorrangigen Ziele des Landschulunterrichtes darin sah, "...dem Staat nützliche und rechtschaffene Unterthanen zu erziehen...und die Kinder besonders in den sich auf ihren künftigen Beruf beziehenden Kenntnissen zu unterrichten."⁽³²⁷⁾ Die in der Denkschrift geäußerte Befürchtung, ein Mehr an Allgemeinbildung würde "...die ländliche Arbeiterbevölkerung mit ihrem Beruf unzufrieden machen und...den Zug in die großen Städte verstärken", entspricht in Sinn und Diktion der Kabinettsorder *Friedrichs II.* vom 5. September 1779, wo es heißt, daß "...es sonst auf dem platten Lande genug [ist; d. Verf.], wenn sie ein bischen lesen und schreiben lernen. Wissen sie aber zu viel, so laufen sie in die Städte und wollen Secretärs und sowas werden. Deshalb muß man auf dem platten Lande den Unterricht der jungen Leute so einrichten, daß sie das Nothwendige, was zu ihrem Wissen nothwendig ist, lernen, aber auch in der Art, daß die Leute nicht aus den Dörfern weglaufen, sondern hübsch da bleiben."⁽³²⁸⁾ Der preußischen Regierung schien es vor dem Hintergrund der nationalen Auseinandersetzung in Nordschleswig nicht opportun, den Transfer des dänischen Volkshochschulmodells nach Deutschland zu fördern. Sie konzentrierte sich bei ihren Bemühungen um eine Hebung des Bildungsniveaus der Landbevölkerung ausschließlich auf die Förderung und Modernisierung der Fortbildungsschulen, wobei ihr allerdings wenig Erfolg beschieden war. Die vom Schleswiger Regierungspräsidenten an alle Landräte der Provinz verteilte "Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen..." führte zunächst zu keiner heute noch faßbaren Diskussion über die Gesamtsituation des ländlichen Bildungswesens in Schleswig-Holstein, denn die durch die Grenzlage bedingten bildungspolitischen Probleme der im sogenannten Schiefen Viereck gelegenen Landkreise waren in der Denkschrift nicht aufgegriffen worden. Die mit der Denkschrift des Jahres 1896/97 angestoßenen Reformbemühungen mündeten erst fünfzehn Jahre später in einen vom Schleswiger Regierungspräsidenten erlassenen "Allgemeinen Lehrplan für die ländlichen Fortbildungsschulen des Regierungsbezirks Schleswig."⁽³²⁹⁾ Auch er führte zu keiner nennenswerten Reform des ländlichen Fortbildungsschulwesens, da er den Schulen kein Profil verlieh, das sie in ihren Aufgaben und Zielen nennenswert von denen der allgemeinbildenden Volksschulen und den berufsbildenden Handwerker- und Innungsschulen abhob.⁽³³⁰⁾ Für die Winterlehrgänge, die jährlich in der Zeit vom 15. Oktober bis zum 30. März an den ländlichen Fortbildungsschulen der Provinz abzuhalten waren, galt nach wie vor als oberstes Lehrziel, "...die Volksschulbildung der Zöglinge mit Berücksichtigung der praktischen Bedürfnisse des Landwirts...zu befestigen, zu ergänzen und zu erweitern." Der Unterricht der ländlichen Fortbildungsschulen sollte sich dementsprechend nach dem neuen "Allgemeinen Lehrplan..." in jeweils vier Wochenstunden auf die erweiterten Volksschulfächer Deutsch und Rechnen mit Buchführung sowie auf Bürger- und Naturkunde erstrecken.

5. Die Wende in der nordschleswigschen Bildungspolitik in den Jahren von 1901 bis 1905

Erst das Ende der "Köller"-Ära im Jahre 1901 leitete die Wende in der bis dahin durch harte Repressalien gegen die dänischsprachige Mehrheit gekennzeichneten Nordschleswig-Politik der

Provinzialregierung ein. Dazu hatten in gegenseitiger Wechselwirkung mehrere Faktoren beigetragen. Der innenpolitische Kurs der Provinzialregierung änderte sich, weil sich unter dem neuen Oberpräsidenten Kurt *Freiherr von Wilmowski* allmählich die Erkenntnis durchsetzte, daß der rigiden, gegen die dänischsprachige Bevölkerungsmehrheit gerichteten Germanisierungspolitik seines Vorgängers Köller kein Erfolg beschieden war. Sie hatte, wie von Theodor Brix vorhergesagt, zu einem stärkeren Zusammenschluß der dänischsprachigen Volksgruppe geführt. Dem Ende der "Köller"-Ära auf deutscher Seite stand dänischerseits mit der Ablösung der konservativen Minderheitskabinette und der Bildung einer neuen Regierung ein "Systemwechsel" gegenüber, mit dem eine Änderung der außenpolitischen Prioritäten einherging. Die neue Regierungspartei sah einen entscheidenden Beitrag zur außenpolitischen Sicherung Dänemarks in der Herstellung eines besseren Verhältnisses zu Deutschland, das durch dänische Sympathien für Nordschleswig nicht beeinträchtigt werden sollte. Auf Grenzveränderungen in Schleswig wollte man ganz verzichten und sich mit einer Respektierung der kulturellen Belange der dänischsprachigen Bevölkerung in Nordschleswig durch die Provinzialregierung zufriedengeben.⁽³³¹⁾

Einen wesentlichen Anstoß für die Neuorientierung der in Nordschleswig bisher praktizierten deutschsprachigen ländlichen Bildungsarbeit bot die mittlerweile exportorientierte dänische Landwirtschaft. Mit billigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen überschwemmte sie den preußischen Binnenmarkt und bedrohte die wirtschaftliche Existenz der schleswig-holsteinischen Landwirte. Den Zusammenhang zwischen dem dänischen Bildungswesen und den Erfolgen der dänischen Landwirtschaft hatte der habilitierte Königsberger Agrarökonom Albert *Stutzer* zehn Jahre nach dem Erscheinen der Arbeiten von Gustav *Hamdorff*, Martin *Hartmann* und Wilhelm *Rein* zum Gegenstand seiner wissenschaftlichen Untersuchungen gemacht. Stutzer konnte nachweisen, daß es im wesentlichen das Verdienst der dänischen Volkshochschulen war, daß die bäuerliche Bevölkerung Dänemarks nicht nur auf einer höheren allgemeinen Bildungsstufe als die schleswig-holsteinische stand, sondern auch fachlich höher qualifiziert war. In materieller Hinsicht kam diese höhere Qualifikation dadurch zum Ausdruck, daß die dänischen Landwirte den hohen Wert des genossenschaftlich organisierten Ein- und Verkaufs ihrer Produkte erkannt hatten und ihn intensiv nutzten. Stutzer wies nachdrücklich darauf hin, daß die dänischen Volkshochschulen dieses Ziel erreicht hatten, obwohl ihr vorrangiges Bildungsziel nicht in der "...Befähigung zum Geldverdienen, sondern in einer Stärkung der geistigen Fassungskraft, einer Erhöhung der allgemeinen Bildung und einer Bereicherung des fachlichen Wissens der bäuerlichen Bevölkerung" bestand.⁽³³²⁾ Ein vernichtendes Urteil fällt er über den Bildungsstand der ländlichen Bevölkerung Schleswig-Holsteins: "Wer die Lage der ländlichen Bevölkerung in Dänemark und Deutschland vergleicht, wird mir darin beipflichten, daß zur Zeit ein wesentlicher Unterschied insofern vorhanden ist, als bei uns die große Masse der bäuerlichen Bevölkerung mit allen Kräften erst auf eine höhere geistige Stufe gehoben werden muß, während die Dänen uns in dieser Hinsicht um mehrere Jahrzehnte voraus sind...Wer Gelegenheit hat, in Deutschland die Versammlungen landwirtschaftlicher Lokalvereine zu besuchen, wird häufig die geringe Fachkenntnis der Anwesenden unangenehm empfunden haben...Die Mehrzahl der Zuhörer öffnet den Mund nur zum Trinken, Rauchen und Essen, und von diesem oder jenem hört man Fragen stellen, aus denen klar hervorgeht, daß den Betreffenden selbst das ABC derjenigen landwirtschaftlichen Kenntnisse fehlt, die bei jedem Landwirt vorausgesetzt werden müßten."⁽³³³⁾ Den ursächlichen Grund für den unzureichenden Bildungs- und Ausbildungsstand der ländlichen deutschen Bevölkerung sah Stutzer darin, daß die ländlichen Fortbildungsschulen nur den gesetzlich vorgegebenen Bildungsauftrag hatten,

die Volksschulbildung ihrer Schüler zu festigen und zu vertiefen, es ihnen aber ausdrücklich untersagt war, Fachschulhalte aufzugreifen und zu vermitteln.⁽³³⁴⁾ Zur Behebung der Bildungsmisere der Landbevölkerung empfahl Stutzer der preußischen Provinzialregierung die Errichtung von "Volkshochschulen auf dem Lande nach dem Vorbilde solcher Schulen in Dänemark, Schweden und Finnland." In ihnen sollte der Landjugend nicht nur eine Vertiefung der Volksschullehrinhalte geboten werden, sondern es sollte die Vermittlung von Fachinhalten im Vordergrund stehen. Er schloß seine Untersuchung mit der Empfehlung, daß bei den Bemühungen um die Hebung des Bildungsniveaus der ländlichen Bevölkerung "...der Beruf des Schülers im Vordergrund stehen [müsse; d. Verf.], es ist verkehrt, ihn vorzugsweise mit alten, aufgewärmten Speisen, die er von der Volksschule her kennt, nähren zu wollen."⁽³³⁵⁾ Es finden sich heute keine konkreten Hinweise darauf, daß Albert Stutzers Überlegungen in konkrete Maßnahmen zur Reform des ländlichen Bildungswesens einfließen. Sie sind aber durchaus als Auslöser einer Entwicklung einzustufen, die letztlich doch zur Realisierung der von ihm angeregten Reformen führte. Für Schleswig-Holstein legte der Heider Gewerbeschullehrer Friedrich Hinrich *Lembke* mit seinen Bemühungen um die Neugründung von ländlichen Volkshochschulen nach dänischem Vorbild den Grundstein zur Neuorientierung der nachschulischen deutschsprachigen ländlichen Bildungsarbeit. Soweit heute noch nachweisbar, war *Lembke* der erste schleswig-holsteinische Pädagoge, der sich aktiv mit der Idee der dänischen Volkshochschule auseinandersetzte und sich in seiner praktischen Bildungsarbeit am dänischen Vorbild orientierte.

6. Friedrich Hinrich Lembke (1869-1958) - Person und Werk

Friedrich Hinrich *Lembke* wurde am 22. November 1869 als ältestes der zehn Kinder des Gärtners Hans Johann *Lembke* in Pinneberg geboren. Kurz nach seiner Geburt verzog die Familie nach Hemme in Dithmarschen, wo er im Geburtsort seines Vaters von 1879 bis 1885 die Volksschule besuchte. Von 1886 bis 1887 war Friedrich *Lembke* als Hilfslehrer in Hohenfelde tätig, danach besuchte er das Segeberger Lehrerseminar, das er nach Bestehen der Ersten Lehrerprüfung am 26. September 1890 verließ, um vom 1. Oktober 1890 bis zum 31. Januar 1894 als Zweiter Lehrer an der Volksschule in St. Annen zu unterrichten. In St. Annen lernte er seine spätere Ehefrau Maria Magdalena *Johannsen* kennen, die er am 28. Januar 1894 heiratete. Zwischenzeitlich hatte er am 11. Oktober 1892 am Segeberger Seminar seine Zweite Lehrerprüfung abgelegt.⁽³³⁶⁾ Aus seiner Zeit als Volksschullehrer in St. Annen stammen auch seine ersten Kontakte zu dem Schriftsteller und "Vater der Heimatpflege", Professor Heinrich *Sohnrey*, den *Lembke* später als Geschäftsführer des 1896 gegründeten "Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege" und als Redakteur der Zeitschrift "Das Land" ablösen sollte.

Vom 1. Februar 1894 bis zum 30. April 1899 arbeitete *Lembke* als Erster Lehrer in Wentorf im Kreis Plön. In dieser Zeit verfaßte er, anfangs noch unter dem Pseudonym Fr. *Haell*, seine ersten Veröffentlichungen zu pädagogischen und landwirtschaftlichen Fragen. Außerdem war er im dortigen Reichstagswahlbezirk für Adolf *Damaschke*, den Berliner Lehrer und Führer der Bodenreformbewegung, politisch tätig. Am 1. Mai 1899 wechselte Friedrich *Lembke* für drei Jahre als Mittelklassenlehrer und Organist nach Delve.⁽³³⁷⁾ In Delve engagierte er sich im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und beteiligte sich sowohl an der Gründung einer Spar- und Darlehenskasse als auch seit August des Jahres 1899 als Mitglied eines siebenköpfigen Kuratoriums am Aufbau einer ländlichen Fortbildungsschule für das Kirchspiel Delve.⁽³³⁸⁾ Von 1899 bis 1905 unterrichtete *Lembke* nebenamtlich an der von ihm mitbegründeten ländlichen Fortbildungsschule in Delve. Aus seiner Feder stammte auch der Lehrplan der Fortbildungsschule, der die Fächer Deutsch, Rechnen, Geschichte, Raumlehre

und Natur- und Vaterlandskunde umfaßte.⁽³³⁹⁾ Während seiner Zeit als Volksschullehrer in St. Annen knüpfte Lembke Kontakte zum Gründungsmitglied und Direktor der "Schleswig-Holsteinischen Landesgenossenschaftskasse" und der "Schleswig-Holsteinischen landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft", dem Voorder Ökonomierat Wilhelm *Biernatzki* und dem Bordesholmer Landrat Adolf Freiherr von *Heintze*.⁽³⁴⁰⁾

Als die Stadt Heide im Jahre 1901 an ihrer gewerblichen Fortbildungsschule eine hauptamtliche Gewerbeschullehrerstelle für den Sachunterricht ausschrieb, wurde auch Friedrich Lembke aufgefordert, sich zu bewerben. Auf Initiative des durch seine Delver Aktivitäten auf ihn aufmerksam gewordenen Heider Fortbildungsschulrektors und Vorstandsmitglieds des Gewerbevereins, Hans Detlef *Siercks*, mit dem zusammen er später die "Zeitschrift für das gesamte Fortbildungsschulwesen in Preussen" und eine Reihe von Lehrbüchern für ländliche Fortbildungsschulen herausgab, wählte der Heider Magistrat aus der Gesamtzahl von insgesamt 38 Bewerbern Friedrich Lembke zum Gewerbeschullehrer.⁽³⁴¹⁾ Im Jahre 1903 gewann Lembke im Lehrerwettbewerb der Universität Jena ein Stipendium, das er zum Studium der dänischen Volkshochschularbeit im Rahmen einer dreiwöchigen Dänemarkreise nutzte. Seine Reiseindrücke, die in ihm den Plan der Gründung einer ländlichen Volkshochschule nach dänischem Vorbild in Schleswig-Holstein reifen ließen, legte er unter anderem dem Diakonieverein, dem Verband der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Kiel, der Schleswiger Provinzialregierung und dem Kieler Oberpräsidenten in einem schriftlichen Bericht vor.

Neben seiner Tätigkeit an der gewerblichen Fortbildungsschule in Heide vom 1. April 1902 bis zum 30. Oktober 1906 beteiligte Lembke sich maßgeblich an der Gründung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein" und der Zeitschrift "Die Schleswig-Holsteinische Ländliche Volkshochschule". Von 1906 bis 1909 leitete er die auf sein Betreiben gegründete ländliche Volkshochschule in Albersdorf. Daneben studierte er intensiv das dänische Volkshochschulwesen und erstellte im Auftrag des Preußischen Landes-Ökonomie-Kollegiums einen Bericht über die künftige Ausgestaltung der ländlichen Fortbildungsschulen. Seit dem Jahr 1906 stand er außerdem als Geschäftsführer in den Diensten des von ihm mitbegründeten "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein", seit 1907 fungierte er als alleiniger Herausgeber der regelmäßig erscheinenden Zeitschrift "Die Schleswig-Holsteinische Ländliche Volkshochschule - Zeitschrift für Volksbildung auf dem Lande", dem offiziellen Organ des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.

Als die Albersdorfer Volkshochschule im Jahre 1909 durch einen Brand teilweise zerstört wurde, wechselte Lembke auf Sohnreys Drängen zu ihm in die Berliner Redaktion der vom Preußischen Landwirtschaftsministerium herausgegebenen halbamtlichen "Zeitschrift für das ländliche Fortbildungsschulwesen in Preussen". Daneben übernahm er die Leitung der Lehrgänge für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen in Brandenburg. Gleichzeitig arbeitete er für Sohnrey im "Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege." 1917 erfolgte Lembkes Ernennung zum Ökonomierat, 1921 wurde er Sohnreys Nachfolger als Geschäftsführer des "Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege", außerdem lehrte er von 1923 bis 1932 als Dozent für ländliche Wohlfahrtspflege an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin. Der Beitritt des Deutschen Vereins zur International Country Life Commission hatte eine erhebliche Erweiterung von Lembkes Tätigkeitsfeld zur Folge. Nach dem Scheitern seiner Bemühungen, die Unabhängigkeit des "Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege" zu erhalten, kehrte Lembke als Vorruehändler im Jahr 1936 nach Heide zurück. Dort verstärkte er seine

schriftstellerischen Bemühungen, wurde Mitarbeiter am "Heider Anzeiger" und Redakteur von "Dr. L. Meyn's schleswig-holsteinischem Hauskalender". Nach 1945 versuchte er mehrmals erfolglos, die ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege wiederzubeleben. Lembke starb, ein Jahr nach seiner Übersiedlung nach Berlin, am 4. Oktober 1958.⁽³⁴²⁾

a. Lembkes Bemühungen um die Errichtung deutschsprachiger Volkshochschulen in der Provinz Schleswig-Holstein in den Jahren von 1903 bis 1905

In den Jahren seit seiner Studienreise nach Dänemark im Juni 1903 bis zu seinem Umzug nach Berlin im Jahre 1909 beeinflusste Friedrich Lembke die Diskussionen um die Formen und Inhalte deutschsprachiger ländlicher Bildungsarbeit in der Provinz Schleswig-Holstein maßgeblich. Ausgelöst wurden die Diskussionen durch seinen 92seitigen Reisebericht vom 30. Juli 1903 an die Provinzialregierung und den Oberpräsidenten in Schleswig.⁽³⁴³⁾ Zu den Entstehungsmotiven seines Berichtes zählte Lembke die aus seiner Sicht dringende Notwendigkeit, Nordschleswigern, die "...nicht aus rein politischen Gründen nach Dänemark gehen, eine entsprechende deutsche Anstalt bieten zu können." Der Zweck seiner Studienreise sei es daher gewesen, am Modell der dänischen Volkshochschulen konzeptionelle Vorgaben für deutschsprachige Bildungseinrichtungen zu entwickeln. Die Ergebnisse der bisherigen deutschsprachigen Bildungsarbeit habe er unberücksichtigt gelassen, da er sonst "...den ausgebildeten dänischen Anstalten Anfänge hätte gegenüberstellen müssen, die unter schweren Verhältnissen arbeiten." In seinem umfangreichen Reisebericht hob Lembke vier Punkte hervor, die ihm an der dänischsprachigen Volkshochschularbeit wesentlich schienen: erstens das gemeinschaftlich-tätige Schulleben, das die Volkshochschule zu einer wichtigen Grundlage des öffentlichen Lebens in Dänemark gemacht hatte, zweitens die Einbeziehung der gesamten ländlichen Bevölkerung statt der Beschränkung nur auf den Bauernstand oder die städtische Bevölkerung und drittens die enge Verbindung der Volkshochschulen mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Als vierten und letzten Punkt wies Lembke auf den beeindruckenden Umfang privater Initiativen hin, auf denen die dänischsprachige Volkshochschularbeit fußte. Friedrich Lembke sah, in Übereinstimmung mit dem Königsberger Agrarökonom Albert *Stutzer*, in der Bildungsarbeit der ländlichen Volkshochschulen Dänemarks die Wurzeln für die Blüte der dänischen Landwirtschaft. Er war überzeugt, daß die ländlichen Fortbildungsschulen Deutschlands keine ernstzunehmende Alternative zu den dänischen Volkshochschulen darstellen könnten, weil "...die geschichtliche Entwicklung dahin geführt hat, daß unsere Fortbildungsschulen Berufsschulen geworden sind, und...starke Strömungen sich geltend machen, sie zu Fachschulen zu machen...Es wäre entschieden nicht wohlgetan, jetzt zu der allgemeinen Fortbildungsschule zurückzukehren; übermäßigen Anforderungen auf Fachklassen müssen wir aber mit Recht entgegenhalten, daß allgemeine Berufsbildung auch für das spezielle Fach keine Bedeutung hat, daß es z.B. einerlei ist, ob der Schüler die Buchführung an Beispielen aus seinem besonderen Fache lernt, oder an allgemeinen Beispielen, wenn er sie überhaupt nur lernt." Mit Blick auf die dänischsprachige Bildungsarbeit mahnte er, den "...erziehlichen Einfluß der allgemeinen Bildung nicht zu unterschätzen, auch den Einfluß nicht zu gering zu veranschlagen, den die allgemeine Bildung auf den wirtschaftlichen Fortschritt ausübt." Eine Möglichkeit zur Kompensierung der Defizite der Fortbildungsschulen, die Lembke neben der Vernachlässigung allgemeinbildender Unterrichtsinhalte und den für die ländliche Bevölkerung ungünstigen Unterrichtszeiten vor allem am Fehlen von Unterrichtsfächern wie Staatsbürgerkunde, Geschichte, Sport und Religionsunterricht festmachte, sah er in der Errichtung deutschsprachiger ländlicher Volkshochschulen nach dänischem Vorbild. Dabei müsse aber darauf geachtet werden, die nationale Prägung der dänischsprachigen Bildungsarbeit einzuschränken und durch einen

"starken heimatlichen Einschlag" zu kompensieren: "...Wir müßten vor allen Dingen eine allgemeine erziehende und bildende Anstalt ins Auge fassen, die das Ziel hat, das Volksleben auf dem Lande zu fördern und anzuregen, das Volk festzumachen auf der heimatlichen Scholle." Der ländlichen Jugend sollte in dieser Anstalt eine intensive Beschäftigung mit der schleswig-holsteinischen Geschichte, mit Sagen, Märchen, Volksliedern und -bräuchen sowie der Landes- und Naturkunde ermöglicht werden. Lembke schloß seinen Bericht mit der Empfehlung, daß "...ausreichende Bildung, allgemeine sowohl als Fachbildung" geeignete Mittel seien, dem Wirken der dänischen Volkshochschulen Einhalt zu gebieten und den deutschen Landwirten wieder zur wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit zu verhelfen.

Als Reaktion auf die von Lembke in seinem inzwischen veröffentlichten Reisebericht⁽³⁴⁴⁾ vorgelegten Anregungen zur Umgestaltung der Erwachsenenbildung im Grenzgebiet beauftragte der Oberpräsident die Provinzialregierung damit, die Stellungnahmen der im "Schiefen Viereck" ansässigen Landräte einzuholen. Deren Voten wurden ihm am 10. September 1904 vom Regierungspräsidenten Oskar von Dolega-Koszierowsky vorgelegt. Ihre Kernaussagen fielen so aus, daß die Landräte die Gründung von deutschen Volkshochschulen nach dänischem Vorbild strikt ablehnten und statt dessen die Einführung eines gesetzlich verankerten, obligatorischen Fortbildungsschulunterrichtes forderten. Den Grund für die relativ geringe Akzeptanz der ländlichen Fortbildungsschulen sahen sie nicht in den von Stutzer und Lembke benannten konzeptionellen Mängeln, sondern sie führten sie auf "...politische Gründe im Norden des Landes" zurück, die letztlich dazu geführt hätten, daß die ländliche Bevölkerung die deutschsprachigen Fortbildungsschulen mied, um "...den Agitatoren für das Dänentum keinen Anlaß zu Belästigungen oder gar Beschimpfungen zu gewähren." Der Regierungspräsident ergänzte die landrätlichen Voten um die politische Willenserklärung, daß es zukünftig seine wichtigste Aufgabe sein werde, "...das freiwillige Fortbildungsschulwesen in Nordschleswig auszubauen", da der von den Landräten geforderte gesetzliche Zwang zum Besuch von Fortbildungsschulen seiner Ansicht nach zur Zeit nicht durchsetzbar sei.⁽³⁴⁵⁾ Mit diesen Voten waren die Widerstände, denen Friedrich Lembke bei der Umsetzung seiner Vorstellungen zur Reform des ländlichen Bildungswesens zukünftig ausgesetzt sein würde, formuliert. Zu den Gegnern seines Plans, in Schleswig-Holstein ländliche Volkshochschulen nach dänischem Vorbild zu errichten, zählte er nach eigener Aussage "...zunächst die Regierung in Schleswig und die ihr nahestehenden nationalpolitischen Deutschen...Gegner waren auch die landwirtschaftlichen Behörden, die eine Beeinträchtigung ihrer Fachschulen befürchteten, und die meisten Landräte, die in ihren Kreisen solche Schulen hatten."⁽³⁴⁶⁾ Um seine Pläne trotz der aufgetretenen Widerstände realisieren zu können, versuchte Friedrich Lembke in Anlehnung an dänische Vorbilder, einen größeren Kreis von gleichgesinnten privaten Förderern zu gewinnen. Als ersten Schritt dazu unterbreitete er seine Vorstellungen von zeitgemäßen ländlichen Bildungseinrichtungen in seiner Schrift "Die dänische Volkshochschule nebst Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule" und verschiedenen Zeitungsartikeln einer breiteren Öffentlichkeit.⁽³⁴⁷⁾ Für die praktische Umsetzung seiner Pläne konnte er über den Verband der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften wichtige Kontakte zum Vorsitzenden des Flintbeker Landwirtschaftlichen Vereins, dem Voorder Ökonomierat Wilhelm Biernatzki, und dem Bordesholmer Landrat und Vorsitzenden des Verbandes der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, Adolf Freiherr von Heintze, knüpfen.⁽³⁴⁸⁾

Am 26. Mai des Jahres 1904 erhielt Lembke die Gelegenheit, auf der 21. ordentlichen Verbandstagung der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Kiel einen Vortrag zum Thema "Genossenschaft und Bildungsstreben auf dem Lande" zu halten. Er

nutzte diese von ihm herbeigeführte Gelegenheit, um den anwesenden Mitgliedern seine bisherigen Bemühungen um die Hebung der ländlichen Bildung vorzustellen und sie über die Grundzüge des von ihm als vorbildlich eingeschätzten dänischsprachigen Volkshochschulwesens zu informieren. Außerdem warb er um die Unterstützung der Genossenschaftsmitglieder bei der praktischen Umsetzung seiner Vorstellungen, indem er ihnen die mit der Förderung der ländlichen Bildung verbundenen Vorteile für die landwirtschaftlichen Genossenschaften so schilderte, daß "...Bildung recht verstanden nicht im toten Wissen besteht, sondern Leben bedeutet, so muß ländliche Bildung ein frisches fröhliches Leben auf dem Lande befördern; sie muß den einzelnen befähigen, sich den ländlichen Verhältnissen entsprechend mit voller Hingebung an seinen bestimmten Beruf zu betätigen...Von solcher ländlichen Bildung aber dürfen wir auch eine Förderung des Genossenschaftswesens erwarten...Der Zusammenhang zwischen Genossenschaft und Bildung wird auch wohl von keinem Praktiker bestritten."⁽³⁴⁹⁾ Lembke belegte die Übertragbarkeit des dänischen Vorbildes auf deutsche Verhältnisse mit Auszügen aus dem Bericht des landwirtschaftlichen Sachverständigen bei dem kaiserlichen Generalkonsulat in Kopenhagen, Dr. Metzger: "...Die Frage, ob das Beispiel der dänischen Bauern in anderen Ländern nachgeahmt werden kann, ist die nach dem Stande der Reife der Landbevölkerung für derartige Einrichtungen. Denn so lange die breite Menge den genossenschaftlichen Bestrebungen kein Verständnis entgegen zu bringen befähigt ist, sind alle Bemühungen auf diesem Gebiete umsonst. Da muß konstatiert werden, daß die dänische Landbevölkerung im allgemeinen eine sehr gute allgemeine wie fachliche Bildung erhält." Mit Blick auf die schulischen Realitäten in der Provinz Schleswig-Holstein empfahl Lembke den Genossenschaftsmitgliedern, die von ihm wiederholt geforderte Gründung von ländlichen Volkshochschulen nach dänischem Vorbild zu unterstützen, denn "...da die Fortbildungsschule in dünn bevölkerten Gegenden und in zerstreut liegenden Dörfern wohl schwerlich festen Fuß fassen kann, [brauchen; d. Verf.] wir...als Ergänzung und vielleicht Fortsetzung Schulen, die den dänischen Volkshochschulen ähnlich organisiert sind." Das Bildungsziel dieser neu zu gründenden Volkshochschulen sollte im Gegensatz zu den ländlichen Fortbildungsschulen, die bisher als bloße Wiederholungsschulen für Volksschullehrinhalte fungierten, darin liegen, "...ethische und wirtschaftliche Momente im engsten Anschluß an Wesen und Leben in den Vordergrund zu stellen."⁽³⁵⁰⁾ Lembke schloß seinen Vortrag mit dem Aufruf zur Gründung einer Organisation für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.

Auf Vorschlag des anwesenden nordschleswigschen Pastors und Politikers Johannes Carl Schmidt-Wodder wurde im Anschluß an Lembkes Vortrag ein fünfköpfiger "Ausschuß für das Bildungswesen auf dem Lande" gewählt, der dem nächsten Verbandstag Vorschläge zur Reform des ländlichen Bildungswesens vorlegen und Möglichkeiten zur Beteiligung der landwirtschaftlichen Genossenschaften an dieser Reform ausarbeiten sollte. Der Ausschuß, dem neben Friedrich Lembke und Johannes Carl Schmidt-Wodder auch der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins Bünzau, Klaus Gloy aus Innien, sowie Wilhelm Biernatzki und Freiherr von Heintze angehörten, erarbeitete ein acht Punkte umfassendes Grundsatzprogramm zur Reform des ländlichen Bildungswesens. Angestrebt wurde die Errichtung von ländlichen Bildungsanstalten, "...welche sich in ihrem Wesen der dänischen Volkshochschule nähern", mit dem aus Lembkes Konzepten übernommenen Bildungsziel, "...eine möglichst alle Schichten der Bevölkerung umfassende, dem Wesen der ländlichen Bevölkerung und ihrer Arbeitsorganisation entsprechende, allgemeine wirtschaftliche und sozial-ethische Bildung" zu vermitteln.⁽³⁵¹⁾ Die neuen ländlichen Bildungsanstalten sollten nach den Vorstellungen der Ausschußmitglieder in eine selbständige, die gesamte Provinz

umfassende Organisation eingebunden werden. Der Ausschuß sprach sich einstimmig dafür aus, zunächst nur die Einrichtung einer einzigen ländlichen Volkshochschule zu betreiben, diese dann aber bestmöglich auszustatten. Am 28. Dezember 1904 legte der Verband der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften dem Oberpräsidenten von Wilmowski sein Grundsatzprogramm mit der Bitte vor, amtlicherseits die weitere Förderung des Projektes zu übernehmen und eine Konferenz der "...sonst in Betracht kommenden Behörden, Berufsvertretungen und Verwaltungen berufen zu wollen." Der Verband bat um eine beschleunigte Behandlung seiner Bitte, da "...besonders in Nordschleswig schon Anfänge für die Errichtung einer und der anderen Volkshochschule vorhanden sind."⁽³⁵²⁾

Die vom Regierungspräsidenten von Dolega-Koszierowsky dem Oberpräsidenten am 20. März 1905 vorgelegte Stellungnahme zum Grundsatzprogramm der Genossenschaften übertraf in der Schärfe der Ablehnung dessen negative Reaktion auf Lembkes Reisebericht bei weitem. "Die Errichtung von Volkshochschulen, namentlich in Nordschleswig, halte ich weder für erwünscht, noch für durchführbar", leitete er sein Votum ein. Er begründete gegenüber dem Oberpräsidenten seine pauschale Ablehnung damit, daß die dänischen Volkshochschulen "...bekanntlich im wesentlichen ein Erzeugnis der spezifisch dänischen, auf teils unklaren teils überspannt patriotischen Anschauungen und Stimmungen beruhenden eigentümlichen Geistesrichtung des Grundtvigianismus [sind; d. Verf.]; die Ergebnisse ihrer Arbeit sind demgemäß ein glühender Patriotismus, ein fanatischer Haß gegen das Deutschtum und eine unklare, mit mehr oder weniger großem geistigem Hochmut verbundene Halbbildung. Grade dieser letztere Mangel macht sie als Vorbild für uns ungeeignet."⁽³⁵³⁾ Infolge des vernichtenden Urteils des Regierungspräsidenten fiel die Entscheidung des Oberpräsidenten fast zwangsläufig ablehnend aus. Mit diplomatischem Geschick kaschierte er seine Ablehnung mit einem Hinweis auf "...die Begründung einer Hochschule in Tingleff" und auf "...die wiederholten mündlichen Eröffnungen, die Seine Excellenz dem Vorsitzenden des Verbandes der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften...gemacht hat." Im Oberpräsidium wurde der Vorgang damit "...bis auf weiteres" zu den Akten genommen.⁽³⁵⁴⁾ Der Verband der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften, vertreten durch seinen Vordenker Friedrich Lembke, war mit diesem keineswegs überraschenden regierungsamtlichen Votum in seinen Bemühungen, in Schleswig-Holstein ländliche Volkshochschulen nach dänischem Vorbild zu errichten, vorerst gescheitert. Durchgesetzt hatten sich die Befürworter ländlicher Fortbildungsschulen, allen voran der Schleswiger Regierungspräsident und die im Grenzgebiet angesiedelten Landräte. Für die beginnende Institutionalisierung der deutschsprachigen Erwachsenenbildung im Untersuchungsgebiet sollte dieses Scheitern weitreichende Konsequenzen haben.

b. Lembkes Konzept ländlicher deutscher Volkshochschularbeit

Als Reaktion auf die Ressentiments des Regierungspräsidenten gegenüber den dänischen Volkshochschulen legte Friedrich Lembke mit seiner 1905 erschienen Schrift über "Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule"⁽³⁵⁵⁾ seine Vorstellungen von deutschen ländlichen Volkshochschulen einer breiteren Öffentlichkeit vor. In ihr distanzierte er sich inhaltlich-konzeptionell von den dänischen Vorbildern, indem er die geplanten deutschen Volkshochschulen als eine Form ländlicher Fortbildungsschulen definierte, die sich zum Ziel gesetzt hätten, "...die aus der Volksschule entlassene ländliche Jugend in ihrer Gesamtheit zu fördern. Diese Definition schließt nicht nur die reinen Fachschulen aus, sondern auch solche Schulen, die zwar den Namen Fortbildungsschule tragen, aber nur für eine bestimmte Bevölkerungsschicht arbeiten...Dagegen sind Schulen, die nach Art der dänischen Volkshochschulen organisiert sind, eingeschlossen, da der Begriff der

Fortbildungsschule nicht notwendig verlangt, daß Bildungsarbeit und Berufsarbeit zeitlich nebeneinander herlaufen. Um aber in der Darstellung Unklarheiten und weitschweifige Ausdrücke zu vermeiden, sollen die Fortbildungsschulen, die sich in ihrer Organisation den dänischen Volkshochschulen nähern, als 'ländliche Volkshochschulen' bezeichnet werden."⁽³⁵⁶⁾ Die definitorische Vermengung von Volkshochschule und Fortbildungsschule begründete er damit, daß das ländliche Bildungswesen in der Provinz Schleswig-Holstein noch nicht entwickelt genug sei, "...als daß wir uns eine Zersplitterung gestatten könnten. Fortbildungsschule und Volkshochschule sollen ein Ziel haben und sollen auch, soweit ihre äußeren Einrichtungen es gestatten, dieselben Wege gehen...Nicht um ihrer selbst willen müssen wir eine ländliche Volkshochschule haben, sondern auch um der Fortbildungsschule willen."⁽³⁵⁷⁾ Den gegen ihn erhobenen Vorwurf der unkritischen Nachahmung des dänischen Volkshochschulwesens suchte Lembke dadurch zu entkräften, daß er ausdrücklich betonte, daß die dänische Volkshochschule "...mit der nationalen Geschichte und der nationalen Eigenart des Dänenvolkes, mit den Eigentümlichkeiten des ländlichen Lebens in Dänemark derart verwachsen ist, daß es nicht geraten erscheint, die Schule einfach zu kopieren; wir werden in Berücksichtigung unserer Eigenart wesentliche Veränderungen vornehmen müssen...wir müssen in jahrelanger angestrenzter Arbeit nach dem dänischen Vorbild eine durch und durch deutsche Anstalt schaffen."⁽³⁵⁸⁾ In der Organisation und äußeren Einrichtung der von ihm geplanten deutschen ländlichen Volkshochschule folgte Lembke insoweit dem dänischen Vorbild, als er sie als Internatsschule mit Winter- und Sommerkursystem konzipierte. Einen spezifisch deutschen Charakter suchte er dadurch zu implementieren, daß er sich bei der Aufstellung des Lehrplans am Fächerkanon der ländlichen deutschen Fortbildungsschulen orientierte. Wie an der von Lembke mitbegründeten Delver Fortbildungsschule sollten die Schüler an den von ihm konzipierten ländlichen Volkshochschulen insgesamt 42 Stunden pro Woche in den Fächern Deutsch und Literaturkunde, Rechnen, Wirtschaftskunde, Buchführung, Geschichte und Heimatkunde, Naturkunde, Geographie und Turnen unterrichtet werden. In der unterrichtsfreien Zeit zwischen den fünfmonatigen Winterkursen für junge Männer und den dreimonatigen Sommerkursen für junge Frauen sollten die ländlichen Volkshochschulen als "...Stätte für landwirtschaftliche, genossenschaftliche, garten- und bienenwirtschaftliche Kurse dienen" und auf diese Weise die allgemeinen Bemühungen zur Hebung der ländlichen Bildung unterstützen.

Mit dem in Lembkes grundlegender Abhandlung aus dem Jahre 1905 praktizierten definitorischen Schluß zwischen ländlichen Fortbildungs- und Volkshochschulen waren vorerst die Fronten, die sich zwischen den Anhängern der Fortbildungsschule und denen der dänischen Volkshochschule aufgetan hatten, aufgeweicht. Die in Fachkreisen geführte Diskussion darüber, ob die im Ausland entwickelte Volkshochschulidee nach Deutschland übertragbar sei oder nicht, wurde durch Lembkes Definition der "ländlichen Volkshochschule als dänischer Form der Fortbildungsschule" allerdings eher behindert. Die definitorische Unsicherheit resultierte aus den gesellschafts- und bildungspolitischen Zwängen, denen die theoretische Aufarbeitung des dänischen Volkshochschulmodells speziell in Nordschleswig ausgesetzt war. Die strukturelle Konsequenz der Entscheidung des Oberpräsidiums, die Errichtung von Volkshochschulen nach dänischem Muster in der Provinz Schleswig-Holstein nicht zu unterstützen, war eine Zweiteilung der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft. Das äußere Zeichen dieser Zweiteilung war die Entstehung zweier konkurrierender deutscher Volkshochschulvereine. Die beginnende deutschsprachige Volkshochschularbeit unterlag damit zwei Gefährdungen: der Entwicklung zu einem Ableger der deutschen Fortbildungsschulen und der Zweckentfremdung als politisches Instrument im

deutsch-dänischen Grenzkampf in Nordschleswig.

7. Die Entstehung zweier konkurrierender Volkshochschulvereine in Schleswig-Holstein

Die ersten Hinweise darauf, daß sich die im Grenzgebiet ansässigen Landräte mit der Errichtung einer Volkshochschule in Tingleff selbständig machen wollten und nicht gewillt waren, sich der im Grundsatzprogramm des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften projektierten landesweiten Dachorganisation der Volkshochschulen zu unterstellen, erhielt Friedrich Lembke schon acht Wochen vor der Ablehnung der von ihm beantragten regierungsamtlichen Unterstützung seiner Pläne. Am 11. Januar 1905 informierte ihn sein bisheriger Mitstreiter Johannes Carl *Schmidt-Wodder*, daß er "...persönlich ja ein wenig gebunden [sei; d. Verf.] durch die Inanspruchnahme von Propst Kjer in Tondern für den Tingleffer Plan." Gleichzeitig versicherte er Lembke aber, daß er bestrebt sei, "...diese Teilbestrebung in die größere Bewegung, die wir beabsichtigen, einzugliedern."⁽³⁵⁹⁾ Einen Monat später, am 4. Februar, wurde Friedrich Lembke von Johannes Schmidt-Wodder darüber unterrichtet, daß dieser "...umgehend an Propst Kjer schreiben [werde; d. Verf.], damit endlich entschieden wird, ob sie [die Tingleffer Volkshochschulinitiatoren; d. Verf.] sich mit ihren Bestrebungen in eine Schleswig-Holsteinische Organisation eingliedern wollen oder nicht...Diese schleswig-holst.[einische; d. Verf.] Organisation ist unbedingt das erste, was geschaffen werden muß, das ist gerade für Nordschleswig außerordentlich wichtig, weil das lebhaftere Interesse hier oben sonst sich völlig zersplittert oder unfruchtbar bleibt. Es wird hier nämlich immer mehr offenbar und immer allgemeiner als Bedürfnis hier empfunden: Wir müssen Volkserziehungsanstalten haben."⁽³⁶⁰⁾ Die von Schmidt-Wodder befürchtete Zersplitterung der Kräfte innerhalb der Provinz trat schon im gleichen Frühjahr mit der Gründung zweier konkurrierender Volkshochschulvereine ein.

a. Die Gründung des "Nordschleswigschen Volkshochschulvereins"

Die Landräte der vier im "Schiefen Viereck" gelegenen Kreise Apenrade, Hadersleben, Tondern und Sonderburg nutzten die Zeit, in der Friedrich Lembke auf die Zusage einer Unterstützung seiner Bemühungen durch die Provinzialregierung wartete, um eine ihren spezifischen Interessen und Nöten entsprechende eigene Organisation aufzubauen. In einem am 15. November 1904 in der "Nordmark", dem Verbandsorgan des Deutschen Vereins, dem die meisten Landräte angehörten, unter der Überschrift "Landwirtschaftsschulen" erschienenen Artikel wurden die spezifischen bildungspolitischen Nöte der grenznahen Landkreise deutlich benannt. In diesem Artikel wurde der Umstand beklagt, daß "...alljährlich zahlreiche junge Nordschleswiger beiderlei Geschlechts auf die an unseren Grenzen gelegenen [dänischen; d. Verf.] Volks-Hoch- und Nachschulen gesandt werden, wo sie neben guten praktischen Kenntnissen die Geschichte in dänischer Beleuchtung kennen lernen und wo sie mit einem mystischen Dänemark-Fanatismus erfüllt werden." Die Herausgeber führten den großen Zuspruch, den die dänischsprachigen Einrichtungen auch aus Nordschleswig erfuhren, auf die gelungene Verbindung von "...theoretischer und praktischer Ausbildung" im Volkshochschulunterricht zurück und räumten ein, daß die dänischsprachigen Einrichtungen damit anerkannterwünschte Erfolge erzielt hatten. Die größte Gefahr für die politisch erwünschte "Germanisierung Nordschleswigs" sahen die Herausgeber darin, daß "...junge Mädchen nach Dänemark gegeben werden, da für sie in der Nordmark keinerlei für ländliche Verhältnisse geeignete Bildungsanstalten vorhanden sind. Was aber eine fanatisierte Hausfrau, bei aller sonstigen Tüchtigkeit, an politischem Einfluß zu leisten vermag, das zeigt das Verhalten manch eines im Herzen deutschgesinnten Ehemannes." Um die Abwanderung der deutschen

Landjugend auf dänische Bildungseinrichtungen einzudämmen, sei nach Meinung der Mitglieder des Deutschen Vereins zu erwägen, "...unsere Landwirtschaftsschulen den dänischen Anstalten, soweit sie lobenswerte Vorbilder sind, nachzugestalten, ...vor allem dadurch, daß auch sie praktische Arbeit in den Kreis ihres Lehrplans ziehen. Es müßte ferner ihre Zahl vermehrt werden, durch Neugründungen an Orten wie Scherrebek, Rödding, Christiansfeld, Hellewatt und auf Alsen...Vor allem aber würde sich die Anlage einer Hausfrauenschule für junge Mädchen...empfehlen, damit dieselben auch hier im Lande ebenso gut wie jenseits der Grenze lernen können, was ihnen im Leben nützen wird...Dann aber wäre der schädliche Einfluß der dänischen Volkshochschule zu einem großen Teile beseitigt, während wir uns nicht zu schämen brauchen, ihre guten Seiten uns angeeignet zu haben."⁽³⁶¹⁾ Dieser Beitrag in der vereinseigenen Vierteljahresschrift des Deutschen Vereins gab in komprimierter Form realistisch den Zustand der Bildungssituation im nordschleswigschen Grenzland wieder und wies zugleich Wege, darauf einzuwirken. Berücksichtigt man, daß die Landräte der vier nordschleswigschen Landkreise zu den politisch einflußreichsten Mitgliedern des Deutschen Vereins zählten, so ist es nicht weiter verwunderlich, daß sich gerade dieser Personenkreis zu Anfang des Jahres 1905 organisierte, um die angesprochenen schulpolitischen Maßnahmen für junge Frauen in Nordschleswig zu realisieren. Damit war aber genau die Zersplitterung der Bildungslandschaft in der Provinz Schleswig-Holstein eingetreten, vor der Pastor Schmidt-Wodder in seinem Schreiben an Friedrich Lembke gewarnt hatte.⁽³⁶²⁾

Bereits am 20. Februar 1905 trafen sich unter der Führung des Landrats des Kreises Tondern Friedrich Bernhard Rogge, der Pastoren Peter Möller *Johannsen* und Johannes Carl Schmidt-Wodder sowie des Propstes Peter Kjer zweiundzwanzig Männer im Tingleffer Pastorat, um einen "Volkshochschulverein Tingleff für junge Mädchen vom Lande" zu gründen und im Ort eine Volkshochschule ins Leben zu rufen.⁽³⁶³⁾ Auf der konstituierenden Sitzung dieses Vereins wurde einer der jeweils eigens dazu eingerichteten Kommissionen, denen neben Propst Kjer und den Pastoren Johannsen und Schmidt-Wodder der Vorsitzende des landwirtschaftlichen Vereins Tondern und Gemeinde- und Amtsvorsteher Ernst *Fürsen* aus Ellehuus und der Organist und Hauptlehrer Peter *Riggelsen* aus Hoyer angehörten, die Ausarbeitung eines Lehrplans und die Anstellung einer Lehrkraft, die Beschaffung geeigneter Schulräume und die Bereitstellung und Sicherung der benötigten Finanzen übertragen. Mit Datum vom 17. März des Jahres 1905, drei Tage vor der Ablehnung von Friedrich Lembkes Unterstützungsantrag, informierte Propst Kjer den schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten *von Wilmowski* über die erfolgte Volkshochschulvereinsgründung. In dem von ihm verfaßten Merkblatt begründete er aus Vereinssicht die Notwendigkeit der Errichtung von ländlichen Volkshochschulen damit, daß "...viele in der Volksschule gebildete junge Leute nach geistiger Nahrung hungern. Der Hunger muß gestillt werden, und zwar durch uns, die wir die nächsten dazu sind. Die Fortbildungsschulen, in welchen Einzelne, müde von der Arbeit des Tages, auf der alten Schulbank und in der gewöhnten Art des Schulbetriebes sich ein wenig weiter mühen, genügen durchaus nicht...Die Jugend muß sich eine Zeitlang frei und froh ganz einem idealen Streben hingeben, einem solchen, das auch zu den Verhältnissen, unter denen sie jetzt leben, Beziehung hat, um dann, gehoben und erquickt und zu weiterem Streben in den Mußestunden angeregt, in ihren Beruf, auch den einfachsten, zurückzukehren. Hierin geben die dänischen Volkshochschulen ein schönes Vorbild." Nach eigener Aussage verfolgte der Verein in der Bildungsarbeit der von ihm geplanten Volkshochschule für junge Mädchen drei Ziele, und zwar "...[erstens; d. Verf.] Förderung christlich sittlichen Lebens nicht durch Katechismusunterricht, sondern durch christliche Hausordnung, Einführung in die Bibel wie die Geschichte des Christentums und die christlichen Arbeiten und Aufgaben der Gegenwart,

und durch Gesang...[zweitens; d. Verf.] Förderung deutschen und heimathlichen Lebens durch Einführung in die deutsche Literatur und Geschichte, durch sprachliche Übungen und wiederum durch Gesang...[drittens; d. Verf.] Anleitung zu Solchen, welches zur Tüchtigkeit einer Hausfrau namentlich auf dem Lande gehört, zu den häuslichen Arbeiten, auch denen am Kochherde." Die Stadt Tingleff war aus zwei Gründen zum Sitz der neuen Volkshochschule gewählt worden: erstens war sie als nordschleswigscher Eisenbahnknotenpunkt gut zu erreichen, und zweitens, weil dort trotz dänischer Volkssprache das "...Deutschtum unbestritten herrschte".⁽³⁶⁴⁾

Der Oberpräsident wünschte Propst Kjer und seinem "...patriotischen und gemeinnützigen Unternehmen den besten Erfolg" und teilte ihm seine Bereitschaft mit, "...der Schule [seine; d. Verf.] Unterstützung...angedeihen zu lassen."⁽³⁶⁵⁾ Die positive Reaktion des Oberpräsidenten auf die Tingleffer Pläne beruhte nicht zuletzt auf einem Artikel der Cölnischen Zeitung vom 28. Februar 1905. Unter der Überschrift "Dänische und deutsche Volkshochschulen" begrüßte die Zeitung in ihrer zweiten Morgenausgabe die Vereinsgründung in Tingleff: "Ein für das Deutschtum der Nordmark wichtiges Unternehmen ist eingeleitet worden: Die Gründung einer deutschen Volkshochschule...Um ein Gegengewicht gegen die dänischen Anstalten zu schaffen und die jungen Leute in deutschem Geiste auszubilden, hat sich jetzt ein Verein zur Errichtung von Volkshochschulen in der Nordmark gebildet. Die erste Anstalt wird in Tingleff im Kreise Tondern erstehen." Die Herausgeber der Cölnischen Zeitung werteten diesen Vorgang als ein bedeutendes Werk, das "...zur inneren Gewinnung der Nordschleswiger für das Deutschtum viel beitragen wird."⁽³⁶⁶⁾ Unter ausdrücklichem Hinweis auf diesen Zeitungsartikel teilte der Oberregierungsrat im Berliner Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, *Dr. Naumann*, dem schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten mit, daß "...nach einem auf den Zeitungsausschnitt Allerhöchsteigenhändig gesetzten Vermerk Seine Majestät der Kaiser und König das Unternehmen der Gründung von deutschen Volkshochschulen in dortiger Provinz mit allen Kräften gefördert zu sehen [wünscht; d. Verf.]."⁽³⁶⁷⁾ Derart ermutigt, nutzten die Gründungsmitglieder des "Volkshochschulvereins Tingleff..." die folgenden Monate, um die nötigen Rahmenbedingungen für die Erweiterung der Vereinsbasis und die Gründung der von ihnen geplanten Volkshochschule zu schaffen. Am Nachmittag des 15. Juni 1905 versammelten sich zweiunddreißig Mitglieder des "Volkshochschulvereins Tingleff für junge Mädchen vom Lande" in Johannsens Gasthof in Tingleff, um sich über die Ergebnisse der bisher von den drei Ausschüssen geleisteten Arbeit informieren zu lassen. Im Anschluß an die Rechenschaftsberichte der Ausschußvorsitzenden berichtete Pastor Schmidt-Wodder über die Gründungsversammlung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein", an der er am Vortage in Neumünster teilgenommen hatte. Nachdem sich die Anwesenden als "Deutscher Nordschleswigscher Volkshochschulverein" konstituiert hatten, berieten sie eingehend die bereits im Entwurf vorliegende Vereinssatzung. Die dreizehn Paragraphen wurden nach langer Debatte mit einigen kleineren redaktionellen Änderungen einstimmig angenommen. Die gravierendste Änderung war die Verkürzung des Vereinsnamens auf "Nordschleswigscher Volkshochschulverein".⁽³⁶⁸⁾ Im ersten Vorstand des neugegründeten Vereins waren mit dem Landrat des Kreises Tondern Friedrich Bernhard Rogge als Vorsitzendem, Propst Peter Kjer aus Tondern als Schriftführer und stellvertretendem Vorsitzenden, dem Tingleffer Amtsvorsteher und Sparkassendirektor Peter Johannsen als Kassenführer, Pastor Peter Möller Johannsen aus Tingleff als stellvertretendem Kassenführer sowie Pastor Johannes Carl Schmidt-Wodder als stellvertretendem Schriftführer ausschließlich politische Beamte und Pastoren vertreten. Das satzungsmäßig verankerte Ziel des Vereins sollte die Gründung und Unterhaltung von

deutschen Volkshochschulen in Nordschleswig sein, der erste Schritt dazu die Gründung einer Volkshochschule für Mädchen vom Lande durch den Volkshochschulverein Tingleff zum 1. November 1905. Außerdem wurde der Vorstand von der Versammlung beauftragt, mit dem "Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein" die Möglichkeit einer gemeinsamen Organisation unter dem Vorbehalt der Selbständigkeit Nordschlewigs in Fragen der Gründung, Einrichtung und Verwaltung von Volkshochschulen zu erörtern.⁽³⁶⁹⁾ Die Verhandlungen darüber verliefen ergebnislos. Am 27. Juli 1905 erfolgte die Eintragung des Nordschlewigschen Volkshochschulvereins in das Vereinsregister des Amtsgerichts Tondern. Der Nordschlewigsche Volkshochschulverein verstand sich als die allein zuständige Instanz für alle Volkshochschulangelegenheiten in Nordschleswig und wurde, wie die Vorgänge um die Errichtung einer Volkshochschule in Lügumkloster wenige Jahre später zeigten, von der Provinzialregierung auch als solche anerkannt. Im Februar des Jahres 1908 hatten mehrere Privatpersonen den Regierungspräsidenten um die Errichtung einer Volkshochschule in Lügumkloster gebeten. Deren Antrag leitete der Regierungspräsident zur Prüfung und Stellungnahme an den Vorsitzenden des Nordschlewigschen Volkshochschulvereins weiter. Aus Rogges Bericht spricht das starke Selbstbewußtsein des Volkshochschulvereins; er bemängelte, daß die Antragsteller davon ausgingen, daß Volkshochschulen vom Staat errichtet würden und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er von staatlich betriebenen Volkshochschulen dringend abräte. "Es liegt vielmehr im Interesse der Sache", führte Rogge aus, "dass die Volkshochschulen eine Einrichtung privater Vereine, wie bisher bleiben." Seiner Meinung nach seien die Interessen der Provinzialregierung und der grenznahen Kreise durch die Einbindung der Landräte in den Volkshochschulverein hinreichend gewahrt. Rogge schloß seinen Bericht an den Regierungspräsidenten mit dem Hinweis, daß eine erfolversprechende Volkshochschulentwicklung nur durch den Nordschlewigschen Volkshochschulverein gewährleistet werden könne; der Regierungspräsident möge die Antragsteller aus Lügumkloster an ihn verweisen.⁽³⁷⁰⁾ Ob dies tatsächlich geschah, ist nicht überliefert.

b. Die Gründung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein"

Für Friedrich Hinrich *Lembke* kam die vom Tonderner Landrat Rogge forcierte Gründung des Nordschlewigschen Volkshochschulvereins nicht überraschend. Bereits am 22. Februar 1905 war er von Johannes Schmidt-Wodder schriftlich über die Vorgänge in Tingleff informiert worden. "Die Würfel sind gefallen und zwar in einer Sie gewiß völlig überraschenden Weise", teilte Schmidt-Wodder ihm mit, "...ein Tingleffer Volkshochschulverein hat sich konstituiert und gleich drei Kommissionen in Thätigkeit gesetzt...Wie die Sache gekommen ist? - mir auch ganz überraschend, nachdem der Propst erst sich einverstanden erklärt hatte, die schleswig-holsteinische Vereinsgründung abzuwarten...Ich hob wiederholt die Bedenken hervor, die ein gesondertes Vorgehen Nordschlewigs habe, aber der Thatendrang war viel zu groß, als daß diese Bedenken geteilt wurden."⁽³⁷¹⁾ Friedrich Lembke wartete trotz dieser Informationen auf eine Zusage der Unterstützung seiner Ziele durch den Oberpräsidenten. Erste Zweifel am Erfolg dieses Vorgehens äußerte Schmidt-Wodder in seinem Schreiben an Lembke vom 8. März 1905. Darin erinnerte er an die Erfolgsgrundlagen der dänischen Volkshochschulen: "Private Initiative muß sich zur Schulgründung regen und Organisation muß Stütze bieten. In Dänemark war die private Initiative fast allein am Werk und richtete allmählich so Erstaunliches aus, bei uns fangen wir am anderen Ende an. Hoffen wir, daß auch so der Erfolg nicht fehlt."⁽³⁷²⁾ Schmidt-Wodders Befürchtungen bestätigten sich durch den ablehnenden Bescheid des Oberpräsidenten vom 20. März 1905. Lembke reagierte auf diese Ablehnung, indem er gut acht Wochen später, am 17. Mai 1905, seine Veröffentlichung zu den Möglichkeiten von ländlichen Fortbildungsschulen und ländlichen Volkshochschulen⁽³⁷³⁾

der preußischen Kaiserin in Form einer Immediat-Eingabe mit der Bitte um kaiserliche Unterstützung direkt vorlegte. Der von der Reichsregierung zu einer Stellungnahme aufgeforderte schleswig-holsteinische Regierungspräsident riet dringend davon ab, Lembkes Vorgehen zu unterstützen. Sein Votum begründete er damit, daß aus seiner Sicht die von Lembke als Vorbild gepriesenen dänischen Volkshochschulen eine Schulbildung vermittelten, "...die geeignet ist, Schäden bei ihren Schülern zu entwickeln, namentlich ziehen sie in ihnen einen unerfreulichen geistigen Hochmut groß...Lembke hat diese Sachlage nicht erkannt, sein Wohlwollen ist daher darauf gerichtet, möglichst weite Kreise für seine Pläne zu gewinnen. Diesen Zweck verfolgt wohl auch seine beiliegende Immediat-Eingabe."⁽³⁷⁴⁾

Der Verband der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften reagierte auf die Verweigerung einer offiziellen Unterstützung seiner Pläne zur Errichtung ländlicher Volkshochschulen damit, daß er sich auf Privatinitiativen stützte. Schon am 27. April 1905 fand auf Einladung des Verbandsdirektors und Bordscholmer Landrates *Freiherr von Heintze* in Kiel eine Versammlung statt, auf der mögliche Wege zur Behebung der aus Verbandssicht "...klaffenden Bildungs- und Erziehungslücke, die für den allergrößten Teil der ländlichen Jugend nach Beendigung der Schulzeit bisher unvermeidlich eintritt," erörtert werden sollten. Nach fünfstündigen Beratungen einigte sich die Versammlung auf das im folgenden in Auszügen wiedergegebene Grundsatzprogramm: "Wir fordern eine möglichst alle Schichten der Bevölkerung umfassende, dem Wesen der ländlichen Bevölkerung und ihrer Arbeitsorganisation entsprechende, allgemeine wirtschaftliche und sozial-ethische Bildung. Die geforderte Bildung kann von der Fachschule allein nicht vermittelt werden, wohl aber ist eine Förderung der Interessen der Fachschule in hervorragender Weise davon zu erwarten...Darum sollen Anstalten ins Leben gerufen werden, die in ihrem Wesen der dänischen Volkshochschule sich nähern und nicht nur von den Besitzenden, sondern auch von den weniger bemittelten Ständen besucht werden können. Um dieses große Werk zu errichten und zu tragen, muß eine die ganze Provinz umfassende Vereinsorganisation geschaffen werden."⁽³⁷⁵⁾ Zum Abschluß der Beratungen wurde eine Arbeitskommission gewählt, die eine konstituierende Versammlung vorbereiten sollte.

Der als Flugblatt verbreiteten Einladung zur konstituierenden Sitzung am 14. Juni 1905 in Neumünster folgten über 100 interessierte Persönlichkeiten aus Landwirtschaft und Politik.⁽³⁷⁶⁾ Die Tagesordnung der Neumünsteraner Versammlung sah nur drei Punkte vor, und zwar die Eröffnung durch den Ausschußvorsitzenden Freiherrn von Heintze, einen Vortrag Friedrich Lembkes über "Das Wesen und die Entwicklung der ländlichen Volkshochschulen" und schließlich die Konstituierung eines Volkshochschulvereins.⁽³⁷⁷⁾ Die Versammlung nahm den geplanten Verlauf, und nach Lembkes Referat wurde der vom Ausschuß vorgelegte Satzungsentwurf einstimmig angenommen. Der Zweck des Volkshochschulvereins lag danach darin, "...in Schleswig-Holstein das Bildungswesen auf dem Lande zu fördern, insbesondere durch Errichtung ländlicher Volkshochschulen."⁽³⁷⁸⁾

Nach der Verabschiedung der Vereinssatzung wählten die anwesenden Vereinsmitglieder den Vorstand ihres unter dem Namen "Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein" neu gegründeten Vereins. Mit dem Plöner Landrat Hermann von *Rumohr* als Vorsitzendem, dem Heider Gewerbeschullehrer Friedrich Hinrich *Lembke* als Geschäftsführer, dem Kieler Schulrat und Kreisschulinspektor Dr. Klaus *Schütt*, dem Vorsitzenden des landwirtschaftlichen Verbandes an der Bünzau Klaus *Gloy* aus Innien und dem Husbyer Hauptlehrer und Küster Hans *Frandsen* als einfachen Vorstandsmitgliedern vertraten insgesamt fünf Vertreter aus der Verwaltung, der Schule und der Landwirtschaft die Vereinsinteressen.⁽³⁷⁹⁾ In den zwölfköpfigen Vereinsbeirat wurden der Bordscholmer Landrat

Adolf Freiherr von *Heintze*, Pastor Johannes Carl *Schmidt-Wodder*, der Direktor der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Hohenwestedt *Albert Conradi*, der Bargfelder Volksschullehrer Detlef *Breiholz*, der Ökonomierat und Pastor Johannes *Biernatzki* aus Hamberge, der Kreistagsabgeordnete, stellvertretende Vorsitzende des Landwirtschaftskammer und Vorsitzende des Angler landwirtschaftlichen Vereins Peter *Jensen* aus Ausacker, der Itzehoer Kreisschulinspektor Christian *Alberti*, der Vorsitzende des Bordesholmer landwirtschaftlichen Vereins Johannes *Doose* aus Groß Buchwald, der Heider Rentier Gustav Anton *Thomsen*, der Pastor und spätere Kreisschulinspektor Rudolf *Oldenburg* aus Treia, der Munkbraruper Volksschullehrer Heinrich *Iwersen* und der Hamdorfer Gemeindevorsteher Johannes *Johannsen* gewählt.⁽³⁸⁰⁾ Mit Schreiben vom 4. September 1905 genehmigte der Regierungspräsident die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister des Amtsgerichtes Kiel.⁽³⁸¹⁾ Auf der Vereinsitzung am 19. November 1905 wurde der Beschluß gefaßt, in Albersdorf die erste aus Vereinsmitteln geförderte ländliche Heimvolkshochschule zu errichten.

Die Geschehnisse um die Errichtung von Volkshochschulvereinen und -schulen im Untersuchungsgebiet zeigten den Beteiligten deutlich die von der Politik bestimmten erwachsenenbildnerischen Freiräume und Grenzen. Die Jahre seit der Reichsgründung 1871 waren dadurch gekennzeichnet, daß sich die Provinz Schleswig-Holstein einer umfangreichen kultur- und wirtschaftspolitischen Offensive Dänemarks, die vor allem auf Nordschleswig zielte, ausgesetzt sah. Bedeutende Instrumente dieser Offensive waren die dänischen Volkshochschulen, die eine stetig steigende Zahl schulentlassener deutscher Jugendlicher aus Nordschleswig anzogen. Die Provinzialregierung nahm diese erfolgreiche Konterkarierung ihrer "Germanisierungsbemühungen" mit zunehmender Sorge zur Kenntnis, sie hielt aber unverrückbar an ihren bildungspolitischen Maximen fest. Am Bildungsauftrag der allgemeinen Volksschulen, der in der seit 1814 nahezu unverändert geltenden Allgemeinen Schulordnung festgeschrieben war, nämlich "...dem Staat nützliche und rechtschaffene Untertanen heranzuziehen...und die Kinder besonders in den sich auf ihren künftigen Beruf beziehenden Kenntnissen" zu unterrichten, durfte ebenso wenig gerüttelt werden wie am Fortbestand der in ganz Preußen zur Fortbildung der männlichen Jugend neu eingerichteten ländlichen Fortbildungsschulen.⁽³⁸²⁾ Wer an diesen Vorgaben zu deuteln versuchte, wurde von der Provinzialregierung so gemäßregelt wie der Hoptruper Pastor Hans *Tonnesen* im Jahre 1899 wegen seiner Vorstellungen von einer "indirekten Germanisierung" des Grenzgebietes durch politisch indifferente Volkshochschulen. Die erste intensive theoretische Auseinandersetzung mit der Bildungslandschaft im nordschleswigschen Grenzgebiet unternahm der Gewerbeschullehrer Friedrich *Lembke* im Jahre 1903, als er im Rahmen einer Reise durch Dänemark die dortigen ländlichen Volkshochschulen näher untersuchte. Seinen Versuchen, die dabei gewonnenen Erkenntnisse in der Provinz Schleswig-Holstein umzusetzen und dort eigenständige Volkshochschulen nach dänischem Vorbild einzurichten, blieb die offizielle Unterstützung durch die Provinzialregierung verwehrt, da er eine mangelnde Sensibilität für die innen-, außen- und bildungspolitischen Intentionen der grenznahen Landkreise und der sie unterstützenden Provinzial- und Reichsregierung an den Tag legte. Vor allem sein vehementes Eintreten gegen die vorrangige Weiterentwicklung der bestehenden ländlichen Fortbildungsschulen und sein hartnäckiges Festhalten am Vorbildcharakter der dänischen Volkshochschulen standen einer Umsetzung seiner Pläne im Wege. Seine in den vier nordschleswiger Kreisen Apenrade, Hadersleben, Sonderburg und Tondern ansässigen Kontrahenten verstanden es insgesamt geschickter, ihre nationalpolitischen Interessen zu wahren und ihre bildungspolitischen Vorstellungen mit staatlicher Unterstützung

durchzusetzen.

8. Die Schulgründungen des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins in Tingleff und Norburg

Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein gründete bis zum Jahre 1918 insgesamt zwei vereinseigene Volkshochschulen im sogenannten "Schiefen Viereck", und zwar im Jahre 1905 in Tingleff und 1911 in Norburg auf Alsen.

"Wir wollen nach wahrhaft Gutem trachten; Wir wollen keiner den andern verachten; Wir wollen uns stützen und führen beim Wandern; Wir wollen uns helfen, einer dem andern!"⁽³⁸³⁾

a. Gründung und Lehrbetrieb der Volkshochschule Tingleff in den Jahren von 1905 bis 1918

Der "Volkshochschulverein Tingleff für junge Mädchen vom Lande" und sein Dachverband, der "Nordschleswigsche Volkshochschulverein", arbeiteten seit der Vereinsgründung am 15. Juni 1905 intensiv an der Realisierung der geplanten Volkshochschule für junge Mädchen vom Lande in Tingleff. Die für eine Volkshochschule ungewöhnliche Ausrichtung ausschließlich auf junge Mädchen begründete einer ihrer Gründungsväter, der Tonderner Landrat Friedrich Bernhard Rogge, in einem Bericht an den Oberpräsidenten damit, daß die geplante Schule die Lücke schließen solle, die durch das Fehlen von ländlichen Fortbildungsschulen für Mädchen entstanden sei. Außerdem sei die Tingleffer Volkshochschule als ein deutliches Gegengewicht gegen die dänischen Volkshochschulen gedacht, denn es sei "...öfters beobachtet worden, daß namentlich Mädchen, die auf den dänischen Volkshochschulen ausgebildet waren, dann später als Frauen und Mutter ihren gemäßigt gesinnten Mann und die Kinder ganz in das Lager der dänischen Protestpartei hinübergezogen haben." Um dieser politisch unerwünschten Entwicklung entgegenzuwirken, sollte die Tingleffer Volkshochschule in den Mädchen den "...Sinn wecken für deutsche Kultur, deutsche Geschichte und das Rückgrat stärken gegen die von der dänischen Partei ausgehenden Verlockungen."⁽³⁸⁴⁾ Da der Nordschleswigsche Volkshochschulverein mit der Finanzierung der Tingleffer Volkshochschule überfordert war, bat Rogge in seiner Funktion als Vereinsvorsitzender in seinem von ihm als vertraulich eingestuften Rundschreiben vom 28. August 1905 alle in Nordschleswig ansässigen Amtsträger darum, zur Finanzierung der Tingleffer Volkshochschule zahlungskräftige Mitglieder aus ihren Amtsbezirken anzuwerben.⁽³⁸⁵⁾ Mit einem Zuschuß der Gemeinde Tingleff kaufte der Nordschleswigsche Volkshochschulverein für 8650 Mark das Bauernhaus des Tingleffer Hufners Jakob Hansen an und ließ es so umbauen, daß es 14 Schülerinnen und dem Lehrpersonal Platz bot.⁽³⁸⁶⁾ Die Tingleffer Volkshochschule war ausschließlich als Internatsschule für junge Mädchen im Alter zwischen 17 und 25 Jahren geplant. Das Schul- und Verpflegungsgeld für die obligatorischen fünfmonatigen Kurse betrug 150 Mark. Der Vereinsvorstand stellte in einem in den vier grenznahen Landkreisen verteilten Flugblatt die neugegründete Volkshochschule Tingleff vor und warb um Anmeldungen zu dem am 1. Dezember 1905 beginnenden Unterricht. Auf seiner Sitzung vom 28. August 1905 beschloß der Nordschleswigsche Volkshochschulverein auf Empfehlung von Propst Peter Kjer und Pastor Johannes Schmidt-Wodder, die Leitung seiner Tingleffer Volkshochschule der ihnen persönlich bekannten Tochter des Apenrader Propstes Ludwig Reuter zu übertragen. Die am 6. April 1869 in Ladelund im Kreis Nordfriesland geborene Elisabeth Reuter schien aus der Sicht des Vereinsvorstandes zur Schulleitung geeignet zu sein, weil sie nach ihrer Volksschulzeit im Berliner Lette-Haus zur hauswirtschaftlichen Lehrerin ausgebildet worden war.⁽³⁸⁷⁾ Außer ihr sollten der Tingleffer Pastor und stellvertretende Kassenvorführer des Volkshochschulvereins Peter Möller Johannsen, Frau Gertrud von Stülpnagel als wissenschaftliche Lehrerin und der Tingleffer Volksschullehrer Jörgen Lorenzen an der Schule unterrichten. Der am 12. August

1873 in Warnitz im Kreis Apenrade geborene Lorenzen hatte seine Erste und Zweite Lehrerprüfung in den Jahren 1895 und 1898 am Tonderner Seminar abgelegt und unterrichtete seit dem 1. Oktober 1905 als 1. Lehrer an der Tingleffer Volksschule. Daneben hatte er den Musikunterricht an der Tingleffer Volkshochschule übernommen.⁽³⁸⁸⁾ Für die auf eigenen Wunsch ausgeschiedene Frau von Stülpnagel wurde in der Zeit vom 1. Mai 1907 bis zum 31. März 1908 die aus Weimar stammende Hauswirtschaftslehrerin Frau *Heyder* angestellt. Mit der Ausarbeitung eines Lehrplans für die Tingleffer Volkshochschule waren zwei erfahrene Nordschleswiger Lehrer, der gebürtige Alsenener Christian Peter *Dethleffsen* und der aus dem Kreis Tondern stammende Peter *Riggelsen*, beauftragt worden. Der am 6. Januar 1857 in Sundsmark auf Alsen geborene Dethleffsen war in den Jahren von 1877 bis 1879 Lehrer am Augustenburger Lehrerinnenseminar und von 1879 bis 1885 an der Präparandenanstalt in Apenrade gewesen, bevor er von dort im Jahre 1885 als Seminarlehrer nach Tondern wechselte.⁽³⁸⁹⁾ Der am 2. Mai 1856 in Abel geborene Riggelsen besaß die Unterrichtsbefähigung für Mittel- und höhere Töchterschulen, unterrichtete seit dem 1. Juli 1881 als 1. Lehrer an der Volksschule in Hoyer und war Vorsitzender der Ortsabteilung Tondern des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig.⁽³⁹⁰⁾ Der von beiden ausgearbeitete Unterrichtsplan wurde sowohl den vom Deutschen Verein für das nördliche Schleswig vertretenen nationalpolitisch geprägten Vorstellungen von den Inhalten nachschulischer Bildungsarbeit als auch denen des Volkshochschulvereins für Nordschleswig gerecht. Er umfaßte insgesamt 1040 Unterrichtsstunden, die im Rahmen eines Jahreskurses auf ein fünfmonatiges Winter- und ein fünfmonatiges Sommersemester verteilt wurden. Pro Woche wurden 20 Stunden Haushaltung, 7 Stunden Deutsch, 5 Stunden Geschichte und Heimatkunde und jeweils 2 Stunden Religion, Rechnen und Turnen gelehrt. Die Tageseinteilung sah an den Wochentagen folgendermaßen aus:

6.30 Uhr - 7.30 Uhr Aufstehen, Bettmachen, Anziehen.
7.30 Uhr - 8.00 Uhr Andacht, gemeinsames Frühstück.
8.00 Uhr - 12.00 Uhr 1. Abteilung: Praktische Arbeiten in der Küche
2. Abteilung: Zimmerreinigung, Handarbeiten, Gesundheitslehre, Zimmerpflanzenpflege, Wäschewaschen.
12.00 Uhr - 14.00 Uhr Gemeinsames Mittagessen, Abwasch.
14.00 Uhr - 15.00 Uhr Spaziergang.
15.00 Uhr - 16.00 Uhr Gemeinsames Kaffeetrinken und freie Selbstbeschäftigung.
16.00 Uhr - 19.00 Uhr Fachunterricht.
19.00 Uhr - 20.00 Uhr Gemeinsames Abendessen.
20.00 Uhr - 22.00 Uhr Unterhaltung: Vorlesen, Vorträge, Gesang, Gesellschaftsspiele.⁽³⁹¹⁾

Die finanziellen und organisatorischen Schwächen der geplanten reinen Mädchen-Volkshochschule in Tingleff waren dem Tonderner Landrat Rogge schon vor der Aufnahme des Lehrbetriebs bewußt. In seinem Bericht vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten der Provinz hatte er die dem Lehrplan zu Grunde liegende Vorstellung eines Ganzjahreskurses aus zwei aufeinander aufbauenden Semestern bereits aufgegeben. Er wies ausdrücklich darauf hin, daß "...die Schule zwecks besserer Finanzierung auch im Sommer einen Kurs abhalten muß. Zu diesem Sommerkurs werden sich nun vielleicht weniger Mädchen vom Lande melden als zum Winterkurs. Da darf es nicht ausgeschlossen sein, auch durch Heranziehung von Mädchen aus der Stadt alle Plätze zu besetzen. Immerhin sind es die Mädchen vom Lande, deren Heranziehung in erster Linie bezweckt wird." Eine dauerhafte

Lösung der finanziellen Misere sah Rogge in einem Ausbau des Schulgebäudes zur Aufnahme einer Höchstzahl von 25 Schülerinnen pro Semester. Das Nahziel des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins müsse sein, möglichst viele Mitglieder aus den benachbarten grenznahen Kreisen zu gewinnen, damit diese dann "...die Errichtung weiterer Volkshochschulen an anderen Orten fordern. Diese Forderung würde durchaus gerechtfertigt sein. Denn es wird immer im Auge behalten werden müssen, die Volkshochschule nicht zu groß (höchstens 25-30 Schüler) werden und sie einen Mittelpunkt ihres betreffenden lokalen Bezirks bilden zu lassen, von jeder Zentralisation in dieser Beziehung abzusehen."⁽³⁹²⁾

Einen Monat später als ursprünglich geplant, wurde die Volkshochschule Tingleff am 1. Dezember des Jahres 1905 feierlich eröffnet, am 6. Dezember begann der Unterricht. Für den ersten Winterkurs lagen der Volkshochschulleitung 36 Anmeldungen vor, von denen 16 unter dem Gesichtspunkt der Herkunft der Mädchen vom platten Land berücksichtigt wurden. 6 Schülerinnen stammten aus dem Kreis Tondern, jeweils 4 aus den Kreisen Hadersleben und Sonderburg und 2 aus dem Kreis Apenrade.⁽³⁹³⁾ Der erste Winterkurs endete am 1. April 1906. Erleichtert über den erfolgreichen Start der neugegründeten Volkshochschule berichtete Propst Peter Kjer im Juni 1906 im Schleswig-Holsteinischen Kirchenblatt: "Wir hatten es unternommen, im kleinen anzufangen und zu zeigen, daß eine solche Schule lebensfähig ist. Wir sagen Gott sei Dank, daß dieser Beweis in erfreulicher Weise erbracht ist. Wir dürfen kühnlich behaupten, daß ländliche Volkshochschulen großen Segen stiften können, größeren als alles andere, was für unsere Jugend geschieht."⁽³⁹⁴⁾ Für den am 1. Mai beginnenden Sommerkurs des Jahres 1906 lagen trotz der Anhebung der Lehrgangsgebühren auf 200 Mark wiederum erheblich mehr Neuanmeldungen vor, als von der Schulleitung berücksichtigt werden konnten. Um beiden Zielen des Volkshochschulvereins gerecht zu werden, nämlich die Volkshochschule Tingleff zu einem Mittelpunkt des Kreises zu machen und in den anderen Landkreisen für die Idee der Volkshochschule zu werben, erhielten 9 Schülerinnen aus dem Kreis Tondern, 5 aus dem Kreis Apenrade und 2 aus dem Kreis Sonderburg eine Zusage. Damit hatte sich die vom Tonderner Landrat und Vereinsvorsitzenden Friedrich Bernhard Rogge in seinem Bericht vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten prognostizierte Entwicklung bestätigt, denn von den Schülerinnen des ersten Winterkurses hatte sich keine einzige für den anschließenden Sommerkurs angemeldet, und mit einer Aufnahmekapazität von 16 Schülerinnen pro Kursus konnte die Volkshochschule Tingleff nicht kostendeckend arbeiten.

Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein reagierte schnell auf die Nachfrage, auf die das Lehrangebot der Tingleffer Volkshochschule in den vier grenznahen Kreisen stieß. Der vom Landrat Rogge beabsichtigte Ausbau des Schulgebäudes wurde erst-mals im Frühjahr 1906 ernsthaft erwogen. Der Volkshochschulvorstand beauftragte die Berliner Firma Dinklage und Paulus damit, die Kosten für die Schaffung von Räumlichkeiten für eine Gesamtzahl von 24 Schülerinnen zu kalkulieren. Der Umbau des alten Schulhauses erwies sich allerdings wegen der hohen Kosten als unzweckmäßig. Am 15. März 1906 bot der Verschönerungsverein Tingleff dem Volkshochschulverein einen 6000 m² großen Bauplatz unentgeltlich an, doch der Vorstand hielt die Lage für ungeeignet. Im November 1906 versuchte der Volkshochschulvorstand erneut, die Kapazität des alten Schulhauses zu erweitern, nachdem man übereingekommen war, von der Satruper Baufirma Emil Christophersen die entsprechenden Umbaupläne ausarbeiten zu lassen.⁽³⁹⁵⁾ Zur Finanzierung der geplanten Umbaumaßnahmen erbat Landrat Rogge staatliche Beihilfen aus den Mitteln der Provinzialverwaltung, der Landwirtschaftskammer und des Oberpräsidiums. In seinem Schreiben vom 19. November 1906 an den Landeshauptmann begründete Friedrich Rogge die

vorgesehene Baumaßnahme damit, daß es dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein mit der Gründung der Tingleffer Schule erstmals gelungen sei, in Anlehnung an das Vorbild der dänischen Volkshochschulen ein "nationales Gegengewicht" gegen die dänische Agitation im Grenzgebiet zu schaffen. Er schloß sein Schreiben mit dem Appell, die Provinzialverwaltung würde mit der Volkshochschule Tingleff "...ein Unternehmen unterstützen, das in besonderem Masse auf der Liebe zum Vaterland, zu dem schleswig-holsteinischen Heimatlande und deren eingesessener Bevölkerung gegründet ist."⁽³⁹⁶⁾

In der Vorstandssitzung des Tingleffer Volkshochschulvereins vom 22. März 1907 wurde beschlossen, eine "... Entwurfsskizze für einen Neubau anfertigen zu lassen, welche die Beseitigung der jetzt bestehenden Baulichkeiten vorsieht."⁽³⁹⁷⁾ Von den Neuanmeldungen zum Sommerkurs des Jahres 1907 konnten insgesamt 18 Schülerinnen berücksichtigt werden, für mehrere Folgekurse waren schon Platzzusagen vergeben worden. Die konstant hohe Zahl von über 36 Neuanmeldungen pro Kursus bestätigte den Volkshochschulverein in seiner Absicht, die Kapazität der Tingleffer Volkshochschule zu erweitern. Die Mitgliederversammlung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins faßte am 15. Januar 1908 mehrheitlich den Beschluß, die alte Volkshochschule zum Ende des Winterkurses 1907/08 zu schließen und den Unterricht zum Winterkursus 1908/09 in einem von der Berliner Baufirma Dinklage und Paulus errichteten Neubau wieder aufzunehmen.

Im April des Jahres 1908 wurde das alte Tingleffer Volkshochschulgebäude abgerissen und an seiner Stelle ein Neubau errichtet. Die Baukosten waren durch ein Darlehen der Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, einmalige Zuschüsse vom preußischen Handels-, Innen- und Kultusministerium, Beihilfen der Provinzialverwaltung und aus dem Dispositionsfonds des Oberpräsidenten sowie ein Hypothekendarlehen der Spar- und Leihkasse in Tondern und eine Bürgschaftsanleihe der Kreissparkasse Tondern gedeckt. Das preußische Landwirtschaftsministerium hatte die Bewilligung von Unterhaltszuschüssen davon abhängig gemacht, daß der Lehrplan der Tingleffer Volkshochschule stärker auf die landwirtschaftliche Berufspraxis ausgerichtet werde. Dazu sollten theoretische und praktische Unterweisungen in den Bereichen Geflügelzucht, Molkereiwesen, Schweinehaltung, Garten-, Obst- und Gemüseanbau einschließlich der Verwertung dieser Produkte in den Lehrplan aufgenommen werden. Außerdem sollte sich der Volkshochschulverein dazu verpflichten, auf Dauer mindestens eine landwirtschaftlich vorgebildete Lehrkraft einzustellen. Der Vorstand des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins beschloß auf seiner Sitzung am 12. November 1908, auf die vom Landwirtschaftsministerium angebotenen Zuschüsse zu verzichten. Er begründete die Zurückweisung der Mittel damit, daß die Erfüllung der mit ihrer Annahme verbundenen Forderungen die Tingleffer Volkshochschule in eine rein landwirtschaftliche Schule umwandeln und ihren bisherigen Charakter einer allgemeinen Bildungsanstalt für junge Mädchen vom Land zerstören würde. Der Vorstand sah das mit seiner Schulgründung verfolgte Bildungsziel eindeutig nicht in der alleinigen gründlichen Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse. Nach seinem Selbstverständnis mußte die weibliche Bevölkerung des Grenzgebiets "...für deutsches Wesen und deutsche Bildung gewonnen und begeistert werden, und das ist uns in dem bisherigen Rahmen der Schule gelungen und hat uns den Beifall in der Nordmark erworben. Neben der allgemeinen und der materiellen Ausbildung soll die Volkshochschule gewiss auch praktischen Unterricht erteilen, aber dieser Unterricht soll sich nur auf Unterweisung in hauswirtschaftlichen Kenntnissen erstrecken."⁽³⁹⁸⁾ Am 10. November 1908 wurde der Unterricht in dem neuen Volkshochschulgebäude, das nun Platz für 36 Schülerinnen bot, wieder aufgenommen, die feierliche Einweihung des Neubaus fand vierzehn Tage später am 25. November statt. Mit dem Einzug in das neue Volkshochschulgebäude wurden die hauswirtschaftlichen und allgemeinbildenden

Unterrichtsanteile neu gewichtet. Dahinter stand die Absicht, Tingleff als einzige deutsche Volkshochschule gegenüber den vom stellvertretenden Apenrader Landrat Ernst Dryander favorisierten Haushaltungskursen stärker zu profilieren und dem von ihm erhobenen Vorwurf einer "inhaltlich und nationalpolitisch verfehlten Bildungsarbeit des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins" zu begegnen. Die Zahl der allgemeinbildenden Unterrichtsstunden war schon zum Sommerkurs des Jahres 1907 von ursprünglich 10 auf 16 erhöht worden, zum Winterkurs 1908 wurde sie auf 20 verdoppelt. Auf die einzelnen Fächer entfielen wöchentlich seit Beginn des Winterkurses 1908:⁽³⁹⁹⁾

Haushaltungsunterricht (einschließlich Nahrungsmittellehre, Putzen, Servieren, Zimmerreinigen, Waschen, Nähen, Stopfen und Flickern) 36-40 Stunden

Handarbeit 2 Stunden

Erziehungslehre und Gesundheitspflege 2 Stunden

Lesen 2-4 Stunden

Schönschreiben 1 Stunde

Literatur 3 Stunden

Heimatkunde 2 Stunden

Bürgerkunde 1 Stunde

Aufsatz 2 Stunden

Geschichte 2 Stunden

Einführung in das kirchliche Leben 1 Stunde

Gesang 2 Stunden

Turnen 3 Stunden

Freie Arbeitszeit 4 Stunden

Die Lehrer der Tingleffer Volkshochschule verfolgten mit ihrem Unterricht weniger das Ziel, abfragbare Kenntnisse zu vermitteln, sondern sie versuchten in den Schülerinnen durch freie Unterrichtsvorträge ein allgemeines Weiterbildungsbedürfnis zu wecken. So gab der Lehrer seinen Schülerinnen beispielsweise im Literaturunterricht einige einführende Informationen zu einem Dichter und seinem Lebensumfeld, an die sich von den Schülerinnen ausgearbeitete vertiefende Referate über Leben und Werk anschlossen. Im begleitenden Leseunterricht wurden Werke der im Literaturunterricht behandelten Dichter gelesen. Zum regelmäßigen Unterrichtskanon gehörten Märchen von Andersen, Hauff und der Gebrüder Grimm, Werke der schleswig-holsteinischen Dichter Voß, Claudius, Hebbel, Groth, Storm und Frenssen aber auch Schiller, Goethe, Chamisso und Scheffel. Im Geschichts- und Heimatkundeunterricht sollte in den Schülerinnen durch lebendige Schilderungen des Lehrers "...die Liebe zum Vaterlande geweckt und Interesse und Verständnis für das Volksleben gewonnen werden." Zu den regelmäßig wiederkehrenden Themen der Lehrervorträge zählten:

- Sturmfluten, Deiche, Landgewinnung
- Schlösser und Schloßruinen in den nördlichen Kreisen unserer Provinz
- Erwerbszweige in unserer Provinz
- Christian II. und seine Gefangenschaft auf Schloß Sonderburg
- Französische Revolution, die Befreiungskriege und Schleswig-Holstein in jener Zeit
- Vorbereitungen zur Erhebung der Herzogtümer
- Kriege 1848-51 und 1864
- Gründung des Deutschen Kaiserreichs
- Kaiser und seine Familie
- Prinz Heinrich, Kiel, Flotte und Flottenverein
- Verwaltungsorgane der Provinz

- Staatliche Fürsorge durch Arbeitslosenversicherung.

Der Rechenunterricht war stark auf den häuslichen Alltag in der Landwirtschaft ausgerichtet. Er behandelte die Berechnung des Nährwerts verschiedener Speisen, die Berechnung der täglichen, monatlichen und jährlichen Kosten für den täglichen Nahrungsbedarf, die Aufstellung von Wirtschaftsplänen bei unterschiedlichen Einkommen, Zins- und Zinseszinsberechnungen, die Berechnung des Gewinns beim Einkauf größerer Warenmengen und die Berechnung von Invaliden- und Altersrenten sowie von Versicherungsprämien.⁽⁴⁰⁰⁾ Ergänzt wurde der Lehrplan durch regelmäßige Abendvorträge zu verschiedensten Lebensbereichen, für die Referenten von außerhalb eingeladen wurden. Im Winterhalbjahr 1908/09 hielt beispielsweise der Staruper Pastor Heinrich Wilhelm *Petersen* einen Lichtbildervortrag über die Arbeit der Inneren Mission, der Kreisschulinspektor Kuno *Zufall* stellte Rom in Wort und Bild vor, Gertrud *Müller* berichtete über ihre vierzehnjährige Tätigkeit als 1. Sekretärin des Verbandes evangelischer Jungfrauen-Vereine Deutschlands, der Apenrader Propst Ludwig *Reuter* veranstaltete einen plattdeutschen Leseabend, der Hamburger Physiker Karl *Wittenburg* sprach über die Funkentelegraphie und führte sie in Experimenten vor, der Kieler Landesversicherungsrat und stellvertretende Direktor der Landesversicherungsanstalt Peter Christian *Hansen* hielt einen Vortrag über die Arbeit heimischer und ausländischer Volkshochschulen⁽⁴⁰¹⁾ und der Kieler Realschullehrer Theodor *Möller* gab einen Einblick in die ländliche Baupflege in Schleswig-Holstein.⁽⁴⁰²⁾ Ergänzt wurden die regelmäßigen Vorträge durch zahlreiche Ausflüge in die nähere und weitere Heimat und die obligatorische mehrtägige Sommerexkursion der Volkshochschule Tingleff. Sie führte die Schülerinnen unter anderem in die Holsteinische Schweiz, den Harz, zu den Schillerfestspielen nach Weimar und nach Berlin. Mit der Neueröffnung der Volkshochschule Tingleff wurde auch das fest angestellte Lehrpersonal aufgestockt. Für die am 31. März 1908 ausgeschiedene Hauswirtschaftslehrerin Heyder wurde die Volksschullehrerin Adelheid *Holm* eingestellt, den Handarbeits- und Turnunterricht leitete bis zum 31. März 1909 Frau *Benöhr*, deren Nachfolge Frau Ilse *Walther* am 22. Oktober 1909 antrat. Den zweistündigen Literaturunterricht gab der Brauderuper Volksschullehrer Johannes *Petersen*; der 1. Lehrer an der Brauderuper Küsterschule Jörgen *Lorenzen* hatte die zwei wöchentlichen Gesangsstunden übernommen und der Tingleffer Pastor Peter *Möller Johannsen* unterwies die Volkshochschülerinnen eine Stunde pro Woche in schleswig-holsteinischer Kirchengeschichte.⁽⁴⁰³⁾

Das Unterrichtsangebot der neueröffneten Tingleffer Volkshochschule stieß auf eine große Resonanz. Schon während des laufenden Winterkursus 1908/09 lagen der Schulleitung mehr Anmeldungen vor, als sie für die nächsten beiden Kurse berücksichtigen konnte. An den sieben fünfmonatigen Kursen, die die Tingleffer Volkshochschule bis zum September des Jahres 1909 angeboten hatte, nahmen insgesamt 146 Schülerinnen teil, 26 von ihnen besuchten zwei aufeinanderfolgende Kurse. Der Einzugsbereich der Tingleffer Volkshochschule erstreckte sich mittlerweile über alle vier grenznahen Kreise Nordschleswigs, von den 146 Schülerinnen stammten 66 (ca. 45,2%) aus dem Kreis Tondern, 27 aus dem Kreis Hadersleben, 26 aus dem Kreis Apenrade und 24 aus dem Kreis Sonderburg, von 3 Schülerinnen fehlen die Angaben. Zuspruch fand die Schule in allen Bevölkerungsschichten, unter den Vätern der Schülerinnen fanden sich 92 Bauern, 32 Kaufleute und Gewerbetreibende, 11 Handwerker, 11 Lehrer, 1 Pastor, 4 Beamte und 5 sonstige Berufe.⁽⁴⁰⁴⁾ Der Lehrplan und die Zahl der fest angestellten Lehrkräfte blieben bis zum Jahre 1918 weitgehend unverändert. Die einzige grundlegende Änderung betraf das fünfmonatige Kurssystem. Mit der Eröffnung der zweiten Volkshochschule des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins in Norburg im Jahre 1911 wurde in Tingleff zu Beginn des

Sommerkurs 1911 ein obligatorischer Jahreskurs statt der bisherigen fünfmonatigen Sommer- und Winterkurse eingeführt. Eltern, die ihre Töchter nur für ein halbes Jahr auf eine Volkshochschule schicken wollten, sollten diese in Norburg anmelden. Da die Zahl der Neuanmeldungen in Tingleff aber seit der Einführung des Ganzjahreskurses stark zurückging, beschloß die Schulleitung bereits im Winter des Jahres 1911, zu dem am 1. Mai 1912 beginnenden Sommerkurs wieder "Halbjahresschülerinnen" aufzunehmen.⁽⁴⁰⁵⁾

Bis zur Abstimmung im Jahre 1920 erfuhr die Volkshochschule Tingleff keine wesentlichen Änderungen ihres Lehrbetriebs mehr, die Folgezeit war gekennzeichnet durch den Wechsel in der Spitze der Volkshochschule Tingleff und des Landratsamtes in Tondern. Am 1. Oktober 1912 übernahm die am 2. März 1881 in Tondern geborene Tochter des dortigen Brauereidirektors Martha *Werther* das Amt der Schulleiterin. Sie hatte ihr Erstes Examen am Augustenburger Lehrerinnenseminar am 21. März des Jahres 1900 abgelegt und war seit dem 1. April 1910 als wissenschaftliche Lehrerin an der Tingleffer Volkshochschule angestellt.⁽⁴⁰⁶⁾ Elisabeth *Reuter* hatte Schleswig-Holstein nach ihrer Hochzeit im Oktober 1912 verlassen und war zu ihrem Mann nach Quedlinburg gezogen.⁽⁴⁰⁷⁾ Im April des Jahres 1914 schied der bildungspolitische Vordenker des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins Friedrich Bernhard *Rogge* aus dem Tonderner Landratsamt aus und übernahm die Verwaltung der Güter des mit ihm befreundeten Prinzen Friedrich Leopold von Preußen in Potsdam.⁽⁴⁰⁸⁾ Seinem Nachfolger Emilio *Böhme* gelang es nicht mehr, vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nennenswerte bildungspolitische Aktivitäten zu entfalten. Mit Ausbruch des Krieges am 1. August 1914 wurde das Tingleffer Volkshochschulgebäude für die Dauer des Winterkurses als Lazarett genutzt.⁽⁴⁰⁹⁾ Am 1. Mai 1915 konnte der Lehrbetrieb in Tingleff mit 27 Schülerinnen wieder aufgenommen und bis zum Sommer 1920 in der gewohnten Weise durchgeführt werden.⁽⁴¹⁰⁾ Bis zur Abstimmung des Jahres 1920 hatten insgesamt 841 Schülerinnen die Tingleffer Volkshochschule besucht.

b. Die Widerstände des Kreises Apenrade gegen die Ansiedlung einer Volkshochschule des Nordschleswigschen Volkshochschulverein im Kreisgebiet

Zeitgleich mit dem Neubau der Volkshochschule Tingleff plante der Tonderner Landrat *Rogge* die Errichtung einer zweiten vereinseigenen Volkshochschule für junge Mädchen in Apenrade. Mit dieser Schulgründung verfolgte er das schon in seinem Bericht vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten formulierte Vereinsziel, das Grenzgebiet mit einer Vielzahl dezentraler Volkshochschulen zu überziehen.⁽⁴¹¹⁾ Unterstützung erhoffte er sich dabei vom Sonderburger Landrat Adolf von *Tschirschnitz* und dem stellvertretenden Apenrader Landrat Dr. Ernst *Dryander*. Es war *Rogge* im Juli des Jahres 1907 gelungen, beide als Vorstandsmitglieder für den Nordschleswigschen Volkshochschulverein zu gewinnen. Aber schon sechs Wochen nach seiner Wahl in den Vorstand des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins distanzierte sich Ernst *Dryander*, der Anfang des Jahres 1909 die Nachfolge des Haderslebener Landrats Johannes *Becherer* antrat, von der geplanten Volkshochschulgründung in Apenrade. Er begründete seinen Meinungsumschwung damit, daß er die Errichtung deutschsprachiger Volkshochschulen nicht mehr mittragen könne, seitdem der Deutsche Verein für Nordschleswig sie am 3. August offiziell in sein Vereinsprogramm aufgenommen hatte. Die Ortsabteilung Apenrade des Deutschen Vereins hatte zuvor auf ihrer Generalversammlung vom 29. Juli 1907 eine Verschärfung der nationalpolitischen Vereinsaktivitäten gefordert und ein für die zukünftige Vereinsarbeit verbindliches 7-Punkteprogramm verfaßt. Der Vorstandsvorsitzende Dr. Johann Heinrich *Hahn*, Landrichter am Norburger und Sonderburger Amtsgericht, hatte das in Apenrade verfaßte Programm am 3. August dem in Rothenkrug tagenden Gesamtvorstand des Deutschen Vereins zur offiziellen Aufnahme in die

Vereinsatzung vorgelegt. Für die Volkshochschullandschaft des Untersuchungsgebiets bedeutsam war die unter Punkt 7 erklärte Absicht des Vereins, die Errichtung von "...Volkshochschulen, Fachschulen etc. zu fordern und reichliche Stipendien für diese zu bewilligen."⁽⁴¹²⁾

Ernst *Dryander* hielt die Entscheidung des Regierungspräsidenten für einen Fehler und bat ihn, von der geplanten Errichtung einer Volkshochschule in Apenrade abzusehen.⁽⁴¹³⁾

Nationalpolitisch wirksame Volkshochschulen seien seiner Meinung nach nur in unspektakulärer, nach außen unpolitischer Arbeit und in Kooperation mit politisch gemäßigten Vertretern der dänischsprachigen Bevölkerung zu verwirklichen. Seine Vision einer Apenrader Volkshochschule mit einem Unterrichtsangebot in deutscher und dänischer Sprache, die von einem aus deutschen und dänischen Mitgliedern zusammengesetzten Komitee geleitet werde, sei mit einer offiziellen Förderung durch den Deutschen Verein nicht realisierbar. Dryander sprach sich gegen die beabsichtigte Errichtung und Förderung deutschsprachiger Volkshochschulen durch den Deutschen Verein aus, weil sie zu einer Verschärfung der nationalen Gegensätze im Grenzgebiet führen werde und "...die nationalpolitische Wirksamkeit der Volkshochschulen im Keim stark gefährden" würde. Deshalb, so Dryander, werde er in der Weiterbildung junger Frauen im Kreis Apenrade einen anderen Weg als der Tonderner Landrat Rogge mit der Volkshochschule für junge Mädchen in Tingleff gehen und die von Christa *Grønning*, der Frau des Apenrader Pastors, geplanten Haushaltungskurse unterstützen. Sie wollte jungen Mädchen die Möglichkeit geben, sich in der Apenrader Haushaltungsschule in der Zeit vom 15. Oktober bis zum 15. März eines jeden Jahres tagsüber im Rahmen von vier Kursen grundlegende Kenntnisse in allen Arbeiten anzueignen, die "...für die Führung eines einfachen, billigen, aber auch geordneten, guten Haushalts..." erforderlich sind.⁽⁴¹⁴⁾ Der Unterricht sollte sowohl in deutscher wie auch in dänischer Sprache erteilt werden. Dryander hoffte, daß das Angebot unpolitischer, billiger Haushaltungskurse "...einzelne Mädchen vom Besuch der dänischen Volkshochschulen abhalten [könnte; d. Verf.], oder daß andererseits solche, die die Hochschulen besucht haben, auch noch an den Fortbildungskursen teilnehmen und dadurch immerhin deutschen Gegeneinflüssen zugänglich gemacht werden." Er räumte zwar ein, daß die in Tingleff errichtete Volkshochschule eine intensive berufsbezogene Ausbildung und nationalpolitische Beeinflußung ihrer Schülerinnen ermöglichen würde, bezweifelte aber, daß eine größere Zahl dänischsprachiger Schülerinnen für den Besuch einer derartigen Volkshochschule gewonnen werden könnte. Die meisten Dänen würden sich nur schwer entschließen können, ihre Kinder über mehrere Monate in einer von der dänischen Presse als "Verpreußungsanstalten" bezeichneten deutschsprachigen Volkshochschule ausbilden zu lassen. Er setzte sein Hoffnung darauf, daß billige Fortbildungskurse sich als ein probates "...Abwehrmittel gegen den Besuch der dänischen Anstalten" erweisen könnten.⁽⁴¹⁵⁾

Die Resonanz auf die über ein zweisprachiges Flugblatt erstmalig zum 15. Oktober des Jahres 1907 in Apenrade angebotenen Haushaltungskurse war überwältigend. Von insgesamt über 200 eingegangenen Anmeldungen konnten lediglich 36 berücksichtigt werden. Die Schulleitung wertete es als Bestätigung von Dryanders Konzept billiger Haushaltungskurse, daß der im dänischen Versammlungshaus in Gjenner zum Winter 1907 geplante Handarbeitskurs wegen mangelnder Nachfrage nicht zustande kam. Nachdem er für junge Mädchen vom Lande Weiterbildungsmöglichkeiten in der Form von Haushaltungskursen sichergestellt hatte, bemühte sich Dryander intensiv um die Umwandlung der seit 1905 im Kreisbesitz befindlichen landwirtschaftlichen Winterschule Apenrade in ein landwirtschaftliches Internat für junge Männer. Ihm sollte ein Schulgut angegliedert werden, auf dem die Schüler die im

theoretischen Unterricht erworbenen Kenntnisse praktisch anwenden könnten. Er hoffte, damit ein Gegengewicht gegen die auch von schulentlassenen Jugendlichen aus Nordschleswig besuchten dänischen Landwirtschaftsschulen zu schaffen. Deren Erfolge beruhten seiner Meinung nach auf der geschickten Verknüpfung von Theorie und Praxis, die durch die Verbindung der Landwirtschaftsschulen mit schuleigenen Gutsbetrieben gewährleistet wurde, nicht aber auf politischen Motiven ihrer Schüler.⁽⁴¹⁶⁾

Dryander legte aus mehreren Gründen nachhaltigen Wert darauf, die landwirtschaftliche Winterschule Apenrade nicht mit den in Nordschleswig geplanten Volkshochschulen in Zusammenhang zu bringen, denn der Begriff Volkshochschule habe "...einen nationalpolitischen Anstrich bekommen," außerdem sei jede "...nach außen hervortretende Verbindung mit dem als nationalpolitisch geltenden Volkshochschulverein zu vermeiden, um den rein fachlichen Namen der landwirtschaftlichen Winterschule zu behalten." Gegen die Errichtung von Volkshochschulen für junge Männer sprach aus seiner Sicht die völlige Unklarheit über die mit diesen Schulen verbundenen bildungspolitischen Ziele und die fehlenden Erfahrungen im praktischen Unterrichtsbetrieb. Er kritisierte mit Blick auf die gegensätzlichen Volkshochschulkonzepte des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins und des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein, daß "...aus Mangel an jeder Erfahrung einerseits die Ansicht vertreten [wird; d. Verf.], daß der Unterricht dieser Schulen auf einer praktischen (landwirtschaftlichen oder gewerblichen), andererseits, daß er auf einer mehr idealen oder allgemeinwissenschaftlichen Grundlage aufzubauen sei." Sein Eintreten für die Vermittlung praktischer Unterrichtsinhalte beruhe auf seiner festen Überzeugung, daß "...kein nordschleswigscher, am wenigsten ein dänisch gesinnter Bauer seinen Sohn ein halbes Jahr für teures Geld aus dem Hause [gibt; d. Verf.], um ihn in idealen Fächern ausbilden zu lassen. Zugkraft hat nur eine gute praktische Ausbildung, die sich später, wenn der Sohn die väterliche Stelle übernimmt, durch die erworbenen Kenntnisse bezahlt macht."⁽⁴¹⁷⁾ Dryander schloß seine Stellungnahme mit dem Hinweis darauf, daß die vom Nordschleswigschen Volkshochschulverein geforderte nationale Beeinflußung der Schüler unauffälliger im Rahmen des praktischen Unterrichts an diesen Schulen erfolgen könne.

Der kommissarische Landrat und Vorsitzende des Kuratoriums der landwirtschaftlichen Winterschule Dryander setzte sich bis zu seiner Versetzung auf den Landratsposten in Hadersleben im Frühjahr des Jahres 1909 mit Nachdruck für den zügigen Ausbau der Winterschule ein. Nach langwierigen Verhandlungen mit dem preußischen Innenministerium, dem Landwirtschaftsministerium und der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, in denen sowohl die Umwandlung der Schule in ein Internat als auch der Ankauf eines schuleigenen Mustergutsbetriebs wegen der zu hohen Kosten abgelehnt wurden, gelang es ihm, für die Winterschule zwei ausgedehnte Versuchsfelder zu erwerben und eine Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben dauerhaft an die Schule zu binden. Somit konnten im Rahmen zweier aufeinander folgender Winterkurse angehenden Landwirten die Kenntnisse in Theorie und Praxis vermittelt werden, die sie für eine zeitgemäße Bewirtschaftung ihrer Höfe benötigten.

Beide Winterkurse schlossen jeweils mit einer Prüfung ab. Der erste Kursus wurde in den Fächern Tierzucht und Chemie geprüft, der zweite in Deutsch, Düngerlehre, Betriebslehre und landwirtschaftlichem Rechnen. Das Lehrpersonal setzte sich aus einem hauptamtlichen Direktor, neun Lehrern der Apenrader Real- und Bürgerschule sowie einem Tierarzt und einem Tischlermeister zusammen. Mit einer durchschnittlichen Schülerzahl von 46 pro Winterkurs entwickelte sich die landwirtschaftliche Winterschule Apenrade zu einer anerkannten Ausbildungseinrichtung für angehende Landwirte in Nordschleswig.⁽⁴¹⁸⁾

c. Die Reaktion des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins auf den "Apenrader

Sonderweg"

Der Oberpräsident Kurt Freiherr von *Wilmowski* informierte den Tonderner Landrat Friedrich Rogge als Vorsitzenden des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins am 26. November 1907 in einem von ihm als vertraulich eingestuftem Schreiben über die Bemühungen des stellvertretenden Apenrader Landrats Dryander zur Umwandlung der Apenrader Winterschule in ein landwirtschaftliches Internat. Er konfrontierte ihn mit dem von Dryander erhobenen Vorwurf, die vom Nordschleswigschen Volkshochschulverein praktizierte Volkshochschularbeit entbehre eines allgemein anerkannten Bildungskonzeptes und sei nationalpolitisch gesehen kontraproduktiv, und bat ihn um Mitteilung, ob der Volkshochschulverein die Apenrader Winterschule als vereinseigene Schule unterhalten wolle.⁽⁴¹⁹⁾ Friedrich Rogge, der den für das Frühjahr des Jahres 1908 geplanten Ausbau der Volkshochschule Tingleff und die Gründung einer zweiten vereinseigenen Mädchenvolkshochschule in Nordschleswig durch Dryanders Aktivitäten gefährdet sah, rief den Vorstand des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins am 2. Dezember zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. An ihr nahmen neben Rogge als Vorsitzendem der stellvertretende Apenrader Landrat Ernst *Dryander*, der Tingleffer Pastor Peter Möller *Johannsen* samt Ehefrau, der Tingleffer Amtsvorsteher Peter *Johannsen*, der Brauderuper Lehrer Johannes *Petersen*, der für Pastor Johannes Carl Schmidt-Wodder in den Vorstand nachgerückt war, die Leiterin der Volkshochschule Tingleff Elisabeth *Reuter* und der Tonderner Propst Peter *Kjer* teil. Nach kontroverser Diskussion einigte sich der Vorstand darauf, gegen die geplante Umgestaltung der landwirtschaftlichen Winterschule in Apenrade zu einer landwirtschaftlichen Internatsschule keine Einwände zu erheben, sondern sie dem Oberpräsidenten gegenüber als eine "in nationaler Hinsicht wünschenswerte Arbeit" zu bezeichnen, die aber vom Kreis Apenrade als Träger der Schule zu finanzieren und organisieren sei. Der Vorstand konterte den von Dryander erhobenen Vorwurf der Konzeptionslosigkeit seiner Bildungsarbeit mit dem Hinweis auf die Entschlossenheit des Vereins, in Nordschleswig neue Volkshochschulen mit dem ausschließlichen Ziel zu errichten, "...das in der Volksschule angeeignete Wissen besonders nach der nationalen Seite hin zu ergänzen und zu vertiefen und Anregung zu weiterer Bildung zu geben, insbesondere auch auf die der Schule anvertrauten Zöglinge deutsch erzieherisch zu wirken. Die Unterweisung in praktischen Dingen ist für die Volkshochschule in Tingleff bei deren Einrichtung unentbehrlich, aber auch hier nur eine Nebenaufgabe. Falls in einer neuen Volkshochschule für junge Männer praktische Aufgaben aufgenommen werden, muss dies auch hier Nebenaufgabe bleiben."⁽⁴²⁰⁾ Am 5. Dezember 1907 sandte Landrat Rogge das Protokoll der Vorstandssitzung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins dem Oberpräsidenten zu. In dem von ihm verfaßten Begleitschreiben verteidigte er die nationalpolitische Ausrichtung der Bildungsarbeit des Volkshochschulvereins damit, daß er überzeugt sei, daß eine Volkshochschule "...nicht neutral sein kann, wenn sie im deutschen Sinne wirken will. Der ganze Geist der Schule muß ein ausgesprochen deutscher sein...Es darf ferner nicht vergessen werden, dass die aus der Tingleffer Volkshochschule hervorgehenden deutschen jungen Mädchen gewissermassen eine zuverlässige Stammkompagnie des Deutschtums bilden werden, und das ist bei der vielfach auch in deutschen Kreisen vorhandenen nationalen Gleichgültigkeit von hohem Werte."⁽⁴²¹⁾ Rogge sprach den von der Apenrader Haushaltungsschule angebotenen Haushaltungskursen allein schon wegen der großen Teilnehmerzahl jegliche nachhaltige nationale und erzieherische Wirksamkeit ab. Außerdem vertrat er den Standpunkt, daß Einrichtungen, die ausschließlich zu einer besseren wirtschaftlichen Ausbildung junger Mädchen führten, keinerlei Berührungspunkte mit dem Volkshochschulwesen haben dürften. Dryanders klares Votum gegen die Errichtung von Volkshochschulen im Landkreis Apenrade

zwang den Nordschleswigschen Volkshochschulverein, einen neuen Standort für die von ihm geplante zweite nordschleswigsche Volkshochschule zu suchen. In dieser Situation bot der Sonderburger Landrat Adolf von *Tschirschnitz* dem Oberpräsidenten und dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein seine Unterstützung beim Umbau des Norburger Schlosses zu einer Volkshochschule an. Damit griff er seinen erstmals im Mai des Jahres 1905 geäußerten Vorschlag einer im Kreis Sonderburg angesiedelten Volkshochschule wieder auf.⁽⁴²²⁾ Damals hatte er auf Wunsch des Oberpräsidenten seine Schulpläne zu Gunsten eines konzentrierten Aufbaus der Tingleffer Volkshochschule zurückstellen müssen.

"Ein geistiges Bollwerk im Kampf des Dänentums gegen unsere deutsche Kultur."⁽⁴²³⁾

d. Die Vorbereitungen zur Gründung der Norburger Volkshochschule

Mit Rücksicht auf die im Frühsommer des Jahres 1908 anstehenden Landtagswahlen informierte der Sonderburger Landrat von *Tschirschnitz* den Oberpräsidenten erst im September offiziell über das Ergebnis seiner vertraulichen Besprechung mit dem Norburger Amtsvorsteher und Bürgermeister Peter *Klinker* über die Frage der Notwendigkeit einer Volkshochschule im Kreis Sonderburg. Beide waren im Gespräch übereingekommen, daß "...die Errichtung von Hoch- und anderen Schulen in Nordschleswig aus politischen Gründen, um dem Besuch der Schulen jenseits der Grenze nach Möglichkeit entgegen zu arbeiten, eine dringende Notwendigkeit" sei. Deshalb schlugen sie dem Oberpräsidenten vor, daß der Nordschleswigsche Volkshochschulverein das Norburger Schloß aufkaufen und einen Lehrplan nach dänischem Muster mit dänischsprachigen Unterrichtsstunden für eine in Norburg zu errichtende Volkshochschule ausarbeiten lassen sollte.⁽⁴²⁴⁾ Der Vorstand des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins griff das Angebot des Sonderburger Landrats, in Norburg eine vereinseigene Volkshochschule zu betreiben, sofort auf. Aus der Sicht des Vereinsvorsitzenden *Rogge* sprachen gewichtige nationalpolitische Gründe für den verkehrstechnisch äußerst ungünstig gelegenen Standort Norburg, denn er bildete "...in dem national stark umstrittenen Landgebiet der Insel Alsen einen guten deutschen Stützpunkt; er hat eine deutsche Mehrheit in der Fleckensvertretung, wie in der Kirchenvertretung. Diese Mehrheit ist aber stark gefährdet. Das Zoll-Wachschiff, das dort bei Norburg stationiert ist, soll demnächst eingezogen werden. Die Besatzung desselben, die jetzt in Norburg wohnt, fällt dann fort, und es liegt die Befürchtung nahe, dass Norburg seine deutsche Mehrheit verliert, wenn nicht für eine Stärkung auf deutscher Seite gesorgt wird. Das kann durch die Gründung der Volkshochschule in Norburg in bester Weise geschehen...Norburg und Umgebung ist in den letzten Jahren von der dänischen Agitation besonders stark bearbeitet worden; ein grosses dänisches Versammlungshaus ist in den letzten Jahren dort gebaut worden, in dem fast täglich irgendwelche dänische Agitations-Versammlungen stattfinden."⁽⁴²⁵⁾

Dieses Votum hatte eine Vorgeschichte, die bis ins Jahr 1908 zurück reicht und an der sich exemplarisch belegen läßt, wie hart von deutscher und dänischer Seite um die Mehrheit in jeder einzelnen nordschleswigschen Gemeinde gerungen wurde. Am 1. Juli 1908 hatte die Altonaer Oberzolldirektion den Oberpräsidenten über die geplante Umorganisation der Zollüberwachung im Sundewitt informiert und ihn um seine Stellungnahme gebeten. Seitens der Zollverwaltung war geplant, das in Norburg stationierte kostenintensive und ineffiziente Zollwachschiff außer Dienst zu stellen und statt dessen eine erheblich kostengünstigere Landbewachung der Zollgrenze zu installieren. Der Flecken Norburg hätte dabei wahrscheinlich fünf der neun dort stationierten Zollbeamten durch Versetzung verloren. Nach den Informationen der Oberzolldirektion hätten allerdings "...die wenigen Stimmen der in Norburg wohnenden Mannschaft des Zollwachschiffs bei den letzten Wahlen den Ausschlag zu Gunsten der deutschen Partei gegeben, da 74 deutschgesinnte und 72 dänischgesinnte gewählt

haben...Bei der letzten Wahl eines kirchlichen Gemeindevertreters siegten die Deutschen mit nur 1 Stimme, und haben die Beamten des Wachschiffes auch hier den Ausschlag gegeben. Bei Aufhebung des Zollwachschiffes würde deshalb voraussichtlich die Majorität bei den kommunalen, kirchlichen und Schulwahlen an das Dänentum übergehen, was in nationalpolitischer Hinsicht sehr bedauerlich wäre." Der Oberpräsident wurde gebeten zu entscheiden, ob dieser Umstand die finanziellen Vorteile für die Zollverwaltung bei der Abschaffung des Zollwachschiffes überwiegen würde.⁽⁴²⁶⁾ Der Oberpräsident verhandelte, gestützt auf ein Votum des Sonderburger Landrats von Tschirschnitz, dahingehend mit dem Berliner Finanzministerium, daß die Norburger Zollschißbesatzung erst dann versetzt werden würde, wenn zur Kompensation eine andere staatliche Einrichtung, wie beispielsweise ein Lehrerinnenseminar, nach Norburg verlegt worden sei. Als spätester Termin für die Auflösung der Zolldienststelle Norburg wurde vom Finanzministerium der 31. März 1910 vorgegeben.⁽⁴²⁷⁾ Vor diesem Hintergrund bemühten sich die Norburger Kommunalpolitiker und der Deutsche Verein um die Ansiedlung einer staatlichen deutschen Dienststelle in Norburg. Mit der Errichtung der Volkshochschule im Norburger Schloß hatten sie ihr Ziel erreicht.⁽⁴²⁸⁾ Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein machte seine Unterstützung der geplanten Norburger Volkshochschule für junge Männer von der Zusage des Oberpräsidenten abhängig, daß auf dieser Hochschule keinerlei landwirtschaftlicher Unterricht erteilt werden müßte und der praktische Unterricht sich auf "...Handfertigkeitunterricht, wie die Ausbesserung und Herstellung einfacher Wirtschaftsgeräte und Unterweisungen im Obstgarten beschränken" könnte. Der vom Verein ausgearbeitete Lehrplan beinhaltete die Fächer Deutsch, Geschichte, Geographie, Naturkunde, Rechnen, Einführung in die Staatskunde und die einfachsten volkswirtschaftlichen Begriffe, Kirchengeschichte, Turnen und Bewegungsspiele und als Besonderheit fakultativen dänischen Sprachunterricht für die Männerkurse. Die Aufnahme des dänischen Sprachunterrichts war auf ausdrücklichen Wunsch des Sonderburger Landrates erfolgt, der damit die dänischsprachige Bevölkerung zum Besuch der deutschen Volkshochschule animieren wollte. Die Norburger Volkshochschule wurde als Internat konzipiert, in dem alljährlich ein fünfmonatiger Unterrichtskurs für junge Männer in der Zeit vom 1. November bis zum 1. April abgehalten werden sollte. Um die Schule im Sommer nicht ungenutzt zu lassen, sollten zusätzlich in der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober Kurse für junge Mädchen angeboten werden. Wie in Tingleff waren die Kurse auf maximal 36 Schüler im Alter zwischen 18 und 25 Jahren zugeschnitten. Der Deutsche Verein hatte sich verpflichtet, jährlich 12 Schülern den Besuch der Norburger Volkshochschule zu finanzieren. Als Schulleiter wurde ein verheirateter Volksschullehrer gesucht, dessen Pensions- und Gehaltszahlungen aus "nationalen Gründen" wie bei Lehrern, die an Auslandsschulen abgeordnet wurden, aus der Staatskasse geleistet werden sollten. Mit dieser Regelung hatte sich der preußische Unterrichtsminister bereits am 9. Februar 1909 einverstanden erklärt.⁽⁴²⁹⁾ Die Eröffnung der Norburger Volkshochschule sollte am 1. November 1909 stattfinden.⁽⁴³⁰⁾ Die Sicherung der auf insgesamt 90.000 Mark veranschlagten Finanzierung der Norburger Volkshochschule nahm mehr Zeit in Anspruch, als ursprünglich geplant. Erst am 11. Dezember 1909 konnte der Tonderner Landrat Rogge als Bevollmächtigter des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins mit der Norburger Fleckensvertretung einen auf 30 Jahre befristeten Mietvertrag über das Norburger Schloß abschließen. Für die Leitung der Umbauarbeiten konnte der Kieler Architekt und Marinebauinspektor August Eugen Fink gewonnen werden. Die Suche nach einem geeigneten Schulleiter gestaltete sich schwierig, erst am 20. März 1910 wählte der Nordschleswigsche Volkshochschulverein auf seiner Generalversammlung in Tingleff nach langwierigen Debatten den mit dem Sonderburger

Landrat bekannten Kieler Volksschullehrer Friedrich *Christensen* zum Leiter der Norburger Volkshochschule.⁽⁴³¹⁾ Mit ihm hatte der Volkshochschulverein einen Schulleiter gefunden, dem die Verhältnisse vor Ort bekannt waren. Friedrich Christensen wurde am 7. Mai 1882 in Brandsbüll auf Alsen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule bereitete er sich in der Privat-Präparandenanstalt in Hadersleben auf die Aufnahme in das Haderslebener Lehrerseminar vor. Im Jahre 1899 wurde er in das Haderslebener Seminar aufgenommen, das er am 4. September 1902 nach Bestehen der Ersten Lehrerprüfung verließ. Seinen Wohnsitz hatte er während der Haderslebener Seminarzeit bei seinem Stiefvater Hans *Petersen* in Norburg genommen.⁽⁴³²⁾ Vom 1. Oktober 1902 bis zum 30. September 1903 leistete er seinen Militärdienst ab, am 1. Oktober 1903 trat Friedrich Christensen eine Stelle als Volksschullehrer in dem nahe bei Sonderburg gelegenen Ulderup an, die er bis zum 31. März 1906 behielt. Durch die jährlichen Schulinspektionen wurde er mit dem Sonderburger Landrat *von Tschirschnitz* bekannt.⁽⁴³³⁾ Am 16. November 1905 legte er am Haderslebener Seminar seine Zweite Lehrerprüfung ab. In der Zeit vom 1. April 1906 bis zum 31. Juli 1908 war Friedrich Christensen als Hilfslehrer mit einer wöchentlichen Unterrichtsverpflichtung von 28 Stunden an der Tonderner Präparandenanstalt angestellt, am 1. August 1908 trat er eine Stelle als Dritter Lehrer an der Knabenvolksschule in Kiel-Gaarden an, von der er zum 1. Juni 1911 als Leiter an die Norburger Volkshochschule wechselte.⁽⁴³⁴⁾ Auf Drängen des Tonderner Landrats Rogge und des Sonderburger Gesamtschulverbandes war Christensen vom Magistrat der Stadt Kiel für die Zeit vom 1. Juni 1911 bis zum 1. April 1913 beurlaubt und an die Volkshochschule Norburg versetzt worden.⁽⁴³⁵⁾ Während seiner Kieler Volksschullehrerzeit hatte er am 4. Mai 1910 die Mittelschullehrerprüfung in den Fächern Deutsch und Geschichte abgelegt.⁽⁴³⁶⁾ Am 1. April 1913 übernahm ihn die Stadt Flensburg als beurlaubten Lehrer in ihren Schuldienst und ermöglichte ihm so das Verbleiben in Norburg. Als die Volkshochschule Norburg im Jahre 1920 ihren Lehrbetrieb einstellen mußte, wirkte Christensen unter Dr. Franz *Schriewer* am Aufbau deutscher Büchereien in Nordschleswig mit. Während der Zeit des Dritten Reiches unterrichtete er an Volksschulen in Altona, Tofflund und Stübbek. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs war Friedrich Christensen als Schulkonsulent für deutsche Privatschulen maßgeblich am Neuaufbau des deutschsprachigen Schulwesens in Nordschleswig beteiligt. In den Jahren von 1946 bis 1956 war er außerdem Herausgeber des Deutschen Volkskalenders für Nordschleswig und 1958 Mitbegründer der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft Nordschleswig. Friedrich Christensen verstarb am 15. März 1975 in Apenrade.⁽⁴³⁷⁾

Zur Unterstützung des Volkshochschulleiters, in dessen Händen der Unterricht in den Fächern Bürgerkunde, Geschichte, Dänisch, Deutsch, Aufsatz, Lektüre und Gesang lag, stellte der Nordschleswigsche Volkshochschulverein unter Beteiligung von Friedrich Christensen ein Lehrerkollegium zusammen, das ausschließlich aus gebürtigen Nordschleswigern bestand. Um den Etat des Nordschleswiger Volkshochschulvereins nicht zu belasten, unterrichteten sie alle auch weiterhin hauptamtlich an der Norburger und Hagenberger Volksschule. Der am 18. Mai 1878 in Ekensund im Kreis Sonderburg geborene Norburger Volksschullehrer Hans-Heinrich *Buchard* übernahm den Unterricht im Fach Heimatkunde und Geographie, sein Kollege, der am 22. September 1888 in Hundsleben im Kreis Sonderburg geborene Christen *Hansen-Christensen* erteilte den Rechenunterricht.⁽⁴³⁸⁾ Die Buchführung wurde von Johannes *Moldt* gelehrt. Er war am 2. Mai 1875 in Norburg geboren und unterrichtete wie seine Volkshochschulkollegen im Hauptamt an der Norburger Volksschule.⁽⁴³⁹⁾ Hans-Christian *Schmidt*, am 14. September 1889 in Gorsblock im Kreis Tondern geboren, Herausgeber des Deutschen Volkskalenders für Nordschleswig, hatte den Naturkundeunterricht übernommen,

für den Unterricht im Turnen und Gartenbau konnte der am 22. August 1891 in Lysabbel im Kreis Sonderburg geborene Hagenberger Volksschullehrer Christen *Elholm* gewonnen werden. Christen Elholm wurde im Jahre 1924 mit der Leitung der neuerrichteten Tonderner Mittelschule betraut und ab 1939 zum Leiter des deutschen Privatschulwesens in Nordschleswig bestellt.⁽⁴⁴⁰⁾ Die Unterweisung in einfachen Handfertigkeiten hatten Mitarbeiter einer Norburger Tischlerei übernommen. Der von Friedrich Christensen ausgearbeitete Stundenplan der Norburger Volkshochschule sah für die von Männern besuchten Winterkurse anders als die dänischen Volkshochschulen und auch die von Friedrich Lembke gegründete und geleitete Albersdorfer Volkshochschule keinen Unterricht in landwirtschaftlichen Fächern vor. Die 48 wöchentlichen Unterrichtsstunden verteilten sich auf die einzelnen Fächer wie folgt:

Deutsch 10 Stunden
Dänisch (wahlfrei) 4 Stunden
Geschichte 6 Stunden
Heimatkunde 1 Stunde
Bürgerkunde 5 Stunden
Naturkunde 4 Stunden
Rechnen 3 Stunden
Geografie 2 Stunden
Buchführung 3 Stunden
Singen 3 Stunden
Turnen 3 Stunden
Gartenbau 2 Stunden
Handfertigkeit 2 Stunden.

Für die Aufnahme des dänischsprachigen Unterrichts in den Lehrplan der Winterkurse für junge Männer hatte sich mit Nachdruck der Tonderner Landrat Rogge eingesetzt. Er begründete seine Ansicht damit, daß man in einem anerkannt zweisprachigen Gebiet wie Nordschleswig eine fremde Muttersprache nicht einfach unterdrücken könne, sondern der dortigen Bevölkerung die Möglichkeit geben müsse, sich in ihrer Alltags- und Kirchensprache zu üben.⁽⁴⁴¹⁾ Im preußischen Innenministerium stieß die von Rogge befürwortete Aufnahme des freiwilligen Dänischunterrichts in den Lehrplan der Winterkurse für Männer auf Bedenken. Dort wurde zwar durchaus die Chance gesehen, daß die Norburger Schule durch dänischen Sprachunterricht auch Schüler aus dem dänischsprachigen Bevölkerungsteil gewinnen könnte, aber die damit verbundenen politischen Gefahren wurden doch höher eingeschätzt. Der Volkshochschulvorstand wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß mit dem Dänischunterricht an einer deutschen Volkshochschule "...im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo die Wogen des politischen Kampfes in der Nordmark besonders hoch gehen, der unliebsame Widerspruch eines Teiles der deutschen Bevölkerung herausgefordert würde". Der Innenminister bat, die endgültige Aufnahme des Dänischunterrichts in den Lehrplan der Volkshochschule so lange aufzuschieben, bis die Angelegenheit in seinem Haus eingehender geprüft worden sei.⁽⁴⁴²⁾ Der angebotene Dänischunterricht wurde bis zum Sommerkurs des Jahres 1914, einem Zeitpunkt, zu dem bereits insgesamt 77 Frauen und 62 Männer die Norburger Volkshochschule besucht hatten, von keinem einzigen Schüler nachgefragt, so daß er aus dem Lehrplan gestrichen wurde. An seine Stelle trat ein erweiterter Heimatkundeunterricht.

Der Unterricht der für Frauen angebotenen Sommerkurse sah neben dem vormittäglichen Haushaltunterricht nach Tingleffer Vorbild für die Nachmittage insgesamt 26

Wochenstunden vor, die sich wie folgt aufteilten:

Deutsche Sprache und Literatur 6 Stunden

Geschichte 6 Stunden

Bürgerkunde 3 Stunden

Naturkunde 2 Stunden

Rechnen 2 Stunden

Singen 3 Stunden

Turnen 4 Stunden

Der Unterrichtsstoff sollte den Schülern überwiegend im freien Lehrervortrag vermittelt werden. Der Volkshochschulverein versprach sich davon, daß die jungen Volkshochschüler an einem Unterricht, der ihnen in einer anderen Form als der herkömmliche Volksschulunterricht begegnete, mit größerem Interesse teilnehmen würden. Außerdem sollten die Volkshochschüler auf diese Art darin geübt werden, auch komplizierteren Gedankengängen zu folgen. Wie in Tingleff sollte der Lehrplan durch regelmäßige abendliche Vorträge auswärtiger Referenten und ausgedehnte mehrtägige Exkursionen in die nähere und weitere Umgebung aufgelockert und erweitert werden.⁽⁴⁴³⁾

e. Eröffnung und Lehrbetrieb der Volkshochschule Norburg in den Jahren von 1911 bis 1920

Die Volkshochschule Norburg wurde als vierte deutschsprachige Volkshochschule in Schleswig-Holstein neben Tingleff, Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz, anderthalb Jahre später als geplant, am 1. Mai 1911 eröffnet. Die Umbaukosten in Höhe von 221.980 Mark waren durch einmalige Beihilfen seitens des Kreises Sonderburg, des Provinziallandtages und der Provinzialregierung sowie Hypotheken von der Kreissparkasse Tondern gedeckt worden. Die feierliche Einweihung der Norburger Schule fand am 1. Juni in Anwesenheit des Oberpräsidenten Detlev von Bülow, des Regierungspräsidenten Hans Ukert, des für das Schulwesen zuständigen Regierungsrats im Oberpräsidium Max Albrecht sowie der vier nordschleswigschen Landräte statt. Friedrich Christensens Eröffnungsrede, die dem Schicksal der Schule vorgriff, befaßte sich mit den Grundlagen erfolgreicher Volkshochschularbeit. In dunkler Vorahnung des Schicksals der Norburger Schule nannte er als unerläßliche Basis einer jeglichen erfolgreichen Volkshochschularbeit die Akzeptanz der Schule in der breiten Bevölkerung: "Die Volkshochschule ist eben ein demokratisches Produkt, oder sie ist überhaupt nicht. Darum nützt auch der Volkshochschule die Geneigtheit aller Instanzen bis zu den höchsten hinauf an sich garnichts. Ist sie nicht in den breiten Massen begründet, läßt sie sich nicht dahinein tragen, dann dürfen wir, je eher desto besser, ihre Türen schließen." Ein folgenschwerer Fauxpas unterlief ihm in seiner Eröffnungsrede, als er sich von "...der religiösen Weckung im Sinne der Inneren Mission" als Grundlage jeglicher Volkshochschularbeit distanzierte; der Leiter der Inneren Mission, Pastor Hans Tonnesen, teilte ihm daraufhin schriftlich mit, daß seine Organisation der nordschleswigschen Jugend gezielt davon abraten werde, die Norburger Volkshochschule zu besuchen.⁽⁴⁴⁴⁾ Damit traf Tonnesen die Norburger Schule existentiell, denn es sollte ihr bis zu ihrer Schließung im Jahr 1920 nicht ein einziges Mal gelingen, die für einen wirtschaftlichen Schulbetrieb nötige Zahl von 36 Schülern einzuwerben. Dieses Dilemma hatte sich schon vor der Eröffnung der Schule angedeutet. Wider Erwarten lagen dem Volkshochschulvorstand für den ersten Sommerkurs statt der kalkulierten 36 lediglich 22 Anmeldungen vor. Auch die folgenden Kurse stießen in der Bevölkerung nur auf ein mäßiges Interesse, der Winterkurs 1911 wurde mit 21 Teilnehmern durchgeführt, die folgenden Kurse mit 28, 19, 27 und 22 Schülerinnen und Schülern. Für den Winterkurs 1913 hatten der Volkshochschule nur 13 Anmeldungen vorgelegen, so daß sich

der Oberpräsident genötigt sah, durch einen Sonderzuschuß von 1000 Mark weiteren 9 Schülern einen kostenlosen Schulbesuch zu ermöglichen und damit ein finanzielles Fiasko zu verhindern. Die Norburger Volkshochschüler waren zwischen 15 und 24 Jahre alt und stammten fast ausschließlich aus den vier nordschleswigschen Kreisen. Von den 19 Teilnehmern des Winterkurses 1912/13 waren 17 Bauern und 2 Maurer, 18 von ihnen hatten eine Volksschule besucht, einer die Realschule. Als der Nordschleswigsche Volkshochschulverein absehen konnte, daß seine Norburger Volkshochschule die angestrebte Zahl von 36 Schülern pro Kursus auf Dauer nicht erreichen würde, bat er die Schleswiger Provinzialregierung um eine offizielle Revision der Norburger Schule. Diese fand am 14. und 15. Januar 1913 unter der Leitung des Schleswiger Regierungs- und Schulrats August Prall in Anwesenheit des Sonderburger Kreisschulinspektors Henrich Deetjen und des Tonderner Landrats Friedrich Bernhard Rogge statt. In seinem Revisionsbericht gab der Regierungsrat Prall den positiven Gesamteindruck wider, den er beim Besuch der Norburger Volkshochschule gewonnen hatte. Er hatte sich davon überzeugen können, daß "...die Lehrer, insbesondere der Leiter, mit Hingebung arbeiten und daß sie den jungen Leuten bieten, was ihnen die Volkshochschule bieten will, eine allgemeine Bildung, die zur Teilnahme am Geistesleben unseres Volkes und zu ernster Lebensführung geschickt macht." Er bemängelte allerdings, daß den Norburger Volkshochschülern das Alter und die Vorbildung fehlten, um "...größere Gedankengänge zu übersehen und schwierigere Gedankengänge zu durchschauen." Deshalb regte er an, daß die Norburger Volkshochschullehrer ihre Unterrichtsvorträge übersichtlicher gliedern und häufiger die Wandtafel benutzen sollten. Außerdem mußte den Volkshochschülern in regelmäßigen Abständen im Rahmen von Diskussionsstunden die Gelegenheit gegeben werden, mit ihren Lehrern Unterrichtsthemen nachzubesprechen und zu vertiefen.⁽⁴⁴⁵⁾

Dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein blieb keine Zeit mehr, die Akzeptanz der Volkshochschule Norburg zu erhöhen. Mit dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges im Jahre 1914 wurde der Schulleiter Frederik Christensen zum Militärdienst eingezogen, der Lehrbetrieb vorübergehend eingestellt und das Schulgebäude zunächst als Lazarett und später als Versammlungsort für die Jugend genutzt.⁽⁴⁴⁶⁾ Später wurden bis zum Kriegsende wieder die Sommerkurse für junge Mädchen angeboten.⁽⁴⁴⁷⁾ Nachdem Christensen vom Kriegsdienst zurückgekehrt war, wurde der Unterricht am 1. Mai 1919 mit 39 Schülerinnen in der gewohnten Weise wieder aufgenommen. Anders als vor dem Krieg stammten zwei Drittel von ihnen aus Südschleswig und Holstein, nur ein knappes Drittel aus den nordschleswigschen Kreisen. Für den zum Winter 1919/20 eingerichteten reinen Mädchenkurs meldeten sich wider Erwarten nur 19 Teilnehmerinnen, zum Sommerkurs des Jahres 1920 nur 22.⁽⁴⁴⁸⁾ Wegen der daraus resultierenden Finanzierungsprobleme und der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark mußte der Unterricht an der Norburger Volkshochschule zum 1. Oktober 1920 endgültig eingestellt werden.⁽⁴⁴⁹⁾ Ab dem 1. Mai 1922 unterhielt der dänische Staat im Gebäude der ehemaligen Norburger Volkshochschule eine dänische Nachschule.⁽⁴⁵⁰⁾

9. Die Schulgründungen des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz

Nach der Gründung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins am 15. Juni 1905 mußte der Heider Gewerbeschullehrer Friedrich Lembke seine Hoffnungen auf die Bildung einer die gesamte Provinz umfassenden Volkshochschulorganisation aufgeben. Als Geschäftsführer des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein konzentrierte er sich nun ausschließlich darauf, möglichst schnell die erste vereinseigene Volkshochschule ins Leben zu rufen, um so eine Alternative zu der am 1. Dezember 1905 eröffneten Tingleffer

Volkshochschule für junge Mädchen zu schaffen. In den Jahren bis zum Kriegsausbruch gelang es dem Verein, in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz vereinseigene Volkshochschulen einzurichten.

a. Die Vorarbeiten zur Eröffnung der Volkshochschule in Albersdorf

Am 11. November 1905 trafen sich die Mitglieder des auf Friedrich Lembkes Initiative gegründeten "Ortsvereins Albersdorf für die Begründung einer Volkshochschule" in Ramundts Gasthof. Einziger Tagesordnungspunkt war die Vorbereitung der für den 19. November 1905 einberufenen außerordentlichen Mitgliederversammlung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein", auf der über den Standort der ersten vereinseigenen Volkshochschule entschieden werden sollte. Von den 80 anwesenden Mitgliedern erklärten sich 60 bereit, an der Neumünsteraner Sitzung teilzunehmen und sich für den Umbau des im Jahre 1900 erbauten Albersdorfer Hotels Ruhleben zu einer Volkshochschule einzusetzen.⁽⁴⁵¹⁾ Die Albersdorfer Gemeindeverwaltung hatte dieses Hotel auf dem Wege der Zwangsversteigerung günstig erworben und wollte es dem Volkshochschulverein für 20.000 Mark zur Verfügung stellen. Außerdem hatte sie dem Volkshochschulverein angeboten, zu den notwendigen Umbaukosten 5.000 Mark beizusteuern. Auf der außerordentlichen Vereinssitzung am 19. November einigten sich die anwesenden Vereinsmitglieder nach dreistündigen Diskussionen auf Albersdorf als Standort ihrer ersten vereinseigenen Heimvolkshochschule. Für diesen Standort sprachen mehrere gewichtige Vorteile: erstens lag er im holsteinischen Landesteil und damit außerhalb der Einflußsphäre des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins, "...außerhalb des Kampfgebietes", stand aber dennoch "...offen für die deutschen Nordschleswiger", wie Lembke später in seiner Autobiographie festhielt;⁽⁴⁵²⁾ zweitens war Albersdorf über die Eisenbahnverbindung von Neumünster nach Heide gut zu erreichen. Die Dithmarscher Landeszeitung pries die sogenannte Marschenbahn als "Strom der Intelligenz", an dem sich eine "...Fülle von verschiedenartigen Kulturstätten der Gegenwart angesiedelt hatte, wie sie sich anderswo auf einer verhältnismäßig kleinen Strecke so stattlich nicht vorfinden." Zu den bedeutenden Kulturstätten zählten die Zeitungsverleger die Fischzuchtbetriebe und das Frauenheim der inneren Mission in Innien, die Landwirtschaftliche Lehranstalt in Hohenwestedt, die Grüenthaler Hochbrücke und die landwirtschaftliche Haushaltungsschule in Hohenwestedt.⁽⁴⁵³⁾ Zum Schluß der Neumünsteraner Sitzung erhielt der Vereinsvorstand den Auftrag, die Gründung einer zweiten vereinseigenen Heimvolkshochschule in Angeln vorzubereiten. Als Standort hatten sich bereits im Vorfeld die Gemeinden Süderbrarup, Husby, Sörup und Satrup angeboten. Der Vorstand sollte über den endgültigen Sitz der Heimvolkshochschule entscheiden und für eine Gesamtsumme von 50.000 Mark die zweite vereinseigene Schule erbauen lassen; ihre Eröffnung war für den 1. November des Jahres 1906 geplant.⁽⁴⁵⁴⁾

Im Juni des Jahres 1906 verteilte der Volkshochschulverein über die Kreisverwaltung Süderdithmarschen, die Provinzialregierung und das Oberpräsidium den Lehrplan der Albersdorfer Volkshochschule in Form einer Werbebroschüre. Mit dem in dieser Schule angebotenen Unterricht wollte der Verein der "...erwachsenen ländlichen Jugend Gelegenheit geben, sich für das praktische Leben auf dem Lande weiter auszubilden." Dazu hatte Friedrich *Lembke* im Auftrag des Volkshochschulvorstands einen Lehrplan ausgearbeitet, der die praktische Umsetzung seiner bereits in der Abhandlung über "Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule" enthaltenen Vorstellungen von ländlicher Volkshochschularbeit darstellte. In ihrer äußeren Organisation als Internatsschule mit dreimonatigen Sommerkursen für junge Mädchen und fünfmonatigen Winterkursen für

junge Männer entsprach die Albersdorfer Volkshochschule genau ihrem dänischen Vorbild. Bei der Zusammenstellung der Unterrichtsfächer hatte Lembke, der ländliche Volkshochschulen als eine besondere Form ländlicher Fortbildungsschulen verstand, den Fächerkanon der ländlichen Fortbildungsschulen im wesentlichen um die Unterrichtsfächer Gesetzes- und Wirtschaftskunde, Gesang und Sport erweitert. Im Rahmen von 42 wöchentlichen Unterrichtsstunden sollten die männlichen Volkshochschüler in jeweils sechs Wochenstunden Gesetzes- und Wirtschaftskunde in das öffentliche und wirtschaftliche Leben auf dem Lande eingeführt werden. Gegenstand dieses Unterrichts sollte das sein, was "...jeder als Wirtschaftler auf seinem eigenen Besitz, als Bürger der Gemeinde und des Staates, oder als Inhaber öffentlicher Aemter wissen muß." Insgesamt vierzehn wöchentliche Unterrichtsstunden in Deutsch und Rechnen sollten dazu genutzt werden, das, "...was in der Gesetzes- und Wirtschaftskunde geboten wird, zu klären und zu festigen." Der Deutschunterricht machte die Schüler mit Leben und Werk der schleswig-holsteinischen Schriftsteller und Dichter bekannt. Im Rahmen der sechs Wochenstunden Geschichtsunterricht sollten die Schüler lernen, "...sich als rechte Glieder der Heimat und des Vaterlandes zu fühlen und zu zeigen." Dazu sollten ihnen die "...Ereignisse der Vergangenheit in Heimat und Vaterland" vermittelt werden. Der Lehrplan beinhaltete außerdem noch sechs Wochenstunden Naturkunde, zwei Wochenstunden Gesang und sechs Wochenstunden Sportunterricht. Die im Stundenplan aufgeführten Erholungsstunden dienten dazu, das, was im Unterricht vermittelt wurde, zu festigen und zu vertiefen, "...nicht in der Form eigentlicher Arbeit, sondern in freier Beschäftigung. Vorträge, Besprechung verschiedener Fragen, Ausflüge, Spiel und Gesang" füllten die Abendstunden und die Sonntage aus.⁽⁴⁵⁵⁾ An den Abenden fanden regelmäßig schulinterne Versammlungen statt, die von den Schülern durch freie Vorträge zu einzelnen Unterrichtsthemen gestaltet wurden. Wie auch in Tingleff hielten mehrmals pro Kurs auswärtige Dozenten öffentliche Fachvorträge an der Albersdorfer Volkshochschule.⁽⁴⁵⁶⁾

Der Unterrichtskanon der dreimonatigen Sommerkurse für junge Mädchen beinhaltete über die um 11 Wochenstunden gekürzten Unterrichtsinhalte der Sommerkurse hinaus im Rahmen von 14 Wochenstunden die Vermittlung der Fächer Religion, Haushaltkunde, Erziehungslehre, Handarbeit und Gartenbau.⁽⁴⁵⁷⁾ Als wesentliches Motiv für die Gründung der Albersdorfer Volkshochschule nannte der Gewerbeschullehrer Lembke rückblickend die Absicht, einen ähnlichen Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu gewinnen, wie er ihn in Dänemark kennen gelernt hatte. Dabei sei eine Anstalt entstanden, die er rückblickend als "...ein fast getreues Abbild der dänischen Anstalten" charakterisierte. "Hausordnung und Lehrplan oder Stundenplan verrieten überall das dänische Vorbild. Eigenartig war vielleicht die starke Betonung des Heimatlichen."⁽⁴⁵⁸⁾

Um Friedrich Lembke, der durch die Leitung der Albersdorfer Volkshochschule, die in seinen Händen liegende Herausgabe der regelmäßig erscheinenden vereinseigenen Zeitschrift "Die Schleswig-holsteinische ländliche Volkshochschule - Zeitschrift für Volksbildung auf dem Lande", eine Reihe eigener Publikationen, eine Fülle auswärtiger Vorträge und seine Tätigkeit als Geschäftsführer des Volkshochschulvereins stark belastet war, in seiner Lehrtätigkeit zu unterstützen, hatte der Volkshochschulvorstand die Mittel zur Anstellung eines zweiten Lehrers für die Albersdorfer Volkshochschule bewilligt. Auf Empfehlung des mit Lembke seit dessen Teilnahme am Jenaer Lehrerwettbewerb im Jahre 1903 bekannten Universitätsprofessors Wilhelm Rein war die Wahl auf Paul Henkler, den ersten Lehrer der Übungsschule des Pädagogischen Universitätsseminars Jena gefallen. Der 1880 im thüringischen Vieselbach geborene Henkler hatte zu Ostern des Jahres 1900 seine Erste und am 5. Februar 1902 seine

Zweite Lehrerprüfung am Weimarer Volksschullehrerseminar abgelegt. Nach dreijähriger Lehrtätigkeit nahm er Ostern 1903 in Jena ein Universitätsstudium auf und unterrichtete nach Abschluß des Studiums seit dem 27. Februar 1905 als Übungsschullehrer am Jenaer Universitätsseminar.⁽⁴⁵⁹⁾ In den Sommerkursen für junge Mädchen unterwies neben Lembkes Ehefrau auch Magda *Rathje* und Anna *Rosenzweig*, zwei Volksschullehrerinnen aus Albersdorf, die Kursteilnehmerinnen in den Fächern Haushaltskunde, Erziehungslehre, Handarbeit und Gartenbau.

Friedrich Lembke hatte bereits ein Jahr vor der Aufnahme des Lehrbetriebs in Albersdorf über den Oberpräsidenten beim preußischen Landwirtschaftsministerium einen laufenden Zuschuß zu seiner Volkshochschularbeit beantragt. Dieser Antrag war mit der Begründung abgelehnt worden, daß "...es sich bei den Volkshochschulen um eine in Preußen bisher noch nicht vertretene Art von Anstalten zwecks Verbreitung einer umfassenden und vertieften Allgemeinbildung handelt, nicht aber um landwirtschaftliche Fachschulen." Der ablehnende Bescheid schloß mit der Anregung, daß es aus "...nationalen Erwägungen wünschenswert erscheine, der dänischen Bevölkerung der Provinz die Möglichkeit des Besuchs einer Volkshochschule im Inland zu bieten, um sie hierdurch von dem Besuch gleichartiger Anstalten im benachbarten Dänemark abzuhalten. Die Heranziehung...des Dispositionsfonds zur Förderung des Deutschtums erscheint deshalb angezeigt."⁽⁴⁶⁰⁾ Für die Albersdorfer Volkshochschule bedeutete diese Entscheidung des Landwirtschaftsministeriums, daß sie ohne staatliche Unterstützungen wirtschaften mußte, da die Haushaltsmittel des "Fonds zur Förderung des Deutschtums in der Nordmark" ausschließlich dem Deutschen Verein für das nördliche Schleswig und dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein zuflossen. Lembke reagierte auf den ablehnenden Bescheid des preußischen Landwirtschaftsministeriums, indem er zur finanziellen Sicherung seiner Volkshochschule erstmals während der Sommerferien des Jahres 1905 gegen eine Gebühr von 40 Mark pro Teilnehmer zehntägige Fortbildungskurse für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen anbot. In den als "Arbeitskonferenzen für ländliche Fortbildungsschullehrer" deklarierten Kursen hielt Friedrich Lembke im Rahmen von 87 Unterrichtsstunden vor jeweils 18 bis 20 Teilnehmern Vorträge zu den Themenkreisen Fortbildungsschulkunde, Wirtschaftskunde, Deutsch und Rechnen sowie Buchführung. Für weiterführende Spezialvorträge hatte er fachkundige Referenten von auswärts gewinnen können. So informierte der Direktor der Heider Landwirtschaftsschule, Hans Detlef *Siercks*, die Kursteilnehmer über das ländliche Geld- und Kreditwesen, stellte ihnen das Gründungsmitglied des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein, der Voorder Ökonomierat Wilhelm *Biernatzki*, die Grundzüge des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen vor, führte der Altonaer Handwerkskammersekretär Heinrich *Hagemann* sie in die Organisation des Handwerks ein und skizzierte der Lehrer an der gewerblichen Fortbildungsschule in Kiel, Gustav *Stoltenberg*, die Grundzüge des Versicherungswesens. Ergänzt und abgerundet wurden die Vorträge durch halbtägige Exkursionen in die nähere Umgebung der Volkshochschule. Lembke fand mit den von ihm angebotenen Fortbildungskursen für Lehrer an ländlichen Fortbildungsschulen breite Anerkennung. Anlässlich des vom 26. bis 28. April 1907 abgehaltenen Kursus wurde Lembke von der Provinzialregierung die Aufgabe übertragen, zum Herbst des Jahres einen verbindlichen Lehrplan für ländliche Fortbildungsschulen zu erarbeiten und ein Verzeichnis der obligatorischen Lehr- und Lernmittel vorzulegen.⁽⁴⁶¹⁾ In dem vom Schleswiger Oberpräsidenten Detlev von *Bülow* angeforderten Revisionsbericht des Jahres 1908 äußerten sich der Norderdithmarscher Landrat Wilhelm Ludwig *Behncke* und der Direktor der Landwirtschaftsschule in Heide, Hans Detlef *Siercks*, anerkennend über die Qualität der von

Lembke angebotenen Fortbildungskurse und stuften sie als geeignetes Mittel zur Förderung der als notwendig erachteten Weiterentwicklung des ländlichen Fortbildungsschulwesens ein.⁽⁴⁶²⁾

b. Der Lehrbetrieb an der Volkshochschule Albersdorf unter Friedrich Lembke in den Jahren von 1906 bis 1909

Der Lehrbetrieb an der Volkshochschule Albersdorf konnte am 1. November 1906 mit 30 männlichen Kursteilnehmern aufgenommen werden.⁽⁴⁶³⁾ An der feierlichen Eröffnung am 4. November nahmen mehrere hundert Personen teil. Trotz Einladung blieben sowohl der Ober- und der Regierungspräsident als auch die Vorstandsmitglieder des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins der Einweihungsfeier fern.⁽⁴⁶⁴⁾ Während die Regierungsvertreter in Glückwunschschriften ihre Abwesenheit mit Termenschwierigkeiten entschuldigten, begründete Elisabeth Reuter, die Leiterin der Volkshochschule Tingleff, ihre Absage mit den offenkundigen Differenzen zwischen den beiden schleswig-holsteinischen Volkshochschulvereinen.⁽⁴⁶⁵⁾ Am 26. März 1907 wurde der erste Winterkurs der Albersdorfer Volkshochschule im Rahmen einer kleinen Feier geschlossen. Für den am 1. Mai beginnenden Sommerkurs für junge Mädchen lagen der Volkshochschulleitung trotz intensiver Werbung lediglich 12 Anmeldungen vor.⁽⁴⁶⁶⁾ Damit deutete sich eine Unterbelegung an, die für die drei in Albersdorf abgehaltenen Sommerkurse für junge Mädchen symptomatisch war. Da die Albersdorfer Volkshochschule aber ohne staatliche Zuschüsse und Stipendien wirtschaften mußte, war eine volle Kursbelegung für sie unabdingbar. Der von Lembke um Rat gebetene Johannes Carl Schmidt-Wodder fand es nicht verwunderlich, daß "...es mehr Schwierigkeiten macht, für den Sommerkurs Mädchen zu werben als für den Winterkurs junge Männer." Er gab zu bedenken, ob man in Schleswig-Holstein überhaupt am Kurssystem der dänischen Volkshochschulen festhalten müsse und warnte, daß "...bei der Mädchenbildung noch so viel Drum und Dran [ist; d. Verf.], daß nicht recht einzusehen ist, warum sie in kürzerer Zeit erledigt werden soll."⁽⁴⁶⁷⁾ Der Hamdorfer Gemeindevorsteher Johannes Johannsen, Mitglied des Beirats des Vereins für ländliche Volkshochschulen, sah den Grund für die geringe Akzeptanz der Albersdorfer Sommerkurse darin, daß "...die größeren Hofbesitzer, die gut gestellt sind und es für wichtig halten, daß die Töchter nach der Konfirmation noch eine Schule besuchen, um das in der Volksschule Gelernte zu ergänzen bzw. zu vervollständigen, ihre Tochter auf die Haushaltungsschule nach Hademarschen schicken. Die kleinen Besitzer und diejenigen größeren Besitzer, die sich finanziell nicht besonders gut stehen, behalten ihre Tochter zu Hause, da es wirklich nicht leicht ist, auch für Schweres ein gutes Mädchen zu bekommen."⁽⁴⁶⁸⁾ Bereits am Ende des Sommerkurses des Jahres 1907 verließ Paul Henkler die Albersdorfer Volkshochschule wieder. Für ihn stellte der Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein zum 1. Oktober 1907 den Volksschullehrer Johannes Heinrich Glüsing aus Bornhöved ein. Der 1882 in Tolk geborene Glüsing war am Eckernförder Seminar ausgebildet worden und hatte dort auch am 13. Februar 1902 seine Erste Lehrerprüfung abgelegt. Nach der Ableistung seines Militärdienstes hatte er in den Jahren von 1903 bis 1906 an der Schinkeler Volksschule und von 1906 bis 1907 in Bornhöved unterrichtet. Glüsing blieb bis zur Einstellung des Lehrbetriebs im Sommer des Jahres 1910 in Albersdorf.⁽⁴⁶⁹⁾

Die Albersdorfer Volkshochschule konnte nach den ersten drei Jahren ihres Bestehens ein positives Resümee ihrer Bildungsarbeit ziehen. Die Winterkurse für junge Männer waren in dieser Zeit bei einer kontinuierlich steigenden Nachfrage von insgesamt 94 Schülern besucht worden. Das Einzugsgebiet umfaßte die gesamte Provinz Schleswig-Holstein, es erstreckte sich von der dänischen Grenze bis zur Elbe und auch darüber hinaus, wobei die Kreise Norder- und Süderdithmarschen mit 30 Schülern (ca. 55%) den Schwerpunkt bildeten und die Albersdorfer Schule zu einer Heimatschule machten. Aus den vier nordschleswigschen Kreisen nahmen 6

Schüler (ca. 11,1%) am Albersdorfer Volkshochschulunterricht teil. Im einzelnen stammten die männlichen Kursteilnehmer der Jahre von 1906 bis 1908 von bäuerlichen Betrieben aus folgenden Landkreisen: Süderdithmarschen 22, Norderdithmarschen 8, Rendsburg 12, Schleswig 11, Husum und Steinburg je 8, Plön 5, Hadersleben und Fürstentum Lübeck je 3, Tondern, Segeberg, Bordesholm, Flensburg-Land und Oldenburg je 2 und Apenrade, Wandsbek, Kalifornien bei Schönberg und Halle in Westfalen je 1.⁽⁴⁷⁰⁾ Auffallend im Vergleich zu den Schulen des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins in Tingleff und Norburg ist der weitgefächerte Einzugsbereich der Albersdorfer Schule. Er ist als Indiz für die überregionale Aufmerksamkeit zu werten, die Friedrich Lembke mit seinen vielfältigen Aktivitäten zur Hebung der ländlichen Bildung erzielte.

c. Volkshochschularbeit in Albersdorf unter der kommissarischen Leitung von Heinrich Harms

Im Februar des Jahres 1909 kam es zwischen Friedrich Lembke und dem Verein für ländliche Volkshochschulen zu Differenzen über die Frage, ob Lembke mit den Einnahmen der Albersdorfer Schule korrekt gewirtschaftet hatte. Diese Differenzen eskalierten derart, daß Lembke bei der Altonaer Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung angezeigt wurde. Am 3. März 1909 erfuhr der Oberpräsident von dem Ermittlungsverfahren gegen Lembke und erkundigte sich bei dem ermittelnden Ersten Staatsanwalt schriftlich nach dem Stand der später ergebnislos eingestellten Ermittlungen.⁽⁴⁷¹⁾ Friedrich Lembke nahm diesen Vorgang zum Anlaß, sich um eine neue Tätigkeit innerhalb der Provinz zu bemühen. Beim Oberpräsidenten regte er die Errichtung einer zentralen Inspektionsstelle über die ländlichen Fortbildungsschulen der Provinz ein, die seiner Leitung unterstellt werden könnte, und über die Berliner Ministerien suchte er nach einer Verwendung beim Aufbau von Volkshochschulen in Nordschleswig. Bereits am 12. März forderte der preußische Minister für Handel und Gewerbe vom schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten einen Bericht darüber, ob Friedrich Lembke, den er für einen fähigen Volkshochschullehrer hielt, bei der Errichtung neuer Volkshochschulen in Nordschleswig eingesetzt werden könnte.⁽⁴⁷²⁾ Die darauf vom Oberpräsidenten eingeholten gutachterlichen Stellungnahmen zeigten deutlich, wer zu Lembkes Gönnern und wer zu den Gegnern seiner Volkshochschularbeit zu zählen war. Der Tonderner Landrat Friedrich Rogge, gleichzeitig Vorsitzender des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins, lehnte einen Einsatz Lembkes in Nordschleswig mit der Begründung kategorisch ab, daß "...Lembke in erklärtem Gegensatz zu unseren nordschleswigschen Volkshochschulen steht, er ausserdem in Albersdorf derartig schlecht gewirtschaftet hat, dass er demnächst dort aufgeben muß."⁽⁴⁷³⁾ Als Lembke signalisiert wurde, daß er mit einem Einsatz innerhalb Schleswig-Holsteins nicht mehr rechnen könnte, zog er nach Berlin-Charlottenburg um, wo er zum 1. April 1909 übergangsweise bis zu seiner Aufnahme in die Redaktion der "Zeitschrift für das ländliche Fortbildungsschulwesen in Preussen" eine Stelle als Lehrer an einer gewerblichen Fortbildungsschule annahm. Daß Friedrich Lembkes Qualitäten als Kenner und Förderer des ländlichen Bildungswesens in Schleswig-Holstein aber durchaus auch gesehen und gewürdigt wurden, belegen die übrigen in den Oberpräsidialakten überlieferten Stellungnahmen zu Lembkes Tätigkeit in Albersdorf. Der Anlaß für die Sammlung dieser Stellungnahmen war die Bitte des preußischen Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten um eine Beurteilung von Lembkes Wirken in Schleswig-Holstein. Im Ministerium war geplant, den "Verein für ländliche Wohlfahrtspflege" mit der Herausgabe einer Zeitschrift für das ländliche Fortbildungsschulwesen in Preußen zu beauftragen und den mittlerweile in Berlin wohnenden Friedrich Lembke als verantwortlichen Redakteur einzustellen.⁽⁴⁷⁴⁾ Mit der Ausarbeitung des gewünschten Gutachtens wurde der Regierungsrat im Oberpräsidium Max

Albrecht beauftragt. Die ihm vorliegenden Stellungnahmen des Vorsitzenden des Vereins für ländliche Volkshochschulen und des Süderdithmarscher Landrats faßte er so zusammen, daß Friedrich Lembke sich "...als ein warmherziger Förderer und umsichtiger Kenner der ländlichen Fortbildungsschulen und ihrer Ziele erwiesen [habe; d. Verf.]. Die ökonomischen Schwierigkeiten, in die die Volkshochschule Albersdorf geraten ist, können gegen seine Fähigkeiten als Schulmann nicht ins Feld geführt werden."⁽⁴⁷⁵⁾

Die Albersdorfer Volkshochschule war in der Zwischenzeit in eine finanziell äußerst kritische Situation geraten, als in den Abendstunden des 18. März 1909 der die Lehrerwohnungen und die Schülerunterkünfte beherbergende Gebäudeteil fast voll-ständig niederbrannte. Unversehrt blieb lediglich der Trakt mit den Unterrichtsräumen und der Küche.⁽⁴⁷⁶⁾ Der Hauptvorstand des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein beschloß auf einer außerordentlichen Sitzung am 8. Juni 1909 in Mohrkirch-Osterholz, die Albersdorfer Volkshochschule wieder aufzubauen und zur Sicherung ihrer wirtschaftlichen Existenz ihre Kapazität auf 40 Schüler pro Kurs zu erweitern.⁽⁴⁷⁷⁾ Unter der kommissarischen Leitung von Heinrich Harms wurde in Albersdorf am 1. Mai 1909 der dritte Sommerkurs für junge Mädchen mit wiederum nur 20 Teilnehmerinnen eröffnet. Harms, der Direktor der am 2. Juni 1907 in Mohrkirch-Osterholz eröffneten zweiten Volkshochschule des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein, war vom Vereinsvorstand für die Zeit bis zur Einstellung eines Nachfolgers für den ausgeschiedenen Friedrich Lembke mit der Leitung der Albersdorfer Volkshochschule beauftragt worden. Den durch den Weggang des bisherigen Volkshochschulleiters entstandenen Unterrichtsausfall versuchte Harms durch die vorübergehende Verpflichtung zweier Lehrer der Albersdorfer Volksschule zu kompensieren, den von Lembkes Frau erteilten Handarbeitsunterricht übernahm die Handarbeitslehrerin der Albersdorfer Volksschule.⁽⁴⁷⁸⁾

d. Lembkes Nachfolger Hans Heinrich Kiesbye (1877-1929) - Person und Werk

Um die Nachfolge Lembkes als Direktor der Albersdorfer Volkshochschule hatten sich mehrere Lehrer beworben. Auf der Sitzung des Volkshochschulvorstandes am 2. Juli 1909 fiel die Wahl auf den Schleswiger Seminarlehrer Hans Heinrich Kiesbye.⁽⁴⁷⁹⁾

Hans Heinrich Kiesbye wurde am 20. April 1877 als Sohn des Parzellisten Jens Kiesbye in Barderupfeld im Kreis Flensburg geboren. Seine Familie bewirtschaftete dort seit mehreren Generationen einen großen bäuerlichen Hof. Nach seiner Volksschulzeit besuchte er das Lehrerseminar in Hadersleben, wo er am 2. September 1897 seine Erste Lehrerprüfung bestand.⁽⁴⁸⁰⁾ Vom 11. September bis zum 31. Oktober 1897 unterrichtete er als Zweiter Vorschullehrer am Rendsburger Gymnasium. Von dort wechselte er am 1. November 1897 an die III. Knaben-Volksschule nach Elmshorn, an der er bis zum 30. September 1900 als Fünfter Lehrer unterrichtete. Am 1. Oktober 1900 nahm er eine Stelle als Lehrer an der 14. Mädchen-Volksschule in Altona an, die er bis zum 30. September 1904 ausübte. In der Zwischenzeit hatte er am 7. November 1900 seine Zweite Lehrerprüfung am Haderslebener Seminar abgelegt.⁽⁴⁸¹⁾ Seit dem 16. Oktober 1902 war Hans Kiesbye mit Hertha Magdalena Boysen verheiratet.⁽⁴⁸²⁾ Am 1. Oktober 1904 wechselte Kiesbye an die Altonaer Knaben-Mittelschule, wo er sich auf die Mittelschullehrerprüfung vorbereitete. Im Jahre 1905 bestand er in Tondern die Prüfung als Mittelschullehrer für die Fächer Religion und Geschichte,⁽⁴⁸³⁾ und zum 1. April des Jahres 1906 wurde Hans Kiesbye als Fachlehrer für Religion, Geschichte, Mathematik, Pädagogik und Methodik an das Schleswiger Lehrerinnenseminar berufen.⁽⁴⁸⁴⁾ Ab dem 1. April 1909 erhielt er für seine Studien an der Kieler Christian-Albrechts-Universität eine Freistellung vom Seminardienst, bevor er am 2. Juli 1909 zum Direktor der Albersdorfer Volkshochschule gewählt wurde.⁽⁴⁸⁵⁾ Als die Albersdorfer

Volkshochschule ihren Lehrbetrieb im Sommer des Jahres 1910 einstellen mußte, erhielt Kiesbye zum 1. Januar 1911 eine Schulrektorenstelle in Hannoversch-Münden.⁽⁴⁸⁶⁾ Nach seiner Rückkehr vom Militärdienst übernahm ihn die Hannoversche Regierung als Schulrat in Hannoversch-Münden und Uslar. Anfang der 1920er Jahre kehrte er als Schulrat nach Schleswig-Holstein zurück, zunächst nach Niebüll und ab 1928 nach Bad Segeberg, wo er 1929 verstarb.⁽⁴⁸⁷⁾

e. Kiesbyes Konzept ländlicher Volkshochschularbeit

Hans Kiesbye übernahm die Leitung der Albersdorfer Volkshochschule mit ausgeprägten Vorstellungen von den Zielen nachschulischer ländlicher Bildungsarbeit. Sie unterschieden sich deutlich von Friedrich Lembkes Volkshochschularbeit, die der ländlichen Jugend eine Gelegenheit geben sollte, "...sich für das praktische Leben auf dem Lande weiter auszubilden" und stellten den ersten bedeutenden Versuch dar, sich mit einer eigenständigen Bildungstheorie vom dänischen Vorbild zu lösen.⁽⁴⁸⁸⁾ Kiesbye hatte bereits mehrfach öffentlich den Standpunkt vertreten, daß es in Schleswig-Holstein an Bildungsstätten fehle, "...die den weitergehenden Ansprüchen der ländlichen Bevölkerung genügen, sich eine erhöhte Bildung mit ländlichem Angesicht anzueignen." Das ideale Instrument zur Befriedigung dieses Bildungsbedürfnisses sah er in einer ländlichen Volkshochschule, die "...die Bildung des ehemaligen Volksschülers weiterführt an der Hand solcher Stoffe, für deren erfolgreiche Behandlung der Volksschüler die erforderliche Reife noch nicht haben konnte."⁽⁴⁸⁹⁾

Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger Lembke sah Hans Kiesbye den Kardinalfehler der bisherigen Volkshochschularbeit in dem Bemühen ihrer Träger, die Volkshochschule in das traditionelle Bildungssystem zu integrieren. Diese Zielsetzung war ihm zu anspruchslos. Seiner Meinung nach lag der Zweck der Volkshochschularbeit weder in der Erweiterung oder der Vertiefung des Volksschulunterrichts noch in der Vermittlung berufsqualifizierender Bildungsinhalte. Den Kern der Volkshochschularbeit sah er in der Vermittlung einer "höheren Bildung", die nach seinem Bildungsbegriff nicht als "...Vielwissen, Verstandesschärfe, Gewandtheit im Ausdruck oder dies oder das, was man sonst noch als Bildung ansprechen kann," verstanden werden sollte, sondern als "...Aufgeblühtheit des ganzen menschlichen Wesens, Größe in allen Stücken wahren Menschentums." Gebildet war für Kiesbye nicht derjenige, "...dem alles klar ist, für den alles wunderbar stimmt, der alle Rätsel des Lebens leicht und schnell und sicher lösen kann (zu solcher widerwärtigen Dünkelhaftigkeit, die namentlich im Verneinen groß ist, führt leicht die einseitige Berufs-`Bildung'), gebildet ist der andere, der gelernt hat, tief zu sehen und daher allenthalben auf Probleme stößt, der mit den Problemen ringt, ohne sie jedoch lösen zu können, der staunend, schauernd und zuletzt doch voll hoher und heiliger Ahnung in die Abgründe des Seins schaut, daß ihm fast der Atem vergeht und er ganz still wird...Gebildet ist..., wer eine festgefügte, der Wahrheit möglichst nahe kommende Weltanschauung und Lebensauffassung gewonnen hat, so daß er nie ganz unglücklich werden kann."

Mit Kiesbye setzte sich erstmalig ein schleswig-holsteinischer Erwachsenenbildner mit deutschen Pädagogen wie Kerschensteiner oder Paulsen und den in Deutschland diskutierten Bildungskonzepten wie etwa dem der Arbeitsschule auseinander. Kiesbye hielt dem Vorwurf, daß bei seiner "...durchaus idealistischen Richtung der Volkshochschule die materielle Kultur und das praktische Leben ungebührlich hintan gesetzt werden..." mit der Metapher, daß "...die Volkshochschule nicht an der Hand, sondern an dem Willen, der die Hand regiert, arbeiten wolle," seine am Vorbild der nordischen Volkshochschularbeit gewonnene Einsicht entgegen, daß eine höhere Allgemeinbildung die beste Vorbereitung jeder beruflichen Ausbildung sei. Um der ländlichen Jugend zu einer höheren Bildung zu verhelfen, wollte Kiesbye mit seinen

Schülern im Rahmen des Volkshochschulunterrichts "...Weltanschauungs- und Lebensfragen erörtern und sie dabei sehen lehren." Dazu ergänzte er den Unterrichtskanon der Albersdorfer Volkshochschule um die Fächer Verkehrs- und Wirtschaftsgeographie und mündliche und schriftliche Stil- und Ausdrucksübungen. Den Unterrichtsschwerpunkt legte er auf die Vermittlung der schleswig-holsteinischen Geschichte und Dichtung. Der Erfolg des Volkshochschulunterrichts hing nach Kiesbyes Meinung im wesentlichen von drei Faktoren ab: dem angemessenen Alter der Schüler, ihrem ausgeprägten Bildungsverlangen und der Fähigkeit ihres Lehrers. Der ideale Volkshochschüler war nach Kiesbye zwischen zwanzig und dreißig Jahre alt, hatte nach seiner Volksschulzeit bereits einige Jahre im Berufsleben gestanden und sich dadurch "...eine ganz neue und andere Grundlage für weiterführende Bildungsarbeit" geschaffen. Er besaß ein starkes Verlangen nach Weiterbildung, das sich darin zeigte, daß er aus freiem Willen am Volkshochschulunterricht teilnahm, und nicht von seinen Eltern geschickt worden war. Der ideale Volkshochschullehrer zeichnete sich dadurch aus, daß er gebildet war, sich kontinuierlich weiterbildete und "...ein Kenner und Meister der Volkssprache war."⁽⁴⁹⁰⁾

f. Kiesbyes Volkshochschularbeit in den Jahren 1909 und 1910

Als Hans Kiesbye die Leitung der Volkshochschule Albersdorf am 1. Oktober 1909 übernahm, befand sich die Schule in einer äußerst kritischen Situation. Kurz vor Beginn des Winterkurses hatte der Volkshochschulverein noch keinen vollständigen Überblick über die finanzielle Lage der Schule. Am 28. September 1909 beklagte sich der Plöner Landrat Hermann von *Rumohr*, der Vorsitzende des Vereins für ländliche Volkshochschulen, beim schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten, daß "...die Finanzlage der Volkshochschule in Albersdorf noch nicht zu übersehen ist. Nach dem Brande im März war es zunächst zweifelhaft, ob man die Schule wieder eröffnen wolle und könne."⁽⁴⁹¹⁾ Die finanzielle Situation der Schule hatte sich nach dem Brand dadurch zusätzlich verschärft, daß sich für den Sommerkurs für junge Mädchen wiederum nur 20 Interessentinnen gefunden hatten. Die provisorische Unterrichtsgestaltung mit drei Albersdorfer Volksschullehrern war nicht geeignet gewesen, die Attraktivität der Albersdorfer Volkshochschule, die bereits unter den Auseinandersetzungen um Friedrich Lembkes Haushaltsführung gelitten hatte, zu heben. Der mit nur 28 Teilnehmern am 1. November 1909 eröffnete Winterkurs für junge Männer wurde noch nach dem alten, von Lembke aufgestellten Lehrplan abgehalten. Allerdings hatte die Ablösung von Friedrich Lembke als Volkshochschuldirektor den Ruf der Albersdorfer Volkshochschule vor allem in Dithmarschen als direktem Umfeld der Schule in Mißkredit gebracht. Von den 28 männlichen Kursteilnehmern stammten nur 3 aus Süderdithmarschen und nur 1 aus Norderdithmarschen, 7 kamen aus dem Kreis Steinburg, aus dem Kreis Husum 6, Flensburg-Land 4, Rendsburg und Tondern je 2, Segeberg, Eckernförde und dem Regierungsbezirk Osnabrück je 1.⁽⁴⁹²⁾ Noch im laufenden Winterkurs des Jahres 1909 stellte sich Hans Kiesbye dem dringlichsten Problem der von ihm übernommenen Volkshochschule, der relativ geringen Akzeptanz der dreimonatigen Sommerkurse für junge Mädchen. Die wirtschaftliche Existenz der Albersdorfer Schule hing entscheidend davon ab, daß die Sommer- wie die Winterkurse künftig mit einer Auslastung von 45 Teilnehmern durchgeführt werden könnten. Dazu ließ Hans Kiesbye im Dezember des Jahres 1909 eine von ihm erarbeitete vierseitige Werbebroschüre verteilen, in der er die künftige Ausgestaltung der Sommerkurse für junge Mädchen vorstellte. Die gravierendsten Änderungen gegenüber den bisherigen Kursen stellten die Erweiterung der Unterrichtszeit von drei auf fünf Monate und die Anhebung der Kursgebühren auf 300 Mark dar. Wie in Mohrkirch-Osterholz und Tingleff sollten die Sommerkurse für junge Mädchen künftig in der Zeit vom 1. Mai bis zum 1. Oktober eines jeden Jahres abgehalten werden. Diese Zeit wollte Kiesbye vorrangig dazu nutzen, die Allgemeinbildung seiner Kursteilnehmerinnen

zu erhöhen. Der Lehrplan sah die folgende Verteilung der einzelnen Fächer auf die 43 wöchentlichen Unterrichtsstunden vor:⁽⁴⁹³⁾

Religionsgeschichte 2 Stunden

Deutsche Dichtung 4 Stunden

Gesang 2 Stunden

Geschichte 2 Stunden

Bürger-, Gesetzes- und Wirtschaftskunde 4 Stunden

Stilübungen, Geschäftsaufsatz und Schönschreiben 6 Stunden

Rechnen 4 Stunden

Buchführung 2 Stunden

Naturkunde 2 Stunden

Haushaltungskunde 2 Stunden

Erziehungslehre 2 Stunden

Handarbeit 6 Stunden

Gartenbau 2 Stunden

Leibesübungen und Anstandslehre 3 Stunden

Gegenüber den bisherigen Sommerkursen war dieser Unterrichtsplan zu Lasten von vierzehn Stunden Deutsch und Rechnen um die Fächer Religionsgeschichte, deutsche Dichtung, Bürger-, Rechts- und Wirtschaftskunde sowie Stilübungen und Geschäftsaufsätze erweitert worden, wodurch er die Handschrift des Mittelschullehrers für Religion und Geschichte und neuen Schuldirektors Hans Kiesbye trug. Vor dem Hintergrund des wegen der vakanten Direktorenstelle improvisierten Unterrichts im Sommerkurs des Jahres 1909 schloß Kiesbye seinen Werbeprospekt mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß der Unterricht an der Albersdorfer Volkshochschule nur von staatlich geprüften Lehrkräften erteilt werde. In Fortführung der von Frau Lembke begründeten Tradition werde seine Frau die Erteilung der Fächer Haushaltungskunde, Erziehungslehre und Handarbeit übernehmen.

Das Interesse an dem am 1. Mai 1910 beginnenden Sommerkurs für junge Mädchen lag mit 15 Teilnehmerinnen weit unter den Erwartungen und wirtschaftlichen Erfordernissen der Volkshochschule. Die Warnung des Hamdorfer Gemeindevorstehers und Beiratsmitglieds des Vereins für ländliche Volkshochschulen Johannes *Johannsen*, daß die vermögenderen Bauern ihre Töchter eher auf die Haushaltungsschule in Hademarschen als für fünf Monate auf die Albersdorfer Volkshochschule schicken und die weniger wohlhabenden ihre Töchter zu Hause behalten würden, hatte sich auch im Sommersemester 1910 bestätigt.⁽⁴⁹⁴⁾ Diese Einstellung der Bevölkerung zur Mädchenbildung war durchaus zeittypisch. Auch die Volkshochschule Tingleff erlebte im Sommer des Jahres 1911 nach der Ausweitung der Kursdauer auf ein Jahr einen Einbruch in der Kursnachfrage, und die an der Norburger Volkshochschule abgehaltenen Sommerkurse für junge Mädchen fanden statt der kalkulierten 36 Kursteilnehmerinnen in der Regel nur mit 22 Schülerinnen statt. Nachdem der Winterkurs des Jahres 1909 mit 28 Teilnehmern nur zu einer 70%igen Auslastung und damit 30% Einnahmeausfällen geführt hatte, bedeuteten die 15 Teilnehmer des Sommerkurses für junge Mädchen mit über 60% Einnahmeausfällen vor dem Hintergrund der hohen Altschuldenlast den finanziellen Kollaps der Albersdorfer Volkshochschule.

Um den sich abzeichnenden Konkurs der Albersdorfer Volkshochschule noch abzuwenden, beantragten der Albersdorfer Schuldirektor Hans *Kiesbye* und der Vorsitzende des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein, der Plöner Landrat Hermann von *Rumohr*, über den Oberpräsidenten und die Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Holstein beim preußischen Minister für Domänen, Landwirtschaft und Forsten und dem preußischen

Innenminister im April und Mai des Jahres 1910 staatliche Unterstützungen. Kiesbye begründete seinen Unterstützungsantrag vom 19. Mai 1910 damit, daß die Albersdorfer Volkshochschule alljährlich Schüler aus Nordschleswig unterrichte, ohne dafür Mittel aus dem Fonds des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig zu erhalten. Sein Antrag wurde vom Oberpräsidenten schon am 23. Mai mit dem lapidaren Hinweis darauf abgelehnt, daß er nicht in der Lage sei, der Albersdorfer Volkshochschule Stipendien für Schüler aus Nordschleswig zur Verfügung stellen.⁽⁴⁹⁵⁾

Der Antrag des Vorsitzenden des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein wurde von dem Oberpräsidenten vor seiner Weitergabe an die Berliner Ministerien der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer, dem Leiter der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz, den Landräten in Süderdithmarschen und Schleswig und dem Regierungspräsidenten zur Stellungnahme vorgelegt. Graf Otto zu *Rantzau* vertrat als Vorsitzender der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer den Standpunkt, daß er die Bewilligung von staatlichen Beihilfen für die Einrichtungen des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein nicht befürworten könne. Er begründete seine Entscheidung mit einem klaren Bekenntnis zu einer gezielten Förderung der bereits existierenden landwirtschaftlichen Winterschulen und landwirtschaftlichen Fachschulen und führte aus, daß "...die aus Dänemark übernommenen Volkshochschulen...in den politisch gefährdeten Teilen Nordschleswigs aus national-politischen Gründen am Platze sein [können; d. Verf.], eine allgemein-landwirtschaftliche Bedeutung können wir ihnen indessen nicht beilegen. Es liegt daher auch keine Veranlassung vor, solche Schulen in andern Teilen der Provinz durch staatliche Zuschüsse zu unterstützen...Die Volkshochschulen verdanken der privaten Initiative Einzelner ihre Entstehung, die von dem Nutzen und der Notwendigkeit dieser Schulen überzeugt sind...Es muss daher den Ersteren überlassen bleiben, auch die Mittel für die von ihnen gegründeten und noch zu gründenden Volkshochschulen zu beschaffen."⁽⁴⁹⁶⁾

Heinrich *Harms*, der Leiter der Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz, begründete in seiner Stellungnahme die Notwendigkeit ländlicher Volkshochschularbeit unter drei Gesichtspunkten. Als erstes nannte er die Vermittlung einer berufsbezogenen Fortbildung in Verbindung mit einer vertieften Einführung der Volkshochschüler in "den Reichtum unserer Literatur". Zum zweiten wies er auf den Wert der Erziehung hin, die die Volkshochschüler in den als Großfamilie konzipierten Internatseinrichtungen auch vor und nach der eigentlichen Unterrichtszeit erfuhren. Als drittes wandte er sich gegen die Ansicht der Landwirtschaftskammer, daß nur den im Grenzgebiet wirkenden Volkshochschulen eine nationalpolitische Bedeutung zukäme. Seiner Meinung nach sei "...die Gefahr, welche dem Staate durch die Socialdemokratie droht, ungleich größer als die Dänengefahr. Und gerade die Bekämpfung der Socialdemokratie durch wichtige Aufklärung, vermittelt durch den deutschen und bürgerkundlichen Unterricht, ist eine Hauptaufgabe der Volkshochschule. Zur Erreichung dieses Zieles hat sie auch das den anderen Bildungseinrichtungen voraus, daß zur Weckung des nationalen Sinnes heimatkundlicher Unterricht betrieben wird." *Harms* schloß seine Stellungnahme mit dem Hinweis darauf, daß "...das Landvolk nicht nur tüchtiger durch die rein berufliche Ausbildung auf Schulen, sondern auch durch die Hebung des geistigen Niveaus überhaupt" werde.⁽⁴⁹⁷⁾

Der Süderdithmarscher Landrat Adolf Harald *Johannsen* befürwortete eine staatliche Förderung der Schulen des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein ausdrücklich und charakterisierte sie mit pädagogischem Sachverstand als "...ein wichtiges Glied in der Kette der Bildungsmöglichkeiten für die schleswig-holsteinische Jugend. Sie dienen keinerlei nationalpolitischen Zwecken; wenn sie wie in Dänemark 'Volkshochschulen' genannt sind,

geschah das nur, weil ein passender Ausdruck nicht gefunden ward. Wohl aber fördern sie hervorragend die allgemeine Bildung ihrer Zöglinge, die noch immer die beste Vorbereitung für jede Fachbildung war."⁽⁴⁹⁸⁾ Der Schleswiger Landrat Dr. Fred *Hagedorn* beschränkte sich in seiner knappen Stellungnahme ausschließlich auf ein Votum für die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule, deren Existenz er wegen der geringen Zahl anderer ländlicher Bildungsmöglichkeiten im Kreisgebiet für unerlässlich hielt. Letztendlich ausschlaggebend war das Votum des seit dem Jahr 1900 im Schleswiger Regierungspräsidium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten und das ländliche Fortbildungsschulwesen zuständigen Regierungsrats Alexander Friedrich *Dünkelberg*. Er riet von einer staatlichen Bezuschussung der Volkshochschulen in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz ab, weil sich "...die Beteiligten selbst noch nicht über das Wesen der Volkshochschule einig [sind; d. Verf.]." Dieses Urteil glaubte er aus einem von Hans Kiesbye veröffentlichten Beitrag zu den Zielen der Volkshochschularbeit in Albersdorf⁽⁴⁹⁹⁾ und der Stellungnahme von Heinrich Harms ableiten zu können. Danach seien Volkshochschulen "...nach Kiesbye eine höhere Bildungsanstalt, deren Vorbilder die dänischen Volkshochschulen sein würden, [und; d. Verf.] nach der Ansicht des Harms, die von den Leitern des Volkshochschulen-Vereins offenbar geteilt wird, nichts anderes als Fortbildungsschulen. Die erstere Meinung zu unterstützen, liegt kein Grund vor, da eine Schule dieser Art nur zu leicht die Halbbildung fördert. Für eine neue Art ländlicher Fortbildungsschulen besteht andererseits kein Bedürfnis, da die vorhandenen durchaus geeignet sind, einer Fortbildung zu dienen."⁽⁵⁰⁰⁾ In seinem ablehnenden Votum hatte der Schleswiger Regierungsrat Dünkelberg auf Argumente zurückgegriffen, die er bereits in der von ihm im März des Jahres 1905 konzipierten Stellungnahme für den Oberpräsidenten zum Grundsatzprogramm der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften angeführt hatte. Damals hatte er den Volkshochschulen, die sich am dänischen Vorbild orientieren wollten, unterstellt, daß die Ergebnisse ihrer Arbeit "...ein glühender Patriotismus und ein fanatischer Haß gegen das Deutschtum, und eine unklare, mit mehr oder weniger großem geistigem Hochmut verbundene Halbbildung" seien.⁽⁵⁰¹⁾ Diese Stellungnahme nahm die von den preußischen Ministerien später ausgesprochene Ablehnung der Förderanträge bereits vorweg. Das preußische Innenministerium begründete seine auf den 22. November 1910 datierte Ablehnung damit, daß die Albersdorfer Volkshochschule außerhalb des nationalpolitisch umstrittenen Grenzgebietes läge und ihr deshalb überhaupt keine Bedeutung bei der "Stärkung des Deutschtums" gegenüber den dänischen Bestrebungen zukäme.⁽⁵⁰²⁾ Das Ministerium für Domänen, Landwirtschaft und Forsten verweigerte mit einjähriger Verspätung und nahezu wortgleicher Begründung die Gewährung von Mitteln aus seinem Fonds zur Stärkung des Deutschtums, erkannte aber gleichzeitig an, daß die Schulen des Vereins für ländliche Volkshochschulen "...einen beachtenswerten Versuch auf dem Gebiete der Volkserziehung darstellen und es deshalb aus allgemeinen Gründen zu bedauern wäre, wenn diese Unternehmen aus Mangel an Mitteln nicht weitergeführt werden könnten." Deshalb regte das Ministerium an, die beiden Volkshochschulen "...durch landwirtschaftliche Winterschulen zu ersetzen oder, soweit sie der Ausbildung der weiblichen Jugend dienen, in Haushaltsschulen umzuwandeln, wobei ihr Lehrplan entsprechend den örtlichen Bedürfnissen und den besonderen Zwecken der Anstalten ausgestaltet werden könnte."⁽⁵⁰³⁾ Dem Vorstand des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein schien dieser Vorschlag unannehmbar, da er das Ende seiner Volkshochschularbeit bedeutete hätte. Der Zusammenbruch der Albersdorfer Volkshochschule war durch die letztlich gescheiterten Bemühungen um staatliche Fördermittel nicht mehr zu stoppen. Bereits am 14. Juli 1910 verließ Johannes *Glüsing* die Schule, um am 15. Juli eine Lehrerstelle in Rosenfeld im Kreis

Plön anzutreten; Hans Kiesbye wechselte zum 1. Januar 1911 als Rektor nach Hannoversch-Münden.⁽⁵⁰⁴⁾ Das Gebäude der ehemaligen Volkshochschule wurde in der Folgezeit vom Vaterländischen Frauenverein Albersdorf für Kochkurse genutzt.⁽⁵⁰⁵⁾

g. Kiesbyes Analyse der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft im Jahre 1910

Bevor Hans Kiesbye im Januar 1911 seine neue Stelle als Schulrektor in Hannoversch-Münden antrat, analysierte er in einem unter der Überschrift "Volkshochschulen?" publizierten Artikel den status quo des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens und suchte nach Antworten auf die Fragen, welche Bildungsziele die Volkshochschulen verfolgten, welche Schüler sie ansprachen und wo sie im traditionellen Bildungssystem angesiedelt sein mußten.⁽⁵⁰⁶⁾ Nach eingehender Untersuchung der Lehr- und Lernzielkataloge der Volkshochschulen in Tingleff, Norburg und Mohrkirch-Osterholz kam er zu dem Schluß, daß die Schulträger "...sich eines bestimmten großen Zieles überhaupt nicht bewußt oder nicht klar bewußt sind, oder daß das Ziel falsch, zu niedrig gesetzt ist." Der wesentliche Fehler in der bisherigen Volkshochschularbeit sei die Aufstellung von Lehrplänen "...ohne zuvorige scharfe Bestimmung der Art des treibenden Bedürfnisses und der aus dieser sich ergebenden Aufgabe der Volkshochschule [gewesen; d. Verf.]. Beginnt man das Werk ohne Klarheit über Ziel und Weg, dann kommt man lange über ein Tasten und Tappen nicht hinaus, und nicht jegliches Werk erträgt es, daß man sich lange an ihm in Tasten und Tappen ergeht. Und es ist gewiß nicht richtig, für die Arbeit der Volkshochschule allerlei Zielchen zu setzen und sie allmählich nach allen Richtungen hin weiter hinauszuschieben, wenn sie nicht von einem zuvor klar erkannten allerhöchsten Hauptziele abhängig sind. Es ist verkehrt, planlos nur weiterzubilden." Nach Kiesbyes am Vorbild der nordischen Volkshochschulen gewonnenen Überzeugung konnte das ureigene Ziel der Volkshochschule aber nur in der Vermittlung einer Bildung liegen, "...die in der Richtung desjenigen liegt und demjenigen mehr oder weniger nahekommst, was heute an wahrer Menschenbildung durchgehends nur durch langjährigen Besuch höherer Lehranstalten erworben wird. Ihr Ziel für den Schüler muß sein eine selbständig gebildete, wohlbegründete und darum jedem Anprall standhaltende Weltanschauung und Lebensauffassung, die Befähigung, das tiefste und beste Leben aus sich selbst zu führen." Die Erreichung dieses Ziels war aus Kiesbyes Sicht aber wesentlich von der richtigen Schülerauswahl abhängig. Deren unterste Altersgrenze setzte er für männliche Schüler bei 23 bis 24 Jahren an, für weibliche bei 20. Die Schüler dieses Alters mußten sich außerdem freiwillig für den Volkshochschulbesuch melden, um dort ihren Bildungshunger zu stillen. Diese Voraussetzung hätten die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen dadurch vernachlässigt, daß sie "...ziemlich wahllos alles an- und aufgenommen hatten, was angeboten wurde." Die unklaren Bildungsziele und die zu grob strukturierte Schülerauswahl hätten aber dazu geführt, daß die Volkshochschulen von ihren Trägern als eine gehobene, sich an die Pflichtschule anschließende Form der Volksschule gesehen wurden und als Konkurrenten der ländlichen Fortbildungsschulen, ländlichen Winterschulen, Kochschulen und Haushaltungsschulen aufträten. Der Volkshochschule gebührte aber Kiesbyes Auffassung nach die höchste Stufe in einem Bildungswesen, dessen Grundlagen bis zur Konfirmation der Schüler in der Pflichtvolksschule gelegt würden, an die dann der obligatorische Fortbildungsschulbesuch bis zum 18. Lebensjahr der Schüler anschließen sollte. Dem Heeresdienst, den Kiesbye als "...eine nicht zu verachtende allgemeinbildende Schule" ansah, mußte eine duale berufliche Ausbildung als Kombination eines Lehrverhältnisses mit dem Besuch einer Fortbildungsschule folgen. Die Volkshochschule "...ist die letzte und höchste Schule der breiten Masse des Volkes, vorhanden für tiefer veranlagte, ernste, gehaltvolle Naturen, die nach Benutzung und Verwertung dessen, was ihnen bis zum reifen Jünglingsalter in Leben, Beruf und Schulen an Bildungsmöglichkeiten geboten

wurde, noch das starke Verlangen in sich spüren, einen ergänzenden, klärenden, zusammenfassenden, krönenden, dem Ganzen erst rechten Wert gebenden Abschluß sich zu erringen." Kiesbye schloß seine Abhandlung mit der Warnung, daß die Volkshochschulen von den staatlich geförderten Fortbildungsschulen, landwirtschaftlichen Lehranstalten und Haushaltungsschulen abgelöst werden würden, wenn es ihnen nicht gelänge, sich zu der von ihm skizzierten höchsten Bildungseinrichtung für die breite Masse des Volk zu entwickeln. Die kurzfristige Realisierung der überlebensnotwendigen Weiterentwicklung des Volkshochschulwesens hielt er aus zwei Gründen für äußerst unwahrscheinlich: zum einen bezweifelte er in dunkler Vorahnung der Ereignisse der Jahre von 1918 bis 1920, daß in Schleswig-Holstein die rechte Zeit für die Entwicklung von Volkshochschulen bereits gekommen sei, denn "...etwas so Großes kann nicht aus ruhigen Zeitläuften, sondern nur aus großer Zeit, wohl gar nur aus Not und Wehe heraus geboren werden...Bei uns ist jetzt nicht große Zeit." Als zweites äußerte er abschließend seine Befürchtung, daß die Volkshochschulen, die von den im Grenzgebiet agierenden nationalpolitischen Vereinigungen als "Kampfinstitute" mißbraucht würden, "...Schaden an ihrer Seele nehmen" könnten, zumal "...das Scharfmachen für den Nationalitätenkampf mit der hohen, erhabenen Aufgabe der Volkshochschule ganz unvereinbar ist, ...weil er allzu tief unter der Höhe liegt, auf die die Volkshochschule führen will." Die Ereignisse der Jahre von 1918 bis 1920 sollten die Voraussetzungen schaffen, die nach Kiesbye für die zielstrebige Entwicklung von Volkshochschulen nötig waren.

h. Die Gründe für das Scheitern der ländlichen Volkshochschule Albersdorf

Friedrich Lembke hatte mit der ländlichen Volkshochschule Albersdorf eine Bildungseinrichtung geschaffen, die sich an die dänischen Volkshochschulen anlehnte und eine Konkurrenz zu den politisch erwünschten und von der Provinzialregierung geförderten ländlichen Fortbildungsschulen darstellte. Die Kursbelegungszahlen der Schule lassen den Schluß zu, daß die von Lembke geschaffene Volkshochschule in der Ausrichtung ihrer Bildungsziele dem Bildungsbedürfnis der ländlichen Bevölkerung entsprach. Die relativ geringe Nachfrage nach den Sommerkursen für junge Mädchen war, wie ein Blick auf die Statistiken der drei anderen schleswig-holsteinischen Volkshochschulen zeigt, ein zeittypisches Phänomen. Die Gründe dafür, daß die Albersdorfer Volkshochschule ihren Lehrbetrieb schon vier Jahre nach ihrer Eröffnung wieder einstellen mußte, sind sowohl in der Schule selber als auch in der von harter Konkurrenz um staatliche Fördermittel geprägten Struktur der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft insgesamt zu suchen. Der äußere Anlaß für den finanziellen Zusammenbruch der Albersdorfer Schule war die im Frühjahr des Jahres 1909 aufgedeckte mangelhafte Bewirtschaftung der ihr zufließenden Finanzen. Die dadurch herbeigeführte desolante Finanzlage führte zur Ablösung des Schulgründers und Geschäftsführers des Volkshochschulvereins Friedrich Lembke.

Seinem Nachfolger Hans Kiesbye gelang es nicht mehr, die Schule aus der finanziellen Zwangslage, die durch den zerstörungsbedingten Neuaufbau des Schulgebäudes noch verschärft wurde, wieder herauszuführen. Kiesbye löste sich bei der Gestaltung des Lehrplans vom Vorbild der dänischen Volkshochschulen. Die von ihm initiierte Umstellung des Albersdorfer Lehrplans zu Gunsten allgemeinbildender Fächer bei gleichzeitiger Einschränkung berufsbezogener Lehrinhalte fand bei der bäuerlichen Bevölkerung nicht die erwartete Zustimmung, so daß die Schule angesichts von nur knapp 70% Auslastung des Winterkurses für junge Männer und knapp 40% Auslastung des auf fünf Monate verlängerten Sommerkurses für junge Mädchen ihren Lehrbetrieb konkursbedingt im Sommer des Jahres 1910 einstellen mußte. Zu dem Scheitern der Albersdorfer Volkshochschule hatte auch die Zersplitterung der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft beigetragen. Der mit dem Trägerverein der Albersdorfer Volkshochschule um staatliche Fördermittel

konkurrierende Nordschleswigsche Volkshochschulverein hatte kein Interesse daran gezeigt, die in Schwierigkeiten geratene Albersdorfer Schule zu unterstützen. Er drängte die Provinzialregierung unter Betonung der nationalen Bedeutung seiner beiden Volkshochschulen in Tingleff und Norburg sogar dazu, ihre Fördermittel ausschließlich seinen vereinseigenen Schulen zukommen zu lassen.

"Ein neuer Abschnitt in der Geschichte der geistig-sittlichen Bildung der Landbevölkerung"⁽⁵⁰⁷⁾

i. Die Vorarbeiten zur Gründung der zweiten vereinseigenen Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz

Der Vorstand des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein war auf der Vereinsversammlung vom 19. November 1905 beauftragt worden, neben der ländlichen Volkshochschule Albersdorf eine zweite vereinseigene Volkshochschule einzurichten. Um nicht in den direkten Einzugsbereich der bereits existierenden Volkshochschulen in Tingleff und Albersdorf zu geraten, konzentrierte man sich bei der Standortwahl auf den Großraum Angeln. Hieraus hatten sich bereits im Vorwege die Gemeinden Süderbrarup, Husby, Sörup und Satrup beworben.⁽⁵⁰⁸⁾ Die endgültige Entscheidung fiel mit Mohrkirch-Osterholz auf einen Ort, der - nur wenige Kilometer von der ehemaligen Jürgensenschen Oersberger Lehranstalt entfernt - sehr verkehrsgünstig direkt an der seit 1902 fertiggestellten Eisenbahnstrecke Kiel-Flensburg lag. Ausschlaggebend für diese Standortwahl war die Fürsprache des Plöner Landrats und Vorsitzenden des Volkshochschulvereins, Hermann von *Rumohr*, gewesen.⁽⁵⁰⁹⁾ Als Rogges Vorgänger im Tonderner Landratsamt, Erbe des seit der Mitte des 16. Jahrhunderts in Familienbesitz befindlichen Gutes Drült und Teilhaber an der Schleswiger Brauhaus GmbH wußte er um die Sorgen und Nöte der Landbevölkerung im Landesteil Schleswig.⁽⁵¹⁰⁾ Mit dem Bau der Volkshochschule beauftragte der Vereinsvorstand den ortsansässigen Baumeister Heinrich *Franzen*, die Schuleröffnung war für den 1. Mai 1907 geplant. Bei der Zusammensetzung des auf der Volkshochschulvereinsversammlung am 23. April 1907 zur Wahl stehenden Schulkuratoriums berücksichtigten die anwesenden Mitglieder nur Amtsträger aus der näheren Umgebung der Volkshochschule. Gewählt wurden neben dem Schleswiger Landrat von Kurt von *Alten* als Vorsitzendem der in Angeln äußerst einflußreiche Ausacker Gemeindevorsteher Peter *Jensen*, der neben seinem Kreistagsmandat die Ämter des stellvertretenden Vorsitzenden der Landwirtschaftskammer, des stellvertretenden Schleswiger Landrats, des Mitglieds im Ökonomiekollegium und im Deutschen Landwirtschaftsrat, des Vorsitzenden des Angler landwirtschaftlichen Vereins und das des Beiratsmitgliedes im Volkshochschulverein ausübte und der daneben im Jahre 1907 zu den Gründungsmitgliedern der Ortsgruppe Sörup des Deutschen Vereins zählte. Gewählt wurden außerdem der Brebeler Amtsvorsteher Karl *Nissen*, der Baustruper Hofbesitzer Detlev *Thomsen*, der Mohrkirch-Osterholzer Gemeindevorsteher Heinrich *Riggelsen* und der Düttebüller Gutsbesitzer Dr. Siegfried von *Hobe*.⁽⁵¹¹⁾

Die Ansiedlung der Volkshochschule in Angeln war nicht unumstritten. Ihren hartnäckigsten Widersacher fand sie in dem Oeher Amtsvorsteher Gustav Anton *Ziese*, der unter anderem als ehemaliger Kreistagsabgeordneter, Mitglied der schleswig-holsteinischen Landwirtschaftskammer und Vorsitzender des Ostangler landwirtschaftlichen Vereins die Interessen einer größeren Gruppe von Landwirten vertrat und über weitreichende Beziehungen verfügte. In einem unter der Überschrift "Gedanken über Volkshochschulen" veröffentlichten Artikel trug er seine Vorbehalte gegenüber dieser Schulform einer breiteren Öffentlichkeit vor.⁽⁵¹²⁾ Der Kernpunkt seiner Vorbehalte lag danach, wie beim preußischen König *Friedrich II.* in seiner Kabinettsorder vom 5. September 1779, in der Befürchtung, daß

"...junge Leute, die nach ihrem Abgang von einer Fach- oder anderen Schule noch die Volkshochschule besuchen, durch dies Studium abgelenkt werden von der körperlichen Arbeit und die Lust verlieren zum Erwerb derjenigen praktischen Fertigkeiten, welche für jeden Beruf notwendig sind." Ziese befürchtete, daß die angehenden Landwirte durch die auf der Volkshochschule betriebene "einseitige Ausbildung des Geistes" der körperlichen Arbeit entwöhnt würden und dadurch die Landflucht noch größere Ausmaße annehmen könnte. Er schlug vor, die ländliche Schulbildung mit dem vollendeten 16. Lebensjahr abzuschließen und von da ab in eine "praktische, körperliche Ausbildung" überzuleiten. Daneben könnte die Zahl der bereits von der Landwirtschaftskammer vereinzelt angebotenen Vortragskurse für praktische Landwirte erhöht werden, so daß jeder Landwirt die Gelegenheit hätte, mehrmals monatlich berufsbezogene Vorträge in der Nähe seines Wohnortes zu besuchen. Die Zeit zur Gründung von ländlichen Volkshochschulen sei nach Ziese erst dann gekommen, wenn sich die Zahl "...der ländlichen Bevölkerung auf Kosten der Zunahme der großen Städte verdoppelt habe."

Der Verein für ländliche Volkshochschulen ließ sich in der Realisierung seiner Planungen durch derartige Kritiken nicht beirren. Mit Otto Friedrich Heinrich *Harms*, dem Rektor der Meldorfer Knabenvolksschule, wurde auf der Generalversammlung am 21. Oktober 1906 ein kompetenter und engagierter Pädagoge zum Leiter der zweiten vereinseigenen Volkshochschule gewählt.⁽⁵¹³⁾ Als Mitglied des Vereins für ländliche Volkshochschulen und des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig sowie als Meldorfer Volksschulrektor stand Harms in Kontakt mit dem Albersdorfer Volkshochschulleiter Friedrich *Lembke* und dem Süderdithmarscher Landrat Adolf *Johannsen*.

j. Otto Friedrich Heinrich Harms (1862-1946) - Person und Werk

Otto Friedrich Heinrich Harms wurde am 28. April 1862 als jüngstes der fünf Kinder des Ortsvorsitzenden und Hufenpächters Hans Heinrich Harms und dessen Ehefrau Luise in Griebel, Kreis Oldenburg, geboren.⁽⁵¹⁴⁾ In Eutin besuchte er die Volks- und Mittelschule. Nach seiner Konfirmation verwaltete er von 1878 bis 1881 die Präparandenstelle der Sagauer Volksschule, bis er zu Ostern des Jahres 1881 am Tonderner Lehrerseminar aufgenommen wurde.⁽⁵¹⁵⁾ Nachdem Harms am 5. April 1884 die Erste Lehrerprüfung bestanden hatte, unterrichtete er vom 17. April 1884 bis zum 30. November 1885 als 3. Lehrer an der Preetzer Volksschule und vom 1. Dezember 1885 bis zum 31. Dezember 1891 als 2. Lehrer an der Volksschule in Süderstapel. In der Zwischenzeit hatte er am Tonderner Seminar am 11. April 1888 seine Zweite Lehrerprüfung, vom 3. bis 6. März 1890 die Prüfung zum Mittelschullehrer und am 27. Februar 1891 die Prüfung zum Mittelschulrektor abgelegt. Die weiteren Stationen seiner Laufbahn waren vom 1. Januar 1892 bis zum 30. April 1898 die Volksschule in Kappeln und vom 1. Mai 1898 bis zum 31. März 1907 die Knabenbürgerschule in Meldorf, die er seit dem 4. Juli 1904 als Rektor leitete.⁽⁵¹⁶⁾ Daneben war er von 1899 bis 1901 an der Meldorfer Gelehrtenschule für den Unterricht in den Fächern Rechnen und Schreiben verantwortlich.⁽⁵¹⁷⁾ Am 1. April des Jahres 1907 übernahm Heinrich Harms das Amt des Direktors der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz, das er über seine Pensionierung am 1. Februar 1926 hinaus bis zur Ernennung seines Nachfolgers Detlef *Ehmsen* am 25. September 1927 ausübte. Um den Etat des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein von den Pensionszahlungen für Harms zu entlasten, wurde er für die Zeit vom 1. April 1912 bis zum 31. März 1925 als beurlaubter Lehrer von der Stadt Flensburg bezahlt, vom 1. April 1925 bis zum 31. Dezember 1925 von der Gemeinde Satrup und vom 1. bis zum 31. Januar 1926 von der Stadt Wyk auf Föhr.⁽⁵¹⁸⁾ Harms gehörte zu den Gründungsmitgliedern des "Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark" und war daneben auch Mitglied im "Deutschen

Verein für das nördliche Schleswig". Er starb am 13. März 1946 in Eutin.⁽⁵¹⁹⁾ Heinrich Harms war seit dem 4. August 1884 mit Maria Köll verheiratet und hatte zum Zeitpunkt seiner Anstellung in Mohrkirch-Osterholz drei Kinder im Alter von 21, 18 und 9 Jahren. Sein Sohn, der achtzehnjährige Klaus, nahm Ende April 1908 in Tübingen ein Theologiestudium auf, seine Frau und seine einundzwanzigjährige Tochter Marie übernahmen während der Sommerkurse an der Volkshochschule den Handarbeitsunterricht.⁽⁵²⁰⁾

k. Harms' Konzept ländlicher Volkshochschularbeit

Heinrich Harms wurde als designierter Schulleiter vom Volkshochschulvorstand mit der Ausarbeitung eines Lehrplans beauftragt. In einem Rückblick aus dem Jahre 1927 beschrieb er diese Aufgabe als den schwierigsten Part der gesamten Schulgründung. Das von Harms entwickelte Volkshochschulkonzept verdient insofern besonderes Augenmerk, als es ihm, im Gegensatz zu den Gründungsvätern der beiden bereits existierenden Volkshochschulen in Tingleff und Albersdorf, gelang, die Volkshochschule in ihrer Theorie und Praxis mit einer eigenständigen Bildungsaufgabe in das bereits bestehende Schulwesen organisch einzubinden. Harms berief sich in seinem Konzept, anders als der Albersdorfer Volkshochschulleiter Friedrich Lembke, bewußt nicht auf die dänischen Volkshochschulen, weil sie, wie er formulierte, "...aus der Not des Volkes heraus" entstanden waren, während derartige Schulen seiner Meinung nach in Deutschland zur "...Hebung des geistigen Niveaus der deutschen Jugend" nötig seien. Er griff für Mohrkirch-Osterholz zunächst auf die in Deutschland entwickelten Unterrichtspläne der ländlichen Fortbildungsschulen zurück. Um dem durch diese inhaltliche Anleihe und auch dem durch Lembkes Arbeiten⁽⁵²¹⁾ aus dem Jahr 1905 geförderten Vorurteil der breiten Bevölkerung entgegenzutreten, daß "...die Volkshochschulen als Fortbildungsschulen auf dem Lande anzusehen seien", betonte Harms nachdrücklich die Unterschiedlichkeit und Eigenständigkeit dieser beiden Schulformen.⁽⁵²²⁾ Diese sei bereits bei einem ersten Blick auf die Stundenpläne beider Schularten zu erkennen. Den innerhalb eines Winterkurses an einer Volkshochschule abgehaltenen 950 Stunden stünden lediglich 360 Unterrichtsstunden der Fortbildungsschulen gegenüber, die zudem noch auf drei Winterkurse verteilt seien. Außerdem sei die Mohrkirch-Osterholzer Schule wie die Volkshochschulen in Tingleff und Albersdorf im Gegensatz zu den Fortbildungsschulen als Ganztagschule mit einem angegliedertem Internat angelegt.

Harms' wesentliches Verdienst um die Volkshochschulentwicklung lag unstrittig in seinem Bemühen, den deutschen Volkshochschulen ein eigenständiges Bildungsprofil zu verschaffen und sie damit in das staatliche Schulsystem einzubinden.⁽⁵²³⁾ Er sah die Volkshochschulen nicht als Konkurrenzanstalten zu den verschiedenen Formen der landwirtschaftlichen Schulen, sondern als eigenständige Institutionen innerhalb eines arbeitsteiligen Bildungssystems. In diesem System kam den Volksschulen die Aufgabe der Vermittlung von Grundfertigkeiten in den Kulturtechniken und einer rudimentären Allgemeinbildung zu. Die ländliche Volkshochschule sollte als eine Art "gehobener Volksschule" auf dem Unterricht der Volksschule aufbauen und ihn um allgemeinbildende Unterrichtsfächer, zu denen Harms vor allem Deutsch, Rechnen, Bürger- und Gesetzeskunde, Buchführung und Heimatkunde zählte, erweitern und ergänzen. Damit übernahm Harms - entgegen seiner ursprünglichen Absicht - Elemente des Grundtvigschen Volkshochschulkonzepts, ohne diese als solche besonders hervorzuheben oder zu benennen. Der gravierendste Unterschied zu dem in Tingleff und Albersdorf praktizierten Volkshochschulunterricht lag bei Harms darin, daß er die Vermittlung von landwirtschaftlichen Fachinhalten ausschließlich den ländlichen Fortbildungsschulen überließ. Nach seinem Konzept vermittelte die Volkshochschule ausschließlich die Art von Allgemeinbildung, die zum erfolgreichen Besuch einer landwirtschaftlichen Fachschule nötig war. Die landwirtschaftlichen Fach- und Fortbildungsschulen sollten dadurch von der

Vermittlung allgemeinbildender Unterrichtsinhalte entlastet werden, um sich auf berufsbezogene Fachinhalte konzentrieren zu können. Die gleiche Arbeitsteilung und Abgrenzung sollte auch gegenüber den um die Frauenbildung bemühten Haushaltungsschulen gelten.

Zu der Frage, warum die deutsche Jugend überhaupt Volkshochschulen besuchen sollte, nahm Harms in einer vom Deutschen Verein für das nördliche Schleswig herausgegebenen Flugschrift grundsätzlich Stellung.⁽⁵²⁴⁾ Seiner Meinung nach müsse die volksschulentlassene Jugend neben der beruflichen Ausbildung eine über die Volksschullehrinhalte hinausführende Allgemeinbildung erhalten. Diese solle sie tiefer in die deutsche Sprache und Heimatliteratur einführen, sie im Rahmen der Bürgerkunde mit praktischer Buchführung und Gesetzes- und Wirtschaftskunde vertraut machen und sie befähigen, ein Amt oder eine besondere Stellung in der Gemeinde, Verwaltung oder im Vereinsleben zu übernehmen. Zweitens bedürfe die volksschulentlassene Jugend auch weiterhin der Erziehung und Anleitung zu einer einfachen Lebensführung, zur Selbständigkeit, zur Arbeitsamkeit und zur Frömmigkeit, wozu eine als Heimschule konzipierte Volkshochschule prädestiniert sei. Drittens sei nach Harms in Übereinstimmung mit dem Deutschen Verein für das nördliche Schleswig die Zeit vorbei, "...wo Deutsche sich schämten Deutsche zu sein. Deutschland ist eines der mächtigsten Länder der Welt. In diesem stolzen Nationalgefühl muß unsere Jugend groß werden." Dieses Nationalgefühl zu wecken und zu festigen sei eine besondere Aufgabe gerade für Volkshochschulen, die vor allem durch die Möglichkeit eines umfangreichen, vertiefenden Deutsch- und Heimatkundeunterrichts die Liebe zur deutschen Heimat wecken und fördern könnten. Deshalb gelte es auch, die nordschleswigsche Jugend gezielt zum Besuch deutscher Volkshochschulen zu animieren.

Der von Harms für die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule aufgestellte Lehrplan war ein Abbild seines Bildungskonzepts. Er gliederte sich in drei thematische Blöcke: der erste beinhaltete den deutschen, der zweite den bürgerkundlichen und der dritte den heimatkundlichen Unterricht.⁽⁵²⁵⁾ Der Deutschunterricht umfaßte Literaturkunde, Grammatik-, Aufsatz- und Stilübungen. Er hatte zum Ziel, die Schüler mit der Literatur ihrer engeren Heimat vertraut zu machen und ihre Sprachkompetenz zu steigern. Harms hoffte auf die Volkshochschüler erzieherisch einwirken zu können, indem er sie im Rahmen des Literaturunterrichts mit den "...Charakteren der Helden, wie sie uns die Dichter in guten Werken zeichnen," bekannt machte. Breiten Raum nahm in seinem Lehrplan der Fächerkomplex des bürgerkundlichen Unterrichts ein. In Harms eigenen Worten wollte er die ländliche Bevölkerung durch seine bürgerkundlichen Unterweisungen "...besonders tüchtig machen für das praktische Leben, damit sie den Anforderungen, die an sie als Wirtschaftler, Geschäftsmann, als Arbeitgeber, als Gemeinde- und Staatsbürger gestellt werden, genügen können." Der bürgerkundliche Unterricht stellte ein Sammelbecken für die eigentliche Bürgerkunde, den Rechenunterricht, den Geschäftsaufsatz und die Buchführung dar und stand im Vordergrund des gesamten Lehrplans. Er war sozialpolitisch bildend ausgerichtet und sollte die Schüler befähigen, am Gemeindeleben teilzunehmen, ein Gemeindeamt zu verwalten und nicht zuletzt die landwirtschaftliche Buchführung zu beherrschen. Am stärksten geprägt wurde die Volkshochschule allerdings durch die Aufnahme des heimatkundlichen Unterrichts in ihren Lehrplan. Heimatkundlicher Unterricht bedeutete für Harms vor allem, die Schüler mit ihrer Heimat vertraut zu machen durch Exkursionen in die nähere und weitere Umgebung, durch den Besuch von Theatern und Museen aber auch durch intensiven Geschichtsunterricht und Gesang. "Wer seine Heimat liebt, der liebt auch sein Vaterland", so lautete die These, mit der Harms in den Folgejahren während der Volkshochschulferien durch Schleswig-Holstein reiste, um für seinen Volkshochschulunterricht zu werben.⁽⁵²⁶⁾ Der

heimatkundliche Unterricht erlangte dadurch unter allen Unterrichtsfächern die stärkste Außenwirkung und führte dazu, daß die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule in der breiten Öffentlichkeit als die "Heimatschule" schlechthin angesehen wurde.⁽⁵²⁷⁾

I. Der Unterricht an der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz in den Jahren von 1907 bis 1914

Die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz nahm ihren Lehrbetrieb als dritte deutschsprachige Volkshochschule neben Tingleff und Albersdorf - wegen der verzögerten Baufertigstellung allerdings später als ursprünglich geplant - am 2. Juni 1907 auf.⁽⁵²⁸⁾ An der feierlichen Einweihung des Schulneubaus nahmen über einhundert geladene Gäste teil.⁽⁵²⁹⁾ Die Schule bot Platz für bis zu 45 Schüler. Voraussetzung für die Teilnahme am Unterricht war eine abgeschlossene Volksschulbildung und ein Mindestalter von 16 Jahren. Zur Unterbringung der Schüler war der Schule ein Schülerheim angeschlossen, in dem jeweils zwei bis vier Schüler gemeinsam in einem Zimmer untergebracht wurden. Die Mahlzeiten nahmen die Schüler zusammen mit den Lehrkräften und deren Familien ein.⁽⁵³⁰⁾ Zum ersten Sommerkursus, der wegen der verspäteten Schuleinweihung nur drei Monate dauerte, hatten sich 6 Schülerinnen in Mohrkirch-Osterholz angemeldet, von denen eine ihre Kursteilnahme krankheitsbedingt abbrechen mußte. Der Stundenplan des ersten Sommerkursus, in dessen Vordergrund die Fächer Deutsch und Rechnen mit 17 Wochenstunden standen, sah bei insgesamt 41 Wochenstunden die folgende Fächerverteilung vor:

Deutsch 11 Stunden

Rechnen 6 Stunden

Gesetzes- und Wirtschaftskunde 2 Stunden

Buchführung 3 Stunden

Naturkunde 4 Stunden

Geschichte 4 Stunden

Gesang 2 Stunden

Turnen 4 Stunden

Handarbeit 5 Stunden.

Zu Harms Entlastung war Heinrich Bernhard *Clausen* als Volkshochschullehrer in Mohrkirch-Osterholz angestellt worden. Der am 16. Mai 1879 in Klein-Boren bei Süderbrarup geborene Clausen hatte am 21. Februar 1901 seine Erste und am 4. Mai 1905 seine Zweite Lehrprüfung am Eckernförder Seminar bestanden.⁽⁵³¹⁾ Nach Ableistung seines einjährigen Militärdienstes war er am 1. April 1902 zum Lehrer an der Lägerdorfer Volksschule ernannt worden.⁽⁵³²⁾ Der Itzehoer Kreisschulinspektor Christian *Alberti* hatte in seiner Funktion als Beiratsmitglied des Vereins für ländliche Volkshochschulen den in seinem Inspektionsbezirk tätigen Clausen zur Anstellung in Mohrkirch-Osterholz empfohlen. Zum 1. April 1907 wechselte Clausen in die Dienste des Volkshochschulvereins.⁽⁵³³⁾ An der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz erteilte er Unterricht in den Fächern Rechnen, Buchführung, Bürger- und Naturkunde.⁽⁵³⁴⁾ Neben Clausen als fest angestelltem zweitem Lehrer unterrichteten auch zwei Lehrer der Mohrkirch-Osterholzer Volksschule nebenamtlich an der Volkshochschule, der am 2. September 1868 in Döllerrupholz geborene Christoph Nikolaus *Worm* und der am 7. Januar 1877 in Kiel geborene Gustav Adolf *Teichert*; ihn löste ab dem 1. April 1911 der am 23. Januar 1884 in Erfde geborene Wilhelm August *Kühl* ab. Harms Ehefrau und seine Tochter Marie hatten den in den Sommerkursen angebotenen Handarbeitsunterricht übernommen.⁽⁵³⁵⁾ Zum ersten fünfmonatigen Winterkursus für junge Männer, der am 1. November 1907 eröffnet wurde, hatten sich nur 15 Schüler in Mohrkirch-Osterholz eingefunden, so daß Harms an der Existenzfähigkeit der von ihm geleiteten Volkshochschule zu zweifeln begann. An den

beiden bisher angebotenen Kursen hatten statt möglicher 90 nur 21 Schüler teilgenommen, von denen 4 aus Nordschleswig stammten. Auf die zu geringe Nachfrage nach Kursplätzen an seiner Volkshochschule reagierte Harms dadurch, daß er die Öffentlichkeit im Frühjahr des Jahres 1908 mit Flugblättern über seine Volkshochschule informierte und den Stundenplan der Sommerkurse für junge Mädchen um die Fächer Haushaltungsunterricht, Erziehungslehre und religiöse Betrachtungen ergänzte; dafür kürzte er die Fächer Deutsch und Geschichte um drei Wochenstunden. Das Fach Gesetzes- und Wirtschaftskunde hieß nun bei gleichen Unterrichtsinhalten Bürgerkunde. Außerdem verlängerte Harms die Dauer der Sommerkurse für junge Mädchen um zwei Monate und glich sie damit den Sommerkursen der Tingleffer Volkshochschule an. Nach diesen Stundenplänen wurde in Mohrkirch-Osterholz bis 1918 unterrichtet. Nachdem er die Überarbeitung des Stundenplans und die Herausgabe von Werbeblättern abgeschlossen hatte, beantragte Harms am 9. September 1908 beim Oberpräsidenten einen Reisekostenzuschuß, um ab Oktober des Jahres in Versammlungen und Unterhaltungsabenden der einzelnen Ortsgruppen des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig Vorträge über die Bildungsarbeit seiner Volkshochschule halten zu können. Er hoffte, dadurch nordschleswigsche Schüler für den Besuch seiner Volkshochschule gewinnen zu können.⁽⁵³⁶⁾

Der Oberpräsident machte seine Entscheidung vom Votum der vier nordschleswigschen Landräte abhängig. Drei von ihnen, Friedrich Bernhard Rogge für Tondern, Johannes Becherer für Hadersleben und Adolf von Tschirschnitz für Sonderburg signalisierten ihre uneingeschränkte Zustimmung. Der Sonderburger Landrat von Tschirschnitz, der zu jener Zeit mit dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein die Gründung der Norburger Volkshochschule vorbereitete, stufte Harms' Vortragsreise mit Blick auf seine Norburger Pläne als "politisch wichtig" ein, machte aber seine Zustimmung von der Bedingung abhängig, daß "...es nicht die Absicht ist, bei den Vorträgen für die Schule in Mohrkirch Propaganda zu machen, sondern daß bezweckt wird, allgemein auf die Bedeutung und die Ziele von Volkshochschulen...hinzuweisen." Er schlug vor, daß Harms gezielt auf die nordschleswigschen Verhältnisse eingehen sollte, um so die Neugründung von Volkshochschulen in Nordschleswig zu fördern.⁽⁵³⁷⁾ Wie nicht anders zu erwarten, sprach sich der Apenrader Landrat Dr. Ernst Dryander als einziger gegen Harms Vortragsreise aus. Er wiederholte seine mehrfach geäußerte Befürchtung, mit der er bereits ein Jahr zuvor die Ansiedlung einer Volkshochschule im Kreis Apenrade verhindert hatte, daß die Errichtung nationalpolitisch wirksamer Volkshochschulen die ruhige Entwicklung der Fach- und Haushaltungsschulen im Kreisgebiet behindern würde.⁽⁵³⁸⁾ Dryanders Bedenken erschienen dem Oberpräsidenten derart gewichtig, daß er den beantragten Reisekostenzuschuß verweigerte. Den Bescheid des Oberpräsidenten erhielt Harms, nachdem er bereits einige Vortragsveranstaltungen auf eigene Kosten abgehalten hatte.⁽⁵³⁹⁾

Harms' Bemühungen, die Schülerzahlen an seiner Volkshochschule zu heben, waren von Erfolg gekrönt. Mit Beginn des Sommerkurses des Jahres 1908 erlebte die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz eine kontinuierlich ansteigende Nachfrage nach den Sommerkursen für Mädchen, deren Schülerzahlen stabilisierten sich im Vergleich zu den Volkshochschulen in Albersdorf und Norburg auf einem relativ hohen Niveau. Die schwächere Nachfrage nach den Winterkursen für junge Männer führte allerdings dazu, daß die Schule trotzdem nicht kostendeckend arbeiten konnte. Bis einschließlich des Sommerkurses des Jahres 1914 hatten insgesamt 533 Schüler am Unterricht der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule teilgenommen. Sie verteilten sich wie folgt auf die einzelnen Kurse:
Sommerkurse für Mädchen Winterkurse für Männer

1907: 6 1907/08: 15
1908: 39 1908/09: 28
1909: 46 1909/10: 21
1910: 38 1910/11: 48
1911: 47 1911/12: 47
1912: 46 1912/13: 39
1913: 38 1913/14: 30
1914: 45 (Gesamt: 228)
(Gesamt: 305).⁽⁵⁴⁰⁾

Bei einer vergleichenden Betrachtung der Kurszahlen fällt auf, daß Mohrkirch-Osterholz mit seinem Unterrichtsangebot eine stärkere Nachfrage bei jungen Frauen als bei Männern fand. Die geschlechtsspezifisch unterschiedliche Kursbelegung fällt noch stärker ins Auge, wenn man den verkürzten dreimonatigen Sommerkurs des Jahres 1907 und den Winterkurs des Jahres 1908/09 als Anlaufkurs ausblendet und die Teilnehmerzahlen der sechs Sommerkurse für Mädchen ab dem Sommer 1908 mit denen der sechs Winterkurse für Männer ab dem Winterkurs des Jahres 1908/09 vergleicht. Einer Gesamtzahl von 256 Teilnehmerinnen stehen lediglich 213 Teilnehmern gegenüber, was eine durchschnittliche Teilnehmerzahl von 42,6 Schülerinnen pro Sommerkurs gegenüber 35,5 Schülern pro Winterkurs bedeutet. Der Einzugsbereich der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule erstreckte sich über die gesamte Provinz, die Herkunft der Teilnehmerinnen der fünf Sommerkurse der Jahre von 1908 bis 1912 ist uns überliefert:⁽⁵⁴¹⁾ 29 (ca.13,5%) von ihnen gaben einen der vier nordschleswigschen Kreise als Heimat an, davon nur eine einzige den Kreis Tondern, in dem die ausschließlich für junge Mädchen eingerichtete Volkshochschule Tingleff eine nachschulische Ausbildung anbot. 80 (ca.37%) Schülerinnen stammten aus den im direkten Umkreis der Volkshochschule gelegenen Kreisen Schleswig und Flensburg-Land. Ein Blick auf die soziale Herkunft der Schülerinnen und Schüler belegt, daß das allgemeinbildende Unterrichtsangebot der Mohrkircher Volkshochschule sich mit dem Bildungsbedürfnis der breiten ländlichen Bevölkerung deckte, da die Mehrzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus landwirtschaftlichen Elternhäusern stammten. So gaben beispielsweise alle 28 Schüler des Winterkurses 1908/09 und 76 der insgesamt 131 Schülerinnen der drei Sommerkurse der Jahre 1909 bis 1911 als Beruf des Vaters Landwirt an. Allerdings waren neben 23 Lehrerkindern auch 10 aus Rentnerhaushalten, 3 von Gastwirten, 3 aus kaufmännischen Elternhäusern und 2 aus Bauunternehmungen vertreten. Die uns überlieferten Informationen zur Herkunft der männlichen Teilnehmer der Winterkurse der Jahre 1908/09, 1909/10 und 1912/13 ergeben ein davon nur unwesentlich abweichendes Bild. Von den insgesamt 75 Teilnehmern stammten 17 (ca. 22,6%) aus den vier nordschleswigschen Kreisen und 32 (ca. 42,6 %) aus den Kreisen Schleswig und Flensburg-Land. Die im Vergleich zu den Mädchenkursen höhere Schülerzahl aus den nordschleswigschen Kreisen erklärt sich daraus, daß die meisten jungen Nordschleswigerinnen sowohl am Sommerkurs der Norburger Volkshochschule als auch an den Sommer- und Winterkursen in Tingleff teilnehmen konnten, während der männlichen Landjugend lediglich der Winterkurs an der verkehrstechnisch ungünstig gelegenen Norburger Volkshochschule angeboten wurde.⁽⁵⁴²⁾

Die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule entwickelte sich trotz ihrer finanziellen Probleme wie die Tingleffer und die Albersdorfer Schule zu einem kulturellem Zentrum für die in ihrer näheren Umgebung ansässige Landbevölkerung. Jeder Volkshochschulkurs lud die Öffentlichkeit zu musikalischen Abenden und Vorträgen ein. Aus der breiten Palette der Veranstaltungsthemen sind im folgenden beispielhaft einige aus den Jahren 1907 bis 1913

genannt. Auf dem "Literarischen Abend" am 3. August 1907 referierte Harms' Kollege Heinrich *Clausen* über "Die Blüte der ritterlichen Dichtung im Mittelalter" und der Mohrkirch-Osterholzer Volksschullehrer Nikolaus *Worm* sprach über "Die Vaterlandsdichtung während der Befreiungskriege".⁽⁵⁴³⁾ Am 15. Januar 1910 wurden die Besucher vom Gravensteiner Volksschullehrer Andreas *Lorenzen* über "Uwe Jens Lornsen" und vom Medelbyer Pastor Johannes *Kock* über das Thema "Wie ist die Bienenzucht nutzbringend zu treiben?" informiert. Peter *Jensen*, Kreistagsabgeordneter und Ökonomierat aus Ausacker, hielt am 18. Februar 1910 einen Vortrag über "Die schleswig-holsteinische Siedelungsgenossenschaft". Am 21. Juli 1910 predigte der Böeler Pastor Johannes *Henningsen* zum Thema "Die ganze Welt ist voll des Herren Macht", der Gaardener Schulrat Dr. Klaus *Schütt* stellte seinen Zuhörer am 19. August 1910 "Unsere Kolonien" vor und der Bergenhusener Pastor Hermann *Schünke* sprach am 8. Oktober 1910 über das Thema "Was bringt die Religion der Frau und die Frau der Religion?". Am 12. August 1911 war "Friedrich Hebbel" Thema eines Vortrages des Rendsburger Seminarlehrers Lorenz *Hermannsen*. Der Kappelner Präparandenanstaltsvorsteher Heinrich *Daniel* hielt am 6. September 1911 einen Lichtbildervortrag über "Die Hauptwerke Dürers und Rembrandts", am 22. September 1911 fand in der Volkshochschule eine Lesung des Mohrkirch-Osterholzer Volksschullehrers Nikolaus *Worm* über "Annette von Droste-Hülshoff" statt und in der folgenden Woche sprach der Wankendorfer Volksschullehrer Max Hermann *Trede* am 28. September über "Unsere Kaiserin". Die Veranstaltungsreihe wurde am 12. November 1911 fortgesetzt mit Kurt *Maurice*, der Reuter rezitierte. Am 17. Dezember 1911 sprach der Tonderner Seminardirektor *Krahe* über "Heinrich von Kleist" und der Kieler Oberlehrer Dr. Klaus *Hell* referierte am 25. Juli 1912 über "Die Gudrunsaage". Am 18. Januar 1913 hielt der Tonderner Seminarlehrer Christen *Gröndahl* einen Vortrag über "Bismarck".⁽⁵⁴⁴⁾ Einen Höhepunkt unter diesen Veranstaltungen stellte ein dreitägiger Vortragskurs dar, der zusammen mit der Schlußfeier des Winterkurses 1913/14 vom 25. bis zum 27. März 1914 an der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule abgehalten wurde. Es war Harms gelungen, für diese Vortragsveranstaltung Referenten aus allen Teilen der Provinz zu gewinnen. Eröffnet wurde die Veranstaltung am Abend des 25. März mit einem Lichtbildervortrag des Kieler Realschullehrers Theodor *Möller* zum Thema "Sommertage auf den Halligen". Es folgten am 26. März Lichtbildervorträge des Kieler Diplom-Landwirts und wissenschaftlichen Vertreters des Kalisyndikats, Alex *Sondermann*, über "Die Kaligewinnung" und des Kieler Volksschullehrers Heinrich *Barfod* über "Bilder aus dem Haushalt des Meeres". Am Nachmittag und Abend wurden die Zuhörer vom Plöner Landrat Hermann von *Rumohr* über "Angelns Gutsgeschichte" und vom Tonderner Seminarlehrer Richard *Ortmann* über "Die drahtlos Telegraphie" informiert. Den Schlußtag leitete der Berliner Assessor Dr. *Reimers* mit einem Vortrag über "Carlyle als Führer zu idealem Mannestum" ein, dem sich am Nachmittag ein Vortrag des Generalsekretärs der Landwirtschaftskammer für das Fürstentum Lübeck, Dr. Alfred *Reeder*, über "Das Jahr 1866" anschloß. Den Schlußabend gestalteten der Tonderner Seminardirektor *Krahe* mit Informationen über "Otto Ludwig, der Dichter des Erbförsters" und der Kappelner Präparandenanstaltsvorsteher Christen *Gröndahl* mit einer Lesung aus "Faust II. Teil".⁽⁵⁴⁵⁾ Alle Vorträge fanden im Angler Gasthof in Mohrkirch-Osterholz statt. Es war eine Ironie des Schicksal, daß dieser Höhepunkt mit dem bis zum Jahr 1918 vorerst letzten Männerkurs zusammenfiel; ab Ausbruch des Krieges im August 1914 wurden in Mohrkirch-Osterholz nur noch Mädchenkurse abgehalten.

m. Harms' Bemühungen um die Zusammenführung der beiden konkurrierenden

Volkshochschulvereine zu einem Gesamtvolkshochschulverband

Am 26. August 1908 wurde die Volkshochschule unter der Leitung des Vorsitzenden des Schulkuratoriums, des Schleswiger Landrats Kurt von *Alten*, und der beiden Vorstandsmitglieder des Volkshochschulvereins, dem Treianer Pastor Rudolf *Oldenburg* in seiner Funktion als Kreisschulinspektor und dem Hauptlehrer Hans *Frandsen* aus Husby, erstmalig einer eingehenden Revision unterzogen. In ihrem abschließenden Bericht hoben die Revisoren hervor, daß die Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz, wie von ihrem Leiter gewünscht, schon zwei Jahre nach ihrer Eröffnung in der Bevölkerung als eine "...Vorstufe für den Besuch der landwirtschaftlichen Fachschule angesehen wird." Sie schlossen ihren Bericht mit der Aufforderung an die Provinzialregierung, über eine "Festsetzung der Arbeitsgrenzen" zwischen Volkshochschul- und Fachschularbeit nachzudenken, um die Bildungsarbeit beider Schularten effektiver zu gestalten.⁽⁵⁴⁶⁾ Harms selber nahm den Revisionsbericht zum Anlaß, nochmals eindringlich darauf hinzuweisen, daß die Volkshochschulen ihre alleinige Existenzberechtigung nur aus der Vermittlung von allgemeinbildenden Unterrichtsinhalten herleiten könnten. Seiner Ansicht nach sei es ein untragbarer Zustand, daß die landwirtschaftlichen Fachschulen im ersten Unterrichtssemester ausschließlich die durch das Fehlen von ländlichen Fortbildungsschulen entstandenen Lücken in der Allgemeinbildung ihrer Schüler schließen müßten. Dies sei der Beweis dafür, daß jede weiterführende Fachbildung auf einer breiten Allgemeinbildung fuße, die am ehesten von den Volkshochschulen vermittelt werden könnte. Daher sei es an endlich an der Zeit, diese Kooperation von Volkshoch- und landwirtschaftlichen Fachschulen anzuerkennen und festzuschreiben.⁽⁵⁴⁷⁾ Es finden sich heute keine Belege mehr dafür, daß die Provinzialregierung auf seine Anregungen eingegangen ist.

Im November des Jahres 1913 unternahm Harms im Rahmen der vom Verein für ländliche Volkshochschulen geplanten Abtretung der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule an den Nordschleswigschen Volkshochschulverein einen zweiten Versuch, die ihm vorschwebende Kooperation des nachschulischen Bildungswesens zu realisieren. In seiner Eingabe an den Oberpräsidenten Detlev von *Bülow* bat Harms' um Unterstützung seines Plans, die beiden bestehenden Volkshochschulvereine in einen einzigen Verein zu überführen und diesem sowohl die gewerblichen Fortbildungsschulen und Haushaltungs- und Kochschulen in Hadersleben, Arnum, Apenrade und Gravenstein als auch die Volkshochschulen in Tingleff, Norburg und Mohrkirch-Osterholz organisatorisch zu unterstellen.⁽⁵⁴⁸⁾ Den entscheidenden Vorteil dieser Umstrukturierung sah Harms darin, daß die Lehrkräfte der genannten Schulen ihre Erfahrungen und Vorstellungen in regelmäßigen Konferenzen untereinander austauschen könnten, um so die bisher aufgetretenen Überschneidungen in der Arbeit der einzelnen Schulformen zu reduzieren. Friedrich *Rogge*, der in seiner Funktion als Vorsitzender des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins vom Oberpräsidenten um eine Stellungnahme zu Harms' Eingabe gebeten worden war, sprach sich gegen die vorgeschlagene Zentralisierung der nachschulischen Bildung aus, er favorisierte die bisher praktizierte Form freier Bildungseinrichtungen. Überlegenswert schien ihm lediglich, die Leiter der Volkshochschulen und der Haushaltungsschulen, die er in einer gewissen Konkurrenzsituation sah, zu regelmäßigen Konferenzen zusammenzurufen. Für eine Auflösung der beiden Volkshochschulvereine zu Gunsten der Konstituierung eines neuen Gesamtvolkshochschulverbandes sah er keinen Anlaß.⁽⁵⁴⁹⁾ Von *Bülow* folgte *Rogge*'s Votum in seinem Antwortschreiben vom 24. November 1913 an Harms nahezu wortgetreu. Gleichzeitig teilte er ihm mit, daß er *Rogge* beauftragt habe, die Organisation der vorgeschlagenen Lehrerkonferenzen zu übernehmen.⁽⁵⁵⁰⁾ Es ist offensichtlich, daß die Entscheidung gegen eine

Zusammenlegung der beiden Volkshochschulvereine nicht nur von fachlichen Überlegungen getragen wurde. Einfluß auf Rogges ablehnende Stellungnahme hatte sicherlich auch das zeitgleich vom Verein für ländliche Volkshochschulen aus Geldnot ausgesprochene Übernahmeangebot der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz durch den Nordschleswigschen Volkshochschulverein. Der Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein hatte spätestens seit der Aufdeckung der Mißwirtschaft in der Albersdorfer Volkshochschule im Jahr 1909 Probleme, seine beiden vereinseigenen Volkshochschulen zu finanzieren. Anders als der Nordschleswigsche Volkshochschulverein, der durch regelmäßige staatliche Zuschüsse unterstützt wurde, war er darauf angewiesen, die Existenz seiner Schulen aus den von seinen Mitgliedern erhobenen Vereinsbeiträgen und dem Schulgeld zu decken. Am 11. April 1910 beantragte der Vereinsvorstand beim Berliner Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten einen Staatszuschuß zu den Unterhaltskosten seiner beiden Volkshochschulen. Da sich das Ministerium nicht für zuständig hielt, leitete es den Antrag am 28. September an das Ministerium des Innern weiter. Von dort wurde am 13. Oktober die Stellungnahme des Vorsitzenden des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins zum vorliegenden Finanzierungsantrag angefordert. Rogge sprach sich erwartungsgemäß ausdrücklich gegen eine staatliche Unterstützung der Volkshochschulen in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz und für eine Konzentration der staatlichen Förderung auf die Volkshochschulen in Tingleff und Norburg aus. Er begründete seine Ablehnung damit, daß "...die Interessen Nordschleswigs durch solche Gewährung gefährdet würden." Außerdem läge es im nationalen Interesse, daß "...die jungen Männer und Mädchen die für die Bedürfnisse der nordschleswigschen Jugend besonders eingerichteten nordschleswigschen Volkshochschulen besuchen und nicht die in Mohrkirch-Osterholz oder Albersdorf." Rogge schloß seinen Bericht mit der Bitte, die Abwanderung der nordschleswigschen Jugend auf die Volkshochschulen in Mohrkirch-Osterholz und Albersdorf nicht durch staatliche Stipendien zu fördern, da dadurch die Existenz der grenznahen Volkshochschulen gefährdet sei.⁽⁵⁵¹⁾ Das Berliner Innenministerium schloß sich Rogges Argumentation an und lehnte die Gewährung von Zuschüssen aus dem von ihm verwalteten Deutschtumsfonds am 22. November 1910 mit der altbekannten Begründung ab, daß die Volkshochschulen in Albersdorf und Mohrkirch-Osterholz "...außerhalb des nationalpolitisch umstrittenen nordschleswigschen Grenzgebiets gelegen sind und ihnen deshalb eine irgendwie wesentliche Bedeutung zur Stärkung des Deutschtums gegenüber den entgegengesetzten dänischen Bestrebungen nicht beigemessen werden kann."⁽⁵⁵²⁾

Knapp zwei Jahre später war der Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein in eine derartige Liquiditätskrise geraten, daß er auf der Generalversammlung am 30. November 1912 beschloß, seine Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein erneut zur Übernahme anzubieten. Der Vorstand erhoffte sich von der Verbindung seiner Volkshochschule mit denen des nordschleswigschen Volkshochschulvereins eine stärkere Förderung des Volkshochschulgedankens, als er es mit seiner nach dem Eingehen der Albersdorfer Schule isoliert dastehenden Volkshochschule leisten konnte.⁽⁵⁵³⁾ Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein war zu einer Übernahme der angebotenen Volkshochschule zunächst durchaus bereit, da ihm dadurch die Möglichkeit eröffnet wurde, einen Schüleraustausch vorzunehmen. Junge Nordschleswiger sollten nach Mohrkirch-Osterholz und Schüler aus Angeln nach Tingleff und Norburg geschickt werden. Allerdings machte der Vereinsvorstand eine mögliche Übernahme von der Gewährung von Zuschüssen seitens des Kreises Schleswig und der Berliner Zentralregierung für die Mohrkirch-Osterholzer Schule abhängig. Das Berliner Innenministerium lehnte die Gewährung von Zuschüssen für die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule am 2. Februar

1914 mit der Begründung ab, daß die Übernahme der Schule durch den Nordschleswigschen Volkshochschulverein nichts an der bereits im Jahre 1910 ausgesprochenen Ablehnung ändere. Zugleich untersagte das Ministerium dem Volkshochschulverein ausdrücklich, über eine Erhöhung der Zuschüsse für Tingleff und Norburg Mittel für die Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule freizumachen.⁽⁵⁵⁴⁾ Da der Kreisausschuß des Kreises Schleswig dem Nordschleswigschen Volkshochschulverein für die Angelner Schule ebenfalls keine Fördermittel gewähren wollte, beschlossen seine Mitglieder auf der Generalversammlung am 25. Februar 1914, das Übernahmeangebot des Vereins für ländliche Volkshochschulen zurückzuweisen.⁽⁵⁵⁵⁾

n. Der Unterricht an der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz in den Jahren von 1914 bis 1918

Wegen des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges in der ersten Augustwoche des Jahres 1914 mußte der Winterkursus des Jahres 1914/15, zu dem sich über 40 Teilnehmer angemeldet hatten, ausfallen.⁽⁵⁵⁶⁾ Um einen Teil der dadurch entstandenen Einnahmeverluste zu kompensieren, bot Harms im Winterhalbjahr statt der bisherigen Winterkurse für Männer kombinierte Handarbeits- und Gewerbekurse für junge Mädchen an, die von einer eigens dazu eingestellten Gewerbelehrerin geleitet wurden. Das Unterrichtsangebot der Kriegswinterkurse erstreckte sich bei insgesamt 40 Wochenstunden auf drei Fächer: Handarbeit mit 22 Stunden, deutsche Sprache mit 10 Stunden und Buchführung mit 8 Stunden.⁽⁵⁵⁷⁾ Im Sommer fanden weiterhin die Kurse für junge Mädchen statt. Während des Ersten Weltkrieges nahmen insgesamt 241 Schülerinnen an den in Mohrkirch-Osterholz angebotenen Kursen teil. Eine Gegenüberstellung der Teilnehmerzahlen der einzelnen Kurse zeigt, daß das Unterrichtsangebot der Sommerkurse das Bildungsbedürfnis der weiblichen Landjugend eher deckte als das der Winterkurse. Die Sommerkurse wiesen eine fast doppelt so hohe Belegung wie die Winterkurse auf:

Winterkurse Sommerkurse

1914/15: 18 1915: 44

1915/16: 18 1916: 32

1916/17: 21 1917: 44

1917/18: 20 1918: 44

(Gesamt: 77)⁽⁵⁵⁸⁾ (Gesamt: 164)

Die Zusammensetzung des Sommerkursus des Jahres 1918 zeigt, daß sich am Profil der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule als Heimatschule nichts geändert hatte: von den 44 Teilnehmerinnen stammten allein 11 (25%) aus den benachbarten Kreisen Schleswig und Flensburg-Land, allerdings hatte sich lediglich eine Nordschleswigerin eingefunden. 40 der 44 Kursteilnehmerinnen gaben als Beruf des Vaters Landwirt an, 2 Lehrer und je 1 Kaufmann und Bauunternehmer.⁽⁵⁵⁹⁾

In den Jahren von 1914 bis 1918 konzentrierte Heinrich Harms sich neben seiner schulischen Arbeit darauf, seine in der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule realisierten Vorstellungen von nachschulischer Jugendbildung über die Grenzen der Provinz Schleswig-Holstein hinaus weiteren Kreisen bekannt zu machen und regionale und überregionale Kontakte zu knüpfen, die ihn und seine Schule in den Jahren nach 1918 mit der Ausrichtung der offiziellen Ausbildungskurse für Volkshochschullehrer für kurze Zeit an die Spitze der deutschen Volkshochschulbewegung führen sollten. Die erste Möglichkeit, seine Volkshochschule überregional zu präsentieren, bot sich ihm auf dem vom 25. bis zum 29. September 1914 in Leipzig abgehaltenen Vierten Internationalen Kongreß für Volkserziehung und Volksbildung. Der Veranstaltungskatalog zu diesem Kongreß umfaßte folgende sechs Sektionen, innerhalb derer sich die Kongreßteilnehmer austauschen konnten:

1. Das Buch und die Jugendlichen.
2. Vortragswesen, Volkshochschulen, Settlements.
3. Bildende Kunst, Museen, Theater und die Jugendlichen.
4. Der Kinematograph und die Jugendlichen.
5. Körperliche Jugendpflege, Leibesübungen, Sport.
6. Fürsorge für gefährdete und verwahrloste Jugendliche.⁽⁵⁶⁰⁾

Harms war vom Vorstandsmitglied des Kongresses, Dr. Robert von Erdberg-Kczenciewski, der die Veranstaltungen der zweiten Sektion in seiner Eigenschaft als stellvertretender Geschäftsführer der Berliner Zentralstelle für Volkswohlfahrt und Herausgeber der Zeitschrift "Volksbildungsarchiv" leitete, eingeladen worden, um die Teilnehmer in einem Vortrag über "Die Volkshochschulen in Deutschland" zu informieren. Diese Einladung verdankte er seinem Freund, dem ehemaligen Albersdorfer Volkshochschulleiter Friedrich Lembke, der ihn seinem damaligen Chef, dem Geschäftsführer des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege und Mitglied des Ehrenausschusses in der Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung, Professor Heinrich Sohnrey, empfohlen hatte. Harms hatte auf dem Kongreß die Gelegenheit, seine Ansichten mit dem Pädagogen und Reichstagsmitglied Georg Kerschensteiner, dem Straßburger Pädagogen Werner Picht, dem Professor der Philosophie und Pädagogik an der Universität Leipzig Eduard Spranger und dem Generalsekretär der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung Johannes Tews zu diskutieren.

Den nächsten Anlaß, den Bekanntheitsgrad der Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule zu steigern, bot die Feier ihres zehnjährigen Bestehens am 3. Juni des Jahres 1917. Die Reihe der Festvorträge eröffnete Harms mit einem "Rückblick auf die verflossenen zehn Jahre", danach sprach der Geschäftsführer der Hamburger Fichte-Gesellschaft, Adalbert Luntowski, über "Völkische Bestrebungen".⁽⁵⁶¹⁾ Das Vorstandsmitglied des Vereins für ländliche Volkshochschulen, Pastor Rudolf Oldenburg, stellte im Anschluß daran seinen Zuhörern "Die Volkshochschulsache" vor und der Kieler Theologieprofessor Otto Baumgarten beendete den offiziellen Teil des Abends mit einem Vortrag "Über die Weiterbildung der jungen Mädchen". Da eine Reihe von Mitgliedern der 1914 in Hamburg gegründeten Fichte-Gesellschaft an den Feierlichkeiten teilnahmen, nutzte Harms die Gelegenheit, innerhalb dieser Gesellschaft eine "Arbeitsgemeinschaft für das Volkshochschulwesen" zu konstituieren. Ihr gehörten neben ihm selber als Vorsitzendem der Kassensführer der Fichte-Gesellschaft Christian Krauß, der Kieler Landesversicherungsrat Peter Christian Hansen, der Kieler Mittelschulrektor Wilhelm Suhr, der Albersdorfer Arzt Dr. Hugo Schaumann und der Geschäftsführer der Fichte-Gesellschaft, Adalbert Luntowski, an. Der Ausschuß erarbeitete den Entwurf eines "Aufrufs zur Gründung und Ausgestaltung von Volkshochschulen", den er dem Oberpräsidenten Friedrich von Moltke im Jahre 1918 mit der Bitte um dessen Mitzeichnung vorlegte. Seine Arbeitsziele sah der Ausschuß in der Errichtung neuer und der Unterhaltung bereits bestehender Volkshochschulen, Aufgaben, an denen sich die Bevölkerung über Spendenbeiträge beteiligen sollte. Der Oberpräsident ließ die Arbeitsgemeinschaft über Heinrich Harms wissen, daß ihm "...der gegenwärtige Augenblick zur Erfüllung dieser Aufgabe wenig geeignet" schien, zumal er "... über die Stellung der Staatsregierung zu der Frage der Neubegründung weiterer Volkshochschulen z.Zt. nicht unterrichtet" sei und er es deswegen nicht verantworten könnte, den Aufruf durch seine Mitzeichnung zu unterstützen.⁽⁵⁶²⁾ Die Fichte-Gesellschaft griff ihre Volkshochschulpläne erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges wieder auf. Im Jahre 1919 beteiligte sie sich beispielsweise federführend an der Bildung einer Volkshochschulstiftung Hohwacht, die sich die Gründung einer Volkshochschule zum Ziel gesetzt hatte. Allerdings wurde die geplante Schule aus Geldmangel nie verwirklicht.

Harms Bemühungen um den weiteren Ausbau des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens führten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges zu keinen heute noch faßbaren Ergebnissen. Mit dem Neuaufbau des Bildungswesens in der Weimarer Republik waren auch die Volkshochschulen gezwungen, sich den neuen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

IV. Ausblick: Volkshochschularbeit im Landesteil Schleswig ab 1919

"Wir sind bankrott, wirtschaftlich und politisch zerbrochen, ausgebeutet, ohnmächtig..."⁽⁵⁶³⁾

1. Das Ende des Ersten Weltkrieges und seine Auswirkungen auf die Kultur- und Volkshochschularbeit

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte für das Reich und seine Länder einschneidende Änderungen. Durch die im Versailler Friedensvertrag festgeschriebenen Gebietsabtretungen verlor das Reich, das von den Umwälzungen der Nachkriegszeit stärker betroffen war als die meisten seiner Länder, ein Siebentel seines Gebietes und ein Zehntel seiner Bevölkerung. Den Volkshochschulen boten sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges reichsweit erstmalig Aussichten auf eine gesetzlich verankerte staatliche Förderung ihrer Aktivitäten. Die kulturellen Entbehrungen während der Kriegsjahre und die neue Staatsform der Demokratie bewirkten ein bisher nicht gekanntes Interesse von Staat, Parteien und Öffentlichkeit an der Volksbildung und ihren Einrichtungen. Zu den einflußreichsten Förderern des Volkshochschulgedankens zählten in der Anfangszeit der Weimarer Republik der sozialdemokratische Kultusminister Konrad *Haenisch* und der ihn in Fragen der Volksbildung beratende Robert *von Erdberg-Krczewski*. Schon vor der Annahme der neuen Reichsverfassung hatte Haenisch mit der Neuordnung des gesamten Bildungswesens begonnen, für die er mit der Umbenennung des ehemaligen "Ministeriums für Unterrichts- und geistliche Angelegenheiten" in "Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" ein deutliches programmatisches Zeichen gesetzt hatte. Haenisch sah die Novemberrevolution als Folge einer gesellschaftlichen Spaltung, für die er die Kulturpolitik des Kaiserreichs mit verantwortlich machte. Um dieser Spaltung entgegenzuwirken und gerade auch die Bevölkerungsgruppen zu erreichen, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter standen, band Haenisch die Volkshochschulen bewußt in sein Konzept einer neuen staatlichen Bildungspolitik mit ein.

Die Initialzündung für den nach dem Krieg einsetzenden "Volkshochschulboom" gab Haenisch mit seinem Erlaß vom 25. Februar 1919. Vor dem Hintergrund des desolaten Zustandes von Staat und Gesellschaft appellierte er an die Städte und Landkreise, Brücken zu schlagen "...zwischen dem kleineren Volksteil, der geistig arbeitet, und dem immer größer bleibenden Teile unserer Volksgenossen, der mit der Hand schafft, aber geistig hungrig ist." Der geeignetste Ort für diesen Brückenschlag seien die "...über Stadt und Land verbreiteten Volkshochschulen, in denen die so vielfach volksfremd gewordene Wissenschaft wieder deutsch zu Deutschen spricht...[Volkshochschulen; d. Verf.] müssen uns helfen, das geistige Band zwischen allen Volksteilen wieder fest zu knüpfen und verlorenes Verständnis für gemeinsame Arbeitswerte wieder zu erobern."⁽⁵⁶⁴⁾ Deswegen sagte er den Volkshochschulträgern zu, sie organisatorisch und finanziell zu unterstützen. Die Städte und Gemeinden forderte er ausdrücklich auf, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten den Erfordernissen der Volkshochschulen nicht zu verschließen. Am 13. März 1919 appellierte er an die akademische Jugend Preußens, die Regierung in ihrem Bemühen, die staatliche Ordnung aufrechtzuerhalten, zu unterstützen und

einen "Schulterschuß" mit der Arbeiterjugend zu suchen.⁽⁵⁶⁵⁾ Sechs Wochen später, am 23. April 1919, konkretisierte Haenisch, der mit seinem Aufruf zur Förderung von Volkshochschulen nach eigener Aussage auf breite Zustimmung gestoßen war, seine Vorstellungen von praktischer Volkshochschularbeit in einer Auflistung unverbindlicher organisatorischer Anregungen, die er allen Ober- und Regierungspräsidenten sowie den Provinzialschulkollegien zusandte. Darin regte er an, die Gemeindevertreter Volksbildungsausschüsse wählen zu lassen und diesen die Organisation von kostenpflichtigen Volkshochschulkursen zu übertragen. Den preußischen Provinzialverwaltungen empfahl er, Beratungsstellen für Volkshochschulen einzurichten, die den einzelnen Volkshochschulen zentral die jeweils geeignetsten Lehrer vermitteln sollten.⁽⁵⁶⁶⁾

Konrad Haenisch ergänzte seine Aufrufe zur Unterstützung von Volkshochschulen bereits im Juni 1919 um offizielle Richtlinien für den Volkshochschulunterricht, in denen er das Ziel von Volkshochschularbeit definierte und den Volkshochschulleitern nochmals sowohl methodische als auch allgemeine organisatorische Vorgaben an die Hand gab. Haenisch forderte die Abkehr von der bisher im Volkshochschulunterricht praktizierten Vermittlung von abfragbarem Wissen. Das neue Ziel der Volkshochschularbeit sollte in seinen eigenen Worten "...die Ausbildung des Denk- und Urteilsvermögens, Ordnung und Deutung und damit Fruchtbarmachung des Wissensstoffes [sein; d. Verf.]. Dieses Ziel ist auf dem Wege der Vorlesung nicht zu erreichen, die nur bei einem einigermaßen gleichartigen und an selbständige geistige Arbeit gewohnten Hörerkreis fruchtbar wird. Die Unterrichtsmethode der sich in erster Linie an die handarbeitenden Schichten der Bevölkerung wendenden Volkshochschule muß demgegenüber engste Fühlungnahme zwischen Lehrer und Hörer anstreben."⁽⁵⁶⁷⁾ Deshalb empfahl er den Volkshochschullehrern, ihren Schülern die Unterrichtsinhalte in der Form freier Vorträge nahezubringen und sie zu Diskussionen über die gehörten Vorträge anzuhalten. Eine zwingende Voraussetzung für die Akzeptanz von Volkshochschulen in der Bevölkerung sah Konrad Haenisch in der Wahrung einer strengen Objektivität im Unterricht. Er warnte ausdrücklich davor, die Volkshochschulen zu "...Dienern einer Gruppe oder Partei zu machen", da "...tendenziöse Einstellungen die Wirkungsmöglichkeiten der Volkshochschule untergraben." Die gesellschaftspolitische Intention der Volkshochschularbeit kam in Haenisch's Empfehlung an die Volkshochschullehrer, die Schüler zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften anzuregen, zum Ausdruck. In den Arbeitsgemeinschaften sollten sie einerseits Inhalte des Volkshochschulunterrichtes wiederholend vertiefen und ihre gemeinsamen geistigen Interessen über den Rahmen des Schulunterrichts hinaus pflegen. Zum anderen kam den Arbeitsgemeinschaften die Aufgabe zu, die im Kaiserreich entstandene Spaltung der Gesellschaft durch gemeinsame Arbeit in Gruppen zu beheben. Haenisch stellte seine Richtlinien zur Volkshochschularbeit auf der Reichsschulkonferenz des Jahres 1919 zur Diskussion. Vom 11. bis 19. Juni 1919 tagten über 650 Persönlichkeiten aus Politik und Kultur in mehreren Arbeitsausschüssen auf der Berliner Reichsschulkonferenz, um die Gesetzgebung des Reiches und der Länder mit gutachterlichen Stellungnahmen vorzubereiten. Kurz vor Konferenzbeginn war die Tagesordnung auf Haenisch's Initiative hin um die Themen "Volkshochschule" und "Freies Volksbildungswesen" erweitert worden. Die Beratungsergebnisse der Konferenz flossen direkt in das Reichsgrundschulgesetz vom 20. April 1920 ein, das eine völlige Neuorganisation des gesamten Pflichtschulwesens nach dem Prinzip der von Haenisch favorisierten Einheitsschule vorsah, außerdem in die preußische Schulreform von 1925 und in die Reform der Lehrerbildung durch die Einrichtung pädagogischer Akademien. Der vierte Ausschuß der Reichsschulkonferenz, der über Fragen der

freien Volksbildung und der Volkshochschulen diskutierte, unterschied in seinen "Leitsätzen über Volkshochschule und freies Volksbildungswesen", die im wesentlichen von Robert von Erdberg, Walter Hofmann, dem Leipziger Begründer der "Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen", und dem Eßlinger Otto Wilhelm aufgestellt worden waren, zwei Formen von Volkshochschulen. In inhaltlicher Übereinstimmung mit den Richtlinien des Kultusministeriums definierten sie die eine Form der Volkshochschule als "...eine Stätte, wo die aktiven Menschen aus allen Kreisen und Schichten in engste Arbeitsgemeinschaft mit geistig geschulten Menschen treten, um an der Vertiefung und Durchbildung ihres eigenen Wesens, ihrer eigenen Welt- und Lebensanschauung zu arbeiten, und um schließlich, als letztes Ziel, zur Gestaltung des neuen Kulturgehaltes der Zukunft zu gelangen." Eine zweite Form von Volkshochschulen sahen sie dadurch charakterisiert, daß sie "...auf dem Boden einer bestimmten Gesinnungsgemeinschaft [steht; d. Verf.]; sie wird in der Regel den Charakter der Heimhochschule tragen."⁽⁵⁶⁸⁾ Diese zweite Erscheinungsform der Volkshochschule als Heimschule sollte unter spezifischen regionalen Rahmenbedingungen in Schleswig-Holstein zu einer Regelschule werden, die aus nationalpolitischen Gründen bewußt von der in Haenisch's Richtlinien geforderten "Objektivität der Volkshochschularbeit" abwich.

Mit der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 erhielten Haenisch's Vorschläge zur rechtlichen und organisatorischen Ausgestaltung der neuen Volkshochschularbeit Rechtskraft, zumal der Artikel 148 der neuen Verfassung den Volkshochschulträgern erstmalig einen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung sicherte.⁽⁵⁶⁹⁾ Die Realisierung dieses Anspruchs lag in der Zuständigkeit der im Kultusministerium eigens für diesen Zweck eingerichteten "Abteilung für das Volkshochschulwesen". Zu ihrem Leiter wurde der seit 1896 an der "Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen" angestellte Mitbegründer des "Volksbildungsarchivs" und Vorsitzende des 1915 gegründeten "Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen" Robert von Erdberg-Krczenciewski bestellt. Er war bereits seit Anfang des Jahres 1919 als Berater in Volksbildungsfragen für das Kultusministerium tätig und unterstand der von Paul Kaestner geleiteten Volksschulabteilung. Erdberg konzipierte sofort nach seiner Berufung eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für Volkshochschulleiter, deren Auftakt ein dreiwöchiger Kursus in der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz im September 1919 bildete. Ihm folgten Tagungen in Brieg in Schlesien (November 1919), Essen (Januar 1920), Marienburg an der Mosel (Mai 1920), Neuhäuser in Ostpreußen (Juni 1920), Rheinsberg (August 1920) und Dassel in Hannover (Oktober 1920).⁽⁵⁷⁰⁾ Bis zum Jahre 1927 fanden insgesamt zwanzig derartige Lehrgänge unter der Federführung des Kultusministeriums statt, danach übernahm die von Erdberg mitbegründete "Deutsche Schule für Volksforschung und Erwachsenenbildung" diese Aufgabe.⁽⁵⁷¹⁾ Haenisch löste mit seiner Unterstützung der Volkshochschulen einen reichsweiten Volkshochschulboom aus, der seinen Höhepunkt in den Jahren von 1919 bis 1922 erlebte. Der Deutsche Volkshausbund zählte im deutschen Sprachgebiet, zu dem er das Deutsche Reich mit den laut Versailler Vertrag abzutretenden Gebieten rechnete, am 1. Mai 1920 insgesamt 13 Heim- und Volkshochschulen, davon allein 4 in Schleswig-Holstein (Friedrichstadt, Mohrkirch-Osterholz, Norburg und Tingleff) und 746 städtische Volkshochschulen mit einem regelmäßigen Unterrichtsangebot, davon 38 in Schleswig-Holstein.⁽⁵⁷²⁾ Haenisch selbst stand dem von ihm mitausgelösten Volkshochschulboom inzwischen skeptisch gegenüber. Schon im März 1920 teilte er den Leitern der Volkshochschulberatungsstellen seine Beobachtung mit, daß die von ihm veröffentlichten Grundsätze zur Volkshochschularbeit "... während sie fast durchweg Zustimmung fanden, nur in geringem Maße gestaltenden Einfluß auf die mehr in die Breite als

in die Tiefe wachsende Bewegung gehabt haben." Er bemängelte, daß sich die Volkshochschule "...ihrer Aufgabe, Weckerin einer neuen geistigen Bewegung im Volke zu sein, noch nicht bewußt geworden" sei und daß ihre Leiter und Lehrer sich seiner Ansicht nach zu stark an den volkstümlichen Hochschulkursen und dem Vortragswesen der Vorkriegszeit orientierten, anstatt ein eigenes Profil des Volkshochschulunterrichts zu entwickeln. Angesichts dieser Entwicklung erwartete er einen Rückschlag für die Volkshochschulbewegung und wies nachdrücklich darauf hin, daß er nicht bereit sei, "...seinen Zeitpunkt durch die Unterstützung solcher Unternehmen, die durch die Mode geboren worden sind und von der Mode getragen werden, künstlich hinauszuschieben." In Zeiten knapper öffentlicher Mittel werde er nur die Schulen finanziell unterstützen, die eine solide Bildungsarbeit auf der Grundlage der kultusministeriellen Empfehlungen leisteten und bei denen zu erwarten sei, daß sie über einen längeren Zeitraum Bestand haben würden.⁽⁵⁷³⁾

"Die Volkshochschule ist eben ein demokratisches Produkt, oder sie ist überhaupt nicht. Darum nützt auch der Volkshochschule die Geneigtheit aller Instanzen bis zu den höchsten hinauf an sich gar nichts. Ist sie nicht in den breiten Massen begründet, läßt sie sich nicht dahinein tragen, dann dürfen wir, je eher desto besser, ihre Türen schließen."⁽⁵⁷⁴⁾

2. Die neuen Rahmenbedingungen und neuen Ansätze der Volkshochschul- und Kulturarbeit in der Provinz Schleswig-Holstein im Vorfeld der Volksabstimmungen des Jahres 1920

Die Provinz Schleswig-Holstein hob sich in den Jahren zwischen 1918 und 1933 vom übrigen Reich durch eine radikalere politische Entwicklung ab: Von hier ging der Matrosenaufstand aus, der das Ende der Monarchie einläutete, und hier erhielten die Nationalsozialisten am 31. Juli 1932 erstmalig bei einer Reichstagswahl mehr als fünfzig Prozent der abgegebenen Stimmen.⁽⁵⁷⁵⁾ Es ist in der wissenschaftlichen Diskussion bislang strittig, ob sich die These eines schleswig-holsteinischen "Sonderweges" in der Zeit der Weimarer Republik generell belegen läßt. Peter Wulf leitet seine Annahme eines Sonderweges aus der Beobachtung geographischer und wirtschaftlicher Gegebenheiten der Provinz ab. Nach ihm weist diese Provinz mit der dänischen Grenze im Norden, der Elbgränze im Süden und den beiden Meeren im Westen und Osten eine gewisse geographische Abgeschlossenheit auf, die sich auch in einem stark ausgeprägten Eigenbewußtsein ihrer Bewohner äußert. Außerdem findet sich hier eine besondere wirtschaftliche und soziale Struktur, denn innerhalb Schleswig-Holsteins gab es zur Zeit der Weimarer Republik keine tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede. Bei aller Unterschiedlichkeit zwischen Stadt und Land war diese Provinz eine agrarisch geprägte Landschaft von großer Einheitlichkeit. Politische Strömungen trafen deshalb überall im Lande auf ähnlich geartete Grundbedingungen und konnten sich innerhalb kurzer Zeit über das ganze Land ausbreiten.⁽⁵⁷⁶⁾ Rudolf Rietzler dagegen bestreitet die Existenz eines schleswig-holsteinischen Sonderweges und geht für Schleswig-Holstein von einem "...extremen Modellbeispiel der allgemeinen Entwicklung in der Weimarer Republik" aus.⁽⁵⁷⁷⁾ Unbestreitbar ist, daß die Provinz Schleswig-Holstein im reichsweiten Vergleich unter besonderen, erschwerten Bedingungen in die Demokratie der Weimarer Republik startete. Peter Wulf hat auf das Phänomen hingewiesen, daß die allgemeine Verwaltungsgliederung auch nach dem Jahr 1918 so bestehen blieb, wie sie zu Beginn der preußischen Zeit eingerichtet worden war, und das, obwohl die Revolution seinerzeit von Kiel ausging. Nach 1918 gab es unter den leitenden Beamten der Provinzialregierung und den Kreisverwaltungen nicht die personellen Veränderungen, die man im Gefolge einer Revolution hätte erwarten dürfen. Mit dem Übergang zur Republik gab es zwar einen gewissen Wechsel innerhalb der Verwaltung, aber von einer konsequenten Durchsetzung des demokratischen Prinzips konnte nicht die Rede

sein.⁽⁵⁷⁸⁾ Dieser Umstand rührte daher, daß die im Amt verbliebenen Beamten das Reich in der turbulenten Übergangszeit zwischen dem Ende der Monarchie und der Entstehung der Republik vor dem Abgleiten in das Chaos gerettet hatten. Der neuen Republik, die sich als ein Werk der Sozialisten verstand, standen die Beamten distanziert gegenüber. Die politisch linksliberal orientierte neue demokratische Regierung konnte es sich aber nicht leisten, auf die monarchistisch gesinnten Beamten als Funktionselite zu verzichten; daher sah sie sich gezwungen, sich mit der Beamtenschaft zu arrangieren und auf deren demokratischen Wandel zu hoffen. Durch eine Presseerklärung ließ die Reichsregierung die Beamten am 25. November 1918 wissen, daß diejenigen unter ihnen, die sich bereit erklärt hatten, "...ihre amtliche Tätigkeit auch unter den veränderten politischen Verhältnissen fortzusetzen", nach wie vor verpflichtet seien, den Anordnungen der Regierung und der nachgeordneten Behörden Folge zu leisten. Diese Pflicht bestehe jedoch, anders als bisher, "unbeschadet der persönlichen Gesinnung" der betreffenden Beamten.⁽⁵⁷⁹⁾ Das von Hans *Hattenhauer* am Beispiel der Reichsverwaltung untersuchte Dilemma der unterschiedlichen politischen Gesinnung von Regierung und weiten Teilen ihres Verwaltungsapparates traf auch auf die Provinz Schleswig-Holstein zu, die in diesem Punkt keine Sonderrolle einnahm. Die Spitzen der schleswig-holsteinischen Amts-, Stadt- und Kreisverwaltungen waren fähige Beamte, denen in aller Regel eine tiefere Bindung an die neue Republik fehlte. Sie waren beruflich durch das Kaiserreich geprägt und reagierten auf zweierlei Weise auf die ihnen als Werk der Sozialisten präsentierte neue Staatsform der Demokratie: Ältere Beamte, wie beispielsweise der zum Geburtsjahrgang 1858 gehörende Norderdithmarscher Landrat Wilhelm Ludwig *Behncke*, beantragten wegen ihrer Bindung an die Monarchie ihre vorzeitige Pensionierung. *Behncke* nannte als Motiv für sein Pensionierungsgesuch vom 11. März 1919 "...die Umgestaltung des Staatswesens".⁽⁵⁸⁰⁾ Im vertrauteren Kreis äußerte er sich seinem Amtsnachfolger Ernst *Kracht* gegenüber deutlicher; für ihn "...als den ehemals königlich-preußischen Landrat [sei es; d. Verf.] ein unerträglicher Gedanke, dem neuen Regime weiter zu dienen."⁽⁵⁸¹⁾ Andere, jüngere Beamte, die der neuen Demokratie ebenfalls distanziert gegenüber standen, versuchten, den Staat durch Mitarbeit in rechten, republikfernen Parteien in ihrem Sinne zu verändern. Zu ihnen zählten beispielsweise die Landräte der grenznahen Kreise Anton *Wallroth* (Flensburg-Land), Emilio *Böhme* und sein Amtsnachfolger Dr. Hans *Bielenberg* (Südtondern), Kurt *Schönberg* (Sonderburg), Dr. Ernst *Kracht* (Norderdithmarschen) und nicht zuletzt der Regierungspräsident Adolf *Johanssen*. Sie alle gehörten ausnahmslos entweder der Deutschnationalen Volkspartei oder der Schleswig-Holsteinischen Landespartei an. Die politische Einstellung der regionalen Führungseliten war für die Volkshochschulen von elementarer Bedeutung. Als kommunale Einrichtungen waren sie in vielfacher Hinsicht von den Landräten abhängig, denn aus diesem Personenkreis rekrutierten sich ihre Exponenten und Geldgeber, er bestimmte den Standort, die personelle Besetzung und die inhaltliche Ausrichtung der Bildungsarbeit der einzelnen Schulen. Als typischer Vertreter dieser regionalen Führungseliten kann der Vorsitzende des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins, der Sonderburger Landrat Kurt *Schönberg* angesehen werden; er gehörte wie viele seiner Amtskollegen nicht der Sozialdemokratischen Partei an, die zwar die Reichsregierung bildete, in Schleswig-Holstein aber in keinem der grenznahen Landkreise den Landrat und mit Heinrich *Kürbis* lediglich den Oberpräsidenten stellte. Auch dieser Umstand blieb nicht ohne Auswirkung auf die schleswig-holsteinische Volkshochschulentwicklung. Die in Schleswig-Holstein zu bewältigende Demokratisierung der Provinzialverwaltung und ihre Identifikation mit der neuen Republik wurde durch einen zusätzlichen Umstand erschwert, der die Annahme eines schleswig-holsteinischen Sonderweges stützt: Die Abtretung Nordschleswigs

an Dänemark und die nach der Abtretung vor allem von den regionalen Führungseliten, also vor allem den Landräten, getragenen Bestrebungen zur Revision dieser Entscheidung. Die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark stellte eine politische Belastung für die Provinz dar, durch die sie sich grundlegend von den anderen Provinzen der Republik unterschied.⁽⁵⁸²⁾ Den dänischen Teilnehmern der Pariser Friedenskonferenz war es gelungen, den seinerzeit aufgehobenen Artikel 5 des Prager Friedens von 1866 sinngemäß wieder im Versailler Vertrag aufleben zu lassen. Auf ihr Drängen wurde in den Vertragstext die Klausel aufgenommen, daß die "...Grenze zwischen Deutschland und Dänemark in Übereinstimmung mit dem Wunsche der Bevölkerung festgesetzt" werden sollte.⁽⁵⁸³⁾ Die praktische Umsetzung dieses Passus führte innerhalb der Provinz zu erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der dänischen und der deutschen Bevölkerung.

Im Vorfeld der Abstimmung über die deutsch-dänische Staatsgrenze wurde die im Abstimmungsgebiet ansässige Bevölkerung von beiden Seiten hart umworben. In Schleswig-Holstein schlossen sich die Gegner der geplanten Abstimmung zu nationalpolitisch orientierten Vereinen zusammen.⁽⁵⁸⁴⁾ Die vier einflußreichsten waren der am 31. Oktober 1918 in Flensburg gegründete "Deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig", der Kieler "Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein", der "Schleswiger Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein" und der "Schleswig-Holsteiner-Bund". Dem "Deutschen Ausschuß" gehörten viele ehemalige Mitglieder des "Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig" und des "Friedensvereins" an. Den Vereinsvorsitz hatte Ernst *Kallsen*, der Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg, inne, sein Stellvertreter war der Oberbürgermeister Hermann *Todsen*, das Amt des Geschäftsführers bekleidete der Redakteur Julius *Kähler*. Der "Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein" wurde zum Jahreswechsel 1918/19 von zwei Kielern, dem Bankdirektor Ludwig *Ahlmann* und dem Volksschulrektor Hinrich Ewald *Hoff* gegründet, der "Schleswiger Ausschuß", dem der Bürgermeister Oscar *Behrens* vorstand, im Januar 1919. Der nachhaltigste Widerstand gegen die dänischen Teilungspläne Schleswig-Holsteins ging von dem am 4. August 1919 unter maßgeblicher Förderung von Seiten des "Deutschen Ausschusses" in Schleswig gegründeten "Schleswig-Holsteiner-Bund" aus. Er strebte laut seiner Satzung offiziell die Revision der Artikel 104 bis 109 des Versailler Vertrags an. Geführt wurde der "Schleswig-Holsteiner-Bund" von dem Flensburger Oberbürgermeister Hermann *Todsen* als Vorsitzenden und dem Sophienhofer Gutsbesitzer Ludwig *Johannsen* als seinem Stellvertreter. Zum engeren Vereinsvorstand gehörten der Leiter der Tageszeitung "Schleswiger Nachrichten" und Hauptschriftleiter des "Schleswig-Holsteiners", des Bundesorgans des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Jacob *Bödewadt* als Schriftführer und der Schleswiger Bankvorsteher Johannes *Franzen* als Schatzmeister. Die Beisitzer im Vorstand stellten der Oberlehrer am Schleswiger Lehrerinnen-Seminar Christian *Tränckner*, der Rendsburger Bürgermeister Christian *Timm* und der Flensburger Museumsdirektor Ernst *Sauermann*. Dem Bundesbeirat gehörten zwei Kieler, der Bankier Ludwig *Ahlmann* und der Volksschulrektor Hinrich Ewald *Hoff*, an.⁽⁵⁸⁵⁾

Die Vielzahl der politischen Vereine schwächte insofern den deutschen Widerstand gegen die dänischen Abstimmungsvorschläge, als alle Vereine unterschiedliche, teilweise sogar konträre Zielvorstellungen vertraten. Eine der wenigen von allen schleswig-holsteinischen Parteien, Vereinen und Regierungsvertretern gemeinsam getragenen Protestkundgebungen gegen die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark fand auf Anregung von Staatskommissar Adolf *Köster* eine Woche nach der Annahme des Versailler Vertrages am 3. Juli 1919 in Rendsburg statt.⁽⁵⁸⁶⁾ Die Initiatoren der schleswig-holsteinischen Landesversammlung stellten diese Veranstaltung bewußt in die Tradition der Rendsburger Landesversammlung vom 8. Mai 1864, auf der fast

40.000 Teilnehmer gegen die auf der Londoner Konferenz diskutierte Abtretung von Teilen des Herzogtums Schleswig an Dänemark protestiert und feierlich erklärt hatten, für "...unser Recht [auf Eigenstaatlichkeit; d. Verf.], für das wir schon einmal in Waffen standen, das Letzte einzusetzen."⁽⁵⁸⁷⁾ Die Teilnehmer an der Rendsburger Landesversammlung vom Juli 1919 bekräftigten in der von Christian *Timm* verlesenen Schlußresolution ihre Bereitschaft zur Verständigung mit Dänemark, betonten aber ihre ausdrückliche Absicht, ein nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages erzielt Abstimmungsergebnis nicht anzuerkennen, sondern "...von heute ab alle Kraft dafür einzusetzen, das beschlossene Unrecht auszulöschen".⁽⁵⁸⁸⁾ Die einmütig verabschiedete Schlußresolution darf nicht darüber hinweg täuschen, daß die Gegner einer Abtretung Nordschleswigs an Dänemark, die überwiegend den konservativen Parteien angehörten, keinen einheitlichen Block bildeten, sondern unter sich stark zerstritten waren. Unter den Parteien brach nach der Rendsburger Landesversammlung ein erbitterter Streit über die Frage aus, ob die von *Timm* in der Schlußresolution erklärte Bereitschaft zur Verständigung mit Dänemark nicht bereits ein "Verrat am Vaterland" sei. In einem derart aufgeheizten politischen Klima und nach langwierigen Auseinandersetzungen um die endgültige Abgrenzung der nordschleswigschen Abstimmungszonen trat der Versailler Vertrag am 10. Januar 1920 in Kraft. Zur Frage der Festlegung der Staatsgrenze zwischen Dänemark und Deutschland sah der Vertrag eine Einteilung Nordschleswigs in zwei Abstimmungszonen vor; die heute gültige Staatsgrenze bildete ihre Grenzen. In der ersten Abstimmungszone sollte "en bloc" abgestimmt werden, das Wahlergebnis sich also nach der Mehrheit aller in dieser Zone abgegebenen Stimmen richten, während in der zweiten Zone, die im wesentlichen aus der Stadt Flensburg und Teilen der Landkreise Flensburg, Tondern und Husum bestand, gemeindeweise abgestimmt werden sollte. Stimmberechtigt waren alle Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet hatten, im Abstimmungsgebiet geboren waren oder dort vor dem 1. Januar 1900 ihren Wohnsitz gehabt hatten oder von den deutschen Behörden ohne Beibehaltung ihres Wohnsitzes ausgewiesen worden waren. Mit dem Inkrafttreten des Versailler Vertrags übernahm eine Internationale Kommission unter dem Vorsitz des Staatskommissars Köster die Verwaltung in beiden Zonen. Bei der Abstimmung in der ersten Zone am 10. Februar 1920 stimmten 75.431 Nordschleswiger für eine Staatszugehörigkeit zu Dänemark, 25.329 für Deutschland. Dieses Abstimmungsergebnis konnte niemanden ernsthaft überraschen, es entsprach dem politischen Kräfteverhältnis beider Volksgruppen spätestens seit den Reichstagswahlen des Jahres 1912; die erste Abstimmungszone mußte an Dänemark abgetreten werden. Gut einen Monat später, am 14. März, war darüber zu entscheiden, ob sich die neue Staatsgrenze noch weiter nach Süden verschieben würde. Das Votum der Wahlberechtigten der zweiten Abstimmungszone fiel aber deutlich für einen Verbleib beim Deutschen Reich aus: es votierten insgesamt 51.724 Stimmberechtigte für Deutschland und 12.800 für Dänemark, in Flensburg entschieden sich 27.081 für das Deutsche Reich und 8.944 für Dänemark.⁽⁵⁸⁹⁾ Damit war die neue Staatsgrenze zwischen Deutschland und Dänemark nach den Bestimmungen des Versailler Vertrags festgelegt. Die neue deutsch-dänische Grenze, die ungefähr sechzig Kilometer südlich der alten schleswigschen Nordgrenze verläuft, beendete die territoriale Integrität des Herzogtums, wie sie, abgesehen von kleinen Korrekturen bei der Grenzziehung des Jahres 1864, vom Mittelalter bis ins zwanzigste Jahrhundert bestanden hatte. Daß die Abtretung Nordschleswigs die bis heute gültige Festlegung der deutsch-dänischen Grenze bedeutete, konnte für die Zeitgenossen der Abstimmungszeit noch nicht erkennbar sein. Im Grunde akzeptierten weder Dänemark noch das Deutsche Reich die neue Grenze. Auf beiden Seiten waren nationale Minderheiten verblieben und beide Seiten setzten den geistigen Kampf um das Grenzgebiet fort.

Eine zentrale Rolle kam in dieser Situation, wie schon in den Jahren nach 1848 und 1864, der Kulturarbeit im Grenzgebiet zu. Nachdem die Provinz mit Nordschleswig fast ein Fünftel ihres Gebietes an Dänemark hatte abtreten müssen, galt es nun, den dänischen Aktivitäten eine deutsche Kulturarbeit mit eigener Prägung entgegenzustellen. Ein aus der Zeit des Kaiserreichs strukturell und personell nahezu unverändert übernommener Verwaltungsapparat und das Vorhandensein eines nach einer Grenzrevision strebenden Bevölkerungsteils, das waren kurz zusammengefaßt die politischen und gesellschaftlichen Vorgaben, denen sich die Volkshochschulen zu Beginn der Weimarer Republik in der Provinz Schleswig-Holstein ausgesetzt sahen. Zwangen diese Rahmenbedingungen die hiesigen Volkshochschulen zu einem "Sonderweg"? Oder blieben sie von den nationalpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Dänen und Deutschen unberührt und paßten sich der Entwicklung der Volkshochschulen in den anderen, nicht von Gebietsabtretungen betroffenen Provinzen an?

"Wir haben in Nordschleswig keine genügende Kulturpolitik getrieben, das hat zum Verlust von Nordschleswig beigetragen."⁽⁵⁹⁰⁾

3. Die neuen Organisationen zur Förderung des Volkshochschulwesens

Wie das gesamte Reich, so erlebte auch die Provinz Schleswig-Holstein nach dem Ende des Ersten Weltkrieges einen "Kultur- und Volksbildungsboom". Er führte zur Entstehung einer Vielzahl von Vereinen und Vereinigungen, die sich mit der strukturellen Neukonzeptionierung der schleswig-holsteinischen Kultur- und Bildungsarbeit befaßten.

Unter der Vielzahl der während des reichsweiten "Volkshochschulbooms" in Schleswig-Holstein entstandenen neuen Organisationen und Institutionen sind vier zu nennen, die einen entscheidenden Einfluß auf die Volkshochschulentwicklung nahmen: zwei in staatlicher Trägerschaft stehende, nämlich die "Beratungsstelle für Volkshochschulwesen" an der Kieler Christian-Albrechts-Universität und die Neumünsteraner "Lichtbilderstelle und Beratungsstelle für Jugendpflege und freies Bildungswesen in der Provinz Schleswig-Holstein", die beide für die Volkshochschulen der gesamten Provinz zuständig waren; neben ihnen existierten zwei privat getragene Vereinigungen, der "Schleswig-Holsteinische Volksbildungsverband (Verband für freies Bildungswesen und Volkshochschulen)" in Neumünster und der "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig e.V." mit Sitz in Flensburg. Während sich der Volksbildungsverband in der gesamten Provinz engagierte, konzentrierte der Wohlfahrts- und Schulverein seine Aktivitäten auf den Landesteil Schleswig, auf dessen Volkshochschulentwicklung er Einfluß zu nehmen versuchte. Auf seine Anregung bildeten sich auf lokaler Ebene eine Reihe von Vereinigungen, die - unter dem Wohlfahrtsverein und Schulverein als Dachverband - vor Ort die Belange der einzelnen Volkshochschulen vertraten.

Die Gründung der ersten staatlichen Einrichtung zur Förderung des Volkshochschulwesens erfolgte im Frühjahr des Jahres 1919. Die Provinzialverwaltung sah sich durch die Beschwerde eines Universitätsdozenten gezwungen, sich schon vor dem Erlaß des preußischen Kultusministers Haenisch vom 23. April 1919 mit der Neuorganisation des Volkshochschulwesens in Schleswig-Holstein zu befassen. Den Anlaß dazu hatte ein Mitglied des seit dem Herbst 1918 existierenden "Gesamtausschusses für Volkshochschulkurse" gegeben. Dessen Schriftführer, der Mediziner Professor Otto Meyerhof, hatte sich am 7. März 1919 in einer schriftlichen Eingabe an das Kultusministerium darüber beschwert, daß die Kieler Universität sich weigere, den Gesamtausschuß organisatorisch zu unterstützen.⁽⁵⁹¹⁾ Der Gesamtausschuß setzte sich aus vier konkurrierenden Einzelverbänden zusammen, dem ehemaligen "Ausschuß für Volkshochschulwesen" an der Christian-Albrechts-Universität, der "Bildungskommission der Kieler Arbeiterschaft", dem "Bildungsausschuß des Arbeiter- und

Soldatenrates" und dem "Dozenten- und Studentenrat" der Universität.⁽⁵⁹²⁾ Der Universitätsrektor, der Theologe Professor Ernst Sellin, begründete in seiner Stellungnahme zu Meyerhofs Vorwurf die reservierte Haltung der Universität gegenüber dem "Gesamtausschuß für Volkshochschulkurse" mit den Rivalitäten und dem Kompetenzwirrwarr, das die Gründung des Gesamtausschusses ausgelöst habe. Die Universität habe seit dem Jahre 1899 erfolgreich mit dem "Ausschuß für Volkshochschulwesen" zusammengearbeitet. Der Ausschuß, der sich im wesentlichen aus Universitätslehrern zusammensetze, sei an der Wiederaufnahme seiner Arbeit zum Wintersemester 1918/19 durch Bildungsausschüsse der Arbeiter-, Gewerkschafts- und Soldatenräte gehindert worden. Erst durch langwierige Verhandlungen habe man sich auf eine Kooperation der einzelnen Ausschüsse einigen können, die ihren Ausdruck im Zusammenschluß aller Ausschüsse zu einem "Gesamtausschuß für Volkshochschulwesen" gefunden habe. Die Universität werde den Gesamtausschuß unterstützen, sobald dieser die "erforderliche wissenschaftliche Höhe" seiner Bildungsarbeit nachweisen könne und sich von jeder Form der "politischen Agitation" distanzieren. Bis dahin müsse der Gesamtausschuß seine Bildungsarbeit ohne Unterstützung durch die Universität organisieren und durchführen.⁽⁵⁹³⁾ Haenisch's Erlaß vom 23. April 1919 beendete diesen Zustand, indem er den Universitäten die Einrichtung von Beratungsstellen für Volkshochschulen verbindlich vorschrieb.⁽⁵⁹⁴⁾ Da das Ministerium die Volkshochschulentwicklung durch "Dilettantismus und Verzettlung" gefährdet sah, gab es den Universitäten verbindliche Richtlinien für die Organisation und Arbeit der Beratungsstellen vor. Ihre Aufgaben waren in den Richtlinien eng umrissen, sie beschränkten sich ausschließlich auf organisatorische Fragen, darauf, "...geeignete Lehrkräfte ausfindig zu machen und zu vermitteln und auf Wunsch Volkshochschulunternehmungen sowie Einzelpersonen, die sich fortzubilden wünschen, Rat zu erteilen." Den Universitäten wurde gleichzeitig ausdrücklich untersagt, eigene Volkshochschulkurse abzuhalten oder die Bildungsarbeit Dritter inhaltlich zu beeinflussen. Außerdem bestimmte das Kultusministerium, daß in der Leitung der Beratungsstellen neben Universitätsmitgliedern auch Angehörige aller Bevölkerungsgruppen mit mindestens einem Mitglied vertreten sein sollten.⁽⁵⁹⁵⁾ Die Kieler Universität kam der Aufforderung zur Bildung einer Beratungsstelle für Volkshochschulen unverzüglich nach. Bereits am 23. Juli 1919 wählte das Akademische Konsistorium der Universität aus seinen Reihen sechs Mitglieder des Lehrkörpers in die aus 12 Personen bestehende Beratungsstelle. Die Wahl des Konsistoriums fiel auf den Philologen Werner-Wilhelm Jaeger, den Juristen Walter Jellinek, den Direktor des Hygiene-Instituts Karl Kißkalt, den Theologen Hermann Mandel, den Philologen Otto Mensing und den Juristen und späteren Reichsjustizminister Gustav Radbruch. Den Vorsitz übernahm der Jurist Jellinek.⁽⁵⁹⁶⁾ Die übrigen sechs Mitglieder der Beratungsstelle stellten die Stadt Kiel, der Dürer-Bund, der Schleswig-Holsteinische Verband für freies Bildungswesen, zwei Arbeiterbildungsvereine und die Studentenschaft, und zwar den Kieler Stadtrat Professor Max Philipp, den Architekten Julius Vogel, den Rektor der Mädchenvolksschule Heinrich Rathmann, den Landesrat Albert Billian und den städtischen Angestellten Rudolf Pepper.⁽⁵⁹⁷⁾ Bemerkenswert ist, daß der einzige Pädagoge der Beratungsstelle in der Person des Rektors Rathmann nicht von der Universität, sondern von außen nominiert wurde.

Die "Beratungsstelle für Volkshochschulwesen" hatte vom Tag ihrer Gründung an mit existentiellen Problemen zu kämpfen. Ohne eigene Finanzmittel mußte sie ihre Anschaffungen und laufenden Unterhaltungskosten aus dem knappen Etat der Universität bestreiten. Am 4. Februar 1920 schilderte Ernst Sellin seinem Kollegen, dem Philosophen Alfred Menzel, die widrigen Umstände, denen die Universität und die Beratungsstelle täglich ausgesetzt waren und orakelte, daß "...über der Universität wie über der jungen Volkshochschule das

Damoklesschwert [hängt; d. Verf.], daß wir am 14. d.M. wegen absoluten Kokesmangels einfach die Bude schließen müssen. Es wird dann das Letzte aufgebraucht sein...Wollen Sie also der Volkshochschule nicht schon nach 2 wöchentlicher Existenz wieder ein Ende bereitet sehen, so müssen Sie veranlassen, daß wir in der nächsten Woche wenigstens für 14 Tage Kohlen erhalten."⁽⁵⁹⁸⁾ Impulse zur inhaltlichen Neugestaltung der Volkshochschularbeit in der Provinz konnten weder von der Universität noch von der Beratungsstelle ausgehen, denn sie gehörten ausdrücklich nicht zu deren Aufgaben. Sie hatten sich auf die organisatorische und ideelle Unterstützung der Volkshochschulträger mit Dozenten und Räumlichkeiten sowie die Vermittlung von finanziellen Zuschüssen zu beschränken. Ihre bedeutendste Leistung ist in ihrer Beteiligung an der Gründung der Kieler Volkshochschule im Jahre 1919 zu sehen, die von Gustav Radbruch maßgeblich vorangetrieben wurde. Für die Volkshochschulen im Landesteil Schleswig war die Arbeit der staatlichen "Beratungsstelle für Volkshochschulwesen" nahezu völlig bedeutungslos. Sie wurden privat gefördert, und zwar vor allem vom Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig.

Die zweite staatliche Einrichtung zur Förderung des Volkshochschulwesens stellte die "Lichtbilderstelle und Beratungsstelle für Jugendpflege und freies Bildungswesen in der Provinz Schleswig-Holstein" mit Sitz in Neumünster dar. Sie war auf Betreiben des Vorsitzenden des Neumünsteraner Ortsausschusses für Jugendpflege, des Kreisschulinspektors Christian Alberti, im Jahre 1912 als "Lichtbilderzentrale für die Provinz Schleswig-Holstein" in Neumünster errichtet worden. Aufgabe der Lichtbilderzentrale war es, öffentliche Schulen und Bildungsvereine mit Lichtbildern, Vortragstexten und einschlägiger Literatur zu Unterrichtszwecken zu versorgen. Die Leitung der Lichtbilderzentrale übernahm auf Albertis Vorschlag hin der Schriftführer des Neumünsteraner Ortsausschusses für Jugendpflege Friedrich Kordts.⁽⁵⁹⁹⁾ Der am 27. November 1874 in Neuberend, Kreis Schleswig, geborene Kordts hatte nach dem Abschluß seiner Ausbildung am Eckernförder Lehrerseminar im März des Jahres 1895 zunächst an verschiedenen Privatschulen in Brunsbüttel, Osterwieck im Harz und Offenbach am Main unterrichtet, bevor er zum 1. März 1901 eine Anstellung an der Lägerdorfer Volksschule fand. Kordts, der später als Vorsitzender des "Schleswig-Holsteinischen Volksbildungsverbandes" zu den Unterzeichnern des "Kulturprogramms für Schleswig-Holstein" gehörte, engagierte sich neben seinem Schuldienst auch in der Jugendpflege und Volksbildung. In Lägerdorf veranstaltete er regelmäßig öffentliche Unterhaltungsabende, er zählte auch zu den Gründungsvätern des dortigen "Vereins für Volksbildung" und der "Volksbibliothek". Zum 1. Oktober 1910 wechselte Kordts in den Schuldienst der Stadt Neumünster, von dem er ab 1914 zur Leitung der Lichtbilderzentrale freigestellt wurde. Neben seiner Tätigkeit als Leiter der Zentrale amtierte er als Kreisjugendpfleger für die Kreise Neumünster und Bordesholm.⁽⁶⁰⁰⁾ Im Jahre 1915 erhielt er die offizielle Genehmigung zur Integration der Aufgaben des Kreisjugendpflegers in die der Lichtbilderzentrale, so daß sie von jetzt ab die offizielle Bezeichnung "Lichtbilder-Zentrale und Beratungsstelle für Jugendpflege und freies Bildungswesen in der Provinz Schleswig-Holstein" trug.

Eine von Friedrich Kordts im Jahre 1917 herausgegebene Informationsbroschüre benannte insgesamt zehn Aufgaben der mit der Kreisjugendpflege kombinierten Lichtbilderzentrale. Zu ihnen zählten unter anderem die Beratung aller Jugendpfleger und Volksbildner in Fragen der Jugendpflege und des freien Bildungswesens, der Verleih von Büchern, Zeitschriften, Fotos, Filmen und themenbezogenen Lichtbilderreihen, die Ausbildung in der Handhabung von Filmprojektoren, die Herausgabe eines "Ratgebers für Jugendpfleger und Volksbildner in der Provinz Schleswig-Holstein" und die Unterstützung bei der Einrichtung von Jugendheimen und

der Organisation von Ausbildungskursen für Jugendpfleger. Auch nach dem Ende des Ersten Weltkrieges konzentrierte sich Kordts in seiner Funktion als Leiter der Lichtbilder- und Beratungsstelle weiterhin ausschließlich auf die Wahrnehmung der in der Informationsbroschüre genannten Aufgaben. Eine Erweiterung seines Tätigkeitsfeldes auf die Förderung von Volkshochschulen läßt sich in den überlieferten Akten nicht nachweisen.⁽⁶⁰¹⁾ Dieser Aufgabe nahm sich der im Winter 1918/19 von Kordts mitbegründete "Schleswig-Holsteinische Verband für freies Bildungswesen" ab dem Jahre 1921 an. Gleich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges rief Friedrich Kordts zusammen mit dem Landesrat Albert *Billian* den "Schleswig-Holsteinischen Verband für freies Bildungswesen" ins Leben. Der Vereinsvorstand setzte sich aus dem Studienassessor Dr. Wilhelm *Elsner* - Kordts einzigem Mitarbeiter in der staatlichen Beratungsstelle für Jugendpflege -, dem Direktor der Reinfelder Volksschule und späterem Leiter der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz *Detlef Ehmsen* und dem Norderdithmarscher Landrat Dr. Ernst *Kracht* zusammen. Aus praktischen Erwägungen heraus war der Verband, dessen Vorsitz Kordts und Billian übernommen hatten, in der von Kordts geleiteten "Lichtbilderzentrale und Beratungsstelle für Jugendpflege und freies Bildungswesen" in Neumünster untergebracht worden. Das Ziel der Verbandsarbeit sollte in erster Linie darin liegen, andere Bildungsträgern in ihrer Bildungsarbeit organisatorisch und materiell zu unterstützen, "...alle Körperschaften und Einzelpersonen, die außerhalb der Schule für die Ertüchtigung und Bildung der Volksgesamtheit wirken, zu gemeinsamer Arbeit auf breiter Grundlage zusammenzuschließen, ihnen anregend und fördernd zur Seite zu stehen und neue Wege zu dem bezeichneten Ziele zu suchen."⁽⁶⁰²⁾ Der Verband verstand sich als Dachorganisation einer Vielzahl von Ortsvereinen, die sich in unterschiedlichster Weise der Volksbildungsarbeit verschrieben hatten. Die Unterstützung dieser Vereine durch den "Verband für freies Bildungswesen" gestaltete sich in der Praxis so, daß er ihnen in enger Zusammenarbeit mit der Neumünsteraner "Lichtbilderzentrale" geeignete Mitarbeiter vermittelte, sie mit Lehrgangs- und Unterrichtsmaterialien versorgte und sie in Fragen der Finanzierung ihrer Arbeit beriet. Daneben organisierte der Verband regelmäßig Aus- und Fortbildungslehrgänge für Büchereiverwalter, hielt einmal jährlich einen sogenannten Volksbildungstag ab und gab seit dem 1. Dezember 1919 mit der "Freien Bildung" eine eigene Halbmonatsschrift zu allen Fragen der Volksbildung heraus. Den Schwerpunkt seiner Tätigkeit sah der Verband in der "...Pfleger der deutschen Kultur im Grenzgebiet".

Das Bemerkenswerte an dem im Jahre 1920 veröffentlichten Verbandsprogramm war, daß seine den Sozialdemokraten nahestehenden Verfasser keine acht Wochen nach der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark Wert auf die Feststellung legten, daß ihre Arbeit "...frei von jeder Polemik gegen fremdes Volkstum" sei.⁽⁶⁰³⁾ Damit entsprach sie der vom preußischen Kultusministerium geforderten Neutralität jeglicher Volksbildungsarbeit, stand aber in einem krassen Gegensatz zum Selbstverständnis des Schleswig-Holsteiner-Bundes und des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig.⁽⁶⁰⁴⁾

Die Unterstützung des Volkshochschulwesens zählte in den Jahren von 1918 bis 1920 noch nicht zu den Schwerpunkten der Verbandsarbeit. Fragen des Volkshochschulwesens wurden allerdings schon auf den beiden vom Verband im Jahre 1919 ausgerichteten Tagungen diskutiert. Am Eröffnungstag des im April des Jahres 1919 abgehaltenen viertägigen "Lehrganges über Wirtschaftsfragen der Gegenwart" fand eine zweistündige Aussprache über das "Volkshochschulwesen in Stadt und Land" statt. Der "Erste Schleswig-Holsteinische Volksbildungstag", der vom 10. bis 13. Oktober 1919 in der Aula der Kieler Universität abgehalten wurde, widmete den Erörterungen über die Entwicklung des Volkshochschulwesens dann sogar einen ganzen Vormittag. Der Kieler Universitätslehrer Professor *Alfred Menzel* hielt

den Eröffnungsvortrag zum Thema "Universität und Volkshochschule", dem sich ein Bericht von Wilhelm *Elsner* über "Unsere Volkshochschularbeit" anschloß. Den beiden Vorträgen folgte ein mehrstündiger Erfahrungs- und Meinungsaustausch über den Stand und die Ziele der Volkshochschularbeit in Schleswig-Holstein.⁽⁶⁰⁵⁾ Obwohl der Volksbildungsverband seit seiner Gründung mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, partizipierte er an dem auch in Schleswig-Holstein einsetzenden "Volkshochschulboom", indem er seine Aufgabengebiete um die Förderung von Volkshochschulen erweiterte. Um diese Erweiterung auch nach außen deutlich zu dokumentieren, beschloß die Ratzeburger Jahresversammlung im Juni 1921 die Abänderung des Verbandsnamens in "Schleswig-Holsteinischer Volksbildungsverband (Verband für freies Bildungswesen und Volkshochschulen)". Mit der offiziellen Einbindung der Volkshochschulen in die Vereinsaktivitäten war eine Neudefinition der Vereinsziele verbunden, deren Schwerpunkte künftig in einer "...Erziehungsarbeit" liegen sollten, die "...die besten Kräfte im Einzelnen zum Segen der Gesamtheit zur Entfaltung zu bringen versucht." Grundlage dazu sei die Hinwendung "...an die Quellen aller Kraft: Heimat und Volkstum. Volks- und Heimatkultur sind als Grundlagen aufzufassen; ein fester Unterbau für die Volksbildungsarbeit".⁽⁶⁰⁶⁾ Für die weitere Verbandsarbeit bedeutete dies die grundsätzliche Bevorzugung von Einheimischen bei der Auswahl der Dozenten und Leiter von Arbeitsgemeinschaften und eine Konzentration auf die Vermittlung der "heimatlichen Geschichte und Erdkunde" in den vom Verband unterstützten Bildungsveranstaltungen. Zur Realisierung dieses Ziels strebte der Verband eine enge Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen an. Von Seiten der Volkshochschulen stieß dieses Angebot auf rege Zustimmung. Schon im Frühjahr des Jahres 1923, zwei Jahre nach der Satzungsänderung, konnte der Volksbildungsverband in seinem Jahresbericht darauf verweisen, daß alle Volkshochschulen und -heime als "körperschaftliche Mitglieder" inzwischen in den Verband aufgenommen worden waren.⁽⁶⁰⁷⁾

Rückblickend bleibt festzuhalten, daß der Verband der Vielzahl seiner Aufgaben nicht gerecht werden konnte und daß dies seinen Mitgliedern durchaus bewußt war. In den Tätigkeitsberichten der Jahre von 1918 bis 1925 findet sich die gebetsmühlenhaft wiederholte Klage über die mangelhafte finanzielle Ausstattung des Verbandes, die dazu führte, daß "...wenigstens im Verhältnis zu den in seinen Bereich fallenden Aufgaben nicht sehr viel geleistet werden konnte."⁽⁶⁰⁸⁾ Der Verein war existentiell abhängig von Zuschüssen der Provinzialverwaltung, die aufgrund der hohen Staatsverschuldung, der galoppierenden Inflation und der Vielzahl der Bittsteller von Jahr zu Jahr geringer ausfielen. Vor diesem Hintergrund sah sich der Verband gezwungen, seinen Beitrag zur Volksbildung möglichst kostengünstig zu gestalten. In der Praxis bedeutete das die Konzentration auf die Organisation von Tagungen und die Vermittlung von Referenten und Dozenten für Bildungsveranstaltungen anderer Träger. Die vom Reinfelder Volksschulrektor Detlef *Ehmsen* im Jahre 1923 herausgegebenen "Winke und Wege für die praktische Gestaltung der Volksbildungsarbeit" werfen ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis des Volksbildungsverbandes. Mit der zwölfseitigen Broschüre wollte Ehmsen allen in der Provinz tätigen Volksbildnern im Auftrag des Verbandes einen Leitfaden "...zur ersprießlichen Gestaltung der Volksbildungsarbeit" an die Hand geben. Der interessierte Leser fand in diesem Leitfaden sechs "Grundsätze zur Gestaltung von Volksbildungsarbeit:

1. Man suche durch Berücksichtigung der psychischen Eigenart der Hörschaft in ihrer mannigfachen Zusammensetzung das Interesse aller Kreise an den Bildungsbestrebungen zu treffen.
2. Man bringe die gesamte Arbeit in eine organische Verbindung, damit geistig

führende Einzelpersönlichkeiten aus allen Kreisen gewonnen werden.

3. Man verschaffe sich Klarheit über die Passivität weiter Kreise und über die Mittel zu ihrer Ueberwindung.

4. Die Bildungsarbeit ruhe auf heimatlichem Grunde und erschliesse die Bildungsquellen deutscher Kultur und allgemeiner Menschheitswerte.

5. Man denke an die Bildung des ganzen Menschen nach seiner Erkenntnis-, Gefühls- und Willensseite, an die Entfaltung der vollen Persönlichkeit im Dienste der Gesamtheit.

6. Man ziehe jede örtliche Bildungseinrichtung in den Kreis der Volksbildungsarbeit und nutze die Vorteile der vorhandenen Bildungsorganisationen."⁽⁶⁰⁹⁾

Ehmsen beschränkte sich in seiner Publikation auf die knappe Vorstellung der sechs Grundsätze zur Gestaltung von Volksbildungsarbeit. Von Vorschlägen zu einer aktiven Einbeziehung des Verbandes in die konzeptionelle Ausgestaltung der schleswig-holsteinischen Bildungsarbeit hatte Ehmsen vor dem Hintergrund der unzureichenden Finanzausstattung des Verbandes abgesehen. Er beschränkte sich vielmehr darauf, den um die Neuorientierung der hiesigen Volksbildung bemühten Politikern und Volksbildnern ein Forum zum Informationsaustausch, zur Meinungsbildung und zur Kontaktaufnahme zu bieten. Der Einfluß des Volksbildungsverbandes auf die Volkshochschulentwicklung im **nördlichen** Landesteil Schleswig blieb insgesamt gesehen gering; dieses Gebiet war das Tätigkeitsfeld des neugegründeten "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig", der sich als alleiniger Vertreter der nordschleswigschen Kulturbelange verstand.

4. Volkshochschularbeit nach den Volksabstimmungen des Jahres 1920:

Programme und Träger

Der Neuaufbau der schleswig-holsteinischen Kultur- und Bildungslandschaft war schon vor den Volksabstimmungen des Jahres 1920 von dem Trauma einer möglichen Abtretung Nordschleswigs an Dänemark überschattet worden. Dieses Ereignis prägte alle Lebensbereiche der Provinz, im grenznahen schleswigschen Landesteil stärker als im holsteinischen. Die Kritiker der preußischen Kulturpolitik, allen voran Theodor Brix, hatten mit ihrer in der Hochphase der "Köllerpolitik" geäußerten Warnung Recht behalten: Die kulturellen Repressalien gegen den dänischsprachigen Bevölkerungsteil in den grenznahen Kreisen hatten zu deren bewußter Hinwendung nach Dänemark und zum Verlust Nordschleswigs geführt. Es ist geradezu eine Ironie der Geschichte, daß Schleswig-Holstein sich nach den Volksabstimmungen des Jahres 1920 in der gleichen Lage befand wie sein dänischer Nachbar nach dem Deutsch-Dänischen Krieg im Jahre 1864. Von diesem Trauma war auch die Kultur- und Bildungspolitik berührt; die Kulturschaffenden im Lande führten den nicht unerwarteten Verlust der ersten Abstimmungszone wie ihre dänischen Nachbarn gut fünfzig Jahre zuvor auch auf ein Versagen ihrer bisherigen Kulturarbeit zurück. Deshalb arbeiteten sie schon an der konzeptionellen Neuformulierung der künftigen Kulturarbeit, während in Paris noch über den Friedensvertrag verhandelt wurde. Das erste greifbare Ergebnis ihrer Bemühungen war der "Entwurf zu einem Kulturprogramm für Schleswig-Holstein" aus dem Jahre 1920.

a. Das "Kulturprogramm für Schleswig-Holstein"

Die ersten Anstöße zur Neuorientierung der künftigen schleswig-holsteinischen Kulturpolitik gingen direkt nach der in Rendsburg abgehaltenen schleswig-holsteinischen Landesversammlung und über ein halbes Jahr vor der Abstimmung in der 1. Zone im Juli des Jahres 1919 vom Direktor des Flensburger Kunstgewerbemuseums und späteren Beisitzer im Vorstand des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Dr. Ernst *Sauermann*, und dem Süderdithmarscher Landrat Dr. Friedrich *Pauly* aus. In einem von beiden gemeinsam unterzeichneten vertraulichen Rundschreiben luden sie einen Kreis von etwa 15 Personen zum 8. August 1919

in Green's Hotel nach Rendsburg ein. Von dem Rendsburger Treffen erhofften sich die beiden einen organisatorischen Zusammenschluß der schleswig-holsteinischen Kulturschaffenden. Die vorrangige Aufgabe der geplanten Organisation sahen sie laut ihrem Einladungsschreiben darin, "...deutsche Kulturbewegungen nordwärts zu tragen [und; d. Verf.]...das im weitesten Sinne religiöse, nationale und das soziale Bewußtsein im Lande zu stärken." Sauermann und Pauly beklagten, daß die Schleswig-Holsteiner keine "...Machtpolitik mehr treiben können" und ermunterten die Adressaten ihres Rundschreibens, sich jetzt um so stärker darauf zu konzentrieren, "... neue kulturpolitische Aufgaben zu lösen." Das vorrangige Ziel der neuen Kulturpolitik sollte ihrer Ansicht nach sein, "...die Grenzfrage wieder zu einer Frage der obsiegenden Kultur [zu machen; d. Verf.]; die deutschen Enklaven im dänischen Land werden uns dauernd erhalten bleiben, wenn die deutsche Kultur als die tiefere und reichere sich erweist." Die im Tenor der revisionistischen Politik des Schleswig-Holsteiner-Bundes gehaltene Einladung endete mit einer eindringlichen Warnung davor, die Verantwortung für die künftige Kulturpolitik ausschließlich in die Hände der neu entstehenden politischen Parteien zu legen. Ihnen unterstellten Sauermann und Pauly eine Abhängigkeit von einzelnen Interessengruppen, die sie für eine das Gemeinwohl fördernde Kulturpolitik disqualifiziere. Mit der angestrebten Vereinigung aller schleswig-holsteinischen Kulturschaffenden könne den politischen Parteien aber ein Beirat zur Seite gestellt werden, dessen "...Stimme, Kraft und Sachkunde nicht ungehört verhallen wird."⁽⁶¹⁰⁾

Unstrittig ist, daß Ernst Sauermann und Friedrich Pauly durch diesen Beirat die Interessen des Schleswig-Holsteiner-Bundes vertreten wissen wollten und daß sie mit dem geplanten Treffen der Kulturschaffenden in Rendsburg zielstrebig auf die Konstituierung eines derartigen Beirates hinarbeiteten.⁽⁶¹¹⁾ Festzuhalten bleibt, daß Sauermann und Pauly in ihrem Einladungsschreiben das vorrangige Ziel schleswig-holsteinischer Kulturpolitik in der Weimarer Republik vorformuliert hatten: Die Revision der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark. Für die Volkshochschulen war die Abkehr von den im April des Jahres 1919 veröffentlichten "Richtlinien für den Volkshochschulunterricht" vorgezeichnet. In diesen Richtlinien hatte der preußische Kultusminister Haenisch die Volkshochschulen zur "Wahrung strengster Objektivität" aufgefordert und sie davor gewarnt, sich "... zu Dienern einer Gruppe oder Partei [zu; d. Verf.] machen, ...weil tendenziöse Einstellungen die Wirkungsmöglichkeiten der Volkshochschulen untergraben".⁽⁶¹²⁾ Sauermann und Pauly hatten sich bewußt von den Richtlinien gelöst und damit schon vor den Volksabstimmungen des Jahres 1920 die Weichen für eine mögliche Sonderentwicklung der schleswig-holsteinischen Volkshochschulen gestellt. Die Teilnehmer an der ersten Rendsburger Besprechung am 8. August 1919 einigten sich auf den Entwurf eines Kulturprogramms für Schleswig-Holstein, der auf der zweiten Tagung dieses Kreises am 31. März 1920 in Rendsburg offiziell verabschiedet wurde. Sauermann und Pauly war es nach der ersten Tagung gelungen, Vertreter nahezu aller Kulturbereiche zur Mitarbeit am Kulturprogramm zu gewinnen. Die Liste der Unterzeichner des Programms liest sich wie ein "Who is Who" der damaligen schleswig-holsteinischen Kunst- und Kulturszene. Unter den 34 Unterzeichnern befanden sich unter anderem der 2. Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Verbandes für Freies Volksbildungswesen und Landesrat Albert Billian, das Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteiner-Bundes und Leiter der Tageszeitung "Schleswiger Nachrichten" Jacob Bödewadt, der Oberbibliothekar der Kieler Universitätsbibliothek Dr. Paul Dinse, der Sonderburger Amtsrichter und Leiter des Deutschen Ausschusses im Kreis Sonderburg Dr. Walter Ewoldt, der Leiter der Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz Heinrich Harms, der Kieler Museumsdirektor Dr. Friedrich Knorr, der 1. Vorsitzende des "Schleswig-Holsteinischen Verbandes für freies Volksbildungswesen" Friedrich

Kordts, der Landrat des Kreises Norderdithmarschen Dr. Ernst *Kracht*, der Direktor der Kieler Handwerker- und Kunstgewerbeschule Professor Caspar *Lennartz*, der Professor für Germanistik an der Kieler Christian-Albrechts Universität Otto *Mensing*, der Kieler Kunstmaler und Vorsitzende der Schleswig-Holsteinischen Kunstgenossenschaft Friedrich *Mißfeldt*, der Kieler Landesbibliothekar Dr. Volquart *Pauls*, der Leiter des Staatsarchivs Dr. Paul *Richter* und der Oberlehrer am Schleswiger Lehrerinnen-Seminar und Geschäftsführer des Schleswig-Holsteiner-Bundes Christian *Tränckner*.

Mit der Vorlage des "Entwurfs zu einem Kultur-Programm für Schleswig-Holstein" hatten seine geistigen Väter Ernst Saueremann und Friedrich Pauly zwei unterschiedliche Ziele erreicht: erstens war es ihnen gelungen, einflußreiche Vertreter der schleswig-holsteinischen Kunst- und Kulturszene mit Politikern und Verwaltungsbeamten unterschiedlicher politischer Gesinnung zur Unterzeichnung eines von allen Anwesenden befürworteten Kulturprogramms zu bewegen und sie so in die auf eine Revision der Grenzziehung des Jahres 1920 zielende Politik des Schleswig-Holsteiner-Bundes einzubinden. Zweitens konnten sie der Provinzialverwaltung den vom Schleswig-Holsteiner-Bund, also quasi von ihnen selbst, geforderten institutionalisierten Kulturberrat in den Personen der am Programmwurf beteiligten Kulturschaffenden präsentieren.

Das Kulturprogramm enthielt einen umfangreichen, in seinen Einzelpunkten recht diffusen und unstrukturierten Forderungskatalog.⁽⁶¹³⁾ Er zielte im wesentlichen auf einen institutionellen Auf- und Ausbau der Landeskunde, der Landesgeschichte und des Niederdeutschen. Mit besonderem Nachdruck wurde auf die Errichtung einer vom Süderdithmarscher Landrat Friedrich *Pauly* konzipierten "Schleswig-Holsteinischen Landesschule" gedrängt. Diese Landesschule war als zentrale Ausbildungs- und Koordinationsstelle für die gesamte Kulturarbeit in der Provinz gedacht. Der Programmwurf nannte vier vorrangige Aufgabenfelder der projektierten Landesschule: erstens die Aus- und Weiterbildung aller an Landwirtschafts-, Fortbildungs- und Volkshochschulen tätigen Lehrer, zweitens die Herausgabe einer vierteljährlich erscheinenden Informationsschrift für alle in den Zuständigkeitsbereich der Landesschule fallenden Aktivitäten, drittens die Vermittlung zwischen allen bedeutenden Kultureinrichtungen und der Landespresse und viertens das Einwirken auf die kulturellen Aktivitäten des "Verbandes für freies Bildungswesen" und des "Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig". Für die Unterbringung der Landesschule bot sich aus Pauly's Sicht das Kieler Schloß an, da sie dort bei der Organisation und praktischen Durchführung ihrer Aus- und Fortbildungsarbeit auf die Kapazitäten der Kieler Universität und die der Handwerkerschule zurückgreifen könnte. Pauly sah die Landesschule als die geeignete Einrichtung zur Schaffung einer "ureigenen deutschen Form von Volksbildung" an. Auf den abschließenden Beratungen über den Kulturprogrammwurf formulierte er mit Blick auf die dänische Konkurrenz die Grundzüge eines "deutschen Weges" der Volksbildung. Dieser Weg sollte nach seinen Vorstellungen "...von einer beruflichen Tüchtigmachung des Volkes, von einer Erziehung in strenger Schulung zur Meisterschaft im Beruf" ausgehen und "...mit der Erweckung eigenen Geisteslebens auf volkstümlicher Grundlage nach dem im Stammescharakter begründeten eigenen Einschlag" enden. Seinen Ausführungen zur Theorie der künftigen Volksbildungsarbeit ist das Bemühen, sich vor dem Hintergrund der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark von den dänischen Vorbildern zumindest terminologisch abzugrenzen, deutlich anzumerken; am sichtbarsten werden die Parallelen zur dänischen Volksbildungsarbeit in Paulys Vorschlag, sich bei der praktischen Vermittlung des neuen Weges vorrangig auf die "...im praktischen Leben stehende Jugend" zu konzentrieren, denn "...jegliche Bestrebung auf Hebung der Kultur...[müsse; d. Verf.] einsetzen

bei einer festumrissenen Aufgabe: der Verbesserung der beruflichen Bildung, die diese Schulen, Kunstgewerbe-, Baugewerbe-, Handwerker-, gewerbliche Fortbildungsschulen u.a. vermitteln. Diesen Schulen ist jetzt die Aufgabe einer Arbeitsschule vorgezeichnet. An diese Werkstattschulen müssen die Kulturbestrebungen anknüpfen."

Inhaltlich lehnten sich Paulys Ausführungen zur praktischen Ausgestaltung des neuen "deutschen Volksbildungsweges" eng an die Grundtvigsche Volkshochschulkonzeption und Kerschensteiners Arbeitsschulmodell an, ohne sich auf diese Vorbilder ausdrücklich zu beziehen. Wie Grundtvig zielte Pauly mit seinen Bildungsbemühungen vorrangig auf die Gruppe der bereits schulentlassenen, im Berufsleben stehenden Jugendlichen. Den weiterführenden Bildungseinrichtungen sollte die Aufgabe zufallen, die bereits durchlaufene Berufsausbildung zu vertiefen und die Verbundenheit mit der engeren Heimat zu stärken. Dazu müßte seiner Ansicht nach im Unterricht der genannten Schulen neben den berufsbezogenen Inhalten besonderer Wert auf die Vermittlung der Landesgeschichte, Landeskunde und Landessprache gelegt werden. Den wesentlichen Unterschied zur dänischen Volksbildungsarbeit sah Pauly in seinen eigenen Worten darin, daß "...in Dänemark weltoffene, christliche Männer mit romantischem Nationalgefühl, Persönlichkeiten, die intuitiv in die Breite griffen," Träger der Volkshochschularbeit waren. Dieses Modell könne aber nicht übernommen werden, da in Schleswig-Holstein die hierfür geeigneten Persönlichkeiten fehlten. Außerdem, so Paulys abschließendes Resümee, seien die Ergebnisse der dänischen Volksbildungsarbeit trotzdem nicht "allzu verlockend".⁽⁶¹⁴⁾

Aussagen zur Konzeption der künftigen Volkshochschularbeit sucht man im Kulturprogramm vergebens. Im Anhang zum Programmentwurf findet sich lediglich ein kurzer, vom Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschuldirektor Heinrich *Harms* verfaßter Appell, "...den Volkshochschulen einen ihrer Bedeutung entsprechenden Raum zu gewähren." Die dänischen Volkshochschulen hätten gezeigt, daß "...ländliche Geisteskultur durch die Volkshochschulen an die Landbewohner heranzubringen ist. Die großen Fehler der dänischen Volkshochschulen - die Züchtung des Chauvinismus - müssen dabei selbstverständlich vermieden werden".⁽⁶¹⁵⁾ Ernst Saueremann schickte den "Entwurf zu einem Kulturprogramm für Schleswig-Holstein" dem Provinzialausschuß am 26. Mai 1920 - nach den beiden Volksabstimmungen - zu. Mit der Vorlage des Kulturprogramms verband er die Forderung nach einer staatlichen Finanzierung der im Programm vorgestellten Kulturarbeit. Die Notwendigkeit dieser Kulturarbeit begründete er damit, daß die unzulängliche Arbeit der Vergangenheit zum Verlust Nordschleswigs mit beigetragen habe. Warnend wies er darauf hin, "...daß unser Volkstum für den Wettbewerb der Kulturen nicht gerüstet ist...Es gilt nicht nur, die Inangriffnahme von kulturpolitischen Aufgaben für die 2. Zone zu unternehmen, sondern ein großzügiges Kulturprogramm im ganzen Lande durchzuführen...Ein Ueberstrahlen deutscher Kultur und deutschen Geisteslebens in die 1. Zone wird nur dann erreicht werden können, wenn ein fortwährendes Zuströmen deutscher Gedanken und deutscher Kultur aus dem Süden erfolgt, wenn die deutsche Kultur sich stärker als die nordische erweist und wenn sie in der Bevölkerung des ganzen Landes wurzelt."⁽⁶¹⁶⁾ Saueremann beklagte abschließend, daß die Umsetzung des Kulturprogramms derart kostenintensiv sei, daß sie nur mit staatlicher Unterstützung zu realisieren sei.

Der Entwurf des Kulturprogramms stieß beim Provinzialausschuß nicht auf die erhoffte Zustimmung. Er war nicht gewillt, die Realisierung des Kulturprogramms in der geplanten Form zu finanzieren und beschränkte seine Finanzierungszusage ausdrücklich auf die Förderung einiger Projekte innerhalb der 2. Zone. Außerdem erklärte er sich später außerstande, Teile des Kieler Schlosses für eine Landesschule zur Verfügung zu stellen.⁽⁶¹⁷⁾

Damit war das Kulturprogramm in dem ursprünglich geplanten Umfang nicht mehr zu realisieren. Seinen bleibenden Wert gewann es dadurch, daß es seinen Initiatoren gelungen war, erstmalig Kulturschaffende und Politiker unterschiedlicher Gesinnung aus der gesamten Provinz zusammenzuführen und zur Verabschiedung eines gemeinsamen Programmentwurfs zu bewegen. Die Realisierung der im Kulturprogramm erhobenen Forderungen übernahmen in der Folgezeit die Vertreter der einzelnen Kultursparten für ihren Bereich jeweils in eigener Regie und mit eigenen Schwerpunkten.

Das Kulturprogramm war unter den an seiner Entstehung Beteiligten von Anfang an nicht unumstritten und es ist im Nachhinein mehr als fraglich, ob es bei einer Realisierung überhaupt genügend Befürworter gefunden hätte. Die von dem Bemühen um ein gemeinsames Kulturprogramm überstrahlte Zerrissenheit der konservativen Parteienlandschaft der frühen Weimarer Republik wird in einem von dem Ausacker Landesökonomierat Peter Jensen im August des Jahres 1920 verfaßten Schreiben exemplarisch faßbar. Jensen bekleidete eine Vielzahl einflußreicher Ämter, so war er unter anderem Ausacker Gemeindevorsteher, stellvertretender Vorsitzender der Landwirtschaftskammer, Mitglied des preußischen Ökonomiekollegiums, Mitglied des Deutschen Landwirtschaftsrates und Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei. In seinem Schreiben klingen alle Vorbehalte des konservativen rechten Parteienspektrums gegenüber der Weimarer Republik an. Jensen verurteilte die in der Schlußresolution der Rendsburger Landesversammlung geäußerte Verständigungsbereitschaft mit Dänemark als "Linksruck" der konservativen Parteien Schleswig-Holsteins, der sich schon im "Kulturprogramm für Schleswig-Holstein" angedeutet hätte. Über das Programm selber fällt er ein vernichtendes Urteil: "Versöhnung und Verständigungsrummel, Kulturprogramm. Und wie bewährt sich dies Kulturprogramm? Diese Versöhnungspolitik? Wie beantworten die Dänen das? Das haben uns die Ausweisungen bewiesen. Mit Versöhnungspolitik lockt man keinen Hund vom Ofen und holt keinen Fußbreit deutschen Landes zurück. Das Volk der Denker und Dichter sollen wir wieder werden. Auf dem Bauch rutschen vor unseren Peinigern, vor unseren Räubern, das mache ich nicht mit. Von unten aufbauen, durch deutsche Kultur die Dänen besiegen, daß sie uns Land und Leute wiedergeben, die man uns gestohlen. Wer das glaubt, ist ein Phantast, ein Irrsinniger. Nein, deutsche Kraft und die Würde wollen wir pflegen, daß, wenn dereinst der liebe Gott dem deutschen Volk den starken Mann erstehen läßt, der uns gefehlt seit Bismarcks Abgang, daß dann unser Volk zur Stelle ist. Stark, stolz, aufrecht und nicht verweicht ist Kulturprogramm und Versöhnungsdusel. Möge man heimische Kultur pflegen, da bin ich dabei, aber das soll nicht das ausschließliche und Hauptziel sein."⁽⁶¹⁸⁾

Jensen stand mit seiner Abneigung gegenüber einer Verständigung mit Dänemark nicht isoliert da, seine Haltung wurde von vielen geteilt. Als führendes Mitglied im Landesbeirat des Schleswig-Holsteiner-Bundes hatte er die Möglichkeit, für seine Überzeugung zu werben und die weitere politische und kulturelle Entwicklung der Provinz in seinem Sinne zu beeinflussen. Mit seinem Warten und Hoffen auf den "starken Mann" sprach Jensen im Jahre 1920 aus, was viele im Lande und der Republik dachten. Schon mit den Reichstagswahlen vom 20. Februar 1921 setzte in der Republik eine Rechtsorientierung der Wähler ein, an deren Ende die Machtergreifung des "starken Mannes" stehen sollte, dessen Wirken Jensen, der im Jahre 1941 verstarb, noch miterlebte.

Das Kulturprogramm kann im Rückblick in seiner ursprünglichen Fassung und mit seinem Anspruch als Programm für die gesamte Provinz als gescheitert angesehen werden. Wesentliche Teile fanden aber über die am Programmentwurf beteiligten Autoren Eingang in die deutsche Kulturpolitik des Grenzgebietes. Zu ihrem Sprachrohr sollte sich der aus dem

"Nordschleswigschen Volkshochschulverein" hervorgegangene "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig" entwickeln.

b. Die Konstituierung des "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig"

Der am 22. Januar 1919 gegründete "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig" war der Rechtsnachfolger des im Jahre 1905 in Tingleff zu dem Zweck der "...Gründung und Unterhaltung von deutschen Volkshochschulen in Nordschleswig" ins Leben gerufenen "Nordschleswigschen Volkshochschulvereins". Zu den schillerndsten Persönlichkeiten unter den Vereinsmitgliedern zählte der Sonderburger Landrat Kurt Schönberg. Der am 4. Dezember 1877 in Frankfurt am Main als Sohn eines Ingenieurs geborene Schönberg trat nach seiner Ausbildung im Regierungsbezirk Bromberg am 1. August 1912 die Nachfolge des pensionierten Sonderburger Landrats Adolf von *Tschirschnitz* an. Schon anderthalb Jahre später wurde Schönberg, nach dem Ausscheiden des Gründers und Vorsitzenden des Nordschleswiger Volkshochschulvereins, des Tonderner Landrats Friedrich Bernhard *Rogge*, am 25. Februar 1914 zum neuen Vorsitzenden des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins gewählt. Schönberg, der sich in Nordschleswig schnell als später Verfechter einer "Köller-Politik" profilierte, wurde seines Landratspostens nach mehreren Untersuchungsverfahren wegen angeblichen Amtsmissbrauchs am 17. August 1919 vorläufig enthoben und vorübergehend ins preußische Innenministerium versetzt. Ab dem 26. September 1919 fungierte er als Landrat in Lauenburg. Am 31. Mai 1927 trat er in den vorläufigen Ruhestand, nachdem ihm Unregelmäßigkeiten bei der Amtsausübung nachgewiesen worden waren.⁽⁶¹⁹⁾

Schönberg rechnete schon vor dem Beginn der Pariser Friedenskonferenz am 18. Januar 1919 mit der realistischen Möglichkeit einer Abtretung Nordschleswigs an Dänemark und reagierte darauf mit einer Umorganisation und Neuorientierung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins. Sie vollzog sich in drei Schritten, beginnend mit der Sicherung der Finanzierung durch die Provinzialbehörden, der darauf fußenden Vorbereitung der Auflösung des alten Volkshochschulvereins und abschließend mit der Einholung einer Finanzierungszusage durch die Reichsbehörden.

In einem ersten Schritt bat Kurt Schönberg den Provinzialausschuß darum, dem Volkshochschulverein eigene Finanzmittel zur Verfügung zu stellen. Im Begleitschreiben zu seinem Antrag vom 7. Januar 1919 skizzierte er die Rahmenbedingungen für eine Fortsetzung der bisher geleisteten Vereinsarbeit. Dabei warnte er vor der Gefahr, daß das Deutsche Reich einen Teil Nordschleswigs an Dänemark verlieren könnte, mit der Folge, daß dann "...mit Sicherheit zu erwarten [ist; d. Verf.], daß im Falle der Vereinigung dieser Gebiete mit Dänemark die dänische Bevölkerung durch Maßnahmen verschiedener Art...in kurzer Zeit erzwingen wird, daß die deutsche Bevölkerung in jenen Kreisen sich entweder zur Auswanderung oder zur Aufgabe ihrer deutschen Gesinnung gezwungen sieht." Um dem entgegenzuwirken, hielt er es für nötig, das deutsche Volkshochschul- und Schulwesen, das bisher "...das Rückgrat des Deutschtums in der Nordmark" gewesen sei, neu zu organisieren. Deswegen beabsichtige er, "...diese gesamten Schulen in Nordschleswig auf eine gemeinsame sichere Grundlage zu stellen, und zu diesem Zweck den Volkshochschulverein durch eine Änderung seiner Satzungen zu einem allgemeinen Schulverein für Nordschleswig umzugestalten." Um die nordschleswigschen Schulen auch weiterhin finanzieren zu können, benötige der neue Verein, so Schönberg, "...ein erhebliches eigenes Vermögen", denn nach der Reform des Gemeinde- und Kreiswahlrechts sei zu erwarten, daß die Dänen die Mehrheit der Mandate in den neu zu wählenden nordschleswigschen Gemeinde- und Kreisvertretungen erhalten würden. Dies hätte zur Folge, daß die Kommunen und Kreise zukünftig "...schwerlich

Mittel für deutsche Unternehmungen bewilligen werden." Deshalb bat er den Provinzialausschuß in seiner von allen nordschleswigschen Amtskollegen mitunterzeichneten Eingabe um die einmalige Zahlung von einhunderttausend Reichsmark als Grundstock für ein vereinseigenes Vermögen.⁽⁶²⁰⁾ Auf seine Eingabe vom 7. Januar 1919 erhielt er bereits nach drei Wochen die Zusage des Provinzialausschusses, den neuen Volkshochschulverein zu unterstützen, und zwar nicht in Form einer Einmalzahlung, sondern mit regelmäßigen jährlichen Beihilfezahlungen.⁽⁶²¹⁾

Durch die Unterstützung des Provinzialausschusses ermuntert, nahm Schönberg als zweiten Schritt die von ihm beabsichtigte Auflösung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins in Angriff. Sie war aus seiner Sicht zwingend nötig geworden, weil sich dessen aus dem Jahre 1905 stammende Vereinssatzung nicht an die geänderten Rahmenbedingungen, die eine Abtretung Nordschleswigs an Dänemark zwangsläufig mit sich bringen würde, anpassen ließ. Der Verein, der beim Tonderner Amtsgericht registriert war, würde mit der Abtretung Nordschleswigs zwangsläufig als deutscher Auslandsverein gelten und dem dänischen statt dem deutschen Vereinsrecht unterliegen. Deshalb entschied sich Schönberg zu dem einzigen folgerichtigen Schritt, nämlich der Auflösung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins und der Überleitung von dessen Vermögen auf einen außerhalb des Landesteils Schleswig angesiedelten neuen Verein. Dazu bedurfte es vor der Auflösung des alten Vereins der Gründung eines neuen, dem das Vermögen per Mitgliederbeschluß übertragen werden konnte.⁽⁶²²⁾ Zu diesem ersten Schritt, der ein halbes Jahr vor der Gründung des Schleswig-Holsteiner-Bundes erfolgte, lud er am 22. Januar 1919 einen Kreis von zwölf Personen - ausnahmslos im Kreis Sonderburg wohnende Mitglieder des Volkshochschulvereins oder des Deutschen Ausschusses - zu einem Treffen ins Hotel "Holsteiner Haus" nach Sonderburg ein. Einziger Tagesordnungspunkt war die Konstituierung eines neuen Vereines zur "...Erhaltung des Deutschtums in den abgetretenen Teilen Nordschleswigs". Der Zwölferkreis beschloß erwartungsgemäß die Gründung dieses neuen Vereines, dessen Name "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig e.V." zugleich auch das Vereinsprogramm umschrieb. Nach der in der gleichen Sitzung verabschiedeten Vereinssatzung sollte die Vereinsarbeit auf die "...geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutschvölkischer Interessen, vornehmlich durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten" zielen.⁽⁶²³⁾

Die Vorstandswahlen sicherten die personelle und programmatische Kontinuität zwischen dem alten Nordschleswigschen Volkshochschulverein und dem neuen Wohlfahrts- und Schulverein. Mit Kurt Schönberg als Vorsitzendem, dem Norburger Hardsesvogt und Bürgermeister Peter Klinker als seinem Stellvertreter, dem Sonderburger Apotheker Max Vierth als Rechnungsführer, dem Sonderburger Studienrat Otto Fritsche als Schriftführer und dem Apenrader Rentner Heinrich Christophersen setzte sich der fünfköpfige Vereinsvorstand fast ausschließlich aus Mitgliedern des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins und Förderern und Repräsentanten der Norburger Volkshochschule zusammen.⁽⁶²⁴⁾ Vier der fünf Vorstandsmitglieder gehörten dem "Deutschen Ausschuß" an, mit dem der Wohlfahrts- und Schulverein in der Folgezeit eng zusammenarbeitete. Diese Zusammenarbeit gestaltete sich in der Praxis derart eng, daß der Wohlfahrts- und Schulverein die Beschlüsse und Vorstellungen der Kulturkommission des Deutschen Ausschusses in die Praxis umsetzte und der Ausschuß dafür im Gegenzug alle Eingaben des Schulvereins an die Provinzialregierung unterstützte.⁽⁶²⁵⁾ Zum Vereinssitz bestimmten die Mitglieder die Stadt Kiel; sie bot den Vorteil, außerhalb des Landesteils Schleswig, also auch außerhalb der Abstimmungszonen und des dänischen Einflußbereichs zu liegen. Die Auflösung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins, die

am 12. Juni 1919 erfolgte, war nur noch eine reine Formsache.⁽⁶²⁶⁾

Die beiden ersten Schritte auf dem Weg zu dem von Schönberg gewünschten zentralen Steuerungsinstrument der Kulturpolitik im Landesteil Schleswig waren am 22. Januar 1919 getan - mit der Finanzierungszusage des Provinzialverbandes und der Gründung des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig hatte er sich die dazu nötigen organisatorischen und institutionellen Rahmenbedingungen geschaffen. Als drittes galt es, dem neuen Verein eine breitere finanzielle Basis zu verschaffen und sich in der Provinz als kompetenter Ansprechpartner zu profilieren. Dazu hatte der Tonderner Landrat Emilio *Böhme* in seiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Nordschleswigschen Volkshochschulverein und Mitglied des Wohlfahrts- und Schulvereins noch im Januar 1919 mit Vertretern des Auswärtigen Amtes und des Preußischen Innenministeriums die Möglichkeit einer Förderung des Vereins aus staatlichen Mitteln erörtert. Er erhielt von beiden die verbindliche Zusage, den Verein "...nach Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes für Nordschleswig" zu bezuschussen. Sie machten ihre Finanzierungszusage allerdings von der Bereitschaft des Vereins abhängig, "...Dänemark gegenüber vollständige Klarheit darübertun zu lassen, daß es sich nicht um Unterstützung einer Irredenta handele, sondern um Erfüllung von Vereinsaufgaben, die sich aus den natürlichen und begründeten Schutzrechten der nationalen Minderheit ergeben, wie sie völkerrechtlich und staatsrechtlich anerkannt würden. Eine Ausschüttung dieses Fonds an den genannten Verein vor Durchführung des Selbstbestimmungsrechtes wird aber nicht für tunlich gehalten, weil sie vor der Festlegung und Anerkennung des Schutzes der Minderheitsrechte für heimliche Gründung einer Irredenta aufgefaßt werden könnte", und dies wollten die Regierungsvertreter zu einem Zeitpunkt, da in Paris noch über einen Friedensvertrag verhandelt wurde, unter allen Umständen vermeiden.⁽⁶²⁷⁾ Die Bedingung der Ministerien, der Wohlfahrts- und Schulverein dürfe unter keinen Umständen in den Verdacht geraten, die Entstehung einer "Irredenta" zu fördern, einer von der deutschsprachigen Bevölkerung Nordschleswigs getragenen Protestbewegung, war für den Verein unannehmbar: Alle Vereinsaktivitäten zielten ja gerade darauf, das Nationalbewußtsein der deutschsprachigen Bevölkerung in beiden Abstimmungszone zu stärken und den Gedanken an ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich virulent zu halten. Der Vereinsvorstand zog aus dem drohenden Einnahmeverlust die Konsequenz, seine Werbearbeit innerhalb der Provinz zu intensivieren. Zu diesem Zweck wandte er sich im März des Jahres 1919 mit einem "Das Deutschtum der Nordmark ist in Gefahr" überschriebenen Spendenaufwurf an die Öffentlichkeit. In ihm stellte Schönberg die Ziele der Vereinsarbeit vor und schilderte ausführlich die Finanznot des Vereins. Der Aufruf schloß mit einer Zusicherung, die in dem für die Abstimmungszeit typischen schwülstigen Pathos gehalten war: Die Spenden würden den "...in die Verbannung gehenden deutschen Nordschleswigern wenigstens den Glauben erhalten und stärken, daß Mutter Germania ihre unter fremden Joch schmachthenden Söhne und Töchter nicht vergessen und sie auch unter dem Danebrog nicht verlassen wird. Dann, aber auch nur dann können und werden sie den Mut finden, selbst in Sturm und Bedrängnis ihr Deutschtum hochzuhalten und so den Vordeich zu bilden gegen die dänische Flut."⁽⁶²⁸⁾ Bis zur Abstimmung im Frühjahr des Jahres 1920 konzentrierte sich der Schulverein ausschließlich darauf, zahlende Mitglieder und Spendengelder einzuwerben und die in der 1. Abstimmungszone gelegenen, privat getragenen deutschen Gewerbe-, Haushalts- und Volkshochschulen unter seine Trägerschaft zu bringen, um sie so dem dänischen Zugriff zu entziehen. Über den Erfolg dieser Werbemaßnahmen informierte der Vereinsvorstand seine Mitglieder auf der Vollversammlung am 19. Dezember 1919, der letzten vor den Wahlen in den beiden Abstimmungszone, mit einem ausführlichen

Rechenschaftsbericht. Danach war es dem Verein gelungen, insgesamt fünf Schulen zu übernehmen, und zwar die Volkshochschulen in Norburg und Tingleff, die Haushaltungs- und Gewerbeschule in Hadersleben und die Haushaltungsschulen in Apenrade und Tingleff. Die Finanzierung des Unterrichts an diesen Schulen war bis zum Ende des Winterhalbjahres 1919/20 gesichert. Um den Vereinsvorstand zu entlasten, sollte die Gründung von Kreisvereinen nach dem Muster des "Deutschen Schulvereins zu Hadersleben" sowohl in der wahrscheinlich abzutretenden 1. Zone als auch in der "Restprovinz" Schleswig-Holstein gezielt unterstützt werden. Schließlich beschloß die Versammlung, dem "Verein für das Deutschtum im Ausland" als korporatives Mitglied beizutreten. Der am 23. Juni 1881 unter dem Namen "Allgemeiner Deutscher Schulverein zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande" gegründete Verein diente offiziell der kulturellen Arbeit für das Auslandsdeutschtum. Er wollte nach dem Versailler Friedensschluß bewußt von der "Zerklüftung und den Gegensätzen im Innern" ablenken und "allen Deutschen eine große Aufgabe" geben. Daher verstand er sich als "die große deutsche Kulturwehr", die nach außen "bedrohtes deutsches Volkstum" schützen, nach innen aber die "Einigkeit" fördern und zur "Volksgemeinschaft" führen wollte.⁽⁶²⁹⁾ Den letzten Tagesordnungspunkt der Vollversammlung vom 19. Dezember 1919 bildeten die Neuwahlen des Vorstandes. Dem neuen, einstimmig gewählten Vorstand gehörten drei Mitglieder des alten Vorstandes an, der Landrat Kurt Schönberg als Vorsitzender sowie der Norburger Bürgermeister Peter Klinker und der Apenrader Rentner Heinrich Christophersen. Die Plätze der beiden ausgeschiedenen Sonderburger Vorstandsmitglieder, des Apothekers Max Vierth und des Studienrats Otto Fritsche, nahmen der Flensburger Landrat Anton Wallroth als stellvertretender Vorsitzender und der Kieler Bankdirektor Ludwig Ahlmann ein.⁽⁶³⁰⁾ Mit ihnen hatte der Wohlfahrts- und Schulverein zwei weitere profilierte Repräsentanten des deutschen Widerstandes gegen die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark gewinnen können. Der am 14. August 1876 als Sohn eines Eutiner Amtsrichters geborene Wallroth war im Grenzland als Landrat des Kreises Flensburg-Land seit dem Jahre 1910, Mitglied des "Deutschen Ausschuß", Gründungsvater des Schleswig-Holsteiner-Bundes und Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, deren schleswig-holsteinischem Landesverband der ehemalige Tonderner Landrat Friedrich Bernhard Rogge vorstand, kein Unbekannter.⁽⁶³¹⁾ Der Kieler Bankier Ludwig Ahlmann hatte sich als Mitbegründer des "Ausschuß für ein ungeteiltes Schleswig-Holstein" schon früh für einen Verbleib Nordschleswigs bei Schleswig-Holstein engagiert und verfügte als Vorstandsmitglied des Schleswig-Holsteiner-Bundes, Mitglied des Provinziallandtages und stellvertretendes Mitglied im Preußischen Staatsrat über weitreichende Verbindungen.⁽⁶³²⁾ Das neu gewählte Vorstandsmitglied Anton Wallroth übernahm schon im Jahre 1920 den Vereinsvorsitz von Schönberg und behielt ihn bis zu seinem Ausscheiden aus dem Landratsamt im Oktober des Jahres 1932.

In der Vereinssitzung am 19. Dezember 1919 hatten Kurt Schönberg und seine Mitstreiter die Ziele, die sie sich zu Anfang des Jahres gesetzt hatten, erreicht. Da sie bereits zu Anfang des Jahres 1919 fest mit der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark gerechnet hatten, schufen sie mit dem Wohlfahrts- und Schulverein ein neues Fundament für die künftige Volksbildungsarbeit im Landesteil Schleswig. Zum neuen Vereinssitz wählten sie mit Kiel einen Ort, der außerhalb der Abstimmungszone lag und ergänzten das ausschließlich auf die Volkshochschulbelange ausgerichtete Programm des ehemaligen Nordschleswigschen Volkshochschulvereins um die nicht näher definierte "...umfassende Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs...durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten", wie es in der Vereinssatzung heißt. Der umfassendere Anspruch fand seinen Niederschlag auch in der Vereinsbezeichnung als "Wohlfahrts- und Schulverein". Die revisionistische Grundeinstellung

des Vereins, bedingt auch durch die personelle Kontinuität unter seiner Führungselite, sollte sich in der Folgezeit als Hemmschuh für die Entwicklung **neuer** Volkshochschulkonzepte erweisen.

Das Jahr 1920 brachte für den Wohlfahrts- und Schulverein drei Ereignisse, die seine Volkshochschularbeit bis zum Ende der Weimarer Republik entscheidend beeinflussen sollten: erstens die Abtretung Nordschleswigs, zweitens den Wechsel im Vereinsvorsitz und drittens die Bildung des "Rendsburger Kreises", einer Gruppierung innerhalb des Vereins, die ihre eigenen Vorstellungen von Volkshochschularbeit im Wohlfahrtsverein durchzusetzen versuchte. Mit der Abtretung Nordschleswigs verlor der Wohlfahrts- und Schulverein sein bisheriges Tätigkeitsfeld, nämlich Nordschleswig und die dortigen Volkshochschulen. Dadurch war der Verein gezwungen, sich für seine künftige Volkshochschularbeit neue Perspektiven zu erarbeiten und die Grundlagen für ihre Realisierung zu schaffen.

Das zweite gravierende Ereignis des Jahres 1920 bedeutete für den Wohlfahrts- und Schulverein der Wechsel im Vereinsvorsitz. Kurt Schönberg, der zum 17. August des Jahres 1920 vom Sonderburger Landratsamt ins preußische Innenministerium versetzt werden sollte, hatte den Vereinsvorsitz bereits im Juli niedergelegt. Daraufhin wurde das bisherige Vorstandsmitglied Anton Wallroth in der Vereinssitzung vom 24. Juli 1920 einstimmig zum neuen Vereinsvorsitzenden gewählt.⁽⁶³³⁾ Damit hatte der Verein eine aus seiner Sicht glückliche Personalentscheidung getroffen, denn Anton Wallroth stand dem Verein ununterbrochen bis zum 22. Oktober 1932 vor, und in diesen zwölf Jahren nahm er starken Einfluß auf die Geschicke des Vereins und seiner Volkshochschulen.⁽⁶³⁴⁾ Die Wahl Wallroths zum neuen Vereinsvorsitzenden fand in der national eingestellten Presse regionale und überregionale Beachtung und Zustimmung. Die Hamburger Nachrichten äußerten sich beispielsweise in ihrer Ausgabe vom 11. September 1920 unter dem Titel "Die Erhaltung und Stärkung deutscher Kultur in Deutsch-Dänemark" zu Wallroths Wahl folgendermaßen: "...Jetzt hat Anton Wallroth...die Leitung übernommen. Die Persönlichkeit dieses Mannes bürgt dafür, daß die Gedanken des Vereins mit der allergößten Tatkraft und mit feinstem Verständnis für das Wesen deutschen Geistes in die Wirklichkeit übergeleitet werden."⁽⁶³⁵⁾ Wie war es dazu gekommen, daß der Flensburger Landrat Anton Wallroth über die Grenzen der Provinz hinaus bekannt war?

Wallroth, am 14. August 1876 als Sohn eines Staatsanwaltes in Birkenfeld im Großherzogtum Oldenburg geboren, besuchte in Eutin das "Großherzogliche Oldenburgische Gymnasium", das er am 14. März 1895 mit dem Abitur verließ. Nach einjährigem Wehrdienst nahm er zum Sommersemester des Jahres 1896 ein Studium der Jurisprudenz auf, das er am 25. November 1898 mit dem Prädikat "gut" abschloß. Im Januar 1899 wurde er als Referendar am Neustädter Amtsgericht eingestellt. In der Folgezeit leistete er im Rahmen der üblichen Ausbildung eines preußischen Regierungsreferendars Dienst in verschiedenen Verwaltungsdienststellen, so beispielsweise im Landratsamt in Landsberg an der Warthe und bei der Regierung in Frankfurt an der Oder, bevor ihm am 9. Februar 1910 das Amt eines Landrats für den Landkreis Flensburg übertragen wurde. Er war einer der dienstältesten schleswig-holsteinischen Landräte, als er dieses Amt am 11. Oktober 1932 anlässlich seiner Ernennung zum Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Schleswig-Holstein niederlegte. Wallroth gehörte, wie auch sein Vorgänger im Vereinsvorsitz Kurt Schönberg, zu dem Typus von Beamten, die der jungen Weimarer Republik skeptisch bis distanziert gegenüberstanden. Er hatte sich in der Monarchie sozialisiert und war von ihr geprägt, die Revolution und das Ende der Monarchie gingen an ihm äußerlich spurlos vorüber. Politisch prägend war für ihn ein anderes Ereignis, nämlich die Volksabstimmungen des Jahres 1920. Zu diesem Zeitpunkt stand Wallroth dem

Flensburger Landratsamt fast auf den Tag genau zehn Jahre vor. Von der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark war er insofern stärker als viele andere Landräte betroffen, als er durch das Abstimmungsergebnis den gesamten nördlichen Teil seines Landkreises verlor. Seine Mitgliedschaft in der Deutschnationalen Volkspartei, in der sich die früheren konservativen Kräfte zusammenfanden, läßt sich als deutliches Indiz für seine distanzierte Haltung der neuen Staatsform gegenüber deuten.⁽⁶³⁶⁾ Diese innere Einstellung zur neuen Republik findet sich auch in einem der ersten Schreiben, die Wallroth als Vorsitzender des Wohlfahrts- und Schulvereins verfaßte. Am 13. August 1920 wandte er sich mit der Bitte um finanzielle Unterstützung des Wohlfahrtsvereins an alle Stadt- und Landkreise der Provinz. Aus seiner persönlichen Haltung gegenüber dem Versailler Vertrag machte er keinen Hehl. Er war überzeugt, daß die Abstimmungen in Nordschleswig "...entgegen den 14 Punkten Wilsons, im Widerspruch mit dem allseitig anerkannten Grundsatz der freien Selbstbestimmung der Völker und dem Wunsche der Bevölkerung" durchgeführt worden waren. Daraus leitete er die vordringlichste Aufgabe des Vereins ab, nach den Abstimmungen die stete Verbindung zwischen Nordschleswig und Deutschland vor allem auf dem Gebiet des Schul- und Bildungswesens aufrecht zu erhalten. Diese Verbindung hielt er für nötig, weil seiner Ansicht nach "...eine Revision des Versailler Friedensvertrages zu gegebener Zeit unvermeidlich" sei.⁽⁶³⁷⁾ Zusammenfassend bleibt festzuhalten, daß Kurt Schönberg mit der Gründung des Wohlfahrts- und Schulvereins im Jahre 1919 fünf Ziele erreicht hatte: erstens konnte sich der Nordschleswigsche Volkshochschulverein rechtzeitig vor der erwarteten Abtretung Nordschleswigs an Dänemark auflösen und sein Vereinsvermögen auf einen Verein innerhalb der künftigen Reichsgrenzen übertragen; zweitens lag der neue Vereinssitz während der Abstimmungszeit außerhalb des dänischen Einflußbereichs; drittens war das Aufgabenspektrum des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins von der "...Gründung und Unterhaltung von deutschen Volkshochschulen in Nordschleswig" um die "...geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutschvölkischer Interessen, vornehmlich durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten" erweitert worden;⁽⁶³⁸⁾ viertens war mit der Auflösung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins - als Zugeständnis an die in den Richtlinien für Volkshochschularbeit geforderte Neutralität jeglicher Volkshochschularbeit - zumindest formal ein Bruch mit der bislang praktizierten Form einer sich in den Kategorien des Grenzkampfes bewegendem Kultur- und Bildungsarbeit vollzogen worden, so daß dem Verein nicht vorgeworfen werden konnte, irredentistische Tendenzen zu unterstützen; fünftens war es dem Verein schließlich gelungen, sich zu einem Zeitpunkt an die Spitze der konservativen Führungs- und Funktionselite Nordschleswigs zu stellen und sie in feste Vereinsstrukturen einzubinden, zu dem sich andere Kultur- und Bildungsvereine noch im Planungsstadium befanden. Dadurch hatte Schönberg sich und seinen Mitstreitern einen nicht zu unterschätzenden Vorsprung und Einfluß bei der Mitgestaltung der neuen Bildungslandschaft in Schleswig-Holstein verschafft. Neben dem Wohlfahrts- und Schulverein beeinflusste mit dem "Rendsburger Kreis" noch eine zweite Organisation die Volkshochschulentwicklung in Nord- und Südschleswig. Seine Existenz barg die Gefahr einer Zersplitterung der schleswig-holsteinischen Volkshochschulentwicklung und einer Spaltung des Wohlfahrts- und Schulvereins.

c. Der "Rendsburger Kreis"

Durch die Abtretung Nordschleswigs an Dänemark waren nördlich der neuen Staatsgrenze eine größere Zahl an Verwaltungsbeamten, Lehrern und Pastoren freigesetzt worden, die innerhalb kurzer Zeit in der Provinz Schleswig-Holstein untergebracht werden mußten. In der Regel wurden sie entweder auf freie Planstellen in der Provinz versetzt, oder es wurden neue Stellen für sie geschaffen, wie beispielsweise durch die Teilung von Schulaufsichtsbezirken. Auf

diese Weise trafen in Rendsburg vier Personen aufeinander, die als "Rendsburger Kreis" den Wohlfahrts- und Schulverein und die Volkshochschulentwicklung in der Provinz Schleswig-Holstein wesentlich beeinflussen sollten. Im einzelnen handelte es sich bei ihnen um den Landrat Theodor Steltzer, den Kreisschulinspektor Claus Schacht, den Rektor Axel Henningsen und den Hauptpastor Johannes Tonnesen.

Ins Leben gerufen wurde der "Rendsburger Kreis" vom Rendsburger Landrat Theodor Steltzer. Am 17. Dezember 1885 in Trittau als Sohn eines Amtsgerichtsrates geboren, trat er nach seinem Abitur im April des Jahres 1904 als Berufsoffiziersanwärter in das Heer ein. Von 1905 bis 1906 studierte er in München Nationalökonomie, von 1912 bis 1914 an der Berliner Kriegsakademie. Nach seiner schweren Verwundung im Ersten Weltkrieg wurde er zum Stab des Chefs des Feldeisenbahnwesens versetzt und später der Obersten Heeresleitung direkt unterstellt. Steltzer schied auf eigenen Wunsch am 31. Juli 1919 aus dem Militärdienst aus; als Angehöriger der Waffenstillstandskommission war er bis zum 1. Januar 1920 an den Friedensverhandlungen beteiligt. Nach seinem Austritt aus dem Heer beschäftigte er sich intensiv mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen und nahm übergangsweise sein Studium wieder auf. In dieser Zeit schloß er sich dem Freundeskreis um den Pastor und Sozialpolitiker Friedrich Naumann an, den er noch aus seiner Münchner Studienzeit kannte. Steltzer war von der Deutschen Demokratischen Partei, der Vertreterin des Linksliberalismus und Nachfolgerin der Fortschrittlichen Volkspartei, als Kandidat für die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 nominiert worden. Nach mehreren erfolglosen Versuchen, sich eine berufliche Existenz aufzubauen, beantragte er im Juli des Jahres 1920 beim preußischen Innenministerium eine Verwendung als Landrat. Unter den ihm angebotenen Standorten entschied er sich für Rendsburg. In seiner Autobiographie bezeichnete er diese Wahl als "...des Schicksals Stimme", denn sein Großvater war Rendsburger Kirchspielsvogt gewesen und seine Mutter dort geboren. Vor allem aber sagte ihm die zentrale Lage Rendsburgs inmitten von Schleswig-Holstein zu, weil ihm damals "...bereits ein späterer Einfluß auf die Entwicklung dieses Landes vorschwebte, der sich von Rendsburg leichter als z.B. von Niebüll oder Oldenburg ausüben ließ".⁽⁶³⁹⁾ Am 1. September 1920 wurde Steltzer zum kommissarischen Landrat des Kreises Rendsburg ernannt. Er übte dieses Amt bis zu seiner Entlassung durch die Nationalsozialisten am 7. April 1933 aus.⁽⁶⁴⁰⁾

Steltzers sozialpolitische Ambitionen führten ihn schon kurz nach der Aufnahme seiner landrätlichen Dienstgeschäfte mit dem Rendsburger Kreisschulinspektor Claus Schacht zusammen. Schacht, am 1. August 1876 in Hollingstedt geboren, war in den Jahren von 1905 bis 1911 zunächst Provinzialvikar in Neumünster und danach Hauptpastor in Petersdorf auf Fehmarn gewesen, bevor er zum 1. Februar 1912 als Kreisschulinspektor nach Apenrade versetzt wurde. Sieben Jahre später übertrug ihm die Provinzialregierung zum 1. Juni des Jahres 1919 zusätzlich die Aufsicht über den Schulinspektionsbezirk Sonderburg. Nach der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark wurde er zum 13. Januar 1920 in den Kreisschulinspektionsbezirk Rendsburg versetzt.⁽⁶⁴¹⁾ Anlässlich mehrerer privater Zusammenkünfte mit Steltzer informierte Schacht den Rendsburger Landrat ausführlich über die nordschleswigschen Verhältnisse und die bisher im Grenzgebiet praktizierte dänische und deutsche Volksbildungsarbeit. Außerdem machte er ihn mit zwei weiteren nach Rendsburg versetzten Nordschleswigern, dem Hauptpastor Tonnesen und dem Volksschulrektor Henningsen, bekannt.

Johannes Jacob Tonnesen, am 3. Februar 1882 als Pastorensohn in Hoptrup bei Apenrade geboren, war nach seinem Theologiestudium ab Oktober 1909 als Gemeindepastor in den nordschleswigschen Pastoraten in Bedstedt und Hellewatt-Eckwatt tätig. In den Jahren vor

1914 arbeitete er aktiv in dem von seinem Vater, Hans Tonnesen, geführten "Schleswigschen Pastorenverein" und dem unter der Leitung von Johannes Schmidt-Wodder stehenden "Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark" mit. Sein Eintreten für die Rechte der dänischen Gemeindemitglieder und seine Kritik an der preußischen Minderheitenpolitik trugen ihm einen derartigen Ärger mit seinen vorgesetzten Behörden ein, daß er im Jahre 1914 mit seiner Strafversetzung rechnen mußte. Zum 12. Oktober 1919 ließ sich Tonnesen als Hauptpastor an die Rendsburger Marienkirche versetzen, am 1. Mai 1928 löste er Axel Henningsen in der Leitung der Rendsburger Volkshochschule ab.⁽⁶⁴²⁾

Axel Henningsen, das vierte Mitglied des "Rendsburger Kreises", wurde am 22. September 1883 in Hadersleben als Sohn eines Wagenlackierers geboren. Er hatte nach Abschluß der Schule ab 1898 das Haderslebener Lehrerseminar besucht und war in den Jahren von 1905 bis 1918 als Lehrer an mehreren nordschleswigschen Volksschulen, unter anderem in Tirslund, Skydstруп und Broacker tätig. Seit dem 1. April 1919 stand er als Rektor der Altstädter Knabenschule in Rendsburg vor. Bei der Reichstagswahl am 21. Januar 1921 kandidierte er für die "Schleswig-Holsteinische Landespartei", die im Dezember 1918 als "Schleswig-Holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie" gegründet worden war. Henningsen stand für ein Parteiprogramm, das von einem stark konservativ-romantisierenden Staats- und Gesellschaftsverständnis geprägt war und durchaus auch antisemitische Züge enthielt. Die Landespartei, deren Geschäftsführer der spätere nationalsozialistische Gauleiter und Oberpräsident Hinrich Lohse war, vertrat eine agrarisch-ständische Position und erteilte dem modernen Staat eine generelle Absage. Bei den Reichstagswahlen des Jahres 1921 erhielt sie 3,1% der abgegebenen Stimmen. Henningsen wurde der erste Leiter der im Jahre 1921 eröffneten Rendsburger Volkshochschule.⁽⁶⁴³⁾

Mit Claus Schacht, Johannes Tonnesen und Axel Henningsen hatte der Rendsburger Landrat Theodor Steltzer als treibende Kraft einen Personenkreis um sich geschart, über den er den "...Einfluß auf die Entwicklung dieses Landes" nehmen konnte, den er mit der Wahl des Standortes Rendsburg beabsichtigt hatte. Steltzers kulturpolitische Gesprächsrunde, die von Außenstehenden sehr bald als der "Rendsburger Kreis" apostrophiert wurde, war sehr homogen zusammengesetzt. Steltzers Gesprächspartner waren zwischen 35 und 44 Jahre alt, engagierten sich sozial in ihrem Beruf als Lehrer oder Pastor und hatten sich in den Strukturen des Kaiserreichs in Nordschleswig sozialisiert. Mit der neuen Staatsform der Demokratie assoziierten sie die Erfahrung der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark und den Verlust ihrer Heimat. Die Gesprächsrunde traf sich im Winter 1920/21 regelmäßig zu "kulturpolitischen Gesprächen", in die sie auch Mitglieder des Wohlfahrts- und Schulvereins einbezog.⁽⁶⁴⁴⁾ Die Themen der regelmäßigen Zusammenkünfte kreisten um die geistige Situation der neuen Republik, die Bedeutung der Erwachsenenbildungsarbeit, schleswig-holsteinische Schul- und Bildungsprobleme und die Strukturen und Aufgaben der schleswig-holsteinischen Kommunal- und Landesverwaltung.⁽⁶⁴⁵⁾ Der "Rendsburger Kreis" erweiterte sich - soweit anhand der überlieferten Quellen belegbar - in den Jahren 1922/23 zur "Dahlmann-Gilde", einer Gruppe, die "...der Zerrissenheit unseres geistigen Lebens" einen volksromantischen Idealismus entgegensetzte, der einen "positiven Aufbau", die "schöpferische Synthese" und den "Glauben" beschwor. Anstelle des "...zersetzenden Kampfes widerstreitender Meinungen um die Mehrheit" wollte die Gilde "...zurück zu der geistigen Ganzheit wahrhaft lebensspendenden Volkstums". Der ebenfalls von Theodor Steltzer geführten Gilde gehörten im Jahre 1925 etwa 30 Personen an, die nach ihrem eigenen Selbstverständnis "leitend oder einflußreich" im kulturellen und politischen Leben Schleswig-Holsteins wirkten. Zu den Gildemitgliedern zählten beispielsweise der Schleswiger Regierungsrat Dr. Hans Dehning, der

Oberschulrat im Provinzialschulkollegium Dr. Georg *Edert*, der Syndikus der Flensburger Handwerkskammer Dr. Fritz *Hähnsen*, der Norderdithmarscher Landrat Dr. Ernst *Kracht*, der Regierungsrat in der Schleswiger Provinzialregierung Karl *Nissen*, der Pastor Johannes Carl *Schmidt-Wodder* und der Oberlehrer am Schleswiger Lehrerinnenseminar Christian *Tränckner*.⁽⁶⁴⁶⁾

Mit dem "Rendsburger Kreis" und der aus ihm erwachsenen "Dahlmann-Gilde" hatte Steltzer eine Gruppe Gleichgesinnter zusammengeführt, über die er seine "kulturpolitischen" Ambitionen realisieren konnte. Der "Rendsburger Kreis" nahm schon sehr früh Einfluß auf die Entwicklung des Volkshochschulwesens in der Provinz, das damit ab dem Herbst des Jahres 1920 sowohl den Einflüssen des in Flensburg ansässigen Wohlfahrts- und Schulvereins als auch denen des Kreises um Theodor Steltzer ausgesetzt war. Diese Konstellation führte in den Jahren ab 1924 zu scharfen Kontroversen zwischen der Rendsburger Gruppierung einerseits und dem Wohlfahrts- und Schulverein sowie dem Schleswig-Holsteiner-Bund andererseits.⁽⁶⁴⁷⁾ In seiner Konstituierungsphase suchte der Rendsburger Kreis bewußt den Kontakt zum Wohlfahrts- und Schulverein, um "...den Gedanken der Volkshochschule möglichst bald aus dem jetzigen Stande der Erwägungen...zur greifbaren Wirklichkeit" werden zu lassen, wie Schacht, Tonnesen und Henningsen ihre Ziele in einem Schreiben an Pastor Johannes *Schmidt-Wodder* formulierten.⁽⁶⁴⁸⁾ Zusammen mit dem Wohlfahrts- und Schulverein gelang es den Mitgliedern des "Rendsburger Kreises", den preußischen Kultusminister von der Notwendigkeit einer auf die speziellen schleswig-holsteinischen Belange zugeschnittenen Volkshochschularbeit zu überzeugen. Das Ergebnis ihrer Überzeugungsarbeit fand seinen schriftlichen Niederschlag in einer vom Kultusministerium veröffentlichten Denkschrift. Sie beendete die sich über zwei Jahre hinziehenden Überlegungen zur Neuorientierung des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens; der künftige Ausbau und die spezielle Ausgestaltung des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens waren mit der Denkschrift bis zum Ende der Weimarer Republik vorgezeichnet.

d. Die "Denkschrift des Kultusministers, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone)" vom 17. Januar 1921 und ihre Auswirkungen auf die Volkshochschulentwicklung im Landesteil Schleswig

Am 5. April 1921 wurde die fünfseitige "Denkschrift des Kultusministers, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone)" im Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen veröffentlicht.⁽⁶⁴⁹⁾ Sie beinhaltete verbindliche Richtlinien für den Aufbau des Volkshochschul- und Büchereiwesens in der zweiten Abstimmungszone. Danach war die für Schleswig-Holstein angemessene Form von Volkshochschulen die der ländlichen Heimvolkshochschule, deren Vernachlässigung zum Verlust der ersten Abstimmungszone geführt habe. Die dänischen Nachbarn hätten dagegen erkannt, daß sie ihren Erfolg bei der Abstimmung über die staatliche Zugehörigkeit der ersten Abstimmungszone wesentlich der von ihren Volkshochschulen geleisteten Kulturarbeit zu verdanken hätten. Ein deutlicher Beweis dafür sei, "... daß sie jetzt sofort in der abgetretenen ersten Zone dänische Volkshochschulen errichtet haben. Und wie recht sie mit ihrer Auffassung haben, beweist ferner die Tatsache, daß in den dänischen Volkshochschulen der ersten Zone heute bereits mehr deutsche junge Leute aus der zweiten Zone zu finden sind, als vor dem Kriege aus der ersten Zone nach den Volkshochschulen in Dänemark hinüberwanderten." Der Kultusminister leitete daraus die Forderung ab, "...deutsche Volkshochschulheime ihrer deutschen Aufgabe entsprechend" aufzubauen, ohne dabei das dänische Vorbild zu kopieren. Zunächst sollten "...drei solche Volkshochschulheime, die nicht alle in der zweiten Zone zu liegen brauchen..., [errichtet werden; d. Verf.]. Zu ihnen hätte später

ein viertes [Volkshochschulheim; d. Verf.] besonderer Art zu treten, ...in dem solche Teilnehmer Aufnahme fänden, die schon eine Zeit lang die Einrichtungen der freien Volksbildungspflege benutzt haben und nach einem gewissen Abschluß ihrer geistigen Schulung verlangen. In diesem Volkshochschulheim sollten Angehörige der verschiedensten Berufskreise und Vertreter der verschiedenen Weltanschauungen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden." Eine der drei weiteren neuen Heimvolkshochschulen sollte möglichst "...der Grenze nahe gesetzt werden, damit sie hier einen deutschen Kulturmittelpunkt bilden kann. Denn je weniger wir es den Dänen zurzeit in der Zahl der Volkshochschulen werden gleich tun können, um so mehr müssen wir danach trachten, die intensive Wirkung der einzelnen Anstalten nach Möglichkeit zu steigern."⁽⁶⁵⁰⁾ Die Denkschrift schloß mit der Hoffnung des Kultusministers, daß es gelingen möge, in der zweiten Zone Volkshochschulen aufzubauen, die als Vorbild für die restliche Provinz und das gesamte Reich dienen könnten.

Die Veröffentlichung der Denkschrift kann aus mehreren Gründen als entscheidender Wendepunkt in der Entwicklung des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens in den Jahren nach 1918 angesehen werden. Sie beendete die Diskussionen um die künftigen Inhalte und Ziele des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens und deren Verhältnis zu den reichsweit gültigen Volkshochschulrichtlinien aus dem Jahre 1919. Die beiden in Volkshochschulfragen tonangebenden Interessenvertreter des Landesteils Schleswig, der Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig und der "Rendsburger Kreis", hatten sich mit ihren kulturpolitischen Vorstellungen im Berliner Kultusministerium durchsetzen können. Mit der Formulierung besonderer Aufgaben für die in der ehemaligen zweiten Abstimmungszone gelegenen Volkshochschulen hatte dieses Gebiet seine offizielle Anerkennung als "Sondergebiet" erlangt; die Tür zu einem schleswig-holsteinischen Sonderweg war geöffnet, denn die kultusministeriellen Richtlinien zum Volkshochschulaufbau aus dem Jahre 1919 waren für die zweite Zone seit der Veröffentlichung der Denkschrift nicht mehr bindend. An die Stelle der Richtlinien traten mit dem Bekenntnis zur ländlichen Heimvolkshochschule, der Konzentration der Volkshochschulentwicklung auf die zweite Zone und dem Wiederaufleben des Gedankens an eine "...vierte Heimvolkshochschule besonderer Art", die als "Schleswig-Holsteinische Landesschule" in das Kulturprogramm aufgenommen worden war, wesentliche Elemente aus dem im Jahre 1920 konzipierten Kulturprogramm für Schleswig-Holstein. Mit der Denkschrift des Jahres 1921 standen die südschleswigschen Volkshochschulen wieder in der Grenzkampfsituation der Jahre von 1905 bis 1918. Der Einfluß der beiden schleswig-holsteinischen Volkshochschulvereinigungen läßt sich dadurch belegen, daß sie an der weiteren Volkshochschulentwicklung in der zweiten Zone schon vor der Veröffentlichung der Denkschrift im April des Jahres 1921 maßgeblich beteiligt worden waren. Am 11. Februar 1921 hatte im Berliner Kultusministerium eine Besprechung zu "Fragen der freien Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein" stattgefunden, an der neben dem Berliner Abteilungsdirektor im Kultusministerium Paul *Kaestner* mit den Landräten Anton *Wallroth* und Emilio *Böhme*, den Kreisschulräten Christen *Gröndahl* und Christian *Tränckner*, dem Pastor Johannes Carl *Schmidt-Wodder* sowie dem Rendsburger Lehrer Axel *Henningsen* führende Persönlichkeiten des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig und des "Rendsburger Kreises" teilgenommen hatten; einige von ihnen waren bereits an der Abfassung des Kulturprogramms beteiligt gewesen. Nach ausführlicher Diskussion der weiteren Entwicklung in Nordschleswig einigte sich die Gesprächsrunde darauf, daß der Wohlfahrts- und Schulverein die geeignete Organisation sei, den in der Denkschrift vorgegebenen weiteren Ausbau des schleswig-holsteinischen Volkshochschulwesens zu übernehmen. Der erste konkrete Schritt in diese Richtung sollte die Gründung einer neuen Volkshochschule sein, die "...schon aus

politischen Gründen...auf den Mittelrücken (Bahnlinie Flensburg-Leck) gehöre.⁽⁶⁵¹⁾ Emilio Böhme wurde als Landrat des Kreises Südtondern damit beauftragt, die weiteren Verhandlungen mit der Gemeinde Leck zu führen und den Aufbau der neuen Volkshochschule zu organisieren. Die "Grenzvolkshochschule Leck" nahm am 1. Mai 1923 als "Kultur- und Gesinnungsschule", die "...pflichtgetreue, heimatstolze, vaterlandsfrohe deutsche Männer und Frauen heranbilden" sollte, ihren Lehrbetrieb auf.⁽⁶⁵²⁾

Die deutschen Heimvolkshochschulen wichen spätestens mit der Aufnahme des Lehrbetriebs an der Grenzvolkshochschule Leck und der Konzentration ihrer Bildungsarbeit auf die zweite Abstimmungszone von den Bildungsidealen der "Richtlinien für Volkshochschularbeit" und von den Vorgaben der Weimarer Reichsverfassung ab und knüpften an ihre "Grenzkampftradition" der Jahre von 1905 bis 1918 an. Ob diese Sonderentwicklung der schleswig-holsteinischen Volkshochschullandschaft typisch für die Grenzregionen der Weimarer Republik war, läßt sich wegen des bundesweiten Fehlens regionalhistorischer Studien zur Institutionalisierung der Volkshochschulen derzeit nicht beantworten. Hier sind zweifellos noch weitere und eingehendere Forschungen gefordert.

V. Zusammenfassung und Ertrag

Die vorliegende Arbeit hatte zum Ziel, den Entstehungs- und Institutionalisierungsprozeß aller deutschen Heimvolkshochschulen und ihrer pädagogischen Konzepte im Raum des ehemaligen Herzogtums Schleswigs darzustellen. Dieser Prozeß konnte aus den Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Schuldichte, ihrer materiellen Ausstattung, den Lehrplänen, der Zusammensetzung und Vorbildung des Lehrkörpers sowie den Unterrichtsinhalten und -zielen rekonstruiert werden. Darüber hinaus wurden die Querverbindungen und die wechselseitigen Abhängigkeiten der Erwachsenenbildner von den tonangebenden politischen Kräften aufgezeigt und die Stellung der Volkshochschulen im sie umgebenden Bildungs- und Gesellschaftssystem analysiert. Dabei konnte nachgewiesen werden, daß die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen, anders als bisher von der Forschung angenommen, zentrale Elemente ihrer Bildungsarbeit aus eigenen Konzepten, aus der Konfrontation mit der Grundtvigschen "folkehøjskole" und aus den nationalen Auseinandersetzungen im deutsch-dänischen Grenzgebiet gewonnen haben. Damit leistet die vorliegende Studie neben der Rekonstruktion eines bislang unerschlossenen Kapitels regionaler erwachsenenpädagogischer Theoriegeschichte einen grundlegenden Beitrag zur Institutionengeschichte der schleswig-holsteinischen Volkshochschule als Internatseinrichtung. Die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen entstanden im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts in einem Umfeld, das dominiert war durch ein typisch absolutistisches Verständnis von Volksbildung. Durch die Vermittlung minimaler Fertigkeiten zur Bewältigung des Arbeitsalltages und die Erziehung zum Gehorsam sollten die Volksschulen die bestehenden Herrschaftsstrukturen sichern helfen. Die Volksschule wurde ausdrücklich nicht als eine Stätte der beruflichen Qualifizierung breiterer Bevölkerungsschichten verstanden. Konträr dazu forderte die Öffentlichkeit einen weiter gefaßten, liberaleren Bildungsbegriff. Sie wollte Volksbildungseinrichtungen haben, die Kenntnisse über den Alltags- und Berufsbezug vermitteln sollten mit dem Ziel, sowohl Wege zur Persönlichkeitsfindung und -bildung zu eröffnen als auch Weiterbildungsanreize zu schaffen. Bildung stand nach ihrer Auffassung vorrangig in der Pflicht, die Bürger dazu zu befähigen, die durch die allmähliche Auflösung absolutistischer Regierungsformen entstandenen politischen Freiräume zu nutzen. Diese Gemengelage konträrer politischer und gesellschaftlicher Interessen und Zwänge bildete den historischen Hintergrund für die Institutionalisierung von Einrichtungen zur Fortbildung schulentlassener Jugendlicher und Erwachsener im Herzogtum Schleswig.

Die Ergebnisse dieser Arbeit bestätigen den Ansatz, die schleswig-holsteinische Volkshochschulgeschichte der Jahre von 1769 bis 1921 zu periodisieren. Die erste Periode, die mit der Veröffentlichung von Lüders "Grundriß einer zu errichtenden Acker-Schule" im Jahre 1769 einsetzte, währte bis zur Abtretung der Herzogtümer Schleswig und Holstein an Preußen und Österreich. Die zweite Periode umfaßt die Volkshochschulentwicklung unter preußischer Verwaltung in den Jahren von 1866 bis zum Ende der Monarchie im Jahre 1918. An sie schließt die dritte Periode für die Zeit der Weimarer Republik in den Jahren von 1919 bis 1933 an.

Die erste Periode von 1769 bis 1864, in der im Untersuchungsgebiet vier Volkshochschulen entstanden, war geprägt durch die Initiative von Einzelpersonen und gekennzeichnet durch einen mit der Epoche der Aufklärung eingeleiteten tiefgreifenden Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bevölkerung. Eingebettet war dieser Wandel in den aufkommenden Nationalismus des 19. Jahrhunderts, der sich in mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Dänemark und den Herzogtümern entlud. Die *Theoriegeschichte* deutscher Volkshochschulen setzte mit dem im Jahre 1769 von Propst Philipp Ernst Lüders vorgestellten "Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule..." ein. Seine auf die berufliche Qualifizierung zielende Bildungstheorie entsprach den absolutistischen preußischen Vorstellungen von Volksbildung, wonach jede Bildungsvermittlung in der Pflicht stand, dem aufgeklärten absolutistischen Staat "nützliche, berufstüchtige und gehorsame Untertanen" zu sichern. Als geeignetes Mittel dazu wurde die Verbreitung des Wissens um die neuen Einsichten in die naturwissenschaftlichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Produktion - bei absoluter politischer Enthaltensamkeit der Bildungsarbeit - gesehen. Darüber hinausgehende Ziele wurden nicht angestrebt.

Einen Gegenpol zu Lüders berufsqualifizierender Bildungstheorie vertrat der im dänischsprachigen Nordschleswig beheimatete Nikolai Frederik Severin Grundtvig. Orientiert an englischen Vorbildern, formulierte er die Grundlagen eines durch liberales Gedankengut und erzieherische Momente geprägten Modells von Erwachsenenbildung. Aus einer tiefen Kritik an dem von ihm als veraltet empfundenen Bildungsideal der herkömmlichen Lateinschulen und beeinflusst von der desolaten Lage des dänischen Gesamtstaates am Ende der napoleonischen Ära entwickelte er die theoretischen Vorgaben einer an "identitätsstiftenden" Inhalten orientierten Bildungseinrichtung für schulentlassene Jugendliche und Erwachsene. Ziel ihrer Bildungsarbeit sollte es sein, die Schüler zu befähigen, ihr Berufs- und Privatleben eigenverantwortlich zu gestalten und sachkundig die ihnen vom Gesetzgeber zugestandene Mitbeteiligung am Staatsleben wahrzunehmen. Inhaltlich orientiert an den Bedürfnissen der Bevölkerung, wollte er diese Ziele in den von ihm geplanten Einrichtungen vor allem durch Rückbesinnung auf die historische Größe seines Vaterlandes und Beschäftigung mit der dänischen Sprache und Literatur erreichen. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, daß Lüders und Grundtvig die beiden Bildungsansätze formuliert hatten, die die Volkshochschularbeit im Herzogtum Schleswig und Dänemark in der Folgezeit entscheidend prägen sollten.

Der zusammenfassenden *institutionalgeschichtlichen* Betrachtung erschließen sich sowohl gemeinsame als auch trennende Faktoren in der Organisation, in der Arbeit und der inhaltlichen Zielsetzung der deutsch- und dänischsprachigen Volkshochschulen in der Zeit von 1769 bis 1864. Zu den *Gemeinsamkeiten* der Volkshochschulen dieser Zeit zählt das Motiv der Standortwahl. Diese war abhängig von dem Wohnort der Schulträger; gezielte nationale oder politische Intentionen waren mit ihr noch nicht verbunden. Getragen wurden die neu entstehenden Bildungseinrichtungen ideell und finanziell von einzelnen Privatpersonen, die

eine Unterstützung ihrer Arbeit in Interessenvereinigungen fanden. Das Lehrpersonal der Volkshochschulen setzte sich aus Volksschullehrern und Pastoren zusammen, eine besondere Ausbildung zum Volkshochschullehrer war nicht vorgesehen. Zu den Gemeinsamkeiten der in dieser Periode entstehenden Volkshochschulen zählt auch ihre Einrichtung als Heimvolkshochschule. Die *trennenden* Elemente der Volkshochschulentwicklung lagen in der unterschiedlichen Ausrichtung ihrer Bildungsinhalte und -ziele. Die auf Grundtvig basierenden dänischsprachigen Anstalten nutzten die Organisation der Volkshochschulen als Heimschulen bewußt erzieherisch. Die der Lüder'schen Richtung zuzurechnenden deutschsprachigen Schulen sahen hierin in erster Linie ein Entgegenkommen an auswärtige Schüler. Die Lehrinhalte der Volksschule wurden im Unterricht beider Volkshochschultypen aufgegriffen und vertieft. Die Schwerpunkte der Bildungsarbeit lagen in den deutschsprachigen Einrichtungen - angelehnt an die Allgemeine Schulordnung von 1814 - aber ausschließlich in der Vermittlung berufsqualifizierender Fachkenntnisse, während die an Grundtvig ausgerichteten Schulen die Vermittlung einer umfangreichen, nationalbewußten Allgemeinbildung und die identitätsstiftende Erziehung zum selbstbewußten, handlungsfähigen Staatsbürger anstrebten. Kennzeichnend für die beiden im deutschsprachigen Süden des Herzogtums Schleswig gelegenen Bildungseinrichtungen war deren konzeptionelle Schwäche. Sie resultierte daraus, daß beide Heimvolkshochschulen entweder inhaltlich nicht über eine vertiefende Wiederholung der Volksschullehrinhalte und die Vermittlung landwirtschaftlicher Kenntnisse hinaus kamen (Oersberg), oder aufgrund einer falschen Standortwahl verbunden mit einem unklaren Bildungsprofil (Rendsburg) zum wirtschaftlichen Scheitern verurteilt waren. Das Scheitern der 1848er Bewegung brachte für die im Aufbau befindliche deutschsprachige ländliche Volkshochschulbewegung einen schweren Rückschlag. Die unterschiedliche Entwicklung der dänischen und deutschen Bildungseinrichtungen resultierte aus den differierenden nationalpolitischen Einflüssen, denen die nördlich und südlich der Grenze gelegenen Volkshochschulen jeweils ausgesetzt waren, aus dem starren Festhalten der Schleswiger Regierung am absolutistischen Erziehungsideal der "Demut und Beschränktheit" und der Wandlung des Dänischen Reiches zu einem demokratischen Staatssystem.

Rückblickend kann man für die Jahre von 1769 bis 1864 noch nicht von einer organisierten "Volkshochschulbewegung" sprechen, die Volkshochschule hatte noch keine feste Struktur gefunden. Äußeres Zeichen dafür war, daß die Schulen sich selbst noch nicht als Heimvolkshochschulen bezeichneten. Ihre Gründer waren noch auf der Suche nach eigenen Formen. Erst in der Periode nach dem Jahr 1905 wurde deutscherseits der aus dem dänischen "folkehøjskole" abgeleitete Begriff "Volkshochschule" verwandt, von dem man sich nach außen aber formal und inhaltlich abzugrenzen versuchte.

In der zweiten Periode der Jahre von 1864 bis 1918 ruhte die deutschsprachige Volkshochschularbeit bis zum Jahre 1905. In dieser Zeit geriet die Arbeit der ersten Periode der Jahre von 1769 bis 1864 in völlige Vergessenheit. Deutsche Volkshochschulentwicklung setzte in Schleswig-Holstein erst als Reaktion auf den von den dänischen Volkshochschulen ausgehenden starken "Kulturdruck" wieder ein. Er führte im Jahre 1905 zur Gründung zweier rivalisierender deutscher Volkshochschulvereine, die als Träger der vier einzigen bis 1918 in Schleswig-Holstein existierenden deutschsprachigen Volkshochschulen diese Periode entscheidend prägten.

Der eine der beiden Vereine, der Nordschleswigsche Volkshochschulverein, entstand auf Initiative der politischen Mandatsträger in den grenznahen Landkreisen Nordschleswigs. Seine rigiden nationalen Ziele fanden die Zustimmung der Kaiserin, die als gebürtige

Schleswig-Holsteinerin der Provinzialregierung signalisiert hatte, daß sie von ihr eine Unterstützung der nordschleswigschen Volkshochschularbeit erwartete. Die Gründer des Volkshochschulvereins gehörten in der überwiegenden Mehrzahl dem "Deutschen Verein für das nördliche Schleswig" an, dessen Aktivitäten darauf zielten, die Bewohner des Gebiets "...nördlich von Flensburg bis zur dänischen Grenze nicht nur zu Deutschen dem Verstande nach, sondern auch zu Deutschen dem Herzen nach" zu machen. Unter dem Vorsitz des Tonderner Landrats Friedrich Bernhard Rogge versuchten sie über den Nordschleswigschen Volkshochschulverein ihre Vorstellungen von der politischen Ordnung Nordschleswigs durch die Errichtung deutscher Volkshochschulen zu verwirklichen. In dieser Schulform sahen sie ein wirksames Mittel, der Wanderung der schulentlassenen deutschen Jugendlichen auf dänische Volkshochschulen entgegenzuwirken.

Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein übernahm bei der Einrichtung seiner beiden Volkshochschulen in Tingleff und Norburg bewußt **nicht** das erfolgreiche dänische Volkshochschulmodell. Es stand bei der Reichs- und Provinzialregierung in dem Ruf, "...politische, mit dem Wohle des preußischen Staats nicht zu vereinbarende Zwecke zu verfolgen", und konnte deswegen bei der Einrichtung deutscher Schulen offiziell nicht zum Vorbild genommen werden. Auch in der inhaltlichen Ausgestaltung seiner Schulen waren dem Verein enge Grenzen gesetzt. Die Vermittlung allgemeinbildender Unterrichtsinhalte war generell auf die wiederholende Vertiefung der Volksschullehrinhalte zu beschränken. In diesem Punkt hielt die Provinzialregierung an der im Jahre 1779 in der Kabinettsorder Friedrichs II. aufgestellten und in die Allgemeine Landschulordnung von 1814 übernommenen Maxime fest, daß ein Mehr an Allgemeinbildung "...die ländliche Arbeiterbevölkerung mit ihrem Beruf unzufrieden machen und...den Zug in die großen Städte verstärken..." würde. Die Aufstellung eines Fächerkanons für die geplanten vereinseigenen Volkshochschulen war zusätzlich dadurch eingengt, daß die im Grenzgebiet ansässigen Landräte im Jahre 1904 einstimmig dafür votiert hatten, vorrangig das ländliche Fortbildungsschulwesen zu modernisieren und auszubauen. Dieses Vorhaben schloß es aus, den bestehenden ländlichen Fortbildungsschulen mit deutschen Volkshochschulen Konkurrenten zur Seite zu stellen, in denen die männliche Landjugend ebenfalls in theoretischen und praktischen landwirtschaftlichen Fächern unterrichtet würde.

Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein reagierte auf diese Rahmenbedingungen, indem er in Tingleff eine ausschließlich für die weibliche Landjugend vorgesehene Volkshochschule mit einem auf berufspraktische und allgemeinbildende Inhalte ausgerichteten Unterrichtsangebot ins Leben rief. Der Ausbildungsschwerpunkt lag in den berufspraktischen Unterweisungen. Er sah die Vermittlung der Kenntnisse vor, die die Schülerinnen zur Führung eines bäuerlichen Haushalts benötigten. Der theoretische, allgemeinbildende Teil schloß formal an den Unterrichtskanon der Volksschule an. Dem Deutschen Verein versuchten die Unterrichtsplaner dadurch gerecht zu werden, daß sie den allgemeinbildenden Unterrichtsinhalten eine starke nationale Prägung verliehen. Nach Landrat Rogges Willen sollte an der Tingleffer Volkshochschule eine "...zuverlässige Stammkompagnie des Deutschtums" herangebildet werden. Mit der Tingleffer Hochschule hatte der Nordschleswigsche Volkshochschulverein eine "Heimatschule" geschaffen, deren Schülerinnen sich nahezu ausschließlich aus den vier nordschleswigschen Kreisen rekrutierten. Hierfür lassen sich mehrere Gründe anführen. Zum einen hatte der Volkshochschulverein bei der Standortwahl eine glückliche Hand bewiesen: Tingleff lag in einer überwiegend deutschsprachigen Gegend und war als Eisenbahnknotenpunkt leicht zu erreichen. Daß die Schule als reine Mädchenschule konzipiert war und somit den für die Ausbildung der

männlichen Landjugend eingerichteten ländlichen Fortbildungsschulen keine Konkurrenz machte, sicherte ihr die Unterstützung der in den grenznahen Kreisen beheimateten Politiker. Dadurch, daß sie als reine Mädchenschule gleichzeitig dem Bildungsbedürfnis der Bevölkerung entgegen kam und ihr Profil vorrangig in der Vermittlung der Haushaltskunde suchte, setzte sie sich so eindeutig von den dänischen Volkshochschulen ab, daß sie von der Provinzialverwaltung aus dem Fonds des "Kampfes des Deutschtums in der Nordmark" finanziell unterstützt werden konnte. Der Deutsche Verein stellte der Tingleffer Schule regelmäßige Stipendien zur Verfügung, weil er seine politischen Ziele in ihrer Bildungsarbeit verwirklicht fand. Wegen dieser Affinität zu den Zielen des Deutschen Vereins wurde die Tingleffer Schule in der dänischen Presse auch als "Verpreußungsanstalt" bezeichnet. Wie stark die Idee der Volkshochschule im Untersuchungsgebiet politischen Einflüssen ausgesetzt war, zeigte sich an der Ansiedlung der zweiten vereinseigenen Volkshochschule im Norburger Schloß. Für den Standort Norburg sprachen aus Vereinssicht trotz seiner schlechten Verkehrsanbindung mehrere Gründe; er war national heftig umkämpft, denn inmitten einer dänischsprachigen Bevölkerungsmehrheit lag die Mehrheit in der Fleckens- und Kirchenvertretung noch in deutschen Händen. Diese Mehrheit schien durch die bevorstehende Versetzung des in Norburg stationierten Zollbootpersonals gefährdet. Hinzu kam, daß die dänischsprachige Bevölkerung in Norburg ein Versammlungshaus unterhielt, in dem mehrmals wöchentlich dänischsprachige Kulturveranstaltungen mit überregionaler Ausstrahlung stattfanden. Außerdem befand sich mit dem Augustenburger Lehrerinnenseminar in unmittelbarer Nähe bereits eine deutsche Bildungsanstalt. Auch die vom Nordschleswigschen Volkshochschulverein getragene Norburger Volkshochschule hatte im Sinne des Deutschen Vereins den politischen Auftrag, als "... ein geistiges Bollwerk im Kampf des Dänentums gegen unsere deutsche Kultur" zu wirken. Folgerichtig wurde die Volkshochschule als Internatsschule konzipiert, in der abwechselnd junge Männer und junge Frauen in allgemeinbildenden Fächern unterrichtet wurden. Der wahlweise angebotene dänische Sprachunterricht, mit dem auch die dänischsprachige Bevölkerung an die deutsche Volkshochschule herangeführt werden sollte, fand keine Nachfrage, so daß er aus dem Lehrplan gestrichen wurde. Mit Rücksicht auf die Förderung, die die kränkenden ländlichen Fortbildungsschulen von der Regierung erfuhren, wurde in Norburg bewußt auf die Aufnahme theoretischer oder praktischer landwirtschaftlicher Fachinhalte in den Lehrplan der Winterkurse für junge Männer verzichtet. Die Norburger Schule sollte sich nach dem Willen ihrer Gründer als nationale Bildungsanstalt profilieren und von den landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen klar unterscheiden. Das Lehrerkollegium bestand ausschließlich aus gebürtigen Nordschleswigern, die im Haderslebener Lehrerseminar ausgebildet worden waren. Die mangelhafte Akzeptanz der Norburger Volkshochschule zeigte allerdings deutlich, daß sich das Unterrichtsangebot dieser Volkshochschule nicht mit dem Bildungsbedürfnis der Bevölkerung deckte. Es gelang dem Volkshochschulverein nicht, genügend Kursteilnehmer zu finden, um die Schule auch nur annähernd kostendeckend betreiben zu können. Ohne die Subventionen des Deutschen Vereins hätte sie schon zwei Jahre nach ihrer Eröffnung ihren Lehrbetrieb einstellen müssen.

Rückblickend bleibt festzuhalten, daß der stellvertretende Apenrader Landrat Dryander mit seiner Prognose richtig gelegen hatte, daß sich die meisten Dänen nur schwerlich würden entschließen können, ihre schulentlassenen Kinder für mehrere Monate an einer von der dänischen Presse als "Verpreußungsanstalt" bezeichneten deutschsprachigen Volkshochschule ausbilden zu lassen. Seine Warnung, daß "...kein nordschleswigscher, am wenigsten ein dänischgesinnter Bauer seinen Sohn ein halbes Jahr für teures Geld aus dem Haus gibt, um ihn in idealen Fächern ausbilden zu lassen", griff die Gründe für das Scheitern der Norburger

Volkshochschule vorweg. Der Verzicht auf die Vermittlung von landwirtschaftlichen Fachkenntnissen und die Ansiedlung der Volkshochschule in einem dänisch geprägten politischen und kulturellem Umfeld waren die beiden konzeptionellen Kardinalfehler der Norburger Volkshochschule gewesen.

Den Gegenpol zum Nordschleswigschen Volkshochschulverein bildete der auf Initiative des Dithmarscher Pädagogen Friedrich Lembke als Zusammenschluß von Pädagogen und landwirtschaftlichen Interessenvertretern gegründete Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein. Er basierte in seiner organisatorischen Anlehnung an die landwirtschaftlichen Fachverbände und seiner inhaltlichen Ausrichtung auf allgemeinbildende und landwirtschaftlich-berufsbezogene Unterrichtsinhalte bewußt auf dem von Lembke eingehend analysierten dänischen Volkshochschulmodell. Mit der an der vereinseigenen Volkshochschule in Albersdorf praktizierten Bildungsarbeit wollte Lembke der "...erwachsenen ländlichen Jugend Gelegenheit geben, sich für das praktische Leben auf dem Lande weiter auszubilden." Die durch den Berufsbezug herbeigeführte Konkurrenz zu den staatlich geförderten Fortbildungsschulen suchte er dadurch zu entschärfen, daß er die vom Verein geplanten ländlichen Volkshochschulen als eine Form erweiterter ländlicher Fortbildungsschulen definierte. Da sich der Verein für ländliche Volkshochschulen den nationalen Auseinandersetzungen in Nordschleswig entzog, verweigerten ihm die im Nordschleswigschen Volkshochschulverein vertretenen Landräte und die Provinzialregierung jegliche Unterstützung.

Auch die von Heinrich Harms konzipierte und geleitete Mohrkirch-Osterholzer Volkshochschule distanzierte sich vordergründig von den dänischen Vorbildern. Sie basierte wie Lembkes Albersdorfer Schule auf den Lehrplänen der ländlichen Fortbildungsschulen, entwickelte aus ihnen aber den Unterrichtsplan einer Volkshochschule, die offiziell als "Nachschule zur Hebung des geistigen Niveaus der Landbevölkerung" konzipiert war. Dahinter stand erstmals für das Untersuchungsgebiet die Vorstellung von einem arbeitsteiligen Schulwesen, in das die Volkshochschulen integriert waren und in dem ihnen die Vermittlung einer berufsvorbereitenden Allgemeinbildung zukam. Der ideelle Brückenschlag zum Nordschleswigschen Volkshochschulverein gelang Harms dadurch, daß er als Mitglied des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig seiner Schule auch das Ziel setzte, ihren Schülern ein "stolzes Nationalgefühl" im Rahmen eines umfänglichen Deutsch- und Heimatkundeunterrichts zu vermitteln. Die Mohrkirch-Osterholzer Schule wurde dadurch zu einer ausgeprägten "Heimatschule", deren Kurse im Durchschnitt zu 25% von nordschleswigschen Schülern frequentiert wurden.

Als Erkenntnis bleibt festzuhalten, daß die deutsche Volkshochschularbeit der Jahre 1864 bis 1918 deutliche organisatorische und inhaltliche Parallelen zu den dänischen Einrichtungen zeigte. Dies kann nicht weiter verwundern, war doch das Wissen um die Bildungsarbeit der ersten deutschen Heimvolkshochschulen in Rendsburg und Oersberg fünfzig Jahre nach deren Schließung nicht mehr vorhanden. Dennoch war die offizielle deutsche Haltung gegenüber den dänischen Volkshochschulen vor allem in Nordschleswig ambivalent. Die in den Grenzkreisen tonangebenden Politiker und politischen Vereinigungen wie der Deutsche Verein stuften die dänischen Volkshochschulen als ein "Agitationsmittel zur Stärkung der dänischen Kultur" ein, sahen sich aber andererseits in Ermangelung eigenständiger Konzepte genötigt, eben dieses Instrument selbst einzusetzen. Die nationale Auseinandersetzung in Nordschleswig zwang die deutschen Volkshochschulgründer im Grenzgebiet dazu, die Vorbildfunktion der dänischen Volkshochschulen offiziell auf deren institutionell-organisatorische Strukturen zu reduzieren, die nach Deutschland übernommen wurden. Aus eben diesen nationalpolitischen Gründen war von deutscher Seite eine

vorbehaltlose Diskussion des dänischen Volkshochschulmodells ebenso unerwünscht wie eine konzeptionelle **inhaltliche** Anlehnung der deutschen Volkshochschularbeit an sie.

Mit Blick auf die unterschiedlichen Bildungskonzepte der beiden schleswig-holsteinischen Volkshochschulvereine wird deutlich, daß die deutsche Volkshochschullandschaft im Landesteil Schleswig keineswegs eine homogene Einheit darstellte. Wenn sich die Bildungsarbeit der beiden Volkshochschulvereine inhaltlich und in ihrer Zielsetzung deutlich unterschied, so sind in ihrer äußeren Organisation auch Gemeinsamkeiten auszumachen. Dazu zählen die Motive in der Wahl ihrer Schulstandorte, die bewußt programmatisch war und die am dänischen Vorbild orientierte Einrichtung der Volkshochschulen als Internatsschulen. Der Nordschleswigsche Volkshochschulverein konzentrierte seine Aktivitäten ausschließlich auf die grenznahen Kreise, während der Verein für ländliche Volkshochschulen seine beiden Schulen gezielt außerhalb davon ansiedelte. Das Lehrpersonal aller Volkshochschulen rekrutierte sich, wie schon während der ersten Periode schleswig-holsteinischer Volkshochschulentwicklung in den Jahren von 1769 bis 1864, aus dem Kreis ausgebildeter Volksschullehrer; die Schulleiter waren in der Regel als Direktoren höher qualifiziert. Der weite Einzugsbereich der Schüler legte die Einrichtung der Schulen als Heimschulen nahe, ein Umstand, der im ganztägigen Zusammenleben von Lehrern und Schülern erzieherisch genutzt wurde. Die Stellung des Staates zu den freien Volkshochschulen unterschied sich insofern von der der ersten Periode, als der Nordschleswigsche Volkshochschulverein von der Provinzialregierung mit Mitteln aus dem Nordmarkfonds unterstützt wurde, während der Verein für ländliche Volkshochschulen seine Bildungsarbeit allein aus Vereinsmitteln bestreiten mußte.

Die zweite Periode deutscher Volkshochschularbeit im Landesteil Schleswig endete mit den politischen Umwälzungen des Jahres 1918. In der vorliegenden Studie konnte deutlich gemacht werden, daß die überwiegend praxisbezogenen Orientierungsversuche der deutschen Volkshochschulen, die untrennbar an die Auseinandersetzung mit den dänischen Volkshochschulen geknüpft waren, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges nur zu einer rudimentären Ausdifferenzierung eines eigenen deutschen Volkshochschulmodells geführt hatten. Eine vorbehaltlose Kopierung des dänischen Modells hatten die deutschen Erwachsenenbildner bewußt abgelehnt, eine völlige Lösung vom dänischen Vorbild war ihnen nicht gelungen.

Der Beginn der dritten Periode schleswig-holsteinischer Volkshochschularbeit ab dem Jahr 1919 war von zwei konträren Strömungen geprägt. Auf der einen Seite sind die Bemühungen des preußischen Kultusministers Haenisch zu nennen, der in Deutschland ein staatlich gefördertes, parteiunabhängiges Volkshochschulwesen aufzubauen versuchte, das in den Prozeß der Demokratisierung der Gesellschaft integriert werden sollte. Haenisch's Anregungen führten in Schleswig-Holstein zur Gründung zweier Organisationen zur Förderung des freien Bildungswesens: der an der Kieler Christian-Albrechts-Universität angesiedelten "Beratungsstelle für Volkshochschulfragen" und dem in Neumünster ansässigen "Schleswig-Holsteinischem Verband für freies Bildungswesen". Beide Institutionen konnten aber keinen wesentlichen Einfluß auf die Volkshochschullandschaft des Untersuchungsgebietes nehmen. Sie wurde vom Rechtsnachfolger des "Nordschleswigschen Volkshochschulvereins", dem am 22. Januar 1919 gegründeten "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig", dominiert. Erklärtes Ziel seiner Vereinsarbeit war die "...geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutschvölkischer Interessen" mit dem Ziel einer Revision der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark. Der Verein bildete ein Sammelbecken für die gesamte Funktions- und Führungselite der grenznahen Kreise. Aufgrund seiner weitreichenden Verbindungen gelang

es, das preußische Kultusministerium über die "Denkschrift des Kultusministers, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone)" vom 17. Januar 1921 zur Annahme der national- und bildungspolitischen Vereinsziele zu bewegen und eine Finanzierungszusage für die vereinseigenen Bildungseinrichtungen zu erhalten. Mit der Eröffnung der "Grenzvolkshochschule Leck", die als "Kultur- und Gesinnungsschule...pflichtgetreue, heimatstolze, vaterlandsfrohe deutsche Männer und Frauen heranbilden" sollte, knüpfte der Verein nahtlos an die in der zweiten Periode der Jahre von 1905 bis 1918 betriebene, nationale deutsche Heimvolkshochschularbeit an. Die knapp zwei Jahre zuvor veröffentlichten Richtlinien und Erlasse zur Volkshochschularbeit in der Weimarer Republik waren für die schleswig-holsteinische Volkshochschularbeit nicht mehr relevant. Die vorliegende Untersuchung beseitigt eines der gravierendsten Desiderate auf dem Feld der historiographischen Forschungen zur deutsch-dänischen Erwachsenenbildung. Mit ihr ist ein erster Schritt auf dem Weg zu einer wissenschaftlich fundierten, bundesweiten Erforschung der regionalen und der erst in der Weimarer Republik reichsweit einsetzenden überregionalen deutschen Volkshochschulgeschichte getan. Am Ende dieses Weges wird ein Urteil über die gemeinsamen Wurzeln und Entwicklungsstränge aller deutschen Volkshochschulen und ihre regionalen Eigenheiten möglich sein. Dazu bedarf es der Vorlage weiterer regionalgeschichtlicher Studien, die sich mit dem Aspekt der Institutionalisierung von Erwachsenenbildungseinrichtungen auch unter den besonderen Rahmenbedingungen einer Grenzregion - wie beispielsweise dem Saargebiet oder Ost- und Westpreußen - befassen. Für Schleswig-Holstein bedeuteten diese Rahmenbedingungen, daß die Belange einer angemessenen "Landvolks Bildung" im Zweifelsfall aus dem vermeintlichen "Landes Wohl" abgeleitet wurden.

VI. Anhang

1. Ausgewählte Dokumente

Dokument 1

Auszugsweise Abschrift aus Philipp Ernst Lüders: Grundriß einer zu errichtenden Acker-Schule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet werden könne. Flensburg 1769. Hochwohlgebohrner Graf, Gnädiger Herr. Euer Hochgräfl.[ichen; d. Verf.] Excellence hohen Beurtheilung erkühne ich mich, die Frage vorzulegen: Ob es nicht zum wesentlichen Landesnutzen gereichen dürfte, wenn die Landesjugend, aus allerley Ständen, bey Zeiten so könnte zubereitet werden, daß sie, ehe sie wirklich den Ackerstand beträte, Einsicht und Geschicklichkeit besäße, sogleich den Ackerbau mit wahren und vollkommenen Nutzen zu treiben? Mich dünkt, daß zur Erläuterung dieser Frage Vieles dazu beytragen könne, wenn man die innerlichen Umstände dererjenigen, die den Ackerbau treiben sollen, und entweder gänzlich, oder zum Theil, ihren Unterhalt von demselben erwarten müssen, in eine nähere Untersuchung zu nehmen, Lust hätte. Sollte von daher nicht erhellen, daß einige wenig oder gar nichts von dem Ackerbau verstehen; Andere mittelmäßige Begriffe haben; die allermehresten blos dem Gesetze des Herkommens Folge leisten: blutwenige aber mit einer gründlichen und recht nutzbaren Erkenntniß versehen sind? Ich glaube nicht, daß mein Bedenken als ganz verwerflich könne angesehen werden. Man dürfte denken, daß der, von dem Aufschub einer solchen nothwendigen Erkenntniß entstehende, Schaden blos ein eigenthümlicher Nachtheil des Besitzers sey. Will man aber nachdenken, wie stark der Landesschaden sich belaufen müsse, wenn aus denen unzähligen schadhaften Theilen eine Berechnung über das Ganze eines Landes könnte angestellt werden: so würde man gewiß Ursache haben, sich höchlich zu verwundern, wie es möglich sey, daß, da man überall den Ackerbau als die Seele des Staates ansiehet, gleichwohl kein einziger Staat in unserm Welttheile darauf bedacht gewesen, besondere öconomische Ackerschulen auf dem Lande anzulegen, worin die Landes-Jugend, aus allerley Ständen, wenigstens einen rührenden Vorschmack von der Nothwendigkeit einer solchen Erkenntniß erhalten könnte. Ich gestehe gerne, daß ich diesen Mangel als einen der größten in einem Staate angesehen habe. Habe ich Unrecht, so will ich gerne mein Wort wieder zurück nehmen. Ich nehme blos mein Urtheil aus meiner eigenen früzeitigen Anführung, ob ich gleich zu behaupten mich nicht scheuen darf, daß die eigene Neigung und Uebung den schärfsten Antheil daran hat haben müssen. Aus vorerzählten Schlüssen habe den eingewurzelten Trieb, dieses heilsame Landes-Werk in Vorschlag, und, wofern es möglich seyn solle, gar in Gang zu bringen, nicht ersticken können. Hätte die, bishero unter Händen gehabte, Acker-Verbesserungssache mir nicht so viel zu schaffen gemacht; wer weiß, ob ich mich nicht selbst unter der Glorreichen Regierung des höchstseligen Monarchen, im Fall ich dazu tüchtig wäre erkannt

worden, freywillig anerbotten hätte, den ersten Versuch, mit einer solchen anzulegenden Ackerschule, anzustellen. Itzo sind meine Jahre und Kräfte dahin, und ich muß mich blos daran begnügen lassen, meinen guten Willen zu zeigen. Euer hochgräfl.[iche; d. Verf.] Excellence werden mir gnädig erlauben, daß ich nachstehendes kleine Werk in hochderoselben Hulde und Schutz einzuverleiben, mir die unterthänigste Freyheit nehme. Da ich die Ehre habe, Euer hochgräfl.[iche; d. Verf.] Excellence, dem Herzen und den öconomischen Bemühungen nach, in 15 Jahren völlig bekannt zu seyn; so kan um so viel gewisser der unterthänigsten Zuversicht leben, es werden Hochdieselbe meine Bemühung und Absicht, dem Vaterlande in allen möglichen Fällen nützliche Dienste zu leisten, in Gnaden beurtheilen, und durch Hochderoselben vielvermögenden Vorspruch dahin sehen, daß nach meinem Tode, ein Allerhuldreichstes Augenmerk auf die Erfüllung meines Wunsches möge gerichtet werden...

Man hat schon längst angemerket, daß, wenn ein Staat seine rechte Sicherheit und einen ächten Wachsthum gewinnen sollen, man dahin bedacht gewesen, Schulen unter verschiedenen Namen zu errichten, in welchen ein Unterricht vom Kriegs- und See-Wesen ertheilet wird. Die Absicht solcher Stiftungen ziele ohne Zweifel dahin: Daß junge Gemüther, zum Dienst des Landes, zubereitet und fähig gemacht werden, ihre Geschicklichkeit, und durch selbige den Nutzen, zum Besten des Landes, zu seiner Zeit öffentlich zu zeigen. Ich erinnere mich nicht, gelesen zu haben, daß man auf Errichtung solcher Schulen jemals bedacht gewesen, in welchen ein Unterricht von dem Ackerwesen gegeben und die ersten und nothwendigsten Grundsätze von demselben der Land-Jugend eingeflösset, vielweniger, daß die Einflössung richtiger Grundsätze mit dem Augenschein und mit der Erfahrung verbunden worden.

Es dürfte nicht schwer fallen, zu beweisen, daß man es in vorerwähnten Kriegs- und See-Schulen, als höchstnothwendig ansiehet, die Erkenntniß mit der Uebung zu verbinden, damit sowol der befehlende, als auch der gehorchende Theil, seine Pflichten kenne, die er zu beobachten schuldig ist. Dahin ziele die erste Unterweisung. Sie gewinnt aber alsdann ihre völlige Kraft, wenn sie durch Uebungs-Proben in ein völliges Ansehen gesetzt worden.

Ich will mir die Erlaubniß ausbitten, die Frage aufzuwerfen: Ob nicht, nach vorangeführter Abbildung, Acker-Schulen könnten errichtet werden...

...Es könnte seyn, daß man bey meiner geäußerten Gesinnung gerne wissen mögte: Wie ich meinen Plan zur Einrichtung derselben [Ackerschulen; d. Verf.] gemacht hätte. Vielleicht mögte man wol gar denken, daß ich den Entschluß könnte gefaßt haben, selbst Hand ans Werk zu legen. Ich will und muß offenherzig bekennen, daß ich, in wahren Ernst, nach einem von mir gefertigten Abriß, daran gearbeitet habe, eine solche öconomische Ackerschule in meinem eigenen Hause aufzurichten. Ich will denjenigen Plan, nach welchem die Ausführung geschehen sollte, in der Kürze hierher setzen:

Erstlich soll der Jugend aus allen Ständen der Zutritt in diese Ackerschule verstattet werden. Die Zahl derselben soll im ersten Jahr nicht über 20 seyn, und deren Alter in 17 bis 18 Jahren bestehen. Das Tragen eines Degens soll nicht erlaubt seyn, sondern bey deren Ankunft in Verwahrung genommen werden. Ihr Daseyn fängt mit dem ersten April an, und endiget mit dem 31sten Junii. In diesem Aufenthalt von drey Monaten geniesset der Lehrling, ein jeder nach seinem Stande, alles, was zu einer ordentlichen und bequemlichen Unterhaltung könnte gefordert werden. Man wird, nach diesem Unterschied der Bedienung und der Kost, das Kost- und Lehrgeld also einrichten, daß einer vom Adel monatlich 12 Reichsthaler, der bürgerliche Stand 8, und einer von geringerm Stande 4 Reichsthaler geben soll. Es soll ein Aufseher bestellt werden, der über die gute Ordnung, in und ausser dem Hause, ein wachsames Auge halten, und dahin sehen soll, daß keine Unordnung in irgend einem Stücke möge Statt finden. Und so ein widriges Glied dürfte gefunden werden, das, nach zwomaliger Warnung, keine Besserung spüren liesse; so soll ein solches, ohne auf den besondern Nutzen zu sehen, nicht länger geduldet werden. Man will auf Fleiß und Gehorsam vorzüglich sehen, und durch diese den gehoftten Nutzen zu befördern bedacht seyn. Zu dem Ende soll

Zweytens die Ordnung und Eintheilung der Stunden genau beobachtet werden. Man stehet des Morgens um 6 Uhr auf. Wenn um 7 Uhr ein gemeinschaftliches Morgen-Gebet, nach der Anordnung des Aufsehers, verrichtet; bedient man sich der Thee-Stunde. Um 12 Uhr wird ordentlich gespeiset. Von 1 bis 2 Uhr geniesset man die Freyheit, im Garten sich umzusehen, und über die daselbst verrichtete Arbeit lehrreiche Betrachtungen anzuhören. Es kann seyn, daß, nach bewandten Umständen, vor der Mahlzeit ein ähnlicher Zeitvertreib, in dem nicht weit von hier liegenden öconomischen Feldgarten, Statt finden dürfte. Von 7 bis 8 Uhr, Abends, wird gespeiset, und, gegen den Untergang der Sonne, werden über den zukünftigen Wetterlauf und dessen entweder guten oder widrigen Anschein, gewisse oder bedingte Merkmale, nebst deren Ursachen, angegeben. Wenn nun gegen Schlafenszeit, welche um 10 Uhr eintritt, das Abend-Gebet, in vorangeführter Ordnung, verrichtet; so siehet man dahin, daß eine stille Ordnung, ohne einige Ausschweifung, im Hause herrschen muß.

Drittens sollen die Hör- und Lehr-Stunden ihre genaue Bestimmung haben. Des Vormittags, von 8 bis 9 Uhr, werden kurze Sätze zum Nachschreiben vorgetragen und erklärt. In diesen Sätzen soll anfangs der Inhalt derjenigen Sachen, die zum allgemeinen Begriff von der Erde und deren nützlichen Gebrauch gehören, vorgenommen werden. Man kan sich leicht vorstellen, daß man mit der Witterung anfangen, und deren zufälligen Einfluß in eine jede Erdart, nach ihrem Wesen und ihrer Lage, in solcher Ordnung beurtheilen wird, daß daraus Reguln, wie man fürsichtig und zu seinem Nutzen damit umgehen müsse, können hergeleitet werden. Wenn man damit fertig ist; so sollen besondere Sätze, die den Anbau aller Samen-Arten im Felde betreffen, nacheinander berührt werden. Die Eintheilung dieser verschiedenen Sätze soll also eingerichtet werden, daß man in einem dreymonatlichen Zeitlauf damit fertig seyn kan. Wenn man von 9 bis 10 Uhr, (die hier wöchentlich in einigen Stunden zur catechetischen Uebung mit der Schuljugend bestimmt ist), in

Gegenwart des Aufsehers, eine halbstündige Frist zum Wiederholen und Nachsehen des Gehörten und Vorgetragenen angewandt hat, und die übrige Zeit, bis 10 Uhr, zum Erfrischen im Garten verstattet worden; so schreitet man alsdann, wie vorher gemeldet, zu einem neuen Vortrag vorbereiteter Sätze; und erklärt dieselbe, bis die Stunden verflossen. Es kan seyn, daß des Nachmittags nach dem Thee eine dritte Stunde zu gleichem Gebrauch angewandt wird. Die Gewißheit aber ist zweifelhaft, und richtet sich nach den Umständen des Wetters und der Gemüths- und Leibeskräfte des Lehrers, von deren zufälligen Beschaffenheit sich im voraus nichts Gewisses bestimmen lässet.

Viertens sollen die Thee- und Speisestunden nicht unnütz verändelt, sondern vielmehr nützlich angewandt werden. Man will in selbigen fragweise Wiederholungen der vorgetragenen Sätze anstellen, und dadurch die Aufmerksamkeit, das eigene Nachdenken der Lehrlinge erforschen, und das Dunkle und Zweifelhafte, durch Fragen und Antworten, annoch mehr zu erläutern suchen. Die Betrachtungen über den Lauf des Wetters, ob die des Abends vorher angegebene Merkmale eingetroffen, oder nicht? und aus welchen Ursachen Wahrheiten und Irrthümer geflossen, werden gleichfalls einen lehr- und nutzreichen Stoff, zur vortheilhaften Anwendung dieser Stunden, hergeben. Und wenn es zuweilen nicht undienlich seyn dürfte, nach dem Thee, des Nachmittags, die nachbarschaftliche, unter dem Pflug befindliche, Felder zu besehen, und den daselbst betriebenen Feldbau zu beurtheilen; so könnte eine Aufmerksamkeit auf die dabey vorgefallenen Fehler Anlaß geben, daß selbige müßten aufgezeichnet werden. Man hätte dabey Gelegenheit, entweder bedingte oder unbedingte Weissagungen von deren Erfolg auszustellen, und nach Verlauf einiger Zeit solche Gegenden und Aecker wieder zu besehen und zu erforschen: Ob dasjenige, was nach Gründen davon im voraus geurtheilet worden, eingetroffen, oder nicht? Daraus könnte man die Fehler im Landbau genau kennen lernen, und sich in Zeiten dafür zu hüten geschickt machen. Wenn nun das Gegentheil, wie man durch eine bessere Ordnung solche vermeiden könne, täglich hier in meinem Felde gezeigt, und die Gründe des Verhaltens erklärt würden, der Erfolg davon zugleich nach Wunsch gerieth; so könnte die Gegeneinanderhaltung einer ungegründeten und gegründeten Ordnung in dem Anbau der Früchte, um so viel deutlicher und dermaßen in das Auge der Lehrlinge fallen, daß sie bey der künftigen selbsteigenen Uebung zur stufenmäßigen Gewißheit und Fertigkeit im Landbau gelangen könnten. Damit aber der Nutzen dieser Bemühung sowol abseiten der Lehrlinge, als auch anderer, um so viel gewisser hervorleuchten möge; so sollte

Fünftens das Abgehandelte in diesem dreymonatlichen Lauf nach allen Umständen beschrieben, und dem Abdruck, zu seiner Zeit, übergeben werden. Ein jeder hier gewesener Lehrling müßte, zur Erinnerung und Wiederholung desjenigen, so er gefasset, ein Exemplar haben, und andere, die etwa Lust haben dürften, von der Einrichtung einer solchen Ackerschule näher unterrichtet zu seyn, könnten nicht allein dazu angelockt werden, den Nutzen von einer solchen Einrichtung als gültig anzusehen, sondern auch, bey Betrachtung der Ackersätze und Auflösung vieler Ackerzweifel, bewogen werden, davon probenweise einen, entweder öffentlichen oder heimlichen, Gebrauch anzustellen. Ach! daß doch ein erfahrener Landmann aufwachen, und in dieser Ordnung eine Ackerschule errichten mögte!...

Wie es nun unleugbar seyn dürfte, daß solche, aus einer wohl eingerichteten Ackerschule hervorgetretene, Ackerliebhaber in ihren nachherigen Ackerbemühungen, wenn gleich deren Berufsart und Ordnung nicht von einerley Beschaffenheit seyn könnte, sogleich die glücklichsten seyn müßten; eben so gewiß dürfte es auch seyn, daß durch deren Exempel, wenn sie der Nachbarschaft sichtbarlich ins Auge fallen, oder zu Ohren kommen, die Verbesserung des Ackerbaues würde allgemeiner gemacht werden. Ein Lehrling, der halb unwissend in den Ackerstand tritt, muß oft 20 Jahre zubringen, ehe und bevor er sich, (und oft noch mit ziemlicher Ungewißheit) rühmen kan, daß er in seiner Erkenntniß zugenommen. Wie viel Schaden ist dadurch nicht allein dem Staat, sondern auch dem ganzen Lande, zugewachsen. Hingegen ein bereits Geübter, der gute Grundsätze in den Ackerstand mit hineinbringet, sollte der nicht im Stande seyn, sogleich bei dem Eintritt die schönsten Früchte seiner Erkenntniß einzusamlen? Man mache daher den Schluß und frage: Ob nicht solche Acker-Liebhaber die nützlichsten Bürger eines Staats abgeben können? Man darf nicht denken, daß derjenige Nutzen, den sie vorzüglich im Besitz haben, versteckt bleiben könne; nein, ihre Exempel, die sie geben, greifen gewiß um sich. Sie sind hellbrennende Fackeln, die den Nebel der Unwissenheit aus den nachbarschaftlichen Gemüthern nach und nach verjagen werden. Und wie sehr könnte sich nicht die Einnahme von den Landgüthern der Großen im Lande vermehren, wenn aus solchen Schulen wohlzubereitete Verwalter erschienen, und vor ihrem Antritt schon wüßten, wie man in allen Erdarten, nach bewährten Grundsätzen, den Ackerbau treiben müsse? Dürfte eine solche voranlaufende Erkenntniß nicht den größten Beytrag zur Anhäufung der Landesschatze vor Augen legen? Mir scheint wenigstens diese Frage von der äussersten Wichtigkeit zu seyn. Kurz, wir mögen alle Glieder eines Staats, die sich in allen Ständen mit dem Ackerbau beschäftigen müssen, ansehen; so wird dieses eine ohnstreitige Wahrheit seyn und bleiben.

Wer, es sey in welcher Ordnung es wolle, aus dem Ackerbau seinen Vortheil ziehen soll, und weiß, gleich bey dem Eintritt in denselben, wie er den besten Vortheil aus dem, ihm eigenen, oder anvertraueten, Acker ziehen kan und muß, der kan den allgemeinen Nutzen des Staats und des ganzen Landes ohngleich besser befördern und erhöhen, als ein Anderer, der durch Fragen und Schaden allererst klug werden, und mit langsamen Schritten den Weg zu einer vollkommenern Erkenntniß im Ackerbau betreten muß. Wohl demnach einem Staate, in welchem solche Acker-Schulen blühen.

Dokument 2

Schulordnung der höheren Volksschule Rendsburg.

13. April 1842 (LAS 49.9 Nr. 51).

Provisorisches Regulativ für die auf fünf Jahre errichtete Schleswig-Holsteinische höhere Volksschule.

Zweck der Anstalt.

§ 1.

Der Zweck der Anstalt ist, vorzugsweise dem Bauernstande der Herzogthümer Schleswig-Holstein eine Gelegenheit darzubieten, ihren confirmirten Söhnen eine den Zeitumständen anpassende allgemeine Ausbildung zu verschaffen, und sie in besonderer Berücksichtigung der Landwirthschaft für diesen ihren Beruf auch in practischer Hinsicht möglichst zu vervollkommen.

Errichtung derselben im Allgemeinen.

§ 2.

Zu obgedachtem Zwecke wird die höhere Volksschule fürs Erste die Einrichtung erhalten, daß die Anstalt selbst den theoretischen Unterricht, welcher so viel als thunlich die practische Seite des Landbaues berücksichtigt, übernimmt, sich jedoch in besonderer Rücksicht auf letzteren mit den tüchtigsten Landwirthen des Landes in Verbindung und dafür sorgt, daß die Zöglinge zu Zeiten (im Sommer namentlich in der Saat- und Erndtezeit) bei denselben untergebracht werden, damit sie sich durch deren Anweisung so wie durch eigene Anschauung und werththätige Theilnahme an landwirthschaftlichen Arbeiten zu gleich practische Tüchtigkeit erwerben können. Nach Maßgabe eines hoffentlich wachsenden Fonds werden andere zweckmäßige Einrichtungen in Aussicht gestellt.

Ort und Local für die Anstalt.

§ 3.

Die höhere Volksschule wird provisorisch auf fünf Jahre in der Stadt Rendsburg errichtet. Ein Verein daselbst, der sich für die Anstalt interessirt, gibt auf diese fünf Jahre das erforderliche Schul- und Wohnlocal, letzteres für die drei Lehrer, unentgeltlich her; Ferner sorgt die Stadt Rendsburg ohne Vergütung für einen gehörig großen Garten.

Oberaufsicht über die Anstalt

§ 4.

Die obere Leitung über die ganze Anstalt übernimmt ein Vorstand, der aus einer wachsenden Anzahl von Mitgliedern bestehen kann. Der Rendsburger landwirthschaftliche Verein hat für beständig das Vorrecht, neun derselben zu ernennen; aber jedem Vereine der auf fünf Jahre jährlich 30 Th[aler] Cour[ant] zeichnet, steht das Recht zu gleichfalls ein Mitglied in den Vorstand zu wählen. Gegenwärtig besteht der Vorstand aus folgenden 18 Mitgliedern: Rector Pahl, Hufner J. Rohwer jun., Schullehrer D. Hinz, Landinspector Tiedemann, Abgeordneter J. Rohwer, Hufner Sierk, Hufner P. Sievers, Justizrath Klenze, Kammerjunker v. Neergaard zu Oevelgönne, Agent Holler aus der Carlshütte, Abgeordneter Müller zu Schnap, Hegereuter Niemann, Hofbesitzer Wildhagen, Kaufmann Böhrnsen, Kaufmann Müllenhof aus Marne, Hofbesitzer v. Halen aus dem Kronprinzenkoog, Gerber Burmester in Hohenwestedt.

§ 5.

Es ist der Herr Rector Pahl zum Präses des Vorstandes erwählt und bilden außer ihm acht Mitglieder (die Herren J. Rohwer jun., Schullehrer D. Hinz, Tiedemann, Holler, J. Rohwer sen., J. Sierk, Böhrnsen, P. Sievers) den engeren Ausschuß oder den Centralvorstand, welcher die laufenden Geschäfte besorgt; nur wenn der Präses es für nöthig erachtet, beruft er den ganzen Vorstand zusammen. Eine regelmäßige jährliche Sitzung findet um Michaelis jeden Jahres am Orte der Schule statt.

6.

Außerdem sind aus dem Vorstande und den Bewohnern Rendsburgs folgende Commissionen gebildet:

1. Eine Commission zur Verwaltung des Fonds, bestehend aus den Herren Agent Paap, Kaufm.[ann] Reiff in Rendsburg und J. Rohwer sen. in Holtorf.
2. Eine Commission zur Veranstaltung und Unterhaltung des erforderlichen Locals und des nöthigen Schulgeräths, bestehend aus den Herrn Böhrnsen, Lorenzen und Baurmeister in Rendsburg
3. Eine Commission zur Besorgung der übrigen innern Angelegenheiten der Anstalt, bestehend aus den Herrn Rector Pahl, Landinspector Tiedemann und Jürgen Rohwer jun. aus Holtorf.

Der Herr Agent Holler übernimmt die Verwaltung der Sekretariatsgeschäfte.

Verwaltung des Fonds.

§ 7.

Die Commission zur Verwaltung des Fonds hat alle für die Anstalt eingehenden Beträge, dieselben mögen ein für allemal oder jährlich bezahlt werden, zu erheben. Zu dem Ende werden der Commission seiner Zeit alle Subskriptionsbogen zugestellt, und selbige hat dafür zu sorgen, daß die jährlichen Beiträge halbjährlich zu Michaelis und Ostern jeden Jahres eingehen, und daß zu Michaelis 1842 der Anfang mit der Einzahlung geschehe. Diese Commission hat Sorge dafür zu tragen, daß die Gelder, welche nicht gebraucht werden, sicher zinsbar belegt werden. Die Commission erhebt auch die vierteljährlich praenumerando von den Zöglingen zu zahlende Schulgelder, so wie den § 20 namhaft gemachten Beitrag zur Bibliothek.

§ 8.

Die Commission beschafft alle Zahlungen nach Anweisung des engern Ausschusses und der Commissionen für die Veranstaltung des Locals etc. und der innern Angelegenheiten und sind sämtliche eingehende Rechnungen von dem Präses des Vorstandes zu unterschreiben; sie führt genaue Rechnung über alle Einnahmen und Ausgaben. Zu Michaelis

jeden Jahres legt die Commission dem Vorstande Rechnung ab, und wird zwei aus dem Vorstande zu erwählenden Mitgliedern die Revision übertragen. Etwaige Monita, welche diese mit der Commission nicht erledigen können, werden dem Vorstande zur Entscheidung vorgelegt.

Lehrpersonal der Schule.

§ 9.

Für die höhere Volksschule sind drei ordentliche Lehrer und die erforderlichen Hülflehrer angestellt, welche den Unterricht in den weiter unten angeführten Gegenständen zu ertheilen haben. Von jedem derselben wird erwartet, daß er seine Amtspflichten mit gewissenhafter Treue erfüllen werde, und hinsichtlich des Unterrichts insbesondere den Zweck der ganzen Anstalt und das Bedürfnis der Zöglinge gehörig berücksichtige.

§ 10.

Der erste Lehrer ist zugleich Director der Anstalt. Zu solcher Qualität wird ihm die Leitung der ganzen Anstalt übertragen. Er verständigt sich mit der vom Vorstand erwählten Commission für die innern Angelegenheiten über den in den §§. 21-24 aufgeführten Unterrichtsplan, trifft die nöthigen Anordnungen für den Unterricht der übrigen Lehrer, überwacht Fleiß und Aufführung der Zöglinge und sorgt überhaupt für deren geistiges und leibliches Wohl, so weit seine Kräfte reichen, dagegen ihm auch die Handhabung der Disziplin in außer der Anstalt zusteht.

§ 11.

Den andern Lehrern wird dagegen zur Pflicht gemacht, sich nach den vom ersten Lehrer getroffenen Einrichtungen hinsichtlich des Unterrichts und der in der Anstalt zu beobachtenden Ordnung zu richten.

§ 12.

Zum Director und ersten Lehrer ist von dem Vorstande der Herr Rector Lütgens in Segeberg erwählt, die Wahl der beiden andern Lehrer, so wie der erforderlichen Hülflehrer, geschieht von der Commission für die innern Angelegenheiten, jedoch unter Zuziehung des ersten Lehrers.

§ 13.

Da dem Director und ersten Lehrer die Leitung der Anstalt übertragen wird, und derselbe somit ein Amt übernimmt, durch welches er einer Gesellschaft überhaupt und dem Vorstande insbesondere verantwortlich wird, so wird ihm an den Berathungen und Beschlüssen des Vorstandes eine Theilnahme verstattet, die ihn in den Stand setzt, seinen Ansichten Berücksichtigung zu verschaffen, so wie demselben in seiner Stellung überhaupt eine mit dem Bestehen des Ganzen verträgliche Freiheit eingeräumt bleibt.

§ 14.

Der erste Lehrer erhält ein Gehalt von 700 Th[alern] Cour.[ant], freie anständige Wohnung für sich und seine Familie, so wie für jeden Zögling über 40, bis zur Zahl von 80, 5 R[eichsth[aler] Cour.[ant] Schulgeld. Der zweite Lehrer erhält 300 R[eichsth[aler] Cour.[ant] Gehalt, freie Wohnung für seine Person und für alle Schüler über 40 2 R[eichsth[aler] Cour.[ant] bis zur Zahl von 80 Schülern. Der dritte Lehrer erhält 150 R[eichsth[aler] Cour.[ant] Gehalt, freie Wohnung für seine Person und für alle Schüler über 40 bis zur Zahl von 80 1 R[eichsth[aler] Cour.[ant]. Die Hülflehrer erhalten ihren Leistungen angemessene Vergütungen.

§ 15.

Die Erfüllung der den Lehrern gestellten Zusagen, namentlich eine vierteljährliche, abzugsfreie Auszahlung ihrer Gehalte des etwa fälligen Schulgeldes verbürgen die § 4 namhaft gemachten Vorstandmitglieder, und sind die betreffenden Contracte mit den Lehrern abgeschlossen und von der Commission für die innern Angelegenheiten unterzeichnet worden.

Zöglinge und deren Verhältnis.

§ 16.

Als Zöglinge können nur confirmirte junge Leute angenommen werden, und erhalten die Söhne der Landleute, namentlich derjenigen, die Beiträge für die Anstalt gezeichnet haben, den Vorzug vor den Städtern, unter welchen die Subscribenten wiederum die Aufnahme ihrer Söhne vor den übrigen zu gewärtigen haben.

§ 17.

Die Anstalt enthält zwei Klassen, und werden die Zöglinge in jeder Klasse ein Jahr, also im Ganzen zwei Jahre auf der Anstalt zu bringen müssen, es sei denn, daß sie bei der von seiten des Directors vor der Aufnahme anzustellenden Prüfung von diesem für die erste Klasse hinreichend vorbereitet befunden werden.

§ 18.

Von den jungen Leuten, welche in die höhere Volksschule aufgenommen werden wollen, wird verlangt:

1. daß sie an Körper und Geist gesund sind, womit gesagt sein soll, daß sie frei sind von auffallenden körperlichen und geistigen Schwächen, und sich also in einem Zustande befinden, der ihnen die volle Benutzung alles Unterrichts und jeglicher Anweisung, die ihnen die Anstalt bieten wird, gestattet;
2. daß sie die nöthigen Vorkenntnisse besitzen. Hierher wird gerechnet: a) daß sie fertig und mit Verstand lesen, b) daß sie eine leserliche und einigermaßen geläufige Handschrift schreiben, c) daß sie mit den gewöhnlichen Rechnungsarten bekannt sind, d) daß sie im Stande sind, einen leichten deutschen Aufsatz, z.B. einen einfachen Brief, eine kleine Beschreibung etc. anzufertigen. Als sehr wünschenswerth wird bezeichnet, daß sie im Stande sind, solches ohne bedeutende sprachliche Unrichtigkeiten auszuführen. Anmerk: Daß sie eine hinreichende Kenntnis in der christlichen Religionslehre und biblischen Geschichte erlangt haben, muß von confirmirten jungen Leuten erwartet werden. Als

etwas sehr Wünschenswerthes werden einige Vorkenntnisse aus der Geschichte, Geographie und den Naturwissenschaften bezeichnet.

§ 19.

Die Aufnahme geschieht jährlich nur ein Mal um Michaelis, und zwar Michaelis 1842 zum ersten Mal. Die Anmeldungen sind begleitet von einem Confirmations- und Schulzeugnisse an den Director der Anstalt einzusenden.

§ 20.

Für jeden Zögling wird jährlich 20 R[eich]sthaler Cour.[ant] Schulgeld entrichtet, jedoch bei wachsendem Fond eine Ermäßigung in Aussicht gestellt. Das Schulgeld wird praenumerando in halbjährigen Terminen an die Verwaltungs-Commission der Anstalt eingezahlt. Außerdem zahlt jeder Zögling bei seiner Aufnahme 1 Spec.[ies-Thaler], welcher Beitrag zur Vermehrung der Bibliothek und des Apparats verwendet wird. Im Falle, daß ein Zögling vor Jahresschluß die Anstalt verlassen wollte, findet eine Rückzahlung des bereits entrichteten Schulgeldes nicht statt.

Unterrichtsplan für die Schule.

§ 21.

Aus dem Ziele, welches sich die Anstalt gestellt hat, ergeben sich die Gegenstände des Unterrichts. Damit aber über die Interessen dieses Lebens nicht versäumt werde, was vor allem Noth thut, wird auch ein erweiterter Unterricht der christlichen Religion ertheilt werden, so wie den überhaupt die sittliche Bildung der Zöglinge mit ihrer Ausbildung für das bürgerliche Leben Hand in Hand gehen muß.

§ 22.

Unterrichtsgegenstände im Allgemeinen.

a) Christliche Religionslehre, verbunden mit biblischer und Religionsgeschichte. b) Geschichte. Kurzer Abriß der allgemeinen und deutschen Geschichte; dänische und schleswig-holsteinische Geschichte. c) Geographie. d) Statistik des Vaterlandes mit besonderer Berücksichtigung aa) der Verfassung des Landes im Allgemeinen und der Communalverhältnisse im Besonderen. bb) der landwirthschaftlichen und gewerblichen Verhältnisse unseres Landes. e) Deutsche Sprache, verbunden mit Uebungen im mündlichen und schriftlichen Gedankenausdrucke. f) Naturwissenschaften aa) Naturgeschichte des Thier-, Pflanzen- und Mineralreichs mit besonderer Berücksichtigung des Wichtigsten über den Menschen, die Behandlung der Hausthiere im kranken und gesundem Zustande, die Forst-, Obst- und Gartencultur, so wie über den Anbau der ökonomisch wichtigen Pflanzen, und Bodenkunde unseres Landes. bb) Naturlehre (Physik) mit besonderer Berücksichtigung der Technik und Mechanik. g) Mathematik. aa) Arithmetik, practisches Rechnen, Buchführung. bb) Geometrie, mit besonderer Berücksichtigung des practischen Theils (Landmessen). h) Lesen anerkannt guter Bücher und Zeitschriften über Landwirthschaft. i) Schreiben (Schönschreiben und Schreiben nach Dictieren). k) Zeichnen und Risse machen. l) Singen.

§ 23.

Mit Rücksicht auf die beiden Klassen würde sich der Unterricht folgendermaßen herausstellen: Im ersten Jahre (in der zweiten Klasse): Christliche Religionslehre, verbunden mit biblischer und Religions-Geschichte. Geschichte, allgemeine mit besonderer Berücksichtigung der deutschen. Geographie (erster Kursus physische). Unterricht in der Muttersprache. Naturgeschichte. Physik (allgemeine). Arithmetik, practisches Rechnen. Lesen. Schreiben. Zeichnen und Risse machen. Singen. Anleitung zur schriftlichen Ausarbeitung des Vorgetragenen. Anleitung zum practischen Gartenbetrieb.

Im zweiten Jahre (in der ersten Klasse)

Christliche Religionslehre verbunden mit biblischer u.[nd] Religionsgeschichte. Geschichte, dänische und schleswig-holsteinische. Geografie (zweiter Kursus politische). Statistik des Vaterlandes. Unterricht in der Muttersprache. Naturgeschichte. Physik (specieller Theil). Geometrie. Practisches Rechnen, Buchführung. Lesen. Zeichnen und Risse. Singen. Anleitung zum practischen Gartenbetrieb.

§ 24.

Für die regelmäßigen Ferien sind bestimmt: 8 Tage in den Weihnachten, 8 Tage um Ostern. Auch sind 3-4 Wochen in der Saatzeit und 3-4 Wochen in der Erntezeit dazu bestimmt, daß die Zöglinge entweder im elterlichen Hause oder auch bei andern tüchtigen Landwirthen dem practischen Theile der Landwirthschaft ihre Kräfte widmen können (s. §.2).

Disciplin.

§ 25.

Die höhere Volksschule soll nicht allein eine Unterrichts- sondern auch zugleich eine Erziehungsanstalt sein. Deshalb ist auch besonders dahin zu streben, daß Sittlichkeit und gute Ordnung in und außer der Anstalt unter den Zöglingen herrsche. Sie haben sich deshalb in allen Stücken nach den Vorschriften ihrer Lehrer zu richten, so wie besonders der Director ihnen als väterlicher Freund und Führer stets zur Seite stehen wird, dem sie daher unter allen Umständen willige Folge leisten müssen.

§ 26.

Gegen diejenigen Zöglinge, welche sich gegen Sitte und gute Ordnung vergehen, sich selber nachlässig, störrig oder ausschweifend betragen, oder wohl gar andere zu solchen oder ähnlichen Vergehen verleiten würden, tritt unverweilt ein strenges disciplinarisches Verfahren ein.

§ 27.

Die Folgen, welche ein vorhin namhaft gemachtes, gesetzwidriges Verhalten nach sich ziehen würde, sind: 1) Warnungen und Verweise a) privative, b) vor der Lehrerconferenz, c) vor der Vorstandconferenz, mit welchen in den

beiden letzten Fällen eine Notirung im Protokolle verbunden ist. 2) Entlassung von der Anstalt.

Die genannten Strafen unter 1, a.b hängen von dem Ermessen der Lehrer, die übrigen von den Beschlüssen der mit der nächsten Beaufsichtigung der Anstalt beauftragten Commission ab.

Klassen- und Abgangsprüfung.

§ 28.

Alljährlich in der Woche nach Michaelis werden die Prüfungen der Zöglinge abgehalten. Diejenigen Zöglinge, welche ein Jahr auf der Anstalt gewesen, haben die Klassenprüfung, diejenigen, welche ihren Kursus beendigt, die Abgangsprüfung zu bestehen; für diese Prüfungen bildet sich eine eigene Prüfungs-Commission, welche aus der Commission für die innern Angelegenheiten und den Lehrern der Anstalt besteht. Ferner wird das Kirchenvisitatorium der Probstei Rendsburg ersucht, den genannten Prüfungen beizuwohnen, wenn dasselbe nicht eigens hierzu von der königl.[ichen] Regierung sollte beauftragt werden.

§ 29.

Bei der Klassenprüfung werden den Zöglingen einige Fragen zur schriftlichen Bearbeitung aufgegeben, welche sie in einer hierzu festzusetzenden Zeit, unter Aufsicht, anzufertigen haben. Diese Arbeiten circulieren alsobald unter den Mitgliedern der Prüfungscommission, welche sich ihr Urtheil über selbige notiren. Ferner wird mit den Zöglingen eine mündliche Prüfung vorgenommen, für welche die Vorstandsmitglieder und der erste Lehrer einige Fächer auswählen. Während der Zeit, daß ein Lehrer prüft, zeichnen die übrigen Mitglieder ihr Urtheil auf.

§ 30.

In einer darauf zu haltenden Versammlung wird ein Protokoll über die Ergebnisse der Prüfung aufgenommen, und jedem Zöglinge sein Prädikat in näher zu bestimmender Form ertheilt.

§ 31.

Was die Abgangsprüfung anbelangt, so zerfällt diese ebenfalls in die schriftliche und mündliche, und ist überhaupt so einzurichten, daß sie bestimmte Resultate über den Grad der Ausbildung liefert, welche jeder Zögling nach der Anstalt erlangt hat.

§ 32.

Die Resultate dieser Prüfung, in Verbindung mit den von den Lehrern über Fleiß, Betragen und Fortschritte der Zöglinge geführten Protokollen, werden den Zeugnissen zum Grunde gelegt, welche den Zöglingen bei ihrem Abgange zu ertheilen sind. Dieselben enthalten in bestimmten Formen Prädikate über die genommenen Kenntnisse und Fertigkeiten, und den während ihres Verweilens auf der Anstalt geführten sittlichen Lebenswandel, und sind diese Zeugnisse von den Vorstandsmitgliedern und dem ersten Lehrer zu unterzeichnen.

§ 33.

Zugleich wird dafür gesorgt werden, daß denjenigen Zöglingen, welche zur Zufriedenheit ihren Kursus vollendet, wenn sie es wünschen, passende Conditionen oder Anstellungen in ihrem Fache verschafft werden, so wie der Vorstand sich fortwährend bemühen wird, talentvolle junge Leute in ihrem ferneren Wirken mit Rath und Tath zu unterstützen. Schließlich genehmigt in der Versammlung des General-Vorstandes in Rendsburg, den 13. April 1842: J. Pahl.

Dokument 3

Von Claus Jürgensen eigenhändig verfaßte Bedingungen der regelmäßigen Teilnahme am Unterricht der Örsberger Sonntagsschule.

19. September 1842 (LAS Abt. 18 Nr. 48 d II).

Bedingungen der regelmäßigen Teilnahme an dem Unterrichte der Sonntagsschule des Org[anisten] Jürgensen zu Töstrup in Oersberg

A. In der Schule

- 1). Jeder Teilnehmer muß unverheiratet sein - keine Frau haben.
- 2). Alle ohne Unterschied rede ich mit "du" an.
- 3). Am liebsten bedienen sich alle des Hochdeutschen.
- 4). Kein Zwiesgespräch darf stattfinden, sondern einer spricht zur Zeit. Scheint mir eine Sache gehörig - vielseitig genug - erörtert, so heb' ich die rechte Hand auf, u[nd] so schweigen beide, und meine Stimme gibt den Ausschlag.
- 5). Vor und während des Unterrichts wird in der Schule nicht geraucht, beim Weggehen indes dürfen die, die über 30 Jahre alt sind, rauchen. Von denen, die in den Zwanzigern und darunter sind, wird erwartet, daß sie binnen Jahresfrist sich abgewöhnen.
- 6). Freilich werden vaterländische Zustände nach Kräften u[nd] genau erwogen und beurteilt, jedoch wird keine Politik geduldet.

B. Außer der Schule

Ein ehrbarer Wandel, würdevoll wies einem gebildeten oder wenigstens nach Bildung strebenden jungen Menschen ziemt. Also:

1. Leidenschaftliches Glücks- od[er] Gewinnspiel wird mit Brüche belegt.

2. Unmäßigkeit im Trunk geistiger Getränke wird durchaus nicht geduldet, und darauf eine namhafte Brüche gesetzt. Wer sich etwa 2 Mal berauschen sollte, wird 2 Jahre verwiesen, und das dritte Mal ausgeschlossen. Die genügenden, zweckdienlichen Mittel und Wege werden in liebevoller Freundlichkeit dem gezeigt, ders mit seiner Besserung redlich meint. Sollte ich selbst - das ganze ist ein Veredlungs- und Fortbildungsverein - von einem Fehl in dieser Hinsicht übereilt werden, so wird von mir eine siebenfache Brüche bezahlt.

3. Hospitanten haben zu jeder Zeit freien Zutritt.

Dies Werk besteht, und geht auf immer weiter fort, nun schon im vierten Jahre, und schickte der Vater dort oben noch so bittere Leiden über mich, sollte ich auch wieder das Liebste was hienieder ein Erdengeborner besitzen mag, verlieren - ich verlor vorigen Winter Frau und Kinder -, nie werde ich, so viel an mir ist, ermüden: ächtes Christentum, Licht und Wahrheit, immer weiter um mich her zu verbreiten, so lange Gott Leben und Kräfte mir fristet.

Auf Befehl S[eine]r Magnificiens pflichtschuldigst in Satrup aufgezeichnet und überreicht von Claus Jürgensen d[en] 19 Sept[ember] 1842.

Dokument 4

Von Claus Jürgensen handschriftlich niedergelegte Schulordnung der Landwirtschaftlichen Lehranstalt in Oersberg. 1. Februar 1844 (LAS Abt. 168 Nr. 732).

Provisorisches Regulativ der Schleswig-Holsteinischen höheren Landvolksschule zu Töstrup in Angeln 1844.

Zweck der Anstalt

§ 1

Vorzugsweise dem Landwirthschaft treibenden Publicum der Herzogthümer Schleswig und Holstein es möglich zu machen, seinen erwachsenen Söhnen eine, den Zeit-, Orts- und Berufsverhältnissen angemessene Bildung angedeihen zu lassen. - Also sowohl eine allgemeine Kraftentwicklung des ganzen Menschen, als auch eine theoretisch practische, landwirthschaftliche Gewerbsbildung und sonstige Befähigung für das staatsbürgerliche Leben zu Tage zu fördern, ist Zweck dieser Anstalt.

Ort und Local

§ 2

Genannten Orts im Dorfe Örsberg wird das Gebäude errichtet und circa 14 Tage vor Michaelis fertig sein. Die Räumlichkeit ist vorläufig auf zwei Klassen- oder Schullocale für ungefähr hundert Zöglinge, auf drei Stuben für eben so viele Lehrer, ein Naturalien-Kabinet, ein Conferenzzimmer, Logis und Schlafzimmer - zellenartig durch Bretterwände von einander geschieden, für die in der Anstalt beköstigten Eleven - für ungefähr fünfzig Eleven, einen Speisesaal, eine Krankenstube etc. berechnet.

Fernere Einrichtung

§ 3

Damit alles mit practischer Gründlichkeit aufgefaßt werde, so sind durch besondere Uebereinkunft drei - vierhundert Heitscheffel Landes für Versuche und practische Uebungen der Zöglinge, dieser Anstalt zur Verfügung gestellt; und werden sie im Freien stets wenigstens von einem tüchtigen Lehrer draußen practischen Unterricht erhalten. Die Eleven werden also alles in der Wirklichkeit selbst sehen, angreifen, prüfen und bis zur Fertigkeit üben; - weiter aber nicht, also nicht arbeiten um für andere zu erwerben, als woran so manche Anstalten der Art in Deutschland kränkeln, sondern nur um Fertigkeit darin sich anzueignen, und wird also diese Einrichtung dem Gesamtzweck der Anstalt nur förderlich sein können - den Versuchen, Operationen an Vieh etc. mit beiwohnen, um solche wo möglich auch selbst verrichten zu können, über alles genau Buch führen lernen, um so überall selbst der Mann zu sein.

Anmeldungen

§ 4

Alle direct oder indirect schon beschafften, aber nicht bestimmt angenommenen Anmeldungen müssen wiederholt werden. Alle zu machenden Anmeldungen aber sind mit einem Zeugnisse über ihre Confirmation und Aufführung bei der Herrschaft zu versehen, wo sie das letzte halbe Jahr außer dem Elternhause sich aufgehalten. Die Anmeldungen, die zum 1. August geschlossen sind, sind frankirt an den Unterzeichneten, über Schleswig mit dem Rundhofer Boten, über Flensburg mit dem Cappeler Fuhrmann, beides abzugeben beim Herrn Gastwirth Walter in Arrild, und über Cappeln beim Herrn Kaufmann Desler abzugeben. Auch nehmen gefällig mündlich oder schriftlich Anmeldungen an: die Herren Kirchner in Oersberg, Leu in Atzbüll, Jensen in Sörup, Otsen zu Schwensbye, Petersen in Kius, Carstensen auf Bonsbüll, Jensen auf Tröggebye, Schmidt zu Bünderies.

§ 5

Sollte aber vor letzterem Datum (d. 1. August) die Anstalt keine mehr fassen können, so wird dies im Itzehoer Wochenblatt bekannt gemacht. Gedruckte Bescheinigungen der eingegangenen Anmeldungen etc. werden gleich retendirt.

Aufnahme

§ 6

Die Aufnahme von Zöglingen geschieht zum ersten Mal Michaelis d.J. und so in jedem Jahre in der Regel diese Zeit und ist dazu erforderlich, daß sie wenigstens das sechszehnte Jahr zurückgelegt haben und confirmirt sind. Jedes wird dringend gewünscht, daß sie, wenn es sein kann, möglichst practische Fertigkeit in der Handhabung der hier gewöhnlichen landwirthschaftlichen Werkzeuge besitzen, also wenigstens 18-20 Jahr und darüber alt sind.

Anmerkung: Daß sie um von der Anstalt den möglichst größten Nutzen zu haben, frei sein müssen von auffallenden körperlichen und geistigen Gebrechen, ist selbstverständlich.

§ 7

Der Cursus ist auf zwei Jahre berechnet, sollten aber aus Gründen die Anmeldungen nur auf ein Jahr, oder ein halb Jahr - etwa das Winterhalbjahr - sich erstrecken, so ist das, wo möglich, gleich bemerklich zu machen, und werden die Unterrichtsgegenstände nach Stoff und Form darnach gestellt. Jedoch ist sehr zu wünschen, daß vollständig zwei Jahre die Anstalt frequentirt würde, und allenfalls noch - bei günstigen Verhältnissen - zur mehreren Befestigung, noch ein Winterhalbjahr. Auch könnten ja Jünglinge bei der Aufnahme wirklich so gut vorbereitet eintreten, daß nach einjährigem Aufenthalt hieselbst sie zum Abgangsexamen mit Zuversicht sich stellen könnten. Auch könnte in besonderen Fällen der Eintritt vierteljährlich geschehen.

§ 8

Daß die Söhne derjenigen, welche diese Anstalt werthtätig unterstützt haben, so wie etwa bei Hausthierveredlungen, unentgeltlicher Ueberlassung von Obstbäumen aus der Baumschule etc. bei ihrem Abgange, so auch bei der Aufnahme bevorzugt werden, ist selbstverständlich.

Aufnahmeprüfung

§ 9

Da von vorne herein erklärt wird, daß wir den Mann fürs Leben - es macht immer größere Ansprüche - nicht bloß zwischen vier Wänden bilden zu können für möglich halten, so wird auch diese Aufnahmeprüfung sich erstrecken :

- 1) über alle auf die Landwirthschaft bezügliche mechanische Handgriffe und Fertigkeiten.
- 2) auf die Schulkenntnisse; daß sie
 - a) das Wichtigste der christlichen Religion gelernt und behalten haben,
 - b) mit den persönlichen Rechnungsarten bekannt sind;
 - c) ein einfaches Schreiben stilisiren können;
 - d) einige Kenntniss der deutschen Sprache besitzen.
- 3) auf die Fertigkeiten, nemlich
 - a) fertiges Lesen des Gedruckten und Geschriebenen;
 - b) aufs Schreiben, wenn auch nicht mit geläufiger Fertigkeit, so doch leserlich;
- 4) vorzüglich aber und vor allen Dingen intellectuelle Geisteskraft, also, wenn auch die Gelegenheit einer rationellen Ausbildung gefehlt hat, so doch ein gesunder natürlicher Menschenverstand. Nur ersichtlicher Mangel an Judicium und augenfälliger Stumpsinn würden die Aufnahme unmöglich machen.

Lehrpersonal

§ 10

Es sind drei ordentlich angestellte Lehrer erforderlich erachtet, denen noch die nöthigen Hülfslehrer beigeordnet werden. In letzterer Eigenschaft wird z.B. ein Thierarzt, wie in andern Sachen seines Fachs, so auch im regelrechten Fahren, Reiten etc. unterrichten; ein Anderer vom Fache wird unterrichten im Zeichnen, Rissmachen von Gebäuden, landwirthschaftlichen Werkzeugen etc. Ein Rechtskundiger wird einen vaterländischen Rechtskatechismus commentiren. Ein festangestellter, sich dazu eignender Philolog, wird in der Botanik, Agriculturchemie etc. unterrichten. Der unterzeichnete Leiter dieser Anstalt wird, soweit in seinen Kräften steht, an dem Unterrichte selbst thätigen Antheil nehmen, und überhaupt mit Zuziehung der intelligentesten Männer solche Lehrer wählen, die ihre Aufgabe zu lösen und unsere Zeit nach ihren geeigneten Forderungen zu würdigen wissen. Diese festangestellten Lehrer haben nicht allein abwechselnd, den Privatfleiß wenigstens der Institutseleven zu forciren, Nachhülfe zu leisten - sondern auch ihre anderweitige Haltung, Umgangsgewandtheit und sittliches Betragen zu beobachten. Jedoch wird stets in geselliger ungezwungener Munterkeit mehr der Freund, als der Herr durchschimmern. Ein ähnliches Verfahren wird von den Lehrern des practischen Theils im Freien beobachtet werden.

Unterrichtsgegenstände

§ 11

Soll dem Leben die rechte Richtung gegeben, soll auch diese Anstalt für mehr als für das Leben wirken, soll nicht gerechnet werden, ohne mit steter Hinsicht aufs Facit (dauernde Menschenbeglückung); soll die Anstalt nicht ein Zwiespalt mit diesem und im Widerstreit mit dem Höheren stehen, so stehe auch aus diesem und keinem anderen Grunde, hier obenan:

- 1) christliche Religionslehre, mit ihren Hilfswissenschaften Kirchen-, Religions- und biblische Geschichte verbunden;
- 2) Naturkunde
 - a) Naturlehre nach ihrer bildenden Kraft und ihrem großen materiellen Werth;
 - b) Naturgeschichte - Erdarten, Erdmischung, Untergrund, Wasserhaltigkeit, kurz Bodenkunde und Bodencultur, allgemeine Pflanzenlehre und besondere Botanik der Cultur- etc. Pflanzen, Obst-Garten- und

Waldbau; Thierzucht (Zeugungsgesetze), Thierveredlungskunde; Kenntniss der Vorzüge, (Exterieur) Ursachen, Heilung der Fehler, Gebrechen und Krankheiten, Pflege etc. der landwirthschaftlichen Haus-thiere.

- 3) Theorie der Landwirthschaft, so wie auch manches über Oeconomie und Hauswirthschaft - meistens dictirt.
- 4) Deutsche Sprache - in und außer dem Unterrichte, stets mündlich, im Umgange zur fertigen Geläufigkeit geübt, und im schriftlichen gewandten Gedankenausdruck Correctheit erstrebt; Geschäftsstyl.
- 5) Geschichte - erst der nächsten Umgebung (Angelns) Schleswig-Holsteins, Dänemarks in ihren Beziehungen auf andere; dann Geschichte Deutschlands; dann das Wissenswürdigste aus der allgemeinen Weltgeschichte.
- 6) Vaterlandskunde - nach geographischen, gesetzlichen, merkantilistischen, landwirthschaftlichen und überhaupt den statistischen Verhältnissen.
- 7) Geographie, mathematische, physische und politische.
- 8) Rechnen - vorzüglich auf landwirthschaftliche Buchführung, Geldkunde und practisches Landmessen angewandt - Arithmetik, Geometrie und Stereometrie.
- 9) Seelenlehre, mit Denklehre - Logik - verbunden, und Körperlehre.
- 10) Lesen der gedruckten und verschieden geschriebenen lateinischen und deutschen Schrift.
- 11) Uebungen im freien Vortrage gebundener und ungebundener Reden - auch öffentlich freie Gedanken frei, klar und anständig auszudrücken.
- 12) Notensingen (Liedertafel, Singereien).
- 13) Schönschreiben, Zeichnen und Reißern.
- 14) Anstandslere und Gymnastik - Baden und Schwimmen - unter Aufsicht.

Anmer[kung; d. Verf.] 1. Dem dies zuviel, der bedenke, daß nur das Wissenswürdigste aus jeder Wissenschaft sorgfältig dem Bedürfnis gemäß ausgewählt wird; dem dis zu wenig, der Astronomie, dänische Sprache etc. vermissen möchte: dem sei gesagt, daß selbst auch zur Nothdurft mancher Lichtstrahl darin durchdringen werde, welches des Verzeichneten aber wohl fehlen könne um diesem Platz zu machen? Auch werden wir zum Heile des Vaterlandes eifrigst uns bemühen, mehr zu leisten als versprochen, und wird zu dem Ende namentlich mit der Theorie der Landwirthschaft die Praxis verbunden sein.

Anmer[kung; d. Verf.] 2. Sollte Jemand privatim etwa in Sprache, Musik etc. Unterricht erwünschen, so ist auch dazu Gelegenheit.

§ 12

Eine Stundentabelle werden die Anmeldungen und Prüfungen ergeben, so wie auch das Wie? im Vortrage dieser Gegenstände eine eigene Abhandlung darthun wird.

Honorar

§ 13

Für jeden Eleven wird jährlich ein Schulgeld entrichtet; wenn unter 40 sind: 24 R[eichsthaler; d. Verf.] Cour[ant; d. Verf.], wenn 41-70 Schüler 20 R[eichsthaler; d. Verf.] Cour[ant; d. Verf.], wenn 71-100 dann 16 R[eichsthaler; d. Verf.] Cour[ant; d. Verf.]. diejenigen, die in der Anstalt logirt und beköstigt zu werden wünschen, geben für Logis, Kost, Erleuchtung und erwärmung ihrer Stuben, je nachdem mehr oder weniger Kammern 50 bis 60 R[eichsthaler; d. Verf.] Cour[ant; d. Verf.]. Das Schulgeld wird halbjährlich und das Kostgeld wird halbjährlich pränumerando entrichtet. Beim Eintritt zahl' jeder einen Reichsthaler für Bibliothek, landwirthschaftlichen und andere Apparat. Jeder hält sich selbst ein Bett, oder nach selbst zu treffender Uebereinkunft alle zwei Mann eins. Rückzahlung des einmal entrichteten Geldes findet nicht statt; jedoch wird billige Berücksichtigung des Verhältnisses auch hier vorherrschen.

Disciplin

§ 14

Wenns hier keine großen Dörfer giebt, wo Lustbarkeiten, Trunk und sonstige Ausschweifungen an der Tagesordnung sind, wenn es gegentheils hier eine sehr ehrenwerte Umgebung von Landbesitzern giebt, wo Jünglinge - dort event.[ualiter; d. Verf.] in die Kost gegeben - schon so zur Ordnung und Sittlichkeit geleitet würden, so ist vorzugsweise in der Anstalt alles darauf berechnet, daß Sinn und Herz veredelt werde, durch erwärmende Religionsvorträge in Schule und jetzt vorzüglich auch in Kirche - nach dem Zeugnis der hohen Herren Vorgesetzten hat diese Töstruper Gemeinde den Sinn für Kirchlichkeit und Bildung überhaupt, bewahrt und erhöht - , durch stete Hinleitung zur Ehrbarkeit, Sittlichkeit, zu Ordnung und Fleiß. Sollten aber des ungeachtet, Zöglinge sich gegen Anstand, vorgeschriebene Ordnung und gute Sitten störrig, unfleißig oder sonst unanständig und anstößig betragen: so tritt unverweilt eine demgemäße strenge Rüge in, welche Erstehen möchte in mißbilligender Miene des Lehrers, in ernster, jedoch liebevoller Mahnung und Zurechtweisung, denn Verweise, erst für sich, denn vor der Lehrerconferenz - Einzeichnung ins Conferenz-Protocoll - Tadel in das Zeugniß an die Eltern etc. Wenn aber alles fruchtlos, wohl gar für den guten Geist und Ruf der Anstalt gefahrdrohend, denn Entfernung von der Anstalt.

Ferien

§ 15

In Betracht, daß zur Saat- und Erntezeit gerade für den practischen Theil vom Unterrichte am meisten dasjenige vorkommt, was Vielen noch so sehr Noth thut - das rationelle verstandesmäßige Verfahren sich anzueignen - so haben wir uns nicht veranlaßt finden können, Ferien in diese Zeit fallen zu lassen; wenigstens für diejenigen nicht, welche

nicht schon die nöthige Gründlichkeit in und mit der Gewandheit in diesen Dingen sich angeeignet haben. Ist das aber, so könnten auch, etwa für Söhne von Witwen etc. Ausnahmen verstattet werden. Für regelmäßige Ferien sind indeß bestimmt: 8 Tage in den Weihnachten, 8 Tage in den Ostern und 14 Tage in den Hundstagen. Diese und auch andere Tage können unter Begleitung wenigstens eines Lehrers zu landwirthschaftlichen Reisen benutzt werden, um event. (ualiter; d. Verf.) auch (Sandgegend ist hier nicht weitere Entfernung) mit der Bewirthschaftung der Marsch bekannt zu werden.

Beaufsichtigung der Anstalt

§ 16

Das Gottorfer Kirchenvisitorium wird ersucht, auch diese Anstalt, etwa am Kirchenvisitationstage zu inspiciere, wenn nicht etwa dem Amthause dahin bezügliche besondere Anträge sollten gemacht werden.

Klassenprüfung

§ 17

Diese wird halbjährlich, vor einer sich dazu bildenden Commission Ostern und Martini statt finden.

Abgangsprüfung

§ 18

Wer die erforderliche Zeit da gewesen, sich wenigstens gehörig vorbereitet glaubt, um zum Abgangsexamen sich zu melden, der wird in der Woche vor Michaelis sich vor ein Examinationscollegium - bestehend aus wenigstens einem Lehrer der Anstalt und aus intelligenten, fachkundigen Männern Schleswig-Holsteins - zu stellen haben.

§ 19

Das Examen (mit der Zeit ein geregelt Verwalterexamen?) zerfällt ins theoretische in der Klasse mündlich und schriftlich; und ins practische Examen draußen im Freien.

§ 20

Der Ausfall des Examens, wie das Schulprotocoll über Klassenprüfungen, Fleiß etc. ergeben das Zeugniß. Wer nun bloß ein allgemeines Zeugniß wünscht, erhält dies in mehr allgemein gefaßter Form, wer aber ein genaueres Attestat - einen Character - detaillirt angegeben wünscht - erhält dies etwa nach folgenden Abstufungen: ausgezeichnet geschickt - vorzüglich geschickt - sehr geschickt - geschickt - größtentheils geschickt - zum Theil geschickt - nicht ungeschickt, und zwar in drei Characteren. Wer aber, wie gesagt, dies zu seinem Fortkommen nicht erforderlich erachtet, erhält über Fleiß, Geschicklichkeit und Aufführung ein allgemeines Zeugniß.

Nachwort

Und nun, Ihr threue alle im Schleswig-Holsteinischen Vaterlande, der dies treibt und schreibt, er meint nicht sich, er meint sein Vaterland. Euch Vätern dies. Kennt ihr die mahnenden Zeichen der Zeit? Dann werdet ihr den Sohn von den Wellen einer tiefbewegten Zeit, wie von tosender Meereswoge nicht dahin und daher schlagen lassen, ihr reicht ihm den sichernden Anker der Lebenskenntniß - Erkenntniß! "Dies wird mir schwer - er ist kostbar da! Der Sohn wird mir unentbehrlich." Denn grade laß' ihn ziehen, glaube, Kenntniß ist Vermögen! Und Geld? - Glaub': wenn in fast allen Fällen dein Sohn im ersten Jahr, wo er zurückgekehrt, durch freies, emsiges Streben die großen zweijährigen Kosten dir reichlich nicht einbrächte, wär' Schreiber schlecht zufrieden. Da zweifelst du kopfschüttelnd - doch bitte: komm' und hör' und sieh! Und gehst du denn nicht überzeugt von dannen? So schelte laut: "Großsprecherei!" Die wahre Bildung hat noch einen höhern Werth! Doch --

Auch Euch Jünglingen ein ernstes prosaisches Wort. Wenn Euer Haus sich einig ist, wenns glaubt: "Könnt wol nicht schaden. Zeuch Sohn, zeuch Bruder hin auf schöne Angler Fluren! "Denn hör' erst Recht auf mein Wort: Wer nicht herzieht mit felsenfesten Vorsatz, mit wirklicher Begierde, mit Anstrengung und vollem Ernste zu lernen; sich mit allem Eifer zu bilden fürs Leben um glücklich zu sein und zu beglücken, der bleibe lieber noch daheim. Denn fröhlich hat der Umgang mit so vielen, oft geistverwandten Jünglingen - deinesgleichen - viel erfahren Angenehmes. Glaubst Du aber hier bloß zu flattiren - zu junkeriren oder dergleichen, um, wenn du wieder zurückkehrst, geehrt und geachtet zu werden in deiner Heimath: denn bitt' ich dich noch ein Mal - denn des Fürsten und Schleswig-Holsteins scharfe Augen sehen auch auf uns! - bleib' lieber dort! Lebst nicht für unser Leben!!

Oersberg, den 1. Febr.[uar; d. Verf.] 1844. Jürgensen

Dokument 5

Satzung des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein.

14. Juni 1905. (Satzung des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein. Heide 1905.)

Errichtung.

§ 1. Der unter dem Namen Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein errichtete Verein hat seinen Sitz in Kiel und soll in das Vereinsregister eingetragen werden.

§ 2. Zweck des Vereins ist, in Schleswig-Holstein das Bildungswesen auf dem Lande zu fördern, insbesondere durch Errichtung ländlicher Volkshochschulen.

Mitgliedschaft.

§ 3. Die Mitgliedschaft können jeder unbescholtene, großjährige Deutsche, sowie Korporationen und Vereine, welche in Schleswig-Holstein ihren Sitz haben, erwerben.

§ 4. Zum Erwerb der Mitgliedschaft bedarf es einer von dem Beitretenden abzugebenden Erklärung des Beitrittes und

eines Aufnahmebeschlusses des Vorstandes. Lehnt der Vorstand die Aufnahme ab, so kann der Abgewiesene Berufung an den Beirat ergreifen, der endgültig entscheidet.

§ 5. Vom Vorstande ist ein Mitgliederverzeichnis zu führen, in das jedes Mitglied sofort einzutragen ist.

Ausscheiden einzelner Mitglieder.

§ 6. Jedes Mitglied hat das Recht, mittelst Aufkündigung seinen Austritt aus dem Verein zu erklären. Die Aufkündigung findet nur zum Schlusse eines Geschäftsjahres statt. Sie muß mindestens 3 Monate vorher schriftlich erfolgen.

§ 7. Auf Antrag des Vorstandes oder mindestens dreier Mitglieder des Beirates kann der Beirat in gemeinschaftlicher Sitzung mit dem Vorstande beschließen, daß ein Mitglied auszuschneiden habe, wenn es

1. den Bestrebungen des Vereins zuwider handelt,
2. die satzungsmäßigen oder sonstigen dem Verein gegenüber eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt oder verletzt,
3. zahlungsunfähig oder entmündigt wird,
4. zu entehrenden Freiheitsstrafen rechtskräftig verurteilt ist.

Die Ausschließung erfolgt zum Schlusse des Geschäftsjahres. Der Beschluß ist dem Ausgeschlossenen sofort durch eingeschriebenen Brief mitzuteilen. Vom Zeitpunkte der Absendung solcher Mitteilung kann das Mitglied nicht mehr an einer Mitgliederversammlung teilnehmen, auch nicht mehr Mitglied des Vorstandes, des Beirates oder eines Ausschusses sein.

§ 8. Im Falle des Todes eines Mitgliedes gilt dieses als mit dem Schlusse des Geschäftsjahres, in dem der Tod erfolgt ist, ausgeschieden. Bis zu diesem Zeitpunkte wird die Mitgliedschaft des Verstorbenen durch dessen Erben fortgesetzt.

§ 9. Das ausscheidende Mitglied hat die ihm bis zu seinem Ausscheiden obliegenden Beiträge zu zahlen. An das Vermögen des Vereins hat es keinen Anspruch.

Rechtsverhältnis des Vereins und seiner Mitglieder.

§ 10. Das Rechtsverhältnis des Vereins und seiner Mitglieder richtet sich nach den diesbezüglichen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und dieser Satzung.

§ 11. Jedes Mitglied hat das Recht,

1. in der Mitgliederversammlung zu erscheinen und an den Beratungen, Beschlußfassungen und den Wahlen nach Maßgabe der Geschäftsordnung teilzunehmen,
2. die Einrichtungen des Vereins nach Maßgabe der dafür von der Mitgliederversammlung festzusetzenden Bestimmungen zu benutzen,
3. die Veröffentlichungen des Vereins zu den festgesetzten Bedingungen zu beziehen.

§ 12. Jedes Mitglied hat die Pflicht:

1. den Bestimmungen dieser Satzung und der auf Grund derselben zu erlassenden Geschäftsordnung nachzukommen.
2. Den Bestrebungen und den Beschlüssen des Vereins und seiner Vertretung nicht zuwider zu handeln,
3. die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Jahresbeiträge und sonstigen Beiträge innerhalb der festgesetzten Frist zu bezahlen.

Verwaltung des Vereins.

§ 13. Die Verwaltung des Vereins geschieht durch

1. den Vorstand,
2. den Beirat,
3. Ausschüsse für bestimmte ihnen durch die Mitgliederversammlung zugewiesene Sachgebiete,
4. die Mitgliederversammlung.

Vorstand.

§ 14. Der Verein wird durch den Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Der Vorstand hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters; er führt die gesamte laufende Verwaltung. Der Umfang seiner Vertretungsvollmacht ist nach außen unbeschränkt. Es wird ihm indessen zur Pflicht gemacht, bei dem Erwerb und der Veräußerung von Grundstücken sowie bei der Übernahme wiederkehrender Verpflichtungen die Genehmigung des Beirates einzuholen. Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern, von denen je eins die Geschäfte eines Vorsitzenden und eines Geschäftsführers hat. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von fünf Jahren gewählt. Jedes 5. Jahr, und zwar mit dem Tage der ordentlichen Mitgliederversammlung, scheiden die 5 Vorstandsmitglieder aus; Wiederwahl ist zulässig.

Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit aus, so ist in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ersatzwahl auf den Rest der Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen. Der Beirat ist ermächtigt, eins seiner Mitglieder mit der vertretungsweisen Besorgung von Vorstandsgeschäften bis zur Ersatzwahl zu bestellen. Den Mitgliedern des Vorstandes kann für ihre Mühewaltung eine vom Beirate zu bestimmende Vergütung gewährt werden. Außerdem erhalten die Mitglieder des Vorstandes neben dem Ersatz der baren Auslagen eine von der Mitgliederversammlung festzusetzende Vergütung der Zeitversäumnis (Tagegelder).

§ 15. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins unter Beachtung der satzungsmäßigen und gesetzlichen Bestimmungen nach Maßgabe der ihm erteilten Dienstanweisung und der sonstigen Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

§ 16. Die Erledigung der dem Vorstande obliegenden Geschäfte erfolgt auf Grund von Beschlüssen, welche in Vorstandssitzungen gefaßt werden. Die Sitzung ist schriftlich unter Angabe der Tagesordnung zu berufen. Beschlüsse

über Gegenstände, die nicht auf der Tagesordnung stehen, haben nur dann Gültigkeit, wenn sie ohne Widerspruch gefaßt sind, und wenn die etwa abwesenden Mitglieder des Vorstandes auf Anfrage ausdrücklich ihre Zustimmung erklären. Im übrigen entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder. Ein Vorstandsmitglied ist nicht stimmberechtigt, wenn die Beschlußfassungen die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit ihm oder die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreites zwischen ihm und dem Verein betrifft.

Die Beschlüsse des Vorstandes sind in ein mit Seitenzahlen zu versehenes Protokollbuch einzutragen. Auch ohne Vorstandssitzung ist ein Beschluß gültig, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu demselben schriftlich erteilen.

§ 17. Die Willenserklärung im Namen des Vereins erfolgt durch ein Vorstandsmitglied und zwar, indem dasselbe zum Namen des Vereins seine Namensunterschrift hinzufügt.

Beirat.

§ 18. Der Beirat hat den Vorstand in seiner Geschäftsführung zu beaufsichtigen und zu beraten. Seine Verpflichtungen regeln sich nach der von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Dienstanweisung.

§ 19. Die Zahl der Mitglieder des Beirats wird durch Beschluß der Mitgliederversammlung festgestellt; sie soll nicht weniger als neun betragen.

§ 20. Die Mitglieder des Beirats werden in der Mitgliederversammlung gewählt. Die Amtsdauer beträgt drei Jahre. Jedes Jahr scheidet mit dem Tage der ordentlichen Mitgliederversammlung der dritte, und zwar der dienstälteste Teil der Beiratsmitglieder aus. In den ersten Jahren entscheidet über das Ausscheiden das Los. Wiederwahl ist zulässig.

§ 21. Den Mitgliedern des Beirats kann durch die Mitgliederversammlung neben Ersatz der baren Auslagen eine Vergütung für Zeitversäumnis (Tagegelder) gewährt werden. Im übrigen verwalten sie ihr Amt als Ehrenamt.

Ausschüsse.

§ 22. Für die Bearbeitung besonderer Aufgaben werden durch die Mitgliederversammlung Ausschüsse gebildet, deren Zusammensetzung und Geschäftsführung durch besondere Dienstanweisung geregelt wird.

Mitgliederversammlung.

§ 23. Die Angelegenheiten des Vereins werden, soweit sie nicht durch diese Satzung und die auf Grund derselben zu erlassenden Geschäftsordnung und Dienstanweisungen dem Vorstande, dem Beirat oder den Ausschüssen überwiesen sind, durch Beschlußfassung in der Mitgliederversammlung geordnet. Insbesondere sind der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung vorbehalten:

1. Abänderung und Ergänzung der Satzung,
2. Genehmigung und Abänderung der Dienstanweisungen und Geschäftsordnung,
3. Auflösung und Liquidation des Vereins,
4. Wahl des Vorstandes, des Beirates und der Ausschüsse,
5. Enthebung von Mitgliedern des Vorstandes, des Beirates und der Ausschüsse von ihren Ämtern und Verfolgung von Rechtsansprüchen gegen solche Mitglieder,
6. Entscheidung von Streitigkeiten über die Auslegung der Satzung, der Geschäftsordnung, der Dienstanweisungen und früherer Beschlüsse der Mitgliederversammlung,
7. Entscheidung über alle Beschwerden gegen den Vorstand, den Beirat und die Ausschüsse; doch sollen Beschwerden gegen Vorstand und Ausschüsse zuvor dem Beirate zur Äußerung überwiesen werden,
8. Genehmigung der Jahresrechnung und Festsetzung der Mitgliederbeiträge,
9. Entlastung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung,
10. Genehmigung zur Errichtung und Aufhebung von Volkshochschulen.

§ 24. Jedes Mitglied ist berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen. Jedes Mitglied hat eine Stimme. Wenn die Beschlußfassung die Vornahme eines Rechtsgeschäftes mit einem Mitgliede und dem Verein betrifft, so ist das Mitglied nicht stimmberechtigt. Sonderrechte eines Mitgliedes können nicht ohne dessen Zustimmung durch den Beschluß der Mitgliederversammlung beeinträchtigt werden. Mitglieder können, soweit es sich um physische Personen handelt, ihr Stimmrecht nicht durch Bevollmächtigte ausüben.

§ 25. Die Mitgliederversammlung wird durch den Vorstand berufen. Die Berufung hat mindestens vierzehn Tage vor dem für die Versammlung festgesetzten Termin durch Anzeige in dem landwirtschaftlichen Wochenblatt zu erfolgen. Bei der Berufung sind die Gegenstände der Beschlußfassung anzugeben. Über Gegenstände, die in der Berufung nicht angekündigt sind, kann eine Beschlußfassung nur dann erfolgen, wenn von keinem der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder Widerspruch erhoben wird.

§ 26. Die ordentliche Mitgliederversammlung ist innerhalb der ersten sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres zu berufen. Sie hat namentlich über die Jahresrechnung und über die Beiträge zu beraten und zu beschließen, auch die satzungsmäßig erforderlichen Wahlen vorzunehmen.

§ 27. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist zu berufen, wenn der Vorstand dies zur Erledigung dringender Angelegenheiten für erforderlich hält. Die Berufung muß ohne Verzug erfolgen, wenn der Beirat und zwei Ausschüsse unter Anführung des Zweckes und der Gründe dies verlangen. Wenn der Vorstand in einem solchen Falle nicht ohne Verzug die Versammlung beruft, hat die Berufung durch den Beirat zu erfolgen.

§ 28. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Vorsitzende des Vorstandes. Ist dieser verhindert, oder ist die Versammlung vom Beirat berufen, so hat der Beirat den Vorsitzenden zu bestimmen. Der Vorsitzende ernennt die

erforderlichen Schriftführer und Stimmzähler.

§ 29. Die Wahlen sind durch Stimmzettel vorzunehmen, wenn nicht aus der Versammlung heraus die Wahl durch Zuruf beantragt und widerspruchlos gutgeheißen wird. Alle anderen Abstimmungen erfolgen durch Aufstehen und Sitzenbleiben oder Handaufheben.

§ 30. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der anwesenden Mitglieder erforderlich. Zur Änderung des Zweckes des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muß schriftlich erfolgen; die Zustimmung gilt als erteilt, wenn auf einen diesbezüglichen eingeschriebenen Brief nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen eine widersprechende Äußerung erfolgt.

§ 31. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in ein mit Seitenzahlen versehenes Protokollbuch einzutragen und vom Vorsitzenden und den Schriftführern zu unterzeichnen.

Geschäftsbetrieb.

§ 32. Über Einrichtung, Ausdehnung und Beschränkung des gesamten Geschäftsbetriebes hat die Mitgliederversammlung zu beschließen und seine Geschäftsordnung festzustellen.

Rechnungswesen.

§ 33. Das Geschäftsjahr fällt mit dem Kalenderjahr zusammen. Das erste Geschäftsjahr läuft vom Tage der Errichtung des Vereins bis zum 31. Dezember 1905. Der Vorstand hat sofort nach Beendigung des Geschäftsjahres den Vermögensstand des Vereins festzustellen und die Geschäftsbücher abzuschließen.

§ 34. Rechtzeitig vor der ordentlichen Mitgliederversammlung ist dem Beirat oder den von ihm dazu ausdrücklich beauftragten Personen vorzulegen:

1. eine Jahresrechnung, die alle Einnahmen und Ausgaben nachweist, nebst den dazu vorhandenen Belegen,
2. ein Vermögensnachweis, welcher alle vorhandenen Vermögensteile und Forderungen sowie alle vorhandenen Schulden nachweist.

Auflösung und Liquidation.

§ 35. Die Auflösung und Liquidation erfolgen nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches. Über die Verwendung des bei der Auflösung etwa vorhandenen Vereinsvermögens beschließt die Mitgliederversammlung. Festgestellt in der Begründungsversammlung Neumünster, am 14. Juni 1905.

v. Rumohr, v. Heintze, K. Gloy, H. Frandsen, Fr. Lembke, Dr. Schütt, Dr. L. Ahlmann.

Der Verein für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein in Kiel ist heute unter Nr. 66 in das Vereinsregister eingetragen. Kiel, den 15. September 1905. Königliches Amtsgericht, Abt. 14.

Dokument 6

Satzung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins.

15. Juni 1905 (LAS Abt. 301 Nr. 2361).

§ 1. Der Verein führt den Namen: Nordschleswigscher Volkshochschulverein, hat seinen Sitz in Tingleff und soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts in Tondern eingetragen werden. Der Verein hat den Zweck der Gründung und Unterhaltung von deutschen Volkshochschulen in Nordschleswig zunächst in Tingleff für Mädchen.

§ 2. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme seitens des Vorstandes, welcher darüber endgültig entscheidet. Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar und nicht vererblich. Die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte kann nicht einem anderen übertragen werden. Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Schluß des Kalenderjahres erfolgen und ist spätestens acht Tage vorher dem Vorstände anzuzeigen. Mitglieder, welche im Konkurse sind oder entehrende Strafen erlitten haben, können durch die Mitglieder-Versammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ausgeschlossene Mitglieder verlieren, ebenso wie die ausgetretenen alle Rechte am Vereinsvermögen.

§ 3. Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag von mindestens drei Mk. zu zahlen; die Erhebung des Jahresbeitrages soll in der Regel im Januar erfolgen. Die Mitglieder sind berechtigt, anstelle der Jahresbeiträge einen einmaligen Betrag von mindestens 50 Mk. (fünfzig Mark) zu leisten.

§ 4. Diese Mitgliederbeiträge sind zur Deckung der Kosten der Schuleinrichtungen bestimmt. Außerdem ist für jede Schülerin oder jeden Schüler ein Schulgeld zu erheben. Die Höhe des Schulgeldes bestimmt die Mitgliederversammlung.

§ 5. Die Angelegenheiten des Vereins werden, soweit sie nicht der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung ausdrücklich vorbehalten sind, von dem Vorstände besorgt. Der Vorstand hat alle Anordnungen zu treffen, die für Einrichtung und Unterhaltung eines ordnungsmäßigen Betriebes der Volkshochschulen erforderlich sind. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters.

§ 6. Der Vorstand besteht aus 5 Mitgliedern: dem Vorsitzenden, dem Schriftführer, der zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden ist, dem Kassensführer und dessen Stellvertreter, sowie dem Stellvertreter des Schriftführers. Die Bestellung des Vorstandes erfolgt durch die Mitglieder-Versammlung auf je drei Jahre. Scheidet während dieser Zeit ein Vorstandsmitglied aus, so wählt der Vorstand aus der Zahl der Mitglieder für die Zeit bis zur nächsten Mitglieder-Versammlung einen Ersatzmann.

§ 7. Der Vorstand ist zur Sitzung zu berufen, so oft die Geschäfte es erfordern. Die Berufung erfolgt durch den Vorsitzenden oder bei dessen Behinderung durch seinen Stellvertreter. Der Vorstand ist beschlußfähig, sobald drei Mitglieder desselben anwesend; er beschließt nach Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.

§ 8. Die Mitglieder-Versammlung ist regelmäßig im ersten Vierteljahr des Kalenderjahres und außerdem dann zu berufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder mindestens 20 Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Die Berufung erfolgt durch den Vorstand und zwar je nach Wahl des Vorstandes durch schriftliche Einladung oder Bekanntmachung in einer oder mehreren vom Vorstande bestimmten Zeitungen, die in Nordschleswig verbreitet sind. Diese Einladung bzw. Bekanntmachung muß, abgesehen von dringenden Fällen, mindestens 8 Tage vor der Versammlung erlassen werden und die Tagesordnung bezeichnen.

§ 9. Den Vorsitz in der Mitglieder-Versammlung führt der Vorsitzende bzw. dessen Stellvertreter. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder; doch ist zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung, des Zweckes des Vereins oder die Auflösung des Vereins enthält, eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich. Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden mindestens zehn Mitglieder anwesend sind.

§ 10. Die Beschlüsse der Mitgliederversammlung sind in ein Protokollbuch einzutragen und von dem Vorsitzenden und 2 Mitgliedern zu unterzeichnen.

§ 11. Die Mitgliederversammlung hat zu beschließen über 1. Bestellung des Vorstandes (§ 6). 2. Festsetzung des Schulgeldes (§ 4). 3. Festsetzung des Haushaltsanschlages des Vereins und Abnahme der Jahresrechnung. 4. Etwaige Aufnahme von Anleihen oder Verpflichtung des Vereins über ein Jahr hinaus. 5. Ausgaben außerhalb des Haushaltsanschlages, die den Betrag von Dreihundert Mark übersteigen. 6. Gründung neuer Volkshochschulen. 7. Satzungs-Änderungen und Auflösung des Vereins.

§ 12. Der Verein kann nur durch übereinstimmenden Beschluß zweier aufeinander folgender Mitgliederversammlungen mit drei Viertel Mehrheit aufgelöst werden. (§ 9).

§ 13. Mit der Auflösung des Vereins oder mit Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 42 Bürgerlichen Gesetzbuches) fällt dessen etwa vorhandenes Vermögen an denjenigen, welcher durch die Mitglieder-Versammlung dazu bestimmt wird. Die Liquidation erfolgt gemäß §§ 48-53 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Vorstehende Satzung ist in der Mitglieder-Versammlung am 15. Juni 1905 beschlossen worden. Die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister des Amtsgerichts Tondern ist am 27. Juli 1905 erfolgt. Der Vorstand. Rogge.

Dokument 7

Satzung des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig.

22. Januar 1919 (LAS Abt. 301 Nr. 5710).

§ 1. Der Verein führt den Namen: "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig", hat seinen Sitz in Kiel und soll in das Vereinsregister des Amtsgerichts in Kiel eingetragen werden. Der Verein bezweckt die geistige, sittliche und berufliche Förderung der Bevölkerung Nordschleswigs unter besonderer Berücksichtigung deutschvölkischer Interessen, vornehmlich durch Unterhaltung geeigneter Bildungsstätten.

§ 2. Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme seitens des Vorstandes, welcher darüber endgültig entscheidet. Die Mitgliedschaft ist nicht übertragbar und nicht vererblich. Die Ausübung der Mitgliedschaftsrechte kann nicht einem anderen übertragen werden. Der Austritt aus dem Verein kann nur zum Schluß des Kalenderjahres erfolgen und ist spätestens acht Tage vorher dem Vorstande anzuzeigen. Mitglieder, welche im Konkurse sind oder entehrende Strafen erlitten haben, können durch die Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Ausgeschlossene Mitglieder verlieren, ebenso wie die ausgetretenen alle Rechte am Vereinsvermögen.

§ 3. Die Mitglieder haben einen Jahresbeitrag von mindestens drei Mark zu zahlen. Die Erhebung des Jahresbeitrages soll in der Regel im Januar erfolgen. Die Mitglieder sind berechtigt, anstelle der Jahresbeiträge einen einmaligen Betrag von mindestens 50 Mark (fünfzig Mark) zu leisten.

§ 4. Organe des Vereins sind:

a) der Vorstand, b) der Verwaltungsrat, c) die Mitgliederversammlung.

§ 5. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und vier Vereinsmitgliedern, von denen je ein Mitglied als Stellvertreter des Vorsitzenden in Behinderungsfällen, als Schriftführer und als Rechnungsführer bestellt wird. Die Wahl des Vorstandes erfolgt durch die Mitglieder-Versammlung auf je drei Jahre. Scheidet während dieser Zeit ein Vorstand-Mitglied aus, so wählt der Vorstand aus der Zahl der Mitglieder für die Zeit bis zur nächsten Mitgliederversammlung einen Ersatzmann.

§ 6. Der Vorstand führt die gesamte Verwaltung der Vereinsgeschäfte. Er hat die Vereinsbeschlüsse auszuführen, das Vereinsvermögen zu verwalten und die Aufsicht über die Vereinsschulen zu führen. Der Vorstand vertritt den Verein gerichtlich und außergerichtlich; er hat die Stellung eines gesetzlichen Vertreters. Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen des Vorstandes, er beruft den Vorstand, so oft die Lage der Geschäfte es erfordert oder zwei Vorstandsmitglieder es schriftlich bei ihm beantragen. Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden zwei weitere Vorstandsmitglieder anwesend sind. Die Beschlüsse werden nach Stimmenmehrheit gefaßt, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Beschlüsse können auch auf schriftlichem Wege durch

Umlauf gefaßt werden. Der Vorstand ist berechtigt, den Vorsitzenden oder ein anderes Mitglied des Vorstandes zur Vornahme von Rechtsgeschäften und Rechtshandlungen jeder Art für den Verein zu ermächtigen. Urkunden, welche den Verein verpflichten sollen, sind in der Weise zu vollziehen, daß unter die Worte "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig", eingetragener Verein, die eigenhändige Unterschrift des Vorsitzenden und eines Vorstandsmitgliedes gesetzt wird. Durch so unterzeichnete Urkunden wird der Verein auch dann verpflichtet, wenn sie ohne Beschluß des Vorstandes ausgestellt sind. Die Mitglieder des Vorstandes haben Anspruch auf Ersatz ihrer baren Auslagen, die ihnen durch die Teilnahme an den Vorstandssitzungen erwachsen sind.

§ 7. Der Verwaltungsrat besteht aus:

a) dem Vorsitzenden des Vorstandes, b) einem Vertreter der Provinz Schleswig-Holstein, c) einem Vertreter der Landwirtschaftskammer der Provinz Schleswig-Holstein, d) drei Vertretern der Stadt- und Landkreise der Provinz Schleswig-Holstein, e) sechs weiteren von der Mitgliederversammlung auf je drei Jahre gewählten Mitgliedern, welche in Nordschleswig ansässig sein müssen und sich auf die jetzigen Kreise Nordschleswigs in der Weise verteilen, daß jeder der jetzigen Kreise mindestens einen Vertreter hat.

§ 8. Der Verwaltungsrat ist vom Vorsitzenden des Vorstandes nach Bedarf, mindestens aber zweimal im Jahre, zu berufen. Den Vorsitz führt der Vorsitzende des Vorstandes bzw. sein Stellvertreter. Die Stimme des Vorsitzenden gibt bei Stimmengleichheit den Ausschlag.

§ 9. Der Verwaltungsrat hat alle diejenigen Aufgaben zu erfüllen, welche nicht durch Gesetz oder diese Satzung dem Vorstände oder der Mitglieder-Versammlung vorbehalten sind. Er hat die Vereinsinteressen nach Möglichkeit zu fördern und darüber zu wachen, daß die Verwaltung und Entwicklung der Vereinsunternehmungen mit den Grundsätzen und Zielen des Vereins im Einklang steht.

§ 10. Die Mitglieder-Versammlung ist regelmäßig im ersten Vierteljahr des Kalenderjahres und außerdem dann zu berufen, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder mindestens 20 Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen. Die Berufung erfolgt durch den Vorstand und zwar je nach Wahl des Vorstandes durch schriftliche Einladung oder Bekanntmachung in einer oder mehreren vom Vorstände bestimmten Zeitungen, die auch in Nordschleswig verbreitet sind. Diese Einladung bzw. Bekanntmachung muß, abgesehen von dringenden Fällen, mindestens 8 Tage vor der Versammlung erlassen werden und die Tagesordnung bezeichnen.

§ 11. Den Vorsitz in der Mitglieder-Versammlung führt der Vorsitzende des Vorstandes bzw. dessen Stellvertreter. Bei der Beschlußfassung entscheidet die Mehrheit der erschienenen Mitglieder, bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, doch ist zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung, der Zwecke des Vereins oder die Auflösung des Vereins enthält, eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich. Die Mitglieder-Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig.

§ 12. Die Beschlüsse der Mitglieder-Versammlung sind in ein Protokollbuch einzutragen und von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer zu unterzeichnen.

§ 13. Die Mitglieder-Versammlung ist zuständig für die:

1. Wahl des Vorstandes,
2. Wahl von sechs Mitgliedern des Verwaltungsrats gemäß § 7 Ziffer e der Satzung,
3. Festsetzung des Haushaltsvoranschlages des Vereins und Abnahme der Jahresrechnung,
4. Gründung neuer und Übernahme bestehender Unternehmungen,
5. Veräußerung von Grundstücken des Vereins,
6. Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins.

§ 14. Für jede Vereinsschule sowie für jedes sonstige Wohlfahrtsunternehmen des Vereins ist ein besonderer örtlicher Verwaltungsausschuß zu bilden. Mehrere Schulen oder Wohlfahrtsunternehmungen können einem gemeinsamen Verwaltungsausschuß unterstellt werden. Für die Regelung im einzelnen ist der Verwaltungsrat (§ 7) zuständig.

§ 15. Der Verein kann nur durch übereinstimmenden Beschluß zweier aufeinander folgender Mitglieder-Versammlungen mit drei Viertel Mehrheit aufgelöst werden. (§ 11).

§ 16. Mit der Auflösung des Vereins oder mit Entziehung der Rechtsfähigkeit (§ 42 Bürgerlichen Gesetzbuches) fällt dessen etwa vorhandenes Vermögen an denjenigen, welcher durch die Mitglieder-Versammlung dazu bestimmt wird. Die Liquidation erfolgt gemäß §§ 48-53 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Vorstehende Satzung ist in der Mitglieder-Versammlung vom 22. Januar 1919 beschlossen worden. Der Vorstand gez. Schönberg Landrat, Vorsitzender.

Der Verein "Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig", Sitz Kiel, ist am heutigen Tage in das Vereinsregister unter Nr. 235 eingetragen worden. Kiel, den 11. Februar 1919. Das Amtsgericht, Abt. 16., gez. Dr. Schmidt.

Dokument 8

Entwurf eines Kulturprogramms für Schleswig-Holstein.

April 1920 (LAS Abt. 301 Nr. 1219). Mit dem von Direktor Heinrich Harms verfaßten Nachtrag zu Volkshochschulen.

Entwurf zu einem Kultur-Programm für Schleswig-Holstein.

Einleitung.

Wir müssen zu neuen Zielen, Deutschland zu einer Wiedergeburt seines Volkstums, Schleswig-Holstein zur

Neubelebung seines Stammestums, und beides ist für uns eins. Der Weg geht durch zielbewußte Kulturpolitik. Kultur ist Ausdruck eines von der Natur selber gewollten und erzeugten Lebens in geistiger Form; ihre Werte schließen Notwendigkeit ein. Ein Volk mit Kultur ist an sich lebensfähig und zukunftssicher. Danach müssen wir streben, wenn wir unsere Pflicht gegen kommende Geschlechter erfüllen wollen. Machtpolitik ohne Kulturuntergrund ist morsch und brüchig. Wirtschaftspolitik ohne Kulturideen ist gehaltlos und materialistisch. Kultur muß alle Lebensäußerungen eines Volkes tragen und erfüllen. Kulturpolitik zielt auf Wesen und Dauer und ist darum letzten Endes wichtiger und wertvoller als Macht- und Wirtschaftspolitik, wenn auch ohne diese - nicht zu leisten.

Schleswig-Holstein ist sich seines Deutschtums bewußt. Indem es seine eigene Kultur pflegt, fördert es die deutsche Gesamtkultur. Durch die Stammeskultur führt der Weg zur deutschen Wiedergeburt, wenn sie nicht Partikularismus ist. Wir sind Gegner des Partikularismus, habe er Name und Gewand, wie er wolle. Der Partikularismus bejaht sich selber unter Ausschluß der übrigen Glieder des Ganzen, wir leben für und auf das Ganze hin. Wir wollen für Kulturströme hin und wider weit die Tore nach Süden offenhalten.

Aber auch, soweit möglich und nötig, nach Norden. Wir sind von altersher die Völkerbrücke zwischen Nord- und Westgermanen. Unsere Kultur und Volksnatur enthält bedeutsame nordische Momente, die zur Bereicherung unseres und des gesamtdeutschen Wesens von Wert sind. Sie in uns umzubilden und auf deutschen Grundton umzustimmen, ist die besondere Aufgabe unseres Stammes.

Man hat dies früher verkannt. Wir haben Nordschleswig unter anderm, vielleicht wesentlich darum verloren, weil wir nicht in diesem Sinne kulturpolitisch gearbeitet haben. Jetzt droht unserer Heimat die Gefahr, daß in Ringen ohne Ende zu immer weiterer Verschiebung unsrer Nordgrenze einsetzt. Nur eine starke deutsch-schleswig-holsteinische Kultur kann den festen Halt auch gegen andere drohende Einflüsse von Osten und Westen her geben.

In diesem Sinne haben wir, die Unterzeichneten, uns zusammengefunden. Wir haben am 31. März ds. Js. in Rendsburg getagt, um gemeinsam zu beraten, was not sei, um das Geistesleben unsers Landes zu heben. Als Hauptsache ward die Förderung der produktiven Kräfte des Landes erkannt, deren Not nach dem allgemeinen Zusammenbruch besonders groß ist.

Ein Ausschuß (Vorsitzender Dr. **Sauer mann**, Dr. **Ewoldt**, Professor **Mensing**, Gutsbesitzer **v. Hedemann-Heespen**, Landrat Dr. **Pauly** und Oberlehrer **Tränckner**) ward mit der Führung der Geschäfte beauftragt.

Wir unterbreiten hiermit der Oeffentlichkeit unsere Vorschläge, die zwar nicht die schleswig-holsteinische Gesamtkultur, aber doch wesentliche Teile derselben umfassen, und wünschen, daß eine lebhaft erörterung derselben mitwirke zur Wiederbelebung unseres schlafenden Stammesbewußtseins.

Dr. jur. **Ludwig Ahlmann**, Kiel. Intendant Dr. **Max Alberty**, Kiel. Dr. **Karl Alnor**, Flensburg. Landesrat **Billian**, Kiel. Goldschmied **Bödewadt**, Tondern. **Jakob Bödewadt**, Schleswig. Oberbibliothekar Dr. **Dinse**, Kiel. Dr. **Emeis**, Rendsburg. Dr. **Ewoldt**, Sonderburg. Direktor **Harms**, Mohrkirch-Osterholz. **v. Hedemann-Heespen**, Deutsch-Nienhof. Rechtsanwalt Dr. **Kähler**, Kiel. Museumsdirektor Dr. **Knorr**, Kiel. F. **Kordts**, Neumünster. Landrat Dr. **Kracht**, Heide i./Holst. Schriftleiter **Iven Kruse**, Kiel. Direktor **Lennartz**, Kiel. Professor Dr. **Mensing**, Kiel. Stadtbauinspektor **Meyer**, Kiel. Universitätsprofessor Dr. **Passow**, Kiel. Landesbibliothekar Dr. **Pauls**, Kiel. Landrat Dr. **Pauly**, Meldorf. Architekt **Prinz**, Kiel. Geh. Archivrat Dr. **Richter**, Schleswig. Architekt **Roß**, Neumünster. Dr. **Sauer mann**, Flensburg. Dr. **Harry Schmidt**, Kiel. Dr. **Schmidt-Petersen**, Bredstedt. Architekt **H. Stav**, Kiel. **Chr. Tränckner**, Schleswig. Architekt **Jul. Vogel**, Kiel. Prof. Dr. **Wegemann**, Kiel.

Wir fordern:

1. Die Schaffung einer schleswig-holsteinischen Landesschule, welche die geistigen Führer heranzubilden hat.

Die Landesschule stellt sich ausschließlich in den Dienst der Erziehung dieser Führer, welche unser schleswig-holsteinisches Volkstum zu wecken und alle Schichten der Bevölkerung mit diesem Volkstum geistig zu durchdringen bemüht sein werden. Die Landesschule muß möglichst in Verbindung gebracht werden mit den im alten Kieler Schloß zusammenfassenden Sammlungen und Forschungsanstalten des Landes (Museum für Vorgeschichte, S-H Landeshalle, S-H Galerie, S-H Landesbibliothek usw.). Die großen Schätze in diesen Sammlungen und die an diesen Anstalten geleistete Arbeit wird sich durch ihre Verbindung mit der Landesschule in ganz anderer Weise fruchtbar machen lassen, als es bislang der Fall gewesen ist. Das Schloß liegt der Universität gegenüber, deren Kräfte auch für die Landesschule wirken können. Meisterkurse für Handwerker können auch an der Handwerkerschule in Kiel abgehalten werden. Die Unterbringung des Oberbaus und der ganzen Leitung dieser Landesschule im Schloß erscheint somit als eine in jeder Hinsicht glückliche Lösung.

2. Um eine solche schleswig-holsteinische Landesschule ins Leben rufen und zweckentsprechend durchführen zu können, fordern wir, **daß diejenigen Institute kräftig unterstützt und ausgebaut werden, auf welchen die schleswig-holsteinische Landesschule sich notwendigerweise aufbauen muß.** Die schleswig-holsteinische Landesschule muß einen Rückhalt haben an der Landesuniversität in Kiel, an den Museen des Landes, an den Kunst, Gewerbe- und Fachschulen und an den Vereinen und Verbänden, welche sich geistige, werktätige und künstlerische Bestrebungen angelegen sein lassen.

A) Wissenschaft.

1. Landeskunde. Es wird verlangt die Errichtung einer **ordentlichen Professur mit Seminar** und Auskunfterteilung für Geographie und Geologie. Es ist u.a. für den Ackerbau, wie für die

Wissenschaft dringend erforderlich, daß binnen 5 Jahren die geologische Aufnahme, die heute erst ein Blatt umfaßt, vollendet wird. (**Vergleiche hierzu die Eingabe von Professor Dr. Wegemann, Kiel.**)

2. Altertumskunde. Es ist zu fordern, daß das Museum vaterländischer Altertümer in Kiel in seinem Arbeitsgebiet und in seinen Ansprüchen an dieses gegenüber Berlin selbständig gemacht wird, und daß für die notwendigen Arbeiten auf dem Gebiet der Vorgeschichte des Landes der Haushaltsplan des Museums so weit ausgebaut wird, daß die seit Jahren notwendigen und dringlichen Arbeiten in Angriff genommen werden können. Im Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß es ein unwürdiger Zustand ist, wenn der Hauptteil der vorgeschichtlichen Forschung im ganzen ehemaligen Herzogtum Schleswig noch immer vom National-Museum in Kopenhagen geleistet wird, und daß das Museum vaterländischer Altertümer in Kiel als staatliches Institut so kärglich mit Mitteln ausgestattet ist, daß es weder Forschungsarbeit betreiben, noch Veröffentlichungen herausbringen konnte, und daß vor allen Dingen jede Auswertung des Museums und seiner Arbeitsergebnisse für die Allgemeinheit unterbleiben mußte.

(**Vergleiche hierzu die Eingabe von Direktor Dr. Knorr, Kiel.**)

3. Geschichte. Es wird gefordert die Errichtung **einer ordentlichen Professur mit Seminar** für Schleswig-Holstein, Skandinavien, die Hansa, Norddeutschland und England. Es wird weiter gefordert, daß die **Schleswig-Holsteinische Landeshalle** als das historische Museum des Landes zu einem selbständigen Institut ausgebaut wird, daß sie einen Direktor und einen Verwaltungsetat erhält, und daß für ihre Unterbringung Räume des Kieler Schlosses bereitgestellt werden. Zum Vergleich wird hingewiesen auf die historischen Museen in Dänemark, welche mit großem Geschick ausgebaut sind, wie z.B. die Museen Frederiksborg und Rosenborg; diese beiden Anstalten haben das Gefühl der Zusammengehörigkeit im dänischen Volke sehr gestärkt.

4. Niederdeutsche Sprache, Literatur und Volkskunde. Es wird **eine ordentliche Professur** gefordert, welcher die für wichtige Arbeiten notwendigen Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen sind. Im Zusammenhang hiermit muß die **Herausgabe des schleswig-holsteinischen Wörterbuches**, die Sammlung der Flurnamen, die Durchforschung der Archive auf das Vorhandensein von volkskundlichem Material hin, die Herausgabe einer Volkskunde auf wissenschaftlicher Grundlage, die Schaffung eines historischen Atlases unserer Heimat, die Kirchenbuchforschung usw. betrieben werden.

(**Vergl. hierzu die Ausführungen von Professor Dr. Mensing, Kiel.**)

5. Wirtschaftslehre. Es wird gefordert, daß das an der Universität bestehende staatswissenschaftliche Seminar ausgebaut wird und sich besonders auf das Wirtschaftsleben Schleswig-Holsteins in der Gegenwart einstellt.

(**Vergl. die Ausführungen von Professor Dr. Passow, Kiel.**)

6. Bücherkunde. Es ist notwendig, daß das seit 1882 nicht mehr fortgesetzte Lexikon S-H Schriftsteller bis in die Gegenwart weitergeführt, eine allgemeine Bibliographie für S-H herausgegeben, der Druck eines Führers durch die schleswig-holsteinische Gesamtliteratur betrieben wird, daß erheblich höhere Mittel für die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek bereitgestellt werden und auch die Universitäts-Bibliothek besser ausgestattet wird. Die Drucklegung des III. Katalog-Bandes der Schleswig-Holsteinischen Landesbibliothek ist baldigst in Angriff zu nehmen. Wir weisen darauf hin, wie intensiv in Dänemark an allen derartigen Aufgaben gearbeitet worden ist. Die Werke Dansk biografisk Lexikon, Dansk Kunstner-Lexikon, das vielbändige und reich illustrierte Werk Danske maledede Portraiter, das neue große Werk Sønderjylland, die vorzüglichen, bebilderten Zeitschriften "För og Nu" und

"Danske Herregaarde", um nur einige zu nennen, sind Früchte, welche die Freude am eigenen Volkstum in Dänemark fortgesetzt kräftigen.

(Vergl. hierzu auch die Eingabe von Landesbibliothekar Dr. Pauls, Kiel.)

7. Archivwesen. Der Zustand, in dem sich das Staatsarchiv in der Stadt Schleswig befindet, ist in Deutschland einzigartig und geradezu unwürdig. Die staatliche Nichtachtung gegenüber schleswig-holsteinischen Urkunden fordert zum Protest heraus. Es wird verlangt, daß hier der seit Jahren in Aussicht gestellte Wandel endlich in Angriff genommen und eine würdige Unterbringung der Archivalien sofort in die Wege geleitet wird. Die geplante Arbeit an unserem Volkstum muß sich auf wissenschaftlicher Grundlage aufbauen; diese ist ohne ein geordnetes Archivwesen nicht zu schaffen. Außerdem verlangen wir, daß bei der Auseinandersetzung mit Dänemark die Rückgabe der schleswig-holsteinischen Urkunden in Kopenhagen nachdrücklich gefordert wird.

(Vergl. hierzu die Eingabe des Archivdirektors Richter in Schleswig.)

B) Bildende Kunst und Kunstgewerbe.

1. Forschung.

a) Es wird gefordert, **die Anlage eines allgemeinen Archivs von Abbildungen schleswig-holsteinischer Kunstschatze**, das als Handapparat für jede aufklärende und belehrende Tätigkeit unentbehrlich ist. Dieses Archiv wird allen Vereinen, Schulen, Studierenden und Belehrung suchenden Handwerkern zur Benutzung freistehen, es wird zweckmäßig mit dem Provinzial-Museum verbunden werden müssen.

b) Es wird gefordert **die Schaffung einer Bibliothek über Kunst und Kunstgewerbe** in Verbindung mit dem Provinzial-Museum. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß das kunstgeschichtliche Seminar an der Universität nur über den sehr bescheidenen Bestand an kunstgeschichtlichen Werken in der Universitätsbibliothek verfügt, und daß die Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek kunstgeschichtliche und kunstgewerbliche Literatur überhaupt nicht sammelt. Die Tausende künstlerisch interessierter und gebildeter Menschen in Schleswig-Holstein mit seinen 1½ Millionen Bewohnern und die vielen bewußt strebenden Fachleute wie Architekten, Handwerker usw. haben also keine Möglichkeit, ihr Bedürfnis nach entsprechender Literatur aus einer öffentlichen Bibliothek zu befriedigen, wie ihnen bislang auch kein künstlerisches Abbildungsmaterial (s. oben 1a) zur Verfügung steht.

c) Es wird gefordert **die systematische Inangriffnahme von wissenschaftlichen Forschungsarbeiten** aus dem reichen Gebiet heimatlicher Kunst und von Veröffentlichungen mit rein praktischer Tendenz, welche unmittelbar unserem Gewerbestand und unserem Handwerk von Nutzen sein können, z.B. über heimatliche Bauweise, Holzverzierung, Metallbehandlung usw. Es hat bisher an Arbeitern auf diesem Gebiet gefehlt, deshalb müssen in einem ganz anderen Sinne wie bisher unsere Museen mit wissenschaftlichen und praktischen Hilfskräften ausgestattet werden.

d) Es wird gefordert, daß **für die Herausgabe dieser Veröffentlichungen die erforderlichen Mittel** bereitgestellt werden.

2. Denkmalspflege.

Durch den Verlust der 1. Zone geht unserer Heimat eine Reihe der schönsten Schlösser und Herrenhäuser verloren: Gravenstein, Sonderburg, Augustenburg, Schackenburg und Gramm. Es wird gefordert, **daß Schloß Gottorp wiederhergestellt wird, und daß die Rückgabe des Kieler Schlosses vom Staate an die Provinz** erfolgt. Die kostenlose Ueberlassung der Schlösser Sonderburg und Glücksburg an die ideell anspruchsberechtigten herzoglichen Häuser bietet den gewünschten Präzedenzfall, daß auch das Kieler Schloß der Provinz unentgeltlich überlassen wird.

3. Kunstpflege.

a) Es wird gefordert **die Schaffung einer selbständigen schleswig-holsteinischen Galerie**. Diese Forderung wurde bereits im Jahre 1843 aufgestellt; sie führte zur Gründung des Schleswig-Holsteinischen -Kunstvereins. In der Geschichte des Vereins und seiner Sammlung sind allerlei Mißgriffe und kurzsichtige Maßnahmen zu verzeichnen. Es ist bedauerlich, daß nicht die besten Werke unserer schleswig-holsteinischen Künstler in einer Landesgalerie vereint sind. Zum Vergleich sei auf die zahlreichen Gemäldegalerien hingewiesen, welche Dänemark seiner Künstlerschaft gewidmet hat, z.B. die Staatliche Galerie, das Thorwaldsen-Museum, die Hirschsprung'sche Sammlung, das Museum Frederiksborg, zahlreiche Provinzmuseen, Privatsammlungen usw.

b) Es wird die tatkräftige **Unterstützung der Kunstvereine**, wie z.B. des Schleswig-Holsteinischen Kunstvereins, des Landesvereins für Heimatschutz, des Vereins für Grabmalpflege usw. verlangt. Alle diese Vereine leiden daran, daß einerseits zu wenig führende Männer vorhanden sind, zum anderen ihre Bestrebungen zu wenig Widerhall in den Massen finden und endlich ihnen ausreichende Mittel fehlen. Für die Durchdringung unseres Volkstums mit fruchtbaren Ideen sind sie unentbehrliche Vermittler. Es ist daher notwendig, daß ihnen für eine wirksame Tätigkeit eine feste Basis in Gestalt eines jährlichen Zuschusses gegeben wird.

(Vergleiche hierzu die Eingabe der S-H Kunstgenossenschaft und des S-H Kunstvereins.)

4. Kunsterziehung.

a) **Förderung der künstlerischen Erziehung**. Es wird verlangt die Errichtung einer schleswig-holsteinischen Kunstschule mit einem vollständigen Lehrgang durch eine Zeichen-, Mal-, Landschafts-, Graphik- und Bildhauerklasse. An ihr sind möglichst heimische Künstler, welche häufig auswärts ihr Brot suchen müssen, als Lehrkräfte anzustellen. Die Kunstschule muß mit Stipendien für schleswig-holsteinische Künstler ausgestattet werden. Für diese Kunstschule käme als Ort vielleicht Schloß Gottorp in Betracht.

(Vergleiche hierzu ein Schreiben von Professor Eckener, Stuttgart.)

b) **Förderung der handwerklichen Erziehung**. Es wird die Schaffung einer praktischen Beratungsstelle für das ganze heimische Handwerk, speziell für das ländliche, gefordert, zwecks Umstellung der Produktion auf das Persönliche, Künstlerische und auf die heimatliche Ueberlieferung. Diese Beratungsstelle ist ähnlich gedacht wie die württembergische staatliche Beratungsstelle für das Baugewerbe in Stuttgart. Die Beratungsstelle hat sorgfältig darüber zu wachen, daß in den einzelnen Landesteilen geistige Mittelpunkte zur Förderung des Handwerks geschaffen werden, jedem Lebenskreis muß sein Lebenszentrum erhalten bleiben. In Verbindung wird es sich als notwendig erweisen, daß die Baugewerkschulen reorganisiert werden; sie müssen sich einstellen auf eine Bauweise, die mit einfachsten Mitteln arbeitet. Die Baupflege im Kreise Tondern kann hinsichtlich des Geschaffenen als vorbildlich gelten. Die 3 Kunstgewerbeschulen, welche den handwerklichen Nachwuchs künstlerisch erziehen sollen, müssen jede mögliche Förderung erfahren.

(Vergleiche hierzu Eingabe von Direktor Lennartz, Kiel.)

C) Literatur.

Es wird als notwendig erachtet:

1. die Herausgabe eines Jahrbuches für literarische Kunst in Schleswig-Holstein, mit dem Inhalt: Proben - Zielangaben - Würdigung niederdeutscher Kunst,
2. daß die lebenden Künstler durch Beihilfen zur Lebensführung wie auch zur Herausgabe ihrer wertvollsten Schöpfungen gefördert werden,
3. daß alte, wertvolle Werke der schleswig-holsteinischen Literatur herausgegeben werden,

4. die Förderung des niederdeutschen Dramas und die Schaffung einer niederdeutschen Bühne; diese ist nicht nur als niederdeutsche Dialektbühne gedacht, sondern als Bühne, wo der niederdeutsche Mythos gepflegt wird. (**Vergl. die Eingabe von Tränckner, Schleswig.**) Es ist wünschenswert, daß als literarischer Träger aller dieser Bestrebungen eine Zeitschrift gegründet wird, welche viermal im Jahr erscheint und welche auch mit Bildern ausgestattet ist. Diese Zeitschrift würde als ein Heft das literarische Jahrbuch, als ein anderes Heft den S-H Kunstkalender bringen.

Nachtrag I: **Zum ganzen Kulturprogramm** vergleiche Eingabe des "Schleswig-Holsteinischen Verbandes für freies Bildungswesen".

Nachtrag II: **Zur Durchführung** des Kulturprogramms vergleiche auch Eingabe von Direktor Harms, Mohrkirch-Osterholz.

Flensburg, April 1920. I.[m] A.[uftrage] gez.[zeichnet] Dr. E. Sauermann.

Als Nachtrag II.: Zur Durchführung des Kulturprogramms.

Volkshochschulen.

Namens des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein und des Vereins der Lehrkräfte an diesen Schulen bitte ich, in dem Kulturprogramm für Schleswig-Holstein den Volkshochschulen einen ihrer Bedeutung entsprechenden Raum zu gewähren.

Durch die dänischen Volkshochschulen ist uns gezeigt worden, daß ländliche Geisteskultur durch die Volkshochschulen an die Landbewohner heranzubringen ist. Die großen Fehler der dänischen Volkshochschulen - die Züchtung des Chauvinismus - müssen dabei selbstverständlich vermieden werden. Wenn man ins Auge faßt, durch welche Bestrebungen man Geisteskultur auf dem Lande zu verbreiten sucht, so muß man zu dem Schluß kommen, daß diese hohe Aufgabe in erster Linie nur durch ländliche Volkshochschulen geschehen kann und muß, denen zweckmäßig die Form der Heimschule zu geben ist nach Art der in Tingleff, Norburg und Mohrkirch-Osterholz bestehenden Schulen. Von den ländlichen Fortbildungsschulen oder landwirtschaftlichen Winterschulen ist eine genügende Pflege reiner Geisteskultur nicht zu erwarten, da sie in erster Linie Fachschulen sind und bleiben sollen. Volkshochschulkurse, die in der Hauptsache nur aus Vorträgen bestehen, erscheinen für die Erzielung einer wirklich tiefergehenden Geistesbildung eher hinderlich als förderlich, so daß die Errichtung von ländlichen Volkshochschulen in Art der Heimschulen für die Pflege geistiger Kultur auf dem Lande eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Gez.[zeichnet] Harms, Direktor der Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz.

Dokument 9

Auszugsweise Abschrift der Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betreffend die freie Volksbildung in Schleswig-Holstein (zweite Zone), vom 17. Januar 1921. In: Zentralblätter für die gesamte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1921, S. 159 - 163.

Die freie Volksbildungsarbeit, wie sie seit 50 Jahren in Deutschland betrieben wird, hat es nicht verstanden, die deutsche Kultur, selbst den Schichten des Volkes, an die sie herangekommen ist, zu einem lebendigen Besitz werden zu lassen. Während sie blühte, häuften sich von Jahr zu Jahr die Symptome eines Kulturverfalls, ja dem offenen Blick erscheint sie selbst, die sich in weitestem Umfange in einer geistlosen Betriebsamkeit erschöpfte, als ein solches Symptom.

Es ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß die breitere Masse des Volkes während des Krieges zum Durchhalten nicht durch den Hinweis angespornt werden konnte, daß unsere Niederlage die deutsche Kultur gefährden würde, weil diese breitere Masse eine innere

lebendige Beziehung zu dieser Kultur überhaupt nicht hatte. Und die Kulturmüdigkeit und Kulturskepsis, die bis weit in die bürgerlichen Schichten der Gesellschaft hinein sich bemerkbar macht, legt gleichfalls ein Zeugnis dafür ab, daß die freie Volksbildungsarbeit in den weiteren Volkskreisen zwar lose Beziehungen zu den geistigen Werten der Kultur, aber keine lebendigen Verhältnisse zu ihnen vermittelt hat.

Vorbereitet durch jahrelange kritisch-theoretische Arbeit, die sich zum Teil in der Form heftiger literarischer Fehden abspielte, setzte nach dem Kriege die Wandlung auch in der praktischen Arbeit ein. Zunächst im öffentlichen Büchereiwesen, in dem die ersten Anfänge der Umkehr schon in die Vorkriegszeit zurückgehen, dann aber auf breiterer Grundlage in Württemberg durch die Gründung des Vereins zur Förderung der Volksbildung in Württemberg und im früheren Großherzogtum Hessen durch die Gründung der Zentralstelle zur Förderung der Volksbildung und Jugendpflege in Hessen. Preußen folgte mit seiner Abteilung für das Volkshochschulwesen beim Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung. In der Pfalz wandelt man ähnliche Wege und Bayern schickt sich eben an, die gesamte freie Volksbildung auf einen neuen Boden zu stellen. Die neue Richtung, von der ihre Gegner bisher behauptet hatten, sie bestehe nur in der Einbildung derer, die sich als ihre Vertreter fühlten, läßt sich nicht mehr wegleugnen, denn alle die genannten Stellen sind mit dem ausdrücklichen Bekenntnis zu einem neuen Geiste der Volksbildungsarbeit ins Leben getreten, eben als Träger dieses neuen Geistes. Die neue Richtung stellt sich auf den Boden eines neuen Bildungsbegriffs. Bildung ist ihr nicht mehr ein Besitz an Kenntnissen oder Fähigkeiten irgendwelcher Art, sondern eine besondere geistige Form, die vom Individuum durch die innere Auseinandersetzung mit den geistigen Werten der Kultur, die ihm gemäß sind, gewonnen wird. Dementsprechend läßt sich die praktische Arbeit der alten Richtung gegenüber der neuen mit dem Satze charakterisieren: Hier intensive, individualisierende Arbeit gegenüber einem mechanischen extensiven Massenbetrieb dort.

Damit ist aber erst ein Anfang gegeben. Die neue Richtung unterscheidet sich von der alten auch dadurch, daß sie nicht meint, im Besitze eines bestimmten Schemas zu sein, nach dem die Arbeit allenthalben in der gleichen Weise abgewickelt werden könnte. Ihre Vertreter sind vielmehr überzeugt, daß eine Fülle von Problemen noch ihrer Lösung harret, die erst in der praktischen Arbeit gefunden werden kann. Die freie Volksbildungsbewegung muß eine geistige Bewegung sein, nicht nur, indem sie das Volk in eine lebendige Beziehung zum Geiste bringt, sondern auch, indem sie einen neuen Geist weckt. Und sie muß eine Kulturbewegung sein, nicht nur, indem sie lebendige Verhältnisse zur Kultur vermittelt, sondern auch, indem sie kulturschöpferisch wirkt.

Da ergibt sich eine große Schwierigkeit, die eine gleich große Gefahr bedeutet. Überall, wo in diesem neuen Geiste gearbeitet wird, macht sie sich bemerkbar. Der neue Wein muß in alte Schläuche gegossen werden. Es muß mit den alten Organisationen und mit den alten Menschen gearbeitet werden. Haben schon die, welche fest auf dem Boden der neuen Richtung stehen, alle Mühe der Hemmungen Herr zu werden, die ihnen in der praktischen Arbeit entgegenstehen, so erliegen diesen Schwierigkeiten alsbald die, welche aus dem alten Betriebe heraus in die neue Arbeit eingestellt werden. Ihnen kann nicht das fertige Schema vorgelegt werden, nach dem sie arbeiten können, sondern sie müssen die neuen Arbeitsmethoden selbst mitentwickeln. Die neue Richtung kann sich in der Praxis nur mit Menschen durchsetzen, die ganz von dem neuen Geiste durchdrungen und von der Begeisterung getragen sind, ihn in ihrer Arbeit zur Geltung zu bringen. Und sie kann nur mit Organisationen arbeiten, in denen der Geist und nicht das Statut herrscht, die es verstehen, Kräfte auszulösen, aber nicht sie zu fesseln.

Das ist die Lage, mit der in Schleswig-Holstein gerechnet werden muß. Aus ihr ergibt sich

zunächst, daß alles, was auf dem Gebiete des freien Volksbildungswesens dort zurzeit schon geleistet wird, einer eingehenden fachlichen Prüfung zu unterliegen hat und daß Organisationen nicht deshalb zum Aufbau des freien Volksbildungswesens dort für berufen gehalten werden, weil sie bestehen und bisher auf diesem Gebiete gearbeitet haben. Dasselbe gilt von den einzelnen Personen, für die das lebhafteste Interesse an der Sache allein als Beweis ihrer Befähigung nicht hinreichen darf. Die freie Volksbildungsarbeit kann heute nur mit Fachleuten getan werden. Daß die Fachkenntnis aber nicht in der Beherrschung organisatorischer und technischer Äußerlichkeiten gefunden werden darf, versteht sich von selbst.

Danach lassen sich in großen Zügen einige Richtlinien geben, nach denen vorgegangen werden sollte.

Volkshochschulen.[Hervorhebung im Original; d. Verf.]. Daß für Schleswig-Holstein in erster Linie das ländliche Volkshochschulheim in Frage kommt, steht außer allem Zweifel. Bei ihm handelt es sich auch nicht mehr um einen Versuch mit mehr oder minder zweifelhaftem Ergebnissen, sondern um eine Einrichtung, deren volkerzieherische Bedeutung und Wirkung wir am eigenen Leibe auf das empfindlichste erfahren haben und noch erfahren. Das Ergebnis der Abstimmung in der ersten Zone war die wohlverdiente Quittung dafür, daß auf diesem Gebiete von uns bisher nichts getan war. Das Ergebnis der Flensburger Beratungen war selbstverständlich für jeden, der die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in der Nordmark kennt und der weiß, wie bitter Schleswig-Holstein es entbehrt hat, daß der kulturellen Eroberungsarbeit Dänemarks keine gleichwertige Arbeit entgegengesetzt wurde. Wie hoch die Dänen selbst die Erfolge einschätzen, die sie ihrer Volkshochschulpolitik seit 1866 zu verdanken haben, beweist wohl am besten die Tatsache, daß sie jetzt sofort in der abgetretenen ersten Zone dänische Volkshochschulen errichtet haben. Und wie recht sie mit ihrer Auffassung haben, beweist ferner die Tatsache, daß in den dänischen Volkshochschulen der ersten Zone aus der zweiten Zone heute bereits mehr deutsche junge Leute zu finden sind, als vor dem Kriege aus der ersten Zone nach den Volkshochschulen in Dänemark hinüberwanderten. Diese Tatsachen beweisen aber auch, daß die Volkshochschulen in ihrer volkerzieherischen Wirkung allen anderen Volksbildungsanstalten voranzustellen sind. Die Dänen wußten wohl, weshalb sie die deutschen jungen Leute niemals mit den Lockmitteln, die ihnen zur Verfügung standen, auf dänische landwirtschaftliche oder Gewerbeschulen hinüberzogen. Der beruflich tüchtig ausgebildete junge Mann sucht sein Vaterland dort, wo er den vollkommensten Boden für seine Berufsinteressen findet, es sei denn, er sei selbst in dem Boden einer bestimmten Kultur verwurzelt. Diese Verwurzelung aber kann vollkommen nur in den ganz auf diese Aufgaben eingestellten Volkshochschulen erfolgen.

Gleichwohl gilt es für uns nicht, die Dänen einfach nachzuahmen. Das deutsche Volkshochschulheim muß seiner deutschen Aufgabe entsprechend aufgebaut werden. Daß dabei in einer Provinz, deren Bevölkerung wie kaum eine andere im Deutschen Reiche sich ihre Stammeseigenart bewahrt hat, die engere Heimat den Ausgangspunkt bilden wird, versteht sich ebenso von selbst, wie die Forderung, daß dabei nicht in der Enge stecken geblieben, sondern von da aus der Ausblick in das Weite gefunden werde.

Der Aufbau der Volkshochschulheime ist nicht einer Organisation zu übertragen, eher schon einem Manne oder einer Frau, sofern solche mit der unzweifelhaften Berufung für diese Aufgabe sich finden. Ist damit nicht zu rechnen, dann wäre ein kleiner Kreis von Persönlichkeiten zu berufen, die den Volkshochschulgedanken in seiner Tiefe erfaßt haben und die ein Urteil darüber haben, welcher Einfluß auf seine praktische Gestaltung der besonderen Eigenart der Provinz einzuräumen ist. Sie hätten das Bildungsziel der

Volkshochschule zu bestimmen und den Lehrplan im einzelnen zu entwerfen, ohne daß jeder Volkshochschulleiter auf ihn verpflichtet werden sollte. Ihr Votum müßte bei der Bewilligung von Unterstützungen aller Art ausschlaggebend sein. In den Kreis dieser Männer gehören nicht alle, die über Volkshochschulen geredet oder geschrieben, oder die gar selbst schon Volkshochschulen geleitet haben. Das gäbe nur die übliche Kommission, die immer "eine Versicherung gegen das Genie des einzelnen ist".

Diesen Persönlichkeiten wäre die Verantwortung für die Volkshochschularbeit zu übertragen. Ihr Kreis brauchte nicht geschlossen zu sein, dürfte aber niemandem offenstehen, der aus anderen Gründen als denen der innersten Berufung Eintritt in ihn begehrte. Keine Wahl, keine "Ernennung" dürfte den Zugang zu ihm erschließen, sondern nur das über allem Zweifel stehende Sachverständnis.

Drei solche Volkshochschulheime, die nicht alle in der zweiten Zone zu liegen brauchen, würden zunächst für die Provinz vorzusehen sein. Zu ihnen hätte später ein viertes besonderer Art zu treten, über das weiter unten gesprochen werden soll, wo auch über die städtische Arbeitsgemeinschaft gehandelt werden soll.

Der Betrag von 3 Millionen Mark, der zur Bewilligung für Volkshochschulen vorgeschlagen wird, wird nicht gestatten, dieses Programm durchzuführen. Immerhin wird es mit dieser Summe möglich sein, dem Volkshochschulgedanken in Schleswig-Holstein einen festen Boden zu bereiten und seine praktische Durchführung sicherzustellen. Die vollkommene Durchführung des Programmes wird erst durch Weckung der privaten Initiative zu erwarten sein.

Es muß damit gerechnet werden, daß die geeigneten Baulichkeiten vielleicht angekauft, jedenfalls aber für die Schulzwecke hergerichtet werden müssen, dafür würde in Teil der Summe zu verwenden sein. Der größere Teil müßte kapitalisiert werden. Von den Zinsen würden einzelne Volkshochschulheime zu unterstützen und Stipendien an solche junge Leute zu zahlen sein, denen aus eigenen Mitteln der Besuch der Schule nicht möglich ist. Wie schon angedeutet, könnte, wenn besonders günstige Umstände es rechtfertigen, eine Volkshochschule auch außerhalb des Gebietes der zweiten Zone liegen. Eine sollte, wenn möglich, der Grenze nahe gesetzt werden, damit sie hier einen deutschen Kulturmittelpunkt bilden kann. Denn je weniger wir es den Dänen zurzeit in der Zahl der Volkshochschulen werden gleichtun können, um so mehr müssen wir danach trachten, die intensive Wirkung der einzelnen Anstalten nach Möglichkeit zu steigern. Es ist gerade ein wesentliches Moment der intensiven Volksbildungsarbeit, daß sie in ihrer Wirkung über den zunächst Betroffenen hinausreicht. Wird die Anzahl derer, die durch die deutschen Volkshochschulen gehen, anfangs auch nicht groß sein, so wird der kulturelle Einfluß der von ihnen ausgehen wird, doch um so weiter reichen, je planmäßiger die Schulen auf ihre besonderen Aufgaben eingestellt sein werden.

Das Büchereiwesen.[Hervorhebung im Original; d. Verf.]...So wird die normale Entwicklung dazu führen, daß ein öffentliches Vortragswesen im engsten Zusammenhange mit der Bibliothek sich bildet, das nicht den bisher üblichen Vortragsmassenbetrieb darstellt, sondern individualisierend kleinere Kreise zusammenfaßt. Sie werden nach den Richtungen ihrer geistigen Interessen, aber auch nach dem Grade ihrer Vorbildung und ihrer geistigen Aufnahmefähigkeit erfaßt werden können, da in all diesen Richtungen die Bibliothek durch ihre individualisierende Arbeit Gruppen zusammenschließen kann.

Aus diesen Kreisen würden sich dann alsbald kleinste Gruppen herauschälen zur Bildung einer Volkshochschule im Sinne der Arbeitsgemeinschaften.

Diese Entwicklung ist natürlich zunächst nur für Flensburg vorzusehen. Von hier aus werden

aber auch in der Richtung des Vortragswesens die Anregungen in die kleineren Städte und auf das Land hinausgetragen werden müssen.

Ihre Krönung sollte die Arbeit erhalten in einem Volkshochschulheim gehobener Art, in dem solche Teilnehmer Aufnahme fänden, die schon eine Zeit lang die Einrichtungen der freien Volksbildungspflege benutzt haben und nach einem gewissen Abschluß ihrer geistigen Schulung verlangen. In diesem Volkshochschulheim sollten Angehörige der verschiedensten Berufskreise und Vertreter der verschiedenen Weltanschauungen sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Gerade von einer solchen Volkshochschule würden starke nationale Kräfte ausgehen können. Ihre Errichtung in absehbarer Zeit, aber nicht, ehe die Verhältnisse durch eine entsprechende Vorarbeit für sie reif geworden sind, wäre darum auf das dringendste zu wünschen.

Auf diese Weise würden die Grundlagen der freien Volksbildungsarbeit nicht von der Organisation, sondern vom Geiste aus geschaffen sein. Es würde sich alsbald zeigen, daß der so geweckte Geist sich auch lebendig erwies, indem er alle anderen Gebiete der freien Volksbildungsarbeit in seinen Bereich zöge. Sind in weiteren Kreisen erst lebendige Beziehungen zur Kultur geweckt, so läßt sich von da aus leicht der Kampf gegen den Schund auf allen Gebieten aufnehmen. Nicht von Organisationen, die über dem Volke stehen, wird dieser Kampf zum Siege geführt, sondern nur durch tatkräftiges Eingreifen des Volkes selbst. Ansätze dafür sind schon vorhanden. Es läßt sich aber Volksbildungsarbeit nicht isoliert auf Teilgebieten treiben. Wie das letzte Ziel der Arbeit die Volkskultur in der Gesamtheit ihrer Erscheinungen ist, so darf sie zwar auf verschiedenen Wegen diesem Ziele zustreben, muß sich aber der Zusammenhänge immer bewußt bleiben. Kampf gegen Schundliteratur und Schundfilm, Pflege guter Musik und guter dramatischer Aufführungen, Vertiefung in die bildende Kunst, Pflege des Tanzes und Veranstaltung edler Volksfeste, sie lassen sich nicht voneinander trennen, denn das eine nährt sich von dem Geiste, der in den anderen geweckt und gepflegt wurde. Sie lassen sich aber am allerwenigsten von Volksbüchereien und Volkshochschule trennen, die ihre Voraussetzung sind.

Es wird also darauf ankommen, das sei noch einmal gesagt, ein paar richtige Menschen an die richtigen Stellen zu setzen und sie durch Organisationen nicht zu sehr zu beengen. Die Organisationen müssen das zweite sein, sie müssen sich als notwendige Formen für einen Inhalt aufbauen, der vorher da ist.

Darum empfiehlt es sich auch nicht, die verfügbaren Mittel an Organisationen zu verteilen, damit sie mit ihnen "etwas machen". Sie sollten vielmehr festgelegt werden und nur für ganz bestimmte Zwecke und Unternehmungen, deren Wert und Bedeutung erwiesen werden kann, verausgabt werden. Wir dürfen heute nicht mehr die vor dem Kriege und während des Krieges nicht eben ungewöhnliche Übung fortsetzen, daß organisiert und wieder organisiert wird, bis ein gewaltiges Heer von Angestellten die Mittel verschlungen hat, mit denen vieles hätte geschaffen werden können. Je mehr organisiert wird, um so größer ist auch die Zahl der zur Arbeit Unberufenen, die gleichwohl in sie eingestellt werden.

Gelingt es in Schleswig-Holstein das freie Volksbildungswesen ungefähr diesen Richtlinien entsprechend aufzubauen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß dies nicht nur für die Provinz von weitesttragender Bedeutung, sondern für das ganze Reich vorbildlich sein wird.

VII. Verzeichnisse und Register

1. Abkürzungen und Siglen

a.a.O.= am angegebenen Ort

AbIRS= Amtsblatt der Regierung zu Schleswig

ADV= Archiv der deutschen Volksgruppe. Apenrade
AG= Die Arbeitsgemeinschaft
ASbl= Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Schleswig
AT= Apenrader Tageblatt. Apenrade
BAbl= Berliner Arbeitsblätter für die Deutsche Volkshochschule
Bd.= Band
BDL= Blätter für deutsche Landesgeschichte
BEbSH= Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein
BGBL.= Bundesgesetzblatt
ca.= circa
Cbl.= Centralblatt
d. Verf.= der Verfasser
DBL= Dansk Biografisk Leksikon. København
Dept.= Departement
Ders.= Derselbe
DH= Die Heimat. Neumünster
Dies.= Dieselben
DL= Dithmarscher Landeszeitung. Heide
DSH= Der Schleswig-Holsteiner. Flensburg
DVKN= Deutscher Volkskalender Nordschleswig. Apenrade
Ebd.= Ebenda
f.= folgende
ff.= fortfolgende
FLA= Friedrich-Lembke-Archiv
FN= Flensburger Nachrichten
GFH= Grenzfriedenshefte. Flensburg
Hb.= Handbuch
HN= Hamburger Nachrichten. Hamburg
Hrsg.= Herausgeber
hrsgg.= herausgegeben
IN= Itzehoer Nachrichten
IW= Itzehoer Wochenblatt
JbAng= Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln. Kappeln
JbSG= Jahrbuch für die Schleswigsche Geest. Schleswig
Jg.= Jahrgang
Kap.= Kapitel
KZ= Kieler Zeitung
LAS= Landesarchiv Schleswig-Holstein
LWSH= Landwirtschaftliches Wochenblatt für Schleswig-Holstein
LZ= Landwirtschaftliche Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauen-
burg. Altona
Ms.= Manuskript
NDB= Neue Deutsche Biographie
NKBl= Neue Kieler Blätter. Kiel
Nr.= Nummer
o.J.= ohne Jahr
o.O.= ohne Ort

PR= Pädagogische Rundschau
PrJb= Preußische Jahrbücher
RAK= Reichsarchiv Kopenhagen
RT= Rendsburger Tageblatt
RW= Rendsburger Wochenblatt
SG= Schleswigsche Grenzpost. Flensburg
SH= Schleswig-Holstein. Neumünster
SHAN= Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig.
Apenrade
SHB= Schleswig-Holsteiner-Bund (Mitteilungsblatt)
SHBL= Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck. Neumünster
(Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon)
SHHK= Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender
SN= Schleswiger Nachrichten. Schleswig
SøÅ= Sønderjyske Årbøger
SZ= Sonderburger Zeitung. Sonderburg
TKIA= Tyske Kancelli Indenrigske Afdeling
TZ= Tondernsche Zeitung. Tondern
ZAA= Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie. Frankfurt a.M.
Zbl.= Zentralblatt
ZSHG= Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte.
Neumünster

Die Erläuterung bzw. Auflösung allgemein gebräuchlicher Abkürzungen findet sich in: Der Große Duden, Band 1, Rechtschreibung der deutschen Sprache und Fremdwörter.

2. Quellen und Literatur

a. Akten

Landesarchiv Schleswig-Holstein, Schleswig

Abt. 18 (Generalsuperintendent für Schleswig)

Nr. 48 C I: Visitationsberichte 1837-1840

Nr. 48 d II: Visitationsberichte 1843-1854

Abt. 47 (Universität Kiel)

Nr. 1254: Volkshochschulwesen 1919-1933

Abt. 49.9 (Schleswig-Holsteinische Regierung auf Gottorf)

Nr. 51: Die sogenannten höheren Bauernschulen 1842-1847

Abt. 51 (Regierungen der Herzogtümer während der Erhebung)

Dept.2 Nr. 230: Umwandlung der höheren Volksschule Rendsburg in eine Staatsanstalt
1847-1849

Abt. 79 (Ministerium für das Herzogtum Schleswig zu Kopenhagen)

Dept. III Nr. 83: Darlehen zur Errichtung einer Ackerschule in Oeversee 1863

Abt. 168 (Ämter Gottorf und Hütten)

Nr. 731 II: Schule zu Oersberg 1830-1865

Nr. 732: Landwirtschaftliches Institut zu Oersberg 1843-1854

Abt. 301 (Oberpräsidium zu Kiel und Schleswig)

Nr. 1219: Kultur-Programm 1920-1922

Nr. 1395: Ländliche Volkshochschulen 1905-1916

Nr. 1398: Landwirtschaftliche Winterschule Apenrade 1898-1911

Nr. 2207: Dänische Agitation für Nordschleswig 1892-1893

Nr. 2308: Nordschleswigsche Geistlichkeit 1894-1901

Nr. 2355: Dänisches Schulwesen in Nordschleswig 1869-1906

Nr. 2358: Deutsche Volkshochschulen in Nordschleswig 1905-1908

Nr. 2359: Deutsche Volkshochschulen in Nordschleswig 1908-1910

Nr. 2361: Deutsche Volkshochschulen in Nordschleswig 1912-1928

Nr. 2379: Beamte in Nordschleswig 1908-1921

Nr. 2385: Verein für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark 1909-1912

Nr. 2544: Arbeiterbildungsvereine, Volkserziehung, Volksbildung 1898-1924

Nr. 2880: Einführung deutschen Sprachunterrichts in Nordschleswig 1895-1899

Nr. 2894: Höhere Bürger- und Privat-Schulen 1883-1909

Nr. 5534: Ländliche Volkshochschulen 1916-1933

Nr. 5710: Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig 1919-1927

Nr. 5887: Volkshochschulen 1919-1933

Abt. 302 (Provinzialschulkollegium)

Nr. 3627: Lehrerinnenseminar zu Schleswig: Lehrpläne 1906-1916

Nr. 3743: Lehrerinnenseminar zu Augustenburg: Abschlußprüfungen 1894-1911

Nr. 3745: Lehrerseminar zu Hadersleben: Abschlußprüfungen 1886-1904

Nr. 3747: Lehrerseminar zu Hadersleben: Zweite Lehrerprüfungen 1896-1912

Nr. 3753: Lehrerseminar zu Hadersleben: Aufnahmeprüfungen 1896-1918

Nr. 3775: Lehrerseminar zu Eckernförde: Abgangsprüfungen 1892-1908

Nr. 3777: Lehrerseminar zu Eckernförde: Zweite Lehrerprüfungen 1904-1912

Nr. 3803: Prüfung der Mittelschullehrer 1907-1912

Abt. 309 (Regierung zu Schleswig)

Nr. 8393: Persönliche Verhältnisse der Regierungsmitglieder 1869-1872

Nr. 8399: Persönliche Verhältnisse der Mitglieder des Kollegiums 1904-1910

Nr. 12175: Gewerbliche Fortbildungsschule in Heide 1899-1906

Nr. 12239: Volkshochschulen 1908-1911

Nr. 12290: Volkshochschulen und landwirtschaftliche Lehranstalten 1905-1926

Nr. 12303: Errichtung einer Ackerbauschule für Nordschleswig 1887

Nr. 12610: Deutscher Verein Nordschleswig 1897-1902

Nr. 21143: Lichtbilder-Zentrale Neumünster 1917-1921

Nr. 21145: Lichtbilder-Zentrale Neumünster 1912-1916

Nr. 21411: Die Schule zu Hagenberg 1900-1919

Nr. 21497: Fabrik- und Fortbildungsschulen 1867-1932

Nr. 21864: Die Schule zu Ulderup 1903-1921

Nr. 21930: Die Schule zu Norburg 1901-1917

Nr. 22056: Die Schule zu Norburg 1894-1901
Nr. 27385: Personalakte Wilhelm Ludwig Behncke 1881-1928
Nr. 27929: Personalakte Kurt Schönberg 1898-1932
Nr. 28000: Personalakte Anton Wallroth 1898-1937
Nr. 29451: Die Schule zu Lägerdorf 1901-1904
Nr. 29452: Die Schule zu Lägerdorf 1904-1907
Nr. 29453: Die Schule zu Lägerdorf 1908-1913
Nr. 29596: Die Schule zu Mohrkirch-Osterholz 1875-1931
Nr. 30044: Die Schule zu Sagau 1864-1901
Nr. 30730: Die Schule zu Albersdorf 1910-1932
Nr. 30999: Volksschulen zu Kiel 1907-1908
Nr. 31002: Volksschulen zu Kiel 1909-1911
Nr. 31077: Volksschulen zu Meldorf 1896-1900
Nr. 31079: Volksschulen zu Meldorf 1905-1913
Nr. 31110: Schulen der Stadt Neumünster 1909-1912
Nr. 35849: Grenz-Volkshochschulen 1920-1924
Nr. 38082: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe G 1886-1925
Nr. 38084: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe H 1886-1925
Nr. 38088: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe K 1886-1925
Nr. 38090: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe L 1886-1925
Nr. 38091: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe L 1886-1925
Nr. 38099: Personalblätter für Lehrer: Buchstabe R 1886-1925

Abt. 320 (Landratsämter und Landkreisverwaltungen)

320 Apenrade

Nr. 26: Der Besuch auf dänischen Hochschulen 1902-1918
Nr. 114: Deutscher Verein für das nördliche Schleswig 1892-1913

320 Norderdithmarschen

Nr. 1189: Ländliche Fortbildungsschule zu Delve 1899-1914
Nr. 2295: Lehrerverzeichnisse: Einzelfälle 1896-1910

320 Schleswig-K

Nr. 145: Die Volkshochschule in Mohrkirch-Osterholz 1914-1926

320 Schleswig-L

Nr. 697: Lehrer in Mohrkirch-Osterholz 1889-1928

320 Sonderburg

Nr. 37: Nordschleswigscher Schulverein 1900-1903

320 Südtondern

Nr. 67: Ländliche Fortbildungsschulen 1906-1916

Abt. 371 (Verwaltung des Provinzialverbandes)

Nr. 754: Beihilfen für die Volkshochschule Tingleff 1906-1907

Nr. 778: Die Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz 1908-1926
Nr. 805: Beihilfen zur Förderung des Deutschtums in der Nordmark (Nordmarkfonds)
1913-1922
Nr. 834: Kulturprogramm und Beschaffung von Mitteln zu seiner Durchführung 1920-1924
Nr. 835: Beihilfen an den Schleswig-Holsteinischen Verband für freies Bildungswesen
1920-1925

Abt. 374 (Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein)

Nr. 874: Gesamtausschuß für Volkshochschulwesen 1919

Abt. 399.57 (Nachlaß Karl Strackerjahn)

Nr. XIV 22

Nr. XIV 23

Abt. 399.71 (Nachlaß Johannes Schmidt-Wodder)

Nr. 104: Korrespondenz mit dem Wohlfahrts- und Schulverein 1920-1933

Nr. 120: Korrespondenz mit dem Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1920

Nr. 255: Volkshochschulen in Schleswig-Holstein 1919-1925

Abt. 412 (Volkszähllisten)

Nr. 1153: Volkszählung Gut Stendorf 1864

Nr. 5462: Volkszählung Rendsburg 1845

Abt. 415 (Volkszähllisten-Film)

Nr. 5450: Volkszählung Amt Gottorf 1845

Nr. 5486: Volkszählung Amt Hadersleben 1855

Nr. 5489: Volkszählung Amt Gottorf 1855

Nr. 5517: Volkszählung Amt Hadersleben 1860

Abt. 605 (Staatskanzlei)

Nr. 4260: Personalakte Theodor Steltzer 1920-1934

Reichsarchiv Kopenhagen:

Tyske Kancelli Indenrigske Afdeling, Den slesvig-holstenske Provinsialregering, 10 Diverse
sager, Nr. 13c: Sager vedr. opretteden af en landbrugsskole i Tøstrup sogn 1844-1847

Archiv der deutschen Volksgruppe Apenrade:

VI, 3.6.1

Stadtarchiv Flensburg:

XI DGV (Deutscher Grenzverein) Protokolle:

Bd. I Wohlfahrts- und Schulverein 1919-1924

St. Nikolaikirche, Hamburg:

Leichenregister Nr. 287

Friedrich-Lembke-Archiv:

Mitteilung Nr. 1, 1960

b. Periodika

- Amtliches Schulblatt für den Regierungsbezirk Schleswig
- Amtsblatt der Regierung zu Schleswig
- Apenrader Tageblatt
- Cölnische Zeitung
- Deutsche Allgemeine Zeitung
- Dithmarscher Landeszeitung
- Flensburger Nachrichten
- Hamburger Nachrichten
- Itzehoer Wochenblatt
- Kieler Correspondenz Blatt
- Kieler Zeitung
- Landwirtschaftliches Wochenblatt für Schleswig-Holstein
- Landwirtschaftliche Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg
- Neue Kieler Blätter
- Rendsburger Tageblatt
- Rendsburger Wochenblatt
- Schleswigsche Grenzpost
- Schleswig-Holsteinisches Schulblatt
- Schleswiger Nachrichten
- Sonderburger Zeitung
- Tondernsche Zeitung

c. Nachschlagewerke und Hilfsmittel

Achelis, Thomas Otto: Matrikel der schleswigschen Studenten 1517-1864. Kopenhagen 1966.
Allgemeine deutsche Real-Enzyklopädie für die gebildeten Stände. Band 11. Leipzig 1830.

Barløse, Børge L.: Lærerstanden i Sydslesvig fra reformationen til 1864. Personhistoriske undersøgelser. (Skrifter, Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 53). Åbenrå 1981.

Bibliographie zur schleswig-holsteinischen Schulgeschichte 1542-1945. Hrsgg. von Jörg Biehl, Stefan Hopmann und Reinhold Wulff. Köln, Weimar, Wien 1994.

Bundesgesetzblatt des Norddeutschen Bundes. Berlin 1867 ff.

Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Hrsgg. im Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalverwaltung. Berlin 1871 ff.

Chronologische Sammlung der im Jahre 1814 ergangenen Verordnungen und Verfügungen für die Herzogthümer Schleswig und Holstein. Kiel 1816 ff.

Chronologische Sammlung der im Jahre 1851 ergangenen Verordnungen, Verfügungen etc. für das Herzogthum Schleswig. Schleswig 1855.

Dansk Biografisk Lexikon. Hrsgg. von Carl Frederik Bricka. Kopenhagen 1887, 1979³.

Delius, Heinrich: Deutsches Vereinsrecht und Versammlungsrecht in privat- und öffentlich-rechtlicher Beziehung unter besonderer Berücksichtigung des preußischen Rechts. Berlin 1908.

Deutscher Volkshausbund (Hrsg.): Liste der Volkshochschulen und Volkshochschulkurse im deutschen Sprachgebiet. Nach dem Stand vom 1. Mai 1920. Berlin 1920.

Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Handbuch und Lexikon der Erziehung in 11 Bänden. Hrsgg. von Dieter Lenzen. Stuttgart 1983 ff.

Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten. Berlin 1810 ff.

Hammer, Friedrich: Verzeichnis der Pastorinnen und Pastoren der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche 1864-1976. (Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte. Sonderband). Neumünster 1994.

Hieber, Johannes und Patzig, C. Albrecht (Hrsg.): Die Reichstagswahlen seit 1871. Berlin 1903. dies.: Die Vertretung der einzelnen Parteien in Schleswig-Holstein bei den Reichstagswahlen seit 1867. Kiel 1912.

Hopmann, Stefan und Wulff, Reinhold (Hrsg.): Schulrecht der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Eine Auswahl aus der Systematischen Sammlung der für die Herzogthümer Schleswig und Holstein erlassenen, annoch gültigen, Königlichen, Fürstlichen, Großfürstlichen und gemeinschaftlichen Verfügungen von 1832-1836. Köln, Weimar, Wien 1993.

Karbe, Walther und Richter, Ernst: Bibliographie zur Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet. Braunschweig 1962.

Kordes, Berend: Lexikon der jetztlebenden Schleswig-Holsteinischen und Eutinischen Schriftsteller. Schleswig 1797.

Kuntze, Georg C. Th.: Das Volksschulwesen der Provinz Schleswig-Holstein. Systematische Zusammenstellung der bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. 3 Bände. Schleswig 1887.

Lampe, Jens: Tønder Seminarie-Stat. Fortegnelse over lærere og dimittender fra Tønder seminarium 1788-1963. (Skrifter, Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr.30). Tønder 1963. *Lexikon der Pädagogik*. Freiburg 1953.

Lexikon pädagogischer Grundbegriffe. Hrsgg. von Josef Speck und Gerhard Wehle. München 1970.

Lorenzen-Schmidt, Klaus-Jürgen: Bibliographie zur schleswig-holsteinischen Schulgeschichte bis 1900. In: Kopitzsch, Franklin (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. Neumünster 1981, S. 235-264.

Neue Deutsche Biographie. Hrsgg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften. Berlin 1953.

Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon. Hrsgg. von Olaf Klose. Neumünster 1970 ff.

Wörterbuch der Pädagogik. Hrsgg. vom Willmann-Institut München-Wien. Freiburg, Basel, Wien 1977.

d. Darstellungen und Abhandlungen

Ægidius, Jens Peter: Bragesnak 2: Den mytologiske tradition i dansk folkeoplysning i det tyvende århundrede (1910-1985). (Odense university studies in Scandinavian languages and literatures, vol. 2). Odense 1992.

Adler, Fritz: Die Aufgaben der deutschen Volkshochschule. In: Westermanns Monatshefte

64/1920, S. 383-386.

Adriansen, Inge und Doege, Immo: Deutsch oder Dänisch? (Schriften der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Nr. 46). Flensburg 1992.

Ahrens, Gerhard: Caspar Voght und sein Mustergut Flottbek. Englische Landwirtschaft in Deutschland am Ende des 18. Jahrhunderts. (Beiträge zur Geschichte Hamburgs, Band 1). Hamburg 1969.

Allchin, Arthur M.: N. F. S. Grundtvig: an introduction to his life and work. (Skrifter udgivet af Grundtvig-Selskabet; 27). Aarhus 1997.

Andersen, Dorrit: J.A. Viinsted og højskolen på Ågård. In: Sønderjyske Årbøger 1983, S. 77-104.

Antz, Joseph: Paul Kaestner (Mohrkirch-Osterholz und der Hohenrodter Bund). In: Pädagogische Rundschau 13/1958-59, S. 265-269.

Appens, Wilhelm: Die pädagogischen Bewegungen des Jahres 1848. Ein Beitrag zur Geschichte der Pädagogik des 19. Jahrhunderts. Jena 1914.

Arends, Otto Friedrich: Gejstligheden i Slesvig og Holsten fra Reformationen til 1864. 3 Bände. Kopenhagen 1932.

Axhausen, Hartmut: Zur Bildungstheorie der Nationalsozialisten. München 1983.

Baake, Friedrich: Brücke zum Norden - 40 Jahre Heimvolkshochschule Rendsburg. In: Volkshochschule im Westen 1/1962, S. 9-10.

Balser, Frolinde: Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - eine kultursoziologische Deutung. Stuttgart 1959.

Bäuerle, Theodor: Die Aufgaben der freien Volksbildungsarbeit nach dem Kriege. In: Volksbildungsarchiv, VI.Band, 1919, S. 281-297.

Behrend, Harald und Lochner, Norbert: Geschichte und Gegenwart der Heimvolkshochschulen in Dänemark. Erster Teil einer Untersuchung über die Bedeutung der Heimvolkshochschule "Dänischer Richtung" für die Integration Erwachsener in das Bildungssystem. (Beiträge zur Erwachsenenbildung, Band 11). Osnabrück 1966.

Berger, Klaus: Die Erwachsenenbildung in Deutschland. In: PädZB 6/1930, S. 321-343.

Beyer, Hans: Landvolk und Geistlichkeit Angelns im Kampf um die Adlersche Agenda. In: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 1955, S. 88-110.

ders.: Zur Entwicklung des Bauernstandes in Schleswig-Holstein zwischen 1768 und 1848. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie 1957, S. 50-69.

Biernatzki, Karl Leonhard: Erinnerungen an C. Chr. Tadey. In: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 2, S. 70-86.

Bölling, Rainer: Volksschullehrer und Politik. Der Deutsche Lehrerverein 1918-1933. (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 32). Göttingen 1978.

Bolewski, Hans: Erwachsenenbildung. Zur Geschichte ihrer Praxis. In: Pädagogische Rundschau 1/1986, S. 61-79.

Borinski, Fritz: Die Erwachsenenbildung im Wandel unserer Zeit. Ein offener Brief an Hans Wenke. In: Die Sammlung 1960, S. 577-586.

Born, Karl Erich: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg. (Gebhardt Handbuch der deutschen Geschichte, Band 16). Stuttgart 1970.

Borup, Ernst J. und Nørgaard, Frederik (Hrsg.): Den danske Folkehøjskole gennem hundrede Aar. Odense 1939.

Boyhus, Else-Marie (Hrsg.): *Midt i højskolen: en antologi om det folkelige, det politiske, det universelle og det historisk-poetiske.* (Foreningen for folkehøjskoler). København 1991.

Brix, Theodor: *Polen und Dänen.* In: *Preußische Jahrbücher* 78/1894, S. 533-545.

ders.: *Der nationale Größenwahn und der Kampf mit den Dänen. Eine Kritik von Chauvinismus und Weltpolitik.* Berlin 1899.

ders.: *Nordschleswig und die Selbsterniedrigung Deutschlands.* Kopenhagen 1902.

Brockstedt, Jürgen (Hrsg.): *Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark.* (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 5). Neumünster 1983.

ders.: *Wirtschaftliche Wechsellagen in Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis zur Gegenwart.* (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 20). Neumünster 1991.

Bruhn, Annegret: *Schule und Lehrerbildung.* Neumünster 1997.

Buchenau, Artur: *Die sozialen und nationalen Aufgaben der modernen Volkshochschule.* In: *Volksbildungsarchiv*, Band V, 1917, S. 13-26.

ders.: *Die deutsche VHS nach Idee und Organisation.* (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 705). Langensalza 1919.

Bülck, Rudolf: *Das schleswig-holsteinische Zeitungswesen von den Anfängen bis zum Jahre 1789.* (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 16). Kiel 1928.

Burger, Johannes François: *Vergleichende Untersuchungen über die Volkshochschulbewegung in Dänemark, England und Deutschland.* München 1926.

Callesen, Gerd: *Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912-1924.* In: *Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 21/1970, S. 7-183.

Callsen, Johannes: *Die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz 1907-1931.* In: *Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln* 1986, S. 170-231.

ders.: *Die Auswirkungen der Aufklärung im Herzogtum Schleswig, mit Beispielen aus der Landschaft Angeln.* In: *Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln* 1988, S. 70-87.

Carstensen, Anna Maria: *Claus Jürgensen, der Gründer einer landwirtschaftlichen Schule in Oersberg.* In: *Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln* 1975, S. 101-108.

Christiansen, Carl Peder Ostenfeld: *Hundert Jahre dänische Volkshochschule.* In: *Der Schleswiger* 1944, Nr. 75/76, S. 1-5.

Christensen, Frederik: *Deutsche Aufbauarbeit in der Abstimmungszeit.* In: *Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 10/1964, S. 53-119.

ders.: *Aufbau deutscher Schulen in Nordschleswig 1919-1940.* In: *Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 24/1971, S. 5-116.

Claussen, Heinrich: *Einige Bemerkungen zur Volkshochschulfrage.* In: *Stimmen aus Nordschleswig* 1/1911/12, S. 27-34.

Delius, Heinrich: *Deutsches Vereins- und Versammlungsrecht in privat- und öffentlich-rechtlicher Beziehung unter besonderer Berücksichtigung des preußischen Rechts.* Berlin 1908.

Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen im Jahre 1896/97. Hrsgg. vom Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Berlin 1897.

Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone) vom 17. Januar 1921. In: Zentralblatt für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Jahrgang 63, Heft 7, Berlin 5. April 1921, S. 159-163.

Dennert, Moritz, Lembke, Friedrich und Siercks, Hans (Hrsg.): Die dänische Volkshochschule nebst Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule. (Zeitschrift für das gesamte Fortbildungsschulwesen in Preussen, Sonderheft 1). Kiel und Leipzig 1904.

Dieck, Wilhelm (Hrsg.): Ziele und Wege der deutschen Volkshochschule. Band 2: Von der dänischen Heimvolkshochschule zur deutschen Abendvolkshochschule. Mönchen-Gladbach 1924.

Diehl, Alfred: Heimvolkshochschule Rendsburg. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 4/1953, S. 52-53.

Dithmar, Reinhard und Willer, Jörg (Hrsg.): Schule zwischen Kaiserreich und Faschismus. Zur Entwicklung des Schulwesens in der Weimarer Republik. Darmstadt 1981.

Doege, Immo und Jessen-Klingenberg, Manfred: Die nationalen Minderheiten im schleswigschen Grenzland 1920-1955. Kiel 1990.

Dolff, Helmuth (Hrsg.): Die deutschen Volkshochschulen. Ihre Rechtsstellung, Aufgaben, Organisationen. (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, Band 24). Düsseldorf 1973.

Dräger, Horst: Volksbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert. (Dokumente zur Geschichte der Erwachsenenbildung, Band 1). Braunschweig 1979.

ders.: Historiographie und Geschichte der Erwachsenenbildung. In: Schmitz, E. und Tietgens, H. (Hrsg.): Erwachsenenbildung. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Band 11). Stuttgart 1984, S. 76-94.

Eggers, Nicolaus: Augaard. In: Jahrbuch für die Schleswigsche Geest 1962, S. 59-75.

Ehmsen, Detlef: Winke und Wege für die praktische Gestaltung der Volksbildungsarbeit. Reinfeld in Holstein 1923.

Einhundertfünfzig Jahre Heimvolkshochschule. In: Slesvigland 1994/4, S. 106-115.

Elisabeth Georgi. In: Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1954, S. 101-102.

Engberg, Poul: N.F.S. Grundtvig. Ein nordischer Volkserzieher. Stuttgart 1950.

Erdberg, Robert von: Die Grundbegriffe der Volksbildung. Kultur (Zivilisation) - Bildung - Volksbildung. In: Volksbildungsarchiv, Band II, 1911, S. 357-388.

ders.: Die Deutschen Volkshochschulen. (Sonderdruck aus: Concordia - Zeitschrift der Zentralstelle für Volkswohlfahrt vom 1. November 1913). Berlin 1913.

ders.: Der Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen. In: Die Tat 8/1916, S. 958-961.

ders.: Die Entwicklung des Volksbildungswesens. In: Die Tat 8/1916, S. 964-968.

ders.: Die Volkshochschule. (Neue Bahnen der Arbeit am Volke, Heft 3). Frankfurt a.M. 1919.

ders.: Vom Bildungsverein zur Volkshochschule. In: Die Arbeitsgemeinschaft 2/1920- /21, S. 73-94.

ders.: Fünfzig Jahre Freies Volksbildungswesen. Ein Beitrag zur Geschichte der Volksbildungsbewegung. (Volk und Geist. Schriften zur Volksbildung, Heft 3). Berlin 1924.

Ericksen, Ernst: Die schleswig-holsteinische Volkshochschule und ihre soziale Bedeutung. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 1179). Langensalza 1928.

ders.: Das Schullandheim. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 1282). Langensalza

1930.

ders.: Die erste Landwirtschaftliche Schule Angelns in Örsberg 1844-1850. In: Die Heimat 1949, S. 197-198.

ders.: Die erste Landwirtschaftliche Schule Angelns in Örsberg 1844-1850. Ein Nachtrag. In: Die Heimat 1953, S. 43-44.

ders.: Die Schulverhältnisse in Angeln und die Adlersche Schulreform. In: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 1952, S. 109-148.

ders.: Die Schulverhältnisse in Angeln und die Adlersche Schulreform (Ein Nachtrag). In: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 1953, S. 105-114.

ders.: Die erste landwirtschaftliche Schule Angelns in Örsberg. In: Die Heimat 1953, S. 43-45.

Ermel, Wilhelm: Die ländliche Volkshochschule in Schleswig-Holstein - Soziale Praxis. In: Zentralblatt für Sozialpolitik 19/1909/10, Spalte 475-478.

Faber, Werner: Geschichte des Verbandes Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands. Hrsgg. vom Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen e.V. Hermannsburg 1990.

Falck, Nikolaus (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaft. Kiel 1847.

Falter, Jürgen, Lindenberger, Thomas und Schumann, Siegfried: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933. (Statistische Arbeitsbücher zur neueren deutschen Geschichte). München 1986.

Fertig, Ludwig (Hrsg.): Die Volksschule des Obrigkeitsstaates und ihre Kritiker. Texte zur politischen Funktion der Volksbildung im 18. und 19. Jahrhundert. (Texte zur Forschung, Band 30). Darmstadt 1979.

Flitner, Wilhelm: Die Abendvolkshochschule. Entwurf ihrer Theorie. (Volk und Geist, Heft 4). Berlin 1924.

ders.: Volkshochschule und Erwachsenenbildung. In: Handbuch der Pädagogik. Band 4. Langensalza 1928, S. 401-409.

ders.: Zur Geschichte der Volksbildungsarbeit in Deutschland (1870-1932). In: Erziehung 11/1936, S. 500-504.

ders.: Gesammelte Schriften. Band 1: Erwachsenenbildung. Paderborn, München, Wien, Zürich 1982.

Flor, Christian: Dansk Læsebog til Brug i de lærde Skoler. Kiel 1831.

Framke, Wolfgang: Die deutsch-dänische Grenze in ihrem Einfluß auf die Differenzierung der Kulturlandschaft. Bad Godesberg 1968.

Frederik Christensen. In: Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1976, S. 129-130.

Freise, Heinz: Verbreitung und Arbeitsweise ländlicher Heimvolkshochschulen. Eine Studie über die ländlichen Heimvolkshochschulen in Westdeutschland und ihre Arbeit. (Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie). Bonn 1961.

Friberg, Maikki: Die Volkshochschulen im Norden. Berlin 1895.

ders.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschulen in den nordischen Ländern. Bern 1897.

Führ, Christoph: Zur Schulpolitik der Weimarer Republik. Die Zusammenarbeit von Reich und Ländern im Reichsschulausschuß (1919-1923) und im Ausschuß für das Unterrichtswesen (1924-1933). Weinheim, Berlin, Basel 1970.

Gaasch, Karl-Heinz: Geistige Freiheit im Denken. Älteste Heimvolkshochschule in Rendsburg.

- 1842-1921-1968. In: Schleswig-Holstein 1968. S. 85-86.
- ders.*, *Kuhne*, Wilhelm und *Emmerling*, Albert: Geschichte des Verbandes Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands. Band II: Ländliche Heimvolkshochschulen vor der Gründung des Verbandes. Hrsgg. vom Verband Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands e.V. Hermannsburg 1991.
- Georgi*, Elisabeth: Der Anfang im alten Hause [Tingleff]. In: Der Schleswig-Holsteiner 1930, S. 469-471.
- Götze*, Walter: Die Begründung der Volksbildung in der Aufklärungsbewegung. Langensalza, Berlin, Leipzig 1932.
- Göbel*, Fritz.: Brauchen wir in Nordschleswig Volkshochschulen oder Volksheime? In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1912/13, Heft 3, S. 115-122.
- Gondesen*, Hans: Ende der Weimarer Republik - Ende des Landvolks. In: Jahrbuch der Schleswiger Geest 1989, S. 7-27.
- Gröndahl*, Christen: Vom deutsch-dänischen Grenzkampf in alter und neuer Zeit. Berlin 1924.
- ders.*: Von Feiern und Festen in der Volkshochschule. In: Der Schleswig-Holsteiner 1930, S. 476-477.
- ders.*: Von der ländlichen Volkshochschule Schleswig-Holsteins. In: Schleswig-Holsteinische Schulzeitung 1933, S. 628-630.
- Grundtvig*, Nikolai Frederik Severin: Skolen for Livet og Academiet i Soer borgerlig betraget. Kopenhagen 1838.
- ders.*: Bøn og Begreb om en Dansk Højskole i Soer. Kopenhagen 1840.
- ders.*: Mands minde 1788-1838. Foredrag over det sidste halve Aarhundredes Historie, holdte af Nik. Fred. Sev. Grundtvig. Kopenhagen 1877.
- ders.*: Die Volkshochschule. Ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von Johannes Tiedje. (Schriften zur Volkserziehung und Volkheit, Band 1). Jena 1927.
- ders.*: Volkheit. Ausgewählt, übersetzt und eingeleitet von Johannes Tiedje. (Schriften zur Volkserziehung und Volkheit, Band 2). Jena 1927.
- Günther*, Ute: Zur Lokalgeschichte der deutschen Volkshochschulen. Eine themenorientierte Dokumentation. Frankfurt a.M. 1988.
- Gutachten* des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen: Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung. In: Volkshochschule. Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. (Schriften zur Erwachsenenbildung.) Hrsgg. vom Deutschen Volkshochschul-Verband. Stuttgart 1961, S. 389-457.
- Hamdorff*, Gustav: Eine dänische Musterschule für die Fortbildung des Landvolkes. In: Das Land 7/1899, S. 241-243.
- Hansen*, Detlef: Die Dithmarscher Landesschule - Ihr Werden und Wesen. In: Dithmarschen 1926, S. 148-155.
- ders.*: Dithmarscher Landesschule. Eine Heimvolkshochschule. In: Der Schleswig-Holsteiner 1929, S. 325-329.
- ders.*: Die Dithmarscher Landesschule, eine Heimvolkshochschule in Lunden. (Beiträge zur Heimat- und Wohlfahrtskunde, Heft 3). Heide 1929.
- ders.*: Aus der Winterarbeit der Dithmarscher Landesschule. In: Der Schleswig-Holsteiner 1930, S. 259-262.

- ders.*: Nordschleswig im Rahmen unserer Volkshochschularbeit. In: Deutscher Volkskalender für Nordschleswig 1931, S. 25-30.
- ders.*: Die Anfänge der Dithmarscher Landesschule. In: Dithmarschen 1957, S. 52-55.
- ders.*: Erinnerungen an die Dithmarscher Landesschule. In: Grenzfriedenshefte 2/1962, S. 103-108.
- Hansen, Hans Frederik*: Beiträge zur Schulgeschichte des Kirchspiels Tingleff. Apenrade 1979.
- ders.*: Aus der Geschichte des Tingleffer Verschönerungsvereins. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 39/1979, S. 24-52.
- Hansen, Nils*: FabrikKinder - Zur Kinderarbeit in schleswig-holsteinischen Fabriken im 19. Jahrhundert. (Studien zur Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 19). Neumünster 1987.
- Hansen, Peter Christian*: Die Volkshochschulen in Finnland. In: Die schleswig-holsteinische ländliche Volkshochschule. Heide 1907, Nr. 9, S. 2-8.
- Harms, Heinrich*: Die Volkshochschule im Lichte allgemeiner Bildungs- und Menschheitsfragen. Ein Beitrag zu einer naturgemäßen Gestaltung der Volkshochschulen. (Schulpolitik und Volksbildung, Band 4). Osterwieck-Harz 1920.
- Harms, Heinrich*: Warum muß unsere Jugend die Volkshochschule besuchen? (Flugschrift des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig, Heft 2). Apenrade o.J.
- ders.*: Die ländliche Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: Die Nordmark 11 (1908) Nr. 3, S. 23-24.
- ders.*: Die ländliche Volkshochschule. (Hrsgg. im Auftrag des Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein). Mohrkirch-Osterholz 1910.
- ders.*: Halbjahresbericht der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. Sommerkurs 1911. Mohrkirch-Osterholz 1911.
- ders.*: Halbjahresbericht der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. Sommerkurs 1912. Mohrkirch-Osterholz 1912.
- ders.*: Die Volkshochschule - eine Heimatschule. In: Die Heimat 10/1918, S. 150-154.
- ders.*: Die deutsche Volkshochschule. (Flugschriften der Fichte-Gesellschaft von 1914, 3). Hamburg o.J. [nach 1914].
- ders.*: Die Volkshochschule eine Heimatschule. In: Die Heimat 1918, S. 150-154.
- ders.*: Die deutsche Volkshochschule. Lehrplan und Lehrweise. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 706/ Die Deutsche Volkshochschule, 6). Langensalza 1919.
- ders.*: Die Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: Archiv für ländliche Bildung, Heft 1: Die ländliche Volkshochschule. Berlin 1919, S. 46-48.
- ders.*: Die Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: Angeln. Geschichtlich und topographisch beschrieben von Hans Nicolai Andreas Jensen. Gelting 1844. Neu bearbeitet und fortgeführt von Willi Martensen und Johann Henningsen. Schleswig 1922.
- ders.*: Die Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: Das Mohrkirchheft, Nr. 1, 1925.
- ders.*: Zwanzig Jahre Volkshochschularbeit. In: Das Mohrkirchheft, Nr. 4, 1927.
- Hartmann, Ludo Moritz*: Die deutsche Volkshochschulbewegung. (Dürer-Bund Flugschrift, Nr. 66), 1910, S. 1-14.
- Hartmann, Martin*: Die Volkshochschulen Dänemarks. In: Comenius-Blätter für Volkserziehung. Mitteilungen der Comenius-Gesellschaft 4/1896, S. 10-18.
- Hattenhauer, Hans*: Geschichte des Beamtentums. (Handbuch des Öffentlichen Dienstes, Band 1). Köln, Berlin, Bonn, München 1980.
- Hauser, Oswald*: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. (Quellen und Forschungen

- zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 42). Neumünster 1960.
- Henningsen, Axel*: Schleswig-Holsteinische Heimvolkshochschulen. Eine Denkschrift. In: Deutsche Blätter für Erziehenden Unterricht 40/1922, S. 313-316 u. 41/1922 S. 321-324.
- ders.*: Der Aufbau. In: Schleswig-Holsteinische Blätter 13/1924, S. 8-9.
- ders.*: Allgemein-Pädagogisches über die Volkshochschul-Arbeit. In: Schleswig-Holsteinische Blätter 13/1924, S. 10-14.
- ders.*: Die neue Fortbildungsschule. (Sonderheft der Rendsburger Blätter). Rendsburg 1927.
- ders.*: Der Familiengedanke im Volkshochschulheim. In: Die Saat 1930/4.
- ders.*: Die Entwicklung der schleswig-holsteinischen Heimvolkshochschulen. In: Schleswig-Holstein 1950, S. 3-4.
- ders.*: 30 Jahre Heimvolkshochschule Rendsburg. In: Schleswig-Holstein 1952, S. 18.
- ders.*: Schleswig-Holsteinische Heimvolkshochschulen. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 4/1953, S. 50-52.
- ders.*: Aus einem Leben in 2 Kulturen. In: Grenzfriedenshefte 4/1958, S. 163-235.
- ders.*: 50 Jahre freie Volksbildung in Schleswig-Holstein - Ein kritischer Rückblick. In: Grenzfriedenshefte 4/1961, S. 251-259.
- ders.*: Die freie Erwachsenenbildung begann in Schleswig-Holstein. In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule XV/1961, S. 123-128.
- ders.*: Vorläufer der Erwachsenenbildung. In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule XVI/1961, S. 96-107.
- ders.*: Vom Werden der schleswig-holsteinischen Volkshochschulen. In: Schleswig-Holstein 13/1961, S. 30-33.
- ders.*: Volksbildung und Demokratie in Dänemark. In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule XVIII/1962, S.123-139.
- ders.*: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein. Neumünster 1962.
- Henningsen, Jürgen*: Zur Geschichte des Begriffs "Arbeitsgemeinschaft". In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 26/1957, S. 22-27.
- ders.* (Hrsg.): Der Hohenrodter Bund. Zur Erwachsenenbildung in der Weimarer Zeit. Heidelberg 1958.
- ders.*: Zur Theorie der Volksbildung. Historisch-kritische Studien zur Weimarer Zeit. Berlin 1959.
- ders.*: Die neue Richtung in der Weimarer Zeit - Zur Geschichte der Erwachsenenbildung. (Schriften zur Erwachsenenbildung). Stuttgart 1960.
- ders.*: Fritz Laack und Hohenrodt. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 43/44/1960, S. 10-20.
- Herbaum, A.*: Geschichte des deutschen Bildungswesens seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Berlin 1905.
- Herrmann, Ulrich* (Hrsg.): Das pädagogische Jahrhundert - Volksaufklärung und Erziehung zur Armut im 18. Jahrhundert in Deutschland. (Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland, Band 1). Weinheim und Basel 1981.
- ders.*: Neue Erziehung - Neue Menschen. Ansätze zur Erziehungs- und Bildungsreform in Deutschland zwischen Kaiserreich und Diktatur. (Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens in Deutschland, Band 5). Weinheim und Basel 1987.
- Hoffmann, Gottfried Ernst*: Philipp Ernst Lüders - Ein landwirtschaftlicher Reformator Schlesiens im 18. Jahrhundert. Zur 250. Wiederkehr seines Geburtstages am 6. Oktober 1702. In: Blätter

für deutsche Landesgeschichte 1952, S. 134-152.

Holander, Reimer Kay: Ein Leben für das Land - Ökonomierat Fr. Lembke wurde 88 Jahre alt. In: *Die Heimat* 1957, S. 350-351.

Hollmann, Anton Heinrich: Die dänische Volkshochschule und ihre Bedeutung für die Entwicklung einer völkischen Kultur in Dänemark. Berlin 1909.

ders.: Die Volkshochschule und die geistigen Grundlagen der Demokratie. (Zweite, neu bearbeitete Auflage der "Dänischen Volkshochschule"). Berlin 1919.

Hoop, Edward: Geschichte der Stadt Rendsburg. Rendsburg 1989.

Horstmann, Jürgen: Geschichte und gegenwärtiger Stand der Berufsbildung in der Volkshochschule. Köln 1970.

Hundert Jahre Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Hrsgg. im Auftrag der Landesregierung vom Innenminister des Landes. Kiel 1967.

Ingwersen, Peter: Augaard. Beitrag zur Geschichte der Freibondengüter. In: *Jahrbuch des Angler Heimatvereins* 1951, S. 41-60.

Jacobsen, Jens Christian: Vom Landarbeiter zum Lokalredakteur. Die Arbeitervolkshochschulen Tinz und Harrisleefeld. In: *Grenzfriedenshefte* 4/1993, S. 273-287.

Jakob, Volker: Tonnesen, Johannes Jacob. In: *Schleswig-Holsteinisches Biographisches Lexikon*. Neumünster 1991, Band 9, S. 350-354.

Japsen, Gottlieb: Pastor Jacobsen fra Skærbæk og hans foretagender. Bidrag til det tyske mindretals historie efter 1864. (Skrifter, Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 52). Åbenrå 1980.

ders.: Den fejlslagne germanisering. Den tyske forening for det nordlige Slesvig Bidrag til det tyske mindretals historie efter 1864. (Skrifter, Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 57). Åbenrå 1983.

ders.: Det dansksprogede skolevaesen i Sønderjylland indtil 1814. (Skrifter, Historisk Samfund for Sønderjylland, Nr. 40). Kopenhagen 1986.

Jenssen, Christian: Die ländliche und kleinstädtische Fortbildungsschule im Deutschen Reiche mit Betonung schleswig-holsteinischer Verhältnisse. Kiel 1873.

Jessen, Johann Christian: Grundzüge zur Geschichte und Kritik des Schul- und Unterrichtswesens der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom christlich wissenschaftlichen Standpunkte. Hamburg 1860.

Johannsen, Hans Martin: Grenzland Schleswig. Aufsätze zur Deutsch-Dänischen Frage. (Quellen und Studien zur Kunde des Grenz- und Auslanddeutschtums, Band 2). Crimmitschau 1926.

ders.: Die andere Seite. In: *Deutscher Volkskalender für Nordschleswig* 1933, S. 26-28.

ders.: Hans Schmidt-Gorsblock. In: *Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig* 40/1979, S. 57-63.

Johannsen, Hans Peter: Die alte Tingleffer Volkshochschule aus der Sicht des Nachbarhauses. In: *Grenzfriedenshefte* 1979, S. 39-41.

Johannsen, Jakob: Vom Wesen der Heimvolkshochschule. In: *Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender* 1950, S. 33-36.

ders.: Die Heimvolkshochschule in Leck. In: *Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein* 4/1953, S. 53-54.

ders.: Die Heimvolkshochschule Leck. In: *Grenzfriedenshefte* 2/1962, S. 94-96.

Jürgensen, Claus: Die Angler landwirthschaftliche Lehr- und Bildungsanstalt zu Töstrup. In:

Landwirtschaftliche Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 1847, S. 9-11.

ders.: Wirken, Richtung und Status der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup. In: Landwirtschaftliche Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 1847, S. 41-43.

ders.: Oeffentliches Examen in der landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup. In: Landwirtschaftliche Zeitung für die Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg 1847, S. 401-403.

Kappe, Hans: Volksbildung und Volkbildung. Geschichte und Idee des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen. Münster 1964.

Kardel, Harboe: Das Lebenswerk Frederik Christensens. Zur 100. Wiederkehr seines Geburtstages am 7. Mai 1882. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 1982, S. 5-8.

Kerschensteiner, Georg: Begriff der Arbeitsschule. Berlin und Leipzig 1912.

Kier, Detlef: Die Volkshochschule für junge Mädchen vom Lande in Tingleff. In: Die Nordmark, 11/1908, Nr. 2, S. 15-16.

Kiesbye, Elise: Die Kinder vom Linneberg - II. Teil (1885-1950). In: Jahrbuch für die Schleswigsche Geest 1964, S. 45-105.

Kiesbye, Hans: Was will unsere ländliche Volkshochschule? In: Schleswigsche Grenzpost Nr. 240 B vom 14. Oktober 1909.

ders.: Volkshochschularbeit in Schleswig-Holstein. In: Hamburger Nachrichten Nr. 301 B vom 2. Juli 1910.

ders.: Noch eine Auseinandersetzung über Volkshochschulen. In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1911/12, Heft 3, S. 118-132.

ders.: Volkshochschulen? In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1911, Heft 4, S. 17-34.

Klenze, Carl Friedrich Hermann: Offenes Schreiben. In: Itzehoer Wochenblatt vom 11. September 1840. Nachdruck in: Dräger, Horst: Volksbildung im 19. Jahrhundert. Band 1, Braunschweig 1979, S. 195-198) und Laack, Fritz: Auftakt freier Erwachsenenbildung - Geschichte und Bedeutung der Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher in Rendsburg 1842-1848. (Schriften zur Erwachsenenbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Band III). Stuttgart 1960, S. 28-31.

Knoop, Karl: Zur Geschichte der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein - 200 Jahre Lehrerbildung vom Seminar bis zur Pädagogischen Hochschule 1781-1981. Husum 1984.

Koch, Georg: Eine deutsche Volkshochschule. In: Volksbildungsarchiv, Band V, 1917, S. 241-265.

ders.: Der Volkshochschulgedanke. Ausgewählte Aufsätze. Kassel 1928.

Kochansky, Gerhard und Bodenstein, Eckhard: Bildungseinrichtungen nördlich und südlich der Grenze. Flensburg 1988.

Koops, Wilhelm: Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik (1918-1933). Ein Landkreis zwischen Obrigkeitsstaat und Diktatur. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 101). Neumünster 1993.

Koopmann, Paul: Die Nachschule und Volkshochschule Tingleff. In: Grenzfriedenshefte 1962,

S. 101-102.

ders.: Nachschule und Volkshochschule Tingleff. In: Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1964, S. 84-86.

ders.: Grundstruktur einer Geschichte des Heimdeutschtums. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 31-32/1975, S. 7-14.

Kopitzsch, Franklin (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 2). Neumünster 1981.

ders.: Organisationsformen der Aufklärung in Schleswig-Holstein. In: Lehmann, Hartmut und Lohmeier, Dieter (Hrsg.): Aufklärung und Pietismus im dänischen Gesamtstaat 1770-1820. (Kieler Studien zur deutschen Literaturgeschichte, Band 16). Neumünster 1983, S. 53-86.

Kracht, Ernst: Die Dithmarscher Landesschule - eine Heimvolkshochschule in Lunden. (Beiträge zur Heimat- und Wohlfahrtskunde, Heft 3). Heide o.J.

ders.: Die Dithmarscher Landesschule - Zur Volkshochschulbewegung in der Nordmark. Berlin 1924.

ders.: Kreiskommunale Tätigkeit in Schleswig-Holstein. In: Nordelbingen 6/1927, S. 218-253.

ders.: Anfang und Organisation. In: Der Schleswig-Holsteiner 10/1929, S. 322-324.

ders.: Aus meinem Leben. Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen. (Dithmarscher Schriften zur Landeskunde). Heide 1986.

Kracht, Ute: N.F.S. Grundtvig. Entstehen und Wirken der dänischen Freigemeinden in Nordschleswig bis 1920. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 46/1982, S. 6-9.

Krieger, Folkert: Deutsch-Dänische Beziehungen 1901-1914. Bonn 1974.

Kruse, Christoph: Von der Grenzvolkshochschule in Schleswig-Holstein. In: Arbeitsblätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 1925, S. 219.

Laack, Fritz und *Weitsch*, Eduard: Die Lage der Volksbildung nach der nationalen Revolution. In: Freie Volksbildung 4/1933.

Laack, Fritz: Die erste Erwachsenen-Schule in Rendsburg 1842 -1849. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 33/1958, S.4-11.

ders.: Auftakt freier Erwachsenenbildung - Geschichte und Bedeutung der "Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte" in Rendsburg 1842-1848. (Schriften zur Erwachsenenbildung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes, Band III). Stuttgart 1960.

ders.: An Axel Henningsen, den Achtzigjährigen. In: Grenzfriedenshefte 3/1963, S. 167-170.

ders.: Die Bedeutung Rendsburgs in der Erwachsenenbildung der Zeit. In: VHS-Korrespondenz - Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 3/1972, S. 17-21.

ders.: Rendsburg und Rödding - der Anfang deutscher und dänischer Volksbildung. In: Grenzfriedenshefte 3/1979, S. 135-139.

ders.: Das Zwischenspiel freier Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1984.

Lambrecht, Peter, *Landgraf*, Henning und *Schulz*, Willy (Hrsg.): Meldorfer Gelehrtschule 1540-1990 "eine gemeine Schole vor det Joget des gantzen Landes". Heide 1990.

Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins (Hrsg.): Weiterbildung für unser Land. 50 Jahre Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. Kiel 1998.

Lange, Ulrich (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster 1996.

Larsen, Torkild Mads: Mennesket er ingen abekat: Grundtvigs tanker om den folkelige højskole, med specielt henblik på perioden 1832-1871. Odense 1993.

- Lehmann, Hans Dietrich*: Der "Deutsche Ausschuß" und die Abstimmungen in Schleswig 1920. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 55). Neumünster 1969.
- Lehmann, Hartmut und Lohmeier, Dieter* (Hrsg.): Aufklärung und Pietismus im dänischen Gesamtstaat 1770-1820. (Kieler Studien zur deutschen Literaturgeschichte, Band 16). Neumünster 1983.
- Lehmensick, Ernst*: Der pädagogische Charakter und der jetzige Stand der Volksbildungsbewegung. In: Jahrbuch für Erwachsenenbildung 1930, S. 142-177.
- Lembke, Friedrich*: Volksschule und Volkshochschule auf dem Lande - Betrachtungen eines achtzigjährigen Schleswig-Holsteiners. Friedrich-Lembke-Archiv, o.J.
- ders.*: Genossenschaft und Bildungsstreben auf dem Lande. In: Bericht über den 21. ordentlichen Verbandstag der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 26. Mai 1904 zu Kiel. Kiel 1904, S. 13-15.
- ders.*: Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule. Unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Schleswig-Holstein. Kiel und Leipzig 1905.
- ders.*: Die schleswig-holsteinische ländliche Volkshochschule. Heide 1906.
- ders.*: Die ländliche Volkshochschule. Vortrag, gehalten in der oekonomischen Gesellschaft in Sachsen zu Dresden am 30. Mai 1919.
- ders.*: Ländliche Volkshochschulen (Bauernhochschulen). (42. Flugschrift zur ästhetischen Kultur). [München 1908]; (Veränderte Neuauflage: Ländliche Volkshochschulen. (42. Flugschrift zur Ausdruckskultur. Hrsgg. vom Dürer-Bund). München 1920.
- ders.*: Volkshochschule und nationale Kulturarbeit. Mit besonderer Berücksichtigung der schleswig-holsteinischen Verhältnisse. In: Volksbildungs-Archiv 9/1922, S. 105-108.
- ders.*: Die schleswig-holsteinische Bauernschule Berghof. In: Schleswig-Holsteinischer Bauernkalender 1936, S. 80-82.
- ders.*: Aus meinem Leben - Von der Volkshochschule. Friedrich-Lembke-Archiv, o.O. u. J.
- Leppien, Jörn-Peter*: Theodor Brix - ein Kritiker der preußischen Nordschleswig-Politik (1888-1905). In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 95/1970, S. 159-194.
- Leschinsky, Achim*: Das Konzept einer rationalen Elementarbildung - Die Pädagogik Rochows. In: Herrmann, Ulrich (Hrsg.): Das pädagogische Jahrhundert - Volksaufklärung und Erziehung zur Armut im 18. Jahrhundert in Deutschland. Weinheim und Basel 1981, S. 169-193.
- Lessow, Arthur*: Absolventen des Lehrerseminars in Tondern. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 58/1988, S. 85-117.
- Liedke, Gustav*: Über landwirtschaftliches Bildungswesen, speciell in Schleswig-Holstein. In: Landwirtschaftsschule in Flensburg. Bericht über das siebente Schuljahr Ostern 1881-82. Flensburg 1882.
- Lindner, Werner*: Heimatschutz und Volkshochschule. In: Heimatschutzchronik 9-10/1920, S. 1-8.
- Lohmeier, Dieter*: Klenze, Carl Friedrich Hermann. In: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 9, Neumünster 1991, S. 176-179.
- Lorenzen, Hermann*: Erwachsenenbildung im Wandel. In: Pädagogische Rundschau 6/1959, S. 239-245.
- Lorenzen-Schmidt, Klaus-Jürgen*: Die große Agrarkrise in den Herzogtümern 1819-1829. In: Brockstedt, Jürgen (Hrsg.): Wirtschaftliche Wechsellagen in Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Neumünster 1991, S. 175-198.

- Lotze, Heiner: Entfaltung und Entwicklung der freien Erwachsenenbildung von 1919-1932. In: Blätter der Volkshochschule Thüringen 2/1932, Nr. 4.
- Lüders, Gotthard: Propst Philipp Ernst Lüders 1702 - 1786. Zu seinem 200. Todestag. In: Jahrbuch des Heimatvereins der Landschaft Angeln 1986, S. 99-106.
- Lüders, Hans: Der Kartoffelpropst von Glücksburg. In: Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender 1952, S. 43-48.
- Lüders, Philipp Ernst: Vorläufige Nachricht von dem Bau und Einrichtung der Ackerbauakademien und oeconomischen Lehrschulen. Flensburg 1759.
- ders.: Kurzes Gespräch zwischen einem Landmann und einem Prediger, worin die Materie vom Lein-Potatos-Hopfen- und Kleeerbau abgehandelt wird. Flensburg 1760.
- ders.: Bericht, worin eine fortgesetzte Nachricht von dem Bau der Ackeracademie enthalten ist. Flensburg 1762.
- ders.: Kurze Nachricht von der Generalversammlung der Königlich Dänischen Ackerakademie. Flensburg 1762.
- ders.: Die Königliche Dänische Ackerakademie. Flensburg 1763.
- ders.: Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne. Flensburg 1769.
- ders.: Näheres Bedenken über den Gebrauch der Erde, wenn Freiheit und Eigenthum, wo ihnen beides fehlet, bei dem Bauernstande sollte eingeführet werden. Flensburg 1770.
- Lütgens, Jacob Julius Heinrich: Der allgemeine dänische Schullehrerverein, dessen Stiftung, Organisation und erste Wirksamkeit. Ein Vorbild für Deutschlands Schullehrerconferenzen. Kiel 1842.
- ders.: Polemische Erörterungen über Zweck, Einrichtung und weitere Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen höhern Volksschule in Rendsburg. Rendsburg 1846.
- Lunau, Carl: Zur Geschichte der ersten landwirtschaftlichen Schule zu Örsberg in Angeln - Ein Brief aus dem Jahre 1850 von C. Jürgensen. In: Die Heimat 1954, S. 249-250.
- Luntowski, Adalbert: Städtische Volkshochschulen (Fichte-Hochschulen). (5. Flugschrift der Fichte-Gesellschaft von 1914). Hamburg 1917.
- Lurgenstein, Walter: Die ehemalige Arbeitervolkshochschule Harrisleefeld - ein unverdientes Schicksal. In: Grenzfriedenshefte 2/1962, S. 108-115.
- Madsen, Rönberg: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 253). Langensalza 1905.
- Mähl, Hans: Die Anfänge des Realschulwesens in Schleswig-Holstein. Ein Stück schleswig-holsteinischer Schulgeschichte und ein Beitrag zum Behördenverkehr in der Zeit des schleswig-holsteinischen Interregnums (1863-1867). In: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 84/1960, S. 209-246.
- Makus, Alfred: Heimvolkshochschule Leck 1923-1973. In: Jahrbuch für die schleswigsche Geest 1973, S. 77-82.
- Mandoe, Asbjörn: Die kulturellen Hintergründe der dänischen Demokratie. In: Grenzfriedenshefte 4/1961, S. 231-241.
- Mann, Alfred: Geschäftsbericht des Reichsverbandes der deutschen Volkshochschulen über sein fünftes Jahr. In: Freie Volksbildung 1932, 7.
- Marholm, Leonhard: Volkshochschulen in Dänemark. In: Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart. 1/1888, S. 14-25.

- Matzat, Heinz: Zur Idee und Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland. Homburg 1964.
- Matzen, Hermann: Volkshochschulen in Dithmarschen. In: Dithmarschen - Zeitschrift für Landeskunde und Heimatpflege. Sonderheft 1953, S. 17-18.
- ders.: Volkshochschulen in Dithmarschen. In: Volkshochschule im Westen 10/1953, S. 11-12.
- ders.: Marksteine der Volkshochschularbeit in Dithmarschen und Schleswig-Holstein. In: Blätter für Erwachsenenbildung 33/34 1953, S. 24-26.
- May, Max: Hätte die dänische ländliche Volkshochschule auch bei uns einen Platz? In: Dorf und Hof 2/1904, S. 59-61.
- Mehner, Karsten: Die ländliche Fortbildungsschule in der Provinz Schleswig-Holstein 1875-1914. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 19). Neumünster 1989.
- Meissner, Kurt: Hüter der Tradition-Gestalter der Gegenwart. Axel Henningsen-70 Jahre alt. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 3/1953, S. 49.
- ders.: Die Heimvolkshochschule Rendsburg. In: Grenzfriedenshefte 2/1962, S. 91-94.
- ders.: Fritz Laack 65 Jahre. In: Volkshochschule im Westen 17/1965, S. 290.
- ders.: Versuch über die Heimvolkshochschule Rendsburg 1967. In: Volkshochschule im Westen 19/1967, S. 201-206.
- ders.: Im Zentrum der Mensch - Zum Tode von Axel Henningsen. In: VHS-Korrespondenz - Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 3/1972, S. 23.
- Menzel, Alfred: Universität und Volkshochschule. Kiel 1920.
- Mertineit, Walter: 50 Jahre Volkshochschulen - Rückblick und Ausblick für die Zukunft. In: VHS-Korrespondenz - Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 3/4 1969, S. 2-9.
- ders.: Die Volkshochschulen in Schleswig-Holstein. In: Volkshochschule im Westen 33/1981, S. 288-292.
- Meyersahm, Hans: Die Fortbildung des Volksschülers und die Frage der Volkshochschule. (Vergangenheit und Gegenwart, Ergänzungsheft 7). Leipzig und Berlin 1927.
- ders.: Volkshochschule und Volkseinheit. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 17. Juli 1928.
- ders.: Die deutsche Volkshochschule Tingleff in Gefahr. In: Schleswig-Holsteinische Schulzeitung 1937, S. 85-86.
- Miller, Hans Georg: Die deutsche Bauernhochschule auf entwicklungsgeschichtlicher, weltanschaulicher und agrarpolitischer Grundlage. (Tübinger Staatswissenschaftliche Abhandlungen, Dritte Folge). Stuttgart 1928.
- Molter, Bärbel: Deutsche Stimmen zur Nordschleswigfrage. Der Friedensverein. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 19/1969, S. 5-25.
- Monsheimer, Otto: Fritz Laack 65 Jahre. In: Hessische Blätter für Volksbildung 15/1965, S. 304-307.
- Nerong, Ocke Christian: Die Verdienst des Propstes Philipp Ernst Lüders in Glücksburg um die Landwirtschaft. In: Landwirtschaftliches Wochenblatt für Schleswig-Holstein 57/1907, S. 653-657.
- Neugebauer, Wolfgang: Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 62). Berlin und New York 1985.
- Nissen, Anna Maria: Chronik des Kirchspiels Toestrup. Schleswig 1982.
- Nissen, Gunhild: Udfordringer til højskolen: danske folkehøjskolen 1844 til 1994. (Foreningen

for Folkehøjskolen). København 1994.

Noack, Gerhard: Fortbildung des Volksschülers und Volkshochschule. (Vergangenheit und Gegenwart, Ergänzungsheft 7). Leipzig und Berlin 1927.

Nohl, Hermann: Die pädagogische Bewegung in Deutschland und ihre Theorie. Frankfurt a.M. 1949.

Nordschleswig. Bild einer Grenzlandschaft. Eine politische Monographie. Hrsgg. vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund. Neumünster 1963.

Offen, Claus-Hinrich: Zur wirtschaftlichen Situation der schleswig-holsteinischen Volksschullehrer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Kopitzsch, Franklin (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 2). Neumünster 1981, S. 115-148.

Ohrtmann, Johann: Ein Leben in 2 Kulturen: Axel Henningsen 1883-1972. In: Grenzfriedenshefte 3/1972, S. 137-142.

Olbrich, Josef: Geschichte der Erwachsenenbildung als Sozialgeschichte. In: Bildung und Erziehung 6/1976, S. 450-462.

Oldigs, Lühr: Dithmarscher Landesschule - Erbe und Auftrag. In: Dithmarschen (Sonderheft) 1953, S. 18-19.

ders.: Dithmarscher Landesschule - Erbe und Auftrag. In: Blätter für Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein 3/1953, S. 55-56.

ders.: Dithmarscher Landesschule Lunden. In: Dithmarschen 1971, S. 77-78.

Padberg, Inge: Die Bedeutung der Grundtvigschen Folkehøjskole für die deutsche Volksbildungsbewegung. Bonn 1983.

Patett, Robert: Das schleswig-holsteinische Schulwesen zur Zeit des Vormärz im Spiegel der Wochenzeitung "Itzehoer Wochenblatt". Kiel 1993.

Paulsen, Peter: Versuch einer Schulstatistik des Herzogthums Schleswig. Oldenburg i.H. 1845.

Pedersen, Käthe Z.S.: Rødding Højskole 1844-1994. Rødding 1994.

Picht, Georg: Leitlinien der Erwachsenenbildung. Braunschweig 1972.

Picht, Werner: Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland. Berlin 1936 [2. Auflage Braunschweig 1950].

ders. und Rosenstock, Eugen: Im Kampf um die Erwachsenenbildung 1912-1926. (Schriften für Erwachsenenbildung, Band 1). Leipzig 1926.

Pontoppidan, Morten: Die dänischen Volkshochschulen. In: Süddeutsche Monatshefte 1/1916, S. 549-558.

Povlsen, Alfred: Volkshochschulbewegung in Deutschland und Volkshochschularbeit in Dänemark. (Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin, Heft 757 / Die Deutsche Volkshochschule Nr. 23). Langensalza 1920.

Prange, Wolfgang: Die Anfänge der großen Agrarreformen in Schleswig-Holstein bis um 1771. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 60). Neumünster 1971.

Puschner, Uwe, Schmitz, Walter und Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Handbuch zur "Völkischen Bewegung" 1871-1918. München, New Providence, London, Paris 1996.

Radbruch, Gustav und Heller, Hermann: Volkshochschule und Weltanschauung. Kiel 1920.

Reimer, Georg: Zur Schulgeschichte des Amtes Rendsburg. In: Heimatkundliches Jahrbuch für

den Kreis Rendsburg 1952, S. 86-110.

Rein, Wilhelm: Leitsätze über Volksbildung mit Beziehung auf die dänischen Volkshochschulen. In: Comenius-Blätter für Volkserziehung. Mitteilungen der Comenius-Gesellschaft 4/1896, S. 91-93; 6/1896, S. 116-129.

ders.: Die "Dänische" Volkshochschule. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 694 / Die Deutsche Volkshochschule Nr. 1). Langensalza 1919.

Rendtorff, Franz Martin: Die schleswig-holsteinischen Schulordnungen vom 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Texte und Untersuchungen zur Geschichte des Schulwesens und des Katechismus in Schleswig-Holstein. (Schriften des Vereins für schleswig-holsteinische Kirchengeschichte, I. Reihe, Heft 2). Neumünster 1902.

Resewitz, Gabriel Friedrich: Über die Erziehung des Bürgers zum Gebrauch des gesunden Verstandes und zur gemeinnützigen Geschäftigkeit. Kopenhagen 1773.

Reuschel, Karl: Das Volkstum in der Volkshochschule. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 840). Langensalza 1921.

Rietzler, Rudolf: Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928). (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins Nr. 4). Neumünster 1982.

Riese, Ingrid: Die Indre Mission in Nordschleswig 1864-1920. In: Heimatkundliche Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 1964, S. 5-66.

ders.: Die Erziehungsanstalten der Herrnhuter Brüdergemeine in Christiansfeld. In: Schriften der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig 1967, S. 5-74.

Rietzler, Rudolf: Die "amputierte Nordmark" im Vorfeld des Nationalsozialismus. In: Grenzfriedenshefte 1/1982, S. 41-49.

ders.: Kampf in der Nordmark (1919-1928). (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, Band 4). Neumünster 1982.

Rördam, Thomas: Die Heimvolkshochschulen Dänemarks - besonders Rødding Højskole. In: Grenzfriedenshefte 1/1979, S. 32-38.

Roehrig, Paul: Geschichte des Bildungsgedankens in der Erwachsenenbildung und sein Verlust. In: Zeitschrift für Pädagogik 3/1988, S. 347-368.

Rogge, Friedrich: Die Gründung der Volkshochschule in Tingleff. In: Der Schleswig-Holsteiner, 11/1930, S. 468-469.

Rohner, Erich: Erbe und Auftrag - 60 Jahre Heimvolkshochschule Leck. (Einblicke in die Arbeit der Heimvolkshochschule Leck, Heft 2). 1983, S. 4-16.

Runge, Wolfgang: Anlässe und Umstände für die Gründung der Heimvolkshochschule 1921-23 und der Wiedereröffnung 1947/48. (Einblicke in die Arbeit der Heimvolkshochschule Leck, Heft 7). Leck 1988.

Sauer, Michael: Volksschullehrerbildung in Preußen. Die Seminare und Präparandenanstalten vom 18. Jahrhundert bis zur Weimarer Republik. (Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Band 37). Köln und Wien 1987.

Scharff, Alexander: Aus den Anfängen der Kämpfe um Sprache und Volkstum in Nordschleswig. In: Deutscher Volkskalender Nordschleswig 1956, S. 45-59.

ders.: Schleswig-Holstein in der deutschen und nordeuropäischen Geschichte. (Kieler Historische Studien, Band 6). Stuttgart 1969.

ders.: Schleswig-Holsteinische Geschichte - Ein Überblick. Freiburg 1982.

Scheile, Hermann: Geschichtliche Entwicklung und gegenwärtige Situation der deutschen Heimvolkshochschulen. In: Lernort Heimvolkshochschule. Eine deutsch-dänische

Untersuchung zur Positionsbestimmung der Heimvolkshochschule. Paderborn 1983, S. 174-211.

ders. und Vogel, Norbert (Hrsg.): Lernort Heimvolkshochschule: Eine deutsch-dänische Untersuchung zur Positionsbestimmung der Heimvolkshochschule mit ergänzenden Beiträgen aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. (Weiterbildung, 11). Paderborn 1983.

Schmidt, Hanno: Rede zur Einweihung der Nachschule in Tingleff. In: Grenzfriedenshefte 4/1955, S. 22-26.

Schmidt, Johannes: Unser Programm. In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1910/11, Heft 1, S. 1-10.

ders.: Deutsche Jugendbildung in Nordschleswig. In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1910/11, Heft 1, S. 30-42.

ders.: Aus deutschem und dänischem Lager. In: Stimmen aus Nordschleswig. Lose Blätter zur Vertretung Deutscher Friedensarbeit in der Nordmark. Hrsgg. von Johannes Schmidt im Auftrag des Vereins für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark. Hanau 1910/11, Heft 4, S. 1-12.

Schmidt-Gorsblock, Hans: Johannes Schmidt-Wodder. In: Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender 1960, S. 40-46.

Schmitz, Enno und Tietgens, Hans (Hrsg.): Erwachsenenbildung. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaften, Band 11). Stuttgart 1984.

Schröder, Ernst: Dänisches Vereins- und Zeitungswesen in Schleswig. In: Johannsen, Hans Martin (Hrsg.): Grenzland Schleswig. Aufsätze zur Deutsch-Dänischen Frage. (Quellen und Studien zur Kunde des Grenz- und Auslanddeutschtums, Band 2). Crimmitschau 1926, S. 115-122.

ders.: Nordschleswig und Schleswig-Holstein. In: Deutscher Volkskalender für Nordschleswig 1927, S. 45-47.

Schröder-Lembke, Gertrud: Lüders, Philipp Ernst. In: Neue Deutsche Biographie, 15. Band: Locherer-Maltza[h]n. (Hrsgg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften). Berlin 1987, S. 456-457.

Schwensen, Broder: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der nationalpolitischen Verbände im deutsch-dänischen Grenzland. (Kieler Werkstücke. Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte, Band 9). Frankfurt a.M. 1993.

Seefeldt, Fritz (Hrsg.): Deutsche Volkshochschularbeit außerhalb Deutschlands Grenzen. Posen 1926.

Siebert, Horst: Die Volksbildung der Weimarer Zeit in ihrer Bedeutung für die heutige Erwachsenenbildung. In: Pädagogische Rundschau 21/1967, S. 395-406.

ders.: Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland - Alte Bundesländer und neue Bundesländer. In: Tippelt, Rudolf (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Opladen 1994, S. 52-80.

Siemonsen, Hans: 123 Jahre Deutsches Lehrerseminar in Tondern. Niebüll 1925.

Sievers, Kai Detlev: Die Köllerpolitik und ihr Echo in der deutschen Presse 1897-1901. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 47). Neumünster 1964.

Skovmand, Roar, Dybdahl, Vagn und Rasmussen, Erik: Geschichte Dänemarks 1830-1939. Die

- Auseinandersetzungen um nationale Einheit, demokratische Freiheit und soziale Gleichheit. Neumünster 1973.
- Skovmand*, Roar: Folkehojskolen i Danmark 1841-92. Studier over en oplysnings-bevægelse i det 19. århundred. København 1944.
- Skrubbeltrang*, Fridlev: Die Volkshochschule. (Handbücher der Dänischen Gesellschaft). Kopenhagen 1950.
- Smidt*, Wolbert G.C.: Kühl, Claus. In: Biographisches Lexikon für Schleswig-Holstein und Lübeck, Band 10, Neumünster 1994, S. 225-228.
- Spranger*, Eduard: Kultur und Erziehung - Gesammelte pädagogische Aufsätze. Leipzig 1928.
- Stapel*, Wilhelm: Zum Volkshochschulrummel. In: Deutsches Volkstum 1913, S. 78-82.
- ders.*: Die Aufgabe eines volkspädagogischen Seminars. In: Schleswig-Holsteinische Blätter 13/1924, S. 5-7.
- Steindorff*, Gerhard: Von den Anfängen der Volkshochschule in Deutschland. (Beiträge zur Erwachsenenbildung, Band 16). Osnabrück 1968.
- Steltzer*, Theodor: Sechzig Jahre Zeitgenosse. München 1966.
- Stutzer*, Albert: Der Wettbewerb der dänischen und der schwedischen Landwirte mit Deutschland. Stuttgart 1903.
- ders.*: Ländliche Fortbildungsschulen in Dänemark. In: Die ländliche Fortbildungsschule 7/1905, S. 145-151.
- Stück*, Walter: Vier Grundfragen der Volkshochschularbeit. (Friedrich Mann`s Pädagogisches Magazin, Heft 963). Langensalza 1923.
- Tadey*, Carl Christian: Über die Anlegung höherer Bürgerschulen. Schleswig 1832.
- ders.*: Die höhere Bürgerschule mit besonderer Berücksichtigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein. Schleswig 1836.
- ders.*: Verhandlungen der Provinzial-Ständeversammlungen zu Roskilde, Wiborg, Schleswig, die Errichtung höherer Bürgerschulen betreffend. Schleswig 1837.
- ders.*: Höhere Volksschule. In: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 2, S. 132.
- Tägil*, Sven: Deutschland und die deutsche Minderheit in Nordschleswig - Ein Überblick. Stockholm 1970.
- Tews*, Johannes: 50 Jahre deutscher Volksbildungsarbeit. Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Gesellschaft für Volksbildung. Berlin 1921.
- Tietgens*, Hans: Einleitung in die Erwachsenenbildung. Darmstadt 1979.
- ders.*: Zugänge zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1985.
- Timmermann*, Otto: Die Friedrichstädter Volkshochschule. In: Archiv für ländliches Bildungswesen, Heft 1: Die ländliche Volkshochschule. Berlin 1919, S. 53-59.
- Tippelt*, Rudolf (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Opladen 1994.
- Tonnesen*, Johannes: Der Grundgedanke der nationalen Erziehung. In: Schleswig-Holsteinische Blätter 13/1924, S. 15-19.
- ders.*: Aus unserer Innenarbeit. In: Rendsburger Blätter 1/1926, S. 18-20.
- ders.*: Die schleswig-holsteinischen Volkshochschulen in den letzten zehn Jahren. In: Freie Volksbildung 6/1931.
- Tränckner*, Christian: Vom Geist der wahren deutschen Volkshochschule. Hamburg, Flensburg, Kiel 1921.
- ders.*: Von der Volkshochschule. In: Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender 1923, S. 39-40.
- ders.*: Von ehemaliger Volksbildung. In: Die Saat 4/1932.

Troels, Fink: Geschichte des schleswigschen Grenzlandes. (Ins Deutsche übertragen von Erik Bernstorff). Kopenhagen 1958.

Ulbricht, Justus H.: Völkische Erwachsenenbildung. Intentionen, Programme und Institutionen zwischen Jahrhundertwende und Weimarer Republik. In: Puschner, Uwe, Schmitz, Walter und Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Handbuch zur "Völkischen Bewegung" 1871-1918. München, New Providence, London, Paris 1996, S. 252-276.

Urbach, Dietrich: Zur Geschichte der Erwachsenenbildung. In: Erwachsenenbildung 13/1967, S. 171-178.

ders.: Erwachsenenbildung in Deutschland 1933-1945. In: Pädagogische Rundschau 1974, S. 782-810.

Vaagt, Gerd: Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Örsberg und ihre Nachfolger. In: Die Heimat 1968, S. 134-137.

ders.: Der 14. März als nationales Erlebnis. In: Zeitschrift der Gesellschaft für schleswig-holsteinische Geschichte 96/1971, S. 279-308.

ders.: Die Abstimmung von 1920. In: Schleswig-Holsteinischer Heimatkalender 1970, S. 17-23.

Vent, Reinhard: Die Entwicklung von der staatsbürgerlichen zur politischen Bildung und Erziehung im Preußen der Weimarer Republik (1925-1933). Dortmund 1979.

Verwaltungsbericht über die Stadt Apenrade für die Jahre von 1906 bis 1912. Apenrade 1913.

Vogel, Martin Rudolf: Volksbildung im ausgehenden 19. Jahrhundert - Ein Beitrag zur Theorien- und Institutionengeschichte. (Beiträge zur Erwachsenenbildung). Stuttgart 1959.

Vogel, Norbert: Professionalisierung in der dänischen Erwachsenenbildung. Weinheim und Basel 1981.

ders.: Grundtvigs Bedeutung für die deutsche Erwachsenenbildung. Ein Beitrag zur Bildungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1994.

Die *Volksabstimmungen* im Landesteil Schleswig. Weg und Wandel deutsch-dänischen Ringens um die Grenze 1920-1970. Neumünster o.J.

Volksbildung in Hessen. In: Mitteilungsblatt des Hessischen Landesverbandes für Erwachsenenbildung 1951, Heft 8, S. 155-162.

Volkshochschule. Handbuch für Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik. (Schriften zur Erwachsenenbildung). Hrsgg. vom Deutschen Volkshochschul-Verband. Stuttgart 1961.

Vollrath, Peter: Landwirtschaftliches Beratungs- und Bildungswesen in der Zeit von 1750 bis 1850. (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Band 35). Neumünster 1957.

Vollstedt, Olaf: Maschinen für das Land. Agrartechnik und produzierendes Gewerbe Schleswig-Holsteins im Umbruch (um 1800-1867). (Kieler Werkstücke. Reihe A: Beiträge zur schleswig-holsteinischen und skandinavischen Geschichte; Band 17). Kiel 1995.

Volz, Gustav Berthold (Hrsg.): Die Werke Friedrichs des Großen. Berlin 1913.

Wartenweiler-Haffter, Fritz: Ein Sokrates in dänischen Kleidern - Christen Kold und die erste Volkshochschule. Zürich 1929.

Weichert von Hassel, Monika: Gymnasium und Politik 1864-1944. Flensburg 1980.

Weimar, Wolfgang: Geschichte des Gymnasiums in Schleswig-Holstein. Rendsburg 1987.

Weinberg, Johannes: Stand der Forschung über Erwachsenenbildung. In: Schmitz, Enno und Tietgens, Hans (Hrsg.): Erwachsenenbildung. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft, Band 11).

Stuttgart 1984, S. 27-42.

Weitling, Günter: Die historischen Voraussetzungen des "Kirchlichen Vereins für Indre Mission in Nordschleswig" und dessen Verbindung zur reichsdänischen Indre Mission bis zur Jahrhundertwende. (Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, I. Reihe, Band 23). Flensburg 1971.

Wendler, Johann: Oeconomische Nachrichten. Band 15. Leipzig 1763.

Weniger, Erich: Grundtvig. Robert von Erdberg zum Gedächtnis. In: Die Erziehung 5/1930, S. 193-218, 280-294.

Werther, Martha: Von der Tingleffer Volkshochschule. In: Die Volkshochschule, Zeitschrift für heimatliche Volksbildung, Heft 2, 1919, S. 5-8 und Heft 3, 1919, S. 4-7.

dies.: Unsere Volkshochschule in Tingleff. In: Deutscher Volkskalender für Nordschleswig 1926, S. 29-33.

dies.: Volkshochschule und deutsche Mädchenerziehung in Nordschleswig. In: Frauendienst am Auslandsdeutschtum, 5/1929, S. 77-83.

dies.: Von der Entwicklung der Volkshochschule. In: Der Schleswig-Holsteiner 1930, S. 472-476.

dies.: Von der Tingleffer Volkshochschule. In: Nordschleswig 1937, S. 21-32.

Wollenhaupt, Rüdger: 50 Jahre Landesverband: Daten und Fakten. In: Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins (Hrsg.): Weiterbildung für unser Land. 50 Jahre Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins e.V. Kiel 1998, S. 42-66.

Wulf, Peter: Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928-1932. Kiel 1967.

ders.: Revolution, schwache Demokratie und Sieg in der "Nordmark" - Schleswig-Holstein in der Zeit der Weimarer Republik. In: Lange, U. (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster 1996, S. 513-552.

Yde, Henrik: Før selv de mindste af de små får del i livets glæde: grundtvigsk folke-oplysning og socialistisk arbejderbevægelse - et historisk rids. Kolding 1988.

Ziese, Gustav Anton: Gedanken über Volkshochschulen. In: Landpost Nr. 303 vom 29. Dezember 1905; Nr. 2 vom 4. Januar 1906; Nr. 3 vom 5. Januar 1906.

e. Personenregister

A

Absalon; Bischof 71
Adler, Jacob Georg Christian; Generalsuperintendent 23
Ahlmann, Ludwig; Bankdirektor 208, 209, 229
Alberti, Christian; Kreisschulinspektor 140, 190, 214
Albrecht, Max; Regierungsrat 162, 171
Alten, Kurt von; Landrat 183, 194
Andresen, Hans; Bürgerschulrektor 42
Appel, Jakob; Volkshochschullehrer 107

B

Bahnsen, Rudolf Bernhard; Pastor 110
Barfod, Heinrich; Volksschullehrer 194

Baumgarten, Otto; Theologieprofessor 114, 199
Becher; Sonntagsschullehrer 54
Becherer, Johannes; Landrat 151, 191
Behncke, Wilhelm Ludwig; Landrat 168, 207
Behrens, Oscar; Bürgermeister 208
Bennedsen, Bende; Hauptlehrer 117
Benöhr; Volkshochschullehrerin 149
Bielenberg, Dr. Hans; Landrat 207
Biernatzki, Johannes; Pastor 140
Biernatzki, Wilhelm; Ökonomierat 125, 129, 130, 168
Billian, Albert; Landesrat 213, 215, 220
Birkedal, Vilhelm; Pastor 83
Bödewadt, Jacob; Redakteur 208, 220
Böhme, Emilio; Landrat 151, 207, 227, 238
Boysen, Hertha Magdalena 173
Brandes, Georg; Literaturkritiker 103
Breiholz, Detlef; Volksschullehrer 140
Brix, Theodor; Journalist 99
Buchard, Hans-Heinrich; Volksschullehrer 160
Bülow, Detlev von; Oberpräsident 162, 168, 195

C

Callisen, Christian Friedrich; Generalsuperintendent 51
Christensen, Friedrich; Volkshochschuldirektor 159, 162
Christian IV.; dänischer König 71
Christian VIII.; dänischer König 68, 72
Christophersen, Heinrich; Rentner 226, 229
Clausen, Heinrich Bernhard; Volkshochschullehrer 189, 193
Clausen, Henrik Nicolai; Theologe, Politiker 65, 87
Comenius, Johan Amos; Pädagoge 37
Conradi, Albert; Ökonomierat, Direktor 140

D

Damaschke, Adolf; Lehrer und Bodenreformer 125
Daniel, Heinrich; Präparandenanstaltsvorsteher 193
Deetjen, Henrich; Kreisschulinspektor 163
Dehning, Hans; Regierungsrat 235
Delbrück, Hans; Historiker 99
Desler, Detlef; Volksschullehrer 49
Dethleffsen, Christian Peter; Seminarlehrer 143
Dinse, Paul; Oberbibliothekar 220
Dithmer, Georg Wilhelm; Pastor 29
Dolega-Koszierowsky, Oskar von; Regierungspräsident 128, 131
Doose, Johannes; Hofbesitzer 140
Doring, Ernst August von; Landdrost 36
Dryander, Dr. Ernst; Landrat 151, 155, 191
Dünkelberg, Alexander Friedrich; Regierungsrat 179

E

Edert, Georg; Oberschulrat 235
Ehlers, Jürgen 65
Ehmsen, Detlef; Volksschulrektor 215, 217
Elholm, Christen; Volksschullehrer 160
Elsner, Dr. Wilhelm; Studienassessor 215, 216
Erdberg-Krczenciewski, Robert von 201
Ewoldt, Walter; Amtsrichter 220

F

Falk, Paul Adelbert; Preußischer Kultusminister 99, 100
Feld, Lauritz; Pastor 64
Fink, August Eugen; Marinebauinspektor 159
Flor, Christian Holm; Bankrevisor 74
Flor, Christian; Pastor 74, 77, 87, 107
Forchammer, Johannes Nicolai; Professor 88
Frandsen, Hans; Hauptlehrer, Küster 140, 194
Franzen, Heinrich; Bauunternehmer 183
Franzen, Johannes; Bankvorsteher 208
Frederik VI.; dänischer König 16, 65
Friedrich II.; preußischer König 22, 25, 121
Friedrich V.; dänischer König 31
Friedrich VII.; dänischer König 66
Friedrich; Herzog 29
Friese, Conrad Heinrich; Pastor 49
Fritsche, Otto; Studienrat 226
Fürsen, Ernst; Gemeinde- und Amtsvorsteher 135

G

Georgi; Pastor 150
Gloy, Klaus; Amtsvorsteher 130, 140
Glüsing, Johannes Heinrich; Volkshochschullehrer 170, 180
Göbel, Fritz; Lehrer 116
Gohrbrandt, Carl Wilhelm; Volkshochschullehrer 57, 61
Gröndahl, Christen; Präparandenanstaltsvorsteher 114, 194
Grönning, Christa; Haushaltungslehrerin 152
Grundtvig, Christian Johann Ottosen; Pastor 64
Grundtvig, Nikolai Frederik Severin; Pastor 17, 29, 64, 83, 92

H

Haell, Fr.; Friedrich Lembke`s Pseudonym 125
Haenisch, Konrad; Kultusminister 201
Hagedorn, Dr. Fred; Landrat 179
Hagemann, Heinrich; Handwerkskammersekretär 168
Hagen, Laurits Christian; Pastor 76
Hahn, Dr. Johann Heinrich; Landrichter 151

Hähnsen, Fritz; Handwerkskammersyndikus 235
Hamdorff, Gustav; Pädagogikprofessor 118
Hansen, Jakob; Hufner 143
Hansen, Jörgen; Kreisarzt, Friedensvereinsvorstand 114
Hansen, Nickels; Tierarzt 54
Hansen, Peter Christian; Landesversicherungsrat 114, 149, 199
Hansen, Peter; Lehrer, Friedensvereinsvorstand 114
Hansen-Christensen, Christen; Volksschullehrer 160
Harms, Heinrich; Volkshochschuldirektor 114, 172, 178, 184, 222
Hartmann, Martin; Pädagoge, Erwachsenenbildner 118
Hartz, Detlev; Privatlehrer 58
Hass, Ludvig; Pastor 83
Heinemann, Christine; Volksschullehrerin 117
Heintze, Adolf Freiherr von; Landrat 125, 129, 130, 139, 140
Hell, Dr. Klaus; Oberlehrer 193
Henkler, Paul; Volkshochschullehrer 167, 170
Henningsen, Axel; Lehrer, Volkshochschulleiter 234, 238
Henningsen, Christian Anton; Pastor 89
Henningsen, Johannes; Pastor 193
Herder, Johann Gottfried 31
Hermannsen, Lorenz; Seminarlehrer 193
Hertel, Hans Vilhelm; Pastor 77
Heyder; Hauswirtschaftslehrerin 143
Hinz; Volksschullehrer 40
Hobe, Dr. Siegfried von; Gutsbesitzer 184
Hoegh-Guldberg, Ove; Kultusminister 16
Hoff, Hinrich Ewald; Volksschulrektor 208, 209
Hofmann, Walter; Büchereileiter 203
Högsbro, Sophus; Volkshochschulleiter, Politiker 79, 87
Holberg, Ludvig; Dichter 71
Holler, Markus Hartwig; Carlshüttenbesitzer 40, 54, 95
Holm, Adelheid; Volksschullehrerin 149
Howaldt, Georg; 95

Ij

Ingemann, Bernhard Severin; Dichter 79, 85
Iwersen, Heinrich; Volksschullehrer 140
Jacobsen, Christian Johannes; Pastor 108
Jacobsen, Peter Christian; Pianofabrikant 110
Jaeger, Professor Dr. Werner-Wilhelm; Philologe 213
Jaehner, Dr. Theodor; Regierungsrat 117
Jellinek, Professor Dr. Walter; Jurist 213
Jensen, Peter; Kreistagsabgeordneter 140, 184, 193
Jepsen, Hans; Hofbesitzer, Friedensvereinsvorstand 114
Johannsen, Adolf Harald; Landrat 178, 185
Johannsen, Heinrich Christian; Konferenzrat 92
Johannsen, Johannes; Gemeindevorsteher 140, 169, 177

Johannsen, Ludwig; Gutsbesitzer 208
Johannsen, Maria Magdalena 124
Johannsen, Peter Möller; Pastor 135, 137, 143, 149, 155
Johannsen, Peter; Amtsvorsteher und Sparkassendirektor 114, 137, 155
Johannsen, Adolf; Regierungspräsident 207
Jöns, Heinrich Johann; Substitut 54
Juhl, Thomas Christian; Pastor 60
Jürgensen, Claus; Volksschullehrer 49
Jürgensen, Detlef Desler; Landwirtschaftsschullehrer 60
Jürgensen, Elise; Friedensvereinsvorstand 114
Jürgensen, Johann Christian; Kätner 49

K

Kaestner, Paul; Abteilungsdirektor im Kultusministerium 204, 238
Kaftan, Julius; Theologe 99
Kähler, Julius; Redakteur 208
Kalle, Fritz; Fabrikant 96
Kallsen, Ernst; Handelskammerpräsident 208
Kant, Immanuel 31
Kerschensteiner, Georg; Pädagoge 69, 199
Kiesbye, Hans Heinrich; Volkshochschuldirektor 172, 177, 180
Kiesbye, Jens; Parzellist 172
Kirchner, Conrad; Hufner, Schulleiter 57
Kißkalt, Professor Dr. Karl; Mediziner 213
Kjer, Peter; Propst 114, 133, 135, 137, 145, 155
Klenze, Carl Friedrich Hermann; Jurist 36, 74
Klinker, Peter; Bürgermeister 156, 226, 229
Knorr, Friedrich; Museumsdirektor 220
Knudsen, Adolf; Theologiestudent 90
Knudsen, Knud L.; Gutsbesitzer 77
Koch, Peter Christian; Kaufmann, Verleger 74, 75
Kock, Johannes; Pastor 193
Köhnke, August; Apotheker; Tierarzt 62
Kold, Christen Mikkelsen; Pastor 74, 82
Kold, Mikkel Christensen; Schuster 83
Köller, Ernst Matthias von; Oberpräsident 98, 112
Kolls, Claus; Distriktschullehrer 39
Kords, Friedrich Heinrich; Volksschullehrer 57
Kordts, Friedrich; Lehrer, Lichtbilderstellenleiter 214, 220
Köster, Adolf; Staatskommissar 209
Kracht, Dr. Ernst; Landrat 207, 215, 220, 235
Krahe; Seminardirektor 193, 194
Krauß, Christian; Kassenführer Fichte-Gesellschaft 199
Kühl, Claus; Volksschullehrer 44
Kühl, Wilhelm August; Volksschullehrer 190
Kürbis, Heinrich; Oberpräsident 207

L

La Cour, Poul; Volkshochschullehrer 107
Lawaetz, Heinrich Christian Sophus; Pastor 110
Lebak; Volkshochschullehrer 86
Leibing, Franz; Gymnasiallehrer 96
Lembke, Friedrich Hinrich; Volkshochschuldirektor 124, 130, 138, 140, 166, 185, 199
Lembke, Hans Johann; Gärtner 124
Lennartz, Caspar; Kunstgewerbeschuldirektor 220
Leth, Steensen; Gutsbesitzer 65
Lohse, Hinrich; Gauleiter, Oberpräsident 234
Lorenzen, Andreas; Volksschullehrer 193
Lorenzen, Jürgen; Volkshochschullehrer 143, 149
Lorenzen, Peter Hjort; Politiker 75
Lüders, Anna Dorothea Elisabeth, geb. Axen 29
Lüders, Christian; Oberförster 29
Lüders, Philipp Ernst; Pastor 29, 240
Lund, Adolf Johannes; Lehrer 90
Luntowski, Adalbert; Geschäftsführer 199
Lütgens, Jacob Julius Heinrich; Schulrektor 42, 44

M

Madvig, Johan Nicolai; Kultusminister 72, 87
Mandel, Professor Dr. Hermann; Theologe 213
Martens, Hermann; Volksschullehrer 44
Matzen, Andreas; Regierungsrat 105
Maurice, Kurt; Rezitator 193
Mauve, Karl; Landrat 112
Mensing, Professor Dr. Otto; Philologe 213, 220
Menzel, Professor Dr. Alfred; Philosoph 213, 216
Metzger, Dr.; Generalkonsul 130
Meyerhof, Professor Dr. Otto; Mediziner 211
Michelsen, Dr. Konrad; Ackerbauschulgründer 62
Mißfeldt, Friedrich; Kunstmaler 220
Moldt, Johannes; Volksschullehrer 160
Möller, Theodor; Realschullehrer 149, 194
Moltke, Friedrich von; Oberpräsident 200
Moltke, Graf Adam Gottlob von; Oberhofmarschall 31, 33
Monrad, Ditlev Gothard; Kultusminister 72, 81
Mühler, Heinrich von; Kultusminister 106
Müller, Friedrich Carl; Abgeordneter 40
Müller, Gertrud; Sekretärin 149
Mumm, Jürgen; Sonntagsschullehrer 54

N

Naumann, Friedrich; Pastor, Sozialpolitiker 233
Neergaard, Ernst Friedrich von; Landgerichtsadvokat 40

Neergaard, Lucius Carl von; Abgeordneter 40
Nielsen, Nicolai Christian; Pastor 110
Niemann, Carl Ludwig; Forstbeamter 40
Nissen, Hans; Gutsbesitzer 77
Nissen, Karl; Amtsvorsteher 184
Nissen, Karl; Regierungsrat 235
Nutzhorn, Heinrich; Volkshochschullehrer 107

O

Obbarius, Carl Ludwig Albert; Pastor 110
Oertzen, Jaspas Baron von 110
Oldenburg, Rudolf; Pastor, Kreisschulinspektor 140, 194, 199
Ortmann, Richard; Seminarlehrer 194

P-Q

Paap, Johann; Kaufmann 41
Pahl, Jürgen; Rektor 39, 40
Pauls, Volquart; Landesbibliothekar 220
Paulsen, Friedrich; Pädagoge, Philosoph 183
Pauly, Friedrich; Landrat 219, 221
Pelagus; Philipp Ernst Lüders` Pseudonym 30
Pepper, Rudolf; städtischer Angestellter 213
Petersen, Asmus; Hufner, Schulleiter 57
Petersen, Daniel; Pastor 35
Petersen, Hans; Landwirt 159
Petersen, Hans; Volksschullehrer 117
Petersen, Heinrich Wilhelm; Pastor 149
Petersen, Johannes; Lehrer 149, 155
Philipp, Professor Max; Stadtrat 213
Picht, Dr. Werner; Pädagoge 199
Prall, August; Regierungs- und Schulrat 163
Quesnay, Francois; französischer Ökonom 35

R

Radbruch, Professor Dr. Gustav; Jurist, Reichsjustizminister 213
Rade, Martin; Theologe 99
Rantzau, Graf Hans; Agrarreformer 18
Rantzau, Otto Graf zu; Landwirtschaftskammervorsitzender 178
Rathje, Magda; Volksschullehrerin 167
Rathmann, Heinrich; Volksschulrektor 213
Reeder, Dr. Alfred; Generalsekretär Landwirtschaftskammer 194
Regenburg, Theodor August Jes; Staatsrat 58, 87, 88
Reimers, Dr.; Assessor 194
Rein, Wilhelm; Pädagoge, Erwachsenenbildner 118, 167
Resewitz, Friedrich Gabriel; Pädagoge 22, 36
Restelheim; Seminarist 58
Reuter, Elisabeth; Volkshochschulleiterin 114, 143, 150, 155, 169
Reuter, Ludwig; Propst 143, 149

Richter, Paul; Staatsarchivdirektor 220
Riggelsen, Heinrich; Gemeindevorsteher 184
Riggelsen, Peter; Organist und Hauptlehrer 135, 143
Rochow, Friedrich Eberhard von; Volksschulförderer 36
Rogge, Friedrich Bernhard; Landrat 135, 137, 142, 150, 151, 155, 157, 171, 191, 195, 224
Rosenzweig, Anna; Volksschullehrerin 167
Ross, Ditlev Heinrich; Küster, Organist 90
Rumohr, Hermann von; Landrat 140, 175, 177, 183, 194

S

Saß, Ludwig; Regierungs- und Schulrat 119
Sauer mann, Ernst; Museumsdirektor 209, 219
Saxo; Pastor 67
Schacht, Claus; Kreisschulinspektor 233
Schaumann, Dr. Hugo; Arzt 199
Schlüter; Tierarzt 58
Schmidt, Hans-Christian; Volksschullehrer 160
Schmidt, Johann August; Gutsbesitzer 77
Schmidt-Wodder, Johannes Carl; Pastor 99, 113, 115, 130, 133, 135, 137, 140, 169, 234-236, 238
Schöler, Hans Wilhelm Rieber; Pastor 77
Schönberg, Kurt; Landrat 207, 224, 229
Schreiber, Arthur; Landrat 108
Schriewer, Franz; Bibliothekar 160
Schröder, Ludvig; Volkshochschullehrer 81, 82, 88, 107
Schulze-Delitzsch, Hermann; Genossenschaftler 97
Schünke, Hermann; Pastor 193
Schütt, Dr. Klaus; Schulrat, Kreisschulinspektor 140, 193
Schwartz, Hermann; Amtsrichter 108, 109
Sellin, Professor Dr. Ernst; Theologe 212
Siemon, Hans; Landrat 117
Sierck, Jacob; Hufner 40
Siercks, Hans Detlef; Landwirtschaftsschuldirektor 125, 168
Sievers, Peter; Hufner 40
Skau, Laurids; Gutsbesitzer 77
Sohnrey, Heinrich; Professor 125, 199
Sondermann, Alex; Diplom-Landwirt 194
Spranger, Eduard; Professor 199
Staudinger, Lucas Andreas; Gutsbesitzer 35
Steffens, Henrik; Philologe 17, 65
Steinmann, Georg Frantz Max von; Oberpräsident 106, 118
Steltzer, Theodor; Landrat 232
Stoltenberg, Gustav; Fortbildungsschullehrer 168
Struensee, Adam; Generalsuperintendent 32
Stülpnagel, Gertrud von; Volkshochschullehrerin 143
Stutzer, Albert; Agrarökonom 123

Suhr, Wilhelm; Mittelschulrektor 199

T

Tadey, Carl Christian; Schulrektor 41
Teichert, Gustav Adolf; Volksschullehrer 190
Tews, Johannes; Generalsekretär 199
Thomsen, Carl Hinrich; Volksschullehrer 54
Thomsen, Detlev; Kuratoriumsmitglied Mohrkirch 184
Thomsen, Edvard; Landwirtschaftslehrer 81
Thomsen, Gustav Anton; Rentier 140
Thyssen, Michael; Hofbesitzer, Friedensvereinsvorstand 115
Tiedemann, Heinrich; Landinspektor 40
Tiedje, Johannes; Theologe 99
Tillisch, Frederik Ferdinand; Minister 58
Timm, Christian; Bürgermeister 208, 209
Todsén, Hermann Bendix; Oberbürgermeister 208
Tofte, Hans Mikkelsen; Volkshochschullehrer 90
Tonnesen, Hans; Pastor 110, 111, 114, 141, 163, 234
Tonnesen, Johannes; Pastor 114, 116
Tränckner, Christian; Oberlehrer 208, 220, 235, 238
Trede, Max Hermann; Volksschullehrer 193
Tschirschnitz, Adolf von; Landrat 151, 156, 191, 224

U-V

Ukert, Hans; Regierungspräsident 162
Valentiner, Christian August; Hauptpastor 42
Vierth, Max; Apotheker 226
Viinsted, Johan August; Apotheker, Volkshochschulleiter 87, 88, 90
Vogel, Julius; Architekt 213
Vogel, Karl; Pastor, Friedensvereinsvorsitzender 115
Vogt; Sonntagsschullehrer 54
Vogth, Caspar von; Gutsbesitzer 35

W-Z

Wallroth, Anton; Landrat 207, 229, 230, 238
Walther, Ilse; Volkshochschullehrerin 149
Wegener, Johan; Pastor 78, 79
Werther, Martha; Volkshochschulleiterin 150
Wiegmann, Christian Ludwig; Pastor 51
Wildhagen; Gutsbesitzer 40
Wilhelm, Otto 203
Wilmowski, Kurt Freiherr von; Oberpräsident 122, 131, 135, 154
Wittenburg, Karl; Physiker 149
Worm, Christoph Nikolaus; Volksschullehrer 190, 193
Zedlitz, Carl Abraham von; Kultusminister 23, 97
Zeuthen, Peter Christian; Staatsrat 74
Ziese, Gustav Anton; Amtsvorsteher 184

Zimmermann, Gustav; Direktor Provinzial-Schulkollegium 119

Zufall, Kuno; Kreisschulinspektor 149

f. Fußnoten:

1. Bolewski, H.: Erwachsenenbildung - Zur Geschichte ihrer Praxis. In: PR 1986, Heft 1, S. 61.
2. Karbe, W. und Richter, E.: Bibliographie zur Erwachsenenbildung im deutschen Sprachgebiet. Braunschweig 1962. Eine Bibliographie zur Lokalgeschichte der deutschen Volkshochschulen der Jahre 1945 bis 1987 findet sich bei Günther, U.: Zur Lokalgeschichte der Volkshochschulen. Eine themenorientierte Dokumentation. Frankfurt a.M. 1988.
3. Tietgens, H. (Hrsg.): Zugänge zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Bad Heilbrunn 1985, S. 9.
4. Siebert, H.: Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik Deutschland - Alte Bundesländer und neue Bundesländer. In: Tippelt, R. (Hrsg.): Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung. Opladen 1994, S. 52.
5. Weinberg, J.: Stand der Forschung über Erwachsenenbildung. In: Schmitz, E. und Tietgens, H. (Hrsg.): Erwachsenenbildung. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft; Bd. 11). Stuttgart 1984, S. 31.
6. Dräger, H.: Historiographie und Geschichte der Erwachsenenbildung. In: Schmitz, E. und Tietgens, H. (Hrsg.): Erwachsenenbildung. (Enzyklopädie Erziehungswissenschaft; Bd. 11). Stuttgart 1984, S. 77.
7. Günther, U.: Zur Lokalgeschichte der Volkshochschulen. Eine themenorientierte Dokumentation. Frankfurt a.M. 1988, S. 12.
8. Die zweibändige "Geschichte des Verbandes Ländlicher Heimvolkshochschulen Deutschlands" aus den Jahren 1990 und 1991 beschränkt sich ausschließlich auf die Vorstellung der Verbandsgeschichte.
9. Günther, U.: a.a.O., S. 13.
10. Kopitzsch, F. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. Neumünster 1981, S. 11.
11. Eine Zusammenstellung der bis zum Jahre 1900 erschienenen oder sich auf diesen Zeitraum beschränkenden schulgeschichtlichen Publikationen findet sich bei Lorenzen-Schmidt, K.-J.: Bibliographie zur schleswig-holsteinischen Schulgeschichte bis 1900. In: Kopitzsch, F. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. Neumünster 1981, S. 235-264.
12. Jessen, J. C.: Grundzüge zur Geschichte und Kritik des Schul- und Unterrichtswesens der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom christlich wissenschaftlichen Standpunkte. Hamburg 1860.
13. Japsen, G.: Det dansksprogede skolevæsen i Sønderjylland indtil 1814. København 1968.
14. Hansen, H. Fr.: Beiträge zur Schulgeschichte des Kirchspiels Tingleff. Apenrade 1979; Weichert von Hassel, M.: Gymnasium und Politik 1864-1944. Flensburg 1980; Knoop, K.: Zur Geschichte der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein - 200 Jahre Lehrerbildung vom Seminar bis zur Pädagogischen Hochschule 1781-1981. Husum 1984; Weimar, W.: Geschichte des Gymnasiums in Schleswig-Holstein. Rendsburg 1987; Kochansky, G. und Bodenstern, E.: Bildungseinrichtungen nördlich und südlich der Grenze. Flensburg 1988; Mehner, K.: Die ländliche Fortbildungsschule in der Provinz Schleswig-Holstein 1875-1914. Neumünster 1989; Patett, R.: Das schleswig-holsteinische Schulwesen zur Zeit des Vormärz im Spiegel der Wochenzeitung "Itzehoer Wochenblatt". Kiel 1993; Bruhn, A.: Schule und Lehrerbildung. Neumünster 1997.

15. Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung - Geschichte und Bedeutung der "Pflanzschule für tüchtige Commünevorsteher und Ständedeputierte" in Rendsburg 1842-1848. Stuttgart 1960.
16. Callsen, J.: Die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz 1907-1931. In: JbAng 1986, S. 170-231.
17. Henningsen, A.: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein. Neumünster 1962.
18. Wollenhaupt, R.: 50 Jahre Landesverband: Daten und Fakten. In: Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins (Hrsg.): Weiterbildung für unser Land. 50 Jahre Landesverband der Volkshochschulen Schleswig-Holsteins. Kiel 1998, S. 42-66.
19. Friberg, M.: Die Volkshochschulen im Norden. Berlin 1895. Ders.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschulen in den nordischen Ländern. Bern 1897.
20. Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905.
21. Skrubbeltrang, F.: Die Volkshochschule. Kopenhagen 1950.
22. Yde, H.: Før selv de mindste af de små får del i livets glæde: grundtvigsk folkeoplysning og socialistisk arbejderbevægelse - et historisk rids. Kolding 1988.
23. Boyhus, E.-M. (Hrsg.): Midt i højskolen: en antologi om det folkelige, det politiske, det universelle og det historisk-poetiske. København 1991.
24. Ægidius, J. P.: Bragesnak 2: den mytologiske tradition i dansk folkeoplysning i det tyvende århundrede (1910-1985). Odense 1992.
25. Larsen, T. M.: Mennesket er ingen abekat: Grundtvigs tanker om den folkelige højskole, med specielt henblik på perioden 1832-1871. Odense 1993.
26. Nissen, G.: Udfordringer til højskolen: danske folkehøjskoler 1844 til 1994. København 1994.
27. Pedersen, K. Z. S.: Rødding Højskole 1844-1994. Rødding 1994.
28. Vogel, N.: Professionalisierung in der dänischen Erwachsenenbildung. Weinheim und Basel 1981.
29. Vogel, N.: Grundtvigs Bedeutung für die deutsche Erwachsenenbildung. Ein Beitrag zur Bildungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1994.
30. Scheile, H. und Vogel, N. (Hrsg.): Lernort Heimvolkshochschule: Eine deutsch-dänische Untersuchung zur Positionsbestimmung der Heimvolkshochschule mit ergänzenden Beiträgen aus den Niederlanden, Österreich und der Schweiz. Paderborn 1983.
31. Lüders, Ph. E.: Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeföhret und zubereitet werden könne. Flensburg 1769.
32. Artikel 148 der Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. In: RGBl. Jg. 1919, Nr. 152, S. 1411.
33. Scharff, A.: Schleswig-Holsteinische Geschichte - Ein Überblick. Freiburg 1982, S. 9.
34. Hopmann, S. und Wulff, R. (Hrsg.): Schulrecht der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Köln, Weimar, Wien 1993, S. VII.
35. Die Entstehung und Entwicklung der ländlichen Fortbildungsschulen hat Karsten Mehner in seiner 1989 in Neumünster unter dem Titel "Die ländliche Fortbildungsschule in der Provinz Schleswig-Holstein 1875-1914" erschienenen Dissertation untersucht.
36. Siehe dazu die entsprechenden Abschnitte u.a. in Henningsen, A.: Volksbildung und Demokratie in Dänemark. In: BAbl 1962, S. 125, und Padberg, I.: Die Bedeutung der Grundtvigschen Folkehøiskole für die deutsche Volksbildungsbewegung. Bonn 1983, S. 8.
37. Siehe ausführlich in Leschinsky, A.: Das Konzept einer rationalen Elementarbildung - Die

- Pädagogik Rochows. In: Herrmann, U. (Hrsg.): Das pädagogische Jahrhundert - Volksaufklärung und Erziehung zur Armut im 18. Jahrhundert in Deutschland. Weinheim und Basel 1981, S. 169 f.
38. Siehe ausführlich in Prange, W.: Die Anfänge der großen Agrarreformen in Schleswig-Holstein bis um 1771. Neumünster 1971; ders.: Rantzau, Hans. In: SHBL, Bd. 3, S. 220-222.
39. Wendler, J.: Oeconomische Nachrichten. Leipzig 1763, Bd. 15, S. 563. Wenig Beachtung fand die dänischsprachige Fassung dieser Denkschrift in: Danmarks og Norges Oeconomiske Magazin 5, Kopenhagen 1761, S. 5-20.
40. Zum Prozeß der Mechanisierung und Technisierung der landwirtschaftlichen Arbeit und der Industrialisierung des Agrarsektors in Schleswig-Holstein siehe Vollstedt, O.: Maschinen für das Land. Agrartechnik und produzierendes Gewerbe Schleswig-Holsteins im Umbruch (um 1800-1867). Kiel 1995.
41. Henningsen, A.: Volksbildung und Demokratie in Dänemark. In: BAbl. 1962, S. 125.
42. Lorenzen-Schmidt, K.-J.: Die große Agrarkrise in den Herzogtümern 1819-1829. In: Brockstedt, J. (Hrsg.): Wirtschaftliche Wechsellagen in Schleswig-Holstein vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Neumünster 1991, S. 196.
43. Ausführlich in Kopitzsch, F.: Organisationsformen der Aufklärung in Schleswig-Holstein. In: Lehmann, H. und Lohmeier, D. (Hrsg.): Pietismus im dänischen Gesamtstaat 1770-1820. Neumünster 1983, S. 53 f.
44. Siehe dazu die ausführliche Untersuchung von Hansen, N.: Fabrikinder - Zur Kinderarbeit in schleswig-holsteinischen Fabriken im 19. Jahrhundert. Neumünster 1987.
45. Der Text dieser Verordnung findet sich vollständig abgedruckt in Rendtorff, F. M.: Die schleswig-holsteinischen Schulordnungen vom 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Neumünster 1902, S. 144 f.
46. Jessen, J. C.: Grundzüge zur Geschichte und Kritik des Schul- und Unterrichtswesens der Herzogthümer Schleswig und Holstein vom christlich wissenschaftlichen Standpunkte. Hamburg 1860, S. 180 f.
47. Herbaum, A.: Geschichte des deutschen Bildungswesens seit der Mitte des 17. Jahrhunderts. Berlin 1905, S. 7.
48. Paulsen, P.: Versuch einer Schulstatistik des Herzogthums Schleswig. Oldenburg in Holstein 1845, S. 49.
49. Siehe dazu Offen, C.-H.: Zur wirtschaftlichen Situation der schleswig-holsteinischen Volksschullehrer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In: Kopitzsch, F. (Hrsg.): Erziehungs- und Bildungsgeschichte Schleswig-Holsteins von der Aufklärung bis zum Kaiserreich. Neumünster 1981.
50. Zitiert aus Neugebauer, W.: Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen. Berlin, New York 1985, S. 317.
51. Paulsen, P.: a.a.O., S. 105.
52. Jessen, J. C.: a.a.O., S. 182.
53. Allgemeine deutsche Real-Enzyklopädie für die gebildeten Stände. Leipzig 1830, Bd. 11, S. 763.
54. Jessen, J. C.: a.a.O., S. 205.
55. Resewitz, G. F.: Über die Erziehung des Bürgers zum Gebrauch des gesunden Verstandes und zur gemeinnützigen Geschäftigkeit. Kopenhagen 1773, S. 3.
56. Aus der Präambel zur Allgemeinen Schulordnung. In: Chronologische Sammlung der im Jahre 1814 ergangenen Verordnungen und Verfügungen für die Herzogthümer Schleswig und

Holstein. Kiel 1816, S. 112.

57. Vollständiger Nachdruck in: Fertig, L. (Hrsg.): Die Volksschule des Obrigkeitsstaates und ihre Kritiker. Darmstadt 1979, S. 3 ff.
58. Fertig, L.: (Hrsg.): a.a.O., S. 11-15.
59. Siehe dazu die ausführliche Untersuchung von Neugebauer, W.: Absolutistischer Staat und Schulwirklichkeit in Brandenburg-Preußen. Berlin und New York 1985.
60. Zitiert aus Volz, G. B. (Hrsg.): Die Werke Friedrich des Großen. Berlin 1913, Bd. 8, S. 316.
61. Rendtorff, F. M.: Die schleswig-holsteinischen Schulordnungen vom 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Neumünster 1902, S. 144 und 166.
62. Siehe Einzelheiten dazu in Hopmann, S. und Wulff, R. (Hrsg.): Schulrecht der Herzogtümer Schleswig und Holstein. Köln, Weimar, Wien 1993.
63. Zitiert nach Kuntze, G. C. Th.: Das Volksschulwesen der Provinz Schleswig-Holstein. Schleswig 1887, Bd. I, S. 1.
64. Über die Bildung des Volkes. In: NKBl, 1843.
65. Siehe dazu beispielsweise Pichts Definition von Erwachsenenbildung als "...jeder Veranstaltung zur Befriedigung geistiger Bedürfnisse Erwachsener, die nicht der normalen Wissenschafts- und Kunstpflege...dient...und die sich die Förderung der lebensnahen und bildungswirksamen Beziehungen zwischen Volk und Geist zum Ziel setzt". In: Picht, W.: Das Schicksal der Volksbildung in Deutschland. Berlin 1950, S. 30.
66. Die biographischen Angaben stammen aus Hoffmann, G. E.: Philipp Ernst Lüders. In: BDL 1952, S. 136. Nerong, O. C.: Die Verdienste des Propstes Philipp Ernst Lüders in Glücksburg um die Landwirtschaft. In: LWSH 1907, S. 653 f.; Weinreich, G.: Philipp Ernst Lüders. In: SHBL, Bd. 4, S. 145-147; Kordes, B.: Lexikon der jetztlebenden Schleswig-Holsteinischen und Eutinischen Schriftsteller. Schleswig 1797, S. 480 und Schröder-Lembke, G.: Lüders, Philipp Ernst. In: NDB 1987, 15. Bd., S. 456-457. Lüders Schriften sind vollständig in den von Nikolaus Falck herausgegebenen "Beiträgen zur Geschichte der Schleswig-Holsteinischen Landwirthschaft", Kiel 1847, S. 132-135 aufgelistet.
67. Lüders, H.: Der Kartoffelpropst von Glücksburg. In: SHHK 1952, S. 44.
68. Siehe Bülck, R.: Das schleswig-holsteinische Zeitungswesen von den Anfängen bis zum Jahre 1789. Kiel 1928, S. 104 u. 224.
69. Lüders, Ph. E.: Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne. Flensburg 1769. Eine auszugsweise Abschrift befindet sich als Dokument Nr. 1 im Dokumentenanhang.
70. Lüders, Ph. E.: Näheres Bedenken über den Gebrauch der Erde, wenn Freiheit und Eigenthum, wo ihnen beides fehlet, bei dem Bauernstande sollte eingeführet werden. Flensburg 1770.
71. Lüders, Ph. E.: Kurzes Gespräch zwischen einem Landmann und einem Prediger, worin die Materie vom Lein-Potatos-Hopfen- und Kleverbau abgehandelt wird. Flensburg 1760, S. 88. Das kurze Gespräch umfaßt nicht weniger als 928 Fragen und Antworten.
72. Vollrath, P.: Landwirtschaftliches Beratungs- und Bildungswesen in der Zeit von 1750 bis 1850. Neumünster 1957, S. 129.
73. Der Artikel ist abgedruckt in Lüders, Ph. E.: Bericht, worin eine fortgesetzte Nachricht von dem Bau der Ackeracademie enthalten ist. Flensburg 1762.

74. Vollrath, P.: a.a.O., S. 132.
75. Lüders, Ph. E.: Die Königliche Dänische Ackerakademie. Flensburg 1763, S. 12-21. Ein vollständiger Nachdruck findet sich in Laack, F.: Der Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 10. Hoffmann und Vollrath nennen fälschlicherweise das Jahr 1762 als Gründungsjahr der Ackerakademie (vgl. dort).
76. Vollrath, P.: a.a.O., S. 131.
77. Zitiert nach Kopitzsch, F.: Organisationsformen der Aufklärung in Schleswig-Holstein. In: Lehmann, H. und Lohmeier, D. (Hrsg.): Pietismus im dänischen Gesamtstaat 1770-1820. Neumünster 1983, S. 61.
78. Lüders, H.: Der Kartoffelpropst von Glücksburg. In: SHHK 1952, S. 47.
79. Lüders, Ph. E.: Kurze Nachricht von der Generalversammlung der Königlich Dänischen Ackerakademie. Flensburg 1762, S. 5 ff.
80. Vollrath, P.: a.a.O., S. 133.
81. Das genaue Datum der Schließung der Ackerakademie ist nicht mehr feststellbar. Siehe auch Vollrath, P.: a.a.O., S. 153.
82. Lüders, Ph. E.: Vorläufige Nachricht von dem Bau und Einrichtung der Ackerbauakademien und oeconomischen Lehrschulen. Flensburg 1759, S. 52.
83. Lüders, Ph. E.: Grundriß einer zu errichtenden Ackerschule, in welcher die Landes-Jugend zu einer richtigen Erkenntniß und Uebung im Landbau eingeführet und zubereitet werden könne. Flensburg 1769. Eine auszugsweise Abschrift befindet sich unter der Nr. 1 im Dokumentenanhang.
84. Lüders, H.: Der Kartoffelpropst von Glücksburg. In: SHHK 1952, S. 48 und Henningsen, A.: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung. Neumünster 1962, S. 14 f.
85. Siehe ausführlich in Vollrath, P.: a.a.O., S. 155.
86. Beyer, H.: Landvolk und Geistlichkeit Angelns im Kampf um die Adlersche Agende. In: Jb. Angeln 1955, S. 94. Ausführlicher untersucht von Beyer, H.: Zur Entwicklung des Bauernstandes in Schleswig-Holstein zwischen 1768 und 1848. In: ZAA 1957, S. 50-69 und Nerong, O. C.: Die Verdienste des Propstes Philipp Ernst Lüders in Glücksburg um die Landwirtschaft. In: LWSH 1907, S. 656 f.
87. Zitiert nach Lüders, G.: Propst Philipp Ernst Lüders 1702-1786. In: DH 1986, S. 105.
88. Lüders, H.: Der Kartoffelpropst von Glücksburg. In: SHHK 1952, S. 46.
89. Henningsen, A.: Die freie Erwachsenenbildung begann in Schleswig-Holstein. In: BAbl 1961, S. 124.
90. Vogths und Staudingers Bemühungen um die Hebung der bäuerlichen Berufsbildung sind ausführlich beschrieben bei Ahrens, G.: Caspar Vogth und sein Mustergut Flottbek. Hamburg 1969 und Vollrath, P.: Landwirtschaftliches Beratungs- und Bildungswesen in Schleswig-Holstein in der Zeit von 1750 bis 1850. Neumünster 1957.
91. Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 189.
92. Nordschleswig - Bild einer Grenzlandschaft. Neumünster 1963, S. 156.
93. Eine ausführliche Biographie zu Klenze findet sich bei Lohmeier, D.: Klenze, Carl Friedrich Hermann. In: SHBL, Bd. 9, S. 176-179.
94. Siehe dazu die ausführliche Arbeit von Riese, I.: Die Erziehungsanstalten der Herrnhuter Brüdergemeine in Christiansfeld. In: SHAN, Heft 16, 1967, S. 5-74.
95. "Die höhere Bauernschule." In: IW vom 8. Februar 1839.
96. Lohmeier, D.: Klenze, Carl Friedrich Hermann. In: SHBL, Bd. 9, S. 178.
97. "Als ich zum ersten Male die Idee einer höheren Bauernschule in diesen Blättern aussprach, achtete Niemand darauf." Klenze am 10. September 1841 im IW.

98. Vollständiger Abdruck des "Offenen Schreibens" in Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 28 ff. und in Dräger, H.: Volksbildung in Deutschland im 19. Jahrhundert. Braunschweig 1979, S. 195-198.
99. Zitiert nach Gaasch, K.: Geistige Freiheit im Denken. In: SH 1968, Heft 4, S. 85.
100. "Gründung einer höheren Bauernschule für die Herzogtümer Schleswig und Holstein." In: IW vom 15. Januar 1841.
101. IW vom 4. Februar 1842 und "Privatschulen, höhere Bauernschulen". Außerdem in: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 1, S. 151 f.
102. Hoop, E.: Geschichte der Stadt Rendsburg. Rendsburg 1989, S. 330 f.
103. Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 46.
104. Tadey, C.: Über die Anlegung höherer Bürgerschulen. Schleswig 1832. Ders.: Die höhere Bürgerschule mit besonderer Berücksichtigung der Herzogthümer Schleswig und Holstein. Schleswig 1836. Ders.: Verhandlungen der Provinzialstände-Versammlungen zu Roskilde, Wiborg, Schleswig, die Errichtung höherer Bürgerschulen betreffend. Schleswig 1837. Eine Auflistung aller Publikationen Tadeys findet sich bei Biernatzki, K. L.: Erinnerungen an C. Chr. Tadey. In: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 1, S. 70-86.
105. Siehe zu weiteren Einzelheiten die Untersuchung von Mähl, H.: Die Anfänge des Realschulwesens in Schleswig-Holstein. In: ZSHG 1960, Heft 84, S. 209-246.
106. Tadey, C.: Höhere Volksschule. In: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 2, S. 132.
107. Stadtarchiv Flensburg, A 676, II.
108. Lütgens, J. J. H.: Der allgemeine dänische Schullehrerverein, dessen Stiftung, Organisation und erste Wirksamkeit. Ein Vorbild für Deutschlands Schullehrerconferenzen. Kiel 1842.
109. Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 51 f. und 137 ff. Leichenregister der Kirche St. Nikolai, Hamburg, Nr. 287.
110. Antrag des Schulvorstandes vom 13. April 1842 (LAS Abt. 49.9 Nr. 51).
111. Konzept der Schleswig-Holsteinischen Regierung zu Gottorf vom 13. April 1842 (LAS Abt. 49.9 Nr. 51).
112. Eine ausführliche Schilderung der Eröffnungsfeierlichkeiten findet sich im Schleswig-Holsteinischen Schulblatts 1842, Heft 4, S. 177 f.
113. Eine vollständige Abschrift des "Provisorischen Regulativs" befindet sich unter der Nr. 2 im Dokumentenanhang.
114. Kühls ausführliche Biographie findet sich bei Wolbert G. C. Smidt und Wolbert K. Smidt: Kühl, Claus. In: SHBL, Bd. 10, S. 225-228.
115. IW vom 25. März 1842.
116. Lütgens, J. J. H.: Polemische Erörterungen über Zweck, Einrichtung und weitere Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen höhern Volksschule in Rendsburg. Rendsburg 1846, S. 7.
117. "Höhere Volksschule". In: Schleswig-Holsteinisches Schulblatt 1842, Heft 2, S. 135.
118. Die Zahlen sind Lütgens "Bericht über den Ab- und Zugang von Eleven der höheren Volksschule und Lectionstabelle für das Sommersemester 1847 nebst einer Darlegung des bisherigen Bestandes und weiteren Fortbestandes der Anstalt" vom Juli 1847 entnommen (LAS Abt. 51 Dept. 2 Nr. 230).
119. Die Zahlen stammen aus der Rendsburger Volkszählliste vom Februar 1845 (LAS Abt. 412 Nr. 5462).

120. Eine "Lectionstabelle für das Sommersemester 1847" befindet sich als Abbildung Nr. 4 im Anhang.
121. IW vom 24. Juli 1845. Laack, F.: Die erste Erwachsenen-Schule in Rendsburg 1842-49. In: BEbSH 33/1958, S. 10 und Lütgens, J. J. H.: Polemische Erörterungen über Zweck, Einrichtung und weitere Entwicklung der Schleswig-Holsteinischen höhern Volksschule in Rendsburg. Rendsburg 1846, S. 29.
122. Die Kirchenvisitatoren der Propstei Gottorf in ihrem Bericht an die Regierung zu Gottorf vom 16. Dezember 1844 (RAK, TKIA, Den slesvig-holstenske Provinsialregering, 10 Diverse sager, Nr. 13c).
123. Verfügung der Regierung vom 13. April 1849 (LAS Abt. 51 Dept. 2 Nr. 230).
124. Laack, F.: Auftakt freier Erwachsenenbildung. Stuttgart 1960, S. 189.
125. Motto der Landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt zu Oersberg. In: LZ 1847, S. 41.
126. Die biographischen Daten stammen aus LAS Abt. 18 Nr. 48 C I, Folio 400; LAS Abt. 168 Nr. 731 I; LZ, 6. Jg. 1847, Nr. 2 und 6; Barløse, B. L.: Lærerstanden i Sydslesvig fra reformationen til 1864. Åbenrå 1981, S. 114; Erichsen, E.: Die erste Landwirtschaftliche Schule Angelns in Oersberg 1844-1850. In: DH 1949, S. 197-198 und Nachtrag in: DH 1953, S. 43-44; Lampe, J.: Tønder Seminarie-Stat. Tønder 1963, S. 49; Vaagt, G.: Die landwirtschaftliche Lehranstalt in Örsberg und ihre Nachfolger. In: DH 1968, S. 134-137.
127. Zitiert aus Claus Jürgensens anlässlich der Generalvisitation des Jahres 1837 verfaßten Beschreibung der Schule und Schulkommune Örsberg vom 11. September 1837 (LAS Abt. 18 Nr. 48 C I Folio 392).
128. Jürgensen, C.: Die Angler landwirthschaftliche Lehr- und Bildungsanstalt zu Töstrup. In: LZ 1847, 6. Jg., S. 9 f.
129. Liedke, G.: Über landwirtschaftliches Bildungswesen, speciell Schleswig-Holstein. Flensburg 1882, S. 23.
130. Wiegmann in seinem anlässlich der Generalvisitation des Jahres 1840 verfaßten Bericht über das Kirchen-, Schul- und Armenwesen der Gemeinde Töstrup vom 2. September 1840 (LAS Abt. 18 Nr. 48 C I Folio 871).
131. Bedingungen der regelmäßigen Teilnahme an dem Unterrichte der Sonntagsschule des Organisten Jürgensen zu Töstrup in Örsberg vom 19. September 1842. Beilage zum Bericht anlässlich der Generalvisitation im Jahre 1843. (LAS Abt. 18 Nr. 48 d II, Folio 735). Eine vollständige Abschrift der "Bedingungen" befindet sich unter der Nr. 3 im Dokumentenanhang.
132. Siehe auch Henningsen, A.: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein. Neumünster 1962, S. 20 f., (dort allerdings fälschlicherweise der am 1. November 1845 eröffneten Landwirtschaftlichen Lehranstalt Jürgensens zugeordnet) und Erichsen, E.: Die erste Landwirtschaftliche Schule Angelns in Oersberg 1844-1850. In: DH 1953, S. 43 f.
133. Tietgens, H.: Einleitung in die Erwachsenenbildung. Darmstadt 1979, S. 7.
134. Die Zahlen stammen aus einem Bericht des Kirchenvisitators der Propstei Gottorf an die Schleswig-Holsteinische Regierung zu Gottorf vom 20. Februar 1841 (LAS Abt. 168 Nr. 731 II).
135. Bericht Jürgensens vom 28. August 1843 an den Generalsuperintendenten Callisen (LAS Abt. 18 Nr. 48 d II Folio 736).
136. Schreiben der Gottorfer Regierung vom 26. Oktober 1843 an den Kirchenvisitator der Propstei Gottorf (LAS Abt. 168 Nr. 731 II).

137. Jürgensen, C.: Die Angler landwirtschaftliche Lehr- und Bildungsanstalt zu Töstrup. In: LZ 1847, S. 11.
138. § 1 "Zweck der Anstalt" aus dem Provisorischen Regulativ der zunächst "Schleswig-Holsteinische höhere Landvolksschule zu Töstrup in Angeln" genannten Lehranstalt aus dem Jahre 1844 (LAS Abt. 168 Nr. 732 II). Eine vollständige Abschrift des "Regulativs" befindet sich unter der Nr. 4 im Dokumentenanhang.
139. Verfügung der Schleswig-Holstein-Lauenburgischen Kanzlei an die Schleswig-Holsteinische Regierung vom 1. April 1845 (RAK, TKIA, Den slesvig-holstenske Provinsialregering, 10 Diverse sager, Nr. 13c) und Genehmigung der Schleswig-Holsteinischen Regierung vom 8. April 1845 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
140. Regulativ der "Schleswig-Holsteinischen höheren Landvolksschule zu Töstrup in Angeln", § 2.
141. Claus Jürgensen im IW vom 18. September 1847.
142. Provisorisches Regulativ der "Schleswig-Holsteinischen höheren Landvolksschule zu Töstrup in Angeln", § 3-4.
143. Handschriftliche Studententabelle der Landwirtschaftlichen Lehr- und Bildungsanstalt zu Töstrup aus dem Jahre 1846 (LAS Abt. 18 Nr. 48 d I).
144. Jürgensen, C.: Wirken, Richtung und Status der landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup. In: LZ 1847, 6. Jg., Nr. 6, S. 42.
145. Jürgensen, C.: Oeffentliches Examen in der landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup. In: LZ 1847, 6. Jg., Nr. 54, S. 401 f.
146. § 13 des im Jahre 1845 veröffentlichten Regulativ der landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup in Angeln. Cappeln 1845 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
147. Die Angaben stammen aus dem "Adreßkalender der Eleven der landwirtschaftlichen Lehranstalt zu Töstrup in Angeln aus dem Jahre 1846" (RAK, TKIA, Den slesvig-holstenske Provinsialregering, 10 diverse sager, Nr. 13c) und den Volkszähllisten des Amtes Gottorf vom Februar 1845 (LAS Abt. 415 Nr. 5450).
148. LAS Abt. 18 Nr. 48 d II Folio 735.
149. Correspondenz-Blatt Nr. 5 vom 10. Januar 1846. Kiel 1846, S. 19.
150. Anlage zur Verfügung des Ministeriums für Schleswig an das Kirchenvisitatorium der Propstei Gottorf vom 3. März 1854 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
151. Gemeint ist die von 1690 bis 1875 erschienene überregionale Wochenzeitung "Altonaischer Merkur".
152. Hier irrte Claus Jürgensen. Der Volksschullehrer Friedrich Hinrich Kords unterrichtete bis zum Jahre 1869 an der Ellingstedter Volksschule, siehe Barløse, B.L.: Lærerstanden i Sydslesvig. Apenrade 1981, S. 123.
153. Ungekürzter Abdruck des Briefes bei Lunau, C.: Zur Geschichte der ersten landwirtschaftlichen Schule zu Oersberg in Angeln. In: DH 1954, S. 249.
154. Sprachverordnungen vom 7. und 8. Februar 1851 und vom 4. März 1851. Chronologische Sammlung der im Jahre 1851 ergangenen Verordnungen, Verfügungen etc. für das Herzogthum Schleswig. Schleswig 1855, Nr. 14-17, 28.
155. Aus dem Genehmigungsantrag des Direktoriums der Landwirtschaftlichen Schule in Oersberg. Vollständiger Text siehe Carstensen, A. M.: Claus Jürgensen, der Gründer einer landwirtschaftlichen Schule in Oersberg. In: JbAng, 39. Jg. 1975, S. 106.
156. Verfügung des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig vom 30. August 1851 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
157. Die Zusammenstellung des Lehrpersonals ist aus der im Gottorfer Amtshaus geführten

- Aufsichtsakte über die Oersberger Lehranstalt (LAS Abt. 168 Nr. 732) rekonstruiert.
158. Der einzige überlieferte Stundenplan stammt aus dem "Jahresbericht 1852 über die landwirtschaftliche Schule zu Oersberg" (LAS Abt. 168 Nr. 732). Eine Abbildung des Jahresberichtes befindet sich unter der Nr. 5 im Anhang.
159. Die Angaben sind der Volkszählliste des Amtes Gottorf vom Februar 1855 entnommen (LAS Abt. 415 Nr. 5489).
160. Genehmigungsantrag des Direktoriums der Landwirtschaftlichen Schule in Oersberg. Vollständiger Text siehe Carstensen, A. M.: Claus Jürgensen, der Gründer einer landwirtschaftlichen Schule in Oersberg. In: JbAng, 39. Jg., 1975, S. 106.
161. LAS Abt. 168 Nr. 732.
162. Schreiben des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig vom 2. März 1853 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
163. Verfügung des Ministeriums für das Herzogtum Schleswig an das Gottorfer Kirchenvisitatorium vom 3. März 1854 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
164. Die biographischen Angaben zu Pastor Juhl stammen aus Hammer, Fr.: Verzeichnis der Pastorinnen und Pastoren der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche 1864-1976. Neumünster 1994, S. 186.
165. Bericht des Oersberger Pastors Juhl an das Gottorfer Visitatorium vom 28. März 1854 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
166. Das Gottorfer Kirchenvisitatorium in seinem Bericht an das Ministerium für das Herzogtum Schleswig vom 19. Mai 1854 (LAS Abt. 168 Nr. 732).
167. Die Schülerzahlen sind übernommen aus Jenssen, Chr.: Die ländliche und kleinstädtische Fortbildungsschule im Deutschen Reiche mit Betonung schleswig-holsteinischer Verhältnisse. Kiel 1873, S. 131.
168. Liedke, G.: Über landwirtschaftliches Bildungswesen, speciell Schleswig-Holstein. Flensburg 1882, S. 24 f.
169. Hans Rantzau, zitiert nach Prange, W.: Die Anfänge der großen Agrarreformen in Schleswig-Holstein bis um 1771. Neumünster 1971, S. 219.
170. Erlaß des Innen-, Unterrichts- und Landwirtschaftsministers vom 2. Februar 1876. In: Cbl. für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen. Berlin 1876, S. 125.
171. Shakespeares Klage im zweiten Teil seines Dramas "Heinrich VI." in der Übersetzung von A. W. von Schlegel.
172. Friberg, M.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschule in den nordischen Ländern. Bern 1897, S. 3.
173. Vollständiger Abdruck in Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905, S. 14.
174. Madsen, R.: a.a.O., S. 15 f.
175. Grundtvig, N.F.S.: Mands minde 1788-1838. Kopenhagen 1877, S. 269.
176. Hollmann, A. H.: Die dänische Volkshochschule. Berlin 1909, S. 13, nennt das Jahr 1828 als Austrittsdatum.
177. Dieck, W. (Hrsg.): Ziele und Wege der deutschen Volkshochschule. Bd. 2: Von der dänischen Heimvolkshochschule zur deutschen Abendvolkshochschule. München-Gladbach 1924, S. 23 f.; Brockhaus Enzyklopädie: Grundtvig. Wiesbaden 1969, Band 7 GEC-GZ; Hollmann, A. H.: a.a.O., S. 8 f.; Allchin, A. M.: N. F. S. Grundtvig: an introduction to his life and work. Aarhus 1997.
178. Behrend, H. und Lochner, N.: Geschichte und Gegenwart der Heimvolkshochschulen in Dänemark. Osnabrück 1966, S. 69.
179. Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905, S. 23.

180. Zitiert aus Borup, E. und Nørgaard, F. (Hrsg.): Den danske Folkehøjskole gennem hundrede Aar. Odense 1939, Bd. 1, S. 123.
181. Behrend, H. und Lochner, N.: a.a.O., S. 70.
182. Nachdruck in Grundtvig, N. F. S.: Die Volkshochschule. Jena 1927, S. 227-245.
183. Grundtvig, N. F. S.: Skolen for Livet og Akademiet i Soer borgerlig betragtet. Kopenhagen 1838.
184. Grundtvig, N. F. S.: Bøn og Begreb om en Dansk Højskole i Soer. Kopenhagen 1840.
185. Grundtvig, N. F. S.: Die Volkshochschule. Jena 1927, S. 108.
186. Grundtvig, N. F. S.: a.a.O., S. 122.
187. Zitiert nach Friberg, M.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschule in den nordischen Ländern. Bern 1897, S. 19.
188. Kerschensteiner, G.: Begriff der Arbeitsschule. Berlin und Leipzig 1912.
189. Zitiert nach Grundtvig, N. F. S.: Die Volkshochschule. Jena 1927, S. 123.
190. Dieck, W. (Hrsg.): Ziele und Wege der deutschen Volkshochschule. Bd. 2: Von der dänischen Heimvolkshochschule zur deutschen Abendvolkshochschule. Mönchen-Gladbach 1924, S. 27 f.
191. Grundtvig, N. F. S.: Die Volkshochschule. Jena 1927, S. 143-199.
192. Dieck, W.: a.a.O., S. 28.
193. Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905, S. 35.
194. Grundtvig, N. F. S.: a.a.O., S. 113 f.
195. Skrubbeltang, Fr.: Die Volkshochschule. Kopenhagen 1950, S. 20.
196. Henningsen, A.: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein. Neumünster 1962, S. 16.
197. Madsen, R.: a.a.O., S. 41 f.
198. Siehe dazu Skovmand, R., Dybdahl, V. und Rasmussen, R.: Geschichte Dänemarks 1830-1939. Neumünster 1973, S. 149; Skrubbeltang, F.: a.a.O., S. 21 und Padberg, I.: Die Bedeutung der Grundtvigschen Folkehøjskole für die deutsche Volksbildungsbewegung. Bonn 1983, S. 45 ff.
199. LAS Abt. 301 Nr. 2355.
200. F. Laack bestreitet diesen Zusammenhang, siehe dazu seinen Beitrag: Rendsburg und Rödding - der Anfang deutscher und dänischer Volksbildung. In: GFH 1979, Heft 3, S. 136.
201. Flor, Chr.: Dansk Læsebog til Brug i de lærde Skoler. Kiel 1831.
202. Skovmand, R., Dybdahl V. und Rasmussen, E.: Geschichte Dänemarks 1830-1939. Neumünster 1973, S. 71; siehe auch Laack, F.: Die Erste Erwachsenen-Schule in Rendsburg 1842-1849. In: BEbSH 1958, S. 4.
203. Fabricius, K.: Flor, Christian. In: DBL, Fjerde Bind: Dons-Frijsk, Kbenhavn 1980, S. 454 ff.
204. Ein ausführlicher Bericht über die Versammlung findet sich im Schleswig-Holsteinischen Schulblatt 1842, Heft 1, S. 151.
205. Friberg, M.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschule in den nordischen Ländern. Bern 1897, S. 31 f.
206. Zitiert aus dem Statut des Röddinger Hochschulvereins, § 1 (LAS Abt. 301 Nr. 2355).
207. Friberg, M.: a.a.O., S. 37 f.
208. Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905, S. 9.
209. Abdruck in Dieck, W. (Hrsg.): Ziele und Wege der deutschen Volkshochschule. Bd. 2: Von der dänischen Heimvolkshochschule zur deutschen Abendvolkshochschule. Mönchen-Gladbach 1924, S. 26.

210. Hollmann, A. H.: Die dänische Volkshochschule. Berlin 1909, S. 42.
211. Skrubbeltrang, F.: Die Volkshochschule. Kopenhagen 1950, S. 25.
212. Rørdam, Th.: Die Heimvolkshochschulen Dänemarks - besonders Rødding Højskole. In: GFH 1/1979, S. 35.
213. Behrend, H. und Lochner, N.: Geschichte und Gegenwart der Heimvolkshochschulen in Dänemark. Osnabrück 1966, S. 84.
214. "...für das Dänische und das Große und für die herrliche Tat - für Dänemarks Rettung in der Zeit der Not!." Zitiert aus Kracht, U.: N. F. S. Grundtvig. Entstehen und Wirken der dänischen Freigemeinden in Nordschleswig bis 1920. In: SHAN 1982, Heft 46, S. 9.
215. Zitiert nach Rørdam, Th.: a.a.O., S. 36.
216. Ebd., S. 33.
217. Zitiert nach Friberg, M.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschule in den nordischen Ländern. Bern 1897, S. 55 f.
218. Skrubbeltrang, F.: Die Volkshochschule. Kopenhagen 1950, S. 26.
219. Zitiert aus Friberg, M.: a.a.O., S. 50 f.
220. Die Angaben zur Herkunft der Røddinger Volkshochschüler stammen aus Volkszählungen des Amtes Hadersleben für die Jahre 1855 (LAS Abt. 415 Nr. 5486) und 1860 (LAS Abt. 415 Nr. 5517).
221. Eine ausführliche Biographie Christen Kolds findet sich bei Wartenweiler-Haffter, F.: Ein Sokrates in dänischen Kleidern - Christen Kold und die erste Volkshochschule. Zürich 1929; siehe auch Hollmann, A. H.: Die dänische Volkshochschule. Berlin 1909, S. 47 ff. und Nørgaard, Fr.: Kold, Christen. In: DBL, Bd. XIII., Knudstrup-Larcker. Kopenhagen 1938, S. 107 ff.
222. Skrubbeltrang, F.: Die Volkshochschule. Kopenhagen 1950, S. 31.
223. Vollständiger Abdruck in Hollmann, A. H.: a.a.O., S. 49.
224. Madsen, R.: Grundtvig und die dänischen Volkshochschulen. Langensalza 1905, S. 92.
225. Hollmann, A. H.: a.a.O., S. 62.
226. Friberg, M.: Entstehung und Entwicklung der Volkshochschulen in den nordischen Ländern. Bern 1897, S. 68 f.
227. Ebd., S. 58.
228. Hollmann, A. H.: a.a.O., S. 48 f.
229. Madsen, R.: a.a.O., S. 92.
230. Zur Geschichte der Volkshochschule Aagaard siehe Andersen, D.: J. A. Viinsted og højskolen på Ågård. In: SØÅ 1983, S. 77-104.
231. Zitiert nach Andersen, D.: a.a.O., S. 77.
232. Biographische Angaben zu Theodor August Jes Regenburg finden sich in DBL, Bd. 12, S. 108 f.
233. Die Lebensdaten stammen aus Andersen, D.: a.a.O., S. 78-81 und: Einhundertfünfzig Jahre Heimvolkshochschule. In: Slesvigland 1994/4, S. 10.
234. LAS Abt. 79 Dept. III. Nr. 83.
235. Zitiert nach: Einhundertfünfzig Jahre Heimvolkshochschule. In: Slesvigland 1994/4, S. 110.
236. Original im Erhvervsarkivet in Århus, Arkiv J. Nr. 413/1863.
237. Zitiert aus einem Schreiben Viinsteds an den Staatsrat Regenburg. In: Slesvigland 1994/4, S. 110.
238. Barløse, B.L.: Lærerstanden i Sydslesvig fra reformationen til 1864. Åbenrå 1981, S. 182.
239. Die Zahlen stammen von Andersen, D.: a.a.O., S. 88.

240. Ingwersen, P.: Augaard. Beitrag zur Geschichte der Freibondengüter. In: JbAng 1951, S. 59 f.
241. Entlassungsverfügung des Regierungspräsidenten vom 12. März 1867 (LAS Abt. 309 Nr. 13105). Kurzbiographie in: Barløse, B.L.: Lærerstanden i Sydslesvig fra reformationen til 1864. Åbenrå 1981, S. 210.
242. Zitiert nach Eggers, N.: Augaard. In: JbSG 1962, S. 72.
243. Referendum der schleswig-holsteinischen Regierung vom 9. März 1849 (LAS Abt. 51 Dept. 2 Nr. 230).
244. Der Haderslebener Amtmann Johannsen in seinem Bericht an die Regierung der Herzogtümer vom März 1844 (LAS Abt. 49.9 Nr. 51).
245. Ebd. (LAS Abt. 49.9 Nr. 51).
246. Flensburgs Oberbürgermeister Dr. Hermann Bendix Todsens in einem Aufruf zur "Nordmark-Versammlung" im Flensburger "Colosseum" am 14. Dezember 1913 (ADV, V I,3.6.3).
247. Doege, I. und Jessen-Klingenberg, M.: Die nationalen Minderheiten im schleswigschen Grenzland 1920-1955. Kiel 1990, S. 12.
248. Brockstedt, J. (Hrsg.): Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark. Neumünster 1983, S. 74 f.
249. Hundert Jahre Landesverwaltung Schleswig-Holstein. Kiel 1967, S. 35.
250. Born, K. E.: Von der Reichsgründung bis zum Ersten Weltkrieg. In: Hb. der deutschen Geschichte, Bd. 16, Stuttgart 1970, S. 22.
251. Zitiert nach Erdberg, R. v.: Vom Bildungsverein zur Volkshochschule. In: AG 2/1920-21, S. 83.
252. Siehe auch Tews, J.: 50 Jahre deutscher Volksbildungsarbeit. Berlin 1921, S. 16 f.
253. Siehe dazu Hauser, O.: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. Neumünster 1960.
254. Cbl. für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1871, S. 618 f.
255. Siehe die ausführliche Darlegung der preußischen Minderheitenpolitik in Nordschleswig in: Die Volksabstimmungen im Landesteil Schleswig - Weg und Wandel deutsch-dänischen Ringens um die Grenze 1920-1970. Neumünster o.J.
256. Zur Person und Politik Köllers siehe Sievers, K. D.: Die Köllerpolitik und ihr Echo in der deutschen Presse 1897-1901. Neumünster 1964.
257. Dazu Leppien, J.-P.: Theodor Brix - ein Kritiker der preußischen Nordschleswig-Politik (1888-1905). In: ZSHG 1970, S. 160.
258. Brix, Th.: Polen und Dänen. In: PrJb., Bd. 78, 1894, S. 533. Siehe dazu auch ausführlicher ders.: Der nationale Größenwahn und der Kampf mit den Dänen. Berlin 1899 und ders.: Nordschleswig und die Selbsterniedrigung Deutschlands. Kopenhagen 1902.
259. Ausführlich in Hauser, O.: Staatliche Einheit und regionale Vielfalt in Preußen. Neumünster 1967.
260. Vollständiger Abdruck der "Allgemeinen Bestimmungen" in der außerordentlichen Beilage des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Schleswig vom 28. Dezember 1872, S. 1-28.
261. Zur Geschichte der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein siehe die Arbeiten von Knoop, K.: Zur Geschichte der Lehrerbildung in Schleswig-Holstein - 200 Jahre Lehrerbildung vom Seminar bis zur Pädagogischen Hochschule 1781-1981. Husum 1984 und Bruhn, A.: Schule und Lehrerbildung. Neumünster 1997.
262. Zitiert aus der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund vom 21. Juni 1869. In:

- BGBL. des Norddeutschen Bundes. Berlin 1869, S. 269.
263. Cbl. für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1876, S. 125.
264. Zur Umsetzung vor Ort siehe den als Abbildung Nr. 6 beigefügten exemplarischen "Lectionsplan für die ländliche Fortbildungsschule zu Winnert" im Anhang.
265. Ausführlich in Mehner, K.: Die ländliche Fortbildungsschule in der Provinz Schleswig-Holstein 1875-1914. Neumünster 1989.
266. Statistische Mitteilungen über das höhere Unterrichtswesen im Königreich Preußen, 3/1886. Veröffentlicht als Beilage zum Cbl. für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1887.
267. Statistische Übersicht über die in Preußen vorhandenen öffentlichen höheren Mädchenschulen. Separatabdruck aus dem Cbl. für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1886.
268. Erlaß des Kultusministeriums vom 31. Mai 1894. In: Cbl. für die gesammte Unterrichts-Verwaltung in Preußen. Berlin 1894, S. 447.
269. Die höheren Lehranstalten für die weibliche Jugend. In: Cbl. für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen. Berlin 1911, S. 137.
270. Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1834, Nr. 18, S. 135.
271. "Anweisung an die Ortsschulinspektoren für die Beaufsichtigung der Privatschulen und Privat-Erziehungs-Anstalten" vom 29. November 1883 (LAS Abt. 301 Nr. 2894).
272. Bürgerliches Gesetzbuch, II. Teil, § 21 f.
273. Delius, H.: Deutsches Vereins- und Versammlungsrecht in privat- und öffentlich-rechtlicher Beziehung unter besonderer Berücksichtigung des preußischen Rechts. Berlin 1908, S. 6 f.
274. Motto der Kopenhagener Industrieausstellung 1872.
275. Satzung des Nordschleswigschen Schulvereins, § 1 (LAS Abt. 320 Sonderburg Nr. 37).
276. Siehe ausführlicher dazu Schröder, E.: Dänisches Vereins- und Zeitungswesen in Schleswig. In: Johannsen, H. M. (Hrsg.): Grenzland Schleswig - Aufsätze zur deutsch-dänischen Frage. Crimmitschau 1926, S. 115-122; Troels, F.: Geschichte des schleswigschen Grenzlandes. Kopenhagen 1958 und Skovmand, R., Dybdahl, V. und Rasmussen, E. (Hrsg.): Geschichte Dänemarks 1830-1939. Neumünster 1973.
277. Skovmand, R.: Folkehøjskolen i Danmark 1841-92. København 1944, S. 45.
278. Skovmand, R. u. a.: a.a.O., S. 227.
279. Behrend, H. und Lochner, N.: Geschichte und Gegenwart der Heimvolkshochschulen in Dänemark. Osnabrück 1966. S. 93.
280. LAS Abt. 301 Nr. 2355.
281. Behrend, H. und Lochner, N.: a.a.O., S. 98.
282. Lembke, Fr.: Die dänische Volkshochschule nebst einem Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule. Kiel und Leipzig 1904, S. 19.
283. Die eingeklammerten Zahlen gelten für die Sommerkurse für junge Mädchen.
284. Siehe dazu die ausführliche Untersuchung des Königsberger Agrarökonomen Stutzer, A.: Der Wettbewerb der dänischen und der schwedischen Landwirte mit Deutschland. Stuttgart 1903.
285. Die biographischen Daten stammen aus der "Jahresnachweisung der persönlichen und dienstlichen Verhältnisse des Regierungspräsidenten und der Mitglieder der Collegii der Regierung zu Schleswig für das Jahr 1870" (LAS Abt. 309 Nr. 8393).
286. Der Kultusministers Heinrich von Mühler in seinem Erlaß vom 21. Januar 1870 an die Regierung in Schleswig (LAS Abt. 301 Nr. 2355).
287. Erlaß des Oberpräsidenten von Steinmann vom 10. Juni 1893 (LAS Abt. 301 Nr. 2207).

- Die sogenannten "Zeitungsberichte" befinden sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein.
288. Siehe dazu die Zeitungsberichte des Sonderburger Landrates (LAS Abt. 320 Sonderburg Nr. 37).
289. Hieber, J. u. Patzig, A. (Hrsg.): Die Reichstagswahlen seit 1871. Berlin 1903. Dies.: Die Vertretung der einzelnen Parteien in Schleswig-Holstein bei den Reichstagswahlen seit 1867. Kiel 1912.
290. Behrend, H. und Lochner, N.: Geschichte und Gegenwart der Heimvolkshochschulen in Dänemark. Osnabrück 1966, S. 95.
291. Die Förderanträge des Schulvereins befinden sich bei den Sonderburger Landratsakten (LAS Abt. 320 Sonderburg Nr. 379).
292. Über die dänischen Hochschulen. In: AT Nr. 68 B vom 22. März 1913.
293. Landrat Schreiber in seinem Bericht vom 3. März 1887 an die Provinzialregierung (LAS Abt. 309 Nr. 12303).
294. Die Provinzialregierung in ihrer Verfügung vom 28. März 1887 an den Landrat Mauve in Hadersleben (LAS Abt. 309 Nr. 12303).
295. Japsen, G.: Pastor Jacobsen fra Skærbæk og hans foretagender. Åbenrå 1980. Und ders.: Den fejlslagne germanisering - Den tyske forening for det nordlige Slesvig. Åbenrå 1983.
296. Siehe Bericht über die Tätigkeit des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig in der Zeit vom 19. November 1890 bis zum 30. Juni 1892 - Erster Jahresbericht 1892, S. 2. (LAS Abt. 320 Apenrade Nr. 114) und: Die Nordmark, 15. Februar 1898.
297. In: Die Nordmark, 15. Februar 1898. S. 2.
298. Eine vollständige Auflistung aller Vereinsmitglieder findet sich bei Riese, I.: Die Indre Mission in Nordschleswig 1864-1920. In: SHAN 1964, S. 63 f.
299. Siehe Weitling, G.: Die historischen Voraussetzungen des "Kirchlichen Vereins für Indre Mission in Nordschleswig" und dessen Verbindung zur reichsdänischen Indre Mission bis zur Jahrhundertwende. Flensburg 1971.
300. LAS Abt. 301 Nr. 2308.
301. Eine eingehendere Analyse der Nordschleswig-Politik Karl Mauves findet sich bei Sievers, K. D.: Die Köllerpolitik in der deutschen Presse 1897-1901. Neumünster 1964, S. 43 f. Siehe auch die Kurzbiographie Mauves von Kai Detlev Sievers in SHBl, Bd. 3, S. 188-189.
302. LAS Abt. 301 Nr. 2308.
303. LAS Abt. 301 Nr. 2308 und LAS Abt. 309 Nr. 21497.
304. Zum Verhältnis zwischen der staatlichen Verwaltung und dem Deutschen Verein für das nördliche Schleswig siehe Hauser, O.: Preußische Staatsräson und nationaler Gedanke. Neumünster 1960, S. 161 f.
305. LAS Abt. 301 Nr. 2880.
306. Einladung Schmidt-Wodders zur Gründungsversammlung des Friedensvereins in Tingleff am 10. November 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2385).
307. Schmidt, J.: Unser Programm. In: Stimmen aus Nordschleswig, Heft 1, 1910, S. 2 f.
308. "Die Gründung des Friedensvereins". In: AT Nr. 282 vom 3. Dezember 1909.
309. "Der Deutsche Verein für das nördliche Schleswig". In: AT Nr. 287 vom 8. Dezember 1908. Schmidt-Wodder, J.: Einiges vom Verein. In: Stimmen aus Nordschleswig, Heft 2, 1911/12, S. 89. Eine namentliche Auflistung aller Vereinsmitglieder, die die "Stimmen aus Nordschleswig" abonniert hatten, findet sich im Protokollbuch des Friedensvereins (LAS Abt. 399.71 Nr. 93).
310. Schmidt, J.: Deutsche Jugendbildung in Nordschleswig. In: Stimmen aus Nordschleswig, Heft 1, 1910/11, S. 42.

311. Göbel, Fr.: Brauchen wir in Nordschleswig Volkshochschulen oder Volksheime? In: Stimmen aus Nordschleswig, Heft 3, 1912/13, S. 117.
312. "Deutscher Verein. Ordentliche Vorstandssitzung in Rothenkrug am 22. August 1908". In: SG Nr. 198 G vom 25. August 1908.
313. Tonnesen in seinen "Grundgedanken für die Errichtung eines Lehrkursus für junge Mädchen" vom 27. November 1917 (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
314. Landrat Siemon in seinem Bericht vom 20. Dezember 1917 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
315. Regierungsrat Dr. Jaehner in seinem Bericht vom 18. Januar 1918 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
316. Landrat Siemon in seinem Bericht vom 18. Februar 1918 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
317. Marholm, L.: Volkshochschulen in Dänemark. In: Unsere Zeit. Deutsche Revue der Gegenwart. Bd. 1, 1888, S. 14-25.
318. Hartmann, M.: Die Volkshochschulen Dänemarks. In: Comenius-Blätter für Volkserziehung. Mitteilungen der Comenius-Gesellschaft 4/1896, S. 10-18.
319. Hamdorff, G.: Eine dänische Musterschule für die Fortbildung des Landvolkes. In: Das Land, Nr. 7/1899, S. 241-243.
320. Rein, W.: Leitsätze über Volksbildung mit Beziehung auf die dänischen Volkshochschulen. In: Comenius-Blätter für Volkserziehung. Mitteilungen der Comenius-Gesellschaft 4/1896, S. 91-93 und 6/1896, S. 116-129.
321. Norbert Vogel hat die Rezeption der dänischen Volkshochschule in Deutschland zum Gegenstand seiner Habilitationsschrift gemacht. Siehe Vogel, N.: Grundtvigs Bedeutung für die deutsche Erwachsenenbildung. Ein Beitrag zur Bildungsgeschichte. Bad Heilbrunn 1994.
322. Rein, W.: a.a.O., S. 92 f.
323. Rein, W.: a.a.O., S. 93.
324. Abschriftlicher Bericht in: LAS Abt. 301 Nr. 2355.
325. Denkschrift über die Entwicklung und den Stand der ländlichen Fortbildungsschulen in Preußen im Jahre 1896/97. Berlin 1897, S. 4.
326. Ebd., S. 15.
327. Die Allgemeine Schulordnung findet sich abgedruckt bei Rendtorff, F. M.: Die schleswig-holsteinischen Schulordnungen vom 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Neumünster 1902, S. 144 u. 166.
328. Zitiert aus Volz, G. B. (Hrsg.): Die Werke Friedrich des Großen. Berlin 1913, Bd. 8, S. 316.
329. Allgemeiner Lehrplan für die ländlichen Fortbildungsschulen des Regierungsbezirks Schleswig. Schleswig 1911 (Abschrift in: LAS Abt. 320 Südtondern Nr. 67).
330. Einzelheiten zu den gescheiterten Bemühungen um die Erarbeitung eines verbindlichen Rahmenlehrplans für die ländlichen Fortbildungsschulen siehe Mehner, K.: Die ländliche Fortbildungsschule in der Provinz Schleswig-Holstein 1875-1914. Neumünster 1989, S. 144 f.
331. Siehe dazu die ausführliche Untersuchung von Krieger, F.: Deutsch-Dänische Beziehungen 1901-1914. Bonn 1974, S. 295 f.
332. Stutzer, A.: Ländliche Fortbildungsschulen in Dänemark. In: Die ländliche Fortbildungsschule, Nr. 7/1905, S. 147.
333. Stutzer, A.: a.a.O., S. 148.
334. Siehe dazu den Ministerialerlaß zur Einrichtung von ländlichen Fortbildungsschulen vom 2. Februar 1876. In: Cbl. für die gesammte Unterrichtsverwaltung in Preußen. Berlin 1876, S.

- 125.
335. Stutzer, A.: a.a.O., S. 150.
336. Die biographischen Daten stammen aus Friedrich Lembkes Personal-Blatt (LAS Abt. 309 Nr. 38090).
337. LAS Abt. 320 Norderdithmarschen Nr. 2295.
338. LAS Abt. 320 Norderdithmarschen Nr. 1189.
339. Handschriftlicher Lehrplan der ländlichen Fortbildungsschule Delve vom 16. April 1900 (LAS Abt. 320 Norderdithmarschen Nr. 1189).
340. Einen einführenden Überblick über Biernatzkis Bemühungen um die Modernisierung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft enthält Hartwig Molzows Kurzbiographie von Biernatzki. In: SHBL, Bd. 10, S. 46-50.
341. LAS Abt. 309 Nr. 12175.
342. Die biographischen Daten stammen aus Holander, R. K.: Ein Leben für das Land - Ökonomierat Fr. Lembke wurde 88 Jahre alt. In: DH 1957, S. 350 f.; ders.: Ms. Biographie Lembke (FLA), Mitteilung Nr. 1, 1960 und aus dem Personal-Blatt für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 38090).
343. Der handschriftliche Bericht befindet sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein unter der Überlieferung des Oberpräsidiums (LAS Abt. 301 Nr. 2355). Lembke veröffentlichte seinen Reisebericht im Jahre 1903 in gekürzter Form unter dem Titel "Volkshochschulen auf dem Lande" in der von Heinrich Sohnrey herausgegebenen "Zeitschrift für die sozialen und volkstümlichen Angelegenheiten auf dem Lande" (Das Land).
344. Dennert, M., Lembke, Fr. und Siercks, H. (Hrsg.): Die dänische Volkshochschule nebst Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule. Kiel und Leipzig 1904.
345. Der Regierungspräsident von Koszierowsky in seinem vom Regierungsrat Alexander Friedrich Dünkelberg konzipierten Schreiben vom 10. September 1904 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2355).
346. Lembke, Fr.: Volksschule und Volkshochschule auf dem Lande - Betrachtungen eines achtzigjährigen Schleswig-Holsteiners. O.O., o.J. (FLA).
347. Dennert, M., Lembke, Fr. und Siercks, H. (Hrsg.): Die dänische Volkshochschule nebst einem Plan einer deutschen ländlichen Volkshochschule. Kiel und Leipzig 1904.
348. Zur Stellung des Voorder Ökonomierats Biernatzki innerhalb der schleswig-holsteinischen Genossenschaftsbewegung siehe die von Hartwig Molzow verfaßte Kurzbiographie in: SHBL, Bd. 10, S. 46-50.
349. Lembke, Fr.: Genossenschaft und Bildungsstreben auf dem Lande. In: Bericht über den 21. ordentlichen Verbandstag der schleswig-holsteinischen landwirtschaftlichen Genossenschaften am 26. Mai 1904 zu Kiel. Kiel 1904, S. 13-15.
350. Lembke, Fr.: Genossenschaft und Bildungsstreben auf dem Lande. Kiel 1904, S. 14 f.
351. LAS Abt. 301 Nr. 2355.
352. LAS Abt. 301 Nr. 2355.
353. Der Regierungspräsident von Koszierowsky in seinem vom Regierungsrat Alexander Friedrich Dünkelberg konzipierten Votum vom 20. März 1905 (LAS Abt. 301 Nr. 2355).
354. LAS Abt. 301 Nr. 2355.
355. Lembke, Fr.: Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule. Unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Schleswig-Holstein. Kiel und Leipzig 1905.
356. Lembke, Fr.: a.a.O., S. 6
357. Lembke, Fr.: a.a.O., S. 3.
358. Lembke, Fr.: a.a.O., S. 86.

359. Schreiben J. Schmidt-Wodders vom 11. Januar 1905 (FLA).
360. Schreiben J. Schmidt-Wodders vom 4. Februar 1905 (FLA).
361. "Landwirtschaftsschulen". In: Die Nordmark, Nr. 4 vom 15. November 1904.
362. Schreiben J. Schmidt-Wodders vom 4. Februar 1905 (FLA).
363. Rogge, F. B.: Die Gründung der Volkshochschule in Tingleff. In: DSH, 11. Jg., 1930, S. 468. Siehe auch die von Eberhard Rogge verfaßte Kurzbiographie Rogges in SHBL, Bd. 2, S. 210-212.
364. Rundschreiben des Volkshochschulvereins Tingleff für junge Mädchen vom Lande (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
365. Oberpräsident von Wilmowski in seinem Schreiben vom 24. März 1905 an Landrat Rogge (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
366. Cölnische Zeitung, 2. Morgen-Ausgabe vom 28. Februar 1905.
367. Oberregierungsrat Dr. Naumann in seinem Schreiben vom 28. März 1905 an den Oberpräsidenten von Wilmowski (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
368. Die Gründungsversammlung ist ausführlich beschrieben in: Volkshochschulen in Tingleff. In: SG, Nr. 140 vom 17. Juni 1905. Eine vollständige Abschrift der Vereinssatzung befindet sich als Dokument Nr. 6 im Dokumentenanhang.
369. TZ vom 17. Juni 1905.
370. Landrat Rogge in seinem Bericht vom 4. März 1908 an den Regierungspräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
371. Schreiben J. Schmidt-Wodders vom 22. Februar 1905 (FLA).
372. Schreiben J. Schmidt-Wodders vom 8. März 1905 (FLA).
373. Lembke, Fr.: Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule. Kiel und Leipzig 1905.
374. LAS Abt. 309 Nr. 12290.
375. "Ländliche Bildung". In: SG, Nr. 110 vom 11. Mai 1905.
376. Abbildungen des zweiseitigen Flugblattes finden sich unter den Nrn. 7 u377. IN Nr. 131 a vom 7. Juni 1905.
378. Satzung des "Vereins für ländliche Volkshochschulen in Schleswig-Holstein", § 2. Eine vollständige Abschrift der Satzung befindet sich unter der Nr. 5 im Dokumentenanhang.
379. Aus dem Bericht des Landrats von Heintze an den Oberpräsidenten vom 14. Juni 1905 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
380. KZ Nr. 22856 vom 16. Juni 1905.
381. LAS Abt. 309 Nr. 12290.
382. Rendtorff, F. M.: Die schleswig-holsteinischen Schulordnungen vom 16. bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts. Neumünster 1902, S. 144 und 166.
383. Wandspruch in der Volkshochschule Tingleff. Abgedruckt auf dem Deckblatt der von Heinrich Harms im Auftrag des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig herausgegebenen Flugschrift, Blatt 2: Warum muß unsere Jugend die Volkshochschule besuchen. Apenrade, o.J.
384. Landrat Rogge in seinem Bericht vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358). Am 15. November 1905 veröffentlichte Rogge seinen Bericht unter der Überschrift "Landwirtschaftsschulen" in: Die Nordmark, Nr. 4.
385. LAS Abt. 301 Nr. 2358.
386. Eine Abbildung der Volkshochschule Tingleff befindet sich unter der Nr. 9 im Anhang.
387. Die biographischen Daten stammen aus dem Nachruf auf Elisabeth Georgi. In: DVN 1954, S. 101.

388. Die biographischen Daten stammen aus Jörgen Lorenzens Personal-Blatt für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 38091) und Lampe, J.: Tønder Seminarie-Stat. Tønder 1963, S. 154.
389. Lampe, J.: Tønder Seminarie-Stat. Tønder 1963, S. 20.
390. Personal-Blatt für Lehrer: Riggelsen, Peter (LAS Abt. 309 Nr. 38099) und Lampe, J.: Tønder Seminarie-Stat. Tønder 1963, S. 20.
391. Abgedruckt in: TZ vom 17. Juni 1905.
392. Bericht Rogges vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
393. SZ vom 7. Mai 1906.
394. Zitiert nach Werther, M.: Von der Entwicklung der Volkshochschule. In: DSH, 1930, S. 472.
395. Die Pläne werden im Landesarchiv Schleswig-Holstein bei den Unterlagen der Provinzialverwaltung verwahrt (LAS Abt. 371 Nr. 754).
396. Schreiben Rogges vom 19. November 1906 an die Provinzialverwaltung (LAS Abt. 371 Nr. 754).
397. Zitiert nach Hansen, H. Fr.: Beiträge zur Schulgeschichte des Kirchspiels Tingleff. Apenrade 1979, S. 342.
398. Protokoll der Vorstandssitzung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins am 12. November 1908 (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
399. Zitiert nach Erdberg, R. v.: Die deutschen Volkshochschulen. Berlin 1913, S. 16.
400. Abdruck des Lehrplans in der TZ vom 17. Juni 1905.
401. Siehe auch Hansen, P. C.: Die Volkshochschulen in Finnland. In: Die schleswig-holsteinische ländliche Volkshochschule. Heide 1907, Nr. 9, S. 2-8.
402. Die Angaben stammen aus Rogges Gutachten über die Volkshochschulen in Nordschleswig vom 18. September 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
403. Eine vollständige Auflistung aller Lehrerinnen und Lehrer der Volkshochschule Tingleff für die Zeit von 1905 bis 1945 findet sich bei Hansen, H. Fr.: Beiträge zur Schulgeschichte des Kirchspiels Tingleff. Apenrade 1979, S. 367 f.
404. Die Angaben sind Rogges Gutachten vom 18. September 1909 über die nordschleswigschen Volkshochschulen entnommen (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
405. Werther, M.: Von der Entwicklung der Volkshochschule. In: DSH 1930, S. 474.
406. LAS Abt. 302 Nr. 3743.
407. Die biographischen Angaben stammen aus dem Nachruf auf Elisabeth Georgi. In: DVN 1954, S. 102.
408. Die biographischen Angaben stammen aus der von Eberhard Rogge verfaßten Kurzbiographie Rogges in: SHBL 1971, Bd. 2, S. 210-212.
409. SG Nr. 216 B vom 8. September 1914.
410. SZ Nr. 163 vom 15. Juli 1915 und "25 Jahre Tingleffer Volkshochschule". In: FN Nr. 240 vom 13. Oktober 1930.
411. Bericht Rogges vom 27. September 1905 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
412. LAS Abt. 301 Nr. 2326. Die Aktivitäten des Deutschen Vereins sind ausführlich beschrieben in Japsen, G.: Den fejlslagene germanisering. Den tyske forening for det nordlige Slesvig. Åpenrå 1983.
413. Landrat Dryander in seinem Schreiben vom 10. August 1907 an den Regierungspräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
414. Programm der Haushaltungskurse an der Apenrader Haushaltungsschule (LAS Abt. 301

Nr. 2358).

415. Landrat Dryander in seinem Schreiben vom 14. Oktober 1907 an den Regierungspräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
416. Landrat Dryander in seinem Schreiben vom 15. April 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1398).
417. Landrat Dryander in seinem Schreiben vom 29. November 1907 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
418. Die Angaben stammen aus dem "Verwaltungsbericht über die Stadt Apenrade für die Jahre von 1906 bis 1912." Apenrade 1913, S. 24 f. und den Einladungen zu den Schlußprüfungen der Jahre 1909 und 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1398).
419. Schreiben des Oberpräsidenten von Wilmowski an Landrat Rogge vom 26. November 1907 (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
420. Protokoll der Vorstandssitzung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins vom 2. Dezember 1907 (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
421. Landrat Rogge in seinem Schreiben vom 5. Dezember 1907 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).
422. Landrat von Tschirschnitz in seinem Schreiben vom 16. Mai 1905 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2355).
423. Landrat von Tschirschnitz über die Volkshochschule Norburg in seinem Schreiben vom 17. Januar 1913 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
424. Landrat von Tschirschnitz in seinem Schreiben vom 16. September 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
425. Landrat Rogge in seinem Gutachten über die Volkshochschulen in Nordschleswig vom 18. September 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
426. Der Altonaer Regierungsrat in der Oberzolldirektion Walter Hornig in seinem Schreiben vom 1. Juli 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2379).
427. Erlaß des Finanzministers vom 26. Januar 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2379).
428. Eine Abbildung der Volkshochschule Norburg befindet sich unter der Nr. 10 im Anhang.
429. Schreiben des preußischen Kultusministeriums vom 9. Februar 1909 an den schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten (LAS Abt. 309 Nr. 31002).
430. Landrat Rogge in seinem Schreiben vom 11. Januar 1909 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
431. SN Nr. 69 vom 23. März 1910.
432. Protokoll der Ersten Lehrerprüfung am 4. September 1902 (LAS Abt. 302 Nr. 3753).
433. Protokolle der Sonderburger Schulinspektionen (LAS Abt. 309 Nr. 21864).
434. Die biographischen Angaben stammen aus dem Dienstabgangsnachweis der Volksschule Kiel vom 31. Mai 1911 (LAS Abt. 309 Nr. 30999).
435. Der Magistrat der Stadt Kiel in seinem Schreiben vom 17. September 1910 an die Provinzialregierung in Schleswig (LAS Abt. 309 Nr. 31002).
436. Protokoll der Mittelschullehrerprüfung vom 4. Mai 1910 (LAS Abt. 302 Nr. 3803).
437. Kardel, H.: Das Lebenswerk Frederik Christensens. In: HAN 1982, S. 5-8. Siemonsen, H.: 123 Jahre Deutsches Lehrerseminar in Tondern. Niebüll 1925, S. 153 und "Frederik Christensen". In: DVKN 1976, S. 129-130.
438. Die biographischen Angaben sind den Dienstzugangsnachweisungen der Norburger Volksschule vom 8. Oktober 1901 (Buchard) und 11. Februar 1904 (Christensen) entnommen (LAS Abt. 309 Nr. 21930).

439. Die Daten sind der Dienstzugangsnachweisung der Volksschule Norburg vom 9. April 1899 entnommen (LAS Abt. 309 Nr. 22056).
440. Die biographischen Daten für Schmidt stammen aus den Dienstzugangsnachweisungen der Norburger Volksschule vom 8. April 1911 (LAS Abt. 309 Nr. 21930), die für Elholm aus denen der Hagenberger Volksschule vom 17. April 1912 (LAS Abt. 309 Nr. 21411).
441. Landrat Rogge in seinem Gutachten über die Volkshochschulen in Nordschleswig vom 18. September 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
442. Erlaß des preußischen Innenministers an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein vom 25. Januar 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 2359).
443. Erdberg, R. v.: Die deutschen Volkshochschulen. Berlin 1913, S. 25 f.
444. Zitiert nach Schmidt, J.: Aus deutschem und dänischem Lager. In: Stimmen aus Nordschleswig. Hanau 1910, Heft 4, S. 8.
445. Bericht des Regierungs- und Schulrats August Prall über die Revision der Norburger Volkshochschule am 14. und 15. März 1913 (LAS Abt. 301 Nr. 2361).
446. SG Nr. 216 B vom 8. September 1914.
447. TZ Nr. 93 vom 21. April 1917.
448. Jahresbericht des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig. Flensburg, Juni 1921.
449. Der Wohlfahrts- und Schulverein für Nordschleswig in seinem Schreiben vom 16. Oktober 1920 an den Regierungspräsidenten (LAS Abt. 309 Nr. 35849).
450. Henningsen, A.: Beiträge zur Geschichte der Erwachsenenbildung in Schleswig-Holstein. Neumünster 1962, S. 31.
451. DL Nr. 179 vom 16. November 1905.
452. Lembke, Fr.: Aus meinem Leben - Von der Volkshochschule (FLA).
453. DL Nr. 147 vom 20. September 1907.
454. General-Anzeiger für Neumünster, Nr. 272 vom 20. November 1905 und DL Nr. 183 vom 24. November 1905.
455. Informationsbroschüre der Ländlichen Volkshochschule Albersdorf vom Juni 1906 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
456. Sie sind für die Jahre von 1906 bis 1909 im Protokollbuch der Volkshochschule festgehalten (FLA).
457. Friedrich Lembke in seinem Schreiben vom Mai 1907 an den Sprendlinger Gemeinderechner Fritz Fasig (FLA).
458. Lembke, Fr.: Ländliche Volkshochschulen. München 1920, S. 6 f.
459. SG Nr. 249 a vom 24. Oktober 1906 und Empfehlungsschreiben Wilhelm Reins vom 27. Juli 1906 an Friedrich Lembke (FLA).
460. Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministeriums vom 28. Juni 1905 an den schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
461. SB Nr. 100 vom 1. Mai 1907.
462. Bericht vom 31. August 1908 über die Revision der Arbeitskonferenzen für ländliche Fortbildungsschullehrer (FLA).
463. Eine Abbildung der Albersdorfer Volkshochschule befindet sich auf dem Deckblatt dieser Arbeit.
464. DL Nr. 172 vom 6. November 1906.
465. Glückwunschsreiben und Telegramme vom 2. November 1906 (FLA).
466. Die Kursbelegungszahlen sind dem von Hans Kiesbye entworfenen Werbeprospekt für den Sommerkurs 1910 entnommen (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
467. Schreiben Schmidt-Woddors vom 16. April 1907 an Friedrich Lembke (FLA).

468. Schreiben Johannsens vom 29. April 1907 an Friedrich Lembke (FLA).
469. Die biographischen Daten sind dem Personal-Blatt für Lehrer entnommen (LAS Abt. 309 Nr. 38082).
470. Die Zahlen stammen aus einem Artikel der DL Nr. 105 vom 10. Juli 1910.
471. Schreiben des Oberpräsidenten vom 3. März 1909 an den Ersten Staatsanwalt in Altona (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
472. Schreiben des Ministers für Handel und Gewerbe vom 12. März 1909 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
473. Landrat Rogge in seinem Bericht vom 24. März 1909 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
474. Schreiben des Ministers für Domänen, Landwirtschaft und Forsten vom 23. April 1909 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
475. Bericht des Regierungsrats Max Albrecht vom 21. Juni 1909 an den Minister für Domänen, Landwirtschaft und Forsten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
476. DL Nr. 46 vom 21. März 1909.
477. DL Nr. 88 vom 10. Juni 1909.
478. DL Nr. 63 vom 2. Mai 1909.
479. DL Nr. 102 vom 4. Juli 1909.
480. Protokolle der Ersten Lehrerprüfung im Haderslebener Seminar am 2. September 1897 (LAS Abt. 302 Nr. 3745).
481. Protokoll der Zweiten Lehrerprüfung am Haderslebener Seminar am 7. November 1900 (LAS Abt. 302 Nr. 3747).
482. Personal-Blatt für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 38088).
483. Personal-Blatt für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 38088).
484. LAS Abt. 302 Nr. 3627.
485. DL Nr. 102 vom 4. Juli 1909.
486. Schreiben der Regierung Hildesheim an die Regierung Schleswig vom 7. Dezember 1910 (LAS Abt. 309 Nr. 30730).
487. Kiesbye, E.: Die Kinder vom Linneberg - II. Teil. In: JbSG 1964, S. 98.
488. Friedrich Lembke in dem von ihm im Juni 1906 entworfenen Werbeprospekt der ländlichen Volkshochschule Albersdorf (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
489. Kiesbye, H.: Was will unsere ländliche Volkshochschule. In: SG Nr. 240 B vom 14. Oktober 1909; wortgleich auch in der DL Nr. 167 vom 26. Oktober 1909 und der SZ Nr. 286 A vom 8. Dezember 1909.
490. Kiesbye, H.: Volkshochschularbeit in Schleswig-Holstein. In: HN Nr. 305 B vom 2. Juli 1910.
491. Der Plöner Landrat von Rumohr in seinem Schreiben vom 28. September 1909 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
492. Die Zahlen stammen aus einem Artikel der DL Nr. 179 vom 16. November 1909.
493. Werbeprospekt für die Sommerkurse der ländlichen Volkshochschule Albersdorf vom Dezember 1909 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
494. Schreiben Johannsens vom 29. April 1907 an Friedrich Lembke (FLA).
495. Erlaß des Oberpräsidenten vom 23. Mai 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
496. Graf Otto zu Rantzau in seinem Schreiben vom 2. Mai 1910 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
497. Der Volkshochschuldirektor Heinrich Harms in seiner Stellungnahme vom 3. Juni 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).

498. Der Süderdithmarscher Landrat Johannes Johannsen in seiner Stellungnahme vom 23. Mai 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
499. Kiesbye, H.: Was will unsere ländliche Volkshochschule? In: SG Nr. 240 B vom 14. Oktober 1909.
500. Stellungnahme des Schleswiger Regierungsrats Dünkelberg vom 9. Juli 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
501. Zitiert aus dem vom Regierungsrat Alexander Dünkelberg konzipierten Votum des Regierungspräsidenten von Dolega-Koszierowsky vom 20. März 1905 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
502. Verfügung des preußischen Innenministers vom 22. November 1910 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
503. Verfügung des Ministers für Domänen, Landwirtschaft und Forsten vom 11. September 1911 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
504. Personal-Blatt für Lehrer Glüsing (LAS Abt. 309 Nr. 38082) und Kiesbye (LAS Abt. 309 Nr. 38088).
505. Lembke, Fr.: Aus meinem Leben. O.O. u.J. (FLA).
506. Kiesbye, H.: Volkshochschulen? In: Stimmen aus Nordschleswig. Hanau 1911, Heft 4, S. 17-34.
507. Der im nordfriesischen Langenhorn geborene Professor für Philosophie und Pädagogik Friedrich Paulsen in seinem Grußwort an Harms anlässlich der Eröffnung der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. In: Harms, H.: Die ländliche Volkshochschule. Mohrkirch-Osterholz 1910, S. 11.
508. General-Anzeiger für Neumünster Nr. 272 vom 20. November 1905 und DL Nr. 183 vom 24. November 1905.
509. Harms, H.: Die Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: Das Mohrkirchheft, Nr. 1, 1925, S. 3.
510. Jahresnachweisung 1905 der persönlichen und dienstlichen Verhältnisse der Landräte (LAS Abt. 309 Nr. 8399).
511. SB Nr. 94 vom 24. April 1907.
512. Ziese, G. A.: Gedanken über Volkshochschulen. In: 2. Blatt der Landpost Nr. 303 vom 29. Dezember 1905, Nr. 2 vom 4. Januar 1906 und Nr. 3 vom 5. Januar 1906.
513. Harms Kündigungsschreiben vom 23. Oktober 1906 an die Regierung in Schleswig (LAS Abt. 309 Nr. 31079).
514. Volkszählliste Gut Stendorf von 1864 (LAS Abt. 412 Nr. 1153).
515. Lehrplan der Volksschule zu Sagau (LAS Abt. 309 Nr. 30044).
516. Schulaufsichtsakte der Knabenbürgerschule zu Meldorf (LAS Abt. 309 Nr. 31077).
517. Die Daten stammen aus der Lehrerübersicht der Meldorfer Gelehrtenchule. In: Lambrecht, P., Landgraf, H. und Schulz, W. (Hrsg.): Meldorfer Gelehrtenchule 1540-1990. Heide 1990, S. 320.
518. Personal-Blatt für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 38084).
519. Callsen, J.: Die Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz 1907-1931. In: JbAng 1986, S. 199.
520. Die biographischen Daten stammen aus einem handschriftlichen Lebenslauf Harms vom 17. März 1908 (LAS Abt. 309 Nr. 1395).
521. So erstmals in Lembke, Fr.: Die Ländliche Fortbildungsschule und die Ländliche Volkshochschule. Unter besonderer Berücksichtigung der Provinz Schleswig-Holstein. Kiel und Leipzig 1905.
522. Harms, H.: Zwanzig Jahre Volkshochschularbeit. In: Das Mohrkirchheft, Nr. 4, 1927, S.

7.

523. Siehe ausführlich in Harms, H.: Die ländliche Volkshochschule. Mohrkirch-Osterholz 1910.

524. Harms, H.: Warum muß unsere Jugend die Volkshochschule besuchen? Flugschrift des Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig. Apenrade o.J.

525. Abgedruckt in Harms, H.: Die ländliche Volkshochschule. Mohrkirch-Osterholz 1910, S. 5 f.

526. Harms in seinem Vortrag zum Thema "Die Volkshochschule - eine Heimatschule", gehalten auf der 23. Generalversammlung des Vereins zur Pflege der Natur- und Landeskunde in Schleswig-Holstein, Hamburg, Lübeck und dem Fürstentum Lübeck am 1. Juni 1913 in Neustadt/Holstein. Vollständiger Abdruck in DH 10/1918, S. 150-154.

527. Der "Stundenplan der Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz - Sommerkursus 1908 -" befindet sich als Abbildung unter der Nr. 12 im Anhang.

528. Eine Abbildung der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz befindet sich unter der Nr. 11 im Anhang.

529. SB Nr. 127 vom 4. Juni 1907.

530. Die Daten sind dem von Harms im März 1908 verteilten Werbeprospekt der Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz entnommen (LAS Abt. 371 Nr. 778).

531. Prüfungsliste für die am Seminar zu Eckernförde abgehaltene Zweite Lehrerprüfung 1901 (LAS Abt. 302 Nr. 3777).

532. Dienstzugangsnachweisung für Lehrer (LAS Abt. 309 Nr. 29451).

533. Clausens Kündigungsschreiben vom 31. Dezember 1906 an den Itzehoer Kreisschulinspektor Alberti (LAS Abt. 309 Nr. 29452).

534. Das Kuratoriumsmitglied Heinrich Riggelsen in seinem Schreiben vom 19. August 1910 an den Böeler Amtsvorsteher Iversen (LAS Abt. 320 Schleswig-K Nr. 145).

535. Harms, H.: Die ländliche Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: SZ Nr. 291 vom 14. Dezember

1909. Die Personalien von Worm und Teichert stammen aus den Dienstzugangsnachweisungen der Volksschule Mohrkirch-Osterholz (LAS Abt. 309 Nr. 29596), die von Kühl aus den Akten des Landratsamtes Schleswig (LAS Abt. 320 Schleswig-L Nr. 697).

536. Harms Reisekostenantrag vom 9. September 1908 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).

537. Landrat von Tschirschnitz in seinem Bericht vom 2. Oktober 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 309 Nr. 12239).

538. Landrat Dryander in seinem Bericht vom 25. September 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 309 Nr. 12239). Siehe auch sein Schreiben vom 10. August 1907 an den Regierungspräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 2358).

539. Siehe dazu den Bericht über Harms' Vortragsreise in der SZ Nr. 42 vom 19. Februar 1908 und die ablehnende Verfügung des Oberpräsidenten vom 21. Oktober 1908 (LAS Abt. 309 Nr. 12239).

540. Die Zahlen sind Harms' Bericht vom 28. April 1914 an den Schleswiger Landrat Dr. Hagedorn entnommen (LAS Abt. 320 Schleswig-K Nr. 145).

541. Die Zahlen stammen aus Harms' Reisekostenantrag vom 17. März 1908 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395); der SG Nr. 229 B vom 1. Oktober 1909; dem AT Nr. 234 B vom 7. Oktober 1910; Harms, H.: Halbjahresbericht der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. Sommerkurs 1911. Mohrkirch-Osterholz 1911; ders.: Halbjahresbericht...Sommerkurs 1912. Mohrkirch-Osterholz 1912.

542. Die Zahlen des Winterkursus 1908/09 stammen aus der SB Nr. 74 vom 29. März 1909. Die übrigen Angaben sind der SG Nr. 229 B vom 1. Oktober 1909, den SN Nr. 69 vom 23.

- März 1910, dem AT Nr. 234 B vom 7. Oktober 1910 und Harms, H.: Halbjahresbericht der Volkshochschule Mohrkirch-Osterholz. Sommerkurs 1911. Mohrkirch-Osterholz 1911 entnommen.
543. Vortragsankündigung im SB Nr. 175 vom 30. Juli 1907.
544. Die Informationen sind den von Harms verfaßten Veranstaltungseinladungen entnommen (LAS Abt. 320 Schleswig-K Nr. 145).
545. Die Informationen stammen aus der Einladung zum dreitägigen Vortragskursus vom März 1914 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
546. SG Nr. 210 B vom 9. September 1909.
547. Harms, H.: Die ländliche Volkshochschule zu Mohrkirch-Osterholz. In: SZ Nr. 291 vom 14. Dezember 1909.
548. Harms in seiner Eingabe vom 2. November 1913 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
549. Landrat Rogge in seinem Bericht vom 20. November 1913 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
550. Oberpräsident von Bülow in seiner Verfügung vom 24. November 1913 an Heinrich Harms (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
551. Landrat Rogge in seinem Bericht vom 29. Oktober 1910 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
552. Der Minister des Innern in seiner Verfügung vom 22. November 1910 an den Oberpräsidenten von Bülow (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
553. Abschrift des Versammlungsprotokolls vom 30. November 1912 (LAS Abt. 320 Schleswig-K Nr. 145).
554. Das Berliner Innenministerium in seiner Verfügung vom 2. Februar 1914 (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
555. Landrat Rogge in seinem Schreiben vom 3. März 1914 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 1395).
556. Harms, H.: Zwanzig Jahre Volkshochschularbeit. In: Das Mohrkirchheft, Nr. 4, 1927, S. 7.
557. Kursankündigung in der SN Nr. 73 vom 27. März 1915.
558. Die Zahlen stammen aus Harms' Beihilfeantrag vom 5. April 1919 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 5534).
559. Die Zahlen stammen aus dem Schlußbericht des Sommerkurses 1918, veröffentlicht im SB Nr. 228 vom 28. September 1918.
560. Tagungsprogramm des Vierten Internationalen Kongreß für Volkserziehung und Volksbildung vom 25.-29. September 1914 in Leipzig (LAS Abt. 301 Nr. 2544).
561. Eine Kurzbiographie zu Adalbert Luntowski findet sich in: Puschner, U., Schmitz, W. und Ulbricht, J. H. (Hrsg.): Handbuch zur "Völkischen Bewegung" 1871-1918. München, New Providence, London, Paris 1996, S. 917 f. Dort auch ein Aufsatz von J. H. Ulbricht über die Geschichte der Fichte-Gesellschaft von 1914. S. 269-271.
562. Oberpräsident Friedrich von Moltke in seinem Schreiben vom 21. Februar 1918 an Heinrich Harms (LAS Abt. 301 Nr. 5534).
563. Christian Tränckner in SHB Nr. 3, Juni 1920.
564. Erlaß zur Förderung der Volkshochschulbewegung vom 25. Februar 1919. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 346.
565. Aufruf des Ministers an die akademische Jugend Preußens vom 13. März 1919. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 345.

566. Erlaß zur Förderung der Volkshochschulbewegung. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 419-421.
567. Richtlinien für den Volkshochschulunterricht. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 425 f.
568. Leitsätze der Reichsschulkonferenz über Volkshochschule und freies Volksbildungswesen. In: Henningsen, J.: Die neue Richtung in der Weimarer Zeit. Stuttgart 1960, S. 139.
569. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. In: RGBl. 1919, Nr. 152, S. 1411.
570. Erdberg, R. v.: Die Deutsche Volkshochschule. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1921, S. 31 f.
571. Henningsen, J.: Die neue Richtung in der Weimarer Zeit. Stuttgart 1960, S. 152.
572. Deutscher Volkshausbund e.V.: Liste der Volkshochschulen und Volkshochschulkurse im deutschen Sprachgebiet. Berlin 1920.
573. Kultusminister Haenisch in seinem Runderlaß vom 26. März 1920 (LAS Abt. 301 Nr. 5887).
574. Friedrich Christensen in seiner Rede anlässlich der feierlichen Einweihung der Volkshochschule Norburg am 1. Juni 1911.
575. Falter, J., Lindenberger, Th. und Schumann, S.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München 1986, S. 73.
576. Siehe Wulf, P.: Die politische Haltung des schleswig-holsteinischen Handwerks 1928-1932. Kiel 1967, S. 148.
577. Rietzler, R.: Kampf in der Nordmark. Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928). Neumünster 1982, S. 321.
578. Wulf, P.: Revolution, Schwache Demokratie und Sieg in der "Nordmark" - Schleswig-Holstein in der Zeit der Weimarer Republik. In: Lange, U. (Hrsg.): Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Neumünster 1996, S. 542.
579. Hans Hattenhauer hat die Geschichte des Beamtentums in der Weimarer Republik näher untersucht. Siehe Hattenhauer, H.: Geschichte des Beamtentums. Köln, Berlin, Bonn, München 1980, S. 295 f.
580. Landrat Behncke in seinem Pensionierungsgesuch vom 11. März 1919 (LAS Abt. 309 Nr. 27385).
581. Siehe Kracht, E.: Aus meinem Leben. Erinnerungen, Erlebnisse und Erfahrungen. Heide 1986, S. 70.
582. Wilhelm Koops hat dies exemplarisch am Kreis Südtondern untersucht. Siehe Koops, W.: Südtondern in der Zeit der Weimarer Republik (1918-1933). Neumünster 1993.
583. Gesetz über den Friedensschluß zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten (Artikel 109). In: RGBl. Jahrgang 1919, Nr. 140, S. 879.
584. Die Vorgeschichte der Abstimmung findet sich ausführlich in Schwensen, B.: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Frankfurt a.M. 1993, S. 48-99.
585. Schwensen, B.: a.a.O., S. 80 und 104.
586. Den Verlauf der Landesversammlung hat Karl Strackerjahn, Redakteur und Herausgeber der Schleswigschen Grenzpost, ausführlich dokumentiert (LAS Abt. 399.57 Nr. XIV 23).
587. RW Nr. 35 vom 9. Mai 1864.
588. RT Nr. 153 vom 4. Juli 1919.
589. Die Zahlen stammen aus Falter, J., Lindenberger, Th. und Schumann, S.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. München 1986, S. 118 und Adriansen, I. und Doege, I.: Deutsch oder Dänisch? Flensburg 1992, S. 9.

590. Der Flensburger Museumsdirektor Ernst Saueremann in seinem Anschreiben zur Übersendung des Kulturprogramms an den Oberpräsidenten am 26. Mai 1920 (LAS Abt. 301 Nr. 1219).
591. Eingabe Otto Meyerhofs an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 7. März 1919 (LAS Abt. 47 Nr. 1254).
592. Schreiben des Gesamtausschusses für Volkshochschulwesen vom 10. Februar 1919 an die Landesversicherungsanstalt (LAS Abt. 374 Nr. 874).
593. Universitätsrektor Ernst Sellin in seiner Stellungnahme für das Kultusministerium vom 5. April 1919 (LAS Abt. 47 Nr. 1254).
594. Erlaß zur Förderung der Volkshochschulbewegung. In: ZBl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 419-421.
595. Verwaltungsanweisung des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 30. April 1919 (LAS Abt. 47 Nr. 1254).
596. Sitzungsprotokoll des Akademischen Konsistoriums vom 23. Juli 1919 (LAS Abt. 47 Nr. 1254).
597. Bericht des Universitätsrektor Sellin an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 29. Juli 1919 (LAS Abt. 47 Nr. 1254).
598. Ebd.
599. Genehmigung der Errichtung der Lichtbilderzentrale in Neumünster durch den Regierungspräsidenten vom 1. Oktober 1912 (LAS Abt. 309 Nr. 21145).
600. Die biographischen Daten stammen aus den Prüfungsprotokollen des Eckernförder Lehrerseminars vom März 1895 (LAS Abt. 302 Nr. 3775) und den Aufsichtsakten der Regierung über die Lägerdorfer und Neumünsteraner Volksschule (LAS Abt. 309 Nr. 29453 und 31110).
601. Aufsichtsakte des Regierungspräsidenten über die Lichtbilder-Zentrale in Neumünster (LAS Abt. 309 Nr. 21143).
602. Zitiert aus dem Werbeprospekt: "Was will der Schleswig-Holsteinische Verband für freies Bildungswesen?" (LAS Abt. 371 Nr. 835).
603. Tätigkeitsbericht des Verbandes für freies Bildungswesen vom 6. April 1920 (LAS Abt. 371 Nr. 835).
604. Einzelheiten zu den Auseinandersetzungen zwischen dem Deutschen Ausschuß und dem Schleswig-Holsteinischen Verband für freies Bildungswesen siehe bei Lehmann, H. D.: Der "Deutsche Ausschuß" und die Abstimmungen in Schleswig 1920. Neumünster 1969, S. 196 f.
605. Programm des "Lehrganges über Wirtschaftsfragen der Gegenwart" vom 8.-12. April 1919 in Neumünster und des "Ersten Schleswig-Holsteinischen Volksbildungstages" vom 10.-13. Oktober 1919 in Kiel (LAS Abt. 371 Nr. 835).
606. Protokoll der Jahresversammlung im Juni 1921 in Ratzeburg (LAS Abt. 371 Nr. 835).
607. Tätigkeitsbericht des Schleswig-Holsteinischen Volksbildungsverbandes vom 12. März 1923 (LAS Abt. 371 Nr. 835).
608. Tätigkeitsbericht des Volksbildungsverbandes vom Mai 1924 (LAS Abt. 371 Nr. 835).
609. Ehmsen, D.: Winke und Wege für die praktische Gestaltung der Volksbildungsarbeit. Reinfeld in Holstein 1923.
610. Ernst Saueremann und Friedrich Pauly in der Anlage zu ihrem vertraulichen Einladungsschreiben vom Juli 1919 (LAS Abt. 399.71 Nr. 120).
611. Zu den Zielen der Kulturarbeit des Schleswig-Holsteiner-Bundes siehe Schwensen, B.: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Frankfurt am Main 1993, S. 185 ff.
612. Richtlinien für den Volkshochschulunterricht. In: ZBl. für die gesamte

Unterrichtsverwaltung in Preußen 1919, S. 425 f.

613. Eine vollständige Abschrift des Kulturprogramms befindet unter der Nr. 8 im Dokumentenanhang.
614. Aus dem Protokoll der Versammlung am 31. März 1920 in Rendsburg (LAS Abt. 371 Nr. 834).
615. Harms im Nachtrag zum "Entwurf zu einem Kultur-Programm für Schleswig-Holstein", S. 31.
616. Ernst Sauermann in seinem Schreiben an das Oberpräsidium vom 26. Mai 1920 (LAS Abt. 301 Nr. 1219).
617. Schreiben des Provinzialausschusses vom 13. Februar 1922 die Übereignung des Kieler Schlosses und Bewilligung laufender Geldmittel für Kulturaufgaben betreffend (LAS Abt. 301 Nr. 1219).
618. Peter Jensen in seinem als "vertraulich-persönlich" eingestuften Schreiben an Frau Eiler vom 17. August 1920 (LAS Abt. 399.57 XIV 22).
619. Die biographischen Daten stammen aus Kurt Schönbergs Personalakte (LAS Abt. 309 Nr. 27929).
620. Landrat Schönberg in seiner Eingabe an den Provinzialausschuß vom 7. Januar 1919 (LAS Abt. 371 Nr. 805).
621. Schreiben des Oberpräsidenten vom 31. Januar 1919 an Schönberg (LAS Abt. 371 Nr. 805).
622. § 13 der Satzung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins vom 15. Juni 1905. Eine vollständige Abschrift der Satzung befindet sich unter der Nr. 6 im Dokumentenanhang.
623. § 1 der Satzung des Wohlfahrts- und Schulvereins für Nordschleswig e.V. vom 22. Januar 1919. Eine Abschrift der Satzung befindet sich als Dokument Nr. 7 im Dokumentenanhang.
624. Protokoll der 1. Sitzung des Wohlfahrts- und Schulvereins am 22. Januar 1919 (ST.A.FL XI DGV, Bd. I).
625. Einzelheiten zur Zusammenarbeit zwischen dem Wohlfahrts- und Schulverein und dem Deutschen Ausschuß siehe bei Lehmann, H. D.: Der "Deutsche Ausschuß" und die Abstimmungen in Schleswig 1920. Neumünster 1969, S. 196.
626. Protokollabschrift der letzten Mitgliederversammlung des Nordschleswigschen Volkshochschulvereins am 12. Juni 1919 (LAS Abt. 301 Nr. 5710).
627. Der Tonderner Landrat Böhme in seinem Bericht vom 10. Februar 1919 an den Oberpräsidenten (LAS Abt. 301 Nr. 5710).
628. Spendenaufruf des Wohlfahrts- und Schulvereins vom März 1919 (LAS Abt. 301 Nr. 5710). Eine Abbildung des dreiseitigen Aufrufs befindet sich unter den Nrn. 13-15 im Anhang.
629. Schwensen, B.: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Frankfurt a.M. 1993, S. 103.
630. Protokoll der Vollversammlung des Wohlfahrts- und Schulvereins im Flensburger Kreishaus am 19. Dezember 1919 (ST.A.FL XI DGV, 1919).
631. Die biographischen Daten stammen aus Schwensen, B.: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Frankfurt a.M. 1993, S. 62 f. und aus Wallroths Personalakte (LAS Abt. 309 Nr. 28000).
632. Eine von Fr. Kleyser verfaßte Kurzbiographie zu Ludwig Ahlmann findet sich im SHBL, Bd. 1, S. 25-26.
633. Sitzungsprotokoll des Wohlfahrts- und Schulvereins vom 24. Juli 1920 (ST.A.FL XI DGV, Bd. I).
634. Sitzungsprotokoll des Wohlfahrts- und Schulvereins vom 22. Oktober 1932 (ST.A.FL XI DGV, Bd. I).
635. HN Nr. 440 vom 11. September 1920.

636. Die biographischen Daten stammen aus Anton Wallroths Personalakte (LAS Abt. 309 Nr. 28000).
637. Anton Wallroth in seinem Rundschreiben an alle schleswig-holsteinischen Stadt- und Landkreise vom 23. August 1920 (LAS Abt. 399.71 Nr. 104).
638. § 1 der Satzung des Wohlfahrts- und Schulvereins vom 22. Januar 1919. Eine Abschrift der Satzung befindet sich als Dokument Nr. 7 im Anhang.
639. Steltzer, Th.: Sechzig Jahre Zeitgenosse. München 1966, S. 77.
640. Die biographischen Daten stammen aus Steltzers Personalakte (LAS Abt. 605 Nr. 4260).
641. Die biographischen Daten stammen aus Hammer, Fr.: Verzeichnis der Pastorinnen und Pastoren der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche 1864-1976. Neumünster 1994, S. 329 und den ASbl Nr. 3 vom 1. Februar 1912, S. 39, Nr. 13 vom 15. Juni 1919, S. 139 und Nr. 3 vom 1. Februar 1920, S. 18.
642. Die biographischen Daten stammen aus Hammer, Fr.: Verzeichnis der Pastorinnen und Pastoren der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche 1864-1976. Neumünster 1994, S. 391 und Jakob, V.: Tonnesen, Johannes Jacob. In: SHBL, Bd. 9, S. 350-354.
643. Die biographischen Daten stammen aus Laack, Fr.: An Axel Henningsen, den 80jährigen. In: GFH 3/1963, S. 167 ff.; Ortman, J.: Ein Leben in zwei Kulturen - Axel Henningsen. In: GFH 3/1972, S. 137; Kreiswahlvorschläge des Wahlkreises Schleswig-Holstein für die Reichstagswahl. In: AblRS vom 12. Februar 1921, S. 52.
644. Schreiben des Rendsburger Kreises an Pastor Schmidt-Wodder vom 17. Dezember 1920 (LAS Abt. 399.71 Nr. 255).
645. Steltzer, Th.: Sechzig Jahre Zeitgenosse. München 1966, S. 78 f.
646. Schwensen, B.: Der Schleswig-Holsteiner-Bund 1919-1933. Frankfurt a.M., S. 308 f.
647. Die internen Auseinandersetzungen zwischen Theodor Steltzer und Hermann Todsen, dem Flensburger Bürgermeister und Vorsitzenden des Schleswig-Holsteiner-Bundes, sind ausführlich beschrieben von Schwensen, B.: a.a.O., S. 308 f.
648. Schreiben des Rendsburger Kreises an Pastor Schmidt-Wodder vom 17. Dezember 1920 (LAS Abt. 399.71 Nr. 255).
649. Denkschrift des Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, betreffend die freie Volksbildungspflege in Schleswig-Holstein (zweite Zone), vom 17. Januar 1921. In: Zbl. für die gesamte Unterrichtsverwaltung in Preußen, Jg. 63, Heft 7, vom 5. April 1921, S. 159-163. Eine vollständige Abschrift der Denkschrift befindet sich unter der Nr. 9 im Dokumentenanhang.
650. Ebd., S. 160 f. und Dokument Nr. 9 im Dokumentenanhang.
651. Protokoll der Besprechung im Berliner Kultusministerium vom 11. Februar 1921 (LAS Abt. 301 Nr. 5710).
652. Jahresberichte des Wohlfahrts- und Schulvereins vom Juni 1922, S. 6. und Juli 1923, S. 7.